Digitale Reprints

Dokserver des Zentrums
für Zeithistorische Forschung Potsdam
http://zeitgeschichte-digital.de/Doks

Siegfried Lokatis

Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Reprint von:
Siegfried Lokatis, Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte unter Walter Ulbricht, Böhlau Köln, 2003 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 25), ISBN 3-412-04603-5

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG POTSDAM

Zitationshinweis:

Siegfried Lokatis (2003), Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte unter Walter Ulbricht, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Ursprünglich erschienen als: Siegfried Lokatis, Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte unter Walter Ulbricht, Böhlau Köln, 2003 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 25), ISBN 3-412-04603-5

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 25

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Siegfried Lokatis

Der rote Faden

Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht



2003
BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

ZZF 15534 (HBB RZF)
Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
http://dnb.ddb.de abrufbar.

© 2003 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagmotiv: Collage von Siegfried Lokatis unter Verwendung
der „Sozialistischen Ikone“ von Norbert Wagenbrett.
Druck und Bindung: Druckerei Runge GmbH, Cloppenburg
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-412-04603-5

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Inhalt

Einführung ... 9
1. „Zur Rolle der Bedeutung" historischer Selbstreflexion für die SED ... 9
2. Parteigeschichte und Zensur ... 15
3. Zensur als redaktionelle „Verantwortlichkeit" ... 19
4. Was ist ein „Leittext"? ... 24
5. Quellen, Methoden und Darstellungsabsicht ... 28

KAPITEL 1

„Strategie und Taktik" verantwortlicher Editionspolitik im frühen IML ... 33
1. Die Orientierungskrise der SED (1956) ... 33
2. Auskehr stalinistischer Methoden? Das IML übt Selbstkritik ... 41
3. Chaos im Panzerschrank: Ursprünge des Parteiarchivs ... 43
4. Editionsstrategien und redaktionelle Praktiken ... 47
5. Die Werkausgaben der Parteiführer Grotewohl, Pieck, Zetkin und Thälmann ... 53

KAPITEL 2

„Theorie und Praxis" der frühen Parteigeschichtsschreibung ... 63
1. An den Quellen: Rudolf Lindau (1949–1953) ... 63
2. Schnellschüsse, Kadersorgen und Praktikanten im IML ... 72
3. Am Prokrustesbett der Periodisierung ... 77

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

4. Von Tirana bis Pjöngjang. Geschichtswerkstätten „unter rotem Banner“ ... 80
5. Der Weg nach Sömmerda: „Maßnahmen auf der Linie örtliche Arbeiterbewegung“ ... 84
6. Die Zensur lokaler Traditionen ... 90

KAPITEL 3

Ulbrichts Glasperlenspiel: Die Thesen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution (1958) ... 97
1. Falscher Charakter ... 97
2. Zensur der Novembergeschichten. Historische Texte, Belletristik und Memoirenliteratur ... 105
3. Lenins „nationale Helden“: „Karl und Rosa“ ... 111

KAPITEL 4

Die „Hardware“ der Diskurse ... 119
1. Die Restauration der Zeitschriften- und Buchzensur 1958 ... 119
2. Zensur als Erfahrung: Lernschleifen und graue Eminenzen ... 127
3. Zensur des Alltags: Postkarten, Wanderbücher und Kalender ... 133
4. Die Ideologiewirtschaft der SED ... 138
5. Der Dietz-Verlag ... 144

KAPITEL 5

Von der „nationalen Grundkonzeption“ zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1959–1962) ... 159
1. Der rote Faden ... 159
1. 1. Die Theorie zum Mauerbau? ... 159
1. 2. Die „führende Rolle“ der „nationalen Grundkonzeption“ ... 165
1. 3. Konzeptionen zum „Grundriß“ und der Streit der Parteiinstitute ... 171
1. 4. Ulbrichts Thesenkommission und die Bestimmung der fünf „Hauptperioden“ ... 178
1. 5. „Nagruko-Jargon“ und ganzheitliche Begutachtungspraxis ... 183
2. Das kollektivierte Gedächtnis ... 191
2. 1. Forschungslücken und Örtliche Kommissionen ... 191

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

2. 2. Das Erinnerungsarchiv ... 194
2. 3. Rudolf Lindaus großer Auftritt und der Abgang der „alten Garde" ... 200
3. Der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" ... 209
3. 1. Richtfest und öffentliche Kritik ... 209
3. 2. Massenschulung, Medienkampagne und Museumspolitik ... 212
3. 3. Ein kleiner Katechismus der Zensur ... 216

KAPITEL 6

Die Arbeit am „Geschichtswerk" (1962–1964) ... 223
1. Generalstabsplanung ... 223
2. Die neue Quellenbasis: Archivreform und KPD-Fonds ... 227
3. „Sozialistische Gemeinschaftsarbeit" ... 230
4. Homogenisierung des Textes und Stilfragen ... 235
5. Magische Praktiken? Der Umgang mit Namen von Adenauer bis Zetkin ... 241
6. Beschwörung der „Unpersonen" ... 249

KAPITEL 7

Die große Diskussion (1964–1965) ... 255
1. Der „Wurm im Bauche": Das 19. Jahrhundert ... 257
2. Vom „Imperialismus" zur leninistischen „Linken": Ulbricht als Geschichtsarchitekt (1900–1917) ... 262
3. Novemberrevolution und innerparteiliche Auseinandersetzungen der KPD (1917–1929) ... 267
4. Kommunistische Internationale und „Sozialfaschismus"- Konzeption (1929–1933) ... 273
5. Von Thälmanns Verhaftung zum „20. Juli" oder Ulbrichts Kampf mit der historischen Wahrheit (1933–1945) ... 279
6. Fettnäpfchen und Tabus: Vereinigungsparteitag, 17. Juni, Mauerbau (1945–1963) ... 288
7. Stalin betritt den Raum ... 296
8. Der letzte Schliff. Vom 10. zum 11. Plenum, Versöhnungsarbeit mit Dahlem und Merker und die Reise nach Moskau ... 300

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

KAPITEL 8

Acht Bände (1966–1971) 315
1. Verkündigung 315
1. 1. Materialisierung und öffentliche Kampagne 315
1. 2. Die organisierte Rezeption in der SED 321
1. 3. Westdeutsche Kritik 325
2. Die „Heilige Schrift" der SED 328
2. 1. Der Achtbänder als Zensurmaßstab 328
2. 2. Das Buch der Bücher 332
2. 3. Ulbricht fälscht sich selbst 336
3. Der Turm zu Babel 340
3. 1. Konflikte mit der polnischen, tschechischen und sowjetischen Parteigeschichtsschreibung 340
3. 2. Der Achtbänder außer Kurs. Demontage und „Abriß" 347

Rückblick 359

ANHANG

Quellen 363
Literaturverzeichnis 365
Abkürzungsverzeichnis 379
Personenverzeichnis 385

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Einführung

1. „Zur Rolle der Bedeutung" historischer Selbstreflexion für die SED

„Die Thesen werden im wesentlichen die Geschichte der SED darstellen und ihre führende Rolle begründen. In Rücksicht auf die Einigung der gesamtdeutschen Arbeiterklasse und die Einheitsfrontpolitik nennen wir sie aber Thesen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (Walter Ulbricht 1960).[1]

Das „Buch der Bücher", Ulbrichts „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (GdA) von 1966, lief unter falschem Titel. Man erfährt in den acht Bänden wenig über das Alltagsleben und die Sozialgeschichte der Arbeiter, kaum etwas über christliche Gewerkschaften oder Anarchisten. Die SPD war nur als Teil der Vorgeschichte von KPD und SED oder als deren Gegenspieler von Interesse. Die GdA enthielt die parteioffizielle Version der Geschichte und Vorgeschichte der SED. Doch als deren Selbstdarstellung verdient sie historische Aufmerksamkeit. Dafür bürgt der singuläre Aufwand, mit dem sie fertiggestellt wurde.

Das Autorenkollektiv stützte sich auf die Arbeit von über zweihundert Historikern. Von den „Periodisierungsdiskussionen" Mitte der fünfziger Jahre über die Arbeit an den Novemberthesen von 1958 und am „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" bis zu den großen Abschlußdebatten und der Endabnahme durch das ZK 1965 absorbierte die GdA zehn Jahre lang die Energien einer auswuchernden Parteigeschichtsschreibung. Das federführende Institut für Marxismus-Leninismus (IML) gründete im Hinblick auf die GdA eine eigene Zeitschrift, die „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (BzG). Es forcierte die Erforschung der „örtlichen Geschichte der Arbeiterbewegung" im „Republikmaßstab" und richtete ein spezielles „Erinnerungsarchiv" ein, das die Memoiren von Parteiveteranen systematisch erfaßte und behütete. Stilredakteure der Leipziger Journalistenschule betreuten die Arbeitsgruppen mit Hilfe einer eigens erstellten „Stilfibel". Ein

1 BA DY 30, IV 2/9.07/118, Aktennotiz zur Sitzung der Thesenkommission des Politbüros am 25.5.1960.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Flugzeug nach Moskau ersetzte die fehlenden Fax-Geräte und vier Großdruckereien waren ihretwegen monatelang blockiert. Schließlich wurde sie Gegenstand der bei weitem größten, einem einzelnen Titel gewidmeten buchhändlerischen Werbekampagne in der Geschichte des „Leselandes". Nicht einmal die sowjetische Parteigeschichte konnte sich an Umfang und organisatorischem Vorlauf mit der GdA messen.[2] Dazu kursierte sogar ein Witz:

„Die Sowjetunion bringt vier Bücher über den Elefanten heraus:
1. Der Elefant im zaristischen Rußland,
2. Der Elefant in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution,
3. Der Elefant im Großen Vaterländischen Krieg,
4. Der Elefant beim Aufbau des Kommunismus,

Die DDR bringt 6 Bände heraus: Vier Bände Übersetzung aus dem Russischen,
5. Band: Der Elefant, der treueste Freund der Sowjetunion,
6. Band: Vom Sowjetelefanten lernen heißt siegen lernen."[3]

Realiter umfaßten die große „Geschichte der KPdSU" sechs und die GdA acht Bände. Der immense Aufwand war der Bedeutung der Thematik in der DDR durchaus angemessen. Über vierzig Jahre lang stand „Geschichte der Arbeiterbewegung" im Zentrum aller historiographischen Bestrebungen der SED. Sie prägte in der DDR die gesellschaftliche Semantik, beherrschte Medien und öffentliche Rhetorik, Rundfunk[4] und Film[5], Denkmalskultur[6] und Straßenschilder[7], Kunst[8] und Literatur[9], Museen[10], Lied[11] und Kabarett[12], Geschichtsunterricht[13] und Parteilehrjahr. „Geschichte der Arbeiterbewegung" war „die Tradition", der große Gegenentwurf zur „bürgerlichen Geschichtsschreibung" in der Bundesrepublik, die neue „Meistererzählung"[14]. Das Ausmaß, in dem östlich der Elbe über die Rolle Lenins, die Thälmann-Legende oder den antifaschistischen Widerstandskampf, über die Bewertung der „Befreiung" durch die Rote Armee, den spanischen Krieg[15] die „Zwangsvereinigung" und die 1956 verpaßte Entstalinisierung der SED diskutiert wurde und bis heute noch wird, spie-

2 Hermann Weber, Zwischen Stalinismus und Objektivität. Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", S. 249, in: SBZ-Archiv 16 (August 1966), S. 249–253.
3 So lachte man in der DDR. Witze und Karikaturen, Berlin (Eulenspiegel/Das Neue Berlin) 1999, S. 75f.
4 Christoph Classen, Faschismus und Antifaschismus. Geschichtsdiskurse im Hörfunk der SBZ/DDR 1945–1953. (Dissertation), Berlin 2002.
5 Thomas Heimann, DEFA, Künstler und SED-Kulturpolitik, Berlin 1994.
6 Eva-Maria Klother, Denkmalsplastik nach 1945 bis 1989 in Ost- und West-Berlin, Münster 1998.
7 Maoz Azaryahu, Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz: politische Symbolde im öffentlichen Leben der DDR, Gerlingen 1991.
8 Monika Flacke (Hg.), Auftragskunst der DDR. 1949–1990, München/Berlin 1995.
9 Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis, Jedes Buch ein Abenteuer. Zensursystem und literarische Öffentlichkeit in der DDR, Berlin [2]1998.
10 Karen Pfundt, Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte 1952 in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23/1994, S. 23–30.
11 Lutz Kirchenwitz, Folk, Chanson und Liedermacher in der DDR, Berlin 1993.
12 Brigitte Riemann, Das Kabarett der DDR, Münster 2001.
13 Heike Christina Maetzing, Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus: Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR, Hannover 1999.
14 Vgl. Konrad H. Jarausch, Die DDR-Geschichtswissenschaft als Meta-Erzählung.
15 Josie McLellan, Remembering Spain: the contested history of the International Brigades in the German Democratic Republic.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gelt die Beharrungskraft dieser Erinnerungskultur. Sogar die Oppositionellen und kritischen Autoren, Rudolf Bahro und Wolf Biermann, Volker Braun, Heiner Müller und Christa Wolf, blieben dieser Semantik verbunden.[16] Die Unterdrückung der Stalin-Interpretation Gorbatschows in der Zeitschrift „Sputnik"[17] und ein Satz Rosa Luxemburgs wurden zu Signalen, die Menschen auf die Straße brachten.

Vor diesem Hintergrund läßt sich der Stellenwert der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von 1966 verorten. Im vielsträhnigen Prozeß ihrer Textgenese kulminierten die für das Geschichtsbild der DDR konstitutiven Diskurse. Sie bildete deren integrierende Ganzheit, Bezugsrahmen aller „Festlegungen" und Maßstab der „Einschätzungen". Sie lieferte den „roten Faden", an den sich vom verantwortlichen Redakteur bis zum Museumswärter, vom Kinderbuchautor bis zum Grenzsoldaten alle halten konnten, sollten, wollten oder mußten. Parteiintern würdigte man die GdA in den sechziger Jahren lakonisch als „das Geschichtswerk", eine Wendung, die sie mit den „Werken" der „Klassiker" in eine Reihe stellte. Die acht Bände waren in der Tat umfangreich genug, um genau jene ominöse 30 cm breite Lücke im Bücherregal der Genossen zu füllen, die 1956 durch den Ausfall der dreizehnbändigen Stalin-Ausgabe sowie des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU/B" entstanden war.

Stefan Heym karikierte die kanonische Funktion der GdA im „König David Bericht" als einen „alle Abweichungen ausschließenden ... Einen und Einzigen Wahren und Autoritativen, Historisch Genauen und Amtlich Anerkannten Bericht usw."[18]

Die Ohnmacht des Historikers Ethan im Autorenkollektiv König Salomons, der pfiffige Umgang einer „verantwortlichen" Untersuchungskommission mit „weißen Flecken", die Schwierigkeit, apokryphe Lesarten auszublenden und widersprüchliche Fassungen abzugleichen, aber auch das Verstummen der Zeugen, die Korruption und Einschüchterung der Wissenden, gefälschte Dokumente, dem Historiker versperrte Archive, ein vom Zensor überwachtes Repertoire von Sprachregelungen und Argumenten und spitzfindige Diskussionen über verschiedene Arten, (nicht) die Wahrheit zu sagen – solche, den ganzen Text Stefan Heyms durchziehende Motive waren in der DDR hochaktuelle Themen, wenn es um Fragen der Parteigeschichtsschreibung ging.

Eine besondere Form von Zensur verwaltete die Differenz zwischen internem und publizierbarem parteigeschichtlichen Wissen in mannigfaltigen Abstufungen und Erscheinungsformen: wir finden von oben, bei „König Salomon" Ulbricht angefangen, bis zu den schweigenden Genossen des GULAG die verschiedensten Zensurinstanzen im Politbüro, im Zentralkomitee und dessen Parteiinstituten, im Dietz-Verlag und last not least in dem für Parteigeschichte verantwortlichen Institut für Marxismus-Leninismus. Informationen wurden in den Panzerschränken der Parteiführer, in unzugänglichen Archiven und den Giftschränken der großen Bibliotheken verborgen, sie zirkulierten in Arbeitsgruppen und internen Gremien, tauchten in vorsichtigen Anfragen und Konsultationen auf, als feindliches Gerücht, als lokale Fehlzündung in randständigen Publikationen oder als sensationelle Markierung eines Kurswechsels in der offiziellen Parteipresse. Informationen wurden zu komplexeren Einschätzungen ausgebaut oder vorsichtig aus Manuskripten und Neuauflagen

16 Vgl. David Bathrick, Language and Power.
17 Gunter Holzweißig, „Verzerrende Beiträge zur Geschichte". Zehnter Jahrestag des „Sputnik"-Verbots.
18 Stefan Heym, Der König David Bericht, Berlin (Buchverlag der Morgen) 1973, S. 9.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

getilgt, bis sie nach etlichen Diskussionsrunden, gutachterlichen Überprüfungen und komplizierten Ritualen der redaktionellen Endabnahme ihren Weg in Ulbrichts achtbändiges „Geschichtswerk" fanden.

Wer die im folgenden geschilderten parteigeschichtlichen Aktivitäten der SED verfolgt, wird sich fragen, aus welcher Motivation heraus der unerhörte Aufwand betrieben wurde. Warum widmete ein Walter Ulbricht zehn Jahre lang sein bißchen Freizeit parteigeschichtlichen Fragen und belästigte damit Chruschtschow und Breshnew? Hatte das Politbüro nicht besseres zu tun, als sich über die Redaktion von Thälmann-Briefen zu beraten, das Plenum des ZK einen vernünftigen Grund, ein halbes dutzendmal über parteigeschichtliche Konzeptionen und Endfassungen zu tagen? Welchen Sinn machte die groteske Papierverschwendung, wenn noch gestern gepriesene Großauflagen eingestampft wurden? Warum nahm die Parteiführung den daraus resultierenden Verlust an Glaubwürdigkeit in Kauf? Was stand dahinter, wenn Grotewohls fünfbändige Geburtstagsausgabe an einer einzigen Fußnote scheiterte? Verbarg sich ein vernünftiges Kalkül hinter den magisch wirkenden Praktiken, wenn plötzlich ein Name nicht mehr genannt wurde oder dem verordneten Vergessen wieder entrissen wurde? Welche geheimnisvolle Kraft trieb die vielen hundert Parteihistoriker in Universitäten und ZK-Instituten und die örtlichen Geschichtskommissionen mit ihren Veteranen an, und weshalb scheute man sich nicht, deren Ergebnisse dem Spott der Parteiöffentlichkeit preiszugeben, wenn sich die unvermeidlichen „Fehler" eingeschlichen hatten? Weshalb riskierte man internationale Konflikte mit Bruderparteien, die einer laxen Interpretation der Kommunistischen Internationale frönten? Woher speiste sich die Mitleidslosigkeit, mit der verantwortungsbewußte Gutachter jahrelang den parteitreuen Autor quälten?

Zur „Rolle der Bedeutung" der Parteigeschichtsschreibung ist in der DDR eine Unzahl von Texten entstanden, die die unterschiedlichsten Aspekte betonten, politische, wissenschaftliche und pädagogische Gründe nannten, die den wissenschaftlichen Nachweis der Unfehlbarkeit des ZK oder die Notwendigkeit anführten, aus den dennoch begangenen Fehlern zu lernen. Parteigeschichte war demnach „nie Selbstzweck, sondern stets äußerst notwendige Voraussetzung für die wissenschaftliche Ausarbeitung der Parteipolitik in Gegenwart und Zukunft".[19]

Manche Parteihistoriker zitierten einfach Lenin, daß bolschewistische Beschlüsse „der Geschichte der Bewegung, der politischen Erfahrung" entnommen werden müßten.[20] Für Klaus Kinner war die parteigeschichtliche Selbstverständigung, wie sie die junge KPD schon bei der Auswertung der erfolgreicheren Oktoberrevolution betrieben habe, Grundvoraussetzung aller kommunistischen Fortentwicklung und Praxis, und die Geschichte der Parteigeschichte weit mehr als bloße Wissenschaftshistoriographie, nämlich konstitutiver Teil einer auch in den achtziger Jahren noch ausstehenden Geschichte des Marxismus-Leninismus.[21] Solche reflexiv-analytischen Orientierungsfunktionen vertrugen sich allerdings schlecht mit den propagandistischen Schulungsaufgaben.

---

19 BA DY 30, IV 2/9.07/37, BzG-Redaktion (Gemkow) an „Werte Genossen", 12.2.1962.

20 Ernst Diehl, Geschichte und Geschichtsbewußtsein. Die Geschichte unserer Partei. Kraftquell unseres Kampfes, S. 59.

21 Klaus Kinner, Marxistische Deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933, Berlin 1982, S. 69 und 520.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Über die Bedeutung der Aufgabe und unsere Verantwortung, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu schreiben", hieß es im frühen IML lapidar, die Parteigeschichte spiele „für die Erziehung der Parteimitgliedschaft, besonders unserer jüngerer Genossen, aber auch der Arbeiterklasse zu wirklichen Kämpfern die allergrößte Rolle."[22]

In ihrer Anfang der sechziger Jahre entwickelten Form, die ein von 1830 bis zum letzten Parteitag geschlossenes stringentes Konzept anbot, einen gesetzmäßig verlaufenden Prozeß zeigen sollte, lieferte die „wissenschaftlich bewiesene" Parteigeschichte einen verführerischen Ordnungsentwurf. Die Partei wurde für manchen Genossen zu einer Instanz, die seine Lebensgeschichte mit der Weltgeschichte in Einklang brachte.[23]

Wer die großen Arbeiten zur KPD-Parteigeschichtsschreibung vor 1945 kennt, mag sich wundern, mit welchem Recht diese Studie erst 1956 einsetzt.[24] Auch die Einleitung der achtbändigen GdA stellt das „Geschichtswerk" in eine bis zum frühen Marx zurückgehende ununterbrochene Traditionslinie.[25] „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" und Engels Studie „Der deutsche Bauernkrieg" galten der GdA als Ausgangspunkte, Bebels Erinnerungen und Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" als wichtige Marksteine. Lenin wird ein halbes dutzendmal genannt.[26] Nur die dominierende Rolle Stalins wurde ausgeblendet.

Es ist nicht so, daß Stalin in den acht Bänden überhaupt nicht vorkäme. Im Band IV (1924–1933) beispielsweise tauchte er immerhin so oft auf wie sein Opfer Münzenberg. Jede einzelne dieser Stalin-Stellen wurde in langwierigen Diskussions- und Begutachtungsprozessen zwischen Berlin und Moskau ausgehandelt. Doch in der Einleitung der GdA, die Traditionslinien der Parteigeschichtsschreibung nachzeichnen sollte, findet sich von Stalin keine Spur. Nur dem „Kurzen Lehrgang" waren zwei von Ulbricht selbst in den Text hineinredigierte Sätze gewidmet, die ihm, „ungeachtet der Mängel", gewisse volkspädagogische Verdienste bescheinigten.[27]

Stalin kam als Vorläufer und Traditionsstifter für das „Geschichtswerk" von 1966 nicht in Betracht. Es war letztlich ziemlich genau dessen ursprünglicher Zweck, zu zeigen, daß die kommunistische Parteigeschichtsschreibung durchaus auch ohne Stalin auskommen könne. Das ist der Grund, warum die vorliegende Untersuchung erst 1956 einsetzt. Schon vorher gab es verschiedene zaghafte Ansätze, zu einer großen Parteigeschichte zu kommen, aber erst jetzt handelte es sich um ein politisch dringliches Projekt. Fortan ging es um die komplette Revision des stalinistischen Geschichtsbildes und der dazugehörigen Methoden. Das Jahr 1956 bietet sich wie eine Drehscheibe auch deshalb als Ausgangspunkt an, weil

22 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Disposition über den Stand der Arbeit am „Kurzen Abriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ...", 18.2.1959 (Uebel).

23 Vgl. Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, Die volkseigene Erfahrung, S. 586.

24 Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution. Zur Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR und zur Konzeption der Geschichte des deutschen Volkes, Berlin 1970; Klaus Kinner, Marxistische Deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933, Berlin 1982; Bernd Florath, Historiographie der Arbeiterbewegung. Eine europäische Subkultur und ihre Geschichtswissenschaft, in: Wolfgang Küttler (Hg.), Das lange 19. Jahrhundert. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät, Band 1, 2. Halbband), Berlin 1999, S. 213–262.

25 GdA, Bd. I (Einleitung), S. 14ff.

26 Ebd., S. 25.

27 Ebd., S. 32.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

jetzt kritische Analysen dazu entstanden, die in hinreichendem Ausmaß Rückblicke gestatten.

Man muß nicht in die Zeit vor 1956 zurückgehen, um zu zeigen, daß es sich bei der Ausblendung Stalins um eine substantielle Fälschung handelte. Auf dem 28. Plenum des ZK, im Juli 1956, hat Ulbricht den Einfluß Stalins drastisch geschildert. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sei bisher „als Anhang zum ‚Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU' gelehrt" worden, und „bestimmte Dogmen J.W.Stalins über die internationale Arbeiterbewegung" habe man einfach auf Deutschland angewandt.[28] Ulbricht wußte wovon er redete. Seine „grundlegenden" Auslassungen über den bürgerlich-demokratischen Charakter der Novemberrevolution hatte er einst mit Stalin-Zitaten begründet, ausdrücklich auf die Konkordanz seiner älteren Texte mit dem „Kurzen Lehrgang" verwiesen und bei jeder Gelegenheit Stalins Brief an die Zeitschrift Proletarskaja Revoluzija hervorgehoben. Aber was er 1950 in der „Einheit" verkündet hatte, sollte 1956 nicht mehr als „abgeschlossene Meinung" gelten.[29]

Warum übernahm Ulbricht selbst die Leitung und Initiative im parteigeschichtlichen Diskurs? Zunächst sah er in der Parteigeschichte einen vermeintlich wissenschaftlichen Weg, die politische „Perspektive" zu finden. Sie sollte als Basis für ein neues Parteiprogramm dienen. Dabei nutzte er sie virtuos als Vehikel eines kontrollierten Umgangs mit der Entstalinisierung. Die unmittelbar nach dem XX. Parteitag ausgegebene, so oft kritisierte wie für Ulbricht überlebenswichtige Parole, vorwärts zu diskutieren und vor dem Feind jede rückwärtsgewandte Fehlerdiskussion zu vermeiden, wäre schlechterdings nicht durchzuhalten gewesen, wenn die Parteigeschichte kein Ventil geboten hätte, um die Kritik an der stalinistischen Vergangenheit in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Nach dem Mauerbau betonte er ihren propagandistischen Wert, um auf die westdeutsche Arbeiterklasse einzuwirken, im Umfeld des VI. Parteitags galt sie gar als Mittel zur Produktionssteigerung und nach dem 11. Plenum 1965 stand die pädagogische Vorbildfunktion für die Jugend im Vordergrund. Monika Kaiser hat zu zeigen versucht, daß der Ulbricht der sechziger Jahre sich verändert hatte, moderat, tolerant und pragmatisch geworden war, ein Verfechter aller möglichen Reformen.[30] Solche neuen Eigenschaften hatte er hauptsächlich seinem „dritten Beruf" als Historiker und der Reflexion der Erfahrungen als inzwischen dienstältester Revolutionär und lebender „Klassiker" zu verdanken. Mitte der sechziger Jahre blickte er nur noch kopfschüttelnd auf die stürmischen „Überspitzungen" seiner Kampfzeit zurück.

Um die vitale und konstitutive Funktion von Parteigeschichte für die Existenz der SED plausibel zu machen, sei an die heterogene Zusammensetzung der Partei nach dem Krieg erinnert, an den Zwittercharakter von Massen- und Kaderpartei, an die große Zahl ehemaliger Nazis, Soldaten und Hitlerjungen und an den verschwindenden Anteil einigermaßen linienfester, zudem untereinander zerstrittener kommunistischer Veteranen. Auch deren Verhältnis zu den ehemals sozialdemokratischen „Genossen" war klärungsbedürftig. Unter diesen Bedingungen wurde eine definierbare Identität zur Überlebensfrage. Die SED, so sah

28 BA DY 30, IV 2/1/161, S. 44.

29 Walter Ulbricht, Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution, S. 979f., in: Einheit, November 1950, S. 979–1003.

30 Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Berlin 1997.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

es jedenfalls rückblickend Ulbricht, hoffte ihre Identität in der Auseinandersetzung mit der eigenen Parteigeschichte zu finden:

„Selbstverständlich gab es in unserer Partei verschiedene Meinungen nach 1945. Das war eine komplizierte ideologische Entwicklung, und es gab Genossen, die in ihrer Abgeschlossenheit ganz falsche oder andere Vorstellungen hatten von dem Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die einen bildeten die Räterepublik bei Wittenau bei Berlin und waren erstaunt, als man ihnen sagte, jetzt verschwindet schleunigst hier, sonst bekommt euch das schlecht. Das heißt, wir mußten mit ihnen diskutieren. Es gibt auch einige andere Orte, wo das gemacht wurde. Es waren alte, gute Genossen, die das gemacht haben. Andere versuchten auf dem Weg des alten Parlamentarismus irgendwie weiter zu kommen. Die dritten waren nicht für die Bodenreform ..." Der Kampf habe jene „zusammengeschweißt, die in der Illegalität waren, die manches richtig gesehen haben, mit denen, die im KZ waren, die, wie in Buchenwald dachten, daß sie das Zentralkomitee sind – sie haben bald gemerkt, daß es gar nicht so geht, sie hatten schon die Bezirke unter sich aufgeteilt. Andere kamen aus der Emigration, die waren auch der Meinung, daß sie jetzt von dort die volle Weisheit mitbringen. Das stimmt nicht, sondern die volle Weisheit kam raus aus der Einheit der führenden Kräfte der Parteien und entwickelte sich im Prozeß des Kampfes, vor allem unter Anwendung der Erfahrungen der Partei und der Arbeiterklasse in der Vergangenheit. Anders geht die Sache nicht."[31]

Parteigeschichte konnte der innerparteilichen Versöhnung dienen, wenn Ulbricht, wie in der zitierten Passage, „Weisheit" und Führungsanspruch seiner „Moskau-Fraktion" relativierte oder seine alten, Anfang der fünfziger Jahre ausgeschalteten Gegner im Politbüro Dahlem und Merker zur Mitwirkung am achtbändigen „Geschichtswerk" aufforderte, in dem sie dann auch parteiöffentlich rehabilitiert wurden. Parteigeschichte konnte, intendiert oder ungewollt, aber auch leicht die innerparteilichen Konflikte verschärfen. Das beste Beispiel dafür liefert der Einsatz der Thesen zum dreißigjährigen Jubiläum der Novemberrevolution von 1948, die den Führungsanspruch der Kommunisten und die Ausschaltung vieler Sozialdemokraten mit dem „Verrat" von 1919 begründeten. Der vorsichtige Umgang der SED-Zentrale mit parteigeschichtlichen Texten hatte seine Gründe.

2. Parteigeschichte und Zensur

Die Aufarbeitung der Parteigeschichte stand in einem prinzipiellen Zielkonflikt zwischen Analyse- und Propagandafunktion. Dieser Zielkonflikt war nur durch Zensur zu lösen, oder, wie man damals gesagt hätte, mit den Mitteln „redaktioneller Verantwortlichkeit".

Unter „Zensur" wird hier nicht, wie sonst üblich, ein staatlicher Eingriff im Stile Metternichs verstanden, also nicht das seit 1956 vom Ministerium für Kultur kontrollierte Druckgenehmigungsverfahren. Im Vergleich zur redaktionellen Praxis der „Einheit" und den kompromißlosen Usancen des IML war die berüchtigte staatliche Belletristik-Zensur der

31 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 26.–28. Juni 1962, 3. Beratungstag, S. 195f. (Schlußwort Walter Ulbricht).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

HV Verlage und Buchhandel eine harmlose Angelegenheit, letztlich nicht mehr als ein Ableger an der Peripherie des Machtzentrums.

Es gibt wohl wenige Studien und kaum Memoirenliteratur zur Geschichtswissenschaft in der DDR, in denen nicht auf Erfahrungen mit der Zensur eingegangen wird. Trotzdem ist dieses Thema anders als die Belletristik-Zensur[32] bisher kaum, geschweige denn systematisch erforscht worden. Deshalb sollte ursprünglich nicht dieses, sondern ein Buch über die Zensur in den Gesellschaftswissenschaften entstehen, das beispielsweise den Umgang mit philosophischen Texten oder die Kontrolle der Landkartenproduktion mit einbezogen hätte. Doch zeigte sich, daß das Zensursystem der DDR insgesamt nur von seinem heimlichen Zentrum, vom System der parteigeschichtlichen Diskurskontrolle ausgehend verstanden werden kann. Es stellte sich heraus, daß Zensur von Verlag zu Verlag und von Phase zu Phase zwar ganz unterschiedlich funktionierte, doch im Zweifelsfall hatten parteigeschichtliche Erwägungen stets den Vorrang. Beim „Leitverlag" für Geschichte der fünfziger Jahre, Rütten & Loening, kultivierten Lektoren, Gutachter und Zensoren eine hochdifferenzierte Begutachtungspraxis, die für besondere Textsorten wie Lexika, Kalender, „bürgerliche Materialsammlungen" und historische Romane angemessene Verfahrensroutinen vorsah.[33] Als besonders brisant galten Texte, die außenpolitische Belange berührten. Sie wurden, wie aus ganz anderen Gründen auch die Kirchenliteratur[34], besonders streng, unter Einschaltung des Außenministeriums begutachtet. Doch richtig ernst wurde es erst, wenn sich das IML einzuschalten begann. In „ideologisch windstillen" Zonen, wie dem exportorientierten Akademie-Verlag, regierte zeitweise ein offener Primat der Ökonomie, der zu einer Zensur mit umgekehrten Vorzeichen führen konnte. Ideologische Phrasen wurden dann aus den Texten verbannt, um westlichen Vorstellungen zu entsprechen.[35] Diese mit Samthandschuhen betriebene Begutachtungspraxis galt jedoch nur, solange die Texte nichts mit Parteigeschichte zu tun hatten.[36] In keinem anderen Bereich beobachteten Lektoren, Redakteure und Zensoren sorgfältiger die vorgegebenen Kriterien, Urteile und Sprachregelungen. Beginnt man zwecks einer Topographie des Zensursystems die heißen und kalten Zonen zu bestimmen, so wirkte die Parteizensur wie ein Hitze-Zentrum, das auf das ganze System ausstrahlte. In der Redaktion der „Einheit", im Dietz-Verlag und im IML läßt sich die Temperatur eines Hochofens messen.[37]

Die Treffsicherheit aller Kreml-Astrologie beruhte auf der unausgesprochenen Voraussetzung, daß kein Wort dem Zufall überlassen war, daß „subjektivistische" Auffassungen

32 Zur Belletristik-Zensur vgl.: Carsten Gansel, Parlament des Geistes; Anna-Christina Giovanopoulos, Die amerikanische Literatur in der DDR; Jedes Buch ein Abenteuer; David Pike, The Politics of Culture in Soviet-Occupied Germany 1945–1949; Joachim Walther, Sicherungsbereich Literatur; Ernest Wichner/Herbert Wiesner (Hg.), „Literaturentwicklungsprozesse"; Richard Zipser, Fragebogen: Zensur.

33 Siegfried Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur.

34 Siegfried Bräuer/Clemens Vollnhals, „In der DDR gibt es keine Zensur". Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954–1989, Leipzig 1995.

35 Siegfried Lokatis, Wissenschaftler und Verleger in der DDR.

36 Martin Sabrow, Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiegel seiner Gutachtenpraxis, in: ders. (Hg.), Verwaltete Vergangenheit, Leipzig 1997, S. 35–65.

37 Vgl. Siegfried Lokatis: Dietz; ders., Die Zensur historischer Literatur in der DDR unter Ulbricht; ders., Falsche Fragen an das Orakel? Die „Einheit" der SED.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

aus parteioffiziellen Texten systematisch ausgemerzt, korrigiert oder zumindest gekennzeichnet worden seien.

Für eine marxistisch-leninistische „Partei neuen Typs" war Zensur ein konstitutives Prinzip. Sie war zugleich Machtmittel der Partei und über die Partei. Ihre Definitionsmacht sicherte die Durchsetzung der Parteibeschlüsse, deren einheitliche korrekte Auslegung und, mit bemerkenswertem Erfolg bei westlichen Totalitarismus-Experten, das Abstrahlen einer monolithischen Selbstdarstellung. Das waren im kommunistischen Verständnis legitime Funktionen. Doch darüber hinaus war Zensur ein wichtiges Herrschaftsmittel der Parteiführung, um die Basis mundtot zu halten, „Plattformen" innerparteilicher Gegner zu „zerschlagen", diese als „Abweichler" und „Parteifeinde" zu kennzeichnen, ja als „Unpersonen" vergessen zu machen. Spätestens seit Stalins in der frühen DDR vielzitiertem Brief an die „Proletarskaja Rewoluzija", der die öffentliche Diskussion bolschewistischer Axiome anprangerte, waren Zensur und Parteigeschichtsschreibung zwei Seiten einer Medaille.[38] Es war geradezu der Hauptzweck des „Kurzen Lehrgangs" der KPdSU-Geschichte gewesen, die Genossen zu mißtrauischer „Wachsamkeit" gegenüber allen möglichen Abweichlern zu erziehen, und die Angst hatte schweigsam gemacht.[39]

Nicht zuletzt aufgrund ihrer diskriminierenden und hierarchisierenden Funktion war Parteigeschichtsschreibung alles andere als eine akademische Angelegenheit, ein gefährliches Minenfeld. Jeder Versuch einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem unübersehbaren Quellenmaterial, mit den alten Pamphleten gegen „Sozialfaschisten" und kompromittierenden Parteitagsprotokollen, mit den zurückgedrängten Erinnerungen der „alten Garde" an eine Zeit vor Stalin und Ulbricht konnte leicht alte Gräben aufreißen, ja die Parteihierarchie in Frage stellen. Parteigeschichtliches Wissen bzw. dessen Geheimhaltung bedeutete konkrete Macht. In innerparteilichen Auseinandersetzungen entschied die revolutionäre Biographie über Karrieren und stützte die Macht der Parteiführung wie der Sicherheitsorgane.[40] Wem die Kaderakte „sektiererische" Aktivität oder Kontakte zu den „Rechtabweichlern" um Brandler, „spontane" Disziplinlosigkeit oder „opportunistische" Vergangenheit bescheinigte, der war durch die Parteiführung erpreßbar. Westemigranten waren womöglich Noel Field begegnet,[41] KZ-Veteranen konnten leicht in den Verdacht der Kollaboration geraten, und Widerstandskämpfer hatten nur allzuoft die postulierte „führende Rolle des ZK" ignoriert. Wer zu Ulbrichts politisch führender Moskau-Fraktion gehörte, verschwieg die beschämende Kehrtwendung nach dem Hitler-Stalin-Pakt, die eigene GULAG-Erfahrung[42] oder die Erinnerung an verschwundene Genossen. Vermutlich gab es kaum einen älteren

38 J. W. Stalin, Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus. Brief an die Redaktion der Proletarskaja Rewoluzija (1931), Werke Bd.13, S. 76–91, Berlin 1955. Vgl. Rosa Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, Band I, Berlin 1951, S. 136ff.

39 Zu den SED-typischen Geheimhaltungspraktiken vgl. Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, S. 138ff.

40 Vgl. Thomas Klein, Parteisäuberungen und Widerstand in der SED. Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung, in: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Frankfurt/Oder 1996, S. 9–136; vgl. auch die Akte der Kaderabteilung BA DY 30, IV 2/11/136.

41 Bernd-Rainer Barth, Wer war Noel Field?, in: Anette Leo/Peter Reif-Spierek (Hg.), Vielstimmiges Schweigen.

42 Peter Erler, Mich haben die persönlichen Erlebnisse nicht zum nörgelnden Kleinbürger gemacht. Deutsche GULag-Häftlinge in der DDR, in: Anette Leo/Peter Reif-Spierek (Hg.), Vielstimmiges Schweigen.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Funktionär ohne irgendeinen potentiellen „Makel". Stefan Heym hat in seinem Roman „Collin" die dunklen Seiten in der Vergangenheit eines Geheimdienstchefs heraufbeschworen.[43] Tatsächlich spielte noch bei Honeckers Sturz ein geheimnisvoller „roter Koffer" eine Rolle, mit dessen Inhalt Mielke Honeckers Aussagen in der Gestapo-Haft publik zu machen drohte, um dessen Rücktritt zu erzwingen.[44]

Der Einfluß der Parteigeschichtsschreibung strahlte auf die DDR-Geschichtswissenschaft, soweit sie sich mit „Geschichte der Arbeiterbewegung" befaßte, als der ihr Wesen bestimmende Zensurzwang aus. Dazu ist viel geschrieben worden. Um in seinem geliebten Dreieck zwischen Archiv, Bibliothek und Schreibtisch verbleiben zu können, begann Joachim Petzold seine schachhistorischen Werke zu schreiben.[45] Die westdeutsche Historiographiegeschichte unterschied zwischen „stärker und schwächer kontaminierten Bereichen des Faches" und beobachtete einen „diskursiven Diskussionsprozeß zwischen SED und Geschichtswissenschaft".[46] DDR-Historiker reagierten auf die Parteizensur mehrheitlich mit doppelbödigen Strategien. Sie kultivierten „die eigensinnige Umdeutung zentraler Thesen, ohne sie in Gänze in Frage zu stellen, den Rückzug auf empirische Forschung, ohne den Widerspruch ihrer Implikationen zu den geltenden Thesen des Geschichtsverständnisses zu artikulieren, das Erhandeln von Forschungsfeldern gegen den Verzicht auf Einmischung in Kernbereiche des Geschichtsbildes, die versteckte Distanzierung von Grundthesen durch fortschreitende Differenzierung und Relativierung."[47] Da dies nur auf Kosten der Glaubwürdigkeit ging, stellt sich vom historiographiegeschichtlichen Standpunkt nach wie vor Jürgen Kockas skeptische Frage nach der verbleibenden Möglichkeit von „Wissenschaftlichkeit" entsprechend „den im Untersuchungsgegenstand und in den wissenschaftlichen Verfahren liegenden Wahrheitskriterien und Überprüfungsregeln".[48] Die Noten sind verteilt, „evaluierende", „anklagende" und „relativierende" „Deutungsmuster" der Ankläger, Richter und Nachfolger in Schubladen sortiert. Martin Sabrow plädiert mit ethnographischem Blick auf Unzurechnungsfähigkeit und sieht die Delinquenten schon längst in ein „Diskursgefängnis" gebannt.[49] Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler erklärten die resultierenden Texte aufgrund der hochgradigen Ideologisierung rundweg für wissenschaftlich bedeutungslos.[50] Angesichts der Härte der geschilderten politischen Zwänge kann es hier jedoch nicht darum gehen, die Resultate der Parteigeschichtsschreibung nach wissenschaftsspezifischen Kriterien zu beurteilen als wären sie Publikationen der Akademie. Aber welcher Maßstab bleibt dann noch? Um den gewählten methodischen Zugriff zu veranschaulichen, bieten sich zwei Begriffe an, die sich bei der Analyse des Quellenmaterials und der Darstellung als fruchtbar erwiesen haben und sich unmittelbar aus den Spezifika kommunistischer Zensur-

43 Stefan Heym, Collin, München 1979.
44 SternMagazin, Nr. 48, 22.11.1990, S.28–34. Diesen Hinweis verdanke ich Monika Kaiser.
45 Joachim Petzold, Parteinahme wofür?, S. 114.
46 Jürgen Kocka, Parteilichkeit in der DDR-marxistischen Geschichtswissenschaft, S. 265, in: Theorie der Geschichte, Band 1, Reinhard Koselleck/Wolfgang J. Mommsen/Jörn Rüsen (Hg.), Objektivität und Parteilichkeit, S. 263–269.
47 Ralf Possekel, Der Selbstwiderspruch der DDR-Historiker als analytisches Problem, S. 149, in: Georg G. Iggers u.a., Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 131–151.
48 Jürgen Kocka, Parteilichkeit in der DDR-marxistischen Geschichtswissenschaft.
49 Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses.
50 Heinrich August Winkler, Autoreninterview, in: Börsenlatt 95, 28.11.1997.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

praxis ableiten lassen. Es handelt sich dabei erstens um das Prinzip der redaktionellen „Verantwortlichkeit" und zweitens um den Begriff des „Leittextes". Diese beiden Begriffe bilden ein Instrumentarium, das es erlaubt, nicht nur die Praxis der Parteizensur und des restriktiven Umgangs mit Texten zu beschreiben, sondern auch dem Selbstverständnis der Beteiligten mit der gebotenen Distanz nachzuspüren. Es handelt sich um induktiv gewonnene Arbeitsbegriffe, die der Untersuchung zugrunde liegen, jedoch zugleich ein Höchstmaß an theoretischer Verallgemeinerung zulassen, wenn es darum geht, das System kommunistischer Textkontrolle in seiner historischen Entwicklung angemessen darzustellen.

3. Zensur als redaktionelle „Verantwortlichkeit"

„ ... der Zensor ist unverantwortlich" (Karl Marx).[51]

Während der Emigration in der Sowjetunion war es nicht ungewöhnlich, daß der kommunistische Parteivorsitzende Wilhelm Pieck selbst zur Feder griff, um ein Manuskript zu zerpflücken.[52] Später fehlte den „führenden Genossen" im Politbüro und ihren engeren Mitarbeitern schlechterdings die Zeit, um mit der nötigen Sorgfalt Zensurpflichten abzuarbeiten. So wuchs den Spezialisten in der Propagandaabteilung des ZK, die auch Parteiinstitute wie das IML und die Zensurstellen im Staatsapparat anleiteten, zunächst Fred Oelßner und später Kurt Hager, die Rolle eines Chefideologen zu. Die Bezeichnung „Chefideologe" führt insofern in die Irre, als über knifflige ideologische Fragen in der Regel kollektiv entschieden wurde, beispielsweise in der von Hager geleiteten „ideologischen Kommission".[53]

Weder Hager noch Ulbricht konnten schreiben, was sie wollten – sie wären noch nicht einmal auf den Gedanken gekommen. Im Gegenteil gehörte es zu den Paradoxien im kommunistischen Zensursystem, daß die Leittexte von Parteiführen besonders genau redigiert wurden. Als beispielsweise Chruschtschow gestürzt wurde, korrigierte Ulbricht seine Reden entsprechend den Änderungsvorschlägen des IML. Zugespitzt formuliert, wurde in der DDR niemand schärfer „zensiert" als Walter Ulbricht. Das wirkt logisch, weil seine Texte politische Handlungsanweisungen sein konnten und der aktuellen Beschlußlage entsprechen mußten. Aber es ist offensichtlich, daß der herkömmliche Zensurbegriff bei der Beschreibung dieses Zusammenhangs versagt. Man könnte formulieren, daß es sich um eine Art arbeitsteilig organisierter „Selbstzensur" gehandelt habe, aber damit verlöre auch dieser Begriff jeden Sinn. Auf ähnliche Probleme stößt man übrigens, wenn es darum geht, die relativ selbsttätige Rolle der Verlage zu bestimmen, die die Hauptlast der Zensurarbeit trugen, oder die dezentralisiert funktionierende Arbeitsweise der Zeitschriftenredaktionen zu

51 Karl Marx, Bemerkungen über die preußische Zensurinstruktion, S. 24, in: MEW, Band 1, Berlin 1956, S. 3–25.

52 BA NY 4036/499, S. 116ff., S. 139ff.

53 Ulrich Neuhäußer-Wespy, Die SED und die Historie, S. 64–75.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

beschreiben. Gunter Holzweißig hat in diesem Zusammenhang von einer „Zensur ohne Zensor" gesprochen.[54]

Man wird an dem Begriff der „Zensur" schon deshalb festhalten, weil die Zensur ihn bis 1989 verboten hatte, und er vieles beim Namen nennt, was Schriftsteller und wissenschaftliche Autoren erdulden mußten. Aber angesichts der vertrackten Zusammenhänge bietet er nur ein grobschlächtiges Werkzeug. Man kann das Zensursystem in der DDR nicht analysieren und verstehen, ohne den Begriff der redaktionellen „Verantwortlichkeit" zu benutzen, der die meisten der hier zu verhandelnden Phänomene mit konkurrenzloser Präzision beschreibt. Das ist kein Wunder. Er entspringt der Selbstbeschreibung aller Gutachter, Lektoren, Redakteure und Zensoren, die mit ihrem begrifflichen Instrumentarium über vierzig Jahre lang auffallend gut zurechtkamen.

Wie kommunizierte man über die Funktionsweise von Zensur, ohne das Wort benutzen zu dürfen? Oft muß man genau hinschauen, um in den vom IML hinterlassenen Aktenbergen einen Zensurvorgang zu entdecken. Dann wird er nur aus entfernter Distanz beschrieben, etwa im knappen Rapport einer „Bandbrigade" für die Abteilungsleitung oder in lakonischen Anweisungen. Einige Dokumente müßten „besser behandelt" und „entsprechende Stellen zitiert" werden, hieß es dann etwa.[55] Oelßners Bitte, mit einem seiner überholten stalinistischen Texte „entsprechend zu verfahren"[56] oder Ulbrichts Bescheid: „Die Hälfte genügt"[57] lieferten dem „verantwortlichen Redakteur" vollkommen ausreichende Handlungsanweisungen. Der aufmerksame Leser wird sich über eine Vielzahl ähnlich abstrakt gehaltener Wendungen den Kopf zerbrechen. Andere hingegen wirken so plastisch wie ein Gummireifen: Politisch veraltete Bücher führen zu „ideologischen Pannen" und gelten als „moralisch verschlissen", andere, die besser in einem anderen Verlag erschienen wären, sind nicht „profilecht" und Propagandisten werden auf Schulungen „runderneuert".

Man arbeitete im IML, ähnlich wie in den Verlagslektoraten und Zeitschriftenredaktionen, nach eingeschliffenen Verfahrensroutinen, und wenige Worte genügten, um sich verständlich zu machen. Hier waren „Stellen" zu beheben, dort „glättete" man bei der Übersetzung oder sorgte für „richtige Proportionen". Texte konnten „zu falschen Schlußfolgerungen" führen oder verrieten „Schwankungen". Sie waren „nicht nützlich", „kompliziert", „unklar", „sehr kompliziert", „verworren" oder „schädlich". Mit solchen „Einschätzungen" sorgten die IML-Gutachter dafür, daß Manuskripte im staatlichen Druckgenehmigungsverfahren „angehalten", „reduziert" oder „zur Überarbeitung vom Verlag zurückgezogen" wurden.

Sonst wurden sie alle – der Gutachter, die HV Verlage und Buchhandel, der Verlag und der „parteiliche" Autor – ihrer „Verantwortung" nicht gerecht.

Ein Versuch, das „Wörterbuch des Zensors" zu schreiben, müßte berücksichtigen, daß manche Termini nur in bestimmten Verlagen und Instituten gebräuchlich oder der Mode unterworfen waren. Der Begriff „Verantwortung" mit seinen Ableitungen („Verantwortlichkeit", „die volle Verantwortung übernehmen", „seiner Verantwortung ausweichen" usw.) gehörte nicht dazu, sondern spielte bei der Kontrolle von Literatur stets die zentrale Rolle.

54 Gunter Holzweißig, Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997.
55 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Diskussion des Entwurfes Kapitel XI ..., 22.5.1963.
56 BA NY 4215, 101, Fred Oelßner (Sekretariat) an Dietz (Fritz Schälike), 10.12.1956.
57 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 132ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Im Grunde genommen bestand die Arbeit eines „verantwortlichen Mitarbeiters" der Zensurbehörde im Ministerium für Kultur nicht etwa darin selbst zu zensieren, sondern diese „Verantwortung" auf möglichst geschickte Weise an die Verlage zu delegieren und für jedes Manuskript den richtigen Gutachter und ein ausreichend zuverlässiges Begutachtungsverfahren zu bestimmen.

Welche Rolle die Festlegung von „Verantwortlichkeit" im Publikationssystem der DDR spielte, verdeutlicht eine Arbeitsrichtlinie von 1960:

„Der Verlagsleiter ist als politischer Funktionär der Partei der Arbeiterklasse und dem Staat gegenüber für das Gesamtgeschehen des Verlages voll verantwortlich ... Der Cheflektor trägt für den politisch-ideologischen Inhalt sämtlicher Verlagserzeugnisse (Bücher, Broschüren, Zeitschriften) unmittelbar die volle Verantwortung. Er bestimmt das ideologisch-literarische Gesicht des Verlages. Dem Cheflektor sind die leitenden Lektoren direkt unterstellt ... Sie sind in ihrem Bereich für die Anleitung und Koordinierung der Arbeit verantwortlich ... Lektoren mit verantwortlicher Tätigkeit sind für ein Fachgebiet (Wissenschaftszweig) innerhalb des Lektorats verantwortlich. Darüber hinaus trägt aber jeder Lektor für die von ihm bearbeiteten Manuskripte die persönliche Verantwortung gegenüber dem Verlag."[58]

Hören wir das Hohe Lied redaktioneller Verantwortlichkeit, dem widerspenstigen Autor von einem verantwortlichen Chefredakteur vorgetragen:

„Im Gegensatz zu den Gepflogenheiten in kapitalistischen Ländern trägt bei uns, wie auch in der Sowjetunion und den anderen Ländern unseres Lagers, neben dem Autor auch der Verlag die politische Verantwortung für den Inhalt einer Publikation; für die Veröffentlichung selbst ist der Verlag allein verantwortlich. Die leitenden und redaktionellen Mitarbeiter des Verlages sind politische Funktionäre, die das Recht und die Pflicht haben, sich über jede Publikation des Verlages eine eigene Meinung zu bilden und politisch verantwortungsbewußt bei der Veröffentlichung zu handeln. In besonders schwierigen Fällen wendet sich der Verlag an das ZK um Rat, und es versteht sich von selbst, daß die Meinung des ZK und sein Ratschlag für den Verlag verpflichtend sind. Entstehen dadurch Meinungsverschiedenheiten zwischen Autor und Verlag (bisher gab es keinen solchen Fall), so hat der Autor natürlich das Recht, sich mit dem Verlag darüber auseinanderzusetzen, oder sich an das ZK zu wenden. Über die Veröffentlichung entscheidet jedenfalls der Verlag. Im vorliegenden Fall trat als besonderer Umstand noch hinzu, daß die politische Situation sehr gespannt ist und ein Höchstmaß an politischem Verantwortungsbewußtsein und Parteidisziplin verlangt."[59]

In „Tauwetter"-Phasen wurde versucht, das Druckgenehmigungsverfahren, die staatliche Zensur abzuschaffen.[60] Doch wie sollte man etwas abschaffen, was es nach offiziellem Sprachgebrauch gar nicht gab? Man sprach von der „Erhöhung der Verantwortlichkeit der Verlage" bzw. von einer „Verlagerung der Verantwortlichkeit nach unten", und jeder wußte, was gemeint war.

58 BA DR-1, 1234, Arbeitsrichtlinien der VVB Verlage für die Lektoratsarbeit (Entwurf), 18.10.1960.

59 BA DY 30, IV 2/9.04/209, Verlag Die Wirtschaft (Puhlmann) an Fritz Behrens, 13.11.1956, Betr. Bénary/Behrens, „Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode".

60 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 48–60.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Aus unserer Verantwortung für das Ansehen der Wissenschaft der DDR, nicht zuletzt auch für den wissenschaftlichen Ruf unseres Genossen Professor Ruben selbst", blockierte die HV Verlage ein Buch des bekannten Indologen. Sie wollte es allerdings druckgenehmigen, wenn der „Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften die wissenschaftliche und politische Verantwortung für die Publikation" übernähme, erklärte ein listiger Oberzensor, als die Akademie protestierte.[61]

War die Zensurbehörde überhaupt dafür zuständig, die Buchproduktion des Akademie-Verlages zu überwachen? Auch über dieses delikate Problem wurde im Jargon der Verantwortlichkeit verhandelt. Pikanterweise waren die Fronten dabei verkehrt. Der Verlag und seine Eigentümerin, die Akademie der Wissenschaften, baten 1958 geradezu händeringend darum, zensiert zu werden, um sich nicht mit einem angesehenen Mitglied anlegen zu müssen. Doch der Zensor Oskar Hoffmann sträubte sich. Er verwies auf die Verantwortlichkeit der Parteiorganisation des Akademie-Verlages. Der Akademie-Verlag trüge „die volle Verantwortung für seine Publikationen". Die Literaturbehörde habe „die Frage, ob die Akademie in Fragen ihrer Publikation autonom sei, nicht zu entscheiden ..." und trage nur die Verantwortung dafür, daß „durch unser Verlagswesen keine Publikationen feindlichen, schädlichen, fremden – kurz gesagt unsere Entwicklung, unsere Republik hemmenden – Inhaltes" erschienen. In der Praxis müßten die „Genossen" im Verlag dafür sorgen, daß aus „Fällen notwendiger Korrekturen, Änderungen oder Ablehnungen" kein Gegensatz zwischen Wissenschaft und Politik entstünde.[62]

Was soll man davon halten, daß ein „Zensuropfer" zensiert werden will, doch der Zensor sich sträubt? Eine typische Situation: Das IML fühlt sich zwar für wissenschaftliche Texte zur Geschichte der Arbeiterbewegung „verantwortlich", aber nicht für Belletristik. Die Verlage sind jedoch verpflichtet, auch für solche Manuskripte ein IML-Gutachten beizubringen. Auf den Außenstehenden wirkt es als groteske Verharmlosung, daß diese Gutachten gemeinhin als „ideologische Hilfe" bezeichnet wurden. Doch sie galten tatsächlich als „verantwortungsbewußte" Dienstleistung und mußten manchmal regelrecht erbettelt und eingeklagt werden. Verantwortliche Zensurarbeit war eine schwere Last. Doch man konnte ihr nicht ausweichen und verrichtete sie dann streng und schlecht gelaunt.

Wenn die „verantwortlichen ideologischen Zentren" wie das IML, die diversen ZK-Abteilungen, der Dietz-Verlag, die Zensurbehörde, die Redaktion der BzG und die Parteihochschule im parteigeschichtlichen Diskurs kommunizieren und konkurrieren, über Kürzungen und Auflagenhöhen verhandeln, bietet die Kenntnis des Prinzips der „Verantwortlichkeit" dem Leser einen brauchbaren Kompaß, um sich im Dickicht zurechtzufinden und Paradoxien aufzulösen.

Der Begriff der „Verantwortung" läßt sich in ähnlicher Verwendung bereits im 18. Jahrhundert nachweisen. Schon von Immanuel Kant verlangte sein König, als er die „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft" verbieten ließ, unter Androhung höchster Ungnade „gewissenhafteste Verantwortlichkeit".[63] Auch Goebbels appellierte an die „Verantwortlichkeit" seiner Schriftleiter, und in der Medientheorie- und Praxis der Bundesrepublik

61 BA DY 30/9.04/489, HV Verlage und Buchhandel (Haid) an Deutsche Akademie der Wissenschaften (Hartke), 5.11.1965.

62 BA DR–1, 1068, Aktennotiz der HV Verlagswesen, 14.5.1958.

63 Heinrich Hubert Houben, Hier Zensur – wer dort? Der gefesselte Biedermeier, Leipzig 1990, S. 76.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

spielt der Begriff eine zentrale Rolle.[64] Hier ist der Chefredakteur „verantwortlich", was zu unerfreulichen Vergleichen einlädt. Ostdeutsche Journalisten, die in der Bundesrepublik „angekommen" sind, haben in den Redaktionen der westdeutschen Presse alte Zwänge wiedererkannt und wundern sich nur, daß ihre West-Kollegen die „Verantwortlichkeit" nicht als Zensur bezeichnen.[65] Daß diese laut Grundgesetz in der Bundesrepublik per definitionem nicht stattfindet, ist für sie kein besonders überzeugendes Argument, weil das in der DDR auch so war.

Dabei erlaubt gerade die terminologische Verwandtschaft, den Unterschied und damit einige Spezifika kommunistischer Diktatur präzise zu beschreiben. In seiner oben beschriebenen Verwendungsweise entstammt er sowjetischen Mustern und entspricht dem leninistischen Parteistatut. Das Prinzip der „Verantwortung" nimmt den einzelnen Genossen auf tückische Weise von zwei Seiten in die Pflicht. „Verantwortung" appelliert einerseits emphatisch an edle Gefühle und Selbstverpflichtung, an die ehrliche Einsatzbereitschaft für das große Ganze, für die Gemeinschaft, für die Partei und findet damit bei jedem treuen, subjektiv ehrlich überzeugten Genossen Resonanz. „Ich fühlte eine unglaublich starke Verantwortung für dieses Scheißland", erklärte Christa Wolf noch zehn Jahre nach der Wende.[66] In der kommunistischen Zensurpraxis, wie sie unter Stalin entwickelt wurde, ist das Prinzip der „Verantwortlichkeit" jedoch alles andere als eine Frage des guten Willens. Erst der Kurzschluß von Willen und Pflicht befähigt zur kalten Handlung. „Verantwortung" macht den „Apparatschik" rechenschaftspflichtig, haftbar und bedroht ihn mit härtesten „kaderpolitischen" Sanktionen. Die Ambivalenz von „Verantwortlichkeit" als moralischer Appell und juristische Haftbarmachung ist auch in der westlichen Welt geläufig. Zu der geschilderten kompletten Vereinnahmung der Person findet sich jedoch allenfalls im alten Kirchenrecht, im Nebeneinander von Inquisition und Beichtstuhl eine interessante Parallele.

Es ist für den Zensurhistoriker verlockend, diesen Vergleich zu strapazieren, um womöglich auf die ersten Buchverbote des Konzils von Nicäa von 325 oder wenigstens bis zum „heiligen Officium" und zur „Kongregation des Index" ins 16. Jahrhundert zurückzublicken, als die katholische Hierarchie „der unkontrollierten Verbreitung von gefährlichen Schriften die Hauptschuld an der Reformation und Kirchenspaltung" gab. „Bücher waren für diese Institutionen das gefährliche Medium zur Verbreitung verderblicher Meinungen schlechthin."[67] Zeitweise verboten sie sogar die Bibel-Lektüre.

Tatsächlich erinnern die Arkanpolitik des Parteiarchivs und die Fälschungspraxis im frühen IML an die Zustände in mittelalterlichen Klöstern. Auch dort finden wir Schweigsamkeitsrituale und kollektive Textproduktion, einen Bonaventura, der im Stil von Heyms König Salomon die Geschichte seines Ordens umschreiben und ältere Biographien des heiligen Franziskus vernichten läßt.[68] Die finessenreiche Diskussion über den „Charakter der Novemberrevolution" wurde schon von den Beteiligten als „Theologengezänk" bewertet, wobei die Protagonisten der Parteihochschule und des IML sich im Stil verfeindeter Mönchs-

64 Rüdiger Funiok/Udo F. Schmälzle (Hg.), Medienethik – die Frage der Verantwortung, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1999.

65 Zwischen Mosaik und Einheit, S. 713 (Regine Sylvester).

66 Clemens Wergin, „Verantwortung für die DDR". In Berlin-Mitte erzählte Christa Wolf aus ihrem Leben, in: Der Tagesspiegel, 29.11.1999, S. 30.

67 Hubert Wolf/Wolfgang Schopf, Die Macht der Zensur. Heinrich Heine auf dem Index, S. 49f.

68 Kurt Flasch, Das philosophische Denken im Mittelalter, S. 396.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

orden balgten. Solche Parallelen schaffen vielleicht ein Stück gelassener Distanz, entdecken einen verfremdenden Vergleichsmaßstab und öffnen den Blick. Sie hinken wie jeder Vergleich und beleidigen sowohl das kirchliche als auch das kommunistische Selbstverständnis. Deshalb sollen sie, solange genauere Forschungen ausstehen, hier nur ironisch gemeint sein, um immer cum grano salis genommen zu werden. Zusammengenommen verweisen all diese Phänomene auf die jeweils zentrale Rolle von Theologie bzw. Theorie und Texten. Denn es geht hier nicht darum, den Kommunismus im totalitarismustheoretischen Sinn als „politische Religion" zu kennzeichnen,[69] sondern es soll ganz im Gegenteil ein Spezifikum betont werden, das kommunistische Systeme radikal vom Nationalsozialismus unterscheidet. Schließlich hinterließ die SED keine Berge von Leichen, sondern von Akten.[70]

4. Was ist ein „Leittext"?

Marxistisch-leninistische Diktatur funktionierte auf mannigfaltige Weise durch Steuerung über Texte. Ob es sich um planwirtschaftliche Formularvordrucke oder um einen Roman Erwin Strittmatters[71] handelte, um den fingierten Leserbrief eines Arbeiters oder um die Grundlagenwerke der „Klassiker", um ein ZK-Rundschreiben an die Grundorganisationen oder um ein Gedicht Günter Kunerts[72]: in „Gesellschaften sowjetischen Typs"[73] wuchs dem geschriebenen Wort unerhörte Bedeutung zu.

Daß Bücher im „Leseland DDR" ganz allgemein eine ungleich größere Bedeutung als beispielsweise in der Bundesrepublik besaßen, lag in der Logik des Zensursystems. Texte wurden durch die staatliche Druckgenehmigungspraxis als offiziell zugelassen gekennzeichnet und gleichsam politisch aufgeladen. Der Zensor achtete darauf, welche öffentliche Geltung einem Buch zufallen würde, er dosierte die Auflagenhöhe nach politischen Gesichtspunkten und lenkte die Rezensionen. Entsprechend einer mißlichen Dialektik des Zensurgeschäftes wirkten verbotene Texte besonders interessant. Sie wurden geschmuggelt, von Hand zu Hand weitergereicht und zum Teil auswendig gelernt.[74] Im „Leseland" herrschte ein kompliziertes Kräftespiel ganz unterschiedlicher literarischer Geltungsansprüche, die der Ausdifferenzierung von (literarischen, konfessionellen, organisationsspezifischen) „Teilöffentlichkeiten" entsprachen oder auch mit dem Ansehen des jeweiligen Ver-

69 Hans Maier, „Totalitarismus" und „Politische Religion", S. 123ff., in: Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1999, S. 118–134.

70 Hans Mommsen, Nationalsozialismus und Stalinismus. Diktaturen im Vergleich, S. 513, in: ebd., S. 505–515.

71 Erwin Strittmatter, Die Lage in den Lüften. Aus Tagebüchern, Berlin 1990.

72 Holger Brohm, Günter Kunert vor dem Gesetz. Gutachten als Kommentarform des Kanons, in: LiteraturGesellschaft DDR, S. 214–239.

73 Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, Frankfurt/Main 1993.

74 Vgl. Mark Lehmstedt, Im Dickicht hinter der Mauer – der Leser, in: Mark Lehmstedt/Siegfried Lokatis (Hg.), Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaustausch, Wiesbaden 1997, S. 348–357. Robert Darnton, Die Sicht des Zensors, in: Der letzte Tanz auf der Mauer, München/Wien 1991, S.138–150. Hans Altenhein, Christa Wolfs Kassandra. Eine Fallgeschichte, in: Mark Lehmstedt/Lothar Poethe (Hg.), Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 8 (1998), S. 275–294.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

lages zusammenhingen. Im oberen Teil der Pyramide literarischer Geltungsansprüche regierten einzelne kanonische Werke wie Apitz „Nackt unter Wölfen", Goethe, Meyers Lexikon oder die Hochschullehrbücher der Einzelwissenschaften.[75] Was in der „Einheit" stand, war für die Prenzlauer Berg-Szene allerdings nur von eingeschränktem Interesse, und im Krisenjahr 1956 konvergierte die Begeisterung für Parteiliteratur auch in der SED gegen den Nullpunkt. Doch man soll sich nicht von den Klagen des Dietz-Verlages irreführen lassen! Hier bejammerte man schon als Mißerfolg, wenn 20 000 Exemplare liegen blieben, obwohl eine halbe Million verkauft worden war.

Aufs Ganze gesehen behauptete die parteioffizielle Literatur der SED in dem hierarchisch geordneten, vielsträhnigen Ensemble mehr oder weniger kompatibler Geltungsansprüche die führende Rolle, höchste politische Autorität und eine konkurrenzlose Massenwirkung.

Der päpstliche Index pochte darauf, daß nicht nur der Klerus, sondern auch die katholischen Buchhändler und Verleger seine Zensurhinweise durchführten. „Daß das ‚Imprimatur' nur bei katholischen Autoren funktionierte, liegt auf der Hand."[76] Bei der Interpretation von Parteiliteratur postulierte die SED-Spitze über vierzig Jahre hinweg mit großem Erfolg einen durchaus vergleichbaren seelischen Führungsanspruch, der die Funktionsweise der Parteiöffentlichkeit spezifischen, nach dem Prinzip der „Verantwortlichkeit" funktionierenden Regeln unterwarf, und den der einzelne Genosse besser nicht laut in Frage stellte. Es wirkte nicht nur auf Außenstehende absurd, wenn von einem Tag auf den anderen Stalin oder Chruschtschow nicht mehr erwähnt und zitiert wurden. Doch zeigte gerade der Mut zur Absurdität, wo die Macht saß. Die Parteiführung konnte ihren Texten im Apparat wie in den Grundorganisationen Geltung verschaffen, und sie konnte diese Geltung auch wieder entziehen. Man mag über solche Mechanismen spotten, doch für einen verantwortlich denkenden Genossen wie Franz Dahlem, den man „im nachhinein aus der Geschichte der Partei" gestrichen, dessen Schriften man „eingestampft, aus den Bibliotheken verbannt" hatte, blieb die Parteiöffentlichkeit, selbst als sie sich grausam zeigte, das natürliche Element, der „einzige Rahmen", in dem sich ein zu Unrecht beschuldigter Kommunist zur Wehr setzen konnte.[77]

Innerhalb der Parteiöffentlichkeit kursierte ein breites Spektrum von Textsorten. Allein der Dietz-Verlag unterschied von der jedem Parteitag und Plenum folgenden „aktuellen Massenliteratur" über die Broschüren für das Parteilehrjahr und die „Klassiker" bis zu den Nachschlagewerken und der Gedenktagsliteratur nicht weniger als acht Absatzgruppen.[78]

Der im „Neuen Deutschland" publizierte Parteitagsbeschluß besaß „unter Genossen" eine andere Dignität als die Auswertung der Kybernetik-Debatte im Sonderheft der „Einheit". Allein dieses „theoretische Organ" richtig zu lesen, war eine Kunst, die Erfahrung, Kenntnis ritueller Codes, politischen Spürsinn für Abweichungen und Geduld erforderte.[79] Der engagierte Funktionär achtete darauf, welche Namen in welcher Reihenfolge erwähnt wurden

75 Martina Langermann/Thomas Taterka, Kanon und Norm in der literarischen Kommunikation der DDR, in: LiteraturGesellschaft DDR, S. 1–32.

76 Hubert Wolf/Wolfgang Schopf, Die Macht der Zensur. Heinrich Heine auf dem Index, S. 52.

77 Franz Dahlem, Nachgelassenes, Ausgelassenes, S. 21, in: BzG, 1990, 1, S. 17–25.

78 Anja Kugel, Die gesellschaftswissenschaftliche Buchproduktion in der DDR am Beispiel der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED, Magisterarbeit Universität Leipzig 2001, S. 76–80.

79 Vgl. Siegfried Lokatis, Falsche Fragen an das Orakel? Die „Einheit" der SED, S. 594f., in: Zwischen Mosaik und Einheit, S. 592–608.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

und welche fehlten, ob ein Text als anonymer redaktioneller ‚Leitartikel' absolute Geltung beanspruchte oder ein bisher eher einflußloser Autor dahinterstand, der sich hinter Zitaten und Beschlüssen verschanzte, ob es sich um eine politische Handlungsanweisung, das Startsignal zu einer Kampagne oder um einen bloßen Informationsartikel handelte.

Gab es sichere Kennzeichen, um den Geltungsanspruch eines Textes einzuschätzen? Dem Geltungsanspruch korrespondierte ein entsprechendes Maß an autorisierender „Verantwortlichkeit". Bei den wichtigsten Texten wurde diese „Verantwortlichkeit" im Politbüro „beschlußmäßig" festgelegt. Anfang der fünfziger Jahre galt beispielsweise die „Edition von Stalin-Texten" als die „verantwortlichste Aufgabe".[80] Mitte der sechziger Jahre wurde der achtbändigen GdA der Stellenwert eines „Klassikers" zugemessen. Deshalb war die „Verantwortung" auf die stärksten und breitesten Schultern gelegt. Und nicht einmal Ulbricht, der Leiter des verantwortlichen Autorenkollektivs, fühlte sich dieser Last gewachsen. Deshalb wurde der Text der GdA, wie zuvor schon ihr „Grundriß", vom Plenum des Zentralkomitees verabschiedet.

Eine ganze Reihe von „autoritativen" Institutionen und Personen, von Zeichen und Auszeichnungen verhalf dem „Achtbänder" zu einem Höchstmaß an Geltung: die Auflagenhöhe, Begutachtungspraxis, Besprechungen und Beförderungen, der besondere Charakter des Dietz-Verlags, die „Einheit", die Fotos der Gründer und Heroen, die Interpretation und „ideologische Hilfestellung" des IML, Kalender, Leitfäden und Lehrpläne, Museen und Massenorganisationen, das „Neue Deutschland" und der „Neue Weg", Ordensverleihungen, Parteilehrjahr und Papier, dessen Qualität und Quantität, Rundfunkreden, Schulungen, Tagungen, Ulbricht, die Veteranen und Hanna Wolf, die Zitiervorschriften der Zensur und das Zentralkomitee.

Ein ZK-Beschluß verlieh dem „Geschichtswerk" den Verbindlichkeitsgrad eines parteioffiziellen „Dokuments": jeder Zweifel daran war strenggenommen ein Bruch der Parteidisziplin. Ein großes wissenschaftliches Institut wurde geschlossen, weil es Thesen des Achtbänders ignoriert hatte.[81]

Entsprechend der Logik des Zensur- und Begutachtungssystems wirkte sich der Geltungsanspruch des „Geschichtswerks" auf andere, das Thema „Geschichte der Arbeiterbewegung" nur entfernt berührende Texte aus. Die kanonischen Werke der gesellschaftswissenschaftlichen Einzeldisziplinen und alle historiographischen Großprojekte wurden nach dem Muster der GdA bewertet, angehalten oder umgeschrieben. Aufgrund dieser Funktion als oberster Zensurmaßstab, Urmeter und Buch der Bücher bezeichne ich die GdA als einen „Leittext". Hiermit sei eine zugewiesene und widerrufbare parteiöffentliche Funktion gemeint, die sich an bestimmten, externen Kennzeichen ablesen ließ und nicht etwa eine inhärente Eigenschaft des Textes. Ein „Leittext" kommuniziert mit anderen Texten und regiert sie.

Die Leittext-Funktion war dem Achtbänder keineswegs leicht anzusehen. Er wollte seine Wahrheit nicht nur dekretieren, sondern mit Argumenten überzeugen. Darum war er schließlich so dick geraten. Diese Paradoxie meinte Stefan Heym mit der Formel von einem

80 BA DY 30, IV 2/9.07/19, MEL-Institut (Winternitz) an das Zentralsekretariat der SED, 20.9.1949.

81 Zur Schließung des Leipziger „Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien" vgl. unten Kapitel 8.3.1.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

zugleich „Historisch Genauen und Amtlich Anerkannten Bericht."[82] Das Problem bereitete auch der Propagandaabteilung des ZK Kopfzerbrechen, die das Parteilehrjahr lieber mit einem handlichen Einbänder bestritten hätte. Das IML half mit besonderen „Leitfäden" für das Parteilehrjahr und schob bestimmte Motive wie die „Machtfrage" als verbindlich in den Vordergrund. Zehntausende von Propagandisten wurden entsprechend geschult.[83]

Zum ersten Mal könne man eine parteigeschichtliche Selbstdarstellung der SED mit innerfachlichen Kategorien analysieren, lobte die Historiographiegeschichtsschreibung in Westdeutschland und gratulierte den DDR-Kollegen zu ihrem „Gesellenstück".[84] Konrad Jarausch hat der GdA wegen ihrer anschaulichen Argumentation den Charakter eines „Leittextes" abgesprochen und sie als „Transmissionstext" mit populärwissenschaftlicher Intention eingeordnet. Ein „Hochschullehrbuch" wäre demnach kein „Corpus verbindlicher Leittexte",[85] sondern auf der unteren Seite der Geltungsskala einer „dritten Ebene" der „eigentlichen Fachtexte" zuzuordnen. Die textimmanente, am „linguistic turn" orientierte Analyse zeigt ganz unterschiedliche „Rhetorikstile", um daraus Rückschlüsse auf den politischen Geltungsanspruch der Texte zu ziehen. Als typischen „Leittext" von „größter Autorität" und „politischer Verbindlichkeit" bezeichnete Jarausch die Thesen des ZK zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution von 1958 und verwies dabei auf deren „hochgradig politisierte" Sprache.[86]

„Leittexte" der SED waren zwangsläufig Kommentare ihrer Vorgänger, sie relativierten deren Geltungsanspruch oder stützten sich auf ihre Autorität. Selbst das Stillschweigen war beredter Teil dieser Kommunikation. Es tabuisierte den Text und setzte ihn außer Kraft. Auf diese, vielleicht etwas schäbig wirkende Weise, setzten sich die parteigeschichtlichen Versuche der Honecker-Ära an die Stelle von Ulbrichts „Geschichtswerk". Hingegen verwies die Einleitung der GdA explizit auf die Novemberthesen und wies ihnen den sichtbarsten Platz auf der Ahnentafel zu.[87] Tatsächlich stand seit Mitte der fünfziger Jahre die große, wissenschaftliche Parteigeschichte im Zentrum aller Bestrebungen. Insofern verwiesen die Novemberthesen wie der „Grundriß der Geschichte der Arbeiterbewegung" von vornherein teleologisch auf das „Geschichtswerk", und beide werden hier deshalb mit gebührender Ausführlichkeit als konstitutive Teile seiner Werkgeschichte behandelt.

Denn auch die erklärungsbedürftige Frage, wie ein 5 000 Seiten langer, wissenschaftlich argumentierender Text in der Praxis überhaupt als „Leittext" gehandelt werden und funktionieren konnte, läßt sich am besten im Vergleich zu diesen beiden wichtigsten Vorgängern klären. Ähnlich wie zwischen 1965 und 1970 der Achtbänder (vgl. unten Kapitel 8.2.), und doch auf ganz andersartige Weise, wirkten um 1958 auch die Novemberthesen (Kap. 3.) und von 1962 bis 1964 der „Grundriß" (Kap. 5.3) als wichtigster Zensurmaßstab.

---

82 Stefan Heym, Der König David Bericht, Berlin (Buchverlag der Morgen) 1973, S.9.

83 Vgl. unten, Kapitel 8.2.

84 Günther Heydemann, Geschichtswissenschaft und Geschichtsverständnis in der DDR seit 1945, S. 19; Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, S. 13.

85 Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses, S. 250.

86 Konrad Jarausch, Historische Texte der DDR aus der Perspektive des linguistic turn, S. 267f., in: Georg G. Iggers u.a., Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 261–279.

87 GdA, Bd. 1 (Einleitung), S. 36ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

5. Quellen, Methoden und Darstellungsabsicht

Die Konzentration auf die Kategorie „Leittext" bildet den Kern des hier vorgestellten methodischen Ansatzes. Ihre Brauchbarkeit schälte sich im Verlauf der mehrphasigen Archivstudien heraus und lieferte dann die benötigten Auswahlkriterien: Allein die für die Parteigeschichtsschreibung im Untersuchungszeitraum relevante Überlieferung des IML umfaßt weit über 500 Akteneinheiten. Hinzu kamen die Akten der ideologieproduzierenden und -kontrollierenden ZK-Abteilungen Wissenschaft, Propaganda und Agitation, etwa 100 nach Autorennamen geordnete Druckgenehmigungsakten der Zensurbehörde im Ministerium für Kultur, die Überlieferung des Dietz-Verlages und die umfangreichen Nachlässe von parteihistorisch aktiven Protagonisten wie Franz Dahlem, Wilhelm Koenen, Rudolf Lindau, Paul Merker und last not least Walter Ulbricht.[88] Wer sich jemals unter irgendeinem Teilaspekt näher mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung befaßt hat und weiß, wie umfangreich allein das Material über Thälmann, Rosa Luxemburg, die Novemberrevolution oder gar den antifaschistischen Widerstand überliefert ist, weiß auch, daß die hier versuchte Gesamtdarstellung nur um den Preis einschneidender Reduktionen zu leisten war. Daß das IML dreißig Jahre lang nicht mehr als einen kleinen Ausschnitt aus dieser Fülle publizieren konnte, gehört bereits zum Gegenstand dieser Untersuchung. Diese konnte sich natürlich nicht auf das interne Material beschränken. Schließlich geht es genau um die Differenz zwischen internem und publiziertem Wissen. Erst das nach Möglichkeit durch Interviews mit Zeitzeugen[89] ergänzte Studium der Akten, die den komplizierten Entstehungsprozeß von zahllosen parteigeschichtlichen Werken dokumentieren, erlaubt deren quellenkritische Lektüre.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen dabei von vornherein solche Texte, die etwas über den Umgang mit anderen Texten aussagten. Insofern es sich hierbei um „Leittexte" handelt, geht es um Texte über Texte über Texte. Ein Protokoll, das über die Entstehung eines Satzes für den Achtbänder Aufschluß gibt, ist interessant, weil der Satz für alle anderen Texte maßgeblich ist und sich auf viele, nein, auf alle anderen Texte verbreiten wird. Keiner darf ihm widersprechen. Die redaktionelle Arbeit an den Werkausgaben der „Klassiker" (Kap. 1.5.) und die Arkanpolitik des Parteiarchivs (Kap. 1.3. und 6.2.), die Kontrolle der örtlichen Geschichtskommissionen (Kap. 2.5., 2.6. und 5.2.1.) und der Erfahrungsaustausch mit den Instituten der „Bruderparteien" (Kap. 2.4., 8.3.1.), Museumsarbeit (Kap. 5.3.2.) und Propagandaaktivitäten (Kap. 8.1.1.) kommen so in den Blick.

Die nach der Öffnung der Archive 1989/1990 entstandenen quellengesättigten Untersuchungen zum System der DDR-Geschichtswissenschaft wählten ganz unterschiedliche Ansätze. Ilko-Sascha Kowalczuk betonte Diktaturcharakter und Opferperspektive. Er rückte die „kaderpolitische" Dimension der Wissenschaftspolitik an den Universitäten in den Mittelpunkt seiner Darstellung.[90] Ulrich Neuhäußer-Wespy bot aus institutionsgeschichtlicher

88 Vgl. unten, Kapitel 7.

89 An dieser Stelle danke ich vor allem Lothar Berthold für sechs ausführliche Gesprächsrunden. Wertvolle Auskünfte verdanke ich Günter Benser, Werner Berthold, Heinz Habedank, Klaus Höpcke, Annelies Laschitza, Ulla Plener, Karlheinz Selle, Wilfriede Otto, Joachim Petzold, Günter Paulus, Wolfgang Ruge und Hermann Weber.

90 Ilko-Sascha Kowalczuk, Legitimation eines neuen Staates.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Sicht einen Einblick in die Tätigkeit des IML und der Ideologischen Kommission.[91] Martin Sabrow fühlte sich hauptsächlich diskursgeschichtlichen Ansätzen im Sinne Foucaults verpflichtet, um zu verallgemeinerungsfähigen Aussagen über spezifische kognitive und moralische Qualitäten der beteiligten Historiker zu gelangen.[92] Hier geht es um Texte und deren Kontext.

Entsprechend den ganz unterschiedlichen Untersuchungsfeldern wurden jedoch entsprechende Methoden der Analyse und Darstellung akzentuiert. Um zentrale Figuren wie den Altmeister der Parteigeschichtsschreibung Rudolf Lindau (Kap. 2.1. und 5.2.3.) oder den Dietz-Verleger Fritz Schälike (Kap. 4.5.) einzuführen, wurde biographisch gearbeitet, sowohl um die Gründe auszuloten, derentwegen beide 1962 bei Ulbricht in Ungnade fielen, als auch um einen Rückblick auf die Ursprünge des KPD-Buchhandels und die Vorgeschichte der Parteigeschichtsschreibung im Exil und in der Nachkriegszeit werfen zu können. Hingegen wird dem IML (Kap. 1.2., 1.4. und 5.1.3.) eher ein institutionsgeschichtlicher Ansatz gerecht, der die Mechanismen kollektiver Textproduktion in den Mittelpunkt stellt. Um sich in die Schilderung der Diskussionen über die „Periodisierung" (Kap. 2.3. und 5.1.4.), über den „Charakter der Novemberrevolution" (Kap. 3.1.) oder die nationale Grundkonzeption" (Kap. 5.1.) einzuarbeiten, ist ein marxistisch-leninistischer Grundkurs vorteilhaft. Die Aufdeckung der SED-Finanz-, Druckerei-, und Papierpolitik (Kap. 4.4., 8.1.) bedarf der Bilanzkritik und des Rückgriffs auf planwirtschaftliches Know-how. Wie oft hatten scheinbar inhaltlich gerichtete geschichtspolitische Festlegungen eine kaderpolitische Pointe, verfolgten ökonomische Nebenabsichten oder sind überhaupt nur aus der Konkurrenz der Parteiinstitute zu erklären! Manchmal läßt sich ein solcher Kontext nur andeuten: selbst wenn ein Vorgang siebenfach belegt ist, findet sich noch ein Zeitzeuge, der sich über geheime Hintergründe auszuschweigen versteht. Aber der Versuch ist unverzichtbar, um die jeweiligen Handlungshorizonte in ihrer relativen Offenheit zu rekonstruieren. Und das ist schließlich das Ziel, insofern es darum geht, die sich abwechselnden Schichten des parteigeschichtlichen Diskurses in ihrer inneren Logik und zeitlichen Abfolge freizulegen. Den Dingen werden also von verschiedenen Seiten Tangenten her angelegt. So zeigt sich, daß der theoretische Ideologie-Diskurs der Parteispitze auf höchst realen ökonomischen und institutionellen Fundamenten ruhte, die dazu beitrugen, daß geschichtspolitische Absichten der Zentrale auf mannigfaltige Weise gebrochen wurden. Die Perspektive wechselt: die Praktikanten im IML (Kap. 2.2.), die gepeinigten Autoren (Kap. 2.6., 3.2., 4.1., 5.1.5., 5.3.3.), der verbockte Veteran (Kap. 5.2.3.) und der virtuose Dialektiker (Kap. 3.1., 7.3.) treten auf, nur um die überwältigende Macht des zentralen Geschichtsapparates zu erfahren. Mit dem Repertoire der Diskursanalyse nähern wir uns dem Kernbereich realsozialistischer Theoriebildung (Kap. 3.1., 5.1.), rekonstruieren das ideologische Selbstverständnis der Herrschenden und beobachten die Weise, in der Ulbricht den Umgang mit Macht reflektierte (Kap. 7.).

Es geht aber nicht um die „reale Geschichte" der Arbeiterbewegung, oder eben nur indirekt. Wir sprechen von zensurpolitischen Festlegungen, die z. T. ganze Forschungssparten über Jahrzehnte gelähmt haben. „Konzeptionelle Gründe, die parteipolitischen Erwägungen folgten", blockierten bis in die achtziger Jahre hinein alternative Ansätze zu einer sozial-

91 Ulrich Neuhäußer-Wespy, Die SED und die Historie.
92 Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

und alltagsgeschichtlichen Erforschung der „herrschenden" Arbeiterklasse,[93] so daß diese schließlich im Westen nur noch „als Reflex auf die Veränderungen in den sozialistischen Staaten" und als Illustration dessen, „was innerhalb der Grenzen der bestehenden politischen Zwänge und der marxistischen Ideologie möglich war" von Interesse schienen.[94]

Es wäre angesichts der gegebenen Materialfülle schlechterdings unmöglich gewesen, stets die Werke einschlägig engagierter westdeutscher Forscher kommentierend anzufügen.[95] Die Geschichte der Geschichte der Arbeiterbewegung im deutsch-deutschen Spannungsfeld zu schreiben, bleibt somit auch weiterhin ein dringendes Desiderat. Eine wichtige Ausnahme bilden vor allem die für die ganze Thematik grundlegenden einschlägigen Arbeiten Hermann Webers, der, zeitweise fast allein auf weiter Flur, die Entwicklung der Parteigeschichtsschreibung in der DDR seit den fünfziger Jahren kommentierend begleitet hat und im IML als feindliche „Speerspitze" gefürchtet war. Die ängstliche und polemische Rezeption solcher Werke wie „Ulbricht fälscht Geschichte" floß unmittelbar in die IML-Textproduktion ein, setzte der Manipulation deutliche Grenzen und förderte so die Verwissenschaftlichung.[96]

Manchmal erklären und kommentieren sich die Texte, wie sie sich in die hier erzählte Geschichte fügen, selbst und wechselseitig. Das gilt vor allem für das VII. Kapitel über die große Diskussion im Autorenkollektiv, in dem unter Rückgriff auf Kollage-Techniken ausführlich zitiert wird, wo die Interpretation zurückgenommen wirkt, um dem für keine feindlichen Ohren bestimmten Gespräch der „Genossen unter sich" so still wie möglich zu lauschen. Hier kommt es auf jede Nuance und Schlitzohrigkeit, auf das kleinste Zögern Ulbrichts an – was sagt er, was weiß er wirklich, warum soll es anders geschrieben werden ... „Politisch korrekt" – hier sei vor allem der sozialdemokratische Leser gewarnt – geht es in diesem seltenen Theaterstück allerdings nicht zu.

Es ist die eine Sache, ein Zensursystem zu skizzieren, um daraus ganz allgemein auf die maßstabsetzende Rolle von Leittexten zu schließen. Die andere Aufgabe bleibt, zu zeigen,

---

93 Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, Berlin 1995, S. 8 und 14ff.

94 Georg G. Iggers, Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt/Main 1991, S. 8.

95 Entsprechende Orientierungshilfen bieten beispielsweise: Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935; Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Babette Gross, Willi Münzenberg, Stuttgart 1967; Günther Heydemann, Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland; Christoph Kleßmann, Zwei Staaten – eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970; Jürgen Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875; Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus; Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik; Detlev Peukert, Zur Kritik der kommunistischen Parteigeschichtsschreibung; Wolfgang Schieder, Karl Marx als Politiker; Klaus Schönhoven, Reformismus und Radikalismus; Arnold Sywotteck, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946.

96 Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Köln 1964; ders., 16 Fragen an die SED, Vorwärts, 8.7.1964; ders., Sechs neue Fragen an die SED. Zum Erscheinen des achtbändigen Geschichtswerkes ..., in Vorwärts, 10.8.1966; ders. Zwischen Stalinismus und Objektivität. Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: SBZ-Archiv 16 (August 1966), S. 249–253; ders., Die SED hat sich abermals gedrückt, Vorwärts, 5.10.1966; ders. Die Wandlung des deutschen Kommunismus; ders., „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

was man sich darunter eigentlich vorstellen soll, wie die so unterschiedlichen Leittexte funktionierten, was an ihnen wann und warum eigentlich so wichtig war, welche konkrete Wirkung beabsichtigt war und welche sie ausübten. So werden diese Texte hier zunächst als Antworten auf die große Orientierungskrise von 1956 interpretiert, als die stalinistischen „Leittexte" außer Gebrauch kamen (Kap. 1.1.). Dieses Verfahren erlaubt einen Blick auf ältere Schichten in einem evolutionierenden marxistisch-leninistischen Theoriehaushalt (Kap. 1.2.). Erst im Kontrast zu den stalinistischen Fälschungspraktiken der frühen fünfziger Jahre, zu den Kadersorgen und Archivproblemen der Frühzeit werden Entwicklungsschübe deutlich und lassen sich die entsprechenden Rückschläge markieren. Wir beobachten Fortschritte in der redaktionellen Praxis des IML wie im Parteiarchiv, bei dem Umgang mit empirischen Quellen wie mit den Veteranenerinnerungen (Kap. 5.2.2., 6.5.), bei der Interpretation der „Klassiker" (Kap. 3.1., 7.2.) wie in der Auflagenpolitik des Dietz-Verlages (Kap. 4.5.). Die Schilderung des eigentlichen Fertigstellungsprozesses der GdA in „sozialistischer Gemeinschaftsarbeit" entdeckt ein bei aller Skurrilität beeindruckendes Höchstmaß an Planungskompetenz und Organisation bei der Bündelung aller möglichen wissenschaftlichen Ressourcen (Kap. 6.).

Doch zeigt sich in dem grundlegenden Widerspruch zwischen wissenschaftlichem Selbstverständnis und atavistischen Zensurpraktiken auch immer wieder, wie hart und unentrinnbar die Zwänge waren, und daß es sich letztlich um eine Sisyphusarbeit handelte. Das wird überall, doch vor allem in dem Umgang mit der stalinistischen Vergangenheit deutlich (Kap. 1.5., 6.6., 7.–7.8.).

Es wird manchen Leser überraschen, daß sich im IML überhaupt Bestrebungen nachweisen lassen, von der Fälschungspraxis der Stalin-Zeit loszukommen, um zu einer wissenschaftlich möglichst einwandfreien Editionspolitik zu gelangen. Andere werden sich beklagen, daß man deren Erfolg überheblich in Zweifel ziehe. Darf man überhaupt über einen so tragischen Gegenstand, wie ihn die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung darstellt, ironisch schreiben? Diese Frage scheint, denkt man an die Opfer auf beiden Seiten, des antifaschistischen Widerstands wie der SED-Diktatur, nur allzu berechtigt, aber es ist die Frage eines Zensors. Ironie, die mehr sein will als das billige Privileg eines Nachgeborenen, läßt verschiedene Möglichkeiten zu. Sie richtet nicht, sondern kann Widersprüchliches gelten lassen. Dann erweist sie sich als ein fruchtbares Arbeitsprinzip, das unerwartete Denkansätze freisetzt. Lange genug regierte das „vielstimmige Schweigen". Der folgende Text ist als eine Verführung zur Kommunikation gemeint. Indem er methodisch von den Inhalten der „Geschichte der Arbeiterbewegung" abstrahiert, will er letztlich einen Beitrag zu ihrer historisch reflektierten Neubewertung leisten. Indem er die Existenzbedingungen einer abgeschlossenen, das heißt zugleich ausgrenzenden und zu Ende gegangenen Diskursformation in ihrer Genese thematisiert, verweist er auf die Notwendigkeit einer systematischen Quellenkritik, die allein eine Unzahl manipulierter Texte zur Geschichte der Arbeiterbewegung wieder benutzbar machen kann.

Ihr Papier fühlt sich anders an und sie verbreiten Langeweile. „Wenn ein westlicher Leser darin blättert, muten ihn Sprachgebrauch, Argumentationsweise und Interpretationsrichtung fremd an, denn sie repräsentieren ein andersartiges ideologisches System."

Noch immer verlangen viele Tausend ostdeutscher Bücher in den Seminarbibliotheken oder im Schrank des roten Großvaters nach einer Antwort darauf, wie mit ihnen umzugehen

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

sei.[97] Ein Blick auf die Büchertische vor der Humboldt-Universität lehrt, daß den Antiquaren der Nachschub nicht ausgeht. Die Bücher, die hier zur Diskussion stehen, sind auch dem ostdeutschen Leser fremd geworden, nicht erst seit 1989, sondern schon seit Anfang der siebziger Jahre. Sie wurden unter Honecker nicht mehr zitiert. Doch die unter Ulbricht geschulten „Veteranen" wissen sofort, worum es geht, wenn vom „Geschichtswerk" die Rede ist, sie schütteln sich oder spitzen die Ohren. Vier Jahre lang wurde es ihnen Abschnitt für Abschnitt im Parteilehrjahr verabreicht (Kap. 8.1.2.), dann stellte man alles als Irrtum hin (Kap. 8.3.2.). Sie verbinden auch gute Erinnerungen damit. Wie viele Namen hörte man zum ersten Mal (Kap. 6.5., 6.6.), die später wie von Geisterhand wieder in der Versenkung verschwanden! Und verglichen mit Honeckers unerträglichem „Abriß" war diese Parteigeschichte eine spannende Lektüre in anschaulicher Sprache. Was von den 10 Millionen den 15 Kapiteln gewidmeten Broschüren noch übrig sein mag, wirkt vergammelt, brüchig und durchgearbeitet. Auch der Umschlag des Achtbänders ist inzwischen zerfleddert, doch was darunter hervorschaut, ist schöne Buchkunst: mattes, satt dunkelrot gefärbtes Leinen, die goldenen Lettern des Titels auf schwarzem Grund. „Das bleibt", jedenfalls länger als das Buch, das der Leser gerade in der Hand hält. Wieviele Exemplare des Achtbänders die große Büchervernichtung von 1989 überstanden haben, läßt sich kaum erraten. Er ist im Regal nicht zu übersehen, dicker als die dreizehnbändige Stalin-Ausgabe. Doch er wirkt entschieden kompakter: so, als wäre er mit der Zeit und mit etwas Anstrengung zu bewältigen. Man blättert über die Ikonen der Bartträger hinweg durch die Illustrationen, und wer, auf der Suche nach Rosa Luxemburg, erst einmal das „Sesam öffne dich" des Registers erreicht hat, wer sich gar im Dokumententeil, dem Prunkstück des Ganzen, festgelesen hat, ist auch gleich schon gefangen. Da sind sie wieder, die drei schwarzen Auslassungspunkte, über die man so viel nachgrübeln könnte, wie über die drei Blutstropfen im Schnee ... Vorsicht! Irgendwann kommt die Verwandlung in ein Wesen, das eine Fußnote der BzG, ja, sogar ein Leitartikel der „Einheit" in atemlose Spannung versetzen kann. Genug. Wer jetzt noch „auf die andere Seite" springen mag, kommt auch ohne „roten Faden" zurecht.

Das Manuskript wurde im Rahmen des DFG-Projekts „Geschichte als Herrschaftsdiskurs" begonnen und mit Hilfe eines Stipendiums der Fritz-Thyssen-Stiftung fertiggestellt. Es stützt sich fast ausschließlich auf Quellenmaterial aus dem Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, dessen Mitarbeitern ich danken möchte. Ich danke beiden Direktoren und allen hilfreichen Kolleginnen und Kollegen des Zentrums für Zeithistorische Forschung. Günter Agde, Bernd Florath, Thomas Heimann, Günter Hertel, Mario Kessler, Monika Kaiser, Thomas Klein, Volker Lange, Dietrich Mühlberg, Joachim Petzold und Martin Sabrow gaben wichtige Ratschläge. Prof. Dr. Lothar Berthold und Prof. Dr. Günter Benser bin ich als Zeitzeugen und als Kritikern verpflichtet. Simone Barck, Hans-Joachim Finkeldey und Berthold Petzinna bildeten ein inoffizielles Begutachtungs-Aktiv. Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Prof. Dr. Helmut Peitsch und Prof. Dr. Hermann Weber haben sich freundlicherweise zur Begutachtung des Manuskripts bereit erklärt und das Erscheinen dieses Buches ermöglicht.

97 Konrad Jarausch, Historische Texte der DDR aus der Perspektive des linguistic turn, S. 267f., in: Georg G. Iggers u.a., Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 261; ders., Die DDR-Geschichtswissenschaft als Meta-Erzählung, S. 19.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

KAPITEL 1

„Strategie und Taktik" verantwortlicher Editionspolitik im frühen IML

1. Die Orientierungskrise der SED (1956)

„Also sprach man. Es siegte der böse Rat der Genossen;
Und sie lösten den Schlauch, und mit einmal entsausten die Winde."[1]

Der „Arbeitsablauf" im Dietz-Verlag entsprach den „politischen Erfordernissen". Er sorgte für die korrekte, dem Wortlaut der Prawda entsprechende Herausgabe der Materialien des XX. Parteitags. „Mit größter Gewissenhaftigkeit" wurde jede Abweichung zum ADN-Text registriert, kein Manuskript ging in Satz, kein Bogen in Druck, nicht eine einzelne Korrektur wurde in die Maschine eingehoben, ohne überprüft und abgezeichnet zu sein.[2] Ulbricht versuchte den Schock zu mildern, doch an dem Kern der Botschaft war nicht zu deuteln. Am 4. März 1956, konnte es jeder im „Neuen Deutschland" nachlesen: Stalin war kein „Klassiker" mehr.[3]

Was nützten alle Vorsichtsmaßnahmen, wenn Chruschtschows Geheimrede an jedem Kiosk in West-Berlin zu haben war und vom Ostbüro der SPD als Tarnschrift verbreitet wurde. Ausgerechnet das „theoretische Organ" der SED mußte als Verkleidung herhalten. So erschien die „wahrscheinlich erfolgreichste ‚Einheit'-Ausgabe" im Juni 1956 unter dem Titel „Die Entlarvung des Stalin-Terrors."[4] „Es ergab sich der paradoxe Sachverhalt, daß die gedruckte Rede des amtierenden sowjetischen Parteiführers in der DDR als ‚feindliche Hetzschrift' beschlagnahmt wurde."[5] Doch die Zensurherrschaft schien am Ende.

Fast egal, welche man aufschlägt und durchblättert: für DDR-Zeitschriften wurde 1956 der beste, bunteste, interessanteste Jahrgang. Das „Magazin" zeigte Gina Lollobrigida in sensationellen Krempeljeans und öffnete, ähnlich wie die neugegründete „Sibylle", weit die

1 Odyssee, Zehnter Gesang (Johann Heinrich Voss).
2 BA DY 30, 42666 (Dietz-Bestand), Aktennotiz über die Besprechung zur Frage der weiteren Herausgabe der Materialien über den XX. Parteitag der KPdSU, 1.3.1956 und Nachsatz vom 2.3.1956.
3 ND, 4.3.1956. Vgl. Norbert Podewin, Walter Ulbricht, Berlin 1995, S. 284ff.
4 Zwischen „Mosaik" und „Einheit", S. 250 (Klaus Körner).
5 Heinz Brandt, Ein Traum der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 323.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Fenster zur Welt". Die „Bildende Kunst" lobte den Expressionismus und den „Geist der Unabhängigkeit", das „Forum" tadelte die Gängelei des Hochschulstudiums. Der „Sonntag" thematisierte „in einer wohl singulär bleibenden Intensität" die Defizite der öffentlichen Kommunikation und erlebte, wie Wolfgang Harichs „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", „die spannendste Phase seiner Existenz". Der „Eulenspiegel" packte die „heißen Eisen" an, und im „Aufbau" erschienen Auszüge aus jenem Roman, der der kurzen Phase kulturpolitischer Öffnung ihren Namen gab, Ehrenburgs „Tauwetter". Mit der gebührenden Verspätung gelobte selbst die „Einheit", „ohne Angst vor Irrtum und Kritik ... jene tote Formelhaftigkeit und lederne Abstraktheit, die Langeweile verbreitet und der Überzeugungskraft unserer Darlegungen Abbruch tat" zu bekämpfen.[6]

Die ideologischen Festungen des real-existierenden Marxismus-Leninismus schienen zu fallen. Die staatliche Literaturbehörde im Ministerium für Kultur stellte ihre Zensurarbeit ein und strich die entsprechenden Planstellen.[7] Im IML waren „einige Genossen" von den Mitteilungen über Stalin „überrascht und zunächst erschüttert". Sie sahen „nur noch seine Fehler und Mängel" und vermißten die Kritik „an den Folgen des Personenkults in der DDR".[8]

Selbst der „eiserne Besen" der Parteihochschule zeigte Wirkung und unterlag den „Schwankungen". Zunächst hatte Hanna Wolf die 1953 aufkeimenden Diskussionen über den Personenkult mit Hilfe von Stalin-Zitaten bestritten. Wie sie jetzt, im April 1956, bedauerte, hatte sie „sehr stark unter dem Einfluß des Stalinkults gestanden" und „jeden, der eine Behauptung von Stalin, oder des Kurzen Lehrgangs, oder sonst irgendeinen Schritt der SU anzweifelte, scharf bekämpft": „Heute weiß ich, daß es ein Fehler war."[9]

Im Sommer 1956 klagte ein Parteibuchhändler, seit Wochen werde nichts von Stalin verkauft und erntete damit nur Spott bei seiner Kreisleitung. Er fand, Vertrauen und politische Moral würden „erschüttert, wenn Titel zurückgezogen werden. Die Leute sagen: ‚Stimmt das denn übermorgen noch'?" Die Genossen wanderten „stupide und demonstrativ" an „der Dietz-Literatur vorbei ... Wenn Grundorganisationen Pakete mit Literatur auf den Tisch schmeißen, dann ist das Wort ‚Krise' nicht mehr von der Hand zu weisen."[10] „Wichtigste Höhepunktsmaterialien, gerade erst durch neue Gipfel abgelöst, schwupp, fort waren sie."[11] Allein der Verlag der Kunst mußte 16 000 Stalin-Portraits und 13 000 Malenkows einstampfen.[12] Die Gesamtauflagenhöhe der Schriften Stalins übertraf in der Frühzeit der DDR mit

6 Zwischen „Mosaik" und „Einheit". Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999, S 193 (Evemarie Badstübner), S. 138 (Nina Kuhn), S. 281 (Beatrice Vierneisel), S. 301 (Ulrike Schuster), S. 317ff. (Simone Barck), S. 434ff. (Hans-Christoph Rauh), S. 105ff. (Sylvia Klötzer) und S. 596 (Siegfried Lokatis). Zum „Aufbau" vgl. Jedes Buch ein Abenteuer, S. 350ff.

7 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 48–61.

8 BA DY 30, IV 2/9.07/9, Entwurf (Einicke), Die politische Lage im IML, 24.1.1957.

9 BA DY 30, IV/2/5/244, Hanna Wolf an das ZK der SED, 12.4.1956, Bericht über die Arbeit an der Parteihochschule „Karl Marx" seit 1950.

10 BA DY 30, 42666 (Dietz-Bestand), Aussprache des Dietz-Verlags mit Bezirksbuchhändlern am 10.7.1956.

11 Gerhard Dahne, Die ganz merkwürdigen Sichten und Gesichte des Hans Greifer, Halle 1975, S. 103f.

12 Frank Wagner, „Von der Kitschfabrik zum sozialistischen Kunstverlag". Die Entwicklung des Verlages der Kunst, Dresden, in den fünfziger Jahren, S. 238ff., in: Mark Lehmstedt/Lothar Poethe (Hg.), Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 1 (1998), S. 187–274.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

10 Millionen Lenin um mehr als das Doppelte, und jetzt, als sie eingestampft werden mußten, schlitterte der Dietz-Verlag knapp am Ruin vorbei.[13]

Man kann das Ausmaß der Orientierungs- und Glaubwürdigkeitskrise nach dem XX. Parteitag am Schicksal der wichtigsten kommunistischen Leittexte messen.

In der SED war die politische Geltung der „Klassiker" von Anfang an kein abstrakter, unanfechtbarer Wert. Sie wurde, in der Regel sowjetischen Vorgaben folgend, durch die Parteiführung festgelegt und war gegebenenfalls revidierbar. Die SED-Führung pflegte einen höchst pragmatischen, instrumentellen und selektiven Umgang mit den eigenen Leittexten. Hier verschwand ein vorher maßgebliches Buch ganz aus den Bibliotheken, dort wurden an Neuauflagen die unscheinbarsten Änderungen vorgenommen. Auch erfreuten sich handliche Auswahlbände, die zweibändige Lenin-Ausgabe oder „Marx-Engels-Lenin-Stalin zur deutschen Geschichte" besonderer Beliebtheit. Sie sollten garantieren, daß „politisch richtige", dem aktuellen Kurs der SED entsprechende und sorgfältig im IML ausgesuchte Klassiker-Zitate zirkulierten.[14]

Bereits in der Nachkriegszeit gab es, so merkwürdig dies bei einer „marxistisch-leninistischen Partei" klingen mag, direkt verbotene Texte von Marx und Engels wie „Revolution und Konterrevolution". Die Herausgabe dieser Schrift, die „die physische und intellektuelle Fähigkeit der deutschen Nation ... ihre alten östlichen Nachbarn zu unterwerfen, aufzusaugen und sich zu assimilieren" verkündete, schien 1945 „im Augenblick und wahrscheinlich für längere Zeit unzweckmäßig."[15] Mit dem Leninismus hielten die Kommunisten in der Gründungsphase der SED „ohnehin etwas zurück, weil nicht wenige sozialdemokratische Genossen schon an dem Wort Anstoß nahmen."[16] 1948 wurde Lenins Schrift „Über Organisationsfragen" auf Empfehlung Franz Dahlems nicht nachgedruckt, weil „wesentliche Teile des Buches vor 1914 geschrieben" seien und „weder theoretisch noch praktisch für die heutige Arbeit der Partei ausgewertet" werden könnten.[17]

Im Mittelpunkt der großen Kampagnen standen bis Mitte der fünfziger Jahre die Schriften Stalins. Die massenhafte Verbreitung seiner Vorlesungen „Über die Grundlagen des Leninismus" hatte 1925 alle Kritik in der Kommunistischen Internationale (KI) überschwemmt, den Marxismus-Leninismus begründet und Stalins Bolschewismus-Konzept durchgesetzt.[18] Längst wirkte selbst eine vom Thema her so abstrakte Broschüre wie „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" handlungsanleitend.[19] „Ist es denn nicht so, daß Genosse Stalin keinerlei überflüssige Worte sagt? Jede Definition ist dort durchdacht

13 BA DY 30, 42666 (Dietz-Bestand), Hausmitteilung F. Schälike (Kurt Hager zur Kenntnis), 24.4.1956; BA DY 30, IV 2/9.07/85, Oelßner an das ZK der KPdSU, Grigorjan, 10.12.1951.

14 Wolfgang Leonhard, Der unbekannte Marx und Engels in der DDR. Wichtige Äußerungen von Marx und Engels, die in der DDR verdrängt wurden, in: JHK 1995, S. 173–188.

15 BA NY 4036/672, S. 28, Sepp Schwab an die Mitglieder des Sekretariats, Zur Neuherausgabe von Marx/Engels: „Revolution und Konterrevolution in Deutschland", 22.11.1945.

16 BA NY 4215/80, (Fred Oelßner, Die ideologische Vorbereitung der Vereinigung von 1946, S. 35). Vgl. Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn/München/Wien/Zürich 2000, S. 209ff.

17 BA DY 30, 43663 (vorl. Signatur), Aktennotiz des Dietz-Verlages (Peterson) vom 29.4.1948.

18 Yvonne Thron, Bolschewisierung gleich Stalinisierung? Zur Bolschewisierungskonzeption der Komintern in den Jahren 1924 und 1925, in BzG, 5/1990, S. 579–589, S. 590.

19 Joachim Petzold, „Meinungsstreit" im Herrschaftsdiskurs, S. 289, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 287–314.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

und ist die Zusammenfassung und Verallgemeinerung der gesamten Erfahrungen der Wissenschaft, der internationalen Arbeiterbewegung, des Klassenkampfes", erläuterte Kurt Hager.[20]

Damit war es 1956 vorbei. Außer Kurs geriet jetzt auch jenes Werk, das 1948 bei der Durchsetzung der „Partei neuen Typs" und der folgenden Ausschaltung von Abweichlern, Agenten und Parteifeinden Pate gestanden hatte, das auf den Parteischulen kapitelweise durchgekaut, wenn nicht auswendig gelernt wurde: die „Geschichte der KPdSU/Bolschewiki – Kurzer Lehrgang". Die Anordnungen zu ihrem Studium waren „wie Peitschenhiebe" auf die Partei niedergegangen.[21]

Es ist so paradox wie für die Machtverhältnisse bezeichnend, daß – im Hinblick auf die Leittextfunktion – der Vorläufer einer „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" die sowjetische Parteigeschichte war.

Eine Umkehrung der Verhältnisse zwischen den „Klassikern" deutete sich im Frühjahr 1954 an.[22] Der Stalin-Sammelband „Kampf um den Frieden" durfte jetzt nicht mehr umfangreicher als der Lenin-Band gleichen Titels ausfallen.[23] Ende April 1955 tadelte Ulbricht die völlig ungenügende Popularisierung Lenins,[24] und im Herbst 1955 wurden in den Stalin-Gedenkstätten Lenin-Büsten aufgestellt.[25]

Ungleich schwieriger war es, die Lenin-Ausgabe voranzubringen. „Erfahrungen für die wissenschaftliche Lenin-Edition mußten erst nach und nach gewonnen werden", weiß die IML-Geschichte zu diesem Thema zu berichten.[26] Die Übersetzung der Werke Lenins hatte im Vergleich zu anderen Volksdemokratien „unbegreiflich spät" begonnen[27] und war weiter verzögert worden, weil die unter Stalin maßgebliche 4. Ausgabe deutlich von früheren, in der Weimarer Republik publizierten deutschen Fassungen abwich.[28]

Im Institut galt ohnehin die Stalin-Edition zunächst als „die größte und verantwortlichste Aufgabe, da hier noch das Meiste ins Deutsche zu übersetzen, das Wenigste dem deutschen Leser zugänglich ist."[29] Während die von Martha Fischer geleitete Stalin-Edition, gestützt auf sowjetische Rohübersetzungen, schon längst industriell betrieben wurde, der Ausstoß ihrer beiden Brigaden stieg auf jährlich vier Bände, war die kleine Lenin-Brigade noch damit beschäftigt, die abweichenden Versionen zu registrieren. Es war üblich, die Lenin-Manuskripte einer Kommission des Politbüros zur Bestätigung vorzulegen, was darauf

20 Kurt Hager, Erinnerungen, S. 152, Leipzig 1996.
21 Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 638ff.
22 BA DY 30, IV 2/9.07/17, Festlegungen aus der Beratung bei Genossen Fred Oelßner am 8.1.1954 (Einicke).
23 BA DY 30, IV 2/9.07/114, Notiz Einicke zum Anruf der Genossin Fischer betr. Sammelbände, 4.5.1954.
24 BA DY 30, IV 2/9.07/17, MELS-Institut, Beratung beim Genossen Ulbricht „an der auch die Genossen Oelßner und Hager teilnahmen" am 25.4.1955 (28.4.1955, Einicke).
25 Ebd., Protokoll der MELS-Direktion über die Beratung von Beschlußvorlagen am 28.9.1955 (3.10.1955).
26 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1949–1989, Berlin 1989, S. 9.
27 BA DY 30, IV 2/9.07/114, Bericht der Lenin-Abteilung des MELS (Plan 1956). Vgl. BA DY 30, IV 2/9.07/19, Entwurf zum Arbeits- und Strukturplan des MEL-Instituts, 13.3.1950.
28 Ebd., MEL-Institut (Winternitz) an Oelßner, 24.1.1950.
29 BA DY 30, IV 2/9.07/19, MEL-Institut (Winternitz) an das Zentralsekretariat der SED, 20.9.1949.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

hinauslief, daß fertige Texte über ein Jahr „im Tischkasten" liegenblieben, um anschließend ein Objekt von Prestigekämpfen abzugeben und entsprechend zerrupft zu werden. Dann kritisierte irgendein Fliegenbeinzähler, „daß die Übersetzung ‚wirtschaftlich' für ‚ökonomisch' nicht immer dem Sinn" entspreche oder „daß es tatsächlich ‚Grundrente' und nicht ‚Bodenrente' heißen" müßte.[30] Es sei „eine Blamage für ein Lenin-Institut, das nicht einen Band der Werke Lenins herausbringt", fand Ulbricht 1950.[31] Bis 1956 änderte sich nichts an diesem Zustand,[32] weil der Leiter des Lenin-Sektors, Ernst Noffke, „im Zusammenhang mit den Vorgängen am 17. Juni 1953" „politischen Schwankungen" erlag und abgesetzt wurde.[33]

Prominente Genossen, wie der 1953 gestürzte Geheimdienstchef Wilhelm Zaisser und der ehemalige Leiter des Aufbau-Verlages Erich Wendt, sprangen bei der Übersetzung ein. Nach dem XX. Parteitag wurden die „Genossen der Stalin-Abteilung" kurzerhand komplett in die Lenin-Abteilung überführt, „2 Redakteure, ein Kontrollredakteur, 10 Hilfsredakteure und 4 technisch-redaktionelle Hilfskräfte" zusätzlich angeheuert und die Lenin-Abteilung „in eine Art Lehrkombinat verwandelt".[34] Bis die Edition der 4. Lenin-Ausgabe 1965 in Ostberlin endlich abgeschlossen war, war in Moskau allerdings bereits die um 15 Bände umfangreichere 5. Ausgabe fertiggestellt. Man mußte „dort, wo der Lenin-Text jetzt vollständig veröffentlicht" war, „längere Einfügungen machen", aber auch „nicht mehr aufgenommene Arbeiten streichen."[35]

Die dominante Rolle der Parteigeschichtsschreibung im Ideologie-Haushalt der SED ist vor dem Hintergrund der kränkelnden Lenin-Edition besser zu verstehen. In der Krise von 1956 mußten sich die Propagandisten mit einer zweibändigen Lenin-Auswahl behelfen, ein Zustand, der darauf hinauslief, daß nicht nur Stalin, sondern auch Lenin als „Klassiker" ausfiel. Andere bislang zuverlässige Leittexte waren unmittelbar von der Krise betroffen.

Die Auflagenhöhe des „Lehrbuchs der politischen Ökonomie" (1959: 750 000) war nur mit dem „Kommunistischen Manifest" und dem „Kurzen Lehrgang" vergleichbar. Als theoretischer Grundlagentext für die Planwirtschaft war es schlechterdings nicht zu ersetzen. Im Frühjahr 1956 hatte Ulbricht den Text für die zweite Auflage in Moskau gleichsam wie einst Moses die Gesetzestafeln entgegengenommen, und er kontrollierte persönlich die Überarbeitung. Die gesamte Lenin-Abteilung des IML war sechs Wochen lang mit der „außerordentlich schweren Arbeit" beschäftigt, „auf fast jeder Seite kleinere Änderungen bzw. Ergänzungen" auf Zetteln in einen für Ulbrichts Kontrollredaktion bestimmten „Gesamtband" einzukleben, der den bequemen Vergleich der veralteten und neuen Fassung ermöglichen sollte.[36] Als die Arbeit beinahe abgeschlossen war, nach dem XX. Parteitag der KPdSU, machte das Parteiinstitut auf die „verhältnismäßig vielen Zitate Stalins" aufmerksam, und „daß das Vorwort, so wie es augenblicklich ist, nicht sehr geeignet" sei zur Veröffent-

30 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Protokoll über die erste Beratung der Parteileitungen des Dietz-Verlages und des MELS, 4.12.1953 (L. Schälike). BA DY 30, IV 2/9.07/114, Protokoll einer Sitzung der Lenin-Stalin-Kommission vom 6.2.1953.

31 BA DY 30, IV 2/9.07/114, Ulbricht an MEL-Institut, 29.11.1950.

32 Ebd., Bericht der Lenin-Abteilung des MELS (Plan 1956, o.D.).

33 BA DY 30, IV 2/9.07/9, Entwurf (Einicke), Die politische Lage im IML, 24.1.1957.

34 BA DY 30, IV 2/9.07/114, Leninabteilung, Bericht über die Arbeit im Jahre 1956, 24.11.1956.

35 BA DY 30, IV A 2/9.07/91, Lenin-Abteilung, 17.9.1971.

36 BA DY 30, IV 2/9.07/61, Ulbricht an Einicke (Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut), 1.3.1956.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

lichung.[37] Während sich die Lenin-Abteilung noch einmal an die Arbeit machte, traf die Mitteilung ein, daß in Moskau bereits die dritte Auflage „auf der Höhe des XX. Parteitags" in Vorbereitung sei. Erst jetzt stellte man fest, daß bei Dietz noch 100 000 ungebundene Exemplare von der ersten Auflage lagerten.[38] Die Zeit drängte, die zweite Auflage war bereits überholt, und über das Erscheinen der dritten Auflage war nichts zu erfahren – sie war ja noch nicht übersetzt. So verfiel man auf die Idee, nicht die zweite Auflage als Ganzes, sondern, zur aktuellen Orientierung eines „kleinen Kreises" von Planern und „Zirkelleitern", 10 000 Exemplare einer Zusammenstellung der Änderungen und Ergänzungen im Stil einer Druckfehlerberichtigung zu publizieren. Diese Lösung war brillant, denn man schlug gleich drei Fliegen mit einer Klappe:

- die hundertausend Exemplare der ersten Auflage wurden durch diesen „Kommentar" wieder benutzbar und verkäuflich;
- die „Änderungen und Ergänzungen" waren für sich genommen politisch korrekt;
- der Kommentar bedurfte keiner zusätzlichen Arbeit. Man brauchte nur die in Ulbrichts „Gesamtband" eingeklebten Zettel nebeneinanderzureihen.

Leserfreundlich war die „Separatausgabe" nicht. Die „Änderungen und Ergänzungen" umfaßten nicht weniger als 25 Bogen.[39] Und sie waren nicht viel mehr als eine allzu fett geratene Demonstration des Verlustes an Glaubwürdigkeit und wissenschaftlicher Orientierung.

Als Debakel endete 1956 auch der Versuch, die fünfzigbändige „Große Sowjetenzyklopädie" (GSE) in die DDR zu holen. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich deren Leittext-Funktion in der frühen DDR auszumalen. Es gab kein anderes gültiges Lexikon, und wenn es eines gegeben hätte, hätte die offizielle sowjetische Darstellung trotzdem den Ausschlag gegeben. 1951 hatten sich 17 DDR-Verlage zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um die maßgeblichen Artikel aus allen Gebieten der Wissenschaft zu übersetzen und zunächst in Form von 250 Einzelbroschüren herauszubringen. Der 1953 erschienene Artikel zur „Geschichte Deutschlands" war beispielsweise die einzige Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte aus marxistisch-leninistischer Sicht.[40] Der Rolle als Leittext der „wissenschaftlichen Weltanschauung", als Quelle allen wahren Wissens entsprach ein unerhörter redaktioneller Aufwand, der durch die Einbeziehung diverser deutscher Stellen noch potenziert wurde. Ulbricht nutzte die unanfechtbare Autorität des sowjetischen Lexikons, um der eigenen Auffassung bei den Seinen Geltung zu verschaffen. Die ideologisch sensibelsten Texte des sowjetischen Lexikons, die die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung oder Interessen der DDR betrafen, z.B. die Artikel über „Spartakus" und die „Novemberrevolution", wurden von vornherein von Ulbricht geschrieben bzw. frühzeitig umredigiert, bevor sie zur Moskauer Lexikon-Redaktion gelangten.

Seit dem Frühjahr 1953 war im IML (damals Marx-Engels-Lenin-Institut) eine eigene Arbeitsgruppe mit der Abfassung und Umredigierung von GSE-Artikeln beauftragt. Den Artikel über die SED verfaßte die Leiterin des Instituts für Gesellschaftswissenschaften, Lene Berg, die Hermann Matern vom Politbüro gegenlesen ließ, bevor sie den Text der

37 Ebd., Aktennotiz vom 6.4.1956, Methodik bei der Ausarbeitung des Lehrbuchs.
38 Ebd., 11.5.1956.
39 BA DY 30, 43663 (Dietz-Bestand), Besprechung über das Publikationsprogramm von Schriften Lenins in der Abt. Wissenschaft und Propaganda des ZK, 8.6.1956.
40 Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses, Berlin 2001, S. 185.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Redaktion im IML übergab. Diese konsultierte Rudolf Lindau, damals das parteigeschichtliche Orakel im Institut. Bevor ein Artikel nach Moskau gelangte, wurde er durch eine Kommission des Parteiinstituts überprüft, vom Institutschef abgezeichnet und schließlich vom damaligen SED-Chefideologen Fred Oelßner bestätigt. Dann folgten die Übersetzung ins russische, sechs Kontrollstufen in der Moskauer Redaktion, die Übersetzung und Bearbeitung im DDR-Verlag durch Lektor und Cheflektor sowie durch die Ostberliner Redaktion des Gesamtlexikons und zwei Abteilungen des Amtes für Literatur.

Das Desaster der Sowjetenzyklopädie war ironischerweise auf die Langwierigkeit genau jener Prozeduren zurückzuführen, die ihre „ideologische Richtigkeit" sicherstellen sollten. Bis ein Text die diversen redaktionellen Kontrollstufen in den Instituten, Redaktionen, Übersetzungsbüros, Verlagen und Ämtern in Moskau und Ostberlin passiert hatte, mußte er einfach veraltet sein.[41] Die deutsche Version der Sowjetenzyklopädie war noch lange nicht fertiggestellt, als sie 1956 in den Sog der Entstalinisierung geriet. Während man in Ostberlin angesichts horrender Verluste noch mit dem Einstampfen zögerte und auf die praktische Idee verfiel, die allenfalls brauchbaren Artikel fortan ohne fortlaufende Numerierung zu drucken, stellte die Moskauer Hauptredaktion klar, daß der „Geist des kalten Krieges und des Persönlichkeitskults" aus dem ganzen Inhalt des Lexikons spräche.[42]

Man muß die vitale politische Funktion einer großen Parteigeschichte vor dem Hintergrund der damaligen Orientierungslosigkeit sehen. Im Herbst 1956 verkündete die „Einheit", nur eine selbstkritische, im Sinne des vorstalinistischen Historischen Materialismus wissenschaftliche Analyse könne das benötigte Orientierungswissen bieten. Dabei folgte die SED dem Vorbild der KPdSU, die eine selbstkritische und „schöpferische" Parteigeschichtsschreibung fern von „Dogmatismus und Buchstabengelehrsamkeit" als Mittel zur Selbstverständigung und Wegweiser aus der Krise wies. Bisher, und diese Mängel seien auf den Unfehlbarkeitsanspruch des „Kurzen Lehrgangs" zurückzuführen, hätten sowjetische Parteihistoriker „das Leben durch das Zitat, die Analyse der Prozesse durch tönende Phrasen und die Geschichte des Kampfes der Partei für den Sozialismus durch Loblieder auf die Rolle Stalins ersetzt."[43]

Ulbricht wäre nicht Ulbricht gewesen, wenn solche prinzipiellen Gesichtspunkte nicht mit einer giftigen taktischen Pointe verbunden gewesen wären. Auch der Chefredakteur der „Einheit", Fred Oelßner, in den frühen fünfziger Jahren im Politbüro für Agitation und Propaganda zuständig, war 1956 über die Entwicklung beunruhigt. Die in den folgenden Jahren verurteilten Gegner Ulbrichts witterten das. „Oelßner war ein gefährlicher Mann für Ulbricht", urteilte Karl Schirdewan, und Harich und Janka handelten Oelßner als Ulbrichts Nachfolger.[44] Im Unterschied zu Kurt Hager, seinem künftigen Nachfolger als Chefideolo-

41 Siegfried Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur, S. 200ff.

42 BA DY 30/IV 2/9.04/678, L. Schaumjan, Stellv. Chefredakteur der GSE (Moskau) an die Arbeitsgemeinschaft zur Auswertung der GSE, Berlin, 12.4.1956.

43 Für eine schöpferische Ausarbeitung der Geschichte der KPdSU (Roger Garaudy), in: Einheit, 10/1956, S. 935–951.

44 Peter Grieder, Eine unabhängige britische Sicht auf die Konflikte im SED-Politbüro, S. 592, in: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Frankfurt/Oder 1996, S. 562–619; Ingke Brodersen (Hg.), Der Prozeß gegen Walter Janka und andere, Reinbek 1990, S. 87 und 89.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gen, war Oelßner auch für ökonomische Fragen, für die „Hardware" kompetent, und er besaß Rückendeckung in Moskau.

Kurz vor dem 28. Plenum Ende Juni 1956 forderte Oelßner im Politbüro, endlich innerparteiliche Schlußfolgerungen aus dem XX. Parteitag zu ziehen. Man könne nicht einfach „weglassen was unbequem" sei. Artikel würden anders abgedruckt als besprochen, Kritik unterdrückt, die Dinge aus Angst nicht offen ausgesprochen und jede öffentliche Kritik an Ulbricht für unzulässig erklärt: „Gibt es in der SED einen Personenkult? Jawohl es gibt ihn und im Zusammenhang damit ein persönliches Regime, das hauptsächlich vom Genossen Ulbricht ausgeübt" werde. Er forderte diesen zum Rücktritt auf. 1953 hatte Oelßner selbst die Anklagereden gegen Herrnstadt und Zaisser geführt, jetzt forderte er, man müsse die 1953 von diesen begonnene „Sache zu Ende führen."[45] „Resultat: eisernes Schweigen. Nicht ein Genosse nahm zu der Erklärung Stellung."[46]

Ulbricht drehte den Spieß geschickt um. Indem er sich auf dem 28. Plenum für die Revision des stalinistischen Geschichtsbildes aussprach, gelang ihm das Kunststück, ausgerechnet Oelßner als den Exponenten von Personenkult und Dogmatismus hinzustellen. Damit hatte er dessen wunden Punkt getroffen. In der Parteiöffentlichkeit galt Fred Oelßner als Verfasser der unter Stalin gültigen Luxemburg-Biographie, die die legendäre, weil für lange Zeit einzige Luxemburg-Auswahl von 1951 begleitet hatte. Bei diesem Luxemburg-Band handelte sich um eine Kampfschrift gegen den „Luxemburgismus", die mit drei Lenin-Artikeln und Stalins Brief beschwert war.[47]

Als Ulbricht auf dem 28. Plenum die Parteigeschichtsschreibung der SED als bloßen Anhang zu Stalins „Kurzem Lehrgang" qualifizierte, eine „gründliche wissenschaftliche Untersuchung" von Stalins „Darstellung der Rolle der Linken in der deutschen Sozialdemokratie" forderte und sogar eine Luxemburg-Gesamtausgabe in Aussicht stellen ließ, war das für ihn selbst nicht viel mehr als eine peinliche, schon nach kurzer Zeit vergessene Selbstkritik.[48] Doch Ulbrichts „dritter Beruf" als Historiker erwies sich auch im Alltagsgeschäft des politischen Überlebenskampfes als nützlich. Für seinen Gegner Oelßner, den Autor der offiziellen Luxemburg-Biographie, lief die Kritik des 28. Plenums mit tödlicher Automatik auf die öffentliche Demontage hinaus. Zehn Jahre später erschien die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", das Resultat der 1956 proklamierten Hinwendung zur Parteigeschichte. Über Oelßner erfährt man durch sie kaum mehr, als daß er im Politbüro war und wieder ausschied.

Auf der einen Seite geriet die SED durch die Entstalinisierung ihres theoretischen Kanons im „Tauwetter" von 1956 in ein theoretisches Loch: Über die Zeit nach 1917 schwiegen die Klassiker. Die Orientierungskrise rief nicht nur latent oppositionelle Kräfte der „Intelligenz" und Ulbricht-Kritiker auf den Plan, sondern ergriff den gesamten ideologischen Apparat, die Eingeweide der Partei. Andererseits bot sich der SED-Führung die Chance, ihre Parteige-

45 BA NY 4215/112, Aufzeichnungen Fred Oelßner, S. 65ff. (Erklärung im Politbüro, 3.7.1956); Karl Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht, Berlin 1994, S. 181–183.

46 Ebd., S. 64 (3.7.1956, „Personenkult etc."); Nadja Stulz-Herrnstadt (Hg.), Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument, Reinbek 1990, S. 115, S. 119 und S. 166ff.

47 Annelies Laschitza, Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in BzG 4/1991, S. 435–452.

48 BA DY 30, IV 2/1/161, Walter Ulbricht auf dem 28. Plenum, 27.–29.7.1956, S. 44; ebd., S. 146 (Otto Winzer).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schichtsschreibung selbst in die Hand zu nehmen. Hatte der „Kurze Lehrgang" die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gleichsam „auf die Anklagebank eines permanenten Vergleiches mit dem Normalmaß der KPdSU (B)" gesetzt, und sie zu einer abschreckenden „Fallsammlung für politische Fehler degradiert"[49], so ließ sich nun eine von sowjetischen Vorgaben (und damit vor allem auch gegenüber Tauwetter-Schwankungen) relativ eigenständige Identität konstruieren.

2. Auskehr stalinistischer Methoden? Das IML übt Selbstkritik

„Die Wülste der Muskelstränge über der Oberlippe zeigen, daß er seinen Mund verriegeln kann."
(Peter Weiss)[50]

Ulbrichts revisionistische Ausführungen auf dem 28. Plenum stützten sich auf interne Überlegungen der Geschichtsabteilung des IML. Gerade drei Tage war es her, daß der Name Stalins aus dem Instituts-Schild verschwunden war, als im Mai 1956 eine Studie entstand, die ein für allemal mit den alten Praktiken der Geschichtsfälschung aufzuräumen vorschlug und den Willen zur Anwendung einwandfreier wissenschaftlicher Methoden aufleuchten ließ.

Seit Ende 1954, in den Diskussionen zur Vorbereitung des Geschichtsbeschlusses von 1955[51], tauchten ähnliche Konzepte auf den unterschiedlichsten Ebenen der institutionalisierten Geschichtsschreibung auf. Sie zirkulierten, angestoßen und dann wieder gebremst durch die ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda, an den Lehrstühlen, in Herausgebergremien und Kommissionen. Als die Entwürfe nach dem XX. Parteitag kühner wurden und an das Licht der Öffentlichkeit strebten, galt das IML als ihr natürlicher Feind. Fritz Klein spricht von der „qualvollen Entstehungsgeschichte" eines in diesen Kontext gehörenden, viermal umgearbeiteten ZfG-Artikels „Über die wissenschaftliche Behandlung der Geschichte der Arbeiterbewegung".[52] So mag es überraschen und ist nur durch die Ausnahmesituation von 1956 zu erklären, daß auch im IML ein Papier entstand, das nicht nur das Repertoire der damals gängigen Reformvorschläge abspulte, sondern diese mit einer für IML-Verhältnisse bemerkenswert unverschleierten Selbstkritik verband.

Das in dieser Hinsicht einmalige Papier bietet sich als Ausgangspunkt für einen Streifzug durch die Welt der Parteigeschichtsschreibung an, als eine Sonde, um Selbstverständnis und Bewertungsmaßstäbe einer Institution zu rekonstruieren, deren Wesen Geheimniskrämerei

49 Bernd Florath, Von der historischen Mission der SED, S. 208, in: Georg G. Iggers u.a., Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 205–225.

50 Peter Weiss, Notizbücher 1971–1980, Erster Band, Frankfurt/Main 1981, S. 97.

51 Horst Haun, Der Geschichtsbeschluß der SED 1955, in: Berichte und Studien des Hannah Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 7, Dresden 1996.

52 Fritz Klein, Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen. Frankfurt/Main 2000, S. 186f.; ZfG 4/1956, Über die wissenschaftliche Behandlung der Geschichte der Arbeiterbewegung, S. 665–677.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

und deren Zweck die Täuschung war.[53] Nicht nur die Erforschung heikler parteigeschichtlicher Fragen wurde in dem Papier angemahnt, sondern das gesamte angestammte Repertoire stalinistischer Methoden als überholt und revisionsbedürftig verdammt. Es sei notwendig, „von der allseitigen Erforschung der Tatsachen und den entsprechenden Quellen auszugehen, nicht aber von vorgefaßten Thesen und von Zitaten der Klassiker und der Parteiführer, denen bisher oft die Tatsachen angepaßt bzw. zurechtgestutzt wurden."[54]

„Die in der Vergangenheit geübte Praxis, auf Grund unzulänglichen Materials ‚Thesen' aufzustellen und dann zur ‚Illustration' Material zusammenzustellen, das die ‚Richtigkeit' der Ausgangsthesen beweist" müsse „liquidiert werden; desgleichen die Methode, die Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit von Quellen danach zu beurteilen, ob sie den Aussagen bestimmter ‚autoritativer' Zitate entsprechen oder widersprechen."[55]

Die unerhörte Tragweite solcher an sich selbstverständlich wirkender Forderungen wird im Kontrast zu den damals gültigen „Grundsätzen der Arbeitsmethodik" für Parteihistoriker deutlich. Wer sich mit einem bestimmten Abschnitt der Parteigeschichte befaßte, begann demnach mit der parteioffiziell gerade gültigen Literatur. Dazu gehörten 1954 die „Thesen 35 Jahre KPD", die Ausführungen des Parteivorsitzenden Pieck „Zur Geschichte der KPD" und nicht zuletzt „Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte" (später: „Marx-Engels ... Zur deutschen Geschichte"[56] bzw. Lenin, „Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung"), eine vorgestanzte Auswahl. Im *zweiten* Schritt war eine bibliographische Kartei über Werke von einschlägigen „Klassikern" und Parteiführern sowie der wichtigsten Parteiliteratur anzulegen, woraus *drittens* „Fakten, Einschätzungen und wichtige Zitate" exzerpiert wurden. Dann entstand eine „schriftliche Einschätzung der politischen und theoretischen Hauptfragen", die in der zuständigen „Brigade" diskutiert wurde. Erst jetzt, auf bestätigter Linie, begann für den Parteihistoriker die Suche nach weiterer Literatur, wobei an Quellen vornehmlich die zeitgenössische Parteipresse heranzuziehen war.[57]

Als Anfang der sechziger Jahre die Institutsleitung abgelöst wurde, spottete die auf ein moderneres Wissenschaftsideal orientierte neue Crew um Lothar Berthold über einen Arbeitsgruppenleiter, der angeblich die „Rede des Genossen Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag in über dreihundert Stücke zerschnitt und dann säuberlich auf Karteikarten aufklebte und beschriftete."[58] Doch vor dem Hintergrund einer heterogen durchmischten „kaderpolitischen" Situation im Institut machten die „Grundsätze der Arbeitsmethodik" durchaus Sinn. Es gab „alte parteitreue und in der praktischen Arbeit bewährte Genossen" und Genossen mit „Parteierfahrung aus der Arbeit nach 1945", die sich „durch den Besuch von Lehrgängen an Parteischulen die notwendigen theoretischen Voraussetzungen für die Arbeit

53 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Diskussionsgrundlage für die Beratung der wissenschaftlichen und politischen Mitarbeiter der Abteilung Geschichte, 7.6.1956. Ebd., Zur Einschätzung der Sozialdemokratie, 28.5.1956.

54 Ebd., S. 49.

55 Ebd., S. 55–57, Heinz Karl (Zur Diskussion für Abteilungsversammlung), 25.5.1956.

56 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1949–1989, S. 144.

57 BA DY 30, IV 2/9.07/31, Grundsätze der Arbeitsmethodik in der Arbeitsgruppe „Geschichte der Partei", 1.11.1954.

58 BA NY 4182/923, IML-Direktion (Bauer), 8.8.1962, Bericht über die Lage am Institut für Marxismus-Leninismus, wie wir sie bei der Aufnahme unserer Tätigkeit im Mai/Juni 1962 vorfanden, S. 4.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

am Institut angeeignet" hatten, aber beiden Gruppen fehlten die „Erfahrungen der wissenschaftlichen Arbeit". Darüber verfügte zwar der von den Universitäten kommende Nachwuchs, doch dafür hatte dieser „keine oder nur wenig Parteierfahrung".[59] Einerseits erhielten die Novizen durch die beschriebene Methode eine zuverlässige „parteiliche" Polung, andererseits bekamen Veteranen eine einheitliche methodische Orientierung.

Gegen die Autorität der Kirchenväter war mit empirisch gestützten Argumenten nicht anzukommen. Doch auch deren Texte bedurften der Interpretation. Offensichtlich galt nicht das lutherische Prinzip der „sola scriptura". Vielmehr hatte sich, wie die dominierende Rolle zusammengestellter Auswahlbände der Klassiker und die Existenz apokrypher Marx-Engels-Lenin-Stalin-Texte andeutet, der höhere Klerus die Auslegungshoheit und Auswahlkompetenz bewahrt.

Scholastische Methoden waren auch außerhalb der Parteiinstitute üblich, und blieben es nach 1956, nur daß für das 20. Jahrhundert „lediglich Lesefrüchte aus den Werken Lenins" übrigblieben: „Es kostete gerade bei Qualifizierungsarbeiten viel Mühe, sich der Forderung zu entziehen, erst einmal darzulegen, was die Kirchenväter des Marxismus-Leninismus zu einem historiographischen Problem gesagt hatten. Wer vor allem empirisch forschen und sich nichts vorschreiben lassen wollte, konnte sich regelrecht glücklich schätzen, wenn er über einen Vorgang oder ein Phänomen nach Lenins geistigem Tod arbeitete und ab 1956 nicht mehr Stalin zitieren mußte."[60]

3. Chaos im Panzerschrank: Ursprünge des Parteiarchivs

Auch Stalins Denunziation der „Archivratten" behinderte nicht länger die empirische Forschung.[61] Das bedeutete jedoch keineswegs, daß 1956 mit einem Schlag die Dokumente zugänglich wurden.

Die vorliegende Arbeit stützt sich so gut wie ausschließlich auf das im Zentralen Parteiarchiv angesammelte Quellenmaterial und stellt, wie zahllose anderen Studien von DDR-Forschern und Freunden der Geschichte der Arbeiterbewegung, somit ein einziges großes Loblied auf den Sammelfleiß, die organisatorische Kompetenz und alle möglichen benutzerfreundlichen Menschen und Einrichtungen dar. So mag es undankbar scheinen, wenn ich hier auf die bescheidenen, um nicht zu sagen forschungsfeindlichen Anfänge dieser großartigen Einrichtung in den fünfziger Jahren eingehen muß.

Was soll man von einer Archivordnung halten, die die Kontrolle und Einbehaltung der von den Benutzern getätigten handschriftlichen Notizen vorsah? „Die Anfertigung von Photokopien für auswärtige Benutzer" war nicht gestattet, solche für Mitarbeiter des Instituts mußte der Direktor genehmigen, und sie waren „nach Beendigung der betreffenden Arbeit" an das Archiv zurückzugegeben. „Abschriften, Auszüge und Notizen aus den Archivalien können von auswärtigen Benutzern nur mit Zustimmung des Direktors, des Leiters der Bibliothek und des Leiters des Kadersektors vorgenommen werden. Bis zur Beendigung

59 BA DY 30, IV 2/9.04/51, Bericht über die Überprüfung des IML (o.D., Frühjahr 1957).
60 Joachim Petzold, „Meinungsstreit" im Herrschaftsdiskurs, S. 297f.
61 J. Stalin, Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus ..., Werke Bd. 13, S. 76–91.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

der Arbeit verbleiben derartige Aufzeichnungen im Archiv und müssen vor der Aushändigung zur Prüfung vorgelegt werden. Auszüge aus parteiinternem Material sind nicht gestattet."[62]

Vielleicht noch befremdlicher wirkt eine Anweisung der IML-Leitung, die Signaturen systematisch zu vernebeln: „Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, daß alle Mitarbeiter bei der Veröffentlichung von Artikeln und anderen Publikationen bei Benutzung von Aktenmaterial unseres Instituts vermeiden, die genauen Titel und Signaturen unserer Akten anzugeben. Das trifft insbesondere auf die Akten der Gestapo zu."[63] Das für den Wahrheitsanspruch von Geschichtswissenschaft konstitutive Prinzip der intersubjektiven Überprüfbarkeit, die „Vetokraft der Quellen", war damit von vornherein nachdrücklich außer Kraft gesetzt.

Parteilose Benutzer, die womöglich einen „undurchsichtigen Eindruck" machten oder „auffälliges Benehmen" zeigten, waren, auch wenn sie einen wissenschaftlichen Auftrag vorweisen konnten, ohnehin unerwünscht.[64] Anfang 1956 mußten sich selbst die führenden Historiker der DDR von Schreiner bis Engelberg erst bei Kurt Hager beschweren, um wenigstens die niederen Weihen des Zugangs zum IML-Archiv zu erhalten.[65] Im Juli 1956 galt im IML als „bekannt, daß in den staatlichen Archiven solche Bestände, die hier mehrere Genehmigungen erfordern, auch bürgerlichen Historikern ohne weiteres zur Einsicht überlassen" würden. Zu allgemein gefaßte Sicherheitsmaßregeln der Benutzerordnung hemmten die Arbeit und führten paradoxerweise dazu, daß „unter dem Druck der Arbeit die bestehenden Regelungen allenthalben durchbrochen werden und daß die fraglichen Genehmigungen meist ohne jede Prüfung der Sachlage erteilt werden" müßten.[66] Während der Tauwetterkrise kam es bei einzelnen Genossen im IML zu „Unklarheiten zu Fragen der Benutzung der vertraulichen Archivakten und Sperrliteratur. Diese Genossen waren u.a. der Meinung, daß die bisherigen Einschränkungen völlig beseitigt werden können." Doch als die Parteileitung „solche Erscheinungen des Objektivismus" zurückwies, überzeugten sie sich, „daß ihre Forderung mit der ‚Freiheit der wissenschaftlichen Forschung' nichts zu tun hat und erkannten die mit ihrer Forderung verbundene Gefahr."[67]

Auch innerhalb des Instituts litten die frisch initiierten Mitarbeiter wie ihre resignierten Vorgesetzten darunter, daß sie nicht an benötigte Dokumente herankamen und selbst nicht die Geheimnisse kannten, deren Bewahrung ihnen Außenstehende vorwarfen. Wie sollte man eine Parteigeschichte schreiben, wenn die Protokolle der „Brüsseler Konferenz" selbst der zuständigen „Bandbrigade" versperrt blieben,[68] wie die Werke Piecks herausgeben, ohne

62 BA DY 30, IV 2/9.07/46, Archivordnung und Benutzerordnung für das MELS-Institut vom 1.6.1954 (Einicke).

63 BA DY 30, IV 2/9.07, Information der Abt. Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung des IML (Knittel), 27.2.1959.

64 BA DY 30, IV 2/9.07/18, MELS-Institut (Einicke), Streng vertrauliche Beratung am 4.6.1953.

65 BA DY 30, IV 2/9.07/17, Protokoll vom 19.1.1956 der Besprechung Knittel und Hager am 17.1.1956.

66 BA DY 30, IV 2/9.04/262, Bemerkungen zur Verbesserung der Arbeit des Archivs (Wimmer), 30.7.1956.

67 BA DY 30, IV 2/9.07/9, Entwurf (Einicke), Die politische Lage im IML, 24.1.1957.

68 BA NY 4182/923, IML (Direktion – Bauer), 8.8.1962, Bericht über die Lage am Institut für Marxismus-Leninismus. Vgl. Wolfgang Kießling, Nachgedachtes zum Brüsseler Protokoll, in: BzG, 1/1998, S. 89–99.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

einen Blick in dessen Nachlaß werfen zu können?[69] Zu den unverzichtbaren Statussymbolen der Mitarbeiter gehörte die Verfügungsgewalt über einen versiegelten Panzerschrank.[70] Es kostete selbst den offiziellen Thälmann-Biographen Mühe, herauszubekommen, seit wann Ulbricht dem ZK der KPD angehört hatte und Thälmann Vorsitzender war.[71] Der Direktor des IML gab bestimmte „besonders gesichert aufbewahrte" Dokumente wie die „Briefe Wilhelm Piecks an Knorin, Manuilski, Kuusinen, Stalin u.a., die die damaligen innerparteilichen Auseinandersetzungen zum Inhalt" hatten, nur mit Genehmigung Ulbrichts heraus, der sie selbst vor den ihm vertrauten Parteihistorikern aus der „Thesenkommission" des Politbüros, vor Ernst Diehl und Lothar Berthold, als seinen kostbarsten Gnadenschatz hütete.[72] Im Grunde ahmten sie alle nur nach, was Moskau vorexzerzierte, und lechzten vergeblich nach der auratischen Süße des letzten Arkanums, wenn vom „Geheimen Zusatzabkommen" oder vom Komintern-Archiv[73] die Rede war.

Zumindest in Berlin hatte die Arkanpolitik einen denkbar banalen Hintergrund. Für die Archivare des IML erwies sich der Wachsamkeitskult als praktische Zuflucht. Viele der angeblich zu geheimen Dokumente waren einfach nicht aufzufinden.

Als der Genosse Königsmann im Mai 1953 seinen Dienst im Archiv antrat, fand er, untergebracht in einem einzigen Zimmer, „Flugblätter, Personalakten und alles mögliche angeordnet in mehreren alten großen Schränken, als ob es mit einer Schippe hineingetan worden wäre. Drei Tage sah er sich das erst einmal an. Dann begann er eine grobe Sortierung nach Organisationen, packte die einzelnen Haufen in Pakete, verschnürte sie und legte sie in die Schränke zurück. Etwas zu finden, war bei diesem Zustand außerordentlich schwer. Einmal bekam er von Gen. Einicke den Auftrag, eine bestimmte Akte zu finden. Fünf Tage suchte Gen. Königsmann danach und es herrschte eitel Freude. Aus einem Buch für Betriebsarchivare eignete sich Gen. Königsmann seine ersten Archivkenntnisse an ... Die schon erwähnten Pakete – etwa 100 an der Zahl – wurden nicht registriert. Gen. Kaiser kam ab und zu einmal in die Arbeitsräume, sah daß gearbeitet wurde und war zufrieden ... Gen Einicke wies den Genossen Königsmann auf die Existenz des VVN-Archivs, das in den oberen Räumen untergebracht war, hin. Er schaute sich das an, wurde aber aus dem ganzen nicht klug."[74]

1954 kam der Thälmann-Nachlaß hinzu, unterschiedliche Signaturen wurden ausgegeben „und nichts war mehr ohne langwieriges Suchen zu finden ... Die Bibliothek hat von dem Nachlaß Kopien angefertigt und dabei entstand ein Durcheinander." Von dem neuen, nach einem Jahr entlassenen Archivleiter Dünow – ein bewährter Geheimnisträger[75] und „politisch bewußter Mensch" – wurde festgestellt, „daß er vom Archivwesen keine Ahnung hatte, sehr vergeßlich war, daß er einfach Akten in sein Zimmer mitnahm und dort einfach behielt,

69 BA DY 30, IV 2/9.07/45, Übergabeprotokoll, 9.2.1959.

70 BA DY 30, IV 2/9.07/20, Arbeitsordnung des Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts, (o.D.).

71 BA NY 4036/625, MEL-Institut, Lotte Erxleben (i.A. Lindau) an Walter Bartel (Büro Pieck), 21.10.1952.

72 BA NY 4182 (Ulbricht), 923, IML (Einicke) an Ulbricht, 1.3.1962.

73 Brigitte Studer, Verschleierungstaktik als Herrschaftspraxis. Über den Prozeß historischer Erkenntnis am Beispiel des Kominternarchivs, in JHK 1995, S. 307–321.

74 BA DY 30, IV A 2/9.04/262, Analyse der Arbeit an den staatlichen Akten, 27.10.1959.

75 Hermann Dünow gehörte 1933 zum Sicherheitsapparat der KPD und war in die Verhaftung Thälmanns verwickelt. Vgl. BA NY 4182/1369, Abteilung für Kaderfragen an W. Ulbricht, 6.3.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

daß er diktatorisch bestimmte, in der Kartei eine Anarchie anrichtete und überhaupt nichts mehr zu finden war."[76] Weil Dünow die Mitarbeiter beschimpfte und anschrie, daß sie „völlig nervös" wurden, und er „das Material im Panzerschrank durcheinander" brachte, versetzte man ihn in die Bibliothek.[77] Nach einem von der Leitung als „Hund und Katze" bezeichneten Interregnum, in dem eine ehrgeizige Archivarin „mit Gewalt Ordnung schaffen" wollte, jedoch vom Bibliothekar Bruno Kaiser „in ihre Schranken zurückverwiesen" wurde, übernahm Genosse Schmidt die Leitung des Archivs. Bei ihm „ging alles husch, husch, es mußte alles schnell erledigt werden ohne zu denken": „Er besaß keine Fachkenntnisse, war zu gutmütig, die Mitarbeiter stiegen ihm auf den Kopf und dann kam hinzu, daß er Karteikarten einfach herausnahm und woanders hinsteckte. Jetzt kam die Zeit, wo jeder im Institut sagte, wenn ihr etwas ins Archiv bringt, findet ihr niemals etwas wieder."[78]

Reformvorschläge einer Archivkommission scheiterten 1955 an deren Inkompetenz.[79] Gelegentlich der Übernahme des in den Zimmern 10 bis 17 siedelnden Archivs durch die Geschichtsabteilung[80] entstand ein anschauliches Inventar. In Zimmer 10 befanden sich demnach „Fahnen, RFB-Uniformstücke, Armbinden" und „2 Schränke mit Personalakten aus dem Zuchthaus Brandenburg (ungesichtet!)". In Zimmer 11 lagerten Archivalien aus der Reichskanzlei, in den Zimmern 12 und 13 Ulbrichts Geburtstagsgeschenke. Raum 14 war das Thälmann-Zimmer, Zimmer 15 das Fotoarchiv. Raum 16 und 17 enthielten das ehemalige VVN-Archiv, also Zeitungen, Flugblättern und Tarnschriften der Widerstandsbewegung, „Prozeßakten und -urteile aus der Zeit 1933–1945. Biographien der Widerstandskämpfer, Akten mit Lageberichten der Gestapo, Berichte aus KZs". Überall standen die unvermeidlichen Panzerschränke.[81]

Ende der fünfziger Jahre enthielt das Archiv laut Karteikasten nicht mehr als 850 Akten, von denen 462 als KPD-Material internen Charakter trugen. Die Einteilung bot jedoch „keine Gewähr, daß alle internen Akten tatsächlich nur in dem Kasten der gesperrten Materialien" waren, und das Sperrmaterial trug nicht unbedingt wirklich internen Charakter.[82] Nachdem die Kataloge der „‚Staatlichen Akten' vom Genossen Königsmann zwar in emsiger Arbeit, aber nicht vom Klassenstandpunkt ausgehend angelegt worden" waren, „so daß sie die gesamte arbeiterfeindliche, bürgerliche Ideologie widerspiegelten, also zum großen Teil neu bearbeitet werden" mußten,[83] wurde er in den Leseraum (1 Planstelle!) versetzt. Dort bot er allerdings trotz eines diskret eingebauten Spiegels „nicht die absolute Gewähr für eine streng durchgeführte Kontrolle" der Aktentaschen und Arbeitsergebnisse der Besucher.[84]

Die Akten aus der Zeit vor 1917 hatte man nach Potsdam abgegeben, weil Königsmann froh war, „sie loszuwerden, weil die meisten dieser Akten sich schon in bedenklichem Zu-

76 BA DY 30, IV A 2/9.04/262, Analyse der Arbeit an den staatlichen Akten, 27.10.1959.
77 BA DY 30, IV 2/9.07/18, Protokoll über die am 8. März 1955 stattgefundene Beratung über Archivfragen.
78 BA DY 30, IV A 2/9.04/262, Analyse der Arbeit an den staatlichen Akten, 27.10.1959.
79 BA DY 30, IV 2/9.07/46, Protokoll der Arbeitsbesprechung im Archiv vom 28.1.1955.
80 Ebd., Protokoll über die Neuregelung der Archivangelegenheit, 22.11.1954 (Einicke).
81 Ebd., Berichterstattung über das Archiv im MELST-Institut.
82 BA DY 30, IV A 2/9.04/262, Analyse der Arbeit an den staatlichen Akten, 27.10.1959.
83 BA DY 30, IV 2/9.07/46, Arbeitsbericht des Archivs für das Jahr 1959, 20.1.1960 (Bathke).
84 Ebd., Archiv, Protokoll der Arbeitsbesprechung von Sonnabend, dem 13.6.1959.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

stand befanden."[85] Die „Materialbasis für die Zeit 1919–1923" galt ebenfalls als sehr schmal,[86] und für die Geschichte der SED nach 1945 fehlten bis 1957 „alle Unterlagen". Über den Inhalt der Akten bestand „keine Kenntnis, so daß jeder Mitarbeiter jeweils die Aktenbündel durcharbeiten muß, um zu den Dokumenten und Unterlagen zu gelangen, die er für seine Arbeit braucht." Entsprechend herrschte „große Unzufriedenheit ... bei allen Genossen der Abteilung Geschichte über die Zustände im Archiv des Instituts",[87] die Anfang der sechziger Jahre trotz diverser zukunftsweisender Reformansätze und einer aufwendigen Verschlagwortung noch keineswegs abgeklungen war.[88]

Im Vergleich zur chaotischen Unübersichtlichkeit in der Frühzeit des IML-Archivs, waren gegen Ende der fünfziger Jahre, zumal nach dem Umzug in das „Haus der Einheit", das ehemalige ZK-Gebäude in der Wilhelm-Pieck-Straße 1, deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Die rasch anwachsenden Bestände wurden durch spezielle „Brigaden" systematisch verschlagwortet und für die Parteihistoriker überhaupt erst benutzbar gemacht. Die „Nazi-Justiz Brigade" arbeitete beispielsweise mit 30 Kategorien wie „1. Zentrale Leitungsarbeit", „4. Illegales Druckmaterial", „5. Geheime Sender a) Sender (chronologisch) b) Abhörer von ausländischen Sendern (nach Bezirken)", „23. Linke Splitterorganisationen a) SAP b) KPO c) SAJ d) Gewerkschaft u.a.", „25. Sabotage a) Betriebe b) Arbeitslager c) Transport", „29. 20. Juli-Gruppe" und „30. Spitzeltätigkeit." Man legte Namenslisten an „für bestimmte Kategorien von Genossen, wie Spanienkämpfer, Fallschirmspringer, Wehrmachtsangehörige usw.", eine „Pseudonymen-Kartei", die anführte, „wo und wann der entsprechende Deckname geführt wurde" und eine „Justiz-Beamten-Kartei", die bei dem Outing westdeutscher Nazijuristen noch gute Dienste leisten sollte.[89]

Ein letztes Arkanum bildete der seit 1959 übernommene Pieck-Bestand:

„Die Übergabe erfolgte mit der Maßgabe, daß 1. diese Dokumente und Materialien als geschlossener Fond (sic!) zusammengehalten und besonders sicher aufbewahrt werden; 2. dieser Fond als vertraulich behandelt wird und die einzelnen Dokumente und Materialien nicht in den offiziellen Findbüchern und Katalogen des Archivs erscheinen; 3. keinerlei Hinweise und Informationen über diesen Fond an Benutzer und Besucher des Archivs gegeben werden ..."[90]

4. Editionsstrategien und redaktionelle Praktiken

Der Vergleich des IML mit einem mittelalterlichen Kloster ist nicht von der Hand zu weisen. Die Geheimniskrämerei um die Giftschränke und Reliquien des Zentralen Parteiarchivs verweist auf Umberto Ecos meuchelnde Mönche. Es gehört zu den großen Wundern, daß „Der Name der Rose" mit seiner dichten Beschreibung eines in vielen Einzelheiten ver-

85 BA DY 30, IV A 2/9.04/262, Analyse der Arbeit an den staatlichen Akten, 27.10.1959.
86 Ebd., Grete Hoffmann, Die Bedeutung der Sammlung dokumentarischer Materialien ... 16.2.1960.
87 BA DY 30, IV 2/9.04/51, Bericht über die Überprüfung des IML (o.D., Frühjahr 1957).
88 BA DY 30, IV 2/9.07/32 IML, Abt.Geschichte der Partei ..., Protokoll der Diskussionen in der Abteilungsversammlung, 24./25.1.1961 vom 1.2.1961.
89 BA DY 30, IV 2/9.07/46, Sektor Archiv, NJ-Brigade, Arbeitsordnung, 19.5.1959.
90 BA DY 30, IV 2/9.07/45, Übergabeprotokoll, 9.2.1959.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gleichbaren Zensursystems überhaupt in der DDR erscheinen konnte.[91] Das IML war ein Haus mit mehr als sieben Siegeln. Auch im Hinblick auf die in Klöstern bei Urkundenfälschungen gängige Praxis des frommen Betrugs[92] brauchte das IML, der Beichte von 1956 zufolge, den Vergleich nicht zu scheuen:

Aus „Schönfärberei" seien „begangene Fehler nicht kritisiert, sondern verschwiegen und komplizierte Probleme umgangen ... Mängel und Mißerfolge vertuscht" worden. „Auch in der Behandlung von Bildern, Quellen, Artikeln zwecks Veröffentlichung" sei man „oft nicht verantwortungsbewußt verfahren: Durch Retuschierung von Bildern wurde ihre Aussage verändert, Quellen und Artikel wurden gekürzt oder inhaltlich verändert, ohne daß dies kenntlich gemacht wurde. Auch hierüber müßte eine definitive Regelung getroffen werden."[93]

Der aufmerksame Leser kann eine bunte Palette editorischer Tricks kennenlernen, den „Auswahlband", gezielte Auslassungen, sprachliche Glättungen, verkürzte Zitierweisen und ausgedünnte Register. IML-Publikationen versprachen „feindlichen" Spezialisten, die wie Wolfgang Leonhard und Hermann Weber die Spielregeln kannten und geduldig die alten und neuen Ausgaben verglichen, bei der Suche nach gezielten Verdrehungen, durchgedrückten Sprachregelungen, fortgefallenen Namen und „weißen Flecken" gewöhnlich eine reiche Ernte. Weil jede dieser Manipulationen mit einer politischen Absicht verbunden war, konnten sie aus solchen Indizien genauere Rückschlüsse ziehen als jeder Geheimdienst, worauf man in Ostberlin natürlich wiederum Rücksicht zu nehmen versuchte. Und man fälschte nach Möglichkeit nur – zeitweise arbeiteten ganze „Brigaden" daran, dies festzustellen –, was im Westen noch nicht bekannt war. Natürlich war nie ganz auszuschließen, daß eine im Panzerschrank gehütete Ulbricht-Rede zum Hitler-Stalin-Pakt oder die Urfassung eines zusammengeschmolzenen Thälmann-Aufsatzes einem jener verhaßten „Renegaten" wie Herbert Wehner bekannt war.[94]

Was unterschied die Fälschungspraxis im IML von den im Zensursystem der frühen DDR sonst üblichen Prinzipien „schöpferischer Redaktion"?[95] Im IML war das im DDR-Verlagswesen übliche Prinzip redaktioneller Gewaltenteilung zwischen Autor, Herausgeber, Redakteur und Zensor in einem hierarchisch geordneten Kollektiv aufgehoben. Die Druckgenehmigung erteilte nicht ein externer Zensor, sondern in der Regel der KI-erfahrene Abteilungsleiter oder ein Direktor, für den mißtrauische Wachsamkeit und Geheimnistuerei nach entsprechenden Erfahrungen zum Berufsbild gehörte: Der erste Leiter des Moskauer IML wurde erschossen,[96] der Gründer des Berliner Instituts, Josef Winternitz, floh entnervt

91 Umberto Eco, Der Name der Rose, Berlin (Volk und Welt) 1985.

92 Horst Fuhrmann, Von der Wahrheit der Fälscher, in: MGH Schriften, Band 33, Fälschungen im Mittelalter, Internationaler Kongreß der Monumenta Germaniae München, 16.–19. September 1986.

93 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Heinz Karl (Zur Diskussion für Abteilungsversammlung), 25.5.1956, S. 56f.

94 BA DY 30, IV 2/9.07/124, Aktenvermerk zur Beprechung über den 3. Band der Thälmann-Reden, 20.7.1956.

95 BA DY 30, 42666 (Dietz-Bestand), F. Burlazki/S. Mesenzow, Der Autor und Verlag, (Kommunist, Nr. 17, 1956).

96 Vgl. David Borisovic Rjazanov und die erste MEGA, Carl-Erich Vollgraf/Richard Sperl/Rolf Hecker (Hg. u. Red.) Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge, Sonderband 1, Hamburg 1997.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

nach England.[97] Der individuelle Autor und seine Empfindlichkeiten kamen bei der Arbeit „am offenen Herzen der Partei" als Instanz nicht in Betracht. Das Ideal wissenschaftlicher Parteilichkeit ließ sich am besten in der organisierten Selbstzensur des Autorenkollektivs verwirklichen, ansonsten erzwangen die gefürchteten Diskussionsrituale die geforderte Selbstkritik und der Begutachtungsprozeß griff in unerbittlicher Härte.

Eine Arbeitsordnung des „Sektors Reden und Aufsätze" sah vom Exposé über verschiedene Diskussionen in der Brigade inklusive der Überprüfungen durch die Brigade-, Sektor-, Abteilungs- und Institutsleitung, durch die Abnahmekommission und das Dietz-Lektorat sowie der nach jedem Arbeitsschritt notwendigen redaktionellen Überprüfung bis zur Druckfreigabe 21 Kontrollstufen vor.[98] Konnte nicht „jedes falsche Komma ein politischer Fehler" sein?[99]

Im IML fälschte man nicht, sondern machte Texte „politisch richtig". Im späteren, Ende der achtziger Jahre tatsächlich publizierten ironischen Selbstverständnis des IML handelte es sich bei der geschilderten Fälschungspraxis um überwundene Jugendsünden, die nicht aus irgendwelchen kleinbürgerlichen wissenschaftsethischen Überlegungen heraus zu verwerfen waren, sondern als „nicht zu Ende gedachte redaktionelle Prinzipien". Wenn „die Darstellung solcher Ereignisse und Personen außer Betracht blieb, die den damaligen Vorstellungen von der revolutionären Kontinuität nicht entsprachen", so war das eine bedauerliche Folge konzeptioneller Unsicherheit.[100]

Im Arbeitszusammenhang des Instituts galt die Detailarbeit an einzelnen „Stellen" als eine unumgängliche „Handwerkelei", die von mangelhafter konzeptioneller Vorbereitung zeugte, als bedauerliche „in der Vergangenheit häufig auftretende Tendenz in unserer Arbeitsweise, schwierige Fragen eher im letzten Stadium, im Stadium der Endfassung des Vorworts oder einer Anmerkung, durch ‚redaktionelle' Änderungen zu klären".[101]

Schon seit der Frühzeit der Institutsgeschichte war der Zensurprozeß vielstufig angelegt. Im Grunde genommen setzte er bereits mit der Wahl der geeigneten Textform ein. Hier stand ein reiches Arsenal zur Verfügung. Annelies Laschitza, die später selbst so ungewöhnliche Textsorten wie eine „Biographie in Dokumenten" kreierte, unterschied von der Autobiographie über die „Aufrufe und Beschlüsse zu Gedenktagen", die Bilddokumentation, die Chronik, die „Dokumentenedition in großer und kleiner Form", Erinnerungen, Flugblätter, „Gesammelte Werke führender Persönlichkeiten" und „Illustrierte Geschichten" bis zur Wandzeitung achtzehn Textsorten, die der Geschichte der Arbeiterbewegung dienen konnten.[102] Welche manipulativen Ressourcen allein dieser Werkzeugkasten bieten konnte,

97 Mario Keßler, Vom KPD-Apparat zum stillen Weggang aus der DDR. Der Wirtschaftswissenschaftler und Historiker Josef Winternitz (1896–1952).

98 BA DY 30, IV 2/9.07/19, Arbeitsordnung der Abteilung Geschichte der Partei, 13.6.1956, S. 11–14.

99 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Protokoll über die erste Beratung zwischen den Parteileitungen des Dietz-Verlags und des MELS, 4.12.1953.

100 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1949–1989, S. 13 und 24.

101 BA DY 30, IV 2/9.07/123, Bandbericht der Arbeitsgruppe Karl Liebknecht, Bd. IV, 18.10.1961 (Wilfriede Otto).

102 BA DY 30, 35263 (vorl. Signatur), A. Laschitza, Erste Überlegungen für die Gestaltung des Unterkapitels „Die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung und der Partei ...", 29.4.1976. Dies., Karl Liebknecht: eine Biographie in Dokumenten, Berlin 1982.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

verdeutlicht die an das Märchen von „Hans im Glück" erinnernde Geschichte der Hoernle-Edition.

Weil jede Schuld sich auf Erden rächt, gab es die Witwen und Erben der vom IML traktierten Parteiführer, in der Öffentlichkeit hofierte und standesbewußte Damen wie Sophie Liebknecht, Irma Thälmann und Emilia Zetkin-Milowidowa, die auf wunderbaren Archivalien hockten, und sich nicht viel gefallen ließen. Die Pieck-Tochter Elly Winter und Lotte Ulbricht hüteten seit Ende der fünfziger Jahre die künftigen Reliquien ihrer Helden wie mit diesen verwachsene Priesterinnen gleich im Institut und drohten, dessen Hierarchie auf den Kopf zu stellen. Johanna Grotewohl wurde mit knapper Mühe vom Archiv ferngehalten.[103] Auch Hedda Hoernle, die Witwe des 1952 verstorbenen Gründungsvaters der KPD, EKKI-Mitgliedes, Schul- und Agrarexperten Edwin Hoernle, sorgte dafür, daß die „wissenschaftliche Betreuung" der Hinterlassenschaft ihres Mannes nicht einschlief. „Ich denke, es ist meine Parteipflicht, dich über alle diese Dinge zu informieren, damit nicht noch weitere 7 Jahre vergehen, bis etwas von Edwins Arbeiten publiziert wird", schrieb sie an Ulbricht.[104]

Das Politbüro hatte bereits die Auswertung von Hoernles Materialien über die KPD-Reichstagsfraktion zwischen 1925 und 1933 beschlossen, als sich 1954 herausstellte, daß solche Materialien nicht existierten.[105] Eine „*geschlossene Veröffentlichung* (Hervorhebung des Verfassers) des hinterlassenen Materials, soweit es die Frage der Geschichte der Partei bzw. der Geschichte der Arbeiterbewegung" betraf, war, wie der Witwe bedeutet wurde, jedenfalls nach dem PB-Beschluß nicht geplant und auch die Möglichkeit einer *auszugsweisen Veröffentlichung* stand von vornherein sehr in Frage.[106] Tatsächlich erwies sich 1955 nicht einmal ein *Auswahlband* aus Reden und Aufsätzen als publizierbar. Der Dietz-Verlag kam zu der mit wunderbarer Prägnanz formulierten Überzeugung, daß die Arbeit „nicht veröffentlichungsreif ist und wird":

„Da jede gedruckte Äußerung eines jahrzehntelangen Mitgliedes der Parteiführung eine gewisse parteioffizielle Meinung darstellt, dient das vorliegende Manuskript nicht der Partei und würdigt nicht den Genossen Edwin Hörnle." „Mißverständliche Formulierungen" könnten „vom Klassengegner aufgegriffen" werden, das „Typische in seinem Leben, den revolutionären Kampf für die Sache der werktätigen Bauern" verfälschen, um „das Bündnis zu stören. Differenzen mit amtlichen statistischen Angaben unserer Staatsorgane" seien „genau so enthalten wie zum Werk des Genossen Ulbricht ‚Zur Geschichte der neuesten Zeit'". Hinter solchen gewundenen Andeutungen verbarg sich die schlichte Tatsache, daß Hoernle die Kollektivierung der Landwirtschaft für verfrüht gehalten hatte. Eine aus Vertretern der drei ZK-Abteilungen „Wissenschaft und Propaganda", Landwirtschaft und Dietz-Verlag zusammengesetzte Kommission schlug einen damals beliebten, auch in den Fällen der Parteiführer Wilhelm Florin, John Schehr und Fritz Heckert verfolgten Ausweg vor und beauftragte das Institut, eine *Biographie* zu erarbeiten, die Hörnles Kampf „als Funktionär der marxistisch-leninistischen Partei für die Interessen der werktätigen Bauern in den Mit-

103 BA DY 30, IV A 2/9.07/38, IML, Sektor Personenfonds im ZPA (Lya Rothe) an Heyden, 3.7.1970.
104 BA DY 30, IV 2/9.07 /130, Oelßner an Marx-Engels-Lenin-Institut, 22.10.1952. Ebd. Hedda Hoernle an Walter Ulbricht, 17.12.1959 (Abschrift).
105 Ebd., Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut an Oelßner, 2.12.1954.
106 Ebd., MELS (Einicke) an Büro des Politbüros, Otto Schön, 11.6.1955.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

telpunkt" stellen sollte. Dabei seien „wichtige und klare Zitate" (d.h. nicht politisch „unklare") aus seinen Reden und Aufsätzen zu verarbeiten.[107]

Ein Politbürobeschluß vom 11.1.1956 beauftragte den sich sträubenden Genossen Herholz[108] mit der Fertigstellung der Lebensbeschreibung bis zum 30.6.1956, das Institut sollte den Fortgang der Arbeit anhand eines Terminplans kontrollieren.[109] Ende August 1957 teilte das IML dem Dietz-Verlag mit, daß „Genosse Kurt Herholz ein wiederholt überarbeitetes und geändertes Manuskript" abgeliefert habe, das aber „trotz vieler Hinweise und der Unterstützung" des IML noch nicht druckreif sei.[110]

Als das IML daran ging, die Biographie in den Schmelztiegel des *Autorenkollektivs* zu werfen, empfahl Ulbricht, die Arbeit zu beschleunigen und einen neuen Bearbeiter von außerhalb zu suchen.[111] Der neue Bearbeiter sollte laut Werkvertrag das Manuskript bis Ende April 1958 fertigstellen.[112] Nachdem das IML kurz vor dem Abgabetermin die Disposition verworfen hatte,[113] suchte er jedoch sein Heil in der Republikflucht.[114] Nach der Verhaftung des Landwirtschaftsexperten Vieweg, des Vorgesetzten beider gescheiterter Hoernle-Biographen, war das Thema zu heiß, um einen Nachfolger zu finden. „An die Genossen Prof. Glemnitz, Genossen Elvert, Genossen Dr. Berthold, Genossen Dr. Sachse wurde der Auftrag nacheinander herangetragen. Alle Genossen lehnten aus arbeitstechnischen Gründen und aus Zeitmangel die Ausarbeitung der Hoernle-Biographie ab."[115] Nach einer weiteren Intervention Ulbrichts sah sich im April 1960 der bereits zweimal gescheiterte Kurt Herholz wieder mit dieser Aufgabe betraut,[116] als ein mysteriöser *Kurzroman* Hoernles über die frühen dreißiger Jahre auftauchte.

Herholz erkannte die Echtheit des Kurzromans an einer Reihe unpublizierbarer Stellen. So ließ der pseudonyme Verfasser „ein Selbstgespräch führen, daß ‚die Partei ein Moloch ist ... Alles nimmt einem die Partei: Liebe und Ehe' ... Ein Gespräch (76/77), das m.E. einer Verunglimpfung unserer Parteiführung gleichkommt, läßt die Frage aufwerfen, ‚wo waren heute die führenden Genossen?' Es werden Teddy, Ulbricht und Florin genannt." Schließlich seien Namen wie Remmele, Neumann und Wittfogel zu streichen, der Kurzroman jedenfalls in der vorliegenden Form nicht zu veröffentlichen.[117]

Als letzte Variante im Reigen gescheiterter Textsorten kam Hedda Hoernle 1961 der Gedanke, dem Institut einen Band „etwa mit dem Titel: Die Persönlichkeit Edwin Hoernles im Spiegel seiner Zeitgenossen" vorzuschlagen.[118] Dieser immerhin konstruktive Vorschlag

107 Ebd., Dietz (Schälike) an Otto Schön, 1.8.1957; Sektor Verlage, Stellungnahme zur Herausgabe der Reden und Aufsätze des Genossen Edwin Hörnle beim Dietz-Verlag, 26.10.1955.
108 Zu Herholz vgl. Hermann Weber in Zusammenarbeit mit Gerda Weber, Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule „Karl Marx" bis 1949, Berlin 2002, S. 320f.
109 Ebd., Dietz (Schälike) an Otto Schön, 1.8.1957.
110 Ebd., IML (Knittel) an Dietz (Schälike), 26.8.1957.
111 Ebd., Büro Ulbricht (Herber) an Knittel, 27.9.1957.
112 Ebd., Vertrag zwischen dem IML und dem Genossen Helmut Koch, 6.11.1957.
113 Ebd., Hausmitteilung des IML, Knittel an Klaws, 29.1.1958.
114 Ebd., Klaws an Einicke und Knittel, 18.4.1958.
115 Ebd., IML (Einicke) an Erich Mückenberger, 3.3.1959.
116 Ebd., Aktenvermerk des IML (Knittel), 27.1967.
117 Ebd., Stellungnahme zu dem Kurzroman „Die Fronten" (Herholz), 20.10.1960.
118 Ebd., Hedda Hoernle an das IML (Knittel), 12.1.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

wurde vom überlasteten IML mit dem Argument abgeschmettert, als Institut sei man dann verpflichtet, „vor der Herausgabe eines *Erinnerungsbandes* an Edwin Hoernle einen solchen an Wilhelm Pieck herauszugeben."[119] Glücklicherweise existierte mit Hoernles „Roten Liedern" noch eine alte *Gedichtsammlung*.

Das Schicksal der Hoernle-Edition war alles andere als ein Einzelfall. 1956 gerieten unvermeidlich sämtliche Editionsprojekte der Geschichtsabteilung in die Krise, die Biographien wie die Dokumentenbände des „Sektors Reden und Aufsätze". Längst war der letztlich auf eine 1937 in Moskau erarbeitete Konzeption[120] zurückverweisende Arbeitsplan zur Makulatur geworden:

„Auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist das Institut sehr zurückgeblieben ... Seit 1954 beschäftigt sich das Institut z.B. mit der Herausgabe von Reden und Aufsätzen führender Genossen. Auch diese Aufgabenstellung zieht sich einige Jahre hin, z.B. ‚Reden und Aufsätze von Thälmann' (Bd. 3 Thälmann statt Juli 1954 jetzt im Druck, Zetkin Bd.1 von August 1954 zum 2. Quartal 1957 verschoben, Reden und Aufsätze von Wilhelm Florin von September 1955 auf 3. Quartal 1957 verlegt) ... 1956 waren 12 Monographien, die von führenden Genossen der Partei ausgearbeitet werden sollten, geplant. Keine dieser Monographien wurde 1956 begonnen. Für 1957 sind 6 Geschichtsmonographien bzw. Darstellungen geplant, deren Realisierung oder Inangriffnahme, außer zwei, ebenfalls kaum erfolgen wird, weil, wie die Genossen des Instituts selbst wissen, dafür z. Z. nicht die Voraussetzungen vorhanden sind. Trotzdem schmücken solche Projekte immer wieder den Arbeitsplan und irritieren die entsprechenden Organe ..."[121]

Seit dem XX. Parteitag fälschte man so wenig wie möglich, mit schlechterem Gewissen und nicht ohne Einsicht in die Fragwürdigkeit dieser Praxis. Man begründete jede einzelne politisch bedingte Streichung von Stellen. Dem unbestreitbaren Willen vieler Parteihistoriker, mit möglichst wenig Änderungen auszukommen, stand jedoch ein explodierender Bedarf nach der „Entstalinisierung" alter Texte im Politbüro gegenüber.

Im Sommer 1956 wurde im IML ein „Spanienband" fertiggestellt, ein Dokumenten- und Bilderalbum, in dem zwei lobende Erwähnungen der „Verräter" Caballero und El Campesino aus Dokumenten gestrichen worden waren. Beide Streichungen hielt die Spanien-Brigade ein halbes Jahr später für überflüssig: „Mit einer Fußnote auf das Vorwort der Genossin Dolores Ibarruri hingewiesen, hätte dieser Text kaum Schaden anrichten können ...":

„Selbstverständlich gibt es keine allgemein gültige Regel für Streichungen. Man muß jeweils vom Text her die Entscheidung treffen. Die Namen einfach und ohne Ausnahme streichen, würde einer Fälschung der Dokumente gleichkommen. Im Vordergrund muß bei allen Veröffentlichungen die historische Treue stehen ... Ich bin der Meinung, daß wir überhaupt viel weniger mit Streichungen arbeiten sollten. Artikel mit vielen problematischen Stellen sollten nicht in die engere Auswahl gezogen werden, oder mit Fußnoten bzw. Anmerkungen erklärt werden." Der gute Wille zur Authentizität zerschellte jedoch trotz solcher Taktiken an einem allzu häufig auftauchenden Stalin-Telegramm von 1936, das ursprünglich in meh-

119 Ebd., Hausmitteilung des IML, Voßke an Knittel, 3.2.1961.
120 Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, S. 69.
121 BA DY 30, IV 2/9.04/51, Bericht über die Überprüfung des IML (o.D., Frühjahr 1957).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

reren Dokumenten und in fast jedem umfangreicheren Artikel zitiert worden war, aber jetzt im ganzen Land nur noch einmal vorkam.[122]

Wenn es „keine allgemeingültige Regeln für Streichungen" gab, so entstand 1956 doch immerhin ein bemerkenswert praxisnaher „Entwurf von Rahmenrichtlinien für die Herausgabe von Quellen zur Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung", der die Auswahlkriterien für Dokumente und redaktionelle Prinzipien erläuterte. Demnach war es endlich erlaubt „bürgerliche oder von Feinden der Arbeiterklasse stammende Dokumente" zu publizieren, wenn es an anderem Material mangelte oder sich „Bestrebungen der Feinde aufdecken" ließen. „Beschlüsse, Protokolle, Rechenschaftsberichte usw., die von später zu Parteifeinden gewordenen Personen" stammten, bedürften der ausdrücklichen Billigung durch ein „kollektives Organ". Die Texte sollten möglichst vollständig gebracht werden, doch seien Ausnahmen zulässig, wenn das Dokument abseitige Fragen behandle oder „offenbar Fälschungen und Verleumdungen" enthielt. Solche Auslassungen, dies war ein deutlicher Fortschritt, seien grundsätzlich durch drei Punkte zu kennzeichnen: „Bei Weglassungen, die Verleumdungen enthalten, ist in jedem Fall zu prüfen, ob das Dokument überhaupt gebracht werden muß. Ist das Dokument sonst wichtig, so muß die Anmerkung so gehalten werden, daß nicht der Inhalt der Verleumdungen angegeben wird, sondern deutlich wird, daß es sich um Stellen handelt, die zur Sache nichts näheres aussagen. Über diese Vorschläge diskutiert wieder die gesamte Gruppe."[123]

5. Die Werkausgaben der Parteiführer Grotewohl, Pieck, Zetkin und Thälmann

Ungerührt vom angeschwollenen Änderungsbedarf forderte die Parteiführung ihre „Reden und Aufsätze". Genaugenommen war es die Konkurrenz in der Chefetage, der Wunsch nach einem Hauch von Parität, der die fünfbändige Grotewohl-Ausgabe unvermeidlich werden ließ. Eine neue Pieck-Ausgabe rollte an, und es war lange her, daß Ulbricht- mit Max Fechner-Bänden nach dem Paritätsprinzip verrechnet worden waren.

„Otto – was meinst Du zu einem Vorschlag, Genossen Ulbricht zu seinem 55. Geburtstag den Druck eines Bandes seiner wichtigsten Reden und Aufsätze zu bewilligen. Wir haben nun einmal damit begonnen und kommen wahrscheinlich nicht mehr davon los ..." hatte Pieck seinen Vorstandskollegen gefragt.

„Dann müßte man hinter Max Schluß machen ...", hatte Grotewohl ihm geantwortet.[124]

Niemand in der Partei las Grotewohl-Reden. Wenn nur jeder zweite der höheren SED-Funktionäre, was ja bereits beklagt wurde, Mitte der fünfziger Jahre Werke Lenins besaß, so

122 BA DY 30, IV 2/9.07/131, Sektor Reden und Aufsätze (Brigade „Spanien"), Resumé – Spanienband, Dezember 1956).

123 BA DY 30, IV 2/9.07/116, (o.D., 1956) „Entwurf von Rahmenrichtlinien für die Herausgabe von Quellen zur Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung" (Dokumente).

124 BA NY 4036/672, S. 179, Pieck an Grotewohl, 5.7.1948.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

hielt sich die Grotewohl-Bände gerade einmal jeder zwanzigste.[125] Das Büro des Politbüros bestand jedoch kategorisch darauf, „daß alle 5 Bände zum Geburtstag vorliegen" müßten. „Es sind zum Geburtstag des Genossen Grotewohl, im Gegensatz zum Geburtstag des Genossen Walter Ulbricht, keine weiteren Ausgaben beschlossen."[126]

Trotzdem erschien Grotewohls Geburtstagsausgabe als Torso ohne Band 3, in den erst noch eine klärende Fußnote eingefügt werden mußte, um die „Probleme des neuen Kurses 1953 entsprechend der Linie der Partei politisch richtig zum Ausdruck zu bringen." Der Fußnote war zu entnehmen, daß der Begriff „Neuer Kurs" „einigen Genossen, die die Politik der Partei entstellten, zur Rechtfertigung opportunistischer Tendenzen" gedient hätte, eine Information, die wichtig genug schien, um deshalb das ganze Manuskript neu setzen zu lassen.[127] Wie der Begriff „Neuer Kurs" gehörte sonst auch der „17. Juni" zur unbedingten Streichmasse. So unglaublich es klingt, aber man korrigierte in einem Dokumentenband tatsächlich das Datum einer Grotewohl-Rede, um sie vom 17. auf den 19. Juni 1945 zu verlegen.[128]

Zwei der fünf Bände waren neu, aber die ersten drei konnten, hier war das IML mit dem Dietz-Verlag einer Meinung, nach dem XX. Parteitag „nicht mehr in der alten Form aufgelegt werden".

Mit routinierter Akribie und Geduld, wie ein Chirurg, der nach Schrotkugeln pickt, durchforstete sie der „Sektor Reden und Aufsätze" unter „folgenden Gesichtspunkten, die sich aus dem XX. Parteitag und aus Beschlüssen der KPdSU bzw. unserer Partei ergaben.

1. Fragen des Personenkults um J. W. Stalin

2. Korrektur an theoretischen Verallgemeinerungen J. W. Stalins, wie sie vom XX. Parteitag und durch andere Beschlüsse der KPdSU vorgenommen wurden (z.B. Frage der Verschärfung des Klassenkampfes, Charakter des II. Weltkrieges).

3. Aufhebung des Beschlusses des ehemaligen Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien über die KP Jugoslawiens.

4. Beschluß über die parteifeindliche Gruppierung Malenkow, Kaganowitsch, Molotow."

Die Änderungsvorschläge zu Punkt 1, 2 und 4 waren rot angestrichen, die „die KP Jugoslawiens betreffenden Stellen" grün und die redaktionellen Korrekturen blau. Insgesamt mußte Malenkow neunmal, Molotow zwölfmal und Stalin wenigstens 57mal gestrichen werden, wobei sich die vierseitige Liste anscheinend nur mit den als völlig untragbar geltenden „Stellen" wie der „Erwähnung Stalins als Klassiker (Marx-Engels-Lenin-Stalin)", der Gleichsetzung Stalins mit Lenin, der Bezeichnung Stalins als „genialster Kampfgefährte Lenins" und mit Wendungen wie „der große Führer Stalin" usw. befaßt hatte. Satztechnisch war es vorteilhaft, daß sich „Stalin" in manchen Fällen durch ein anderes Wort mit sechs Buchstaben, durch die „Partei" ersetzen ließ.[129] Solchen satztechnischen Finessen widmete man auch in späteren Jahren viel Erfindungskraft. In einem fertig gesetzten „Lexikon zur

125 BA DY 30, 42666 (Dietz-Bestand), Aussprache des Dietz-Verlages mit Bezirksbuchhändlern am 10.7.1956.

126 BA DY 30, IV 2/9.07/126, Hausmitteilung des IML, Hädicke an Einicke, 11.12.1958.

127 Ebd., IML (Einicke) an Hager, 26.1.1959; ebd., Auswertung der Grotewohl-Bände, 6.4.1959; vgl. ebd., Aktennotiz vom 24.2.1959.

128 Ebd., IML (Einicke) an Grotewohl, 12.5.1959 („Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Bd. III/1).

129 Ebd., Einicke an das Büro Grotewohl, 20.2.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Biologie der Insekten" wurde die 1971 veraltete Bezeichnung des Verbreitungsgebietes „Deutschland" beispielsweise durchgängig durch das gleich lange Kürzel „M-Eur.i.e.S." (Mitteleuropa im engeren Sinne) ersetzt.[130]

Das IML war der Auffassung, „daß die vorliegenden Bände möglichst wenig verändert werden sollten" und hielt die vorgeschlagenen Korrekturen für „relativ gering."

Allerdings hatte man Arbeiten, in denen „sich die aufgeworfenen Fragen" häuften, z.B. den Artikel „Stalin – Freund und Helfer des deutschen Volkes" oder Reden zu Stalins Geburtstag bei dieser Auflistung nicht berücksichtigt und empfahl, sie komplett wegzulassen. In solchen Fällen sei es nicht zweckmäßig, die Artikel zu kürzen oder zu verändern."[131]

Als die Grotewohl-Reden 1973 endgültig bereinigt werden sollten, fanden sich immer noch so viele Stalin-Stellen, daß die Bearbeiter vor der Aufgabe resignierten. Nur wenige Arbeiten Otto Grotewohls könnten in vollem Wortlaut wiedergegeben werden: „Wir müssen weiter gehen als bei allen in den letzten 10–12 Jahren von unserem Institut veröffentlichten Bänden, sehen aber keine andere Lösungsmöglichkeit."[132] In den achtziger Jahren zog man es vor, den 90. Geburtstag des malenden Parteigründers durch eine Zusammenstellung seiner Bilder zu ehren.[133]

Zu ihren Lebzeiten hatte sich das IML bei den Werkausgaben der Parteiführer mit folgender Regel beholfen, die nach deren Tod die Originaltexte unpublizierbar machte: „Was gewisse kleine Textänderungen betrifft, so ist uns bekannt, daß man an veröffentlichten Artikeln und Reden verstorbener Autoren (wie z.B. Clara Zetkin) natürlich nichts ändern darf. Anders ist die Sache auch u. M., wenn noch lebende Autoren ihre früheren Arbeiten selber überarbeiten und in einer anderen Form herausbringen. Das geschieht häufig, z.B. bei Artikeln und Reden in den Bänden von Walter Ulbricht, Otto Grotewohl usw. Bei Wilhelm Pieck dürfte die Sache ähnlich liegen ..."[134]

Saffian ist ein sumachgares gekrispeltes Ziegenleder. Der Einband eines für Chruschtschow bestimmten Pieck war „blau Saffian vergoldet" und kostete 205.- DM. Das Leipziger Institut für Buchgestaltung hatte für die 30 repräsentativen Geschenkausgaben der fünfzehnbändigen Werke Wilhelm Piecks vier verschiedene Ausführungen hergestellt, z.B. den Pergamentbezug zu 190.- DM oder den „Igraf-Bezug" zu 110.- DM.[135]

Als Pieck im September 1960 starb, waren erst zwei Bände ausgeliefert. Piecks Eitelkeit wurde mit geradezu mathematischer Konsequenz bestraft.

Der erste Band fiel der Diskussion über die Novemberrevolution[136] zum Opfer und erschien als Torso. „Wie ein roter Faden" zogen sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen durch den zweiten Band, der ursprünglich vom Januar 1919 bis Ende 1923 reichen sollte.[137] Der Schwerpunkt mußte „auf der Auswahl der besten und für den gegenwärtigen

130 Wulf D. von Lucius, Die Zusammenarbeit der Gustav Fischer Verlage in Stuttgart und Jena 1953 bis 1989, S. 216, in: Mark Lehmstedt/S. Lokatis (Hg.), Das Loch in der Mauer, S. 198–219.

131 BA DY 30, IV 2/9.07/126, Einicke an das Büro Grotewohl, 20.2.1958.

132 BA DY 30, 21976/1, Heyden an Hager, 7.8.1972.

133 Otto Grotewohl, Skizzen, Zeichnungen, Aquarelle, Gemälde, zusammengestellt und eingeleitet von Heinz Voßke, Berlin 1984.

134 BA DY 30, IV 2/9.07/127, IML (Einicke) an Hermann Matern, Mitglied des Politbüros, 30.7.1959.

135 Ebd., Aktenvermerk (Unterschrift nicht entziffert), 18.10.1960.

136 Vgl. unten Kapitel 3.1.

137 Ebd., IML-Hausmitteilung, Eildermann an Knittel, 13.4.1959.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Zeitpunkt, entsprechend der nationalen Grundkonzeption geeignetsten Arbeiten liegen. Auf Beschluß der Kommission wurden zum Beispiel fast alle Zeitungsberichte und bis auf drei Ausnahmen die Reden Piecks vor dem Zentralausschuß, die sich vor allem mit parteiinternen Fragen beschäftigten, herausgenommen. Auch bei den nächsten Kommissionssitzungen im Juni 1959 wurden noch einige Arbeiten gestrichen."[138] Solche Verstümmelungen waren anscheinend nicht immer das Resultat zielklarer Manipulation, sondern hier auf eine Mischung von Dilettantismus, Kompetenzwirrwarr und Verunsicherung zurückzuführen.

Im Büro Pieck war man nach dem Schock der Novemberthesen von 1958 bereits froh, wenn es in einem Text des Präsidenten einmal „gute Einschätzungen" zur Novemberrevolution gab und hätte die Werkausgabe am liebsten gleich eingestellt.[139] Es wollte „in der Einschätzung parteigeschichtlicher Vorgänge der zu erwartenden offiziellen und autorisierten Einschätzung nicht vorgreifen, auch nicht durch Abdruck von Einschätzungen, die der Genosse Pieck in früheren Zeiten getroffen hätte. Es sollten alle problematischen Darstellungen in den Arbeiten des Genossen Pieck, insbesondere über die innerparteiliche Entwicklung, wegfallen. Es soll nur veröffentlicht werden, was politisch unantastbar und in der historischen Einschätzung richtig ist." Das IML wollte hingegen nicht warten „bis parteioffizielle Beschlüsse in geschichtlichen Fragen" vorlägen. Schließlich einigte man sich, „nur den Teil über die Märzkämpfe" in Band 2 aufzunehmen, „während der übrige Teil wegfallen" sollte.[140] Im Politbüro fand der für die Textkontrolle verantwortliche Hermann Matern „wegen Arbeitsüberlastung" keine Zeit, den Band durchzuarbeiten und bestätigte ihn, „nachdem er eine Streichung vorgenommen hatte." Die Mappen mit unpublizierbaren Manuskripten wurden immer dicker, in Leipzig wartete Leder im Werte von fast einer Million Mark auf 450 Seiten Füllung. Deshalb wurde die „Bandperiode" um zwei Jahre, bis 1925, gestreckt. „Im Laufe des Arbeitsprozesses wurde der Zeitraum des Bandes dreimal erweitert, da von der Kommission ein Teil der Arbeiten abgelehnt wurde." Die Bandbrigade beklagte sich, weit mehr Manuskripte vorbereitet und redigiert zu haben, als schließlich aufgenommen wurden.[141]

Diese bei der Verarbeitung der Novemberthesen erprobte Methode der Streckung bewährte sich für die Pieck-Ausgabe als richtungsweisend. Die innerparteilichen Probleme wuchsen noch mit Band III, „da die Partei sich in diesem Zeitabschnitt mit den Parteifeinden vom Schlage Ruth Fischers und Maslows auseinandersetzen mußte."[142] In weiser Voraussicht hatte das IML 1957 mit Piecks Büro die dehnbare Bestimmung vereinbart, daß die Bandreihe nur „annähernd (!) einer Gesamtausgabe entsprechen, d.h. möglichst (!) alle irgendwie veröffentlichungswürdigen Reden und Schriften aufgenommen werden sollten" und die „Wilhelm Pieck-Gesamtausgabe" längst in „Gesammelte Reden und Schriften Wilhelm Piecks" umgetauft. Mitte 1961 schlug das IML vor, die Werkausgabe drastisch von 15 auf 10 Bände zu verkleinern, um „die Disproportion zwischen der aufgewandten Arbeit und

138 Ebd., IML (Eildermann, Haferkorn), Auswertung Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften Bd. II, 11.1.1960.

139 Ebd., IML-Hausmitteilung(Hädicke) an Knittel, 8.6.1959.

140 Ebd., IML, Aktennotiz Eildermann, 22.6.1959.

141 Ebd., IML (Eildermann, Haferkorn), Auswertung Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften Bd. II, 11.1.1960.

142 Ebd., IML (Abteilung Wilhelm Pieck, Arbeitsgruppe Edition), Auswertung der Arbeit an Band III ..., 12.3.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

dem Nutzeffekt für die Partei" zu verringern. „Die Qualität der Bände würde durch eine straffere Auswahl gewinnen."[143] Bei der Auswahl für die Werkausgabe ging die Pieck-Brigade „davon aus, falsche Proportionen zu verhindern, das heißt solche Arbeiten herauszulassen,

a) die in Form und Inhalt zur Bearbeitung und Veröffentlichung nicht geeignet waren;

b) die die Geschichte der Partei verzerren bzw. dem heutigen Kampf der Partei schaden."[144]

Auswahl und Redaktion müßten so erfolgen, „daß unbedingt die aufsteigende Linie der Entwicklung der Partei und damit Wilhelm Piecks sichtbar wird."[145] Das war jedenfalls leichter gesagt als getan. Mitte der sechziger Jahre beklagte der Dietz-Verlag, daß das IML den Herstellungsprozeß der Bände V und VIII gestoppt habe und der Stehsatz seit einem Jahr Material blockiere.[146] In Band V gab es sieben „Auslassungen, in denen die Rolle Stalins entsprechend den damaligen Einschätzungen überbewertet wurde" und eine mit der „damaligen Darstellung über den Mord an Genossen Kirow." Der Band sollte die Rede Piecks auf der Brüsseler Konferenz „erstmals nach der Protokollfassung, die in einigen wichtigen Fragen über den bisher veröffentlichten Wortlaut hinausgeht", enthalten.[147] So erschien Band V nicht wie geplant zu Piecks 90. Geburtstag, sondern der Dietz-Verlag mußte sich noch vier Jahre gedulden. Aus den vorgesehenen drei Bänden über die Zeit zwischen 1933 und 1945 wurden zwei. Um die „problematischen Arbeiten" aus dem einkassierten Band V (1933–1935) herausnehmen zu können, streckte man ihn bis 1939. Das war kein Problem, weil aus dem folgenden Teil die Passagen gestrichen wurden, „die relativ breit innerparteiliche und Auseinandersetzungen mit den damals angeklagten Vertretern des Trotzkismus" enthielten.[148] Band VII fiel der Ostpolitik Willy Brandts zum Opfer.[149] Der IML-Direktor Heyden skizzierte 1974 ein ideologisches Horrorkabinett: „Die meisten Arbeiten Wilhelm Piecks aus den Jahren seit 1945 enthalten eine außerordentliche Häufung von zeitbezogenen Aussagen und Einschätzungen über die Politik und den Kampf der SED für die Einheit der deutschen Nation bzw. um die Wiedervereinigung;

- den ‚besonderen deutschen Weg zum Sozialismus';
- Leben und historische Rolle J. W. Stalins;
- Leben und Kampf Mao Tse-Tungs;
- die Auseinandersetzung mit dem ‚Titoismus'."[150]

Deshalb endete die Werkausgabe 1945 mit Band VI (1979).

Band IV der Pieck-Ausgabe (1927–1933) erschien 1981.[151] „Die darin veröffentlichten Materialien", so hieß es im „Bandbericht", seien „geeignet, die antikommunistischen Ge-

143 Ebd., IML (Leibbrand) an Kurt Hager, 2.6.1961.

144 Ebd., IML (Abteilung Wilhelm Pieck, Arbeitsgruppe Edition), Auswertung der Arbeit an Band III ..., 12.3.1961.

145 Ebd., Abteilung Wilhelm Pieck, Konzeption für die Bände IV–X der Gesammelten Reden und Schriften Wilhelm Piecks, 15.10.1962.

146 BA DY 30, 42667, Dietz (Hennig) an Lothar Berthold, 1.12.1966.

147 BA DY 30, IV A 2/9.07/38, IML (Diehl) an Hager, 4.10 und 8.10.1965.

148 BA DY 30, IV A 2/9.07/353, IML (Heyden) an Hager, 15.7.1970.

149 BA DY 30, IV A 2/9.07/380, IML (Benser) für Roßmann, Betr. Wilhelm Pieck, Band VII, 28.7.1971.

150 BA DY 30, IV B 2/2.024/59, IML (Heyden) an Hager, 18.8.1974.

151 BA DY 30, IV B 2/2.024/61, IML (Heyden) an Hager, 6.6.1979.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schichtsfälschungen zu widerlegen, daß die KPD angeblich keine den realen Bedingungen entsprechende Politik im Interesse der Werktätigen betrieben und die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten niemals ernsthaft angestrebt, vielmehr mit den Nazis gegen die Sozialdemokratie zusammengearbeitet habe. Nicht berücksichtigt wurden bei der Auswahl all jene Arbeiten, in denen sich Fehleinschätzungen, die Wilhelm Pieck mit der damaligen kommunistischen Bewegung teilte, häuften. Allerdings konnte im Interesse eines realistischen Bildes vom Wirken Wilhelm Piecks nicht vollständig auf die Arbeiten verzichtet werden, in denen er in dieser oder jener Form von ‚sozialfaschistischer Politik' spricht."[152] Paradoxerweise belegt gerade der Martertod der Pieck-Ausgabe die Nachhaltigkeit der methodischen Fortschritte von 1956. Es war die Sorge um die Einhaltung der selbstgesetzten wissenschaftlichen Regeln, die die Herausgabe über Jahrzehnte hinweg fast unmöglich machte. Schon 1960 wurde das Leder für die Luxusgeschenkausgabe gestrichen.[153]

Kurz vor dem XX. Parteitag 1956 hatte das „Neue Deutschland" (ND) ein „Pieck-Album" des IML kritisiert.[154] Dort zeigte ein Foto Clara Zetkin als Mitglied des Gründungs-ZK der KPD, der sie anfangs noch gar nicht bzw. nur im höheren „historischen Sinn" angehört hatte. Rudolf Lindau, im IML der große alte Mann der Parteigeschichtsschreibung, hatte daraufhin nachdrücklich vor einer „Vergewaltigung der geschichtlichen Wahrheit" gewarnt, zumal, wie er vorsichtshalber anfügte, wenn sie auf die Korrektur von Parteibeschlüssen hinauslaufe.[155]

Im Juni 1956 wurde eine Zetkin-Broschüre, „Der imperialistische Krieg gegen die Werktätigen, die Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg", zum Musterbeispiel einer neuen, milden, wissenschaftlich einwandfreien Praxis ausersehen, um „Streichungen nur dort vornehmen, wo es sich um tatsächliche Wiederholungen ... oder offensichtliche Irrtümer" bei Zahlen und Fakten handelte.[156] Dabei enthielt gerade der Zetkin-Bestand die unverdaulichsten Brocken, und Luise Dornemann vom „Sektor Reden und Aufsätze" hütete ihn wie Fafner den Hort. Eine „unklare" Zetkin-Forscherin schien ihr beispielsweise „keinesfalls in der Lage, dabei politisch richtige Entscheidungen zu treffen", und Frau Dornemann sorgte dafür, daß der Kollegin „im Lesesaal unter geschickter Begründung vorerst nur Reichstagsreden, Broschüren, die ‚Gleichheit' ausgehändigt" wurden.[157] 1991 veröffentlichte das ehemalige IML-Hausorgan Briefe Clara Zetkins an Sinowjew und Lenin, in denen sie ausgerechnet den späteren Westberliner Oberbürgermeister Ernst Reuter als einzigen situationsbewußten Politiker in einem „zusammenhanglosen, wirren Haufen von Leuten, von denen auch nicht einer weiß, was er will, kann und muß", nämlich im Zentralkomitee der KPD, herausstrich. Wilhelm Pieck hingegen mangele „dermaßen jeder politische Sinn, er ist so fanatisch eingestellt, daß er als Generalsekretär unmöglich ist, wenn wir nicht zugleich der KPD den Totenschein schreiben wollen."[158] An Thälmann fand sie verhängnisvoll, daß er „kenntnislos und theoretisch ungeschult" sei, „in kritiklose Selbsttäuschung und

152 Ebd.
153 BA DY 30, IV 2/9.07/45, Einicke an Leibbrand, Wilhelm-Pieck-Beschluß, 24.11.1960.
154 ND, 1.2.1956.
155 BA DY 30, IV 2/9.07/125, Lindau an MELS-Institut (Einicke), 12.4.1956.
156 Ebd., Knittel an den Sektor Reden und Aufsätze, 22.6.1956.
157 Ebd., Luise Dornemann, Betrifft: Clara Zetkin Biographie für Jugendliche, 10.4.1954.
158 Peter Schmalfuß (Hg.), Vier Briefe Clara Zetkins über die innerparteilichen Auseinandersetzungen der KPD 1921, in: BzG 2/1991, S. 202–211, C.Z. an Sinowjew, 6.8.1921 (S. 207) und 18.12.1921 (S. 211).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Selbstverblendung hineingesteigert wurde, die an Größenwahn" grenze, irregeleitet durch „Ohrenbläser, Schmeichler, Klatschbasen, Intriganten niedrigster Art."[159] Solche „Stellen" waren durch keinen Kommentar zu beheben und Clara Zetkin, zu deren 100. Geburtstag 1957 gerade die Biographie Luise Dornemanns und eine Werkauswahl vorbereitet wurden, geriet automatisch zum Testfall, ob die redaktionelle Praxis im IML reformfähig war.

Die Zetkin-Auswahl sollte „im heutigen Kampf eine Waffe" sein und war selbst für IML-Verhältnisse streng begutachtet worden. Außerdem hatte die Zetkin-Brigade „das Material mehrfach durchgearbeitet und zwar in verschiedenen Etappen unserer eigenen Entwicklung." Sie hatte „sehr stark" mit dem Problem „gerungen", daß die Zetkin-Bände „viel breiter in die Hände der unteren Funktionäre und auch der Frauenfunktionäre kommen" würden als die Luxemburg-Bände: „Wie also machen wir es, um Klara Zetkin historisch richtig zu zeigen und dennoch in bestimmten Fragen nicht Verwirrung in breite Kreise der Partei zu tragen?" Ausgelassen waren z.B. „ihre Broschüre über Karl Marx, hinreißend geschrieben, aber mit dem heutigen Stande der Marx-Forschung nicht vereinbar", einige für Kleinbauern mißverständliche Reden zur Agrarfrage von 1895 und die Schrift „‚Der Student und das Weib', heute überholt".

Insgesamt wurden der Kommission von den Bearbeitern nur „17 Problemstreichungen vorgeschlagen. Die Streichungen auf den Seiten 99, 185, 199, 320, 329, 332 a und 536/VII" könnten „in Auswertung unserer Diskussion der Lehren des XX. Parteitages rückgängig gemacht werden". „10 Streichungen auf den Seiten 3, 97, 143, 284, 332 b, 345, 549, 585, 707 und 726" waren jedoch verblieben.[160] Damit waren die neuen redaktionellen Prinzipien von 1956, wie schon beim Spanien-Band, durchbrochen.

Im zweiten Band sollten wenigstens zwei von Claras zahlreichen, allesamt problematischen Artikeln zum Tode einer „überschätzten" Rosa Luxemburg dabeisein, sie wurden aber der besonderen Aufmerksamkeit der Kommission empfohlen. Das Problem der abweichenden Haltung Clara Zetkins zum Ausschluß des KPD-Führers Paul Levi hatte man geschickt „so gelöst, daß wir ihre eigene Darstellung ihrer Haltung in der Broschüre ‚Erinnerungen an Lenin' in den Band aufnahmen und außerdem ihre Erklärung gegen Lewi (sic!). In der Broschüre ‚Erinnerungen an Lenin' wird bereits eine selbstkritische Darstellung des Konflikts gegeben." Das waren bereits genug Probleme, um die Kontrollkommission zu lähmen. Der Band erschien weder zum 100. Geburtstag Clara Zetkins 1957 noch pünktlich zum 50. Internationalen Frauentag 1960.[161]

Schon im August 1945 galt die Edition von Thälmann-Reden bei der Parteiführung wie bei den „Freunden" für ebenso dringlich wie, unter den Vorzeichen antifaschistischer Bündnispolitik mit der SPD, problematisch. Will man Piecks knappen Notizen einen Sinn abgewinnen, so empfahl ihm Semjonow entsprechende Zensurmaßnahmen: „Rolle Thälmanns

159 Clara Zetkin an N. I. Bucharin, 11.9.1927, in: BzG 6/1991, S. 778–782 (ediert von Elfriede Lewerenz und Elke Reuter), S. 779.

160 BA DY 30, IV 2/9.07/124, Betr. Sitzung der Clara-Zetkin-Kommission beim Genossen Paul Wandel (o.D., März 1957).

161 BA DY 30, IV 2/9.07/125, Sektor Reden und Aufsätze (Haferkorn), Bericht über die Arbeit am Clara Zetkin-Band II und III, 2.8.1960.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

mehr hervorheben – seine Reden veröffentlichen – wo manches gesagt – was heute nicht opportun."[162]

Auch kurz vor Weihnachten 1956 beriet das Politbüro über das Schicksal von Thälmanns „Reden und Aufsätzen".[163] Diesmal hatte das IML eine lange Liste mit Beispielen unerträglicher Zitate zusammengestellt.

Für Thälmann blieb 1931/1932 „auch unter einer etwa kommenden Hitlerregierung die Sozialdemokratie ... die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie" (29.11.1931), der „gemäßigte Flügel des Faschismus" (10.3.1932). Er verkündete den „schonungslosen Kampf" (Februar-Plenum 1932) gegen die nicht weniger konterrevolutionäre SAP (3.4.1932) und lehnte das „Löbesche ‚Einheitsfront'-Gerede" als „Betrugsmanöver" ab (November 1932): „Nichts wäre verhängnisvoller als eine opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus" (Februarplenum 1932). Das IML hatte auch ein „charakteristisches Zitat zur fehlerhaften Auffassung über die nationale Frage" herausgesucht. 1932 hatte Thälmann – der IML-Direktor mochte es gar nicht glauben und malte ein dickes Fragezeichen an den Rand – nicht nur das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen in Südtirol und Elsaß-Lothringen, sondern auch das „der Bevölkerung Oberschlesiens und des polnischen Korridors" gefordert, sowie „für das Recht der Danziger Bevölkerung zum freiwilligen Anschluß an Deutschland" plädiert (November 1932).[164]

Thälmann hatte die SPD als „Hilfspolizei für den Faschismus", als „verräterische und volksfeindliche Partei", ihre Führer als „berufsmäßige Arbeiterverräter", „Kapitalsknechte" und „Todfeinde des Sozialismus", die Eiserne Front als „Terrororganisation des Sozialfaschismus" beschimpft und die „Liquidierung der SAJ als Massenorganisation" gefordert. Solche „Überspitzungen" wollte das IML unbedingt streichen.[165]

Das fand sogar Robert Leibbrand, der sonst dazu riet, man dürfe „nicht die Glaubwürdigkeit durch unzulässige Streichungen aufs Spiel setzen". In Artikeln und in der Presse könne man „die Proportionen so wählen, daß die Fehler in den Hintergrund treten. Schon bei Lektionen für Parteischulen muß ein anderes Verhältnis vorhanden sein. Noch mehr gilt das für den III. Band Thälmann." Hier könnten nur „bestimmte Häufungen gestrichen werden".[166]

Die Thälmann-Edition stand 1956 im Mittelpunkt der parteigeschichtlichen Forschung und der Aufmerksamkeit des Politbüros. Dessen Entscheidung, das IML wartete seit fünf Monaten auf diese „Festlegung von Richtlinien"[167], würde zugleich die gesamte künftige Editionspolitik des Instituts präjudizieren. Die führenden Genossen mühten sich redlich, die neuen redaktionellen Prinzipien zu respektieren, soweit ein altes Schlachtroß sie begreifen konnte. Paradoxerweise führte laut dem folgenden Protokoll ausgerechnet der gute Wille zum unzensierten, reinen Text dazu, daß dieser Text nie erschien.

---

162 Rolf Badstübner/Wilfried Loth, Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 54 (Mitteilungen Semjonows vom 25.8.1945).

163 BA DY 30, IV 2/9.07/124, Hausmitteilung des IML (Einicke), Beratung zu Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze, Band III am 20.12.1956, 27.12.1956.

164 BA DY 30, IV 2/9.07/124, S. 227–231, Hausmitteilung des IML (Einicke) an Hädicke, 19.10.1956, nebst Liste „Zitate aus Band III".

165 BA DY 30, IV 2/9.07/18, Entwurf zur Politbüro-Vorlage.

166 Ebd., Bericht über die Sitzung vom 10. August 1956. Über die Vorlage zum III. Band der Reden und Aufsätze des Gen. Thälmann.

167 BA DY 30, IV 2/9.07/62, IML (Einicke) an das Büro des Politbüros, 6.8.1956.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Karl Schirdewan:

„Es ist selbstverständlich, daß nur ganz grobe Sachen gestrichen werden können. Ernst Thälmanns Reden und Aufsätze sind eine Zusammenfassung der Politik der Partei in der damaligen Periode. Sie zeigen ihre Entwicklung wie sie wirklich war; deswegen können keine Änderungen erfolgen."

Fred Oelßner:

„Wir haben kein Recht zu Änderungen. Auch bei Streichungen muß die größte Vorsicht walten. Da es sich um ausgewählte Werke handelt, muß überprüft werden, ob bei Häufung von groben Formulierungen unbedingt die Veröffentlichung erfolgen muß; sonst Hinweis: ‚Auszug aus der Rede usw. ...' Die enthaltenen Stalin-Zitate usw. müssen selbstverständlich bleiben."

Heinrich Rau:

„Selbstverständlich müssen wir die Reden und Aufsätze Ernst Thälmanns veröffentlichen, – nur steht jetzt die Frage, ob die Ausgabe augenblicklich eilt. Es sollte überlegt werden, ob die Drucklegung und die Herausgabe nicht später erfolgen können."

Otto Grotewohl:

„Wenn wir Veränderungen vornehmen, kommen wir in Widerspruch mit der wissenschaftlichen Erarbeitung solcher Veröffentlichungen. Man darf auf keinen Fall ‚zurechtstutzen'. Es darf keine enge Auffassung zugelassen werden ... Eine Terminverlegung wäre angebracht. (Bundestagswahlen)."

Hermann Matern:

„Das Nachwort ist die schwerste und verantwortungsvollste Arbeit, das Institut muß sie entsprechend durchführen. Unter Beachtung einiger politischer Notwendigkeiten muß der Zeitpunkt der Drucklegung und der Herausgabe für einen späteren Termin beachtet werden."[168] Bis wenigstens eine Auswahl der Briefe erschien, verstrichen 17 Jahre.[169]

Die Vertagung der Entscheidung im Politbüro wurde im IML als Stoppsignal interpretiert. Eine so beiläufige wie unverständliche Bemerkung Grotewohls genügte, um eine FDJ-Produktion „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugend" aus dem Handel ziehen zu lassen und dem Verlag „Neues Leben" von Thälmanns Auslassungen „Über die Jugend" abzuraten.[170]

In der Orientierungskrise von 1956 sollte die selbstkritische Erforschung der Parteigeschichte einen Ausweg zeigen und neue Fundamente gewinnen. Doch die dazu benötigten neuen redaktionellen Praktiken waren nicht durchzuhalten, die wissenschaftliche Editionspolitik gelähmt. Die Parteihistoriker waren ratlos, das Politbüro wußte auch nicht weiter. Nur eine große, von höchster Stelle autorisierte Parteigeschichte konnte den „roten Faden" liefern.

Seit Anfang der fünfziger Jahre arbeitete Rudolf Lindau im IML an der Thälmann-Biographie. Jetzt stellte er resigniert die Arbeit ein. Er hielt jede Weiterarbeit für zwecklos,

168 BA DY 30, IV 2/9.07/124, Protokoll IML (Einicke), Beratung zu Ernst Thälmann „Reden und Aufsätze" am 20.12.1956, 27.12.1956.

169 Ernst Thälmann, Geschichte und Politik, Artikel und Reden 1925–1933, Berlin 1973. BA DY 30, 21976/2 (vorl. Signatur), Heyden/Diehl an Hager, 18.3.1972.

170 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Notiz Einicke, 29.12.1956.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„solange keine vom Politbüro bestätigten Thesen zur Geschichte der Partei" vorlägen.[171] „Wir sind der Meinung, daß es noch nicht an der Zeit ist (bevor die Geschichte der Partei geschrieben ist), diese Probleme aufzurollen, da wir sie ja auch im Band nicht erklären können."[172] Lindau fand, daß „ohne die bisher fehlenden Parteidokumente und ohne eine fixierte Stellungnahme der Parteiführung zu den fraglichen Problemen der Parteigeschichte eine den historischen Tatsachen angepaßte Thälmann-Biographie nicht geschrieben werden" könne.[173]

Es ist nicht nur unter westlichen Kritikern, sondern auch unter den leidtragenden ostdeutschen Historikern übliche Praxis, über Walter Ulbrichts „dritten Beruf" zu spotten und seine Anmaßung zu verurteilen, den Wissenschaftlern in ihr Handwerk zu pfuschen. Hier erleben wir das unerwartete Schauspiel, daß geradezu händeringend nach einem solchen Eingriff verlangt wird. Und es war, auch wenn Lindaus Name in den sechziger Jahren in Vergessenheit geraten sollte, wahrlich nicht irgend jemand, der diese Forderung stellte.

171 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Protokoll über die Beratung mit Genossen Prof. Lindau am 1.8.1957.
172 BA DY 30, IV 2/9.07/125, Kommissionssitzung Clara Zetkin Bd. II, 15.10.1956.
173 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Lindau an IML (Einicke), 6.2.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

KAPITEL 2

„Theorie und Praxis" der frühen Parteigeschichtsschreibung

1. An den Quellen: Rudolf Lindau (1949–1953)

Bekanntlich erschien die „erste wissenschaftliche Thälmann-Biographie" erst 1979.[1] Sie rückte in den Mittelpunkt der Schulungen und nahm in Ergänzung zu der allzu kurz geratenen „Geschichte der SED. Abriß" die Funktion des parteigeschichtlichen Leittextes ein. Eine ähnlich dominierende Rolle war der Thälmann-Biographie schon Anfang der fünfziger Jahre zugedacht.

Als das Marx-Engels-Lenin-Institut, also das spätere IML, gegründet wurde, unterschied sich die geplante Organisationsstruktur in einem Punkt von dem großen Vorbild, dem Bruderinstitut in Moskau. Dieses besaß neben den drei von Berlin übernommenen Abteilungen „1. Stalin 2. Lenin 3. Marx, Engels" eine vierte, die sich pikanterweise – wer war denn 1950 außer Molotow übriggeblieben – mit den „nächsten Kampfgefährten Lenins und Stalins" beschäftigte.[2] Die entsprechende vierte Abteilung des Berliner Instituts sollte zwar den zukunftsträchtigen Namen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" erhalten, aber in Anlehnung an das Moskauer Vorbild verstand man darunter vor allem die Edition von Biographien und „Reden und Aufsätzen" der Parteiführer. „Die Notwendigkeit des Aufbaus einer historischen Abteilung, die die Herausgebertätigkeit mit der Forschungstätigkeit" verband, ergab sich aus der Überlegung, daß „die Herausgabe der historischen Schriften von Marx und Engels sowie der Schriften der Führer der deutschen Arbeiterbewegung ... nur auf der Basis einer systematischen Durcharbeitung der Probleme der deutschen Geschichte und insbesondere der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erfolgen" könne.[3] Der „Sektor Reden und Aufsätze führender Genossen", der sich mit den Werken Grotewohls, Hoernles und Zetkins usw. abplagte, war ursprünglich also alles andere als ein Fremdkörper in der Geschichtsabteilung, sondern als ihr Kernbereich konzipiert, dem die anderen Sektoren zuzuarbeiten hätten. Noch vor den Biographien Wilhelm Piecks, Karl Liebknechts und

1 Autorenkollektiv Günter Hortzschansky/Walter Wimmer/Lothar Berthold/Heinz Karl/Horst Naumann/Stefan Weber, Ernst Thälmann – Eine Biographie, Berlin 1979.

2 BA DY 30, IV 2/9.07/19, Entwurf zum Arbeits- und Strukturplan des MEL-Instituts, 13.3.1950.

3 Ebd., An das kleine Sekretariat, 29.10.1949. Vorlage für die Organisation des Marx-Engels-Lenin-Instituts.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Rosa Luxemburgs führte ein Arbeitsplan des Instituts von 1950 die Thälmann-Biographie als dringlichstes Projekt.[4]

Politisch und wissenschaftlich qualifizierte Kader waren knapp, Struktur- und Stellenpläne die eine, ihre Realisierung eine ganz andere Sache – zumal ihr Verfasser, der erste Institutsdirektor Josef Winternitz, sich nach England davonmachte.[5]

In der Anfangsphase, zwischen 1950 und 1953, arbeitete die Geschichtsabteilung des Instituts, bzw. deren „Vorläufer", im Zwei-Mann-Betrieb. „Seit Herbst 1950 waren Genosse Lindau und Genosse Lenzner im Institut. Gen. Lindau sollte eine Thälmann-Biographie schreiben, und Gen. Lenzner hatte den Auftrag, Veteranenbiographien und Erinnerungen zusammenzutragen ... Damals bestanden im Institut nur die Stalin-Abteilung und die Bibliothek. An die Abteilung Geschichte war noch nicht zu denken."[6] Die Geschichtsabteilung des IML verdankte ihre Gründung vielleicht indirekt einem prominenten Republikflüchtling, Wolfgang Leonhard, und dessen spektakulärem Abgang von der Parteihochschule in Kleinmachnow im März 1949.[7] Gewiß hatte Lindau seltsame Sitten in der Kaderschmiede eingeführt. Im Herbst 1948, auf einem Höhepunkt der „ideologischen Offensive", hatte er unter fadenscheinigen Beschönigungsfloskeln („Alle Genossen waren mit der Führung, da sie durch einen Genossen gemacht wurde, zufrieden.")[8] Exkursionen nach Sanssouci und ins Westberliner Theater zu Sartres „Fliegen" veranstaltet: „Alle Teilnehmer standen stark unter dem Eindruck des Krankhaften und der Fäulnis der Philosophie Sartres und seines Stücks."[9] Doch, so sah es jedenfalls Lindau, hauptsächlich wegen Leonhard hatte man die beiden Direktoren der PHS Lenzner, einen ehemaligen Sozialdemokraten, und Lindau, der vergebens auf seiner „seit 44 Jahren erhaltenen Parteiehre" pochte, degradiert und strafversetzt.[10]

Zwischen Lindau und seiner Nachfolgerin Hanna Wolf, der neuen Direktorin der Parteihochschule – beide waren in der Sowjetunion einst Antifa-Lehrer für Kriegsgefangene in Krasnogorsk –, herrschte fortan eine kaum verhohlene Feindschaft, die das Verhältnis zwischen den beiden ZK-Instituten trübte und die gemeinsame Arbeit an der GdA belasten sollte.

Lindau, auch mit der eigenen Institutsleitung im „Dauerclinch", war härtestes altkommunistisches Urgestein. Er rechnete sich zu den Gründungsvätern der KPD, ohne müde zu werden, ein Erstgeburtsrecht seiner vorgeblich leninistischeren „Bremer Linken" vor der „luxemburgistischen" Spartakus-Gruppe zu postulieren.[11] 1923 wählte ihn der VIII. Parteitag mit der höchsten Stimmenzahl in die Zentrale, doch in den innerparteilichen Wirren

4 Ebd., Entwurf zum Arbeits- und Strukturplan des MEL-Instituts, 13.3.1950.

5 Mario Keßler, Vom KPD-Apparat zum stillen Weggang aus der DDR. Der Wirtschaftswissenschaftler und Historiker Josef Winternitz (1896–1952).

6 BA DY 30, IV 2/9.04/262, Analyse der Arbeit an den staatlichen Akten, 27.10.1959.

7 Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1990 (1955). Zur Frühzeit der Parteihochschule vgl. ausführlich: Hermann Weber in Zusammenarbeit mit Gerda Weber, Damals, als ich Wunderlich hieß, Berlin 2002. Weber beschreibt Lindau als einen auch menschlich wenig anziehenden Stalinisten.

8 BA NY 4036, 674, (Lindau, Lenzner) Information der Parteihochschule „Karl Marx" für Mitglieder des Zentralsekretariats der SED, 1.11.1948.

9 Ebd., 15.11.1948.

10 Jürgen Schröder, Rudolf Lindau (1888–1977), S. 285, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1997, S. 271–293.

11 Günter Benser, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000, S. 187.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

jener Jahre konnte er die Führungsposition nur kurze Zeit halten. Dabei wird nicht ganz klar, ob Lindaus Kritik an der Rechten um Brandler, an der Linken um Ruth Fischer oder an der Mittelgruppe den Ausschlag gab.

Schon vor dem ersten Weltkrieg hatte Lindau als Privatsekretär des späteren „Parteifeindes" Heinrich Laufenberg eine „Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung" redigiert. Ende der zwanziger Jahre Redakteur der „Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution",[12] rückte er in den dreißiger Jahren, in der sowjetischen Emigration, allmählich in die Rolle eines Grandseigneurs der KPD-Geschichtsschreibung ein. Dabei befaßten sich dort auch Parteiführer wie Wilhelm Florin, Erwin Hoernle und Ulbricht mit diesen Fragen.[13] Eine aus Lindau, Fritz Globig und Hermann Remmele bestehende Dreierkommission sollte 1935 die Parteigeschichte vorbereiten. Globig und Remmele wurden jedoch 1937 wie auch der Karl Liebknecht-Biograph Kerff verhaftet. 565 unter schwierigen Umständen verfaßte Manuskriptseiten über „Die Arbeiterbewegung im imperialistischen Deutschland 1890–1914" zeugten von Lindaus „systematischer Arbeitsweise, die sich vorrangig an Fakten und Daten orientierte und dabei vordergründige Agitation vermied. Zugleich hielt er sich streng an die parteioffizielle Geschichtsbetrachtung, insbesondere was die Wertung der Rolle der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, aber auch Rosa Luxemburgs betraf."[14] Als Lehrer in Krasnogorsk, seine Lektionen galten schon vorher als nicht „genügend haßerfüllt", blieb er jedoch „fast immer in prinzipiellen politischen Fragen mit seiner Meinung allein", eine Einschätzung, die auf frühe Konflikte mit der damaligen Kollegin Hanna Wolf hindeutet.

Daß ausgerechnet Lindau zu dem kleinen Häuflein von KPD-Funktionären gehörte, die nicht verhaftet wurden – laut Hermann Weber waren es 18 von 68 – dürfte, vorbehaltlich weiterer Aktenfunde, auf den Schutz Wilhelm Piecks zurückzuführen sein, mit dem ihn die Tradition der „Bremer Linken" verband.[15]

Mithin repräsentierte Rudolf Lindau am IML wie kein anderer die Kontinuität der KPD-Geschichtsschreibung nebst ihren Licht- und Schattenseiten. Daß man ihm dort jedoch ausgerechnet die Thälmann-Biographie als Parteiauftrag zuwies, kann er nur als ausgesuchte Demütigung empfunden haben. Wie gern hätte er der Jugend „eine Brücke von gestern zu heute, Leben, Farbe, Erlebtes im Strom der Bewegung" geschenkt![16] Nun war er zu einer aussichtslosen Odyssee auf dem Meer der Parteigeschichte verurteilt. Auf ihn warteten die Sirene Ruth Fischer, die charybdischen Strudel der innerparteilichen Kämpfe, die Scylla des Stalinismus, das Rindergeblök vom „Sozialfaschismus" und die Circe der „nationalen Grundkonzeption". Er mußte zur Lethe, dem Trank des Vergessens greifen, die Ohren der Genossen mit Wachs verstopfen und die einäugigen Kyklopen blenden. Wenn es Ulbrichts Absicht gewesen sein sollte, die von seinen Genossen gewünschte Thälmann-Biographie diskret zu verhindern – und hierfür besaß er als mißtrauischer Gegner der „Buchenwald-Fraktion" Gründe – konnte der 1. Sekretär kein besseres Mittel wählen, als ausgerechnet Lindau daranzusetzen.

12 Jürgen Schröder, Rudolf Lindau, S. 271–276.
13 Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, S. 67ff.
14 Jürgen Schröder, Rudolf Lindau, S. 280.
15 Ebd., S. 279 und 281.
16 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Lindau an IML (Einicke), 31.1.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Schon im 1. Weltkrieg hatte Lindau Thälmann in Kuchenpaketen Spartakusbriefe an die Front geschickt.[17] Lindau war Kritiker des Hamburger Aufstands gewesen und kannte alle Hintergründe von Thälmanns frühen politischen Beziehungen zur verfemten Ruth Fischer.[18] 1926 und 1927 hatte er als Sekretär des Hamburger Bezirks „14 der engsten politischen Freunde Thälmanns wegen Korruption aus der Partei ausgeschlossen", woraufhin Thälmann Lindau ab- und durch Wittorf ersetzen ließ.[19] Niemand dürfte die Wittorf-Affäre, dessen Unterschlagungen Thälmann gedeckt hatte, mit größerer Schadenfreude als Lindau verfolgt haben. In der Nachkriegszeit, in seinen Lektionen an der Parteihochschule, mahnte er auch bei heftigstem Gegenwind, als die „Partei neuen Typs" im Herbst 1948 mit der Brechstange durchgesetzt werden sollte und das ND eine Neuauflage des Sozialfaschismus-Konzepts betrieb, zu einem differenzierten Umgang mit der Sozialdemokratie. Sonst vermied er geflissentlich, auf Thälmann einzugehen und ließ ihn allenfalls als „ganz guten Praktiker" gelten, der vom „Marxismus sehr wenig verstand".[20]

So kolportierte wenigstens Hanna Wolf, die auf jeden Fehltritt des frischgebackenen Thälmann-Biographen lauerte.

In der Konzeption seiner Thälmann-Biographie rückte Lindau, wie es sich für einen verantwortungsbewußten und disziplinierten Genossen gehörte, deren erzieherische Funktion in den Mittelpunkt und versprach eine Beschränkung auf das „für die heutigen Bedürfnisse der Partei wesentliche". Er wollte Thälmann „als Repräsentanten der besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung" und „nie schwankenden Freund der Sowjetunion, als Schüler Lenins und Stalins" zeigen. Er versprach, „alle Fragen" und „feindliche Elemente ... mit den Worten oder Formulierungen Stalins und Ernst Thälmanns zu charakterisieren". Dabei wollte er allerdings „eine ermüdend wirkende Zitatenkette" vermeiden. Auch könne leider „auf charakteristische Details und gewisse Tatsachen nicht verzichtet werden". War es Lindaus unverkennbares Interesse für die frühen zwanziger Jahre, die Ära Ruth Fischers, die Ulbricht stutzig werden ließ? Hier beklagte er infolge des „Schweigens der Hamburger Genossen" so große Lücken, daß er sogar „mit der gebotenen Vorsicht die feindliche Presse benutzen" wollte.[21] Jedenfalls wurde der Arbeitsauftrag modifiziert. Lindau sollte die Thälmann-Biographie nicht mehr „beginnen", sondern nur noch „vorbereiten".[22]

Lindau verwies gern auf das sowjetische Vorbild, und schwärmte von „hunderten qualifizierter Mitarbeiter", die sich angeblich auf „peinlich geordnete Archive" stützen könnten.[23] Er hingegen verfügte nur über „einen Bruchteil des Notwendigen und zeitraubende Handwerkelei mußte die Folge sein."[24] Die einfachsten geschichtlichen Tatsachen mußten erst einmal festgestellt werden: „Auf diesem Gebiet fehlte so gut wie alles. Die bisher in verarbeiteter Form vorliegenden biographischen und historischen Angaben mußten mit größtem

17 Autorenkollektiv Günter Hortzschansky u.a., Ernst Thälmann – Eine Biographie, S. 49.
18 Sabine Hering/Kurt Schilde, Kampfname Ruth Fischer, Frankfurt/Main 1995.
19 Jürgen Schröder, Rudolf Lindau, S. 275.
20 BA DY 30, IV/2/5/244, Hanna Wolf an das ZK der SED, 12.4.1956, Bericht über die Arbeit an der Parteihochschule „Karl Marx" seit 1950.
21 BA DY 30, IV 2/9.07/129, Lindau an das Sekretariat des Politbüros, 13.3.1952.
22 Ebd., Auszug aus dem Protokoll Nr. 18 der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 9.10.1950; vgl. ebd., Ulbricht an MEL-Institut (Dohm), 5.2.1951 und 28.3.1952.
23 Ebd., Lindau an Einicke, 30.8.1953.
24 Ebd., 16.2.1954.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Mißtrauen behandelt, mühsam überprüft und fast durchweg korrigiert werden. Über schädliche und leider weit verbreitete Legendenbildung habe ich mehrfach Mitteilungen gemacht." „Wir waren seinerzeit ohne Erfahrung und haben diese Arbeit mit einer Kraft und ein, teilweise zwei Hilfskräften begonnen, wozu andere Parteien ganze Brigaden namhafter Historiker, die sich auf zahlreiche Hilfskräfte und ausgezeichnete Archivbestände stützen konnten" eingesetzt hätten.[25] Seit Mitte 1951 half ihm Charlotte Erxleben, die, während der kränkelnde Lindau zu Hause residierte, im Institut präsent war, und insofern als die eigentliche Vorläuferin der Geschichtsabteilung im IML anzusehen ist. „Inzwischen forderten alle möglichen Genossen und Parteistellen Auskünfte, Referenten und Materialien an." Der damalige Institutsleiter Dohm „schob das alles der Genossin Erxleben zu":[26] „Wir wurden ‚Experten' für Nachschlagewerke und die alte Arbeiterpresse ... Immerhin war vieles nicht umsonst, denn die entstehende Geschichtsabteilung konnte anfänglich wenn notwendig auf Anhieb bei uns profitieren für Anmerkungen, Einschätzungen von Personen usw."[27] Auf dem Gebiet der DDR existierte kein Exemplar der alten „Hamburger Volkszeitung", die in Moskau bestellt werden mußte.[28] „Angefangen von kleinsten Notizen im ‚Hamburger Echo' und der Bürgerschaftsprotokolle, die aus Hamburg beschafft wurden bis zur letzten Rede in Zeuthen und den Niederschriften aus dem Gefängnis", wurden die Reden und Aufsätze zusammengetragen, Chronologien und Bibliographien verfaßt, die Erinnerungsstätten in Hamburg und Bautzen fotografiert und eine „umfangreiche Korrespondenz" mit den überlebenden Zeugen geführt.[29] Rosa Thälmann stiftete den Seemannspaß ihres Vaters. 1952 holte Charlotte Erxleben den Thälmann-Nachlaß aus Schloß Niederschönhausen ab. Peinlich genau hielt man fest, wer darin gearbeitet hatte.[30]

Die Thälmann-Zensur bzw. -Fälschung war anfangs im wesentlichen Chefsache. Oder war „es etwa keine Fälschung, wenn von einem Brief mit 1 500 noch lesbaren Wörtern im Abdruck fast genau die Hälfte weggelassen" wurde, „und von den abgedruckten 750 Wörtern mehr als 200 in dieser Form überhaupt nicht im Original stehen?"[31] So übergab Pieck den hochproblematischen „Brief an einen Kerkergenossen" Ulbricht zur Durchsicht, der im Hinblick auf die geplante „Veröffentlichung in der Sowjetpresse" als unnötig empfundene Peinlichkeiten entfernte. Ulbricht strich z.B. die, so Thälmann, mit „teutonischem Geist" verfaßten „auserwählten Meisterleistungen eines an sich schon genialen Briefeschreibers" ... „entsprossen aus nordischem Blut" und fünf Seiten über den Schwiegersohn.[32] Auch die Konzeption und Durchsicht der Filmdrehbücher über „Deutschlands unsterblichen Sohn" und den „Führer seiner Klasse" ließen sich Pieck (gestützt auf seinen Sekretär Walter Bartel) und Ulbricht nicht nehmen. Pieck störte beispielsweise, daß ein sowjetischer Dampfer

25 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Lindau an Einicke, 31.1.1962.
26 BA DY 30, IV 2/9.04/262, Analyse der Arbeit an den staatlichen Akten, 27.10.1959.
27 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Ch. Erxleben, Über meine Tätigkeit beim Genossen Lindau, 19.1.1962.
28 BA DY 30, IV 2/9.07/61, Marx-Engels-Lenin-Institut and das ZK der KPdSU (B) z.Hd. von Gen. Suslow, 29.2.1952.
29 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Ch. Erxleben, Über meine Tätigkeit beim Genossen Lindau, 19.1.1962.
30 BA DY 30, IV 2/9.04/262, Analyse der Arbeit an den staatlichen Akten, 27.10.1959.
31 Egon Grübel, Realsozialistische Schönschrift, S. 119, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, S. 118–127.
32 BA NY 4215/102, Ulbricht an Oelßner, 7.9.1950 und den Brief von Februar 1944.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Mehl statt Getreide lieferte,[33] und Ulbricht wünschte eine Szene einzufügen, „wo Thälmann im Arbeitsraum des Genossen Stalin mit diesem spricht."[34] In den unteren Etagen richteten mindere Instanzen wie das ND, das Thälmann auf erfundenen Demonstrationen auftreten ließ,[35] der Kollege Paterna, der Wehner um zehn Jahre zu früh entlarvt wissen wollte,[36] oder der Kinderbuchverlag mit Irmas „Erinnerungen an meinen Vater Ernst Thälmann"[37] nach Lindaus Meinung zunehmende Verwirrung an.

Seine erste Aufgabe sah Lindau in der vorsichtigen Demontage solcher peripherer Seitenstränge des Thälmann-Mythos. Er schrieb eine Broschüre, um die Thälmanns „Kämpferleben entstellenden Legenden zu erledigen"[38] und konnte die Publikation eines einschlägigen Manuskriptes „torpedieren",[39] das Wilhelm Florin in der Emigration verfaßt hatte.[40] Offenbar repräsentierte Lindau nicht nur die Kontinuität der Parteigeschichtsschreibung. Er war auch ein beschlagener, so „prinzipiell" wie pragmatisch denkender Zensor der alten Schule. In dieser Hinsicht wirkte er für das IML stilbildend:

„Gen. Lindau wies darauf hin, daß wir dahinwirken müssen, daß bei den Verlagen, die Arbeiten über die Geschichte veröffentlichen, Genossen, die auf diesem Gebiet arbeiten, zur Beurteilung hinzugezogen werden, damit Fehler vermieden werden ... Wir müssen uns ganz energisch gegen die Vereinfachungsmethoden wenden, und wenn wir auf sie stoßen, müssen wir mit scharfer Munition schießen."[41]

Er warnte vor der „nicht parteimäßigen Tendenz ... die Bedeutung der kollektiven Arbeit zu ignorieren." Man müsse ihr durch sorgfältige Konsultationen vor allem da entgegenwirken, „wo sich der riesige Verlust alter Kader am schwersten bemerkbar" mache, „z. B. bei der Behandlung der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Partei."[42] Nicht einmal die strenge Begutachtungspraxis der späten fünfziger Jahre genügte seinen auf die eine marxistische Wahrheit gerichteten Ansprüchen:

„Über die Richtungen, Strömungen und Gruppen in der SPD, über die Position führender Persönlichkeiten (z.B. Bebel, Kautsky u.a.), über die Linken sind infolge unserer jahrzehntelangen Verspätung bei der Erforschung und Niederschrift der Geschichte der Arbeiterbewegung von den verschiedensten Seiten so viele widersprüchliche Meinungen und voreilige Worturteile geäußert worden und in die breiteste Öffentlichkeit gelangt, daß ohne eine gründliche Diskussion vieler Fragen keine Klarheit geschaffen, mit dem Wust von falschen Auffassungen nicht aufgeräumt werden kann. Wenn das nicht verstanden wird, wird die Handwerkelei zum Schaden der Partei weitergehen. Heute haben wir nicht einmal eine solche Organisation unserer ideologischen Arbeit, daß Fehler und Mängel vor oder nach dem Druck aufgespießt und unschädlich gemacht werden. Durch die weiten Maschen des for-

33 BA NY 4036/677, W. Pieck, Bemerkungen zum Thälmann-Film, 19.12.1952.
34 Ebd., Ulbricht an Bredel und Tschesno-Hell, 21.8.1951.
35 BA DY 30, IV 2/9.07/129, Lindau an Redaktion des ND (Herrnstadt), 9.5.1951.
36 Ebd., Lindau an Abt. Propaganda des ZK (Hager), 20.1.1951.
37 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Protokoll der Sitzung der Geschichts-Abteilung am 15. Dezember 1954.
38 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Thälmann an IML (Einicke), 31.1.1962.
39 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Protokoll der Sitzung der Geschichts-Abteilung am 15. Dezember 1954.
40 BA NY 4036/625, Lindau an IML (Dohm), 9.4.1952.
41 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Protokoll der Sitzung der Geschichts-Abteilung am 15. Dezember 1954.
42 BA NY 4182/1363, Lindau an Einicke, 10.6.1954.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

malen Bekenntnisses zur ideologischen Wachsamkeit rutscht alles mögliche in die Köpfe unseres Nachwuchses."[43]

Diesem Credo entsprechend machte sich Lindau 1951 daran, den mit Willi Bredels populärer Thälmann-Biographie seiner Meinung nach angerichteten Schaden zu begrenzen:

„Bei der Abfassung eines Buches über Ernst Thälmann entsteht eine Zwangslage, denn es können nicht verschiedene Darstellungen gegeben werden. Insbesondere handelt es sich um die Arbeit des Genossen Willi Bredel ... Daß der typisch klassenbewußte Partei- und Gewerkschaftsfunktionär E. Thälmann 1908 zusammen mit übel beleumdeten Anarchisten einem antimilitaristischen Zirkel angehört hat (Seite 24), ist eine Herabsetzung, die nicht wiederholt werden darf und die auch in Neuauflagen des Buches des Genossen Bredel aus Gründen ideologischer Wachsamkeit gestrichen werden sollte. Stalins Urteil: ‚Es ist unzulässig ... sich mit Anarchisten zu verschmelzen' (Werke Bd. III, S. 82) gilt auch für diesen Fall ... Übrigens bin ich der festen Überzeugung, daß es sich um eine Legende handelt, die zuerst (1932) in einer hingesudelten, von der Partei nicht kontrollierten, in einem bürgerlichen Leipziger Verlag erschienenen Broschüre des Parteifeindes Peter Maslowski auftaucht ..." Weitere 14 Beispiele zeigten, „daß es sich um Korrekturen handelt, die nicht alle ‚stillschweigend' durch eine andere Darstellung vollzogen werden können, daß vielmehr das Parteiinteresse gewisse Korrekturen in Büchern über Ernst Thälmann verlangt, daß eine Feststellung der parteioffiziellen Darstellung notwendig ist."[44]

Erst nach über einem Jahr erhielt Lindau Antwort von Fred Oelßner, der ihn aufforderte, seine Kritik der „Entstellungen" in der „Einheit" zu veröffentlichen. Inzwischen waren jedoch 250 000 Exemplare von Bredels Biographie erschienen, und Lindau weigerte sich, Bredel in eine Lage zu bringen, „in die man ihn ohne zwingenden Grund nicht bringen" sollte. Der Leser müsse sich sagen, daß eine solche „Herabsetzung Thälmanns" vom Kritiker längst vorher hätte bemerkt werden müssen: „Muß nicht der Eindruck entstehen, daß hier aus einem anderen Anlaß (mit Munition aus alten Beständen) geschossen wird?" Lindau wußte, daß nach der Logik des Systems die parteiöffentliche Vernichtung im „Theoretischen Organ" das brutalste Mittel war. Wenn er statt dessen ein Bündel präziser Zensurmaßnahmen vorschlug, empfand er diese als schonende Alternative, „angesichts aller Umstände als die gegebene Kompromißform der Korrektur:

1. Das Buch des Gen. Bredel wird an verschiedenen Stellen neu bearbeitet oder nicht wieder aufgelegt.
2. Die Chefredakteure bekommen gelegentlich eine Weisung, daß die Behauptung vom antimilitaristischen Zirkel mit Anarchisten und der komischen Flugblattverbreitung in Artikeln nicht mehr wiederholt werden soll.
3. Es erscheint ein politisches Lebensbild Ernst Thälmanns auf dem gegebenen geschichtlichen Hintergrund und auf der Grundlage der festgestellten und feststellbaren geschicht-

43 BA DY 30, IV 2/9.07/123, Lindau an Geschichtabteilung des IML, Sektor Reden und Aufsätze (Umlauf), Interview Karl Liebknechts 1912, 4.11.1960.

44 BA DY 30, IV 2/9.07/129, Lindau an das Sekretariat des Politbüros, 9.5.1951 (Betr. Buch über Ernst Thälmann).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

lichen Tatsachen, so wie es Ernst Thälmanns würdig ist, dem man nichts andichten braucht."[45]

Lag es an der indolenten Betriebsamkeit im Politbüro, an der kommunikationsfeindlichen Atmosphäre im Institut oder am beschädigten Ruf des einstigen PHS-Direktors? Rudolf Lindau, der einsame Vorläufer der Geschichtsabteilung im IML, fühlte sich in den ersten Jahren von allen Informationen abgeschnitten, in einer „rätselhaften, undurchsichtigen Lage". Weder bestätigte man seinen Auftrag, noch erfuhr er Termine. Seine zahlreichen „Pläne, Schreiben, dringlichen Anfragen, Mahnungen" stießen auf „absolutes Schweigen". „Darf man die Sache noch ernst nehmen? Ich habe keine Lust, mich auf einem Abstellgleis zu bewegen ..." Doch „auch darauf erfolgte keine Antwort."[46]

Er nahm das „Stillschweigen als stilles Einverständnis" zu seinen Plänen[47] und ließ sich durch eine nach seinem Dafürhalten „autoritative Äußerung"[48] Piecks ermuntern, der eine Studie Lindaus als die „gegebene Grundlage" der Thälmann-Biographie lobte: „Also laß Dir durch die Nachlässigkeiten in unserem Apparat die Lust an der Fortsetzung dieser Arbeit nicht nehmen."[49]

Es war Lindau, der, meist am Dienstweg vorbei, immer wieder zur „systematischen Sammlung der Dokumente" und auf den Ausbau des Archivs drängte,[50] der die Aufstellung eines Archivplanes anregte,[51] der vorschlug, einen festen Mitarbeiter in den Moskauer Archiven, im „Zentrum unserer Welt" zu beschäftigen und die historiographische Praxis in den Bruderländern zu studieren, rumänische und ungarische Dokumente zu übersetzen,[52] alles Anregungen, die, auch wenn sie anfangs als die Marotten einer senilen „Archivratte" belächelt wurden,[53] auf den Leitungsebenen irgendwann begierig aufgesaugt wurden und auf dunkle Weise den Weg in die späteren Arbeitspläne für die GdA fanden. Zukunftsweisend war sein der eigenen Arbeitspraxis entsprechendes Eintreten für eine „parteimäßige Auffassung von kollektiver Arbeit", die nicht an der Bürotür aufhören dürfe. Heute würde man von einer Verstärkung der „Synergieeffekte" und einer „Durchmischung" divergierender Erfahrungen sprechen.[54] Mehr oder weniger abgeschnitten vom aktuellen Informationsfluß der Institutsbürokratie und entsprechend von außersachlichen Erwägungen unbeeindruckt, betrieb Lindau vor allem auch die Gründung eines eigenen parteigeschichtlichen Sektors am Institut, ein altes, bislang vor allem am Kadermangel gescheitertes,[55] zu Lebzeiten Stalins auch nicht unbedenkliches und, solange der „Kurze Lehrgang" prosperierte, politisch witzloses Projekt. Nach Stalins Tod beklagte Lindau bei mancher Gelegenheit das Fehlen einer

45 Ebd., Lindau an Oelßner, 20.8.1952.
46 BA NY 4036, 625, Lindau an Dohm, 9.4.1952.
47 BA DY 30, IV 2/9.07/129, Charlotte Erxleben an Einicke, 5.3.1952.
48 BA DY 30, IV 2/9.07/121, Lindau an Einicke, 2.9.1953.
49 BA NY 4036/625, Pieck an Lindau, 29.8.1952.
50 Ebd., Lindau an Dohm, 9.4.1952.
51 BA DY 30, IV 2/9. 07/129, Aktennotiz (Einicke) zur Beratung am 2.6.1953 über den Brief des Genossen Lindau an Ulbricht.
52 BA DY 30, IV 2/9.07/61, Lindau an Ackermann und Einicke, 22.6.1953.
53 BA DY 30, IV 2/9.07/129, Dohm an Lindau, 8.2.1952.
54 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Ch. Erxleben über meine Tätigkeit beim Genossen Lindau, 19.1.1962; ebd., Lindau an Dohm, 19.2.1958.
55 BA DY 30, IV 2/9.07/129, MEL (Dohm) an Lindau, 8.2.1952.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Parteigeschichte, das ihn zwinge ohne irgendwelche „unverrückbaren Meilensteine"[56] selbständig „die Probleme von etwa 50 Jahren deutscher Arbeiterbewegung" zu behandeln: „Die Hauptursache der Schwierigkeiten ist, daß wir noch keine Geschichte der Partei haben, daß trotz der unentbehrlichen Einschätzungen und Urteile Lenins und Stalins noch viele Fragen nicht formuliert oder nicht beantwortet sind, an denen man bei dieser Arbeit zum Teil nicht vorbeikommen kann und daß die Beantwortung der nicht zu umgehenden Fragen aus einer Fülle von Material erarbeitet werden muß."[57]

Wenn ein Umzug anstand, aber das Gebäude für die Bibliothek zu klein war, von einer Werkausgabe auf Sammelbände umgeschaltet werden mußte oder ein Mitarbeiter durch „Anträge von Sonderregelungen" die Arbeitsmoral im Institut gefährdete, war für die Institutsleitung Fred Oelßner die zuständige Anlaufstelle im Politbüro. Oelßner half, wenn Mitarbeiter eine Wohnung suchten[58] oder der „Genosse Hauptkassierer" die Zahlung von DM 275,- für die Anfertigung eines „Geheimstempels" für die Bibliothek verweigerte[59] und orientierte in knappen, pythischen Worten über ideologische Innovationen. Er liebte Sätze wie „Die Geschichte der Partei darf keine Geschichte der Fehler werden" oder „Den Fragen der Brüsseler Konferenz ist besondere Beachtung zu schenken."[60] Oelßner „wurde aufmerksam gemacht", er war „einverstanden", „versprach" oder „schlug vor". Kurz, die Protokolle der „Beratungen" mit Oelßner waren für das Institut „richtungsweisende" Dokumente, die von Ulbricht abgezeichnet wurden. In einem dieser Protokolle, es handelt sich um jenes vom 27.8.1953, in dem einem gewissen Wilhelm Zaisser ein Vertrag als freier Mitarbeiter an den Lenin-Bänden zugesagt wurde, legte Fred Oelßner unter „3) Rudolf Lindau ... großen Wert auf die Fertigstellung der Thälmann-Biographie" und ließ sich unter „7) Material aus Moskau" Lindaus Vorschlag, dort einen Mitarbeiter anzustellen, „nochmals schriftlich, evtl. auch mit Personalvorschlägen" unterbreiten.[61]

In der Krise des Sommers 1953 schlug die „Geburtsstunde der Geschichtsabteilung"[62] des IML. Sie wurde, zunächst unter der Leitung Max Hauschkes (1953–1954) und später Fritz Knittels (1954–1962), ursprünglich als eigenständiges „Institut im Institut" gegründet. Die Gründung fiel mit einem Wechsel in der Direktion zusammen, dem Regentschaftsantritt Ludwig Einickes (1953–1962), und mit dem Umzug in ein neues Institutsgebäude, in das ehemalige VVN-Gebäude an der Ecke Charlottenstraße/Unter den Linden.[63]

In diesem Haus okkupierte Ende 1953 eine gewachsene Schar von Thälmann-Spezialisten direkt über der Direktion das komplette 2. Stockwerk mit 10 Zimmern. Gemessen an Planstellen war der Bereich „Thälmann-Biographie und Thälmann – Reden und Aufsätze" zunächst größer als der gesamte, in das Dachgeschoß verbannte Rest des parteige-

56 BA NY 4036/625, Lindau an Dohm, 9.4.1952.
57 BA DY 30, IV 2/9.07/129, Lindau an Einicke, 30.8.1953.
58 BA DY 30, IV 2/9.07/17, Protokoll über die Beratung mit dem Genossen Fred Oelßner (5.3.1953, 27.8.1953, 8.1.1954, 19.1.1954, 27.4.1954).
59 BA DY 30, IV 2/9.07/61, MEL-Institut (Bruno Kaiser) an Oelßner 19.12.1949.
60 BA DY 30, IV 2/9.07/17, Aktennotiz Einicke vom 15.1.1954 zu „Anregungen" Fred Oelßners vom 31.12.1953.
61 BA DY 30, IV 2/9.07/17, Protokoll über die Beratung mit dem Genossen Fred Oelßner, 27.8.1953.
62 BA DY 30, IV A 2/9.04/262, Analyse der Arbeit an den staatlichen Akten, 27.10.1959.
63 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1949–1989, S. 10.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schichtlichen Sektors zusammen. Den Bereichen 1832–1891 (3 Mitarbeiter), 1891–1918 (2 Mitarbeiter), 1918–1933 (3 Mitarbeiter) und 1933–1945 (2 Mitarbeiter), also insgesamt 10 Mitarbeitern, standen Ende 1953 vier Mitarbeiter der Thälmann-Biographie und acht der „Thälmann-Reden und Aufsätze" gegenüber.[64] Das Thälmann-Jahr stand bevor, doch danach rollte ein unaufhaltsamer Institutionalisierungsprozeß über Lindaus rasch wieder dahinschmelzenden Arbeitsbereich hinweg. Wir werden ihm später als Ulbrichts Gegenspieler in der Diskussion um die Novemberrevolution begegnen.[65] Die GdA von 1966, die sonst so entschiedenen Wert auf die Konstruktion einer deutschen Traditionslinie der SED-Parteigeschichtsschreibung legte, ja zu diesem Zweck längst gestrichene Renegaten aktivierte, verschwieg die Rolle Lindaus, ihres ersten Architekten. So erlitt er die Strafe, die der Salomon des „König David Berichts" dem Historiker Ethan zugedacht hatte: „Darum nun soll er zu Tode geschwiegen werden; keines seiner Worte soll das Ohr des Volkes erreichen, weder durch mündliche Übertragung, noch auf Tontäfelchen, noch auf Leder; auf daß sein Name vergessen sei, so als wäre er nie geboren worden und hätte nie eine Zeile geschrieben".[66]

2. Schnellschüsse, Kadersorgen und Praktikanten im IML

Im Institut war die Panik ausgebrochen. Das „Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", im Dezember 1953 kein halbes Jahr alt, sollte die „Thesen 35 Jahre KPD" mit abfassen. Das war ein ausgesprochenes Himmelfahrtskommando, zumal die federführende Parteihochschule in jeder Hinsicht überlegen und keineswegs freundlich gesonnen war. Hanna Wolf hatte der neuen Konkurrenz nur den unverdaulichsten, nicht einmal ansatzweise erforschten und, was etwas heißen wollte, politisch brisantesten Teil überlassen, den Zeitraum seit 1945. Wenn man nicht das Datum der KPD-Gründung ändern wollte, mußte, wie der Institutschef einen Tag vor dem Abgabetermin am Freitag festlegte, die zweiwöchige Bearbeitungsfrist unbedingt eingehalten werden. Damit der Text wenigstens Montag früh im Politbüro war, konnten nur noch eine diverse Sonderschichten, Chauffeure und Pförtner einbeziehende exakt geplante Sequenz verzweifelter Feuerwehrmaßnahmen helfen.[67] Stilistische Ansprüche sollte man an den resultierenden historiographischen Leittext nicht stellen. Es fällt nicht schwer, einen Kurztext zu bespötteln, in dem 113mal das Wort „Kampf" vorkommt. Auf Seite 18 trug allein die westdeutsche KPD fünf „Kämpfe" aus. In der SED hatten (ebenda) am 17. Juni „Überreste des Sozialdemokratismus" den „Kampfwillen" gelähmt, für jeden Parteifunktionär war „infolgedessen die Kenntnis der Geschichte des Kampfes um die Einheit der Arbeiterbewegung in seinem Arbeitsbereich von entscheidender Bedeutung" und „im Kampf um die Verbesserung des ideologisch-politischen Niveaus" , um die „Erhöhung der Kampfkraft" wie überhaupt im „Kampf gegen

64 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Gemkow an Einicke (Geschichte der Partei), 10.11.1953.
65 Vgl. unten Kapitel 5.2.3.
66 Stefan Heym, Der König David Bericht, S. 280.
67 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Rundschreiben Einicke, 11.12.1953, Betr. Festlegungen – 35 Jahre KPD; ebd., Einicke an Cramer, 12.11.1953.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

die bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie" bot das Studium der sowjetischen Parteigeschichte die „entscheidende Hilfe".[68] Die „Thesen" waren mit heißer Nadel gestrickt und dienten, während draußen im Land gläubige Parteischüler jeden Satz einzeln durchkauten, im Institut als abschreckendes Beispiel zur Warnung vor Schnellschüssen: „Wir mußten sie in 14 Tagen machen. Drei Wochen waren sie an der Parteihochschule und dann versuchte Genosse Oelßner noch zu retten, was zu retten ist. Es sind Fehler in den Thesen, sie werden aber jetzt in den Lektionen verwandt."[69]

In dieser Hinsicht hatten die „Thesen" allerdings ernsthafte Konkurrenz zu fürchten, einen Dokumentenband „Zur Geschichte der KPD",[70] den die Geschichtsabteilung nach dem 16. Plenum im September 1953 „als Geschenk für den IV. Parteitag" (Juli 1954) vorbereitete: „Die Termine waren sehr kurz. Wir begannen Ende November mit der Arbeit und mußten das 1. Manuskript am 15. Dezember abliefern, das gesamte Manuskript bis zum 20. Dezember", wobei von den Brigadisten gleichzeitig die „Reden und Aufsätze" Piecks und Grotewohls zu bearbeiten waren. Schuld war vor allem „die mangelnde Vertrautheit der Mitarbeiter mit den Problemen."[71] Für Rudolf Lindau, der sich nicht angemessen konsultiert fühlte, war es ein Festmahl, den Band auseinanderzunehmen. Das „Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen Bauern" und die „Hilfe der KPdSU" würden unterschätzt, ein Foto mit Clara Zetkin sei falsch montiert und die Forderung des KPD-Gründungsprogramms nach Enteignung der Mittelbauern, schon in Lenins Augen ein „ernsthafter Fehler", nicht kommentiert worden. Der Abdruck eines gefälschten Abschiedsbriefes von Albin Köbis, des Märtyrers der revolutionären Matrosen, wurde zu einem Tiefpunkt der Institutsgeschichte, auf dem Lindau noch nach Jahren herumritt.[72]

Er informierte Ulbricht, der das Politbüro über die „unmöglichen Arbeitsmethoden im Institut" unterrichtete. Weder Einicke noch der im Politbüro zuständige Oelßner hätten den Band abgezeichnet. Dieser Vorgang veranlaßte einen zensurhistorisch denkwürdigen Politbürobeschluß, der die Abzeichnungspflicht des Institutsdirektors für alle druckfertigen Manuskripte und die Verantwortung des Politbüros für wichtige Werke über die Geschichte der Arbeiterbewegung festlegte.[73]

Unter diesen Umständen war an eine Bestätigung des ersten „kommissarischen Leiters" der Geschichtsabteilung nicht zu denken. Für Max Hauschke begann ein freier Fall durch die Institutionen: Nach einem Zwischenspiel als Kirchenzensor im Staatsapparat wurde er zum Geschichtslektor bei Rütten & Loening degradiert, wo er 1958 mit Ernst Niekischs „Reich der niederen Dämonen" eine der größten „Pannen" der Verlagsgeschichte anrichtete.[74] Kein Wunder, daß sein Nachfolger, Fritz Knittel, eine ausgeprägte Vorsichtshaltung kultivierte![75]

---

68 Thesen zum 35. Jahrestag der Gründung der KPD (1918–1953), in: Die Einheit, Heft 1 (Januar) 1954, S. 2–20.

69 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Protokoll der Sitzung der Geschichts-Abteilung am 15. Dezember 1954.

70 BA DY 30, IV 2/9.07/116, Hauschke an Direktion, 23.1.1954.

71 Ebd., Stellungnahme des Kollektivs „Dokumentenband", 18.5.1954.

72 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Rudolf Lindau an den Sekretär der Parteiorganisation der SED beim IML, 19.2.1958.

73 BA NY 4182/1363, Ulbricht an Lindau, 11.5.1954 und 28.6.1954.

74 Siegfried Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur, S. 218.

75 Günter Benser, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, S. 187.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

1953 setzte, so die IML-Geschichte von 1989, „ein nicht reibungsfreier Prozeß gegenseitigen Findens und Ergänzens ein, der sich über Jahre erstreckte." Zugänge dieses Jahrgangs wie Katharina Haferkorn, Wolfgang Arlt, Karl-Heinz Hädicke, Heinz Karl und Gerhard Winkler „blieben dem Institut über Jahrzehnte treu"[76] und werden dem Leser wiederholt als Gutachter begegnen.

Im IML mußte man wenigstens Sektorleiter sein, um als Bandautor der GdA von 1966 erwähnt zu werden. Die Dienstältesten von ihnen waren Heinrich Gemkow und Walter Wimmer, 1955 stieß Günter Benser dazu und 1958 Annelies Laschitza. Aber der Professoren-Titel war damals noch in weiter Ferne. Anfang der sechziger Jahre war von den 64 wissenschaftlichen Mitarbeitern der Geschichtsabteilung des IML nicht ein einziger promoviert. 25 besaßen das Staatsexamen, sieben den Abschluß der Parteihochschule und sechs ein Zeugnis des Instituts für Gesellschaftswissenschaften, während die übrigen „auf Grund ihrer langjährigen Parteierfahrungen als wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut eingestellt wurden."[77] Doch unbeeindruckt von irgendwelchen Selbstzweifeln schikanierte das IML mit seinen Zensurgutachten unermüdlich die Koryphäen der Historikerzunft. Günter Benser erinnert sich: „Eben noch hatte ich vor Professor Ernst Engelberg als Student ehrfürchtig auf der Bank gesessen, und schon hatte ich im Autorenkollektiv für das Hochschullehrbuch ‚Deutsche Geschichte' als Vertreter meiner neuen Arbeitsstätte mit über seine Manuskripte zu befinden. Daß man uns jungen Absolventen nichts zugetraut hätte, läßt sich wahrlich nicht behaupten. Es galt offenbar: Wem die Partei ein Amt gibt, dem gibt sie auch Verstand."[78]

Anfang 1957 waren von insgesamt 93 politisch-wissenschaftlichen Mitarbeitern 46, also die Hälfte, „länger als 25 Jahre in der Partei organisiert".[79] Die meisten waren „auf Grund ihres schlechten Gesundheitszustandes bzw. wegen ihres Alters nicht mehr voll einsatzfähig, wobei ihr Vermögen wissenschaftlich selbständig zu arbeiten", die Kaderanalyse von 1961 meinte damit Rudolf Lindau, zusehends nachließ.[80]

Eine denkwürdige, vielleicht eher fiktive Form der Weiterbildung stellte das 1960 eingeführte sogenannte „Literaturminimum" dar, ein Verzeichnis, das die wichtigsten Titel der Klassiker und die für den jeweiligen Arbeitssektor maßgeblichen parteigeschichtlichen Werke und Dokumente zum Selbststudium auflistete. Allgemeinverbindlich waren jeweils drei Titel von Marx und Engels und fünfzehn von Lenin, ferner ein halbes Dutzend Texte von Ulbricht.[81]

---

76 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1949–1989, S. 10.

77 BA DY 30, IV 2/9.07/25, Kaderanalyse der Abt. Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung, 28.6.1961.

78 Vgl. Günter Benser, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, S. 186.

79 BA DY 30, IV 2/9.07/9, Entwurf (Einicke), Die politische Lage im IML, 24.1.1957.

80 BA DY 30, IV 2/9.07/25, Kaderanalyse der Abt. Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung, 28.6.1961.

81 Ebd., IML, Abteilung Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung, Literaturminimum zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung für wissenschaftliche Mitarbeiter ... die keine wissenschaftliche Ausbildung an Universitäten bzw. langfristigen Parteischulen gehabt haben, 7.6.1960.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Das IML setzte auf die allmähliche „Qualifizierung im Prozeß der Arbeit"[82] und auf Rudeltaktik: auf die Bildung hochspezialisierter Teams[83] und auf „Kritik und Selbstkritik" in kollektiver Beratung – eine im IML besonders strenge Prozedur, die von der Brigade bis zum Wissenschaftlichen Beirat sämtliche Ebenen der strengen Institutshierarchie durchwaltete und den Forschungsprozeß wie die redaktionelle Arbeit bestimmte. Die Mitarbeiter des IML rieben sich in wachsamer wechselseitiger Beobachtung und Begutachtung auf, lernten die nötigen Rituale und Codes, vor allem aber eines: Hiebe einstecken und austeilen. Man organisierte einen etwas einseitigen Erfahrungsaustausch zwischen Novizen und Veteranen in Form von Konsultationen[84] und „grundlegenden Aussprachen"[85]. Walter Ulbricht riet, mit „Hilfe der älteren Genossen ... eine feste Orientierung für die Ausarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu erarbeiten"[86], und bald kursierten entsprechende Listen, die etwa Fritz Selbmann als Spezialisten für den Kapp-Putsch, Werner Eggerath als Ruhrkampf-Fachmann, Heinrich Rau als kompetenten Spanien-Kämpfer und Sepp Schwab als Kenner der bayrischen Räterepublik von 1919 auswiesen.[87] Die Qualifizierung der Kader und die Vorbereitung der Parteigeschichte waren untrennbar verzahnt. Wie Walter Ulbricht seine „richtungsweisenden" Broschüren mit Hilfe des IML-Nachwuchses schrieb, sollten, auch als „unmittelbare Hilfe für die Partei ... zur Widerlegung der feindlichen Geschichtslügen", nach dem Bausteinprinzip möglichst viele kleine Monographien entstehen: „Wenn auf diese Weise bestimmte bisher nicht ausgearbeitete Probleme der Geschichte unserer Partei geklärt sind, wenn gewisse Erfahrungen vorliegen und auf diese Weise auch ein entsprechendes Kollektiv von Historikern entstanden ist, kann an die konkrete Ausarbeitung der Geschichte der Partei herangegangen werden."[88]

Ein wichtiger Rekrutierungspool, beispielsweise stieß Günter Benser auf diese Weise zum Institut, war die Arbeit mit Praktikanten. Infolge des Kadermangels wurde deren Arbeit im Hinblick auf die große Parteigeschichte sorgfältig geplant, betreut und ausgewertet. Für 1849 verfertigten sie eine „Chronologie (Karteiform) über die Kämpfe, in denen Kommunisten hervorgetreten sind" und rekonstruierten durch die „Sammlung und Systematisierung der Parteidokumente (Beschlüsse, Direktiven, Mitteilungen etc.)" die Entwicklung des organisatorischen Aufbaus der Sozialdemokratie zwischen 1875 und 1895. Walter Wimmer wünschte für seinen „Abschnitt 1914–1933" (die Periodisierung war noch nicht ausgereift und ignorierte die Epochenschwelle 1917)[89] von seinen sieben Praktikanten nicht mehr und nicht weniger als eine „Bibliographie zu dem Gesamtabschnitt der Brigade", die „Durchsicht der Parteipresse nach Parteidokumenten" und die „Exzerpierung der Werke der Klassiker, führender Genossen u.a. Parteiliteratur sowie wichtiger Parteidokumente". Im „Ab-

82 Ebd., BA DY 30, IV 2/9.07/32, Protokoll der Sitzung der Geschichts-Abteilung am 15. Dezember 1954, Genn. Haferkorn.

83 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Protokoll der Arbeitsbesprechung der Arbeitsgruppe „Geschichte der Partei", 3.9.1953.

84 BA DY 30, IV 2/9.07/116, Stellungnahme des MELS-Instituts (Hauschke) zur Kritik am Auswahlband „Materialien und Dokumente der KPD ...", 3.6.1954.

85 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Hauschke an Einicke, Betr. Durchführung von Arbeitsberatung, 22.4.1954.

86 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Aktennotiz Kurt Hager, 12.5.1955.

87 BA DY 30, IV 2/9.07/116, Knittel an Hager 11.2.1956; ebd., Knittel an Einicke, 4.10.1955.

88 BA DY 30, IV 2/9.07/17, Protokoll der Besprechung Hager mit Knittel vom 19.1.1956.

89 Vgl. unten Kapitel 2.3.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schnitt 1933–1945" war zunächst ein aus der Lektüre von Dimitroff, Pieck und fünf Ulbricht-Aufsätzen bestehendes „Vorstudium" zur Brüsseler Konferenz und zum VII. Weltkongreß zu absolvieren, um an dieser Richtschnur die Baseler „Rundschau" mit Hilfe von Karteikarten auszuwerten: „Ein Genosse arbeitet den Jahrgang 1934 der ‚Rundschau' durch in bezug auf jede Form von Widerstand und Opfern, der andere Genosse in bezug auf die internationale Solidarität mit den Kämpfern gegen den Faschismus." In der „Brigade Wilhelm Florin" sollten die Klassiker-Zitate und Arbeitslosenziffern geprüft und, die „Probleme" nach dem Muster der Thälmann-Bände behandelnd, ein Entwurf der Anmerkungen fertiggestellt werden. Im Sektor „Reden und Aufsätze" legten zwei Praktikanten eine biographisch-bibliographische Kartei über Clara Zetkin an und mußten „die Werke führender Genossen (Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht) überprüfen auf Ausführungen über Tito und Jugoslawien."[90] Mitte 1954 erhielten sechs von 14 Praktikanten für ihre „sehr wertvolle" Arbeit einen Buchpreis.[91]

Die vielsträhnige Maulwurfsarbeit verweist wenn nicht auf die Existenz, so doch auf die Notwendigkeit einer großangelegten, systematischen Planung. Schon die erste, vom Sekretariat des ZK 1953 bestätigte vertrauliche Arbeitsordnung der Geschichtsabteilung, die die „Ausarbeitung eines Lehrbuches zur Geschichte der Partei der deutschen Arbeiterbewegung" in den Mittelpunkt stellte, führte ein verwirrendes Bündel von Aufgaben, Maßnahmen, Vorbereitungen an, an dem Systemtheoretiker ihre Freude hätten.[92] Alle möglichen Leitungsorgane und Kommissionen legten ihren Ehrgeiz in die Abfassung immer komplexerer und undurchsichtigerer Konzeptionspapiere und Arbeitspläne. Mit vernichtenden Folgen für die Reputation des Hauses: Hagers ZK-Abteilung Wissenschaften stellte fest, daß die Arbeitspläne des Instituts zwar „stets einen imposanten Eindruck machten", aber viele wichtige Aufgaben würden „jahrelang von einem Arbeitsplan in den anderen geschleppt". „Vom Institut gingen noch nie, soweit man sich erinnern kann, entscheidende Impulse für neue wissenschaftliche Fragestellungen oder für die Klärung wichtiger theoretischer Probleme aus."[93]

Auf die allgemeinste, triviale Formel gebracht kreisten die Entwürfe um drei Fragen: Neben der Verwaltung des Kadermangels standen einerseits (und nach der Aufwertung der Empirie 1956 explosiv zunehmend) die Beschaffung, Organisation, Benutzbarkeit und Kontrolle von empirischem Material und andererseits die Konzeption und Thesenfindung, das hieß zunächst konkret das Problem der richtigen „Periodisierung" im Mittelpunkt des Papierkriegs. Lawinenartig anschwellende, gigantische Materialmassen erforderten ein entsprechend belastbares Korsett, das einem enormen politischen Druck standzuhalten vermochte, wissenschaftlich begründet und also elastisch genug auch beim übernächsten Kurswechsel – eine im gegebenen Kräftefeld absurde Sisyphus-Arbeit, die mit unermüdlicher Gründlichkeit und dilettantischer Pedanterie in Angriff genommen wurde.

90 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Knittel an Kaderabteilung, 19.4.1955.
91 Ebd., Geschichte der Partei (Winkler) an die Direktion, 27.7.1954.
92 BA DY 30, IV 2/9.07/20, MELS-Institut (Einicke) an die Leiter der Arbeitsgruppen, 22.8.1953.
93 BA DY 30, IV 2/9.04/51, ZK-Abt. Wissenschaften (Wagner) an Hager, Einige Bemerkungen zur Arbeit des IML, 12.1.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

3. Am Prokrustesbett der Periodisierung

Im Hinblick auf die Vorbereitung der GdA betrachtet, war „Periodisierung"[94] das organisierende Prinzip, unverzichtbar für die Einteilung in Kapitel und die Abgrenzung der entsprechenden Arbeitsgruppen. Trotzdem bliebe die an einen mittelalterlichen Abendmahlstreit erinnernde Intensität des um die Abgrenzung und Bewertung historischer Phasen entfachten „Meinungsstreites" ein Rätsel, veranschlagte man nicht den zentralen Stellenwert des Periodisierungsproblems im marxistisch-leninistischen Theoriehaushalt. Allein die „richtige" Periodisierung machte Geschichte theoriefähig, indem sie erlaubte, daraus „Lehren zu ziehen" und, wie Ulbricht es wünschte, „die Perspektive" aufzuzeigen. Schon Lenin hatte auf seine berühmte Frage „Was tun?" die tiefschürfende Antwort gegeben: „Die dritte Periode liquidieren."[95] Im „Kurzen Lehrgang" endete jedes einzelne Kapitel mit einer zusammenfassenden Einschätzung der geschilderten Periode. Die „klassische" Begründung dazu fand sich in Stalins Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus". Hier avancierte die Periodisierung zum Maßstab allen revolutionären Handelns, der „Strategie und Taktik". Die Wahl der richtigen Strategie, der Angriffsrichtung und Bündnispolitik hing von „der gegebenen Etappe der Revolution", die Wahl der Taktik, die Entscheidung zu Aufstand und Streik bzw. zum Rückzug in die Illegalität von der Bestimmung der „kurzen Periode der Ebbe und Flut" ab.[96] An der Einschätzung der unterschiedlichen Perioden orientierte sich letztlich die Bewertung aller „Fehler" und „Überspitzungen" der Parteigeschichte, deren „Kontinuität" sich mit Hilfe der Periodisierung trotz aller scheinbarer „Schwankungen" behaupten ließ. Die schwierigsten Probleme mußten auf diese Weise „wissenschaftlich" zu lösen sein: so wurden die blutig gescheiterten Offensiven der frühen zwanziger Jahre, die selbstmörderische Sozialfaschismuskonzeption und selbst die Säuberungen Stalins cum grano salis gesprochen auf eine verunglückte Periodisierung zurückgeführt, die die Partei jedoch durch das Thälmannsche Zentralkomitee, die Brüsseler Konferenz und den XX. Parteitag wieder richtiggestellt hatte. Die „Fehler", über die man nicht diskutieren sollte, waren jetzt „korrigiert" – für die ungeschulte Parteibasis zu „komplizierte Fragen", die die Parteigeschichte irgendwann ins rechte Licht rücken würde. Im IML war man sich der theoretischen Dignität und der daraus folgenden Verantwortlichkeit für das große Ganze nur allzusehr bewußt. Hier wurzelte das Pathos der Kompromißlosigkeit, mit der man alles aus dem Verkehr zog, was an vorwissenschaftlichem Material, an subjektiven Erinnerungen, Fakten und Texten der kunstvollen Linienführung widerstand. Die „richtige Periodisierung" war ein kostbarer, gefährdeter Schatz, der mühsam genug dem Treibsand eines nervzehrenden Meinungsstreits abgewonnen war: Die Konkurrenz der Parteiinstitute konnte sich an jeder Nebensächlichkeit entzünden und rief die spitzfindigen Klopffechter wie die sturen Prinzipienreiter auf den Plan. Lächerliche Prestigefragen, mumifizierte Dogmen und internationale Rücksichten blockierten jeden stringenten Ansatz und nagten am wissenschaftlichen Selbstverständnis eingeschüchterter Parteihistoriker.

94 Christina von Buxhoeveden/Mechthild Lindemann, Das Problem der Periodisierung in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Berlin 1988/1990, S. 363–95.

95 W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in drei Bänden, Berlin 1961, S. 305.

96 J. W. Stalin, Werke Bd. 6, S. 132–149.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Folgt man der Einteilung der Sektoren des Instituts, so verschob sich der Beginn der „Geschichte der Arbeiterbewegung" alle paar Jahre. Ein Planentwurf von 1953 plädierte dafür, mit dem „Deutschen Volksverein" 1833 zu beginnen.[97] 1954 gab es eine „Arbeitsgruppe 1832–1914"[98] und 1956 eine „Brigade 1836–1917"[99] am MELS-Institut. 1958 setzten die Geschichtszirkel zur deutschen Arbeiterbewegung mit dem Jahr 1840 ein.[100]

Das Institut für Gesellschaftswissenschaften plädierte dafür, die Periodisierung 1843/1844, mit der „Formierung des Marxismus" oder 1830 beginnen zu lassen. Mußte man nicht, wenn man die Gründung des „Bundes der Gerechten" 1836 vorzog, konsequenterweise auch die Auflösung des „Bundes der Kommunisten" 1852 als Einschnitt zulassen, wofür eine Fußnote bei Engels sprach? Aber dann war auch dessen Gründung 1847 wichtig, womöglich wichtiger als die Revolution im folgenden Jahr. Und ähnlich müßte man sich für Eisenach 1869 als Einschnitt entscheiden, was nur auf Kosten der Kommune von 1871 plausibel, angesichts der Meinung der Klassiker also so gut wie ausgeschlossen war.[101] Die GdA von 1966 begann salomonisch „in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts".[102]

Gab es „bis zur Jahrhundertwende kaum prinzipielle Meinungsverschiedenheiten über die Periodisierung", so stand es ganz anders „mit der Periode von 1914 bis 1917 bzw. 1918".[103] Das 20. Jahrhundert zwackte die Parteihistoriker wie ein Prokrustes-Bett, das zwar für die bolschewistische Bruderpartei bequem sein mochte, doch wie immer man es auf die herkömmliche Art in Epochen, Perioden und Etappen zu unterteilen versuchte, Ulbrichts Geschichtsplanern hier zu lang, da zu kurz geriet.

Die beiden wichtigsten Termine der Parteigeschichte, die Gründung von KPD und SED, lagen zu nah an der epochemachenden „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" bzw. am Ende des zweiten Weltkriegs, um dazwischen einer eigenen Epoche oder wenigstens Periode Raum zu bieten. Alle Versuche, dieses Dilemma durch die Einführung majestätischer Haupt- und niedlicher Unterperioden zu verkleistern, steigerten nur die Verwirrung, solange nicht einmal die Bedeutung der alten Begriffe geklärt werden konnte.

Eine einzige Strategie wirkte relativ aussichtsreich: 1914 bis 1918 als in sich geschlossene „Periode des ersten Weltkrieges und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" (!)[104] zu behaupten und, gestützt auf Lenins Imperialismus-Konzept, die Jahrhundertwende oder den Beginn der Revisionismusdebatte 1898[105] als Epochenschwelle zum Monopolkapitalismus zu belassen. Dann begann mit der KPD zumindest eine neue Periode.

---

97 BA DY 30, IV 2/9.07/116, Planentwurf Max Hauschke, September 1953.
98 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Geschichte der Partei (Winkler) an die Direktion, 27.7.1954.
99 BA DY 30, IV 2/9.07/25, Übersicht, 30.8.1956.
100 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Thematik für Geschichtszirkel ..., 17.3.1958.
101 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Lehrstuhl Deutsche Geschichte, Bemerkungen zum Vorschlag des IML ... , 10.8.1956.
102 GdA Bd. 1 (Einleitung), S. 9.
103 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Rates des IML vom 11.2.1960, (Fricke).
104 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Versuch der Periodisierung der Geschichte der marxistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 22.3.1956.
105 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Vorschlag für eine vorläufige Grobperiodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (o.D.).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Erst 1960 wurde diese Position unhaltbar. Fritz Klein war entsprechend verblüfft, als er, Kaiser und Reich unbesiegt ihrem Schicksal überlassend, im „Hochschullehrbuch" die Darstellung des 1. Weltkriegs 1917 abbrechen mußte – er schrieb später ein eigenständiges populäres Buch über „Deutschland 1918".[106] Ob dieser Epocheneinschnitt auch für eine Geschichte der Eskimos gelten würde, fragte er den Leiter des Autorenkollektivs, was dieser „ohne zu zögern bejahte".[107]

Im Februar 1956 wurde eine Bestandsaufnahme notwendig. Für die Lehrmittel zur Geschichte der Arbeiterbewegung existierte nur eine grobe Periodisierung, die allgemeine „Hinweise des Genossen Stalin" sinngemäß übertragen hatte. Es gab „jedoch noch keine unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse in Deutschland erarbeitete genaue und eingehende Periodisierung der Parteigeschichte und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", die existierenden Materialien widersprachen einander: Im Parteilehrjahr 1951/52 hatte man 1900, 1914 und 1923 Einschnitte gesetzt, im Parteilehrjahr 1955/1956 hingegen 1900, 1917, 1919 und 1923. Die aktuelle Disposition zum „Hochschullehrbuch" wiederum bevorzugte 1898, 1914, 1918 und 1923.[108]

Bald darauf verwickelten sich das IML und das Institut für Gesellschaftswissenschaften in eine zermürbende Schlammschlacht, aus der nur die in der Hinterhand wartende Parteihochschule als Siegerin hervorgehen konnte. Dabei galt es als erfreuliches Novum, daß die drei ZK-Institute überhaupt miteinander kommunizierten. Im Oktober 1956 standen nicht weniger als fünf Entwürfe und Kommentare dazu zur Diskussion, und man mußte zunächst einmal die Begriffe und Kriterien, vor allem das Verhältnis von Landes- und Parteigeschichte bestimmen.[109] Inzwischen versuchte man mit der Unterscheidung zwischen einer „allgemeinen primären" und einer „speziellen sekundären" Periodisierung sein Glück, die auf keinen gemeinsamen Nenner zu bringen waren. Die primäre Periodisierung ließ 1917 eine Epoche beginnen, die sekundäre 1918, nämlich jene der KPD.[110] Aber das war ja genau das Problem. Die Diskussion steckte fest, bis Ulbricht 1958 die Initiative in die Hand nahm und als Fluchtpunkt aller weiterer Periodisierungsversuche den Charakter der Novemberrevolution bestimmte.

106 BA DR–1, 5364, DG-Antrag Fritz Klein, Deutschland 1918 (Druckgenehmigt 20.11.1961).

107 Fritz Klein, Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen. Frankfurt/Main 2000, S. 205f.

108 BA DY 30, IV 2/9.07/116, Zur Periodisierung der Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung in Deutschland, 11.2.1956.

109 Ebd., Institut für Gesellschaftswissenschaften, Lehrstuhl Deutsche Geschichte, Zur Vorbereitung der Lehrstuhldiskussion über die Periodisierung ..., 22.10.1956.

110 Ebd., IV 2/9.07/116, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Lehrstuhl Deutsche Geschichte, Übersicht über die Periodisierung ... (2. Diskussionsentwurf, 11.10.1956).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

4. Von Tirana bis Pjöngjang. Geschichtswerkstätten „unter rotem Banner"

Während das Institut für Gesellschaftswissenschaften, allen voran Ernst Hoffmann, immer tiefer schürfte, hatte das IML seinen undiskutablen Entwurf längst an die Bruderinstitute in Warschau, Prag, Budapest und Pjöngjang[111] verschickt, um internationale Rückendeckung aufzubieten – die Periodisierungdiskussion steigerte sich durch ein Bündnis der Geschichtsinstitute gegen die Parteihochschulen zu einem paktweiten Ordenskrieg.[112] Im internationalen Maßstab verloren auch so sicher geglaubte Bezugsdaten wie die Dauer eines Weltkriegs an Geltung. In der sowjetischen Periodisierung begann der „Große Vaterländische Krieg" 1941, der Hitler-Stalin-Pakt war auf die einfachste Weise ausgeklammert. Rumänien hatte den 2. Weltkrieg schon im August 1944, durch den „Sieg des bewaffneten Volksaufstandes, organisiert und durchgeführt unter der K.P.R. unter den Bedingungen der siegreichen Offensive der Sowjetarmee" durch sein Eingreifen auf seiten der Alliierten entschieden.[113] Die sonst am weitesten fortgeschrittene polnische Parteigeschichte, die mehr in Schlesien als in Weißrußland spielte, trieb ihre Stollen nur bis zum September 1939, „d.h. dem Beginn der Besetzung aller (!) polnischen Gebiete durch die Hitler-Okkupanten", um erst 1941 wieder anzusetzen.[114] In Budapest träumte man, um die Erinnerung an den Trotzkisten Béla Kun zu verdrängen, noch von Österreich-Ungarn und kritisierte die Existenz separater slawischer Bruderparteien im einstigen Vielvölkerstaat als antiinternationalistisch.[115] In Bulgarien hatte Dimitroff schon 1948 sechs unproportional geratene Hauptperioden nach veralteten, an der nationalen Parteigeschichte orientierten Prinzipien festgelegt, auch 1919 statt 1917 als Einschnitt gesetzt, eine Frage, die, wie die grundlegende Bedeutung des Busludshansker Kongresses, noch „präzisiert" werden mußte. „Daß die bulgarischen Engherzigen mit Dimiter Blagjeff an der Spitze schon im Jahre 1903 nicht nur ideologisch und politisch, sondern auch organisatorisch mit dem Opportunismus gebrochen und eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gegründet" hatten, war für die deutschen Genossen ein harter Schlag.[116]

Maßgeblich war aber der sowjetische Beitrag. Die Vertreterin des MELSt.-Instituts aus Moskau konstatierte ein Vierteljahr vor dem XX. Parteitag, daß es nur darum gehe, den „Kurzen Lehrgang" fortzuschreiben: „Man kann wohl sagen, daß für die Parteiorganisationen von Moskau, Leningrad, dem Ural, Grusien, Aserbeidschan, der Ukraine, Bjelorußland

111 BA DY 30, IV 2/9.07/100, (Einicke) an das ZK der Partei der Arbeit Koreas, 2.3.1956.

112 BA DY 30, IV 2/9.07/68, Auswertung der Warschauer Konferenz der Institute für Parteigeschichte ... 24.10.1955, S. 71 (Stutschebnikowa). Vgl. zur Kritik der Lektionen der Parteihochschulen ebd., S. 2 (Danischewsky).

113 BA DY 30, IV 2/9.07/116, Über die Periodisierung des Kurses für die Geschichte der Rumänischen Arbeiterpartei (Bearbeitungsvermerk 28.5.1956, Knittel).

114 BA DY 30, IV 2/9.07/68, Auswertung der Warschauer Konferenz der Institute für Parteigeschichte, 24.10.1955, S. 6 (Danischewsky); BA DY 30, IV 2/9.07/93, Kurze Angaben über die Periodisierung der Geschichte der polnischen revolutionären Arbeiterbewegung.

115 BA DY 30, IV 2/9.07/68, Auswertung der Warschauer Konferenz der Institute für Parteigeschichte ... 24.10.1955 (Reti), S. 59.

116 BA DY 30, IV 2/9.07/98, Kyrill Wassileff, Über die wissenschaftliche Forschungsarbeit des Instituts für Geschichte der KPB (o.D., 1958).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

die Periodisierung ihrer Geschichte entsprechend den Kapiteln des ‚Kurzen Lehrgangs' richtig ist."[117] Trotzdem ignorierte die grusinische Partei die Oktoberrevolution und setzte den wichtigsten Einschnitt 1921 mit der Errichtung der Sowjetmacht in ihrem Land.[118] Die Periodisierung der Geschichte der kommunistischen Parteien von Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, so führte die Repräsentantin des Moskauer Instituts aus, erfordere eine „verantwortliche Beratung" durch die Zentrale, und jene der kommunistischen Parteien Litauens, Lettlands und Estlands sei noch komplizierter.[119] Das war für die Institute der „Bruderparteien" ein Wink mit dem Zaunpfahl. In Fragen der Periodisierung würde Moskau schon aus innenpolitischen Gründen weiterhin den Ton angeben und letztlich keine abweichenden Präzedenzfälle zulassen. Tatsächlich hatten Polen, Rumänien und Ungarn längst 1917 als Epochenwende übernommen, während die Bulgaren im Schlußwort der Warschauer Tagung 1955 dafür kritisiert wurden, daß die Oktoberrevolution nur in „einer von fünf Unterteilungen des sechsten Kapitels" betrachtet würde.[120]

In Warschau stellte man fest, daß alle Institute ihre Hauptaufgabe in der großen Parteigeschichte ihres Landes sahen und alle noch lange Zeit brauchen würden, weil sie auf ähnliche Probleme stießen. „Obwohl überall schon die Arbeit in dieser Richtung begonnen" hatte, war „es keinem unserer Institute in den Volksdemokratien bis zuletzt gelungen, ein derartiges Lehrbuch zu schaffen."[121] Damit wurden aus „subjektiven" Problemen des Berliner IML „objektive" Schwierigkeiten, ein langfristiger Arbeitsprozeß war gegenüber den auf kurze Termine fixierten Antreibern im ZK legitimierbar. Als das wohl wichtigste Resultat der Konferenz von 1955 schälte sich die Notwendigkeit heraus, zweigleisig vorzugehen und außer der großen Parteigeschichte, unter Verzicht auf jeden wissenschaftlichen Anspruch, so schnell wie möglich einen Einbänder zur dringendsten politischen Orientierung, für Propaganda- und Schulungszwecke in Angriff zu nehmen.[122] So entstand parallel und im Vorlauf zur GdA ein „Grundriß der Geschichte der Arbeiterbewegung".

Die Warschauer Tagung sollte ursprünglich die erste „internationale Gemeinschaftsarbeit" über „Das Eindringen des Marxismus in die Länder Mittel- , Ost- und Südosteuropas" einläuten.[123] Das IML fürchtete, „daß die deutsche Arbeiterpartei, das Vorbild aller anderen Arbeiterparteien", bei einer gleichmäßigen „Aufschlüsselung der vorgesehenen Druckbogen" zu kurz kommen werde und fand den „abgesteckten territorialen Rahmen" verfehlt. Das Thema erfordere eher die Einbeziehung der österreichischen als der erst viele Jahre später gegründeten albanischen KP.[124]

117 BA DY 30, IV 2/9.07/68, Auswertung der Warschauer Konferenz der Institute für Parteigeschichte ... 24.10.1955 (Stutschebnikowa), S. 92f.
118 BA DY 30, IV 2/9.07/86, Ablage der Geschichtsabteilung (W./10.57).
119 BA DY 30, IV 2/9.07/68, Auswertung der Warschauer Konferenz der Institute für Parteigeschichte ... 24.10.1955 (Stutschebnikowa), S. 92f.
120 Ebd., S. 123.
121 Ebd., S. 2 (Danischewsky).
122 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Aktennotiz über die Besprechung mit Vertretern der Abteilung Wissenschaft am 21.2.1957.
123 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Gemkow an Einicke, 21.2.1955.
124 Ebd., betr. Sammelband „Das Eindringen des Marxismus in die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas", 11.1.1956.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Auch unter diesem Aspekt versprach ein neues, der Periodisierungsdebatte Rechnung tragendes Gemeinschaftsprojekt mehr. Daß auch „Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Länder in Mittel- und Südosteuropa" Schiffbruch erlitt, lag wesentlich daran, daß die Federführung des 1956 beinahe fertiggestellten Dokumentenbandes – die Verkehrssprache war natürlich russisch – ausgerechnet in Budapest lag. Zwar veranschaulichte gerade die sowjetische Hilfe bei der „Zerschlagung der Konterrevolution" die „große Bedeutung der internationalen Erziehung", doch war jetzt „eine große Arbeit erforderlich ... um den ungarischen Beitrag zum Sammelband abzuschließen". Nur die sowjetischen und albanischen Genossen hatten den vorgesehenen Umfang eingehalten, Belgrad die angebotene Einladung zur Mitarbeit dankend abgelehnt. Bukarest hatte die Dokumente nicht numeriert, Sofia sie nicht einmal datiert und Warschau auf Überschriften verzichtet. Aus Moskau fehlte das Namenregister, aus Berlin das Ortsverzeichnis. Für jedes Land waren eigene, sehr dem Wechsel unterworfene redaktionelle Periodisierungsrichtlinien zu beachten. So war die ursprünglich angestrebte Veröffentlichung zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution geplatzt.[125] Auch zum 45. Jahrestag konnte der Band nicht erscheinen. Die ungarischen Redakteure waren gerade dabei, die rumänischen Weiterungen über Transsilvanien, altes magyarisches Kronland, wegzufiltern,[126] als mit dem XXII. Parteitag 1961 der albanische Beitrag zum Störfall wurde und die Arbeiten „bis auf weiteres eingestellt" werden mußten.[127]

Die Genossen im IML hatten längst ihre Lehren aus diesem Fall gezogen. Sie bevorzugten die bilaterale Zusammenarbeit mit einzelnen Bruderinstituten. So kompliziert und verwirrend sich der internationale Diskurs über die richtige Periodisierung entfaltete, der Erfahrungsaustausch über die Alltagsfragen und praktischen Probleme der Parteigeschichtsforschung erwies sich als überaus lehrreich. Die Parallelinstitute des IML in den sozialistischen Bruderländern hatten durchaus nicht alle die gleiche Organisationsstruktur. In China korrespondierte das IML beispielsweise mit dem „Übersetzungsbüro", dessen parteihistorische Aktivitäten sich zunächst auf die Übertragung der KPdSU-Geschichte beschränkte. Vier chinesische Praktikanten nahmen die gewürzarmen Berliner Ernährungsgewohnheiten in Kauf, um diesem Übelstand abzuhelfen.[128] Dafür konnte Peking, obwohl man dort weiter Stalin übersetzte, durch einen „großen Sprung nach vorn" bei der Lenin-Ausgabe einen Vorsprung von fünf Jahren vermelden.[129] In Budapest, schon 1954 ein Studienobjekt des Berliner IML,[130] war man hingegen den umgekehrten Weg gegangen und überließ die Klassiker-Edition ganz dem Parteiverlag Kossuth. Die Ungarn hatten es irgendwie geschafft, aus Moskau Material der „Kommunistischen Internationale" zu bekommen und wurden zum beliebten Präzedenzfall für eine aktive, auch die ZK-Überlieferung der SED aufnehmende

125 BA DY 30, IV 2/9.07/102, Bemerkungen zur Vorbereitung des Dokumentenbandes ... (Oktober 1957).
126 Ebd., Tgb. Nr. a/3/142, 29.8.1961 (Nandor Oros, Budapest).
127 Ebd., Einicke an das Institut für Parteigeschichte beim ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, 27.2.1962.
128 BA DY 30, IV 2/9.07/101, Bericht über eine am 1.3.1956 mit unseren chinesischen Freunden durchgeführte Aussprache.
129 Ebd., „Über die Arbeit des Büros für Übersetzung ... " (Lö/3.1958).
130 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Aktenvermerk Knittel, 17.12.1954, Besprechung zur Auswertung der „Berichte der Genossen Dohm und Hauschke über ihre Reise nach Ungarn ..."

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Archivpolitik.[131] In Tirana favorisierte man nach alter Tradition die mündliche Überlieferung und hatte 1957 bereits 213 Erinnerungsberichte gesammelt, zudem Wanderausstellungen organisiert. Im „Museum des nationalen Befreiungskampfes" war sogar die „Nachbildung einer Folterkammer" zu besichtigen.[132] Die enge Zusammenarbeit mit Warschau bei der Erforschung der Geschichte der polnischen KP in Schlesien, bei der Marchlewski- und weitgehend nach Polen ausgelagerten Luxemburg-Edition wurde trotz der großen editorischen Probleme ein Aushängeschild des IML. Dessen Direktor kümmerte sich ganz fürsorglich um die „lang ersehnten" Schreibmaschinenersatzteile mit polnischen Typen[133] und ließ die Gäste aus Warschau sogar „über die Stellungnahme der KPD zum deutsch-polnischen Kriege 1939"[134], ein im Hinblick auf den Hitler-Stalin-Pakt denkbar brisantes Thema, forschen. In der Frühzeit der Geschichtsabteilung des IML dienten polnische Dokumenteneditionen als Vorbild und wurden, wie auch die tschechischen Konzeptionen zu ihrer Parteigeschichte[135], für die Sektoren auszugsweise übersetzt, vervielfältigt und zum sorgfältigen Studium empfohlen. Einicke und Knittel konnten sich gratulieren, endlich „eine gewisse Richtschnur zur Ausarbeitung der Geschichte unserer Partei" gefunden zu haben.[136]

Auch bei der Vorbereitung einer institutseigenen Zeitschrift erwies sich die Kooperation mit den Bruderinstituten als ungemein hilfreich. Im November 1957 empfahl eine internationale Beratung der Institute für Parteigeschichte in Prag die Vorzüge einer Zeitschrift. Nur die Partei Albaniens und die SED verfügten noch nicht über ein solches Organ, das „bei der Ausarbeitung eines wissenschaftlich exakten und theoretisch fundierten Geschichtsbildes des mehr als hundertjährigen Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung" führend voranging, den „Meinungsstreit inspirierte" und Materialien publizierte. Martha Globig erhielt deshalb den Auftrag, über „die Zeitschriften unserer Bruderinstitute in Moskau, Prag und Sofia" zu berichten. Sie fand bei der sowjetischen Zeitschrift „das anleitende und orientierende Moment ausgeprägt", während „bei der tschechischen und bulgarischen Zeitschrift noch die faktenvermittelnde Seite im Vordergrund" stehe. Prag betonte „die Auseinandersetzung mit feindlichen Ideologien" und Sofia, „daß die Geschichte der Partei nicht von der Geschichte des Volkes getrennt werden könne." Der ungarische „Bote für Parteigeschichte" und die rumänischen „Annalen des Instituts für Parteigeschichte" arbeiteten mit Chronik und Kalendarium, die bulgarischen „Nachrichten des Instituts für Parteigeschichte" und die polnischen Berichte „Vom Kampffeld" („E polja walki") enthielten „Biographien von Parteiführern". Auf den anonymen redaktionellen Leitartikel im sowjetischen Stil der „Einheit" wollte das IML nach Möglichkeit verzichten und statt dessen, nach polnischem Vorbild, den Diskussionsteil stark machen, um auch „einzelne Beiträge, die nicht völlig der Auffassung

131 BA DY 30, IV 2/9.07/97, Bericht über die wissenschaftliche Tagung und die Reise nach Ungarn ... (März 1959, Klaws).

132 BA DY 30, IV 2/9.07/100, Informationsbericht über die Arbeit des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Albanischen Partei für 1957.

133 BA DY 30, IV 2/9.07/93; ebd., Einicke an das Institut für Parteigeschichte beim ZK der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (Prof. Litwin), 2.6.1958.

134 Ebd., ZK der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Abteilung für Parteigeschichte an das MELS-Institut, Oktober 1955.

135 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Knittel an Einicke, 7.12.1955.

136 BA DY 30, IV 2/9.07/93, Einicke an Knittel, 23.9.1955.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

der Redaktion entsprechen, als Diskussionsartikel mit einem entsprechenden Hinweis erscheinen" lassen zu können.[137]

Der Rückgriff auf internationale Erfahrungen erlaubte Heinrich Gemkow, schon im ersten Anlauf eine „ausgereifte" Konzeption vorzulegen, doch natürlich wurde „entsprechend der umständlichen Arbeitsweise am Institut noch mehrmals auf verschiedenen Leitungsebenen über das Papier diskutiert. Die meiste Zeit wurde darauf verwendet, einen schlagkräftigen, revolutionär klingenden Haupttitel zu finden": „Unter dem roten Banner. Beiträge zur Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung". Ulbricht war im Hinblick auf die Wirkung in der Bundesrepublik jedoch für den ursprünglichen Titelvorschlag „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (BzG).[138]

„Besonders breite Zustimmung erhielt die Rubrik Dokumente und Materialien. Sie war zweifellos das Beste, was die Zeitschrift zu bieten hatte. Sie war zumindest anfallsweise in der Lage, das Bedürfnis nach authentischen Materialien aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zu befriedigen. Das dem Institut angegliederte Zentrale Parteiarchiv bildete ein unerschöpfliches Reservoir für diese Rubrik, selbst wenn man berücksichtigt, daß größere Bestände für eine Veröffentlichung gesperrt blieben." Die BzG veröffentlichte Erinnerungsberichte von Veteranen, und eine eigene Rubrik war der Arbeit der „Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Kreis- und Bezirksleitungen der SED" gewidmet.[139]

5. Der Weg nach Sömmerda: „Maßnahmen auf der Linie örtliche Arbeiterbewegung"

Das IML besaß 1956 kein Tonbandgerät.[140] Eine Stenotypistin begleitete Gertrud Glondajewski und Willi Arnold von der Widerstandsbrigade bei ihrem Aufbruch in die Provinz. Auf der Suche nach Spuren illegaler Arbeit fuhren sie nach Erfurt und Eisenach, Gera, Suhl, Weimar und Zella-Mehlis. Im Gothaer Tivoli fanden sie zwei bisher „unbekannte Bilder von Clara Zetkin". Das dortige Parteikabinett wollte einen aus der SED ausgeschlossenen Funktionär der Widerstandsgruppe Neubauer-Poser, Hugo Meister[141], der jetzt in den örtlichen Archiven wühlte, um Aufzeichnungen bitten. Die „Genossen Oberländer in Kittelsthal und Schaper in Ruhla" erhielten ein „Thälmann-Album mit Widmung", weil sie Fotos zur Verfügung stellten. Im Parteikabinett zu Eisenach nahm die IML-Delegation ehrfürchtig an einem Veteranentreffen über die Jahre 1905 bis 1907 teil. Widerstandskämpfer beschwerten

137 BA DY 30, IV 2/9.07/37, IML-Hausmitteilung, Eildermann an Einicke, 29.1.1958. Ebd., H. Gemkow, Prospekt für die Herausgabe einer Zeitschrift für die Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung.

138 Fritz Zimmermann, 40 Jahre BzG, in: BzG 4/1998, S. 3–17.

139 Ebd., S. 9.

140 BA DY 30, IV 2/9.07/120, IML, Abteilung Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung, Sektor Erinnerungen und Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung: Bericht vom gegenwärtigen Stand der Arbeit ..., 15.11.1957.

141 So gelangte der Nachlaß Hugo Meisters in das Zentrale Parteiarchiv (BA NY 4047).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

sich, „daß ihre Parteierfahrungen nicht beachtet würden" und, da der Tod laufend Genossen aus ihren Reihen hinweg raffe, „keine richtige Darstellung der Geschichte der Partei gegeben werden" könne: „Sie führten Klage darüber, daß die von ihnen gegebenen Berichte bisher nicht ausgewertet und sogar verloren gegangen seien. Durch unsere Konsultationen spürten sie, daß wir ernsthaft den illegalen Kampf erforschen und darstellen wollen."[142]

Nach dem XX. Parteitag schienen sich die alten Forderungen Rudolf Lindaus nach empirischer Forschung wie von selbst zu erfüllen. Wie hatte er den „primitiven Zustand" beklagt, daß keine zentrale Übersicht über Examensthemen und Dissertationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung existierte![143] Es war peinlich genug, daß der benötigte Überblick nicht im IML, sondern im neuen Geschichtsinstitut an der Akademie der Wissenschaften entstand.[144] „Über die Qualität der vorliegenden Arbeiten" war jedoch nach wie vor „nichts genaues bekannt".[145] Nur durch einen Zufall und reichlich verspätet erfuhr das IML 1959, daß der Bebel-Nachlaß gleich nebenan im Zeughaus lag.[146] Eine Bibliographie mit den parteigeschichtlichen Werken Hermann Dunckers kam erst 1958 in Umlauf.[147]

Nicht einmal an das Schulungsmaterial der Parteihochschule kam das IML ohne weiteres heran, und jeder quälte sich allein herum.[148] Erst jetzt, 1956, begannen die eifersüchtigen Parteiinstitute zaghaft damit, ihre Arbeitspläne und Abschlußarbeiten auszutauschen, sowie eine gemeinsame „Perspektivplanung der wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung" vorzubereiten.[149] Seit dem Winter 1956 durchforstete Gerda Weinberger planmäßig die Archive in Moskau für die GdA,[150] ein alter Vorschlag Lindaus.[151] Das IML betrieb seit 1954 den geheimnisschwangeren „Beschluß 2346/16/54", die Gründung einer mehr oder weniger legalen Materialsammelstelle beim Düsseldorfer Parteivorstand der KPD. Nicht weniger als 10 Genossen, die z.T. bereits von Lindau angeworben waren, sollten dafür in Essen, Hamburg, Hannover, Köln, München und Stuttgart nach alten Zeitungen, Plakaten und Schriftstücken fahnden. Tatsächlich lagerten bereits irgendwo, unter einer anscheinend unauffindbaren, geheimen Deckadresse die für die Wilhelm Florin-Edition benötigten Jahrgänge des „Ruhr-Echos". Ende Juli 1956 erfuhr das IML, „daß solche Materialien in einem bestimmten Keller" warteten, „die drüben schon seit langem für uns abgeschickt wurden und niemals angekommen sind."[152] Bald darauf bereitete das KPD-Verbot in der Bundesrepublik dem ehrgeizigen Projekt, die parteigeschichtli-

142 BA DY 30, IV 2/9.07/119, Widerstandsbrigade an Einicke, Berichte über die Fahrt zur Erforschung der illegalen Arbeit der Neubauer-Poser-Gruppe ..., 5.5.1956 und 14.6.1956.
143 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Lindau an Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, 23.11.1954; ebd., Einicke an Knittel, 3.12.1954.
144 BA DY 30, IV 2/9.04/51 Bericht über die Überprüfung des IML (o.D., Frühjahr 1957).
145 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Knittel an Einicke, Maßnahmen zur Vorbereitung eines Lehrbuchs, 26.3.1957.
146 BA DY 30, IV 2/9.07/62, IML (Einicke) an Büro des Politbüros (Otto Schön), 1.8.1959.
147 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Knittel an Sektoren Geschichte der Partei, 28.2.1958.
148 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Protokoll der Sitzung der Geschichts-Abteilung am 15. Dezember 1954, Genn. Glondajewski.
149 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Hausmitteilung Knittel, 1.10.1956, Beratung mit Genossin Lene Berg vom Institut für Gesellschaftswissenschaften am 18. September 1956.
150 BA DY 30, IV 2/9.07/85, IML (Einicke) an die Botschaft der DDR in Moskau, 11.12.1956.
151 BA DY 30, IV 2/9.07/61 Lindau an Ackermann und Einicke, 22.6.1953.
152 BA DY 30, IV 2/9.07/44, Einicke an das Arbeitsbüro beim ZK (Hähnel), 27.7.1956.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

che Forschung auf die Basis einer gesamtdeutschen Überlieferung zu stellen, ein unsanftes Ende.[153]

1951 hatte das Parteiorgan „Neuer Weg" einen Aufsatz Rudolf Lindaus mit der paradoxen Begründung abgelehnt, er sei „zu wichtig" und eine „Sache der zentralen Parteileitung". Lindau hatte darin an die Parteimitglieder appellieren wollen, „Umschau zu halten nach alten Genossen und Genossinnen mit reicher Parteierfahrung, die evtl. aus noch in ihrem Besitz befindlichen Dokumenten, Flugblättern, Briefen, Photos etc. oder aus persönlichen Erinnerungen ihren Beitrag liefern könnten für die neu zu bearbeitende Geschichte der Arbeiterbewegung." Lindau hatte selbst ein Archiv im Leunawerk „aufgestöbert, das wertvolles Material über die Kämpfe in Mitteldeutschland von 1919–1923" enthielt, und traute sich zu, „mit den nötigen Vollmachten versehen auch in anderen Orten Mitteldeutschlands noch allerhand herumliegendes Material für die Geschichtsforschung nutzbar zu machen." Am besten sei es jedoch, in jedem größeren Zentrum der Arbeiterbewegung einen älteren Genossen mit dieser Arbeit zu beauftragen.[154]

Unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 riet Lindau der jungen Geschichtsabteilung im MELS-Institut zur landesweiten „Ausnutzung der interessierten und qualifizierten Kräfte, die zum Teil – angeregt und ausgehend von den Bedürfnissen unserer Propaganda – persönlich die Initiative ergriffen" hätten. Für die Parteigeschichtsforschung sei kein durchperiodisierter „starrer Herstellungsplan in feststehender, chronologischer oder anderer vorbestimmter Reihenfolge" nötig, sondern ein „elastischer Plan, der alles aufnimmt". „Schwungvolle Initiative und werbende Arbeitsresultate" würden dann wie von selbst „das Institut zum leitenden Zentrum dieser Arbeiten ... machen, ohne der persönlichen Initiative, die sich in der Tagespresse, in Zeitschriften usw. sich äußert, bürokratische Fesseln anzulegen."[155]

Das Institut beschritt den entgegengesetzten Weg und versuchte Anfang 1954 seinen Führungsanspruch über die örtliche Geschichtsforschung auf administrative Weise durchzusetzen.

Anfang 1954 fand in Halle die Tagung einer „Forschungsgemeinschaft zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" statt, die sich um den Arbeitskreis Leo Sterns gebildet hatte. Die Delegierten des Parteiinstituts waren kaum mehr als naßforsche Dilettanten, denen einer der renommiertesten Parteihistoriker gegenüber saß. Auch hatte die Forschungsgemeinschaft bereits Materialien angehäuft und methodische Fortschritte gemacht, von denen das Berliner Institut nur träumen konnte. Beispielsweise verfügte sie über eine mehrbändige Übersicht mit allen bekannten Archivalien zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Trotz oder vielmehr gerade wegen solcher Verdienste, es ging um die zentrale Definitionsmacht, reagierte das ZK-Institut mit entschiedener Schärfe und entwickelte räuberischen Instinkt.

Es sprach der Forschungsgemeinschaft „in der gegenwärtigen Zusammensetzung" rundweg die nötige „wissenschaftliche" Kompetenz ab. „Die Auswertung und eventuelle Veröffentlichung" könne „nur unter der Leitung unserer Partei erfolgen". Die wichtigsten Materialien zur Parteigeschichte seien „aus Gründen der Sicherheit und der Erforschung mit den

153 Ebd., Einicke an das Arbeitsbüro des ZK, 5.8.1954; ebd., Beratung mit Paul Verner, 25.8.1954; Einicke an das Arbeitsbüro (Paul Verner), 6.4.1956 (1954–1956).

154 BA NY 4215, 39, Lindau an Oelßner, 4.12.1951.

155 BA DY 30, IV 2/9.07/61 Lindau an Ackermann und Einicke, 22.6.1953.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Methoden des Marxismus-Leninismus im Institut für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut zu zentralisieren" und auch die erarbeiteten Bestandsübersichten abzugeben. Die einzelnen Mitarbeiter dürften nach entsprechenden Konsultationen unter Aufsicht weiterarbeiten.[156] Den Vorwand zum Eingreifen und zu einer heftigen Attacke Ernst Diehls im ND bot ein ehemals nationalsozialistischer Historiker im Team Leo Sterns, Werner Frauendienst.[157]

Lindau riet dem Institut, sich zwecks „breiter Erfassung, sofortiger Registrierung und geordneter, sachgemäßer Weiterleitung" des „aus der faschistischen Massenvernichtung noch geretteten" Materials „auf geeignete, interessierte, ehrenamtliche Mitarbeiter" in den Kreisen zu stützen. Er empfahl das Beispiel der Kreisleitung Pankow, die die Ehrung ihrer Veteranen mit einem vorgedruckten Spendenaufruf verknüpfte:

„Liebe Genossin/ Lieber Genosse! Am heutigen Tag Deiner Auszeichnung für langjährige Mitgliedschaft in der Partei wenden wir uns mit einer Bitte an Dich ... Um der Partei zu helfen ... benötigen wir viel dokumentarisches und Erinnerungsmaterial ...

1. Erinnerungen langjähriger Parteimitglieder von Teilnahmen an Streiks, Demonstrationen, bewaffneten Kämpfen, Aktionen in der Illegalität, sowie an Parteitagen, Konferenzen, innerparteilichen Kämpfen gegen Parteifeinde.
2. Dokumente der Arbeiterbewegung wie Photographien von Funktionären der Arbeiterbewegung, Aufnahmen von 1. Mai-Feiern, Demonstrationen, Streiks und anderen Kämpfen, sowie alten Mitgliedsbüchern, Urkunden, Broschüren, Zeitungen, Plakate usw.
3. Erinnerungen an Begegnungen mit führenden Genossen, Briefe usw.
4. Nachrichten über ermordete und zu Tode gemarterte Genossen.

Hilf auch Du mit Genosse, daß die wertvollen Erfahrungen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse unseren heutigen Kampf noch wirkungsvoller machen."[158]

Immer auch Zensor, heckte Lindau dabei einen giftigen Hintergedanken aus: „Übrigens hat die systematische Sammelarbeit auch noch den Vorteil, daß Literatur in die Archive kommt, die in den ‚Giftschrank' gehört, von Privaten als selten und ‚wertvoll' gehütet und auch in Umlauf gegeben wird."[159]

Das IML mußte jedoch mit spezifischen Formen einer natürlichen Beharrungskraft der Provinz rechnen, die sich nur widerstrebend ihre Erinnerung absaugen ließ. Durch trübe Erfahrungen gewitzt, gaben die Veteranen ihr Material zwecks „Garantie gegen die ‚individuelle Aneignung' der Sammelstücke, die erfahrungsmässig beliebt" war, längst nur noch gegen Quittung heraus.[160] In Gotha verlangte das Parteikabinett, anstatt das Archiv der Zentrale zu füllen, gar die Rückgabe einer in Berlin verschwundenen Rotfrontkämpferbund-Fahne, die man heroisch vor den Nazis versteckt, ja eingemauert hatte, und wenigstens eine

156 BA DY 30, IV 2/9.07/116, Vorschläge des MELS-Instituts zur systematischen Auswertung der von der „Forschungsgemeinschaft zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" gesammelten und registrierten Dokumente und Materialien (Einicke), 18.1.1954.

157 Mario Keßler, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, S.270ff.

158 BA DY 30, IV 2/9.07/119, Kreisleitung Pankow, 15.7.1955.

159 Ebd., Lindau an MELS-Institut, 20.7.1955.

160 Ebd.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Kopie „des urschriftlichen Protokolls vom Vereinigungsparteitag 1875", das Fred Oelßner eingesteckt hatte.[161]

Vor dem IV. Parteitag 1954 initiierte das ZK in allen Bezirken parteigeschichtliche Kommissionen. Soweit diese nicht überhaupt fiktiv waren, entschliefen sie bald, und „die weitere Arbeit wurde durch die Initiative einzelner Genossen fortgeführt".[162] Manche Kreisleitungen und Bezirkskommissionen – als schwarze Schafe in dieser Hinsicht galten Cottbus, Rostock und Suhl – ignorierten schlicht und einfach alle Anschreiben des IML, und kamen infolge der unbequemen Verkehrsverhältnisse und der Arbeitsüberlastung im Institut jahrelang ganz gut mit dieser Indolenz durch.[163] 1962 dagegen galten die Bezirkskommissionen von Gera, Potsdam und Cottbus als „nicht arbeitsfähig", während in Frankfurt/Oder und Schwerin die Arbeit der Kreiskommissionen ruhte.[164] Allerdings ging es den Bezirkskommissionen bei der Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion kaum besser. Eine Arbeitsgruppe von Veteranen „in Roßwein wußte nichts von einer Kreiskommission Döbeln und nichts von einer Bezirkskommission in Leipzig, und Leipzig wußte nichts von einer Roßweiner Gruppe."[165]

Seit 1956 boomte die vom IML angekurbelte lokale Traditionspflege, eine direkte Folge der Entstalinisierung, die „Archivratten" wieder salonfähig gemacht hatte. Als vorbildlich galten Halle, wo die Bezirkskommission eine „sehr gute kollektive Arbeit" leistete, Gera und Karl-Marx-Stadt. Magdeburg stand „am Anfang einer systematischen Arbeit" und Leipzig hatte immerhin einen Plan mit „richtiger Aufgabenstellung" vorgelegt. Auch an der Oder war die „Bezirkskommission aktiviert. Die Kommission macht erhebliche Anstrengungen, um zu einer guten Arbeit zu kommen. Frankfurt braucht unsere Hilfe."[166] Hier gab es Ende 1956 auf dem Papier zwar 11 Kreiskommissionen, doch nur in Freienwalde und Bernau wurde gearbeitet. Irgendwie erkannte der Fachmann bereits an solchen Arbeitstiteln wie „Was an Friedrich II. groß war" oder die „Bluttat von Arensdorf", daß dieser Lokalforschung noch die „Ausrichtung" fehlte und „politisch gewildert" wurde.[167] Empfohlen wurde die „Magdeburger Methode", den Veteranen als Erinnerungsstütze einen Fragebogen zu geben. Wismar schaffte „monatlich fünf bis zehn Parteiveteranen", und Erfurt versammelte gar 180 von ihnen „14 Tage bei freier Kost und Unterkunft in einem Heim": „Eine gute Methode ist der Hausbesuch, besonders bei alten und gebrechlichen Genossen. Erst durch solche persönlichen Besuche wurde oft festgestellt, welche wichtigen Dokumente und anderes Material sich in ihren Händen befindet." So erhielten die Kommissionen ständig „Dokumente, Zeitungen und Flugblätter, die bisher bei den Genossen schlummerten."[168]

161 BA DY 30, IV 2/9.07/119, Widerstandsbrigade an Einicke, Berichte über die Fahrt zur Erforschung der illegalen Arbeit der Neubauer-Poser-Gruppe ..., 5.5.1956 und 14.6.1956.

162 Ebd., Rundschreiben an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen, 20.6.1955.

163 BA DY 30, IV 2/9.07/120, Sektor Erinnerungen und örtliche Arbeiterbewegung, Jahresarbeitsbericht 1957, 18.11.1957, S. 56.

164 BA DY 30, IV 2/9.07/122, Arbeitsgruppe örtliche Arbeiterbewegung (Maur), Arbeitsbericht 1961, 21.11.1961.

165 BA DY 30, IV 2/9.07/120, Bericht vom gegenwärtigen Stand der Arbeit der Bezirkskommissionen ... (1. Quartal 1957).

166 Ebd., Bericht vom gegenwärtigen Stand der Arbeit der Bezirkskommissionen ... (1. Quartal 1957).

167 BA DY 30, IV 2/9.07/59, Hans Ulbricht, Bericht vom Lehrgang in Bieberstein (13.11.–19.11.1956).

168 BA DY 30, IV 2/9.07/120, Bericht vom gegenwärtigen Stand der Arbeit der Bezirkskommissionen ... (1. Quartal 1957).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Die Welle schwappte aus der Provinz auf den Schreibtisch des IML-Direktors Einicke zurück, der nicht nur von Halle, sondern auch noch gleich von Nordhausen als Veteran in die Pflicht genommen wurde, seine Erinnerungen aufzuschreiben.[169]

Im Oktober 1956 begannen Richard Gladewitz und Hans Ulbricht, zwei Spezialisten des IML für „Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung", ihr Terrain zu inspizieren. Der 75jährige Johann Wolf in Dresden verpflichtete sich, für sie Erinnerungen abzufassen, vermittelte ihnen die Adresse eines Neffen in Frankfurt am Main, der Originalbriefe Bebels besaß, und überreichte als Leihgabe eine Dokumentenmappe des „94 Jahre alten Genossen Hermann Petzold". Bei dessen „aktiv in der Dresdener Bergsteigerbewegung tätigen" Sohn fanden sie „reiche Bestände von alter, marxistischer Literatur". Fritz Hensel, „früher Chauffeur in der ‚Arbeiterstimme', schon in der Weimarer Republik wegen Zersetzung der Reichswehr zu 1 ½ Jahren Festung verurteilt", hatte „64 Blätter Erinnerungen" verfaßt und verpflichtete sich, „den Besuch im Altersheim bei der Genossin Huxol mit Hilfe der Genossin Gärtner durchzuführen." Beim Parteikabinett Dresden gab es „eine Liste von 8 älteren Genossen aus Dresden mit dem Hinweis, daß wir selbige ansprechen können, um von ihnen Erinnerungen zu erhalten. Ferner erhielten wir von dem Genossen Tegge 4 Erinnerungen", die, so war der Stand der Technik, als kurzfristige Leihgaben von Gladewitz und Ulbricht binnen dreier Wochen abgeschrieben werden mußten.[170]

Die kleine Arbeitsgruppe „Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung" ergänzte sich mit der Arbeitsgruppe „Erinnerungen" zu einem vorzüglichen Gespann. Innerhalb von zehn Jahren, zwischen 1951, als Paul Lenzner, vorher Lindaus Kodirektor an der Parteihochschule, mit der Sammlung begonnen hatte, und 1962, als gelegentlich einer Umstrukturierung von Heinz Voßke Bilanz gezogen wurde, wurden die „Erinnerungen von 1140 Genossen" zusammengetragen.[171] Lenzner hatte den Schwerpunkt darauf gelegt, Erinnerungen aus der Zeit vor 1914 zu sichern. Seine Nachfolgerin Charlotte Erxleben, Lindaus ehemalige Assistentin, verwaltete 1957 ein weitergestecktes Aufgabenfeld: „Umfangreicher Schriftwechsel, ca. 20 Veteranenbesuche im Institut, ca. 12 Veteranen wurden von uns aufgesucht; auf Bitte der KP der Tschechoslowakei wurden schriftlich unsere Erfahrungen in der Arbeit mit Veteranen niedergelegt, es wurde Hilfe geleistet für andere Institutionen z.B. Aufstellung angefertigt von Teilnehmern am Januarstreik 1918, Spartakusbund-Mitgliedern. Wer an der Ostfront kämpfte usw.; Genossin Erxleben wurde zur Hilfe bei der Vorbereitung von Veteranenempfängen durch das ZK herangezogen, es gingen Arbeiten zur Beurteilung ein, es gingen Materialien, Bücher und ca. 70 Fotos von der Novemberrevolution ein, die dem Institut übergeben werden konnten; es wurde Hilfe geleistet in Bezug auf die Lenin-Erinnerungen; Genn. Erxleben nahm an drei Sitzungen der zentralen Veteranen-Kommission teil; für das ND wurden zwei Leserzuschriften überprüft ... Es muß darauf hingewiesen werden, daß ein großer Rückstand in bezug auf die karteimäßige Erfassung und

169 BA DY 30, IV 2/9.07/119, Stadtleitung Halle, an Einicke, 9.8.1956; ebd., Kreisleitung Nordhausen an Einicke, 27.11.1956.

170 BA DY 30, IV 2/9.07/119, Bericht von der Reise nach Dresden, Erfurt, Sömmerda, Weimar und Jena, 31.10.1956.

171 Vgl. Beatrice Vierneisel, Das Erinnerungsarchiv. Lebenszeugnisse als Quellengruppe im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in: Martin Sabrow (Hg.), Verwaltete Vergangenheit, S. 117–144. BA DY 30, IV A 2/9.07/281, Information über die Arbeitsgruppe Erinnerungen, 13.6.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Auswertung aller Eingänge von Material und Erinnerungen eingetreten ist ..."[172] 1957 konnte man dem Deutschlandsender auf Anforderung die Erinnerungen von Veteranen verschaffen, die am Brotstreik 1917 beteiligt waren.[173]

Bei der „karteimäßigen Auswertung der Erinnerungen" war „mit neuen Kategorien begonnen worden, z.B. zu erfassen: Delegierte des Gründungsparteitages der KPD, Revolutionäre Obleute, Mitglieder des Spartakusbundes, Gründer der KPD in den Bezirken, führende Funktionäre der KPD und Massenorganisationen." Die Zentrale Veteranenkommission beim ZK behandelte die Parteiehrenrenten. Charlotte Erxleben wurde dort hinzugezogen, „um beim Durchsprechen der Anträge abschätzen zu können, zu welchem Veteranen" die Aufnahme des Kontaktes lohnte. Viel zu spät – lag es daran, daß sein Sohn im GULAG ermordet war? –, aber dafür gleich fünfmal hatte man den 83jährigen Hermann Duncker, eine lebende Legende, aufgesucht, ohne den gewünschten Erfolg, „da sein Erinnerungsvermögen bereits zu schwach" war.[174]

6. Die Zensur lokaler Traditionen

Soviel geforscht, erzählt und gesammelt wurde, war „die Verbindung mit der Partei noch recht gering" und, wie man im Institut fand, ein „langes Fortwuchern fehlerhafter Einschätzungen" zu beobachten.[175] Auf dem Lehrgang in Bieberstein wurden nach Feierabend die Rollen gewechselt. Genosse Ulbricht erzählte „aus seiner 11jährigen Gefangenschaft im Zuchthaus und Konzentrationslager", Gladewitz aus seinem „illegalen Kampf in Deutschland, Spanien und Frankreich", da richtete sich das Gespräch schon wieder auf den legendenumwobenen Robin Hood Thüringens und Anarchisten Max Hoelz.[176] Die Belebung der parteigeschichtlichen Forschung ließ kaum vernarbte Wunden aufbrechen. Gladewitz beobachtete in Bieberstein „zwei ungesunde Tendenzen", „einerseits eine Zurückhaltung bei ehemaligen Mitglieder der SPD und andererseits Sektierertum bei ehemaligen Mitgliedern der KPD": „Wohin das Sektierertum führt, dafür das Beispiel Apolda. Die Kreiskommission in Apolda hat sich aufgelöst. Die Mitglieder haben sich geeinigt, daß sie sich nicht einigen können. Die Ursache war der Streit, wer früher Recht gehabt habe". Ein Genosse aus Freiberg wollte seine Erinnerungen lieber für sich behalten: „Was soll ich denn schreiben? Ich war ja nur Sozialdemokrat." „Die Kreisleitung Sömmerda organisierte im Herbst 1956 eine Ausstellung über die Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Sömmerda. Bei den Vorbesprechungen zu dieser Ausstellung kam es unter den alten Genossen zu Auseinandersetzungen und zwar zwischen ehemaligen Anarchisten und KPD-Mitgliedern. Die Genossin Rapps vom Parteikabinett wollte die Ausstellung nicht gefährden und brachte den Vorschlag: Den ersten Teil der Ausstellung werden die Genossen Anarchisten entwickeln und

172 BA DY 30, IV 2/9.07/120, Sektor Erinnerungen und örtliche Arbeiterbewegung (Ch. Erxleben), Arbeitsbericht 3. Quartal 1957, 4.10.1957.

173 Ebd., Arbeitsbericht 2. Quartal 1957, 2.7.1957.

174 Ebd., Arbeitsbericht 1. Quartal 1957, 1.4.1957.

175 BA DY 30, IV 2/9.07/119, H. Gemkow, Kurze Information über zwei Dienstreisen nach Karl-Marx-Stadt, Halle und Magdeburg, 20.12.1955.

176 BA DY 30, IV 2/9.07/59, Hans Ulbricht, Bericht vom Lehrgang in Bieberstein (13.11.–19.11.1956).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

der zweite Teil wird von den KPD-Genossen gemacht. So entstand die Ausstellung. Jeder kann sich denken, was dabei herauskam. Die Bezirksleitung hat sofort die Ausstellung wieder abbauen lassen."[177]

In Sömmerda brütete die Anarchie. „Tag und Nacht" hatte der Genosse Seidler an der Betriebsgeschichte des VEB Rheinmetall gesessen und das Ergebnis unbegutachtet in 6 Nummern der Betriebszeitung „Pulsschlag der Arbeit" veröffentlicht. Diese Artikel hatte Gladewitz überprüft: „Das Ergebnis war erschütternd und stellt ein Beispiel dar, wie Geschichte nicht geschrieben werden kann. Da die Zeitung in einer Auflage von 8000 Exemplaren erscheint, war es sofort notwendig, eine Aussprache mit dem Gen. Seidler herbeizuführen, um zu verhindern, daß auch weiterhin eine solche unmögliche Geschichtsschreibung den Arbeitern im ‚Rheinmetall' vorgelegt wird ... Der Gen. Seidler erwies sich als ein Genosse, der außerordentlich schwer zu behandeln ist. Er ist seit 1945 Mitglied der Partei. Selbstkritik ist ihm wahrscheinlich fremd. Es gelang uns, ihn dennoch zur Ruhe zu ermahnen und ihm begreiflich zu machen, daß es gar nicht darum geht, ein Strafgericht über den Gen. Seidler abzuhalten, sondern daß wir gekommen sind, um zu helfen, wie man Geschichte schreiben muß." Der Autor war „in seiner Darstellung viel zu weit zurück auf das Jahr 1814" gegangen und hatte alle Periodisierungsansätze unterlaufen. Die Polemiken gegen den „Schöpfer des Betriebes, Munitionsfabrikanten Dreyse" (es handelte sich immerhin um den Erfinder der Dreysine), bezeichnete Gladewitz als „Ausschweifungen", die „die Heranführung an die Neuzeit natürlich zu kurz kommen" ließen. Außerdem war die Rede von einer „glänzenden Aera der Bourgeoisie, des Kaiserreichs und damit der kapitalistischen Produktionsweise" und eine abwegige Einschätzung der imperialistischen Epoche zu bemängeln: „Es ergab sich, daß die vorliegende Arbeit keine Kollektivarbeit war. Weder bei der Bezirksleitung Erfurt noch bei der Kreisleitung Sömmerda, ebenso wenig beim Parteikabinett in Sömmerda waren die Beiträge vor der Drucklegung bekannt."[178]

Eine Broschüre „Aus der proletarischen Kinderbewegung Görlitz" verschwieg, „daß die rechten Führer der SPD und der sozialdemokratischen Kinderbewegung – ohne daß viele sozialdemokratische Genossen das erkannten und wollten – diese einseitige ‚Kinderpflege'-Arbeit dazu benutzten, um die Kinder von einer Teilnahme am Klassenkampf abzuhalten ..."[179] Eine „Geschichte Ohrdrufs" wurde als „Sammelsurium bürgerlicher Auffassungen" und „Musterbeispiel dafür abqualifiziert, wie eine Ortsgeschichte nicht geschrieben werden" dürfe.[180] Es tat den IML-Gutachtern manchmal selber leid, „so hart die großen Mängel aufzeigen" zu müssen: „Obwohl der Verfasser keine prinzipiellen Fehler machte, bleibt er stets an der Oberfläche der Erscheinungen haften", lautete eine ihrer tückischen Floskeln.[181] Mit „oberflächlich" meinten sie den Zufall und die Kontingenz, die Dominanz der lokalen Aspekte, die Ignoranz den dürren „Gesetzmäßigkeiten" der Zentrale gegenüber. Man kann sich fragen, was die Parteihistoriker eigentlich anderes erwartet hatten, wenn sie alles, was

177 BA DY 30, IV 2/9.07/120, Bericht vom gegenwärtigen Stand der Arbeit der Bezirkskommissionen ... (1. Quartal 1957).

178 BA DY 30, IV 2/9.07/119, Bericht über das durchgeführte Seminar bei der Kreisleitung Sömmerda am 29.11.1956.

179 BA DY 30, IV 2/9.07/122, IML (Leibbrand) an die SED-Bezirksleitung Dresden, 15.6.1961.

180 Ebd., IML (Voßke) an die SED-Kreisleitung Gotha, 15.3.1961.

181 BA DY 30, IV 2/9.07/120, IML (Knittel) an das Fritz-Heckert-Werk, Karl-Marx-Stadt, 16.12.1957 nebst Stellungnahme (Klaws).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

ihrer Geschichte Spannung und Farbe verleihen konnte, nach besten Kräften wieder daraus entfernten. Sie glichen dem „Zauberlehrling", der der heraufbeschworenen elementaren Kräfte nicht Herr wird.

Im Kreis Wurzen hatte die „Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung" den ersten Teil einer Biographie des im Lager Dora umgekommenen ZK-Mitglieds Albert Kuntz sechsmal überarbeitet und war der Meinung, daß die Arbeit abgeschlossen sei. Das IML sollte ihren Text nur noch „stilistisch überarbeiten und eventuell falsch dargestellte Ereignisse ergänzen." Das Institut taxierte das Manuskript jedoch als Rohentwurf. Manche persönliche Erlebnisse, so der Leiter der Geschichtsabteilung Knittel, seien „unwichtig" und gehörten „wohl nicht in eine ernstzunehmende politische Arbeit hinein." Hingegen fehle eine präzise Charakteristik des Imperialismus, der parteiinternen Auseinandersetzungen usw. Deshalb sei „die Arbeit noch zu problemlos, die Haltung von Albert Kuntz zu den erkämpften Fragen" fehle. Knittel empfahl nach der unvermeidlichen Einarbeitung von „Albert Kuntz Rolle in der Novemberrevolution in Wurzen" aus dem gesammelten Material einen „Artikel von 8–12 Seiten Umfang zu schreiben".

Über diese Stellungnahme war die Wurzener Kommission so enttäuscht, daß sie Kurt Hager in der Frage um Hilfe bat, „wer auf dem verkehrten Pferd sitzt, wir oder der Genosse Knittel." Knittel lasse sich nicht „von dem praktischen Leben leiten", sondern antworte „sehr theoretisch, so daß wir nicht wissen, was wir überhaupt mit diesem Schreiben anfangen sollen. Obwohl er uns auf einige Fakten aufmerksam macht, können wir nicht verstehen, daß diese Probleme sehr ausgeprägt über Albert Kuntz aufgenommen werden müssen." Es handle sich um eine Biographie, nicht um „eine allgemeine Einschätzung und Behandlung des deutschen Imperialismus und der gesamten politischen Lage in Deutschland", für die „erst alle 3 Jahre Hochschulstudium absolvieren" müßten: „Deshalb haben wir uns nur auf Wurzen beschränkt."[182]

Welche praktischen Maßnahmen ergaben sich aus solchen Konflikten? In der Regel, so in Wurzen und Sömmerda, kam es zu „Aussprachen" und Verhandlungen. Im Fall der „Geschichte Ohrdrufs" forderte der IML-Gutachter, „den weiteren Vertrieb dieser Publikation sofort einzustellen und vor allem zu unterbinden", daß der fünfte, das 20. Jahrhundert betreffende Teil erschien. Dessen Veröffentlichung könne erst erfolgen, „wenn nach eingehenden kollektiven Beratungen alle Fehlerquellen beseitigt und das Manuskript durch das Büro der Kreisleitung bestätigt wurde". Das IML konnte solche Maßnahmen nicht selbst beschließen und durchsetzen, sondern bedurfte, ähnlich der spanischen Inquisition, bei seiner „ideologischen Hilfe" des weltlichen Arms. Das IML erinnerte die Kreisleitung deshalb mit sanftem Nachdruck an ihre „Verantwortung" für die Arbeit ihrer Geschichtskommission und schickte einen Durchschlag an die Bezirksleitung.[183]

Die „Kommissionen der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung" besaßen den Status von „Hilfsorganen" der „gewählten Bezirks- und Kreisleitungen der Partei", die somit für deren Bildung, Anleitung und Kontrolle, sowie für die „Bestätigung ihrer Arbeitspläne und Veröffentlichungen" verantwortlich waren. Dabei „stützten" sie sich auf ihre Abteilungen

182 Ebd., Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Wurzen an Hager, 28.3.1958; ebd., IML (Knittel) an die Kreisleitung Wurzen, 17.3.1958.

183 BA DY 30, IV 2/9.07/122, IML (Voßke) an die SED-Kreisleitung Gotha, 15.3.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

für Propaganda und Agitation,[184] die zentral von einer andern ZK-Abteilung (Agitation und Propaganda) als das IML angeleitet wurden, das der Abteilung Wissenschaften unterstand. Zudem tummelten sich in den Kommissionen alle möglichen „Multifunktionäre", die Repräsentanten der Massenorganisationen FDJ, FDGB und Kulturbund sowie engagierte Veteranen, die vielleicht nicht ganz ohne Einfluß waren.[185] Wie um die Situation noch zusätzlich zu komplizieren, galten die Bezirke Karl-Marx-Stadt und Magdeburg als Hoheitsgebiet des Instituts für Gesellschaftswissenschaften.[186] Im Namen des „Gewi-Instituts" betreute beispielsweise Ingrid Mittenzwei eine vielumstrittene „Geschichte des Leuna-Werkes" und hoffte am Beispiel der sowjetischen Demontagen „den in manchen Köpfen noch vorhandenen Schutt aus der Vergangenheit herauszufegen" und „die Gründe zu finden, die einen großen Teil ehrlicher Arbeiter in die Arme der Antisowjethetzer trieben."[187]

Das IML operierte also in einem labilen Kräftefeld. Es verdankte seine Autorität im wesentlichen der Passivität der übrigen Instanzen und deren Furcht, etwas falsch zu machen. Auch die Arbeitsgruppe „Örtliche Arbeiterbewegung" des IML ging keineswegs verantwortungsfreudig an die Aufgabe der Begutachtung der lokalen Publikationen heran, sondern tat ihr möglichstes, diese so arbeitsaufwendige wie riskante Aufgabe von sich abzuwälzen.[188]

Paradoxerweise konnte gerade die relative Schwäche des IML in diesem komplizierten Begutachtungssystem, dessen, wenn man so will, basisdemokratische Komponente, zu einer Verschärfung der Prozedur führen. Die „Aussprache" in Sömmerda von 1956 endete entsprechend der politischen Großwetterlage noch vergleichsweise friedlich.

Gladewitz stellte die Frage: „Ist Seidler ein Parteifeind? Antwort: Nein, das kann man nicht sagen. 2. Frage: Kann Seidler etwas? Antwort: Ja. Gestützt auf diese Auskünfte ging ich zu Seidler, sprach mit ihm nur 5 Minuten, und er versprach mir in die Hand, zum Seminar zu kommen, und am Schluß des Seminars hat er eine Erklärung abgegeben, daß er bereit ist, auch weiter zu arbeiten als Vorsitzender der Kommission." Daraufhin erklärte allerdings Genossin Graps ihren Rücktritt, sie „habe dieses Betrugsmanöver von Seidler satt. Jedesmal, wenn jemand von oben kommt, geht Seidler in die Knie, gibt feierliche Erklärungen ab, bekennt sich zu seinen Fehlern, aber wenn die Funktionäre wieder fort sind, dann spielt er den wilden Mann." Gladewitz beeilte sich, den Fall wieder an die Kreisleitung Sömmerda abzugeben.[189]

1958, unter den Vorzeichen der „ideologischen Offensive" vor dem V. Parteitag, geriet eine ähnliche „Aussprache" in Eisleben zu einem spektakulären Showdown, zu einer elfstündigen „Erziehung der jungen Historiker ... durch die unmittelbare Teilnahme der

184 BA DY 30, IV 2/9.07/120, Richtlinien. Die Aufgaben des IML zur Förderung der Arbeit der Kommissionen „Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung", 12.2.1957.
185 Ebd., Zahlenmäßige Besetzung der Bezirkskommissionen (Frühjahr 1957).
186 BA DY 30, IV 2/9.07, 26, IML (Knittel), Hausmitteilung, 1.10.1956.
187 BA DY 30, IV 2/9.07/59, Referat der Genossin Mittenzwei.
188 BA DY 30, IV 2/9.07/120, Richtlinien. Die Aufgaben des IML zur Förderung der Arbeit der Kommissionen „Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung", 12.2.1957.
189 BA DY 30, IV 2/9.07/119, Bericht über das durchgeführte Seminar bei der Kreisleitung Sömmerda am 29.11.1956.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Arbeiter",[190] zu einem „lebendigen Anschauungsunterricht in der Frage ..., wie man parteilich an die Darstellung der Geschichte herangehen sollte."[191]

Alles begann mit der Beschwerde eines Bergmanns beim IML, einer im Auftrag der Veteranenkommission der Kreisleitung des Mansfeld-Hütten-Kombinats unternommenen Klage des Kaderleiters des VEB Kupferbergbau Fortschritt in Eisleben über den „Erlebnisbericht der Mansfelder Kumpel" von Wolfgang Jonas.[192] Die von den Hymnen Otto Gotsches („Zwischen Nacht und Morgen", 1955) und Stephan Hermlins umschmeichelten Helden des „Mansfelder Oratoriums" störte, daß Jonas einen ehemaligen sozialdemokratischen Bürgermeister und 1950 aus der SED ausgeschlossenen „Parteifeind" hatte zu Wort kommen lassen.[193]

Unter anderen Umständen wäre diese Beschwerde vermutlich unter „Sektierertum" abgebucht worden und in den Papierkorb gewandert. Doch der kritisierte Herausgeber war ein „Meisterschüler" Jürgen Kuczynskis, der das Vorwort verfaßt hatte und im Frühjahr 1958 gerade ins Kreuzfeuer der Parteipresse geraten war. Jonas war also praktisch Freiwild. Zudem war das Buch im FDGB-Verlag Tribüne erschienen, der Sonderprivilegien genoß, mit seinen Manuskripten nicht vorlagepflichtig war und sich dadurch dem ideologischen Vormachtsanspruch des IML auf dessen angestammtem Gebiet, der Geschichte der Arbeiterbewegung entzog. „Der Genosse Dr. Wolfgang Jonas und der Tribüne-Verlag besitzen das Recht, ohne unsere Kontrolle historische Arbeiten herauszugeben. Sie haben aber nicht beachtet, daß die örtliche Parteiorganisation bei Arbeiten lokalen Inhalts befragt werden muß", lautete der bissige Vorwurf des IML. Das IML gab den Mansfelder Kumpeln also recht. Es schade der Arbeiterklasse, Personen und Auffassungen zu publizieren, die die Partei „aus der Arbeiterbewegung beseitigen mußte." Außerdem ließe Dr. Jonas „die Kumpel sprechen, ohne sie genügend politisch zu lenken."[194]

Das IML entsandte Robert Büchner, einen Mitarbeiter von Gladewitz' Arbeitsgruppe, der in seltener Personalunion zugleich Zensor und Held der Geschichte war. Er hatte den Widerstand in Eisleben geleitet und war der Retter des sagenumwobenen Lenin-Standbilds.[195]

Zur „Sitzung der SED-Kreisleitung des Mansfeldkombinats (9.00–15.00)" waren Vertreter der Parteiorganisation der Akademie der Wissenschaften, der Schriftstellerverbände, der Presse, der staatlichen Zensurbehörde und der Geschichtsverlage erschienen.[196] Inzwischen lautete der Vorwurf, Jonas habe „auf das schwerste die Ehre der Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter in den Schmutz" gezogen und die „Ideologie der Unfähigkeit der Arbeiterklasse, ihren Staat und ihre Betriebe selbst zu lenken und zu leiten" verbreitet, so daß die

190 BA DY 30, IV 2/9.07/120 IML (Büchner), Bericht von einer Aussprache über das Buch „Erlebnisbericht der Mansfelder Arbeiter" im Beisein des Autors am 2. Juni 1958, 4.6.1958.

191 BA DR–1, 5008, DG-Antrag Wolfgang Jonas, A. Große (Ministerium für Kultur) an Rütten & Loening, 24.5.1958.

192 Zu Jonas vgl. Jan Peters, Unterwegs zwischen Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte, S. 330, in: Georg G. Iggers u.a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem., S. 325–339.

193 BA DY 30, IV 2/9.07/120, VEB Kupferbergbau „Fortschritt" (Kaderleiter) an das MEL-Institut, 12.3.1958.

194 Ebd., IML (Knittel) an den VEB Kupferbergbau „Fortschritt" (Kaderleiter), 8.4.1958.

195 Robert Büchner, Zur Geschichte der Rettung und Aufstellung des Lenin-Denkmals in Eisleben, BzG 1960, Sonderheft, S. 212–225. Vgl. GdA Bd.V, S. 283 und 432.

196 BA DY 30, IV 2/9.07/120 IML (Büchner), Bericht von einer Aussprache über das Buch „Erlebnisbericht der Mansfelder Arbeiter" im Beisein des Autors am 2. Juni 1958, 4.6.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„klassenfeindliche Theorie vom absterbenden Mansfelder Kupferbergbau Wurzeln zu schlagen" drohte.[197] Der Autor wies die Vorwürfe zunächst zurück, und gab nur „die Aufnahme des Erlebnisberichtes eines aus der Partei ausgeschlossenen Sowjetfeindes" als Fehler zu. Dann kam es „zu einer alle tiefbewegenden, grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Hauptfragen ...", und „nun schälte die Diskussion" den „schändlichen", „objektiv klassen- und parteifeindlichen Charakter des Buches ... im Interesse der jetzigen imperialistischen Machthaber des Bonner Staates und ihrer rechtssozialistischen Lakaien vom Schlage eines Carlo Schmid" heraus: „Mit diesem herausgearbeiteten ideologischen Kern der Diskussion wurde nun die Aussprache mit Genossen Jonas vor einem Forum von 300 Genossen Arbeitern fortgesetzt (15.00–20.00). Die Kumpel übernahmen jetzt in vorbildlicher Weise, mit Fragen und Diskussionsbeiträgen, die ideologisch-politische Abrechnung mit dem Charakter des Buches und die parteiliche Erziehung des Autors und damit zugleich der anderen im Saale anwesenden Intellektuellen." Schließlich, „Schritt für Schritt durch unerbittliche Kritik dazu getrieben", bekannte der Autor, „im Sog der Schwankungen" von 1956 der Partei „in den Rücken gefallen" zu sein. Der Tribüne-Verlag gab in dem Hexenkessel klein bei und versprach, das Buch einzuziehen.[198] Es war infolge des Trubels vergriffen.[199]

Dieser rauschhafte Triumph einer schier unfehlbaren IML-Avantgarde im Bündnis mit den Massen richtete die zensurpolitische Autorität des Instituts turmhoch auf. Wie jäh war der Fall! Gerade wurden die Erinnerungsbände zum vierzigsten Jahrestag der Novemberrevolution vorbereitet. Das IML warf sein ganzes Ansehen in die Waagschale, um die Bezirkskommissionen auf den „sozialistischen Charakter" der Novemberrevolution einzuschwören. Auf einer großen Konferenz der örtlichen Kommissionen hielt dessen profiliertester Verfechter, Robert Leibbrand, ein entsprechendes Grundsatzreferat. Das IML war sich seiner Sache so sicher, daß man gar nicht mehr mit der Parteihochschule diskutierte, sondern die hektographierten Richtlinien zur Darstellung der sozialistischen Revolution gleich in die Provinz verschickte.[200]

Wenige Tage später dekretierte Ulbricht den „bürgerlich-demokratischen Charakter" der Novemberrevolution. Daß das IML in dieser Frage aller Fragen auf das falsche Pferd gesetzt hatte, wurde die peinlichste, von Hanna Wolf weidlich ausgeschlachtete Blamage der Institutsgeschichte. Das IML mußte sich fragen lassen, inwieweit überhaupt der historische Materialismus Grundlage und Methode seiner Arbeit sei, und zögerte nicht, die „örtlichen Kommissionen" als die wirklichen Sündenböcke hinzustellen.

„Wie bekannt, sind in der Deutschen Demokratischen Republik im Bezirk Erfurt, Halle (Mansfeld), Burg usw. Broschüren zur Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung erschienen, die ernste Mängel in den verschiedenen Richtungen aufzeigen. Es ist geplant, Maßnahmen festzulegen, die dazu beitragen, daß sich solche ernsten Mängel bei der Herausgabe von Broschüren auf der Bezirks- und Kreisebene nicht wiederholen. Wir wollen

197 BA DR–1, 5008, DG-Antrag Wolfgang Jonas, Kreisleitung VEB Mansfeld Hüttenkombinat an Parteileitung HV Verlagswesen, 13.5.1958 (Beschluß der Kreis-Delegiertenkonferenz vom 20.4.1958).

198 BA DY 30, IV 2/9.07/120 IML (Büchner), Bericht von einer Aussprache über das Buch „Erlebnisbericht der Mansfelder Arbeiter" im Beisein des Autors am 2. Juni 1958, 4.6.1958.

199 BA DR–1, 5008, DG-Antrag Wolfgang Jonas.

200 BA DY 30, IV 2/9.07/132, IML (Knittel), Bericht über die Vorbereitung und Durchführung der zentralen Arbeitskonferenz mit den Vertretern der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung am 10. und 11. April in Berlin, 24.4.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

u.a. einige bereits erschienene Broschüren sehr gründlich überprüfen, um auch an Hand dieser Arbeit darzulegen, wie der historische Materialismus bei der Erarbeitung von Broschüren, Artikeln und anderen Veröffentlichungen Anwendung finden muß."[201]

Man startete eine notdürftig getarnte Rückholaktion, um die falsch orientierten Erinnerungsbroschüren aus dem Verkehr zu ziehen. Es spricht für die Chuzpe der Institutsleitung, daß das entsprechende Rundschreiben an die Bezirke zwar alle möglichen „ideologischen Fehler" auflistete, aber kein einziges Wort über das eigentliche Problem, den „Charakter der Novemberrevolution" verlor. Die Kreis- und Bezirksleitungen trügen für solche Veröffentlichungen „die volle politische Verantwortung", diese müßten sie überprüfen und bestätigen. Das IML könne „nicht Zensurstelle oder Redaktionsbüro für mehr oder weniger unfertige Entwürfe sein."[202] Es dauerte nicht lange, bis aus Abtnauendorf, Eisleben, Mühlhausen und Sangershausen die fehlerhaften Manuskripte und Broschüren in Berlin eintrudelten, wo sie auf unnachsichtige Kritik stießen:

„Man muß feststellen, daß die ganze Arbeit durch ihre Verschwommenheit in der politischen Aussage revisionistischen Auslegungen der Geschichte der Arbeiterbewegung Tür und Tor öffnet. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Verfasser die Arbeit an Hand der Thesen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution gründlich überarbeiten und straffen ..."[203]

Hanna Wolf von der Parteihochschule fand solche Kritik im „Neuen Weg" „hundertfach berechtigt", sie könne auch „gar nicht scharf genug sein." Nur müsse das IML hinzufügen, daß es für diese Fehler „beschlußmäßig verantwortlich" sei, und die kritisierten Texte selbst autorisiert habe.[204]

Noch eben pünktlich, am 7. November 1958, erschien der Erinnerungssammelband „Vorwärts und nicht vergessen". Er enthielt „wichtiges Quellenmaterial zur Bestimmung des Charakters der Novemberrevolution"[205] und bewies damit richtig deren „bürgerlich-demokratischen Charakter".[206] Als der im Mai bereits fertiggestellte Band dem Verlag übergeben worden war, hatte er noch das Gegenteil bewiesen.[207]

201 Ebd., IML (Einicke), Betr. Charakter und Lehren der Novemberrevolution 1918, 18.6.1958.

202 BA DY 30, IV 2/9.07/120, An die Bezirksleitungen der SED (Entwurf), 1.7.1958 (vom ZK abgeschickt: 22.8.1958).

203 Ebd., IML (Knittel) an die SED-Bezirksleitung Leipzig (Globig), 29.9.1958; ebd., IML (Knittel) an die SED Kreisleitung Mühlhausen, 5.11.1958; IML (Leibbrand) an Bezirksleitung Halle, 28.8.1958; ebd., IML (Knittel) an die Kreisleitung der SED Eisleben, 18.10.1958 (Broschüre über die Novemberrevolution).

204 Ebd., Leserzuschrift von Hanna Wolf an die Redaktion „Neuer Weg", 21.10.1958.

205 BA DY 30, IV A 2/9.07/281, Information über die Arbeitsgruppe Erinnerungen, 13.6.1962, S. 1.

206 Robert Leibbrand, „Vorwärts und nicht vergessen", S. 221, in: BzG 1, 1959, S. 220–223.

207 BA DY 30, IV 2/9.07/132, Sektor Erinnerungen (Voßke) an „Geschichte der Partei", 20.6.1958; BA DY 30, IV 2/9.07/120, Sektor Erinnerungen und örtliche Arbeiterbewegung (Voßke), Arbeitsbericht 1958, 20.11.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

KAPITEL 3

Ulbrichts Glasperlenspiel: Die Thesen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution (1958)

1. Falscher Charakter

Nachdem das 28. Plenum 1956 die Gültigkeit von Stalins „Kurzem Lehrgang" in der DDR außer Kraft gesetzt hatte, stand auch das zentrale Dogma vom „bürgerlichen" bzw. „bürgerlich-demokratischen Charakter" der Novemberrevolution zur Disposition. Es bedurfte einiger Anstöße durch sowjetische Forscher und einer großangelegten, mehrere wissenschaftliche Konferenzen sowie ein monströses Publikationsprogramm einbeziehenden Kampagne zur Vorbereitung des vierzigsten Jahrestages am 9. November 1958, um Fluß in den kompliziertesten „Meinungsstreit" der SED-Geschichte zu bringen.[1] Es ist nicht jedermanns Sache, sich in die Abgründe eines Abendmahlstreites zu versenken oder darüber nachzugrübeln, wieviele Engel auf die Kirchturmspitze passen. Dem Streit um den „Charakter der Novemberrevolution" haftete auch unter hartgesottenen Dialektikern der Ruf scholastischer Wortklauberei an.[2]

Gehörte es zu den Hauptaufgaben der Mitarbeiter des IML, die Parteibeschlüsse „zu interpretieren und Schlußfolgerungen für die wissenschaftliche Arbeit daraus zu ziehen" und „ständig die aktuellen mit früheren Beschlüssen" zu vergleichen, so fanden sie in den unterschiedlichen Fassungen der „Thesen zur Novemberrevolution" ein dankbares Objekt.[3]

Die Meister des marxistisch-leninistischen Glasperlenspiels brüteten, weil es kaum ein schwieriges Problem der Parteigeschichte gab, dessen Interpretation nicht irgendwie von der Einschätzung des „Charakters der Novemberrevolution" abhing.[4] Alle möglichen „Lehren" ließen sich daraus ziehen. Anders als die Kommunisten von 1919 verkündete die SED eine

1 Vgl. Rüdiger Schütz, Proletarischer Klassenkampf und bürgerliche Revolution. Zur Beurteilung der deutschen Novemberrevolution in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Berlin 1988/1990, 759–795; Ernst Laboor, Zum Abbruch der Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution im Jahre 1958, in: BzG 1, 1995, S. 69–76; Joachim Petzold, Parteinahme wofür?, S. 115–155.

2 BA NY 4198 (Schreiner), 108, IML, Protokoll der wissenschaftlichen Beratung am 26./27. März 1958, S. 120 (Hanna Wolf).

3 Fritz Zimmermann, 40 Jahre BzG, S. 4.

4 Vgl. Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, S. 86ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

breite Bündnispolitik zumal, einem alten Rat Lenins folgend, mit der Bauernschaft. Ulbricht hatte es nach 1945, anders als 1919 Pieck, „richtig" gemacht und war unter Vorschaltung einer „bürgerlich-demokratischen" Phase in zwei Schritten zum Sozialismus übergegangen, ein Verfahren, das auch die westdeutsche KPD zum Vorbild nehmen sollte. Nach deren Verbot 1956 gewann wiederum die Frage nach der Notwendigkeit der „Partei neuen Typs" für die Bestimmung des „Charakters" an aktueller Brisanz usw. Solche „Lehren" waren Gegenstand massiver Propaganda.

Für Insider bot die Einschätzung der Novemberrevolution den Maßstab zur Bewertung der gesamten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als eines Kampfes zwischen Verrat brütenden „Opportunisten" bzw. „Zentristen" und einer mehr oder weniger versagenden Linken. Der alte Haß auf die SPD als den „sozialfaschistischen Hauptfeind" und die Verachtung der Weimarer Republik, also auch die verhängnisvolle Unterschätzung des Faschismus vor 1935, wurzelten in den Erinnerungen an die Gemetzel von 1919.

Im Herbst 1948 begründeten die „Thesen zur Novemberrevolution" den Umbau der SED zur „Partei neuen Typs" und die Diskriminierung der sozialdemokratischen Genossen, also nicht mehr und nicht weniger als den kommunistischen Primat, von dessen Akzeptanz der innerparteiliche Konsens der SED abhing. So wurden die „Thesen zur Novemberrevolution" von 1948, die deren Scheitern auf das Fehlen einer straffen zentralistischen Organisation zurückführten, zum neuen, mehr oder weniger ausdiskutierten Grundsatzpapier der SED als einer marxistisch-leninistischen Partei, die die „paritätischen Illusionen" von 1946 und Ackermanns „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" hinter sich gelassen hatte.[5]

Der ganze Diskurs um den „Charakter der Novemberrevolution" berührte entschieden sowjetische Interessen. Daß die deutschen Genossen um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht laut Lenin und Stalin die „Machtfrage" unterschätzt und es nur zu einer „bürgerlich-demokratischen Revolution" gebracht hatten, lieferte eine theoretische Begründung ihrer praktischen Abhängigkeit, für den unbedingten Vorbildcharakter der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution". Stalins Theorie vom „Sozialismus in einem Land", die Grundlage des sowjetischen Imperiums, reflektierte das Scheitern der Novemberrevolution. Aus Lenins Imperialismus-Theorie ließ sich hingegen, so schien es wenigstens den meisten Parteihistorikern der SED, deren epochengemäßer „sozialistischer Charakter" ableiten. „Ohne Partei" könne „man kämpfen, aber nicht siegen", so Ulbricht.[6] Doch war der Charakter einer Revolution nicht unabhängig von ihrem Ergebnis und beruhte auf der Analyse der Klassenverhältnisse und ökonomischen Grundlagen? Und war, worauf die eher spontanen Aktivitäten von Matrosen und Massen deuteten, die „Partei neuen Typs" nicht vielmehr eine Konzession an die rückständige Entwicklung Rußlands gewesen?

Was so auf nebulöse Weise in der Diskussion mitschwang, waren die „Grundfragen", über die, Entstalinisierung hin und her, auch nach 1956 weder im Institut für Gesellschaftswissenschaften noch im Berliner Politbüro entschieden werden konnte. Doch die Hauptverfechter des „sozialistischen Charakters" in der SED verfolgten durchaus praktische Absichten, die der scheinbar so abstrakt wirkenden Diskussion aktuelle Brisanz verliehen.

5 Thomas Friedrich/Christa Hübner/Herbert Mayer/Kerstin Wolf (Hg.), Entscheidungen der SED 1948, S. 201–282 (12. Tagung der Parteivorstandes des SED, 28./29.7.1948) und S. 371–407 (13. Tagung ... 16.9.1948).

6 BA DY 30, IV 2/9.07/132, Notizen aus Novemberdiskussion in Polit.-Büro Kommission, 3. Mai 1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Protagonisten wie Rudolf Lindau, Albert Schreiner oder Robert Leibbrand waren mit Pieck bei der KPD-Gründung dabeigewesen, schwelgten in heroischen Erinnerungen und wollten keine bürgerliche „Revolution zweiter Klasse". Sie wußten unendlich mehr, als im „Kurzen Lehrgang" vorgeschrieben stand, und streuten, daß der Emporkömmling Ulbricht 1919 noch Mitglied der USPD gewesen war. Hingegen neigte Ulbricht dazu, im Stil des „Kurzen Lehrgangs", die Novemberrevolution als ein einziges großes Desaster auszumalen, nicht ohne hinzuzufügen, daß er bisher aus Rücksicht auf Pieck darüber geschwiegen habe.[7] Die Botschaft war, daß es mit der KPD erst Jahre später, unter dem Einfluß Ulbrichts wieder aufwärtsgegangen sei. In den maßgeblichen Artikeln der „Großen Sowjetenzyklopädie"[8], wie 1950 in der „Einheit", hatte Ulbricht mehrfach für den „bürgerlich-demokratischen Charakter" optiert. Der Aufsatz in der „Einheit" lief als „zusammenfassende Darstellung" einer Arbeit, die Ulbricht „nach Erscheinen des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B) in den Jahren 1939 und 1940 ausgearbeitet hatte".[9] Sie war stark gekürzt.

In der Urfassung war Ulbrichts Version der Geschichte der Novemberrevolution – genaugenommen handelte es sich um Ulbrichts redaktionelle Vorschläge zu einem von Oelßner unter Pseudonym („Larew") verfaßten Entwurf – ein hochexplosiver Text und geeignet, jede parteigeschichtliche Linienführung zu ruinieren. Diese lief darauf hinaus, gewisse Fehler der KPD in der Einheitsfrontpolitik vor 1934 zuzugeben, aber ab 1935 die „Kontinuität" einer dank Walter Ulbricht konsequenten antifaschistischen Bündnispolitik zu behaupten. Der hatte jedoch 1939/40 ganz andere „Lehren" aus der Novemberrevolution ziehen müssen.

Damals legitimierten sie den Hitler-Stalin-Pakt und die Abkehr von der „Brüsseler Konferenz". Die rechten „sozialdemokratischen Führer" galten wieder als Hauptfeind. Die Thesen sollten die destruktive Wirkung der „Okkupierung der Ukraine" und der „Fortführung des Zweifrontenkrieges auf die militärischen Ereignisse im Westen" 1918 herausstreichen. Schon damals hatte Lenin mit dem „Reich" gegen die imperialistischen Westmächte Frieden geschlossen. Entsprechend dem „bürgerlich-demokratischen Charakter" der Novemberrevolution war es falsch gewesen, den Sturz Eberts „in einer Situation wo die Massen der Regierung noch folgten" zu betreiben. Die „Lehre" daraus, die später die westdeutsche KPD zur geduldigen Beherzigung von Lenins „Zwei Taktiken" aufforderte, lieferte 1939/40 den Schein einer theoretischen Begründung für den von Stalin verordneten Abbruch des Widerstands gegen Hitler.[10]

Man muß es wiederholen: In späteren Jahren diente die Lehre vom „bürgerlich-demokratischen" Charakter allemal dazu, die Wende von 1935 zur Volksfrontpolitik von Brüssel zu begründen. Doch ursprünglich war sie für den gegenteiligen Zweck bestimmt. Weil dieser paradoxe Ursprung der Diskussion im dunkeln bleiben mußte, blieb der „Charakter der Novemberrevolution" für die Beteiligten ein unergründliches Mysterium. Jedenfalls galt Ulbricht als Verfechter des „bürgerlichen Charakters". Es lag nahe, die andere

7 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Bericht über die Sitzung der Thesenkommission des ZK am 3.11.1960.
8 BA NY 4182 (Ulbricht), 1361.
9 Walter Ulbricht, Der Zusammenhang Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution, in: Einheit, November 1950, S. 979–1003, S. 979.
10 BA NY 4030 (Hoernle), 47, Brief Ulbricht an die Geschichtskommission der KPD 1940. Vgl. Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, S. 93.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Meinung als eine Ohrfeige für den 1. Sekretär zu interpretieren, den „sozialistischen Charakter" als eine gemeinsame Plattform für Frondeure.[11] Doch auf dem 28. Plenum im Sommer 1956 und selbst noch im Februar 1958 war Ulbricht durchaus bereit, die eigene „bürgerlich-demokratische" Position, die Novemberthesen von 1948 und seinen Aufsatz von 1950 in Frage zu stellen. „Damals konnte mit Rücksicht auf den ideologischen Stand der Partei noch nicht alles ausgesprochen werden", aber jetzt sei es „notwendig, ein neues Dokument zu schaffen, das alle Fragen restlos klärt", erklärte er in der Thesenkommission.[12] Die Antwort darauf, „ob wir die Massen in den letzten Jahren richtig geführt haben", lag für Ulbricht im „Charakter der Novemberrevolution" verschlossen.[13] Es ist nicht zu übersehen, daß er mit solchen Signalen erfolgreich die Demontage seines Hauptkonkurrenten Fred Oelßner betrieb, der 1948 die Novemberthesen entworfen hatte und als Hauptverfechter des „bürgerlich-demokratischen" Charakters galt. Dessen Massenbroschüre über „Das Kompromiß von Gotha" geriet jetzt in das Sperrfeuer der Kritik.[14] Ende November 1956 kritisierte Rudolf Lindau unter dem Motto „Ideologische Verwirrung in prinzipiellen Fragen" in der „Einheit" Oelßners unmarxistische, die Differenzen verdeckende Auffassung vom „Bruderkampf" und fand, daß lange genug „die alte Walze vom Verrat" gespielt worden sei.[15] Solange für Ulbricht die Auseinandersetzung mit Oelßner im Mittelpunkt stand, zwischen dem 28. Plenum im Sommer 1956 und dem 35. Plenum im Januar 1958, waren die auf den „sozialistischen Charakter" pochenden Veteranen großartige Verbündete, um Oelßner als Dogmatiker zu stigmatisieren.

Der „sozialistische Charakter" wurde nicht etwa von einer Handvoll Sektierern verfochten. Anfang 1958 galt der „sozialistische Charakter" der Novemberrevolution unter den führenden Historikern der DDR vielmehr als ausgemachte Sache. Ermuntert durch Ulbrichts Signale stritten das IML, das Institut für Gesellschaftswissenschaften und die zuständigen Historiker der Akademie nur noch um die eleganteste Begründung und die exakte Bestimmung der ausschlaggebenden Kriterien. Im Frühjahr 1958 ging der aktuelle Periodisierungsvorschlag zum „Lehrbuch für deutsche Geschichte" vom „sozialistischen Charakter" aus,[16] und es ist bezeichnend, daß das Politbüro ausgerechnet dessen Vorkämpfer Leibbrand und Schreiner die offiziellen „Thesen zur Novemberrevolution" entwerfen ließ.[17] Leibbrand war sich seiner Sache so sicher, daß er Schreiner dafür einen „aus zwei ursprünglich selbständigen Thesenentwürfen zusammengeschusterten" Entwurf übersandte.[18]

---

11 Vgl. Joachim Petzold, „Meinungsstreit" im Herrschaftsdiskurs, S. 299ff., in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 287–314.

12 BA DY 30, IV 2/9.07/132, Aktennotiz über die 1. Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung der Thesen „40 Jahre November-Revolution" am 28. 2.1958.

13 Ebd., Protokoll (Einicke) der Sitzung der Thesenkommission am 12.6.1958.

14 Rolf Dlubek, Die Überwindung des Subjektivismus und Dogmatismus in der Geschichtswissenschaft der DDR – eine aktuelle Aufgabe der Historiker, S. 744, in: Einheit, August 1956, S. 741–748.

15 Rudolf Lindau, „Ideologische Verwirrung in prinzipiellen Fragen", ebd., November 1956, S. 1124–1128. Vgl. Oelßners Antwort, „Über den Bruderkampf in der Arbeiterbewegung, ebd., Dezember 1956, S. 1258–1263.

16 BA NY 4182/1362, Autorenkollektiv für das Lehrbuch der Geschichte Deutschlands, Bericht über den Stand der Diskussionen über die Periodisierung der deutschen Geschichte, 20.3.1958, S. 145.

17 BA DY 30, IV 2/9.07/132, Aktennotiz über die 1. Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung der Thesen „40 Jahre November-Revolution" am 28. 2.1958.

18 BA NY 4198 (Schreiner) 108, IML (Leibbrand) an Schreiner, 10.3.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Konsens war, daß der Sozialismus 1918 auf der Tagesordnung gestanden hätte, und das Ergebnis, also die Niederlage, in einer korrekten leninistischen Analyse als Kriterium genauso wenig eine Rolle spielen konnte wie irgendwelche „subjektiven Faktoren". Damit meinte Ernst Hoffmann vom Gewi-Institut die „Partei neuen Typs". Wer deren Existenz für entscheidend bei der Beurteilung des Charakters halte, denke nicht marxistisch und sei ein Subjektivist.[19]

„Ich nehme Dir das nicht übel, ich lehne das nur ab", wehrte sich die streitbare Hanna Wolf. Sie stand mit ihrer Warnung allein, der Gegner wolle „den Sozialismus entmannen, sie wollen ihn dadurch unmöglich machen, indem sie sagen, jawohl, aber ohne Partei – oder ohne Walter Ulbricht ..." Sie beförderte die „Partei neuen Typs" kurzerhand zum „objektiven Faktor" und verdiente sich damit den Spott der Theoretiker.[20] Daß ihre Meinung viele andere aufwog, weil sie seit 1956 über einen direkten Draht zu Ulbricht verfügte, war kaum bekannt.[21] Die Parteihochschule stellte für Ulbricht so übersichtliche wie einseitige „Auszüge aus Diskussionen und Artikeln über den Charakter der Novemberrevolution" zusammen.[22]

So schien es ein unbegreiflicher dezisionistischer Willkürakt, als Ulbricht Mitte Juni 1958 den „bürgerlichen Charakter" verkündete. In der gesamten Geschichte der DDR wirkte keine andere einzelne Zensurentscheidung dramatischer, scheuchender und in den Folgen weitreichender als die im Stil einer päpstlichen Enzyklika zelebrierte Verkündigung des „bürgerlich-demokratischen Charakters" durch Walter Ulbricht.[23] Die Aggressivität, mit der die Verfechter der anderen Lehrmeinung als Revisionisten verdächtigt wurden, die Absurdität einer vor aller Augen öffentlich vollstreckten Zensur – längst publizierte Vorträge einer internationalen Historikerkonferenz fielen aus einem wissenschaftlichen Tagungsband oder wurden umgeschrieben – trafen wie ein Blitz und lähmten jeden wissenschaftlichen Widerspruchsgeist.

Ulbrichts Meinungswechsel war auf den Einfluß Grotewohls zurückzuführen. Dieser hatte 1948 das Grundsatzreferat über die Novemberrevolution gehalten und sah jetzt den innerparteilichen Konsens in Gefahr. Auf einer Politbürositzung Anfang Mai 1958 erklärte er, unterstützt von Friedrich Ebert, die Festlegung neuer Thesen für verfrüht, den Forschungsprozeß für nicht abgeschlossen, den „Charakter" für eine „in Klärung begriffene Frage, die nicht geklärt ist." Die neue Einschätzung konfligiere mit der Entwicklung nach 1945, als die KPD mit Blick auf die antifaschistische Aktionseinheit den Sozialismus von der Tagesordnung genommen hatte. Darauf zielte Grotewohls stenographierter „Hinweis auf KPD-Dokument von 1945. Hat sich als richtig erwiesen. Schlußfolgerungen, wenn sozial. Revolution dann wäre 1945 Dokument und Beschluß von 1948 falsch gewesen. Historische Forschung hat Veränderungen erfahren. Bisher angeführte Gründe konnten nicht überzeugen, daß frühe Auffassung falsch. Diese Dokumente zu eng weil vor allem Schlag gegen die

19 Vgl. Joachim Petzold, „Meinungsstreit" im Herrschaftsdiskurs, S. 305, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 287–314 .

20 BA NY 4198 (Schreiner), 108, IML, Protokoll der wissenschaftlichen Beratung am 26./27. März 1958, S. 292ff. und S. 296.

21 Karl Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht, Berlin 1994, S. 199.

22 BA NY 4182/1366, Inhaltsverzeichnis über Auszüge aus Diskussionen und Artikeln über den Charakter der Novemberrevolution (ohne Datum und Verfasser).

23 Vgl. Ernst Laboor, Zum Abbruch der Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution ...

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Sozialdemokratie ... Stört es nicht Schaffung der Aktionseinheit? Ist ein solches Dokument geeignet, die Aktionseinheit zu festigen? Nein, könnte eher stören ...“[24] 1956, nach dem XX. Parteitag der KPdSU, schien die parteigeschichtliche Diskussion auf eine Aufwertung der sozialdemokratischen Tradition hinauszulaufen, auf eine differenzierende Neubewertung von Kautsky und Lassalle. Doch im Vorfeld des V. Parteitags zeigten alle Signale in die Gegenrichtung. Die „sozialistische Revolution“ stand jetzt in der DDR auf der Tagesordnung, eine Kampagne gegen den „Revisionismus“ wurde hochgekocht. Die Aufhebung der Thesen von 1948 konnte leicht auf die endgültige Ausschaltung der sozialdemokratischen Traditionslinie der SED hinauslaufen. Ulbricht sträubte sich. Auf die Einwände Grotewohls entgegnete er: „Taktische Seite enthalten wie Gen. Grotewohl sagt. Wir müssen von objektiver Wahrheit ausgehen.“[25] Aber der alte Herr konnte in dieser Frage auf sowjetische Rückendeckung verweisen. Schon 1948 hatten die „Freunde“ dafür gesorgt, daß „nicht alle Sozialdemokraten in einen Topf“ geworfen wurden und die Thesen ein „Trittbrett“ für Lernwillige enthielten.[26]

Grotewohl war spätestens durch den jüngsten Eklat bei der ZfG hellhörig geworden. Sowjetische Historiker hatten sich über eine rüde Polemik Albert Schreiners beschwert. Dieser hatte den sowjetischen Vorkämpfer Jakob Drabkin, wie alle Verfechter des bürgerlich-demokratischen Charakters, „mit der antimarxistischen und konterrevolutionären Position des Sozialdemokraten Stampfer“ in einen Topf geworfen und die „ungewöhnlich ernsten Beschuldigungen“ in der ZfG (1/1958) weiter zugespitzt. Schreiner unterstellte Drabkin eine Kausalkette, die aus dem bürgerlich-demokratischen Charakter der Revolution deren Erfolg ableitete. Von Verrat könne dann keine Rede mehr sein. In der Konsequenz fordere „eine solche Auffassung die Korrektur des Gesamtbildes von den letzten 40 Jahren deutscher Geschichte im Sinne der Sozialdemokratie.“[27]

Die Protagonisten des „sozialistischen Charakters“ konnten sich in einem Aufsatz Roland Bauers, der bald darauf von der Bildfläche verschwand, auf eine lange Liste autoritativer Äußerungen stützen, auf Thälmann, einen frühen Pieck, die „Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution“ von 1929 und ein gutes Dutzend sowjetischer Bücher und Aufsätze, die allerdings vor Stalins „Kurzem Lehrgang“ erschienen waren.[28] Aber nun machte Drabkin die Gegenrechnung auf. Mit einer Ausnahme verträten alle jüngeren sowjetischen Historiker den „bürgerlich-demokratischen“ Charakter.[29] In Moskau war, in leicht korrigierter Form, sogar der „Kurze Lehrgang“ wieder in Geltung,[30] und nur Hanna Wolf hatte das schon immer gewußt.[31] Nachdem das 2. Plenum des ZK im September 1958 die neuen The-

24 Vgl. ausführlich Joachim Petzold, „Meinungsstreit“ im Herrschaftsdiskurs, S. 302, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 287–314.

25 BA DY 30, IV 2/9.07/132, Notizen aus Novemberdiskussion in Politbüro-Kommission 3. Mai 1958.

26 BA NY 4215, 106, Pieck an Semenow, 7.9.1948ff. (sowjetisches Gutachten zu den Thesen).

27 BA DY 30, IV 2/9.04/114, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft an ZK der SED, Abt. Wissenschaften, 10.3.1958 (Anlage).

28 Vgl. Roland Bauer, Über den Charakter der deutschen Novemberrevolution, S. 140 in: ZfG 1958, 2, S. 133–169.

29 BA DY 30, IV 2/9.04/114, Drabkin an den Chefredakteur der ZfG (Fricke), 24.2.1958.

30 N. I. Schatagin, Über das neu vorbereitete Lehrbuch „Geschichte der KPdSU“, in: Einheit, 11/1959, S. 1641.

31 Vgl. Hermann Weber, Die Novemberrevolution und die SED, in: SBZ-Archiv, 1958/20, S.323.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

sen zur Novemberrevolution verabschiedet hatte, schickte Ulbricht dem „teuren Genossen Nikita Sergejewitsch" den „beschlossenen Text". Die Diskussion habe ergeben, daß die Verfechter des sozialistischen Charakters im Glauben, nach dem XX. Parteitag den Kurzen Lehrgang korrigieren zu müssen, „die Rolle der Partei unterschätzten und in dogmatischer und sektiererischer Weise zu den Problemen der Novemberrevolution Stellung" genommen hätten:

„Ich mache darauf aufmerksam, daß in der Kommission des Politbüros auch die Genossen Grotewohl und Ebert mitgearbeitet haben und daß in allen Fragen, die ja für manche Genossen, die früher der SPD angehört haben, sehr kompliziert sind, vollständige Einmütigkeit bestand."[32]

Daß nun wieder der „bürgerlich-demokratische Charakter" offizielle Lehrmeinung war, wurde nicht als unvermittelte Rückkehr zum „Dogmatismus" betrachtet. Die Thesen zur Novemberrevolution waren im „Meinungsstreit" befestigt, und wie sie die Macht der zentralistischen Partei legitimierten, hatte die Macht der Parteizentrale neu die Thesen begründet. Die ganze Diskussion war weitgehend mit Lenin-Zitaten, nicht mehr mit Stalins „Kurzem Lehrgang" geführt worden. Daß die Revolution der neuen Definition zufolge „in gewissem Umfange mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt" worden sei, war eine Milderung, die Lenins Formel zur russischen Revolution von 1905 entsprach. Die erst 1957 erschienenen Bände 9 und 10 der Lenin-Gesamtausgabe erwiesen sich als Fundgrube für Revolutionstheoretiker.[33] Am Beispiel der Novemberrevolution sollten sie, wie Ulbricht forderte, Lenins Methoden lernen, um sie auf spätere Phasen „schöpferisch" anzuwenden. Letztlich entschied Ulbricht, der neue „Klassiker", über die richtige Anwendung des Historischen Materialismus. Aber die Novemberrevolution eignete sich nicht zuletzt deshalb als Ausgangspunkt für die große Parteigeschichte, weil sie, anders als die anderen wichtigen Knotenpunkte, die Brüsseler Konferenz 1935 oder der Vereinigungsparteitag 1946, noch zu Lebzeiten Lenins stattgefunden hatte und die Meinung eines „Klassikers" dazu eingeholt werden konnte.

Lenins Einschätzungen widersprachen einander. Die Wortführer der Diskussion erhielten aus ihrem tief gestaffelten institutionellen Hinterland und von Sympathisanten laufend mehr oder weniger beweiskräftige Lenin-Zitate für ihre Position zugespielt. Walter Nimtz (ZfG 3/1958), Roland Bauer (ZfG 1/1958) und Rudolf Leibbrand (Einheit 1/1957) widmeten sich dem Problem mit deutscher Gründlichkeit. Bauer stützte seine Beweisführung für den „sozialistischen Charakter" auf nicht weniger als 35 Lenin-Stellen,[34] Grund genug, den von Nimtz zerpflückten Aufsatz schnellstmöglich aus dem Verkehr zu ziehen. Ernst Hoffmann leistete sich gar das dialektische Virtuosenstück, mit Lenin zunächst den sozialistischen Charakter und später das Gegenteil zu „beweisen".[35] Als die Siegerin Hanna Wolf ihn gemeinsam mit den unterlegenen Leibbrand und Kolbe dem erheiterten Tribunal der Partei-

32 BA DY 30, J IV 2/202–20, Walter Ulbricht an den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU Genossen N. S. Chruschtschow, 30.9.1958.

33 Ernst Hoffmann, Über die Leninsche Revolutionslehre und ihre Anwendung auf die revolutionären Vorgänge in Deutschland, S. 1517, Fußnote 4, in: Einheit, Oktober 1958, S. 1515–1532.

34 Roland Bauer, Über den Charakter der deutschen Novemberrevolution …

35 Ernst Hoffmann, Über die Leninsche Revolutionslehre; BA DY 30, IV 2/9.07/132 Protokoll (Einicke) der Thesenkommission 12.6.1958 (Gen Hoffmann). Vgl. Ernst Laboor, Zum Abbruch der Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution …, S. 75.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

hochschule vorführen ließ, fand er es bußfertig „eigentlich ganz klar, wenn man sich das heute überlegt."[36] Hanna Wolf war damit nicht zufrieden, sondern verlangte ein öffentliches Reuebekenntnis in der „Einheit".[37] Sie feierte ihren Sieg über das gedemütigte IML und verbreitete überall, daß Walter Ulbricht jetzt ihre Parteihochschule mit der Fertigstellung der „Thesen" zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution beauftragt habe.[38]

Daß Ulbricht bis zuletzt in der Frage nach dem „Charakter der Novemberrevolution" geschwankt hatte, verweist auf deren zentrale Rolle für die gesamte Parteigeschichtsschreibung. Ulbricht kannte selbst am besten den fragwürdigen Hintergrund des Dogmas vom „bürgerlichen Charakter". In der Revolutionstheorie suchte er die Legitimation für den Vorrang der Machtfrage und politische Orientierungshilfe. 1956 fand er die „einfachsten Dinge unklar geworden".[39] Er brauchte jedoch einen unverrückbaren archimedischen Punkt für die Geschichte der Arbeiterbewegung, eine „Basis für die Thesen".[40] Im Rückblick auf die sechziger Jahre, auf die „nationale Grundkonzeption", den „Grundriß" und die achtbändige GdA steht es außer Frage, daß die „Thesen zur Novemberrevolution" den Ausgangspunkt aller Parteigeschichtsschreibung bildeten. Von der für 1919 festgelegten Plattform aus war es möglich, verschiedene Brücken zu schlagen. Die Thesen warfen ein Licht auf die komplizierten Vorgänge von 1935, 1946 und 1948 und lieferten die benötigte differenzierte Einschätzung der Vorkriegssozialdemokratie im Kaiserreich. Sie stellten ein für allemal die „Machtfrage" und die Rolle der Partei in den Mittelpunkt der Argumentation.

Deshalb hielt Ulbricht eisern und unnachsichtig, zur Verbitterung der Veteranen und gegen den Widerspruch sowjetischer Parteihistoriker,[41] an der schiefen Interpretation bestimmter, ihm unverzichtbar scheinender Bausteine der Parteigeschichte fest. So betrieb er auf Kosten Rosa Luxemburgs den Liebknecht-Mythos, erfand die Schlüsselrolle der Spartakus-Konferenz vom 7. Oktober 1918 und erklärte die Novemberrevolution mit dem Januar 1919 für beendet. Diese Fixierung war ihm sogar wichtiger, als die Festlegung des „Charakters".

Um die Periodisierung von nationaler Geschichte und Parteigeschichte kurzschließen zu können, ließ Ulbricht nie einen Zweifel daran, daß alle Aktionen in Bremen, an der Ruhr und in München nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und der Konstituierung der Nationalversammlung am 19. Januar 1919, als nachrevolutionäre „Abwehrkämpfe" zu betrachten seien. Über diese Frage, nicht über den „sozialistischen Charakter" zerstritt er sich 1958 mit dessen Befürwortern. Seine Meinung setzte den Protokollführer in Erstaunen und provozierte unter den Veteranen um Globig, Lindau und Schreiner

36 Parteihochschule „Karl Marx", Theorie und Praxis, Heft 4, Juli 1958. Sondernummer zur wissenschaftlichen Beratung über Fragen der Novemberrevolution am 26./27. Juni 1958, 53.

37 BA DY 30, IV 2/9.10/1, Protokoll der Sitzung des Redaktionskollegiums der „Einheit", 8.10.1958 (Hanna Wolf).

38 BA DY 30, IV/2/5/244, Parteihochschule (Hanna Wolf) an Schneidewind, Vorbereitung einer Beratung zum 40. Jahrestag der KPD-Gründung, 18.6.1958.

39 BA DY 30,9.07/132, Notizen aus Novemberdiskussion in Polit.-Büro Kommission 3. Mai 1958.

40 Ebd., Protokoll (Einicke) der Sitzung der Thesenkommission am 12.6.1958.

41 BA DY 30, J IV 2 /202–20, Walter Ulbricht an den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU Genossen N. S. Chruschtschow, 30.9.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

einen Tumult.[42] Ulbrichts Periodisierung der Novemberrevolution beschäftigte noch jahrelang die parteigeschichtlichen Thesenkommissionen.[43] Rudolf Lindau hatte ihr nur aufgrund einer Wahrnehmungsschwäche zugestimmt, er hatte „Wende" statt „Ende" verstanden.[44]

2. Zensur der Novembergeschichten. Historische Texte, Belletristik und Memoirenliteratur

Die pünktliche Produktion „richtiger" Revolutionsgeschichten stellte an Lektoren, Redakteure, wissenschaftliche Gutachter und Zensoren 1958 hohe Anforderungen. Zwischen der Festlegung des „bürgerlichen Charakters" im Juni und dem Jubiläum im November blieben nur wenige Monate, und gleichzeitig mußte der V. Parteitag ausgewertet werden. Doch überall im Land hatten sich Bezirkskommissionen, Parteiinstitute, Zeitschriftenredaktionen und Buchverlage „selbstverpflichtet", zu einer würdigen Gestaltung des Jubiläums beizutragen. Der Maßnahmeplan des Ministeriums für Kultur umfaßte 17 Seiten. Drei Filme wurden gedreht, die Theater wie der VEB Deutsche Schallplatten waren angewiesen, „auf die Herausgabe solcher Werke zu orientieren, die die Bedeutung des 40-jährigen Kampfes der KPD" widerspiegelten. Die Staatliche Auftragskommission beauftragte Künstler, „aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, besonders aus der Zeit der Novemberrevolution und der Gründung der KPD Bildwerke thematisch zu gestalten" sowie in Betrieben und Schulen bei entsprechenden Wandzeitungen zu helfen. Alle Verlage bereiteten „Artikelpläne für die einzelnen Fachzeitschriften vor". In Jugendzeitschriften sollten Erinnerungen von Veteranen aufgenommen werden. Unter den Verlagen brillierte Hofmeister mit einem „Kampfgruppen-Liederbuch", einer „Agitationsgruppenbroschüre" und einem „Stück zur Novemberrevolution" von Heiner Müller („Spartacus").[45] Allein der Dietz-Verlag hatte der Literaturbehörde von den „Spartakusbriefen" bis zur „Novemberrevolution in Oberschlesien" acht Titel gemeldet.[46]

Eine Flut von einschlägigen Broschüren, Erinnerungssammlungen und Spezialuntersuchungen war die unvermeidliche Folge der Kampagne. Papierverknappung und unverkäufliche Bestände in der zentralen Buchauslieferung LKG, die große Distributionskrise der frühen sechziger Jahre,[47] waren darauf zurückzuführen. Der Volksbuchhandel klagte: „Auf dem Gebiet der Literatur über Politik und Geschichte gibt es keine richtige Abstimmung und Koordinierung zwischen den Verlagen. Zum Thema der Novemberrevolution 1918 sind ca. 30 Veröffentlichungen erschienen. Darüber hinaus wird diese Etappe der deutschen Ge-

42 BA DY 30, IV 2/9.07/132, Aktennotiz über die 1. Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung der Thesen „40 Jahre November-Revolution" am 28.2.1958.

43 BA DY 30, IV 2/9.07/118, Aktennotiz, Sitzung der Thesenkommission am 25. Mai 1960.

44 BA DY 30, IV 2/9.07/155, IML (Graf), Mitteilung über die Behandlung des Briefes des Genossen Lindau in der Institutsparteileitung, 19.1.1962, Diskussionsbeitrag des Genossen Lindau, S. 5.

45 BA DR-1, 1017, Hausmitteilung des Ministeriums für Kultur (Hagemann), 18.6.1958 und Maßnahmeplan des MfK zur Vorbereitung und Durchführung des 40. Jahrestages der Novemberrevolution.

46 BA DY 30, IV 2/9.13/11, Dietz-Verlag an HV Verlagswesen, 12.5.1958.

47 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 155ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schichte in den Werken und Biographien von Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Thälmann, Liebknecht, Luxemburg, Zetkin, Buchwitz usw. und in den Lehrbüchern der Geschichte ausführlich dargestellt."[48] Der Tribüne-Verlag nutzte die Gelegenheit, um den ersten „seit langem von vielen Arbeitern, Partei- und Gewerkschaftsfunktionären erwarteten ... sehr sorgfältig und gründlich zusammengestellten" Auswahlband mit Reden und Schriften Hermann Dunckers, „die längst fällige Würdigung des (neben dem Genossen Wilhelm Pieck) letzten lebenden Mitbegründers" der KPD herauszubringen.[49] Das IML bibliographierte „ohne Anspruch auf Vollständigkeit" nicht weniger als 60 weitere Titel, die außerhalb der lizensierten Verlage auf örtlicher Ebene herausgebracht worden waren.[50] Wie schwer war es, einen einzigen davon durchzubringen!

Nur 42 von 60 Beiträgen des Bandes „1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution" hatten die vertrackte Prüfungsprozedur überlebt. „Der Bericht der Genossin Taubenheim (Mitglied der zentralen Revisionskommission des ZK der SED) über die Vorgänge in Mansfeld" war von der SED-Kreisleitung Mansfeld begutachtet, der Bericht eines „Veteranenkollektivs" über die Ereignisse in den Leunawerken von der Kreisleitung Leuna gebilligt und jeder einzelne Beitrag von der zuständigem „örtlichen Kommission" bearbeitet worden. Dann wurden alle Berichte „vom Kollektiv des gewerkschaftspolitischen Lektorats" des Tribüne-Verlags diskutiert, zudem über jene, „in denen unklare Fragen waren, Gutachten der Redaktion ‚Die Arbeit', des Instituts für Marxismus-Leninismus und der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften – Institut für Geschichte – eingeholt. Mit dem Institut für Marxismus-Leninismus fand über die grundsätzliche Bearbeitung und Publikation des Materials eine ausführliche Aussprache statt."[51]

Hinzu kam eine Unzahl „desorientierender" älterer Titel, die dem neuen Stand angepaßt werden mußten.[52] Karl Polaks „Untersuchungen zur Dialektik der Staatslehre" waren in Aufsatzform vor den „Thesen" erschienen. Für das Buch brauchte der Akademie-Verlag jedoch etwas länger, und dadurch avancierte es zu einem „eklatanten Beispiel für die Nichtachtung eines grundlegenden Parteibeschlußes." „Man müßte erwarten", so tadelte ein Gutachten der ZK-Abteilung Wissenschaften, „daß die Arbeit vor der Veröffentlichung des Buches auf der Grundlage der Thesen, des grundlegenden Dokuments unserer Partei zur Novemberrevolution, überarbeitet wurde, daß sie mit den Thesen in Einklang gebracht wurde und die Gedanken und Einschätzungen der Thesen als Ausgangspunkt und Richtschnur für neue Überlegungen dienten. Dem ist jedoch nicht so. Ein Jahr, nachdem die Partei in einer Plenartagung die Probleme der Novemberrevolution behandelte, Genosse Walter Ulbricht eine richtungsweisende Rede dazu hielt und in einem Dokument eine marxistisch-leninistische Einschätzung der Fragen niedergelegt wurde, erscheint ein Beitrag zum glei-

48 BA DR–1, 1284, Stellungnahme des Volksbuchhandels zur Warenbereitstellung im ersten Halbjahr 1961, S. 25.

49 BA DR–1, 3924, DG-Antrag Hermann Duncker, Einführungen in den Marxismus – Ausgewählte Schriften und Reden, Gutachten Joachim Hoffmann, 17.9.1958.

50 BzG 2/1959, S. 429–433.

51 BA DR–1, 3924, DG-Antrag „1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution", Gutachten Czichon (o.D., DG am 1.10.1958).

52 BA DY 30, IV 2/9.07/6, Knittel an Herbert Warnke (Briefentwurf), 3.5.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

chen Thema, der von all dem keine Notiz nimmt."[53] Ein Spartakus-Roman des Mitteldeutschen Verlages über den römischen Sklavenaufstand müßte hier eigentlich mitgerechnet werden. Er fiel der Feier der Novemberrevolution zum Opfer. Man dürfe es „einfach nicht zulassen, daß die Gestalt des Spartakus auch nur im geringsten im Bewußtsein der fortschrittlichen Massen im Zwielicht erscheint, herabgesetzt wird", schrieb der Zensor. „Autor hat das Beste gewollt – aber nicht gepackt! Schade, so einem Autor lehnt man nicht gerne etwas ab."[54]

Der folgende Streifzug durch die Zensurwerkstätten soll keinen repräsentativen Querschnitt bieten. Hier kann es nur darum gehen, einige Kriterien aufzuzeigen und einen Eindruck von der unwiderstehlichen zensurpolitischen Durchschlagskraft der „Thesen zur Novemberrevolution" zu vermitteln. Texte von unbekannten und prominenten Verfassern, von Parteiführern, Wissenschaftlern und Romanautoren wurden an diesem Maßstab gemessen, der eine serielle Prüfungsprozedur, schnell, kurz und schmerzlos wie ein Fallbeil, erlaubte. Doch jedes Buch ist anders, jedes einzelne Druckgenehmigungsverfahren stand im Kontext kontingenter Faktoren. Verlagslektorate funktionierten unterschiedlich, Gutachter waren übereifrig, nachlässig oder launisch, die Ausnahme war die Regel. Fachgutachten argumentierten anders als politische Gutachten, „helfende" Verlagsgutachten (falls es nicht gerade eilig war) detailorientierter als die Stellungnahmen zur Endabnahme im Ministerium für Kultur. Manchmal ertappt man den Gutachter, wie er vorsichtig überlegend das Haupt hin und her wiegt: „S. 35, 2. Z. Aufstand spontan, Arbeiter- und Soldatenräte spontan. Ja, richtig. Aber Spartakusgruppe, die dazu aufgerufen hatte, nicht unerwähnt lassen."[55]

Und viel hing natürlich vom Autor ab. Im günstigsten Fall gehörte er zu den prinzipienfesten „Historikern, die gemeinsam mit dem Genossen Nimtz von vornherein die These vom bürgerlich-demokratischen Charakter der Novemberrevolution vertreten" hatten.[56] Am entgegengesetzten unteren Ende der Skala finden wir Walter Oehme, den Verfasser des autobiographischen Rückblicks „Damals in der Reichskanzlei".

Es ist schwer zu sagen, was im IML die tiefste Abscheu erweckte, Oehmes Zusammenarbeit mit den „rechtesten Revisionisten" in Vollzugsrat und Reichskanzlei während der Novemberrevolution, seine spätere Linksentwicklung, die ihn in die Nähe des „Renegaten" Willi Münzenberg brachte oder die Zusammenarbeit mit Canaris nach 1933. Als „Opportunist", „Abweichler" und „Verräter" trug er den Kerberoskopf des geborenen Parteifeindes: „Der Verfasser ist also nicht Marxist und nicht befähigt, eine wissenschaftliche Arbeit über die Novemberrevolution zu schreiben", urteilte das IML in einem von vielen Gutachten. „In mehreren Aussprachen der Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus mit dem Autor wurde das Manuskript nicht nur gestrafft, sondern in seinem Inhalt und in seiner Aussage unter Berücksichtigung der Ausführungen Walter Ulbrichts über den Charakter der Novemberrevolution 1918 wesentlich verbessert." Anschließend wurde das Manuskript durchredigiert, einer letzten kollektiven Aussprache unterworfen und mit einem Schlußwort

53 BA DY 30, IV 2/9.04/53, Einige Bemerkungen zur Arbeit K. Polaks „Zur Dialektik der Staatslehre", 23.6.1960.

54 BA DR–1, 5072, DG-Antrag Wolfgang Schumann, Stern aus der Tiefe, Gutachten Ursula Mießner, 23.8.1958.

55 BA DR–1, 3530, Gutachten zum Manuskript Kolbe, Die Novemberrevolution 1918 (o.D., o.Verf.).

56 BA DR–1, 3924, DG-Antrag 22.9.1958, Werner Richter „Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im I. Weltkrieg und in der Novemberrevolution", Lektoratsgutachten.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

versehen, das zwei IML-Experten „mit Zustimmung des Autors" verfaßten. Darin wurde „eine Brücke zur heutigen Zeit geschlagen und besonders auf die Bedeutung der Kenntnis über den wahren Verlauf der November-Revolution für unsere Bevölkerung hingewiesen."[57]

Natürlich gab es nach wie vor die „bewährten", Verlagslektoren und Gutachtern vertrauten Zensurkriterien. Ein Gutachten riet, „nicht so spracharm von ‚die Ebert und Scheidemann'" zu sprechen und „die abfällig klingenden ‚Illusionen' der Spartakusgruppe durch ‚Hoffnung' zu ersetzen." Vor Ebert sei „Friedrich" zu streichen: „Vornamen bei Arbeiterführern gebraucht man nur bei denen, die diese Vertrautheit verdienen. Ebert, Scheidemann, Noske u.a. verdienen diese Würdigung nicht."[58] Es war ein „politischer Fehler", Noske als früheren (statt als „angeblichen früheren") Arbeiterführer zu bezeichnen oder die Revolution in Pommern und Schlesien stattfinden zu lassen. Hier mußte, wenn das „ohne Schaden für den Sinnzusammenhang" möglich war, „statt dessen Altmark, Mecklenburg oder ein anderes, jetzt noch zu Deutschland gehörendes Gebiet genannt werden, um die Erweckung nationalistischer Reminiszenz zu vermeiden."[59]

Solche Regeln galten nicht nur für historiographische, sondern auch für belletristische Texte. Bei Erinnerungsliteratur war der Unterschied zwischen Fakt und Fiktion fließend.

Der „wertvolle Veteranenbericht" Jakob Webers „Trotz alledem" „wurde zuerst als Roman verfaßt, dann auf Anraten des Schriftstellerverbandes zu einer historischen Reportage umgearbeitet. Die Reportage-Fassung wurde unter Anleitung des Verlages Tribüne dann vom Autor noch einmal neu geschrieben, da ihm bei der ersten Umarbeitung jede Anleitung gefehlt hatte und das Manuskript noch große Mängel aufwies. Das auf diese Weise entstandene Manuskript mußte vom Verlag sehr weitgehend umgearbeitet werden ..." Die Zensur fand das Manuskript trotz alledem „noch nicht genügend theoretisch durchgearbeitet", weil die verschiedenen Etappen der Novemberrevolution nicht hinreichend deutlich würden.[60]

Den Autor Helmut Meyer hatte man „beim Umarbeiten seines Manuskripts bis an die äußerste Grenze geführt." Doch jetzt stimmte in seinem Roman „Das Herz des Spartakus" „der große Geschichtsverlauf" mit den „Thesen anläßlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution überein", und die Revolutionsgeschichte hatte erstmals ihren „literarisch gültigen Ausdruck" gefunden.[61] Nur der Gutachter Werner Ilberg bemängelte noch „Reste der Originalgeschichte", naturalistische Relikte wie vor allem das Verhältnis des Helden „zu den beiden schönen Mädchenfiguren, der Elli und der Leokadia. Wir wissen nicht, was damit gesagt werden soll. Beide stehen politisch links, beide bleiben in allen Drangsalen treu ergeben ... So liebt er zwar immer noch die Elli, die ihn zurückgestoßen hat, schläft aber jetzt mit der anderen, die dann ein Kind von ihm bekommt. Jetzt liebt er beide. Eine Entscheidung würde aber nur eine Entscheidung für eines der beiden Mädchen, nicht aber für

57 BA DR–1, 3791, DG-Antrag Walter Oehme, Damals in der Reichskanzlei (Erinnerungen aus den Jahren 1918/1919), Druckgenehmigung 5.9.1958, Verlagsgutachten Kongreß-Verlag.

58 BA DR–1, 3530, Gutachten zum Manuskript Kolbe, Die Novemberrevolution 1918 (o.D., o.Verf.).

59 BA DR–1, 5101, DG-Antrag Erich Weber, Wie das Herz es befahl (Greifenverlag Rudolstadt), Außengutachten Arno Hausmann, 18.11.1959.

60 BA DR–1, 5101, DG-Antrag Jakob Weber, Trotz alledem (Tribüne-Verlag), Verlagsgutachten Kerkow (o.D., Ende 1959) und Gutachten Wehling, 14.1.1960.

61 BA DR–1, 5038, DG-Antrag Helmut Meyer, Das Herz des Spartakus (Tribüne-Verlag). Gutachten Paul Friedländer, 12.1.1959 und Kolbe (o.D.), Gutachten Werner Ilberg, Schlußgutachten des Verlags (G. Lappach), 17.12.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

irgendein Prinzip sein. Zudem wird ihm die Entscheidung noch abgenommen. Beide fallen in den letzten Kämpfen. Das geht auf keinen Fall. Hier liegt eine jener Tatsachen vor, von denen ungeübte Autoren sagen: Ja, so war es aber ..." Elli könne zwar verwundet werden, „müßte aber wenigstens Aussichten auf Genesung haben". Der Autor müsse „selbst entscheiden, was er mit den beiden Mädchen machen will. Beide dürfen auf keinen Fall sterben, alles andere ist seine Sache."[62]

Eine ganze Fülle naturalistischer Details machte Ehm Welks Roman „Im Morgennebel" zum Skandalon. Wie der zuständige Zeitzeuge Otto Grotewohl schon 1953 befunden hatte, zog das Buch die „revolutionären Vorgänge in Braunschweig ins Lächerliche."[63] Ehm Welk habe es doch „heute leichter als vor Jahren oder Jahrzehnten, das historisch richtige, allseitig wahre Urteil zu finden", hoffte jetzt ein freundlicher Germanist und erinnerte im verblasenen Stil seiner Zunft an die seit der gescheiterten Erstveröffentlichung 1953 „inzwischen erschienenen Dokumente der Partei zum Charakter der Novemberrevolution". Den Handlungsträgern fehle noch „die geschichtlich-ästhetische Potenz, um als Stellvertreter der revolutionären Kräfte in Deutschland erscheinen zu können", der Held des Romans sei in der Doppelrolle als „Reflexionsfigur" und „epischer Katalysator" überfordert. Doch die „Parodie" und „Verzerrung der Novemberrevolution" konnte „mit Streichungen kaum richtig gestellt werden", weil die Handlung auf „ständig spontan entstehenden Geschehnissen" basierte. Daß vier pinkelnde Matrosen und eine Zotensängerin die Revolution ausgelöst hätten, empfand der Zensor als „wahres Affentheater". Um das Maß voll zu machen, stellte der Autor das etablierte Verhältnis von Wissenschaft und Literatur auf den Kopf. Schon 1953 handelte der Autor seinen Roman als „Chronik, die nur wirkliche Vorgänge schildert." Im Vorwort der unterdrückten Neuauflage verspottete Ehm Welk frech „die von ihren Gebietern abhängigen Geschichtsschreiber". Nicht alle, „die heute rote Worte lieben oder doch verlangen", könnten auch „die Schriftzeichen der Clio entziffern".[64]

Ludwig Renns Roman „Auf den Trümmern des Kaiserreichs" (der unzensierte Titel lautete „*Unter* den Trümmern des Kaiserreichs") betonte dessen feudale Dimension und paßte schon deshalb zum „bürgerlich-demokratischen Charakter" der Revolution. Diese endete korrekt im Januar. Der Autor stützte „sich unverkennbar bei seiner Darstellung auf die prinzipielle Einschätzung der Novemberrevolution durch das Zentralkomitee der SED, wobei er allerdings die einzelnen Thesen unterschiedlich stark ins Literarische" umsetzte und beispielsweise das Wirken der Spartakusgruppe „in seiner nationalen Bedeutung" nicht genügend berücksichtigte. Dem adeligen Helden gegenüber erschienen „die Matrosen der Volksmarinedivision und vor allem die Kommunisten, insbesondere Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu blaß ... Ludwig Renn war allen Argumenten gegenüber sehr aufgeschlossen, er verlagerte die Akzente, nahm neue Szenen auf und arbeitete vor allem sehr sorgfältig an der Szene, die den Gründungstag der KPD enthält. Er hatte zu diesem Zweck eine sehr aufschlußreiche Unterhaltung mit dem inzwischen leider verstorbenen Genossen Hermann Duncker, der ihm das Material für dieses Bild lieferte. Anderes wurde gestrichen

62 Ebd., Gutachten Werner Ilberg.

63 Ehm Welk, Im Morgennebel, Berlin (Volk und Welt), 1953. Vgl. BA DR–1, 1949, Amt für Literatur und Verlagswesen (Fritz Apelt), Aktennotiz 15.5.1953.

64 BA DR–1, 5103, DG-Antrag Ehm Welk, Außengutachten des Hinstorff-Verlags (Hans Jürgen Geerdts), 17.8.1961; ebd., Stellungnahme Günter Wunsch (o.D.).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

und vor allem ein neuer Schluß gefunden ..." Auch der Kinderbuchverlag war auf dem neuesten Stand und half den Kindern, „diesen wichtigen Abschnitt aus der deutschen Geschichte richtig zu sehen."[65]

Bei den Novemberthesen von 1958 handelte es sich weitgehend um neue Kriterien, die erst einmal durchgesetzt, zur selbstverständlichen professionellen Praxis werden mußten. Gerade deshalb bekam der Zensor so viel zu tun. Die prophylaktische Selbstzensur der Autoren und Verlagslektoren war hilflos und unwirksam geworden. Kein parteilicher Redakteur, kein übervorsichtiger Lektor, kein disziplinierter schreibender Veteran und kein noch so verantwortungsbewußter Historiker konnte von allein darauf kommen, daß die Novemberrevolution im Januar 1919 beendet werden mußte. Doch die Zensur tat ihr Bestes, die Vergangenheit umzumodeln. „Für die weitere redaktionelle Tätigkeit der Verlage im Zusammenhang mit der Feier zum 40. Jahrestag wurde angewiesen", nach den Januar-Ereignissen 1919 unmittelbar zum Kapp-Putsch 1920 überzugehen.[66]

Auch Walter Oehmes 1958 im Kongreß-Verlag erschienenen Erinnerungen „Damals in der Reichskanzlei" brachen im Januar 1919 ab und entsprachen so Ulbrichts Periodisierung der Novemberrevolution. Dieser Einschnitt hatte für den Autor deprimierende Folgen: Der zweite Teil seiner Erinnerungen war zu einer fünf weitere Jahre währenden Begutachtungsprozedur verurteilt. Zunächst notierte ein 22-seitiges Gutachten der Parteihochschule über 100 Fehler und unterstrich, daß es sich dabei nur um die wichtigsten Stellen handele. Die Memoiren sollten „nicht einfach aus heutiger Sicht" sein, aber auch „keine historisch falschen Schlüsse zulassen." Der Autor müsse „seine eigene Auffassung aus der damaligen Zeit durch die Gegenüberstellung heutiger Forschungsergebnisse korrigieren." Was die Parteihochschule nach den Novemberthesen 1959 empfohlen hatte, ließ das Institut für Gesellschaftswissenschaften zwei Jahres später im Hinblick auf die „nationale Grundkonzeption" wieder entfernen.[67]

Was auch nur entfernt mit der Novemberrevolution zu tun hatte, wurde von der Zensur zur Feier des 40. Jahrestages publizierbar gemacht. Nur das sowjetische Standardwerk Jakob Drabkins suchte der Kenner vergeblich. Dabei war gerade Drabkins Auftreten für die Durchsetzung des „bürgerlichen Charakters" ausschlaggebend gewesen. Daß sein Buch über „Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland" wenigstens zum 50. Jahrestag 1968 erscheinen konnte, hatte einen verblüffend einfachen Grund, den nur Fachleute für Periodisierungsfragen erahnen und nachvollziehen konnten: Drabkin hatte inzwischen sein Buch für den DDR-Gebrauch amputiert. In der russischen Fassung dauerte die Novemberrevolution bis zur Annahme der Weimarer Verfassung im Sommer 1919, in der deutschen endete sie jetzt im Januar. Die zweite Hälfte des Buches kam zum 65. Jahrestag 1983 heraus. Weil inzwischen eine andere Periodisierung galt, hielt es der Gutachter für angebracht, die Zensoren an die Gründe der Verzögerung zu erinnern:

Da sich „unter dem maßgeblichen Einfluß Walter Ulbrichts in der DDR-Wissenschaft der Standpunkt durchsetzte, daß die Novemberrevolution mit den Januarkämpfen 1919 und den

65 BA DR–1, 5062, DG-Antrag Ludwig Renn, Auf den Trümmern des Kaiserreichs (Kinderbuchberlag), Verlagsgutachten (Rodrian, Krenn), 14.10.1960; ebd. Verlagsaußengutachten Mühlstädt (o.D.).

66 BA DR–1, 1017, Hausmitteilung des Ministeriums für Kultur (Hagemann), 18.6.1958 und Maßnahmeplan des MfK zur Vorbereitung und Durchführung des 40. Jahrestages der Novemberrevolution.

67 S. Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur, S. 209ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Wahlen zur Nationalversammlung (19.1.1919) ihren Abschluß gefunden habe, dieser Standpunkt dann auch in verschiedenen Dokumenten der SED fixiert wurde, hielt es Dr. Drabkin nicht für opportun, bei der Neufassung (Erweiterung) seines Werkes in einem wichtigen Punkt von einer in der DDR nicht akzeptierten These auszugehen und damit den Eindruck zu erwecken, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den marxistischen Historikern der UdSSR und der DDR gäbe. Obwohl er sich forschungsmäßig weiterhin auch mit den revolutionären Ereignissen im Frühjahr und Sommer 1919 beschäftigte, beschränkte er sich deshalb in seinem 1968 in Berlin herausgebrachten Werk auf den chronologischen Rahmen vom November 1918 bis zum Januar 1919. Mit großem Takt und Geschick begründet Dr. Drabkin seine damalige Zurückhaltung und die sachliche Seite des Problems in seinen einleitenden Bemerkungen zu der nunmehr vorgelegten Arbeit unter der Überschrift: ‚Statt einer Einführung: Wann war die Revolution abgeschlossen?' ... Zu der oben berührten Frage der Periodisierung der Novemberrevolution muß noch bemerkt werden, daß Dr. Drabkin, der – ohne es expressis verbis zu statuieren – das Ende der Revolution jetzt (wie übrigens schon 1958) mit der Annahme der Weimarer Verfassung ansetzt, wiederum eine etwas andere Auffassung als die DDR-Geschichtswissenschaft vertritt, die nunmehr den Abschluß der Revolution in der Niederschlagung der Münchener Räterepublik (Anfang Mai 1919) sieht. M. E. sollten sich jedoch hieraus aus dreierlei Gründen keine Bedenken gegen die Veröffentlichung des Werkes ergeben:

a.) vermeidet es Dr. Drabkin, die Meinungsverschiedenheit mit Nachdruck herauszuarbeiten;
b.) ist die z.Z. in der DDR-Geschichtswissenschaft vorherrschende Auffassung über das Ende der Novemberrevolution in keinerlei Stellungnahme der SED-Führung festgelegt, so daß eine abweichende Meinungsäußerung nicht als Politikum betrachtet werden kann ...
c.) drittens schließlich halte ich Dr. Drabkins Überlegungen über das mit der endgültigen staatsrechtlichen Neukonstituierung der bürgerlichen Machtverhältnisse gegebene Ende der Revolution für sehr beachtlich und schließe nicht aus, daß sich die Historiker der DDR in Zukunft dem Standpunkt ihres sowjetischen Kollegen anschließen oder doch zumindest annähern werden."[68]

3. Lenins „nationale Helden": „Karl und Rosa"

Im Deutschen Verlag der Wissenschaften erschien 1961 die Übersetzung der sowjetischen „Geschichte der neuesten Zeit 1917–39", immerhin das offizielle Lehrmaterial der Parteihochschule beim ZK der KPdSU. Doch in der DDR entsprach es „nicht den politisch-wissenschaftlichen Anforderungen", und das IML empfahl einen Vertriebsstop. Die deutschen Bearbeiter, unter ihnen Wolfgang Ruge, seien offensichtlich „ihrer Pflicht bezüglich Gewissenhaftigkeit in politischer Hinsicht" nicht gerecht geworden.

68 BA DR–1, 3023, DG-Antrag J. S. Drabkin, Die Entstehung der Weimarer Republik, Übersetzungsgutachten Wolfgang Ruge, 26.5.1978.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Denn „im Zusammenhang mit dem Gründungsparteitag der KPD" werde von Fehlern gesprochen, die „das für die Spartakusgruppe charakteristische Sektierertum" zum Ausdruck brächten. „Bei der Behandlung der Novemberrevolution" gewinne der Leser den Eindruck, „als hätte in Deutschland die proletarische Revolution auf der Tagesordnung gestanden" und „die Niederwerfung der Bayrischen Räterepublik" werde „als das Ende der Novemberrevolution bezeichnet."[69]

Die sowjetische Geschichtsschreibung machte die Heroisierung der deutschen Linken nicht mit. In den Novemberthesen der SED von 1958 kam die Linke „unter allen linken revolutionären Gruppen in der internationalen Arbeiterbewegung den Bolschewiki am nächsten" und handelte, wenn auch „ohne feste illegale Organisation", gemäß den „bolschewistischen Losungen". Im Lehrbuch der Geschichte der KPdSU hatten hingegen „Liebknecht, Luxemburg, Mehring und Zetkin Lenins Losung über die ‚Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg'" keineswegs unterstützt und es schien „ratsam, die sowjetischen Genossen darauf aufmerksam zu machen und ihnen evtl. vorzuschlagen, den zitierten Satz entweder ganz wegzulassen oder im Sinne der ‚Thesen' zu ändern."[70] Es wurde üblich, Texte sowjetischer Historiker im Hinblick auf falsche Nuancen und „undifferenzierte" Einschätzungen des Spartakus abzuklopfen, um zu „präziseren und abgewogeneren Einschätzungen" zu gelangen und „die aktive Rolle Spartakus' und vor allen Dingen Karl Liebknechts klar und deutlich" herauszuarbeiten.[71] Nicht einmal vor dem Eingriff in die Lenin-Ausgabe schreckte man zurück. „In der Anmerkung 78 von Band 22 wurde nach ‚Clara Zetkin' ‚Wilhelm Pieck' eingefügt und statt ‚Diese Fehler kritisierte Lenin usw.' eingesetzt: ‚Lenin hob die außerordentlich großen Verdienste der deutschen Linken im Kampf gegen den imperialistischen Krieg hervor, kritisierte aber zugleich ihre Fehler usw.'"[72]

Als wenn der redaktionelle Umgang mit den Parteigründern nicht ohnehin schon genug Probleme bereitet hätte! Wichtigstes Werkzeug der Pieck-Brigade von 1959 war die Kiste mit Schere, Klebstoff und Buntstiften. „Problematische Stellen" wurden „rot gekennzeichnet". „Blaue und grüne Einzeichnung" beruhte auf dem Vergleich mit bereits gedruckten Reden. „Rote Einklammerungen" bezeichneten die von der Brigade erdachten Überschriften, die in Piecks apokryphe „Erinnerungen" von 1928 hineingeschrieben waren.[73] Wie eintönig war die redaktionelle Praxis von 1973 verglichen mit der von 1959! 1973 versuchte sich das IML an der Edition der Pieck-Erinnerungen von 1928 und verglich das Original mit der Fassung der Pieck-Gesamtausgabe von 1959. Die „wichtigsten 1959 weggelassenen Abschnitte" wurden „mit Rotstift in eckige Klammern" gesetzt. Die 1959 stark veränderten Stellen, waren „mit einem Strich am Rande" versehen. „Wesentliche Ergänzungen", die 1959 von den Herausgebern „hinzugeschrieben" worden waren, wurden rot unterstrichen."[74]

69 BA DY 30, IV 2/9.07/61, IML (Einicke) an Hager, 13.4.1962.
70 BA DY 30, IV 2/9.07/117, IML-Hausmitteilung (Benser an Uebel), 9.3.1959.
71 BA DR–1, 3681, DG-Antrag J. S. Drabkin, Die Novemberrevolution in Deutschland (Deutscher Verlag der Wissenschaften), Gutachten Roland Bauer, 25.9.1967.
72 BA DY 30, IV 2/9.07/115, Beschlußprotokoll einer Besprechung der Geschichtsabteilung des IML mit der Lenin-Abteilung am 28.10.1960.
73 BA DY 30, IV 2/9.07/127, Hausmitteilung des IML, Erna Milz (Reden und Aufsätze) an Knittel, 21.4.1959.
74 BA DY 30, 21976/1, Günter Heyden (Wimmer) an Hager, 5.9.1973.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Die Herausgeber hatten Piecks negative Einschätzung der Münchener Räteregierung kurzerhand in eine positive umgewandelt.[75]

Man stellte viele solcher Streichungen und Ergänzungen fest. Das Ergebnis der Analyse war so niederschmetternd, daß man von der Herausgabe der Pieck-Erinnerungen Abstand nahm:

„Jetzt ist der Öffentlichkeit nur der erste Teil dieser Erinnerungen bekannt, wie sie am Ende der fünfziger Jahre in den Gesammelten Reden und Schriften Wilhelm Piecks Band I (S. 412–482) und Band II (S. 3–22) abgedruckt wurden. Jener Teil, der die Entwicklung nach der Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik bis zum Februar 1920 umfaßt, ist bisher nicht publiziert worden."[76] „Daß für den Sturz der Regierung gekämpft wurde", war gestrichen. Piecks „Beratungen in der sowjetrussischen Botschaft" und die „sowjetrussischen Gelder für Januarkämpfer" waren der Operation zum Opfer gefallen, auch Schilderungen von „Meinungsverschiedenheiten in der Zentrale der KPD" und die „Flucht Wilhelm Piecks".[77] Die Pieck-Gesamtausgabe hatte die Tarnung geboten, um den Text entlang Ulbrichts Trennlinie im Januar 1919 wie mit einer zerstörerischen Motorsäge zuzuschneiden.

Ein vergleichsweise harmloser Fall war Franz Mehring, der wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu den von Stalin abgekanzelten Helden der Novemberrevolution gehörte. Seine Aufwertung zum Ahnherren der kommunistischen Literatur- und Parteigeschichtsschreibung, die nur vor dem Hintergrund des Ausfalls von Lukács nach dem Ungarn-Aufstand zu verstehen ist, war ohne den Einsatz redaktioneller Methoden nicht zu bewerkstelligen.

Noch 1956 hatte eine Mehring-Biographie dessen Fehler breit herausgestrichen und an die alten Kämpfe des Lassalle-Anhängers mit Wilhelm Liebknecht und der SPD erinnert.[78] Im gleichen Jahr wurde eine Aufsatzsammlung von Mehring und Lukács über „Friedrich Nietzsche" zur Druckgenehmigung eingereicht, in der Lukács „gewisse Schiefheiten in den Aufsätzen Mehrings" richtigstellte.[79] Der Herausgeber Wolfgang Harich setzte noch 30 Jahre später alles daran, eine Nietzsche-Edition in der DDR zu verhindern: „Friedrich Nietzsche?? Ins Nichts mit ihm !!!" schrieb er zu diesem Zweck an den „Buchminister" Höpcke und bot sich selbst als Gutachter an.[80]

Doch die Zeit, als Lukács wie ein „Leichenschänder"[81] Mehring Noten erteilen durfte, war mit der Verhaftung Harichs vorbei. „Nach den Ereignissen in Ungarn 1956 entstand eine Pause ...", kommentierte Hager lakonisch seine Editionspolitik gegenüber Lukács.[82] Sie dauerte bis 1977.[83] Die achtbändige GdA erwähnte Lukács ein einziges Mal, um auf den hemmenden Einfluß seiner „unmarxistischen Theorien" und „revisionistischen Auffassun-

75 BA DY 30, IV 2/9.07/127, Rudi Meier, Kurzer Bericht zur Problemdiskussion der Pieck-Brigade.
76 BA DY 30, 21976/1, IML (Diehl) an Hager, 19.7.1973.
77 Ebd., Günter Heyden (Wimmer) an Hager, 5.9.1973.
78 Thomas Höhle, Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus, Berlin 1956.
79 BA DR–1, 5036, DG-Antrag Franz Mehring/Georg Lukács/Friedrich Nietzsche; Aufbau-Verlag (Harich) an das Amt für Literatur und Verlagswesen, 9.5.1956.
80 BA DR–1, 7219, Wolfgang Harich an Klaus Höpcke, 2.9.1985 und 3.8.1985.
81 BA DY 30, IV 2/9.07/62, Lehrstuhl für Theorie und Geschichte der Literatur und Kunst des Instituts für Gesellschaftswissenschaften (Hans Koch), Vorschläge (für eine Mehring-Gesamtausgabe), 11.11.1957.
82 Kurt Hager, Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 178.
83 Vgl. Werner Mittenzwei, Kunst und objektive Wahrheit, Berlin 1977.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gen" hinzuweisen.[84] Ein dreiviertel Jahr nach der Abwertung Stalins war damit ein weiterer „Klassiker" ausgefallen, der „sozialistische Realismus", zumal die 1957 einsetzende antimodernistische Dekadenzkampagne hing ohne Lukács theoretisch in der Luft.[85]

Gegen den „Quasi-Marxisten" sollte nun eine Mehring-Gesamtausgabe „solide Gegengewichte" schaffen, was angesichts der – so der Mehring-Promoter Hans Koch – einst vom „abgefallenen" Thalheimer in Mehrings Werke „hineinredigierten antimarxistischen Linie" keine leichte Aufgabe darstellen konnte.[86] Das IML sorgte dafür, daß die Vorworte zur Gesamtausgabe so positiv wie möglich ausfielen.[87] „Warum soll Mehring im Vorwort zu einem seiner besten Werke bescheinigt werden, daß er in Einzelfragen weniger klug war als Prof. Dr. Hans Meyer (sic)?" Dieser Name war in Band 12 zu streichen, in Band 4 die Fehleinschätzung Lassalles weniger in den Vordergrund zu rücken. „Hält demgegenüber der Verfasser ein umfassendes Eingehen sowohl auf diese als auch auf andere ernsthafte Fehler im Vorwort für notwendig, so muß andererseits durch eine entsprechende Überarbeitung des Vorwortes gewährleistet werden, daß auch die Verdienste Franz Mehrings ... umfassender und konkreter dargestellt werden, um auf diese Weise zu vertretbaren Proportionen zu gelangen."[88] Damit „sich nicht eine Mehring-Renaissance wie in den zwanziger Jahren mit eindeutig trotzkistischen Vorzeichen entwickeln" könne, mußte bei den „Ausgewählten Schriften zur deutschen Literaturgeschichte"„eine marxistische Anleitung" durch „verlegerische Einseitigkeit" mit strengen „Sichtungsprinzipien" die Rezeption „von vornherein in die richtigen Bahnen lenken". „Widerspruchsvolle Arbeiten, die grobe Irrtümer oder ideologische Fehlentscheidungen" enthielten, fanden keine Aufnahme, die „Proportionen" wurden „mehr nach unseren derzeitigen kulturpolitischen Erfordernissen bestimmt, als nach dem quantitativen Anteil, den sie im Gesamtwerk Mehrings tatsächlich" einnahmen.[89]

Man kann nicht sagen, daß die 1956 angekündigte Luxemburg-Ausgabe enthusiastisch betrieben worden wäre. Im September 1958 begann Milli Bölke, die „einzige Mitarbeiterin des Sektors Edition, die sich mit der Vorbereitung der Werke von Rosa Luxemburg" beschäftigte, „die Kartei zu vervollständigen" und die Arbeiten zu erfassen, zu sammeln und zu sichten.[90]

Doch kaum waren die „Thesen zur Novemberrevolution" verabschiedet, instruierte Ulbricht das IML, er halte „angesichts der falschen Auffassungen in verschiedenen Werken

84 GdA, Bd.8, S. 45.

85 Simone Barck, Das Dekadenz-Verdikt. Zur Konjunktur eines kulturpolitischen ‚Kampfkonzepts' Ende der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung (Zeithistorische Studien Bd. 1), Berlin 1993, S. 327–344.

86 BA DY 30, IV 2/9.07/62, Lehrstuhl für Theorie und Geschichte der Literatur und Kunst des Instituts für Gesellschaftswissenschaften (Hans Koch), Vorschläge (für eine Mehring-Gesamtausgabe), 11.11.1957. Vgl. zur Bildung einer Kommission für die Mehring-Ausgabe: BA DY 30, IV 2/9.07/17, IML (Einicke), Protokoll über die Beratung mit Genossen Prof. Kurt Hager am 19.7.1958.

87 Vgl. Jürgen Reulecke/Peter Friedemann, Die Historiographie der DDR und die deutsche Arbeiterbewegung, S. 528.

88 BA DY 30, IV 2/9.07/36, IML (Liebscher), Betr. Franz Mehring, Gesammelte Schriften: Vorworte zu den Bänden 4, 9 und 12, 27.8.1962.

89 BA DR–1, 5036, DG-Antrag Hans Koch (Hg.), „Ausgewählte Schriften zur deutschen Literaturgeschichte" von Franz Mehring, Gutachten Ruth Greuner, Mai 1960.

90 BA DY 30, IV 2/9.07/123, Institutssekretär Nowatzky, Notiz für Einicke, 28.10.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Rosa Luxemburgs" eine Gesamtausgabe nicht für möglich.[91] Die zentrale Lehre der Novemberthesen, die entscheidende Rolle der „Partei neuen Typs", stand zu den Schriften Rosa Luxemburgs in flagrantem Widerspruch.[92] Die Konzeptionspapiere für die geplante Auswahl, die die Ausgabe Oelßners ablösen sollte, spiegelten das neue Luxemburg-Bild der SED, das Rosas Kampf gegen „Militarismus und Revisionisten", ihre „Rolle als einer der Führer der deutschen Arbeiterklasse im Kampf um die Lebensfragen unserer Nation" betonte. Ein altes Vorwort Piecks zur Luxemburg-Ausgabe sollte 1960 „aktualisiert" werden, um „gegen den Mißbrauch der Gefängnisnotizen Rosa Luxemburgs durch den Renegaten Paul Levi und durch die Neorevisionisten und Sowjetfeinde" zu polemisieren.[93] Aus der Oelßner-Ausgabe sollten nicht nur die Texte Lenins und Stalins entfernt werden, sondern auch „Die Eroberung der politischen Macht", „Die Revolution in Rußland", „Der politische Massenstreik" und „Der Acheron der Bewegung". Als Konzentrate „fehlerhafter Einschätzungen" bzw. für „unseren gegenwärtigen politischen Kampf von ungünstigem Einfluß" galten „z.B. ‚Die Akkumulation des Kapitals', ‚Einführung in die Nationalökonomie', die Gefängnisaufzeichnungen über die Oktoberrevolution, sowie alle Artikel über die polnische Arbeiterbewegung."[94] Ein elegantes Verfahren wurde die Abschiebung dieser Aufsätze, „die in besonders breiter und konzentrierter Form Rosa Luxemburgs falsche Konzeption in der nationalen Frage" enthielten, an das Bruderinstitut in Warschau.[95] Als tödlich erwies sich die Auflage, noch nicht einmal das Minimum von sechs Bänden zu produzieren, „um keine falschen Proportionen zu Karl Liebknecht" zuzulassen.[96] 1960 platzte die dreibändige Auswahl als „gegenwärtig nicht zweckmäßig". Die frei gewordenen Mitarbeiter wurden der Liebknecht-Edition zugeteilt.[97]

Erst nach dem XXII. Parteitag der KPdSU, auf dem 16. Plenum im Sommer 1962, hellte sich das Rosa Luxemburg-Bild wieder auf. Wie schon nach dem XX. Parteitag 1956 erwies sich ein Lippenbekenntnis zu Rosa als das einfachste Mittel, um aus stalinistischen Falken reformfreudige Tauben zu zaubern. Man müsse „die Rolle Rosa Luxemburgs richtig würdigen" und dürfe „sie nicht so herabsetzen, wie das teilweise geschehen ist", fand Ulbricht jetzt.[98] „Jawohl, wir haben die Auffassungen korrigiert, die verschiedentlich in unserer Literatur vertreten worden sind, wo nur von den Fehlern Rosa Luxemburgs gesprochen wird. Zum Teufel! Sie hat doch gegen Reformismus, gegen Krieg, gegen den deutschen Imperialismus gekämpft. Sie hat heroisch gekämpft. Sie hat ihr Leben eingesetzt. Daß sie theoretische Fehler gemacht hat, darüber haben wir gesprochen. Das sage ich auch jetzt noch, dass

91 BA NY 4182, 923, Ulbricht an IML (Einicke), 13.11.1958.

92 Vgl. Annelies Laschitza, Im Lebensrausch trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996.

93 BA DY 30, IV 2/9.07/123, Betr. Neuauflage von Rosa Luxemburg. Ausgewählte Reden und Schriften (März 1960).

94 BA DY 30, IV 2/9.07/123, IML (Einicke), Vorlage an die Ideologische Kommission des ZK der SED, 1.3.1960, (Herausgabe der „Ausgewählten Reden und Schriften" Rosa Luxemburgs in drei Bänden); vgl. ebd. IML (Eildermann), Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED, 13.4.1959.

95 BA NY 4182, 923, Ulbricht an IML (Einicke), 13.11.1958.

96 BA DY 30, IV 2/9.07/17, Aktenvermerk über eine Beratung Hagers mit dem IML (Knittel und Dohm), 19.6.1959.

97 Ebd., Aktennotiz Einicke, 19.3.1960.

98 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 38.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

sie bestimmte Fehler gemacht hat. Aber wir müssen doch eine richtige Einschätzung haben."[99] Sogar Hanna Wolf entdeckte ihre späte Liebe zu Rosa:

„Ich begrüße es sehr, daß im Grundriß ... eine richtige, historisch wahre Einschätzung der Rolle Rosa Luxemburgs gegeben wird. Das wird auch helfen, dogmatische Auffassungen zu überwinden, die wir alle – ich nehme mich da keineswegs aus, im Gegenteil, ich möchte das für meine eigene Arbeit besonders unterstreichen – gehabt haben, indem wir einseitige und falsche Auffassungen Stalins in dieser Frage popularisiert haben."[100] Diese neuen Einschätzungen bestimmten das Luxemburg-Bild der achtbändigen GdA. Aber natürlich blieb Rosa im Schatten Karl Liebknechts.

Auf der Festansprache zum 9. November 1958 rief Ulbricht Liebknecht zum „wahren nationalen Helden" aus. Rosa Luxemburg war zu Mehring, Pieck und Zetkin ins Glied gerutscht, Karl Liebknecht wurde auf sieben Seiten nicht weniger als siebzehnmal erwähnt.[101]

„Am 12. Mai 1959 fand im Politbüro eine Beratung zur Herausgabe eines Karl Liebknecht-Films statt", über dessen Konzeption sich der Drehbuchverfasser Tschesno-Hell – er hatte bereits zwei Thälmann-Filme auf dem Gewissen[102] – angeblich „noch nicht im klaren war." Doch Walter Ulbricht half ihm auf die Sprünge, die Hauptidee müsse folgende sein:

„Karl Liebknecht vertritt die Idee der Arbeiterklasse als der fortschrittlichsten Kräfte, deren Interesse im vollen Einklang mit den Belangen der Nation steht. Karl Liebknecht ist ein echter Nationalheld ... der Film soll vor allem unserer Jugend etwas sagen und sie für den Kampf gegen den Militarismus und für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele begeistern ... Karl Liebknecht zeigte schon damals die beiden möglichen Wege auf: den Weg des Militarismus und Imperialismus, der das deutsche Volk ins Unglück führt und den Weg der revolutionären Kräfte der zur sozialistischen Zukunft führt. Es muß klar werden, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die Ziele Karl Liebknechts verwirklicht ... Zum Schluß wurde noch einmal hervorgehoben, daß sichtbar werden muß, daß Karl Liebknecht der heldenhafteste Führer der deutschen Arbeiterjugend war und sich stets für das deutsche Volk einsetzte." Der Film solle ein Lied enthalten, „das von den Zuhörern aufgegriffen wird."[103]

Mit Liebknecht kreierte Ulbricht die hymnische Fleischwerdung der „Nagruko".[104] Ulbricht war gewiß kein Antisemit. Aber mit einer polnischen Jüdin war das nicht zu machen: „Zur Frage der anderen Persönlichkeiten im Film. Genosse Walter Ulbricht wies darauf hin, daß es ein Karl Liebknecht-Film werden soll. Andere revolutionäre Persönlichkeiten sollen nur sozusagen auf historischem Hintergrund gezeigt werden ohne selbst zu tragenden Figu-

99 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag, S. 200 (W. Ulbricht).

100 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 38.

101 Walter Ulbricht, Die Novemberrevolution und der nationale Kampf gegen den deutschen Imperialismus, in: BzG, 1, 1959, S. 8–25.

102 Sandra Langenhahn, Ursprünge und Ausformung des Thälmann-Kults. Die DEFA-Filme Sohn seiner Klasse und Führer seiner Klasse, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Leit- und Feindbilder in DDR-Medien, Bonn 1997, S. 55–65. Vgl. Thomas Heimann, Wahrheitstreue und Propaganda im DEFA-Dokumentarfilm.

103 BA DY 30, IV 2/9.07/123, Sekretariat des IML (Einicke), Protokoll von der Beratung im Politbüro am 12. Mai 1959 betr. Karl Liebknecht-Film, 19.5.1959.

104 Vgl. unten Kapitel 5.1.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

ren des Films zu werden. Eine solche Konzeption sei notwendig, damit klar wird, daß Karl Liebknecht der konsequenteste Revolutionär und Antimilitarist unter den deutschen Linken war."[105]

Ulbrichts obsessive Vorliebe für Liebknecht hatte sich längst in die alltägliche Zensurpraxis durchgefressen. So wurde, wie das IML das Politbüro informierte, in einer Pieck-Rede „eine falsche Einschätzung Rosa Luxemburgs im Verhältnis zu Karl Liebknecht" gestrichen. „Das erscheint uns durchaus möglich, ebenso wie die Reihenfolge Karl und Rosa statt umgekehrt eingehalten wurde."[106] Auf einem internen Liebknecht-Seminar fiel die Frage, warum man versuche, „einen Gegensatz bzw. Meinungsverschiedenheiten zwischen Liebknecht und Luxemburg zu konstruieren", und der Genosse Eildermann antwortete: „Wir haben die Aufgabe, Karl Liebknechts Rolle als nationaler Held herauszuheben. Über Fehler darf gesprochen werden und wir diskutieren darüber."[107] Ungleich schwieriger war es, darüber zu schreiben. Es kam „vor allem darauf an, das Positive herauszuarbeiten, das die führenden Linken, speziell Karl Liebknecht, für die Schaffung einer Partei neuen Typus in Deutschland getan haben."[108]

Daß es Anfang der sechziger Jahre noch keine Liebknecht-Biographie gab, hing damit zusammen, daß der Liebknecht-Spezialist der KPD, Willi Kerff, 1937 im Lager verschwunden und nach seiner Rückkehr in der DDR zu einem Schattendasein im Institut für Zeitgeschichte verurteilt war.[109] Eine Liebknecht-Skizze von Erich Weinert wurde nicht gedruckt, sondern galt als Sperrsache,[110] und Walter Bartels „Karl Liebknecht – sein Leben in Bildern" von 1961 war, wie sich Sophie Liebknecht beschwerte, im Volksbuchhandel nicht zu haben.[111] Auch Kulturminister Abusch hatte klugerweise von dem Projekt einer Liebknecht-Biographie Abstand genommen.[112]

Die designierte Liebknecht-Biographin des IML, Luise Dornemann, quälte sich jahrelang mit unbrauchbaren Entwürfen ab, weil „die historische Rolle Karl Liebknechts, wie sie in den Parteidokumenten der letzten Jahre sowie in den Reden des Genossen Walter Ulbricht dargelegt" sei, „von den Historikern noch nicht genügend an konkreten Materialien herausgearbeitet" worden sei. Sie beklagte Liebknechts Zustimmung zur Militärvorlage 1913 („Das sollte man nicht ganz so darstellen ...") und schlug vor, „das Hauptfeuer" der Darstellung auf die Zeit ab 1914 zu richten, als „Liebknecht sich voll zum großen nationalen Helden unseres Volkes entwickelte."[113] Hier störten nur Liebknechts idealistisch-expressionistische „Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung", die Marx als zu ökonomisch kritisierten und den „sozialistischen Realismus" demontierten.

105 Ebd.
106 BA DY 30, IV 2/9.07/127, IML (Einicke) an Hermann Matern, Mitglied des Politbüros, 30.7.1959.
107 BA DY 30, IV 2/9.07/52, Seminar über Karl Liebknechts Auffassung über den Charakter des Imperialismus am 26.4.1961.
108 Ebd., Seminar „Karl Liebknecht über die Rolle der Partei ...", 28.4.1961.
109 A. Laschitza, Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten, Berlin 1982, S. 6.
110 BA DY 30, IV 2/9.07/123, Robert Leibbrand, Einsichtnahme in das Weinert-Manuskript über Karl Liebknecht, 4.8.1961.
111 BA DY 30, IV A 2/9.07/136, A. Laschitza, Aktennotiz über Aussprachen mit Sophie Liebknecht, 28.9.1964.
112 BA DY 30, IV A 2/9.07/363, IML (Knittel) an den Minister für Kultur, Alexander Abusch, 7.5.1960.
113 Ebd., L. Dornemann für Genn. Laschitza, Einige Bemerkungen zur Frage der Liebknecht-Forschung (o.D., Winter 1961/1962).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Deshalb fehlten sie in der Liebknecht-Gesamtausgabe.[114] Das IML witterte jedes „objektivistische Bestreben ..., neben der positiven Rolle auch allen negativen Seiten gerecht zu werden". Es legte „die untergeordnete Rolle von Fehlern der Linken in der Darstellung" fest[115] und stellte Liebknecht Lenin gleich: „Wir finden keinen Zugang zur Leistung Liebknechts, wenn wir einzig und allein vom Genie Lenins ausgehen."[116]

Als Ersatz für die fehlende Biographie diente ein Vorwort Piecks zur Liebknecht-Gesamtausgabe, das das IML aus drei Fragmenten zusammengepuzzelt hatte. Weil erst danach die „Thesen zur Novemberrevolution" herausgekommen waren, bedurfte es „einer gewissen Abrundung", doch mit dem Kitt der November-Thesen glaubte das IML, Piecks Vorwort zu einer neuen Broschüre „organisch zusammenfügen" zu können.[117] Wie die meisten parteigeschichtlichen Werke der SED war die Broschüre als Festgabe bestimmt, zur Ehrung des 90. Geburtstags von Karl Liebknecht. 1919 hatte die KPD-Zentrale für die Zeit nach der „Befreiung des Proletariats" den „gemeuchelten Vorkämpfern ein Denkmal" versprochen, „höher, unzerstörbarer als die Pyramiden Ägyptens."[118] Man muß zugeben, daß Ulbricht auf seine Weise dieser Aufgabe fast gerecht geworden ist. Liebknechts 90. Geburtstag fiel auf den 13. August 1961.

114 Dieter Schiller, Karl Liebknecht, in: Simone. Barck/Silvia Schlenstedt/Tanja Bürgel/Volker Giel/Dieter Schiller (Hg.), Lexikon sozialistischer Literatur, Stuttgart, Weimar 1994, S. 487f.

115 BA DY 30, IV A 2/9.07/363, Protokoll über die erste Sitzung der Kommission für die Liebknecht-Biographie am 28.4.1962.

116 Ebd., Protokoll über die Beratung des Entwurfs der Genn. Dornemann zur Karl-Liebknecht-Biographie, 2.3.1964 (Stellungnahme Radczun).

117 BA DY 30, IV 2/9.07/123, IML (Einicke) an Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR (Auerswald).

118 Heinz Wohlgemuth, Karl Liebknecht. Eine Biographie, Berlin 1973, S. 477.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

KAPITEL 4

Die „Hardware" der Diskurse

1. Die Restauration der Zeitschriften- und Buchzensur 1958

Die republikweite Durchschlagskraft der November-Thesen, die wissenschaftliche Literatur und Romane, Kinderbücher und Memoiren veränderten, bedarf einer Erklärung. Dazu ist es nötig, einen Blick auf den damaligen Zustand des Zensursystems zu werfen.

Es scheint ja, als hätten die Parteihistoriker im IML nur etwas beschließen müssen, um in den Verlagen bereitwillige „Transmissionsriemen" zur redaktionellen Umsetzung und Anwendung ihrer Leittexte zu finden. Doch gerade 1958 standen die Verlage unter einem enormen Druck. 1957/1958 setzte eine unwiderstehliche Welle rigoroser disziplinarischer Eingriffe, „ernster" Auseinandersetzungen und Revirements ein, die das Verlagssystem nach dem „Tauwetter" von 1956 wieder „auf Linie" brachten. Ob es sich um Urania, den Kongreß-Verlag oder Neues Leben, um Tribüne, den Akademie-Verlag oder den Deutschen Verlag der Wissenschaften, um den Greifenverlag, Hinstorff oder den Kinderbuchverlag handelte: in jedem einzelnen dieser „ideologischen Zentren" gab es frische Wunden zu lecken und hinreichende Erfahrungen mit der Macht einer 1958 restaurierten zentralen Zensur. Verglichen mit der Wucht der Kampagne von 1958 war das „Kahlschlagplenum" von 1965 eine zivile Angelegenheit, und insofern schildere ich im folgenden eine für das Verlagswesen absolut atypische Ausnahmesituation. Doch um den Diktaturcharakter der „normalen" Zensurpraxis bis 1989 mit ihren zahllosen Nischen, Aufweichungen und Agreements nicht aus den Augen zu verlieren, ist es zweckmäßig, das Literatursystem von diesem Ausnahmezustand her zu interpretieren. Konstitutive Schlüsselphänomene wie die unnachgiebige „Verantwortlichkeit" der Verleger und Cheflektoren und die alltägliche Bereitschaft zur Selbstzensur lassen sich ohne die grundlegende Konditionierung von 1958 schlechterdings nicht verstehen. Der Schock war tief und prägte den Verlagskadern die neuen Spielregeln nachdrücklich ein. Auch institutionsgeschichtlich wurde 1958 zum wichtigsten Einschnitt in der Zensurgeschichte der DDR. Im Ministerium begann jetzt der Ausbau einer Zensurzentrale, die nicht nur die meisten Verlage, sondern auch den Buchhandel kontrollierte und in zunehmendem Maße die Bibliotheken und Archive, die wissenschaftlichen Institute und den Zoll in die Literatursteuerung einbezog. Die Durchsetzung der neuen Dogmen zur Novemberrevolution, des parteigeschichtlichen Interpretationsmonopols und

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schließlich der Leittextfunktion der achtbändigen GdA beruhte letztlich auf der abschottenden Wirkung dieses Systems.

Im Winter 1956/1957 hatte sich die Zensur als wichtige Waffe Ulbrichts bewährt. Eine ganze Handvoll dramatischer Fälle signalisierte im Umfeld des 30. Plenums die neue, härtere Gangart im Kampf gegen den „Revisionismus". Man kann sagen, die Zensur machte den Kurswechsel, sie exekutierte ihn im Stil einer Dampfwalze, um die berühmten „hundert Blumen" plattzuwalzen. Wenn im folgenden ein ganzer Katalog von kaderpolitischen Zwangsmaßnahmen, „Brigadeeinsätzen", Buchverboten usw. vorgestellt wird, der unschwer noch zu erweitern wäre, ist statt dessen an den dumpfen Resonanzboden zu erinnern, den finsteren Erfahrungs- und entsprechenden Erwartungshorizont der verantwortlichen redaktionellen Kader, denen die Angst der Stalin-Zeit in den Knochen steckte. Oft genügte es, die verrostet geglaubten Instrumente zu zeigen. Bevor die Buchzensur reaktiviert wurde, begann die „ideologische Offensive" in den Redaktionen der Zeitschriften.

Einst hatte Lenins „Iskra" „als kollektiver Propagandist, kollektiver Agitator und kollektiver Organisator" bei der Gründung der bolschewistischen Partei die Hauptrolle gespielt.[1]

Jetzt sollte der sozialistische Umbau aller möglichen gesellschaftlichen Bereiche über ein flächendeckend arbeitsteilig gewebtes Netz von Zeitschriften gesteuert werden. „Die Verlagsprodukte (Bücher und Zeitschriften) sind Hebel der Entwicklung auf allen Gebieten. Der Staat muß seinen Einfluß auf diese ideologische Seite der Produktion unter allen Umständen sichern", erklärte die Zensurbehörde Mitte 1957.[2]

Im Sommer 1957 begann die Literaturbehörde mit einer systematischen Überprüfung aller Zeitschriften und ihrer Lizenzen, mit einer Übersicht über die gesellschaftliche Verankerung der „Verantwortlichkeiten".[3] Das Prinzip der arbeitsteiligen „Profilierung" im Buchverlagswesen trug entschieden dazu bei, für den Zensor auch die Zeitschriftenlandschaft übersichtlich zu halten. Da waren die Architektur- und Filmzeitschriften bei Henschel, die Modezeitschriften im „Verlag für die Frau", dem 1963 eine Modezeitschrift für Männer abgelehnt werden sollte,[4] und vom „Deutschen Angelsport" über die „Fußballwoche" zum „Rennkurier" die Blätter des Sportverlages. Die Steuerungsorgane der sozialistischen Landwirtschaft fanden sich wie die Hausblätter der Kleintierzüchter, „Der Hund" und die „Deutsche Kaninchenzucht", im Bauernverlag, die Pädagogikzeitschriften bei „Volk und Wissen", die juristischen Zeitschriften und Gesetzesblätter im regierungsamtlichen Zentralverlag, „Atze", „Bummi", „Frösi" und „Mosaik" bei den FDJ-Verlagen usw.

Beim Kampf gegen die „Revisionisten" ging es weniger um die Auseinandersetzung mit irgendwelchen inhaltlichen Positionen, diese war oft nur der konstruierte Vorwand, als um die Rückeroberung der Zensurherrschaft über die „ideologischen Zentren".

Wer beim „Sonntag" 1957 dabei war, als „die Köpfe rollten", blieb „von diesem Ereignis „gezeichnet" und „lebenslang erschüttert", vielleicht gerade noch in der Lage, am leeren Schreibtisch die malenden Kinder der Redaktionskollegen zu hüten.[5] Die Verhaftung Wolf-

1 GdA, Bd. 2, S. 15f.
2 BA DR–1, 1076, HV Verlagswesen, Material für Staatssekretär Abusch, 2.7.1957.
3 BA DR–1, 1115, Rundschreiben der HV Verlagswesen vom 8.7.1957. Zwischen Mosaik und Einheit, Abbildung S. 14.
4 Ebd., S. 43 (Dietrich Mühlberg).
5 Ebd., S. 323f. (Fritz-Jochen Kopka).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gang Harichs am 29. 11. 1956 hatte die „Zurücknahme und Beschlagnahme des zum Teil schon ausgelieferten und wieder eingezogenen Einzelheftes 5/1956" der „Zeitschrift für Philosophie" zur Folge, und damit den „vollständigen Abbruch einer bis dahin durchaus noch hoffnungsvollen Entwicklung der jungen marxistischen DDR-Philosophie in Gestalt ihres einzigen Fachorgans".[6]

Harichs Verhaftung wurde zum spektakulären Fanal, mit dem, gestützt auf eine MfS-Analyse,[7] die auf breiter Front geführte Offensive der Zensurpolitik begann.

Angesehene Chefredakteure wie Fritz Klein von der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft[8], Herbert Sandberg von der Bildenden Kunst[9], Heinz Schmidt vom Eulenspiegel[10], Rudi Wetzel von der Wochenpost[11], aber auch die Namenspatronin ihrer neuen Frauenzeitschrift, *Sibylle* Gerstner[12], mußten aus ganz unterschiedlichen Gründen 1957/1958 die Stühle räumen. Der „Aufbau", in dem 1956 Ehrenburgs „Tauwetter"-Roman vorabgedruckt worden war, wurde auf den Absterbeetat gesetzt,[13] und Huchels „Sinn und Form" von Hager auf der Kulturkonferenz 1957 öffentlich abgekanzelt.[14] Ulbricht kritisierte auf dem 35. Plenum wegen einer „Bildergeschichte von geradezu unglaublicher Harmlosigkeit" die „bürgerliche Dekadenz" des „Magazins".[15] Die vom Schriftstellerverband beantragte „Zeitschrift für Weltliteratur" wurde gar nicht erst lizensiert, da „eine prinzipienlose Auswahl der Literatur des kapitalistischen Auslandes" nicht zu vertreten sei.[16] Als das Studentenblatt „Forum" von der ZK-Abteilung Wissenschaft an die Kandare genommen wurde, gab es auch dort nur noch „eine Position", und „der Spielraum der Redaktion verengte sich beträchtlich."[17] Die „Sowjetwissenschaft" und die „Frau von heute" gerieten unter Beschuß.[18]

Die umstrittensten Beiträge zum „Meinungsstreit" von Kuczynski[19], Behrens und Vieweg[20] hatte die Parteiführung im Sommer 1956 selbst in Auftrag gegeben. Im August hatte

6 Ebd., S. 434–445 (Hans-Christoph Rauh).
7 Ilko-Sascha Kowalczuk, Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des MfS, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1997, S. 167–215.
8 Fritz Klein, Dokumente aus den Anfangsjahren der ZfG (1953–1957), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42 (1994), S. 39–55.
9 Zwischen Mosaik und Einheit, S. 281 (Beatrice Vierneisel); Frank Wagner, „Von der Kitschfabrik zum sozialistischen Kunstverlag". Die Entwicklung des Verlages der Kunst, Dresden, in den fünfziger Jahren, S. 238ff., in Mark Lehmstedt/Lothar Poethe (Hg.), Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 1 (1998), S. 187–274.
10 Zwischen Mosaik und Einheit, S. 88 und 108 (Sylvia Klötzer).
11 Vgl. Gunter Holzweißig, Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997, S. 144.
12 Zwischen Mosaik und Einheit, S. 138ff. (Nina Kuhn).
13 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 350–359.
14 Zwischen Mosaik und Einheit, S. 343 (Uwe Schoor).
15 Ebd., S. 198 und 201 (Evemarie Badstübner).
16 BA DR–1, 7810, Hauptabteilung Literatur und Buchwesen an Erich Wendt, 4.8.1958.
17 Ulrike Schuster, Wissen ist Macht. FDJ, Studenten und die Zeitung FORUM in der SBZ/DDR, Berlin 1997, S. 156.
18 Zwischen Mosaik und Einheit, S. 222ff. (Heide Damaschun/Andreas Noac/Inge Schubert) und S. 132f. (Gunilla-Friederike Budde).
19 Jürgen Kuczynski, Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993.
20 Michael F. Scholz, Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

der Leitartikel der „Einheit" die neue Diskussionskultur der „Zeitschrift für Philosophie", der ZfG und der „Wirtschaftswissenschaft" als vorbildlich herausgestellt.[21] Im Winter wurden mit dem Landwirtschaftsexperten Kurt Vieweg und dem Wirtschaftswissenschaftler Fritz Behrens zwei Experten zum Schweigen gebracht, die Fred Oelßner zur Kritik an Ulbrichts Wirtschaftspolitik angespornt hatte.[22] Ihre Abstrafung signalisierte der Parteiöffentlichkeit, wer die Zügel in der Hand behalten hatte.

Selbst die „Einheit" geriet unter Revisionismus-Verdacht. Im Parteiapparat wurde nach dem 35. Plenum ernsthaft die Frage diskutiert, ob es richtig gewesen sei, im Parteiorgan „falsche" Artikel gebracht und „der fraktionellen Gruppe Schirdewan-Wollweber in der ‚Einheit' eine Plattform gegeben" zu haben. Der Chefredakteur wehrte sich mit einer makaberen Bilanz. Von den 126 seit Anfang 1957 abgelehnten Artikeln seien die meisten wegen „revisionistischer Erscheinungen", nur ganz wenige wegen ihres „dogmatischen Charakters" zurückgewiesen worden. Allerdings genügte es, einen reinen Fachartikel ohne die üblichen Floskeln zu schreiben, um bei der „Einheit" als Revisionist zu gelten und bei der zuständigen Grundorganisation angeschwärzt zu werden.[23]

Damit „auch die Fachzeitschriften als kollektive Organisatoren im Sinne des schnelleren Aufbaus des Sozialismus wirken" könnten, war „die Parteiarbeit in den Redaktionen der technischen Zeitschriften" zu verbessern. Man hatte den Verlag Technik und seine „bedeutsamen Spezialorgane" („Die Gießereitechnik", „Die Bergbautechnik", „Die Kraftfahrzeugtechnik" usw.) dabei erwischt, sich mit „zusammengeschriebenen Surrogaten, die die Argumentation der Tageszeitungen einfach wiederholten", durchzumogeln. So war Ulbrichts Forderung, „daß die Redaktionen ähnlich wie Kampfstäbe an der Front arbeiten" sollten, nicht gemeint. Allerdings wußte auch die „Einheit" keinen konkreten Rat, wie sich Aufsätze über „Abgasdrehschieber" oder „geometrische Durchflußquerschnitte von geschlossenen Zapfdüsen" adäquat politisieren ließen.[24]

Alle Maßnahmen und Eingriffe wurden entsprechend der kaderpolitischen, eigentumsrechtlichen und ideologischen Unterstellung der Zeitschrift, von ganz unterschiedlichen Kontrollinstanzen durchgesetzt. Hier (etwa beim „Forum") trat die FDJ, dort (beispielsweise beim „Aufbau") der Kulturbund, einmal die Parteiorganisation eines Verlages, ein anderes Mal ein Fachministerium oder die ZENTRAG, die Vermögensverwalterin der SED, als Initiator und Ankläger auf. Oft bildeten die zuständigen Aufsichtsorgane gemeinsame Untersuchungsbrigaden. In ruhigen politischen Phasen konnte sich ein Chefredakteur oder Verleger ganz gut in dem typischen Kräfteparallelogramm der Aufsichtsinstanzen einrichten, ja diese gegeneinander ausspielen. Die Wucht der Kampagne von 1958 ließ ein solches Verhalten nicht ratsam erscheinen. Wer als Verleger und Chefredakteur im Amt bleiben, wer weiter publizieren, redigieren oder schreiben wollte, tat gut daran, möglichst laut in den Chor der Wölfe einzustimmen, um den Druck auf irgendeinen geeigneten Sündenbock,

21 Gegen den Dogmatismus – für die schöpferische Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, in: „Einheit", 8/1956, S. 696 (Leitartikel).

22 BA NY 4215/121 (Vorbereitung der „Theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften", 11.–14.3.1955), Protokoll der 1. Sitzung des Beirats des Instituts für Wirtschaftswissenschaften am 27.1.1955; vgl. ebd., Benary an Oelßner, 13.9.1955.

23 Zwischen Mosaik und Einheit, S. 592–601 (S. Lokatis).

24 Eberhard Arlt/Karlheinz Selle, Warum muß die Parteiarbeit in den Redaktionen der technischen Zeitschriften verbessert werden?, Einheit, 3/1958, S. 409–415.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

womöglich den Konkurrenten, umzuleiten. Daß ein soeben mit dem „Schwarzen Peter" erwischtes und gemaßregeltes reuiges „Opfer" bei erster Gelegenheit wieder als polternder „Täter" auftrat, war 1958 der typische Fall.[25]

Die Antragsbögen zum Druckgenehmigungsverfahren für Bücher des Jahrgangs 1957 erkennt man an einer widersinnigen Besonderheit. Das Datum der Druckgenehmigung geht in der Regel zeitlich dem Eingang des Antrags dazu bei der Zensurbehörde voraus. Die Verlage erteilten sich selbst die Druckgenehmigung, die staatliche Buchzensur verwaltete nur noch die Registratur.[26]

Im Winter 1956 war mit der Verhaftung Walter Jankas die Absicht gescheitert, die Zensur auf dem Verordnungswege abzuschaffen bzw., wie die Terminologie lautete, die Eigenverantwortlichkeit der Verlage zu erhöhen. Doch die alte Begutachtungspraxis war auf kaltem Wege eingestellt: es gab schlechterdings nicht mehr die nötigen Planstellen.[27]

Schon in den frühen fünfziger Jahren hatte das Amt für Literatur die Begutachtungsaufgaben nicht mehr mengenmäßig bewältigen können. Angesichts immer neuer Aufgabenfelder wurde die Zensurtätigkeit bald als zeitraubender Nebenaspekt betrachtet: Verlage mußten betreut, Druckereien angespornt, Papierkontingente und Devisen beschafft, die literarische Themenplanung durchgesetzt und koordiniert, Messen und Literaturbasare organisiert, alle möglichen ZK-Stellen, Organisationen und Institute kontaktiert werden. Geschickt, mit Hilfe eines zunehmend ausdifferenzierten, von Lektorat zu Lektorat unterschiedlichen Instrumentariums, wurde die Zensurarbeit „nach unten" an die Verlage delegiert. Das Amt stützte sich auf ein kleines, aber vergleichsweise zuverlässiges Netz mehr ideologisch als fachlich kompetenter Außengutachter: Der harte Kern von nicht mehr als 25 „politischen Mitarbeitern" und Außengutachtern des Amtes hatte, über den Daumen gepeilt, zusammen gut 150 Jahre im Konzentrationslager hinter sich. Sie zensierten die Verlage mit entsprechender, doch ganz unterschiedlicher Strenge, die privaten und Kirchenverlage mit „administrativen" Methoden, die großen Parteiverlage eher auf kollegialer Basis.

Seit langem feilte die HV an einer Nomenklatur, nach der bestimmte erwiesenermaßen harmlose Textsorten dem Selbstlauf überlassen werden konnten, um sich auf „problematische Fälle" und auflagenstarke „Schwerpunktliteratur" zu konzentrieren.

Die meisten Titel des Akademie-Verlags wirkten so harmlos wie Karl Deichgräbers „Parabasenverse aus Thesmophoriazusen II des Aristophanes bei Galen". Bei einem von der Akademie beschlossenen „unveränderten Nachdruck" von Grapows „Wörterbuch der ägyptischen Sprache" hatte sich allerdings schon früher herausgestellt, daß das Original eine Widmung an den „huldvollen" Kaiser und einen „hochherzigen" Rockefeller enthielt.[28]

Im Januar 1957 wurden von 145 eingereichten gesellschaftswissenschaftlichen Manuskripten ganze zwölf in der Literaturbehörde bzw. durch ihre Außenlektoren überprüft. Ein einziges Manuskript ging zur Überarbeitung an den Urania-Verlag zurück. Der Verlag Die

25 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 97ff.

26 Die Druckgenehmigungsakten der Jahre 1953 bis 1965 sind im Bundesarchiv Lichterfelde unter BA DR–1 3928–4000 und 5001–5112 alphabetisch nach Autorennamen geordnet.

27 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 48–61.

28 BA DR–1, 3739, Oskar Hoffmann an den Akademie-Verlag, 5.7.1954.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Wirtschaft erhielt mit einem Schlag 22, der Zentralverlag 46 und der Akademie-Verlag 41 Manuskripte ohne irgendeine zentrale Kontrolle genehmigt.[29]

Auf diese Weise schlüpfte Kuczynskis „Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie" durch das Netz der Zensur. Das Buch unterschätzte die „Rolle der Volksmassen", stellte die prognostische Weisheit der späteren KPD-Gründer in Frage und thematisierte Liebknechts bislang beschwiegene Zustimmung zu den Kriegskrediten als selbstverständliche Konsequenz der Parteidisziplin. Ein öffentlicher Tumult war die Folge, und allein in der ZfG erschienen acht Verrisse.[30] Der Vorgang verweist auf eine paradoxe Schutzfunktion, die der Zensur in diesem System zugewachsen war: wenn sie nicht funktionierte, konnte das für den Autor böse Folgen haben. Das staatliche Druckgenehmigungsverfahren wirkte wie eine Impfung gegen Zumutungen der Parteiöffentlichkeit und unberechenbare Eingriffen des ZK und bot Autoren und Verlegern eine unverzichtbare Rückzugsposition.

Im Sommer 1957, nach dem 32. Plenum des ZK (10.–12.7.1957), begann die „ideologische Offensive" im Verlagswesen mit einer umfassenden Untersuchung der „literaturverbreitenden Institutionen". Öffentlich sichtbar wurde die Wendung auf einer großen „Kulturkonferenz" im Oktober (23./24.10.1957), die „die klare parteiliche Linie für die künftige Kulturarbeit" festlegte,[31] das heißt die berüchtigte Anti-Dekadenz-Kampagne des Leiters der neuen Kulturkommission beim Politbüro, Alfred Kurella, einläutete.[32]

Vorher genügte in der Regel für die Druckgenehmigung, wenn ein Titel „nicht schädlich" schien. Jetzt forderte Hager, jedes Buch unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob es „nützlich" sei und sich als „Waffe im Kampf für den Sozialismus" eigne. Die „ideologische Kontrolle (Begutachtung) galt wieder als „erstrangige politische Frage, die durch vermehrte ideologische Kader auf diesem Gebiet gelöst werden" sollte.[33] Am 16. April 1958 verabschiedete die HV Verlagswesen eine verschärfte „Nomenklatur für die Vorlage von Manuskripten zur Begutachtung und Druckgenehmigung", die das Einreichen eines satzfertigen Manuskriptes und zweier Gutachten zu einer bis 1989 gültigen Regel machte.[34]

Die 1957 ausgeteilten Blankoformulare zur Druckgenehmigung wurden wieder eingezogen. Nicht einmal „unveränderte Nachdrucke" wurden mehr unbesehen genehmigt: Auf diese Weise wurden die „revisionistisch" kontaminierten Jahrgänge 1956 und 1957 unter Quarantäne gestellt und einer Nachkontrolle unterworfen.[35]

Die Verlage absolvierten gerade die Feiern zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution. Der Kongreß-Verlag, das Bibliographische Institut und der Zentralverlag veranstalteten „auserlesene" Kulturprogramme. Da, am Morgen des 7. November 1957 begann die „Aktion Köhler", die Überprüfung aller in den DDR-Verlagen geplanten, in Herstellung befindlichen

29 BA DR–1, 1244, Statistik für Gesellschaftswissenschaften (Januar und Mai 1957).
30 Vgl. Jürgen Kuczynski, Frost nach dem Tauwetter, S. 90ff.
31 BA DR–1, 7810, Parteileitung der HV Verlagswesen, 20.2.1958.
32 Vgl. zum folgenden: Jedes Buch ein Abenteuer, S. 74ff.
33 BA DY 30, IV 2/9.06/17 Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED über die „Veränderung und Vereinfachung der Struktur des Ministeriums für Kultur" (Mai 1958), S. 205.
34 BA DY 30, IV/9.04/671, HV Verlagswesen, Nomenklatur für die Vorlage von Manuskripten zur Begutachtung und Druckgenehmigung, 16.4.1958.
35 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 87.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

und frisch ausgelieferten Titel.[36] Die verläßlichsten Verleger wurden versammelt, um „mit ihren politisch stärksten Mitarbeitern (Cheflektor, Parteisekretär usw.)" die Zensurarbeit durchzuführen.[37]

Eine „Brigade" überprüfte 13 Urania-Titel, von denen drei „nach bestimmten Gesichtspunkten überarbeitet werden" mußten,[38] bis sie keine „ausgesprochenen Bolzen"[39] mehr enthielten. Im Verlag wurde ein „ideologisches Vakuum" festgestellt. Im Lektorat tummelten sich ehemalige Nazi-Lehrer und sogar eine Großbauerntochter.[40] „Sehr weitgehende Veränderungen" wurden vorgenommen. Der beurlaubte Cheflektor Hönig folgte seinem Verleger und verließ die DDR. Das Papierkontingent des Urania-Verlages wurde von 340 auf 200 Tonnen gekürzt.[41]

Daß innerhalb weniger Monate das Barometer des öffentlichen Klimas auf den Nullpunkt fiel, wäre ohne aktiven Beitrag der Verlage zur Selbstgleichschaltung nicht durchführbar gewesen. Manche Verleger brachten der Aktion Köhler „größtes Verständnis" entgegen. „Man konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, daß es einigen Genossen sogar angenehm war, daß sie dadurch gezwungen waren, sich noch einmal kritisch mit ihrer Verlagsproduktion auseinanderzusetzen."[42] Der Deutsche Verlag der Wissenschaften hatte schon von sich aus mit einer „gründlichen" kritischen Revision seiner Produktion begonnen.[43]

Pawlows Theorien waren damals in Mode. Die HV verabreichte jetzt eine Serie gezielter Elektroschocks. Es gab – gar nicht zu reden von dem Erdrutsch in den Belletristikverlagen – wohl keinen gesellschaftswissenschaftlichen Verlag, in dem es nicht in den folgenden Monaten zu mindestens einer zum Skandal aufgebauschten „Panne" kam: im Tribüne-Verlag eskalierte der „Fall Jonas". Bei Urania ging es um „Mensch und Mikrobe"[44], im Akademie-Verlag um Kuczynskis „Ausbruch des 1. Weltkriegs" und den Völkerrechtler Brandweiner[45], im Kongreß-Verlag – hier wurde der Cheflektor entlassen – um die „Todesfabrik" von Auschwitz[46], im Verlag der Nation um Vilmos Korn „Wenn die Gestirne wechseln", bei Kultur und Fortschritt um den Tauwetterroman „Ohne Erbarmen" von Pawel Nilin[47], im Deutschen Verlag der Wissenschaften um Karl Alexander Hellfaiers Studie über „Die illegale Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes"[48], im Bibliographischen Institut um

36 Ebd., S. 76f.
37 BA DY 30, IV 2/9.04/671, HV Verlagswesen (Fritz), Aktennotiz vom 11.11.1957.
38 BA DR–1, 1172, Aktennotiz der HV Verlagswesen (Fritz) für Hagemann, 11.11.1957.
39 BA DR–1, 3530, Karl Böhm, Zu der Urania-Veröffentlichung „Raketen, Satelliten, Raumschiffe" von Bialoborsky und Wattenberg, 11.2.1958.
40 BA DR–1, 1172, HV Verlagswesen, Abteilung Naturwissenschaften und Technik, Bericht über die Überprüfung des Urania-Verlages, 19.11.1957.
41 BA DR–1, 1082, HV Verlagswesen (Selle), Einige Ergebnisse der Überprüfung von Verlagen, 30.4.1958.
42 Ebd., HV Verlagswesen (Selle), Abschlußbericht, 23.12.1957.
43 BA DY 30, IV 2/9.04/683, Verlagsleitung Deutscher Verlag der Wissenschaften (Kienast) an alle Mitglieder der Verlagsleitung, 15.10.1957.
44 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 76.
45 BA DR–1, 3740, DG-Antrag Heinrich Brandweiner, Verträge des Kriegs- und Neutralitätsrechts.
46 BA DR–1, 3790, DG-Antrag Ota Kraus, Erich Kulka, Die Todesfabrik, Hausmitteilung der Abt. Gesellschaftswissenschaften an Oskar Hoffmann, 6.2.1958.
47 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 108–126.
48 BA DR–1, 3673.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

eine Kulturenzyklopädie[49], im Prisma-Verlag Ernst Wunderlich um Walter Illings „Start in den Himmel"[50] und die „Strombücher" über Rhein und Spree[51], bei Hinstorff um „Hiddensee im Spiegel der Dichtung"[52] und einen „nicht nach den Gesichtspunkten neuer Geschichtsschau zusammengestellten" Potsdam-Bildband. Das „aus der Perspektive kleinbürgerlicher Bau- und Landschaftsromantik" verfaßte Buch entspräche nicht dem historischen Materialismus und sei deshalb nicht „als gültige Aussage über Potsdam zu werten".[53] Bei Petermänken war die „ideologische Panne" ein plattdeutsches Werk, das den „Pessimismus in der Arbeiterklasse predigte",[54] beim Weimarer Gebr. Knabe Verlag handelte es sich um Tiererzählungen des zutiefst empörten Georg W. Pijet: „Der Verlag übermittelte mir auch den wörtlichen Text Ihrer Urteilsbegründung", beschwerte sich dieser bei der Zensur. „Sie hat mich in ihrer Armseligkeit und kalter bürokratischer Einseitigkeit am tiefsten erschüttert. So also werden Todesurteile über Bücher und Autoren gefällt, die Zeit ihres Lebens in der Partei der Arbeiterklasse stehen und deren Leben mit diesem Kampf verbunden ist ..." Die Zensurbehörde rüffelte daraufhin den Verlag und verbat sich den Direktverkehr mit Autoren. Es gehörte zu den essentiellen Arbeitsprinzipien, daß die Zensur unsichtbar blieb und die Verlage die Zensurentscheidung als ihre eigene Meinung vertreten mußten.[55]

Beim Verlag Neues Leben bot nach einer spektakulären Pleite mit der auflagenstarken Jugendweihe-Gabe „Weltall, Erde, Mensch", aus der der Verlag ein Ulbricht-Vorwort entfernt hatte,[56] das Verbot eines Romans von Boris Djacenko, „Herz und Asche, Teil 2", den Anlaß zu „äußersten Maßnahmen". Das Buch thematisierte im Stil der sowjetischen Tauwetter-Romane zum ersten Mal die „Schrecken der Befreiung durch die Rote Armee" und kratzte am Tabu der Vergewaltigungen.[57] Im Februar 1958 wurden deshalb zwei Lektoren und der stellvertretende Verlagsleiter entlassen. Der Verleger Bruno Peterson, an sich „ein alter erfahrener und politisch wachsamer Genosse", und Chefredakteur Sellin erhielten schwere Parteistrafen.[58]

Bei Rütten & Loening löste Ernst Niekischs „Reich der niederen Dämonen" die Krise aus. Walter Markovs Festschrift zum 200. Geburtstag Robespierres und Kulischers altbewährte, von Kuczynski herausgegebene „Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit" wurden eingezogen. „Seltsame Dinge werden bei Rütten & Loening ver-

49 BA DR–1, 3322, DG-Antrag Kleine Enzyklopädie/Kultur Band I und II. Abt. Gesellschaftswissenschaften an Kollegen Selle, 4.7.1958; A. Große an Johanna Rudolph, 24.3.1958.

50 BA DR–1, 1318, Bücher die zurückgezogen wurden, 28.8.1958.

51 BA DR–1, 1068, HV Verlagswesen (Karl Böhm) an Luise Kraushaar, 10.1.1958.

52 BA DR–1, 5016, DG-Antrag Friedrich Koch, Hiddensee im Spiegel der Dichtung, November 1957. Zum Rostocker Carl Hinstorff-Verlag vgl. Kirsten Thietz, Zwischen Auftrag und Eigensinn. Der Hinstorff-Verlag in den 60er und 70er Jahren, in: LiteraturGesellschaft DDR, S. 240–274.

53 BA DR–1, 5039, DG-Antrag F. Mielke, Potsdam, Luise Kraushaar an den Hinstorff-Verlag, 13.3.1958.

54 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 78.

55 BA DR–1, 5054, DG-Antrag Georg W. Pijet, Mit einem Aufsatz fing es an. HA Literatur und Buchwesen (Kocialek) an Gebr. Knabe-Verlag, 1.8.1958. Georg W. Pijet an HA Literatur und Buchwesen, 11.8.1958.

56 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 76.

57 Birgit Dahlke, „Frau komm!" Vergewaltigung 1945. Zur Geschichte eines Diskurses, S. 281–294, in: Birgit Dahlke/Martina Langermann/Thomas Taterka (Hg.), LiteraturGesellschaft DDR, S. 275–311.

58 BA DR–1, 1082, Der Fall „Neues Leben"! Djacenko „Herz und Asche", Bd II (HS Fehleranalyse Oskar Hoffmann).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

legt" titelte die ostdeutsche Zeitschrift „Die Wirtschaft", und die westdeutsche Zeitung „Die Welt" konnte von einer „Pechsträhne" beim führenden Geschichtsverlag der DDR berichten. Cheflektor Kloock wurde entlassen, und im Sommer 1958 kehrte Verlagsleiter Hermann Lewy der DDR den Rücken.[59]

Der Verlag die Wirtschaft hatte gerade erst verantwortliche „Wachsamkeit" gegenüber Behrens und Benary demonstriert. Jetzt verfiel ein „Fliegerjahrbuch" der Kritik, zu wenig sowjetische Modelle und diese auch noch unter den in der NATO gebräuchlichen Typenbezeichnungen abgebildet zu haben. Dabei gab es nicht mehr, und aus Geheimhaltungsgründen waren weder die russischen Namen noch irgendwelche Bilder verfügbar, das Ausschöpfen der westlichen Fachorgane längst geläufige Praxis.[60]

Der regierungsamtliche Deutsche Zentralverlag, sonst eine öde Wüste für den Zensurforscher, bildete, was verantwortlich sterilisierte Zuverlässigkeit angeht, gewiß einen trostlosen Grenzfall.[61] 1958 erschienen hier unangefochten so brisante Titel wie das „Fleischbeschaugesetz", „Die Hundesteuer" und das „Wahlrecht der sozialistischen Staaten". Doch selbst hier fand die Zensurbehörde ihre Disteln. Daß der Zentralverlag vier Schriften der Reihe „Arbeit und Sozialfürsorge" wegen der „R-Flucht" des Verfassers Böhm zurückziehen mußte, war ein Schicksalsschlag.[62] Ein weiteres Buchverbot verwickelte den Verlag in einen aussichtslosen Prozeß mit einem ungarischen Juristen, der in seinem 1956 übersetzten Standardwerk über das Internationale Privatrecht die Ergebnisse der Babelsberger Konferenz von 1958 ignoriert hatte.[63]

2. Zensur als Erfahrung: Lernschleifen und graue Eminenzen

Über jeden einzelnen Fall ließen sich lange Geschichten erzählen. Der hier rekonstruierte innere Zusammenhang der Buchverbote, die Restauration der stalinistischen Zensurpolitik, blieb in seiner Breite verborgen. Die Zensurbehörde sammelte solche Fälle vor allem im Vorfeld von Verlegerkonferenzen und Schulungen, um dort die Verantwortlichen anzuprangern.[64] Doch für Verleger, Lektoren und Schriftsteller war es nicht leicht, auch nur die wichtigsten aufgestellten Warntafeln und Verbotsschilder zu überblicken, um auf der zugewiesenen Einbahnstraße fortzuschreiten.

Manche Buchverbote etablierten gleich ein ganzes Bündel neuer Regeln, weil den genauen Verbotsgrund auch die Zensoren nicht immer zu sagen wußten. Die Verleger begannen

59 Siegfried Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur, S. 216 und 218.

60 BA DR–1, 3362, DG-Antrag Heinz A.F. Schmidt, Die Luftfahrt – Jahrbuch des Fliegerwesens, DG 27.6.1957 im Verlag, Stellungnahme Seifert, 9.4.1958.

61 BA DY 30, IV 2/9.04/671, Abt. Gesellschaftwissenschaften, Einschätzung der Verlagsplanung der gesellschaftswissenschaftlichen Verlage 1958, 25.11.1957.

62 BA DR–1, 1082, Abt. Gesellschaftswissenschaften (Schwarz), „Titel, die zurückgezogen werden mußten", 29.4.1958.

63 BA DR–1, 3304, VEB Deutscher Zentralverlag an Akadémiai Kiadó (Budapest), Verrechnung der entstandenen Kosten für Réczei, Internationales Privatrecht, 12.3.1959.

64 BA DR–1, 1279, Hauptabteilung Literatur und Buchwesen, Abt. Schöne Literatur (Baum), Notiz an alle Kollegen der Hauptreferate, 29.7.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

eine entsprechend allseitig witternde, im nachhinein gelegentlich übertrieben wirkende Vorsichtshaltung zu kultivieren.

Wenn ein Titel erst einmal ins Gerede gekommen war, fand jeder etwas anderes auszusetzen. So hatten die Mansfelder das Buch von Jonas zunächst kritisiert, weil darin ein angeblicher Parteifeind zu Wort gekommen war, dann geriet es unter Revisionismusverdacht und galt als Verunglimpfung der ganzen Region. Schließlich wurde es zum Signal dafür, daß Erinnerungen von Veteranen generell eines Filters und zentraler Verwaltung bedürften, daß empirische Quellen für den parteigeschichtlichen Diskurs besser nicht in Betracht kämen.[65]

Ernst Niekischs „Reich der niederen Dämonen" hatte nicht weniger als fünf absolute Tabus verletzt: Es thematisierte die Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Reichswehr in den zwanziger Jahren und das geheime Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt. Niekisch lobte den 20. Juli 1944 als einzige relevante Widerstandsaktion. Zudem erwähnte er, was eher noch schlimmer war, an mehreren Stellen die Verdienste Herrnstadts und Oelßners.[66] Das spektakuläre Verbot von Djacenkos „Herz und Asche" schärfte allen Beteiligten ein, daß man besser nicht an Vergewaltigungen von 1945 erinnerte und wirkte in dieser Hinsicht über Jahrzehnte hinweg kanonbildend.[67] Aber die Zensoren führten eine ganze Reihe nicht weniger gravierender weiterer Einwände gegen „Tauwetterliteratur" dieser Art ins Feld.[68]

Langjährige Erfahrung, die berühmten Narben des Parteiarbeiters und die Lehren aus dem Sturz des Vorgängers verfeinerten jenes berühmte „Fingerspitzengefühl", das das Berufsgeheimnis des Zensors ausmachte. In der experimentellen Situation der fünfziger Jahre mußte er die für typische Fälle geeigneten Verfahrensregeln oft erst noch erfinden, sie durchsetzen und weiterentwickeln.

Der erfahrene Zensor dachte eher in methodischen, als in inhaltlichen Kategorien, die ja nur allzu rasch überholt sein konnten. Jede einzelne „Panne" verwies auf eine Steuerungslücke, die durch die Festlegung ausreichender Verfahren und nach Klärung der Zuständigkeit in sogenannten „Fehleranalysen" gestopft werden mußte. Auf diese Weise, nachdem Prosper Lissagarays Buch über die Pariser Kommune eingezogen und umgearbeitet werden mußte, hatte man 1954 die bleibende Regelung gefunden, alle Manuskripte über die Geschichte der Arbeiterbewegung dem IML vorlegen zu lassen.[69]

Jetzt wurde aus dem Fall Niekisch von der HV die Konsequenz gezogen, künftig immer zwei schriftliche Gutachten zum Druckgenehmigungsantrag zu verlangen.[70] Bei der Fehleranalyse zur „Todesfabrik" von Auschwitz stellte sich heraus, daß das Buch entsprechend der lockeren Nomenklatur von 1957 weder der Zensur noch dem Antifaschistischen Komitee der Widerstandskämpfer und auch nicht dem IML vorgelegt worden war. Diese Prozedur wurde jetzt für ähnliche Werke über Konzentrationslager zur Regel gemacht. Eine weitere Schlußfolgerung aus den Zeichnungen der „Todesfabrik", in denen den Lagerwächtern

65 Vgl. oben, S. 107.
66 Siegfried Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur, S. 209ff.
67 Vgl. Birgit Dahlke, „Frau komm!" Vergewaltigung 1945, LiteraturGesellschaft DDR, S. 281–294.
68 BA DR–1, 1082, Gutachten Fritz, 18.1.1958.
69 Siegfried Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur, S. 175ff.
70 BA DR–1, 3794, HV Verlagswesen (Bräutigam) an Abt. Wissenschaften im ZK (Lucie Pflug), 4.2.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

sowjetische Uniformen verpaßt worden waren, war die Festlegung, die satzreifen Manuskripte zusammen mit den zugehörigen Illustrationen vorlegen zu lassen.[71]

Die Verschärfung der Zensurpraxis hatte zur Folge, daß mit einer Ausnahme sämtliche Publikationen zur Buchenwald-Feier – Walter Bartels Dokumentensammlung „Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung", „Hart auf hart" von Otto Halle und „Rot färbt sich der Morgen" von Karl Barthel – auf der Strecke blieben und erst verspätet erscheinen konnten. Die Ausnahme, auf die sich entsprechend die öffentliche Aufmerksamkeit konzentrierte, war „Nackt unter Wölfen" von Bruno Apitz. Der Titel wurde noch eben rechtzeitig vor der Kursverschärfung druckgenehmigt und avancierte mangels Konkurrenz zum maßstabsetzenden Leittext für den Buchenwald-Mythos.[72]

Ein Volksbuchhändler aus Halle beschwerte sich bei Walter Ulbricht über die Einfuhr des Titels „Einstein und das Universum", der die Zuflucht des Wissenschaftlers zur Religion propagiere. Kaum lief die Beschwerde ein, wurde festgelegt, Einfuhrliteratur mit denselben Maßstäben und der gleichen Sorgfalt wie normale Druckgenehmigungsanträge zu prüfen.[73] Angesichts des Devisennotstands lief diese Vorgabe auf eine literarische Autarkiepolitik nebst entsprechender Abschottung vor nicht assimilierbarer Ware hinaus. Die Zensoren der DDR hatten es ja entschieden schwerer, als jene der Bruderländer, weil sie mit dem „Klassenfeind" in einem gemeinsamen Sprachraum operieren mußten, und arbeiteten deshalb eng mit den Zollbehörden zusammen.[74]

1958 erschienen noch 69 westdeutsche Belletristik-Titel, 1963 nicht mehr als 14.[75] Die Zahl der Werke aus sozialistischen Ländern stieg allein 1958 von etwa 70 auf 159.[76] Dabei radikalisierte sich auch auf diesem Feld die Zensurpraxis.

Anfang 1957 hatte die HV Verlagswesen Literatur aus den „Bruderländern" und sowjetische Titel von der Zensur ganz freigestellt. Seit 1958 wurde auch „die Literatur des sozialistischen Auslands einer genauen Prüfung" unterzogen, um im Hinblick „auf die sozialistische Bewußtseinsbildung" nur noch die „fortschrittlichste Auslandsliteratur" ins Land zu nehmen. Speziell „bei der Hereinnahme von Sowjetliteratur", empfahl die Zensurbehörde, müsse „die Auswahl sehr sorgfältig sein", da manche Werke in der DDR eine andere Wirkung als in der Sowjetunion hervorrufen könnten.[77]

Es lag an der typischen Zeitverzögerung für Übersetzungen aus dem Russischen, daß erst nach dem Kurswechsel von 1958 jene Romane anrollten, die in der Sowjetunion auf dem Höhepunkt des Tauwetters entstanden waren. Die Ausblendung von Stalins „Säuberungen", der Schauprozesse und der Schrecken des GULAGs war weitgehend die Angelegenheit des

71 BA DR–1, 1224, Rundschreiben der HV Verlagswesen (Kraushaar) an die Belletristikverlage, 31.1.1958.

72 Thomas Taterka, „Buchenwald liegt in der Deutschen Demokratischen Republik." Grundzüge des Lagerdiskurses in der DDR, S. 355f. und S. 361ff., in: LiteraturGesellschaft DDR, S. 312–365.

73 BA DR–1, 1244, Abteilung Naturwissenschaft/Technik (Arno Lange), Stellungnahme zur Bearbeitung der Einfuhrgenehmigung für Barnett, Einstein und das Universum, 4.6.1958. BA DR–1, 1212, Kontaktbesprechung der Leitung der HV am 3.4.1958.

74 Mark Lehmstedt/S. Lokatis (Hg.), Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaustausch, Wiesbaden 1997.

75 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 173–226.

76 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 127–172.

77 BA DR–1, 1225, Protokoll über die Tagung der Arbeitsgemeinschaft Ausländische Gegenwartsliteratur, 17.7.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Monopolverlags für sowjetische Belletristik „Kultur und Fortschritt". Hier brach im Herbst 1958 nach der Streichung von vier fertig gesetzten Titeln die Themenplanung zusammen. Der Diskussionsprozeß über die Publikation des späteren Sensationsromans „Schlacht unterwegs" von Galina Nikolajewa zog sich über fünf Jahre hin. Die 1962 erschienene gekürzte Fassung kursierte unter dem Spottnamen „Unterwegs geschlachtet".[78]

Schon 30 Jahre vor Gorbatschow versuchte die DDR ihr Literatursystem von dem sowjetischen und den dortigen Tauwetter-Schwankungen abzukoppeln. Inwieweit sich diese kaum zu legitimierende Tendenz in der Praxis durchhalten ließ, bedarf gründlicher Erforschung. Doch allein die Filterfunktion der Zensur erlaubte es, über lange Jahrzehnte mit dem permanenten ideologischen Gefälle zu den „Bruderländern" umzugehen, und unwillkommene Einflüsse aus Polen oder der ČSSR nicht massenwirksam werden zu lassen. Alle Bestrebungen, ein eigenständiges Geschichtsbild mit einer höchst speziellen Stalin-Interpretation zu entwickeln, basierten auf der Chance, von außen unanfechtbare Geltungsansprüche durchsetzen zu können. Das große Experiment der SED-Parteigeschichtsschreibung ließ sich nur in einem intellektuellen Vakuum durchführen.

Für den Chef der Begutachtung Oskar Hoffmann gehörte die nächtliche Lektüre der problematischen Manuskripte noch zum Berufsbild des unermüdlich wachsamen Zensors. So hatte er sich Anfang der fünfziger Jahre selbst eingearbeitet.[79] Doch eigentlich war die Aufgabe der staatlichen Zensoren nicht so sehr, selbst zu zensieren, sondern die Texte schon von weitem zu taxieren und dafür zu sorgen, daß jedes einlaufende Manuskript in die richtige Schublade, zu einem für geeignet angesehenen Gutachter gelangte. In der Regel verließ sich die Literaturbehörde auf einen so kleinen, wie erprobten Stab von Außengutachtern. Dieses Verfahren war kostspielig, doch die Wiederaufnahme der Begutachtungspraxis im April 1958 ließ keine andere Wahl, als den im „Tauwetter" auf Halbsold gestellten Trupp zu aktivieren.

Das Schicksal eines Manuskriptes im Druckgenehmigungsverfahren hing weitgehend davon ab, an welchen dieser Gutachter es geriet. Wer die Druckgenehmigungsakten der fünfziger und frühen sechziger Jahre von A bis Z durcharbeitet, wird in der großen Mehrzahl der Fälle auf dieselben Namen stoßen: Christfried Coler, Paul Friedländer, Carola Gärtner-Scholle, Arno Hausmann, Erich Schreier und Friedrich W. Stöcker. Kaum jemand kennt ihre Namen: die Anonymität ihrer gefürchteten Außengutachter war ein Arbeitsprinzip der Hauptverwaltung. Und doch prägten, ja züchteten sie als deren geheime Fürsten die frühe DDR-Literatur, jeder einzelne von ihnen, an der Wirkung gemessen, auf diskrete Weise kaum weniger einflußreich als etwa ein Johannes R. Becher oder der Deutsche Schriftstellerverband.

Wir finden sie bei der Zensur von Kinderbüchern und Historischen Romanen, von Kirchenliteratur und Kalendern. Die Zensurbehörde wechselte mehrfach ihren Namen, ihren Zuständigkeitsbereich und ihre Unterstellung. Aus dem Kulturellen Beirat wurde 1951 das Amt für Literatur und Verlagswesen, 1956 die Hauptverwaltung Verlagswesen im Ministerium für Kultur, 1958 die Abteilung Literatur und Buchhandel und 1963 die HV Verlage und Buchhandel. Doch die Gutachter blieben bis in die sechziger Jahre hinein identisch. Jeder von ihnen besaß ein unverkennbares Profil. Sie repräsentierten einen Stil der Begut-

78 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 118–126.

79 BA Sgy 30, 1797/1, Erinnerungen Oskar Hoffmann.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

achtung, der auf Lebenserfahrung beruhte und mehr oder weniger aus dem Bauch heraus erfolgte. Sie gehörten somit im beginnenden „wissenschaftlichen Zeitalter" der Zensur einer aussterbenden Spezies an. Von den strengen Gepflogenheiten kollektiver Begutachtung, wie sie in der Welt der Parteigeschichtsschreibung zunehmend üblich wurden, trennten sie Welten. Doch 1958 schlug noch einmal ihre große Stunde.

Paul Friedländer („Der Autor kann vom Leser nicht verlangen, ihm in seine Gedankenwirrnis zu folgen ...")[80] entschied Monat für Monat über das Schicksal von 14 Manuskripten. Er war es, auf den sich die HV, „wenn es auf die Zuverlässigkeit der politischen Gutachten" ankam, 1958 „auf das Stärkste" stützte.[81] Friedländers Stellungnahmen waren selten länger als drei Seiten, aber seine damalige Abschußquote konnte sich sehen lassen. Unter seinen Opfern befanden sich der Nobelpreisträger Rabindranath Tagore[82], Victor Klemperer, Voltaire[83] und Robert Ranke-Graves („Ich, Claudius Kaiser und Gott"). Die vielen Giftmorde im alten Rom, fand der Gutachter, drängten dem Leser „falsche Verallgemeinerungen auf".[84]

Mit Arno Hausmann („Meines Erachtens ist es eine Papierverschwendung, so etwas heute zu drucken.")[85] war auch nicht zu spaßen. Sein Urteil war knapp – manchmal brauchte er nicht einmal eine Seite –, messerscharf und entschieden. Erzgebirgs-Romane verspottete er als „Nullpunktliteratur"[86] und Heinrich Böll strich er zwei Erzählungen.[87] Die ideologische Offensive nutzte er zu einem Privatfeldzug gegen die aufstrebende Science-Fiction-Literatur.[88] Seine „Spezialität" war jedoch Tucholsky, dessen „objektivistischem" Herausgeber Fritz J. Raddatz, seinerzeit Cheflektor bei „Volk und Welt", er Jahr für Jahr alle möglichen Streichungen und Nachbemerkungen verordnen ließ.[89]

Den toleranten Gegenpol bildete der von Selbstzweifeln geplagte Christfried Coler. Der hochkompetente Spezialist für die „kritischen Realisten" des 19. Jahrhunderts und Ziehvater des historischen Romans in der DDR entschuldigte sich nach jeder Ablehnung beim Ver-

80 BA DR–1, 5099, DG-Antrag Robert Walter, Heitere Sinfonie (Verlag der Nation), Gutachten Paul Friedländer, 11.4.1958.

81 BA DR–1,1167, HV Verlagswesen Abt. Schöne Literatur, Kunst und Musik (Elsholz) an Oskar Hoffmann, Beurteilung der freien Mitarbeiter unserer Abteilung, 17.4.1958.

82 BA DR–1, 5088, DG-Antrag Rabindranath Tagore, Das Heim und Welt, Gutachten Friedländer, 18.11.1957.

83 BA DR–1, 5098, Victor Klemperer (Hg.), Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Herrn de Voltaire aufgezeichnet von ihm selbst, Gutachten Paul Friedländer 27.1.1958.

84 BA DR–1, 5060, Gutachten Paul Friedländer zu Robert Ranke-Graves, Ich, Claudius Kaiser und Gott (Kultur und Fortschritt), 25.11.1957.

85 BA DR–1, 5098, DG-Antrag Helene Voigt-Diederichs, Dreiviertel Stund vor Tag, Gutachten Arno Hausmann, 31.10.1953.

86 BA DR–1, 5042, DG-Antrag Erhard Müller, Das Haus am Berg (Kiepenheuer), Gutachten Arno Hausmann, 20.2.1958.

87 BA DR–1, 2419, DG-Antrag Heinrich Böll, Kurzgeschichten und Erzählungen (Union-Verlag), Gutachten Arno Hausmann, 6.3.1958.

88 BA DR–1, 5019, DG-Antrag Günther Krupkat, Die Unsichtbaren, Gutachten Arno Hausmann, 22.12.1957.

89 BA DR–1, 5094, DG-Antrag Kurt Tucholsky, ... ganz anders, 5. Band der Tucholsky-Ausgabe (Hg. Fritz J. Raddatz), Gutachten Arno Hausmann, 18.7.1958; ebd., DG-Antrag Kurt Tucholsky, Deutschland, Deutschland unter alles, 5.6.1957.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

lag[90] und wünschte sich „bis zu einem gewissen Grade auch in den Augen des Verfassers zu legitimieren". Einen Verriß begann er mit den Worten: „Lektoren oder „Gutachter" sind im allgemeinen nicht beliebt. Sie stehen bei den Autoren meist in dem Verdacht, alles besser wissen zu wollen – auch wenn sie nur helfen wollen."[91]

Erich Schreier war der dienstälteste Zensor der Partei: 1959 empörte er sich, daß in die „Nachgelassene Lyrik" Erich Weinerts eine Strophe hineingeschmuggelt war, die er 1923 (!) verboten hatte.[92] Eine wandelnde Enzyklopädie, beurteilte Schreier in einem unnachahmlich geschraubten Stil Gedichte,[93] die klassischen Sagen Gustav Schwabs[94], sowjetische Kriminalromane, KZ-Literatur und B. Traven: „Traven begeht den absoluten Fehler, welcher alle seine Bücher negativ markiert, daß er jede Form einer staatlichen Organisation, jede behördliche Verwaltung aus rein individualistischer und salopper Formlosigkeit ablehnt und sich dabei völlig verklettert ... so kann beim Leser nach dem 5.–6. Buch von Traven eine Travenmüdigkeit sich einstellen, wie eine solche bereits vor 1933 bei gut politisch organisierten und disziplinierten Lesern der Fall war."[95] Andere Gutachter benutzten die Schreibmaschine, doch Erich Schreiers Stellungnahmen erkennt man auf den ersten Blick an der gestochenen und schwungvollen Handschrift: der ehemalige Bildhauer stützte seine zerfolterten Arme mit einer Schlinge.[96]

„Soll denn aber nicht jeder Autor in der DDR nach seiner Fasson schreiben dürfen?! Durchaus, sofern er uns etwas zu sagen hat", fand Carola Gärtner-Scholle, wenn sie jemanden an der „Überführung in die Literatur" hinderte.[97] Über sie müßte man ein eigenes Buch schreiben. Sie malte, übersetzte romanische Literatur, versuchte sich auch gelegentlich als Schriftstellerin. In den zwanziger Jahren hatte sie den Schnittmusterdienst bei Ullstein geleitet, war Fotoreporterin, Direktrice im KDW und gründete einen Laden für Faschingskostüme. Über ein Jahr lang war die Charlottenburger Kommunistin durch Italien gereist. Wie ihre Kollegen hatte sie nach 1933 lange Jahre in Haft verbracht. Die mit einem SS-Förderstipendium und einer Anstellung als Theaterzeichnerin bei Gustav Gründgens verbundene Begnadigung durch Himmler bildete den einen dunklen Fleck in ihrer Kaderakte, den anderen hatte sie ihrem überschäumenden Temperament zu verdanken: seit sie öffentlich das Protokoll einer Parteiversammlung zerrissen und einen Genossen geohrfeigt hatte, galt sie für eine verantwortliche, amtliche Tätigkeit als ungeeignet.[98] Nachdem sie ihre offizielle Position als Zensorin im „Kulturellen Beirat" verloren hatte, war die Funktion einer

90 BA DR–1, 5016, DG-Antrag Friedrich Koch, Hiddensee im Spiegel der Dichtung, Gutachter Christfried Coler 23.3.1956.

91 BA DR–1, 3927, Franz Fabian, Die Nachwelt entscheide ... Eine Clausewitz-Biographie. Gutachten Coler vom 3.5.1954.

92 BA DR–1, 5101, DG-Antrag Erich Weinert, Nachgelassene Lyrik aus drei Jahrzehnten, Gutachten Erich Schreier, 10.11.1959 (über das Gedicht „Jugendkultur").

93 BA DR–1, 5036, DG-Antrag Eberhard Meckel, Durch die Jahre, Gutachten Erich Schreier, 8.2.1955.

94 BA DR–1, 5073, DG-Antrag, Gustav Schwab, Die Sagen von Troja, Gutachten Erich Schreier, 19.7.1955.

95 BA DR–1, 5091, DG-Antrag B. Traven, Regierung (Volk und Welt), Gutachten Erich Schreier, 26.5.1964.

96 Für diese Information danke ich Dr. Gerhard Dahne.

97 BA DR–1, 5098, DG-Antrag Klaus Vogt, Ein Zelt steht am Meer. Wundersame und ergötzliche Entdeckungen zwischen Ahlbeck und Boltenhagen, Gutachten Gärtner-Scholle, 10.7.1955.

98 Vgl. zu Carola Gärtner-Scholle BA DY 30, IV 2711/v 2253.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

freischaffenden „Geheimrätin" der Literaturbehörde für sie maßgeschneidert. Carola Gärtner-Scholle rückte mit den Jahren in die Position einer respektvoll bespöttelten schrulligen Ur-Wala ein, der die Manuskripte wie zu einem Orakel per Kurier in die Wohnung gebracht wurden. Für ihre opulenten Gutachten benutzte sie bis in die sechziger Jahre hinein ostentativ die veralteten Vordrucke des Kulturellen Beirats der SBZ.

Ihre Gutachten waren mit Leidenschaft verfaßte ausführliche Analysen, bei guter Laune der Dame kleine Kunstwerke. Für Stanislaw Lems „Tagebuch aus dem Weltraum" fand sie das höchste Lob: „Ich denke, Lenin würde denkbar große Auflagen empfohlen haben."[99] Sonst suchte sie das Haar im Ei und ließ von ihren ahnungslosen Opfern nicht mehr ab: „Dieses Manuskript habe ich bereits in einer früheren Fassung für den Verlag begutachtet. Es ist beachtlich, wie diesem bereits durch gute Beratung gelungen ist, die von mir beanstandeten Schwächen weitgehend abzuändern. Dennoch kann ich mich nicht dafür einsetzen, es in der nun vorliegenden Form zum Druck gutzuheißen."[100] Einmal erklärt sie ein Buch, das niemand unbezahlt „durchackern" würde, zum „probaten Schlafmittel"[101], ein anderes Mal „alle ideologischen Basen" für „hoffnungslos gestrig": „Allenfalls Lektüre für ältere Dorfschullehrerinnen und Gemeindeschwestern, wie sie wohl noch nicht überall ausgestorben sein werden ..."[102] Im Eulenspiegel-Almanach „Das Tier lacht nicht" strich sie ein Karl Kraus-Zitat: „Satire, die der Zensor versteht, wird mit Recht verboten." Die Begründung lautete: „Er hatte es mit einem Zensor zu tun, den unsere Leser nicht mehr zu fürchten brauchen."[103]

3. Zensur des Alltags: Postkarten, Wanderbücher und Kalender

„Die sorbischen Kalender können wir zwar nicht lesen, haben jedoch den Eindruck, daß sie sich positiv von anderen Kalendern abheben."[104]

Spricht man von „Zensur in der DDR", so meint man damit gewöhnlich, entsprechend den Gepflogenheiten des Feuilletons, die Zensur der Belletristik. Diese stand stets im Zentrum der öffentlichen Kritik durch die geplagten Schriftsteller, und sie ist entschieden besser erforscht. Daneben gab es in der Zensurbehörde jedoch noch den naturwissenschaftlichen und den gesellschaftswissenschaftlichen, den „Gewi-Bereich". Wie relativ einfach lagen die

99 BA DR–1, 5025, DG-Antrag Stanislaw Lem, Tagebuch aus dem Weltraum, Gutachten Gärtner-Scholle, 13.8.1956.

100 BA DR–1, 5090, DG-Antrag Ilse Titge, Die Insel (Altberliner Verlag), Gutachten Gärtner-Scholle 8.12.1953.

101 BA DR–1, 2420, DG-Antrag Hans Franck, Johann Sebastian Bach (Union-Verlag), Gutachten Gärtner-Scholle, 24.4.1960.

102 BA DR–1, 5099, DG-Antrag Robert Walter, Der Krippenschnitzer (Reclam), Gutachten Gärtner-Scholle, 11.10.1954.

103 BA DR–1, 5090, DG-Antrag Werner Sellhorn/Gerhard Branstner, Das Tier lacht nicht, Gutachten Gärtner-Scholle, 30.8.1964.

104 BA DY 30, IV 2/9.04/674, Sektor Verlage der Abteilung Wissenschaften (Piesker), Einschätzung der Kalenderproduktion 1955, 8.2.1955.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Dinge in der Belletristik, der natürlichen Domäne staatlicher Zensurpolitik! Dem Schoße des Ministeriums für Kultur entsproß nach schwerer Geburt eine Literaturpreise und Reiseprivilegien verwaltende Superbehörde für Schöne Literatur, nicht nur Zensurstelle, sondern planerische Zentrale und förderndes Fachministerium.

Das Arbeitsgebiet der „Gewi"-Zensur erinnerte hingegen an einen zusammengestoppelten durchlöcherten Flickenteppich. Genaugenommen verwaltete sie, was der von der Zensur befreite Schulbuchverlag Volk und Wissen und vor allem der als ZK-Abteilung höherrangige Dietz-Verlag übriggelassen hatten. Für den Akademie-Verlag und das Sprachrohr des mächtigen FDGB, den Tribüne-Verlag, war sie auf eingeschränkte Weise, für die Neugründung der NVA, den späteren Militärverlag und den Verlag des Ministeriums des Innern überhaupt nicht zuständig. Auch bei den übrigen Verlagen nahm sie nicht viel mehr als eine koordinierende Funktion zwischen wissenschaftlichen Instituten und Fachministerien ein. Ohne deren Mitwirkung in einem die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft sprengenden System der „Themenplanung" und Begutachtung wäre die Zensur mangels Fachkompetenz gar nicht arbeitsfähig gewesen. Diese Konstellation erklärt die über Jahrzehnte hinweg exekutierte Definitionsmacht der großen Begutachtungsmaschinen des ZK, des IML, der Parteihochschule und des Instituts für Gesellschaftswissenschaften auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung.

In der Abteilung Gesellschaftswissenschaften betreuten drei „politische Mitarbeiter" und eine Sekretärin 20 Buchverlage der unterschiedlichsten Eigentumsformen und 100 Zeitschriften.[105] Ihre Tätigkeit ist schlecht dokumentiert, weil nicht einmal Zeit blieb, Protokolle zu schreiben.[106]

Doch die „ideologische Offensive" von 1957/1958 bietet die seltene Chance zur zensurgeschichtlichen Tiefseeforschung. Eine Unzahl von Expertisen, Protokollen, Brigadeeinsätzen, Kaderanalysen und Statistiken reflektierte das Bestreben der Steuerungsorgane, die zentrifugalen und subversiven Kräfte zu bannen, Lektoren und Verlegern genau auf die Finger zu sehen, Vertriebswegen nachzuspüren und Verantwortlichkeiten zu klären.

Tief unter dem Königsweg der großen Literatur- und Wissenschaftspolitik, abseits der öffentlichen Schlachtfelder um Autoren wie Ernst Bloch, Wolfgang Harich und Jürgen Kuczynski, beackerte die „Gewi-Zensur" so abgelegene Aufgabenfelder wie die Kontrolle von Wanderbüchern und Kalendern, von Lexika und Gesangbüchern. Man soll die Tücken dieser Arbeit nicht unterschätzen. Gerade die harmlosesten Literaturkategorien, die erfahrungsgemäß „kaum Möglichkeiten ideologischer Mängel" boten,[107] ja selbst naturwissenschaftliche Titel konnten einzelnen Blindgängern als willkommene Tarnung dienen. So gelang es dem Reformkommunisten Ernst Fischer 1963 um ein Haar, angebliche „Elegien aus dem Nachlaß Ovids" im Leipziger Insel-Verlag zu publizieren, die nicht auf Kaiser Augustus, sondern auf Stalin zielten: er hatte sie selbst verfaßt.[108] Der Münchener Mathematiker Werner Heise ließ in einer Lizenzausgabe über Kombinatorik einige Buchstaben fetter drucken. Hintereinander gelesen ergaben sie den Satz „Nieder mit dem Sowjetimpe-

105 BA DR-1, 1118, Abt. Gesellschaftswissenschaften, 22.11.1957.
106 BA DR-1, 1244, Abt. Gesellschaftswissenschaften (Bräutigam), 15.11.1956.
107 BA DR-1, 1082, Abteilung Naturwissenschaft/Technik der HV Verlagswesen an Böhm, 10.12.1957.
108 Werner Fuld, Das Lexikon der Fälschungen, Frankfurt/Main 1999, S. 200.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

rialismus".[109] Ein Taschenbuch der Anatomie bezeichnete zur Erheiterung verschwiegener Medizinstudenten in sechzehn Auflagen den Pomuskel als „glutäus marxismus". [110]

Warum hat sich bisher noch niemand mit der Zensurabteilung „nichtlizenzpflichtige Druckerzeugnisse" befaßt? Ihre gesellschaftspolitische Bedeutung ist gar nicht zu überschätzen. Sie kontrollierte unterhalb der Ebene der großen lizensierten Kirchenverlage mit ihrem Spendenpapier den alltäglichen Kirchenkampf, die Kommunikation in den Gemeinden und versuchte sie einzudämmen. Zielobjekt war eine breite Spanne grauer Literatur, Adventskalender, Jahreslosungen, die „bis auf ein vertretbares Maß zu beschränkenden" Kirchensteuer-Mahnungen, Spruchpostkarten, Teilnehmerkarten für den Kindergottesdienst, das Vaterunser und die „Ziehbibel". Sie besorgte die „Durchherrschung" des privaten und gesellschaftlichen Alltags.

Sie beobachtete die Druckgenehmigung von Antiquariatspreislisten, Briefmarkenalben, Chormaterial, Dorfzeitungen, Eintrittskarten, Fahrplänen, Glückwunschkarten, Handzetteln, Katalogen, Lotterielosen, Modellierbögen, Noten für Orchester, Plakaten, Quartettspielen, Rechnungsdurchschlägen, Schnittmustern, Tausendfachstempeln, Urkunden, Verpackungskleidern, Werbedrucksachen und Zahlenlottoscheinen.

Diese auf den ersten Blick eher kuriose Liste veranschaulicht den Allgegenwartsanspruch einer Zensur, die (jedenfalls im Prinzip – die Praxis sah anders aus) nicht den kleinsten Fetzen bedruckten Papiers unbeobachtet ließ, und erlaubt es, sie als ein gesellschaftsumfassendes abgeschlossenes, die Nischen penetrierendes Gesamtsystem zu charakterisieren, in dem jeder einzelne Vervielfältigungsapparat vor der „Inbetriebnahme" bei der Volkspolizei registriert werden mußte und – ein den Nachgeborenen durchschaudernder Gedanke – selbst Fotokopien der Druckgenehmigungspflicht unterstanden.[111] Die Zensurtätigkeit beobachtete die Durchsetzung des Sparsamkeitsprinzips in allen Bereichen. Allein für das Formularwesen, auf dem das planökonomischen System der DDR basierte, wurde von den Vordruck-Leitverlagen etwa die gleiche Materialmenge benötigt, wie für die gesamte Buchproduktion."[112] Man kontrollierte auch die technische Qualität von Ansichtspostkarten. Die „Schärfe des Motivs, künstlerisch empfundene Wiedergabe der Ansichten, einwandfreie Beschriftung der Vorderseite, Rückseite muß bedruckt sein, da Verwendung von Stempeln qualitätsmindernd und nicht mehr tragbar ist."[113] Aber letztlich ging es um die Durchsetzung einer sozialistischen Ikonographie im Alltag, auf Ansichtskarten, Briefmarken und Zigarettenbildern.

Bei den 102 000 000 Ansichtspostkarten der „300 Fotografenhandwerksmeister" war z. B. auf neue, die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegelnde Motive zu achten: „... als Beispiel: Kulturhäuser, MTS und nicht mehr die Dorfkirche und den Dorfkrug im Vorder-

109 Der Tagesspiegel 3.11, 1999, S. 29.

110 Siegfried Lokatis, Verlagspolitik zwischen Plan und Zensur. Das „Amt für Literatur und Verlagswesen" oder die schwere Geburt des Literaturapparates der DDR, S. 303–325, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung (Zeithistorische Studien Bd. 1), Berlin 1993, S. 317.

111 BA DR–1, 698, HV Verlagswesen (Tiedt), Protokoll über die Arbeitstagung mit den Referenten für Druckgenehmigung mit den Referenten der Bezirke (sic) am 24. und 25. April 1956.

112 BA DR–1, 1103, Abteilung nichtlizenzpflichtige Druckerzeugnisse über Böhm und Hoffmann an Hagemann, 22.6.1957.

113 BA DR–1, 698, HV Verlagswesen (Tiedt), Protokoll über die Arbeitstagung mit den Referenten für Druckgenehmigung ... am 24. und 25. April 1956.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

grund". Das galt auch für 151 000 000 Glückwunschkarten die, wenn es nach dem Zensor ging, für „Jugendweihe, Frauentag, Tag der Aktivisten, 1. Mai u. dgl." bestimmt sein sollten.[114] Im parteigeschichtlichen Diskurs spielte die Existenz von „nichtlizenzpflichtigen Druckerzeugnissen" eine bemerkenswerte Rolle. Neben der „Einzeldruckgenehmigung mittels Druckgenehmigungsstempel", die die Kreise und Bezirke bei Kleinstauflagen ausstellten, gab es die „generelle Druckgenehmigung", die die zuverlässigen Parteien und Massenorganisationen, Ministerien, Fachinstitute, Vordruck-Leitverlage und 15 befreundete Botschaften erhielten.[115] Auf diese Weise ergab sich für lokale und regionale SED-Instanzen sowie beispielsweise für den FDGB-Bundesvorstand ein Stückchen Zensurautonomie, die in den fünfziger Jahren das Aufblühen einer außerhalb der großen Verlage gewachsenen „grauen Literatur" von Veteranenerinnerungen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung ermöglichte. Weil jeder ein wenig anders zensierte, entstand so das unübersichtliche Schlachtfeld, auf dem der Sektor „örtliche Kommissionen" des IML seinen Führungsanspruch durchzusetzen versuchte.

Den Kalendern lag ein „Musterkalender"[116] zugrunde, ein ursprünglich von den Parteihistorikern im Deutschen Historischen Museum angefülltes und aktualisiertes „Pflichtdatengerüst" mehr oder weniger verbindlicher sozialistischer Feiertage, Geburtstage und Jubiläen, das nicht, wie die konfessionelle Konkurrenz, mit der christlichen, sondern mit „unserer Zeitrechnung" operierte. Man braucht gar nicht an die Tage der großen Aufmärsche und Demonstrationen zu erinnern: die gesamte Textproduktion des IML war von den Werken Clara Zetkins und Otto Grotewohls über die „Thesen 35 Jahre KPD" bis zur achtbändigen GdA, die zum 20. Jahrestag der SED herauskam, auf dieses Termingerüst ausgerichtet. Dem vierzigsten Jahrestag der Novemberrevolution fielen ganze Wälder zum Opfer. So schufen solche Kleinschriften erst den gesellschaftlichen Resonanzboden, ein allgemeinverbindliches Bezugssystem, in das sich die GdA einfügte, von dem sie getragen wurde, das die Autoren vorantrieb und die Lesererwartungen präformierte.

Für die Zensur der Kalender war der Gutachter Friedrich W. Stöcker zuständig. Er wollte nicht einfach an die offenbar unwirksamen „Holzhammer-Methoden" der frühen fünfziger Jahre anknüpfen, sondern reflektierte mehr über die Wirkung von Propagandamaßnahmen und achtete auf eine Qualitätskontrolle nach „strengstem Maßstab". Das Credo Stöckers lautete, den Leser weder mit politischen Deklarationen, noch mit trockenen Berichten zu behelligen, sondern ihm vielmehr eine „innerlich konsequente Orientierung auf unsere Gesellschaft" zu bieten: „Der Leser muß gewissermaßen von innen her an die Sache herangeführt und gleichsam auf eine Weise belehrt und erzogen werden, die ihm so selbstverständlich erscheint, so überzeugend, daß er nicht einmal spürt, wie er auf ein bestimmtes Ziel hin gelenkt wird!"[117]

Stöcker sah die Chance, unauffällig in die hintersten Nischen einzudringen: „Es gibt wenige Haushalte, die keinen Kalender erwerben; die Gründe dafür liegen auf der Hand. Es gibt sogar viele Haushalte, für die der Kalender vielleicht das wichtigste Druckerzeugnis

114 BA DR–1, 1103, Abteilung nichtlizenzpflichtige Druckerzeugnisse über Böhm und Hoffmann an Hagemann, 22.6.1957.
115 BA DR–1, 1471, Arbeitskonzeption des Sektors Nichtlizenzpflichtige Druckerzeugnisse, 29.6.1961.
116 Siegfried Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur, S. 196f.
117 BA DR–1, 3530, Friedrich W. Stöcker, 8.9.1958, Betr. Universum 1959.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

überhaupt ist." Angesichts dieser Chance, „gerade den politisch indifferenten Teil der Bevölkerung anzusprechen", werde „mit einem Schlag deutlich, welche Möglichkeiten hier bestehen, welche Verpflichtungen daraus erwachsen und in wie geringem Grade wir ihnen bisher Rechnung getragen haben."[118] Der Gutachter fand, „die psychologische Konzeption der Kalenderwirkung" müsse stärker berücksichtigt werden. „Distanzieren vom reinen Wandschmuck; Berücksichtigen, daß ein Bild vielleicht einen ganzen Monat zu sehen sein wird."[119]

„Einer der schlechtesten Kalender", fand Stöcker, sei der „zwischen Geschmacklosigkeit und Kitsch" einzuordnende, lieblos zusammengestellte GST-Wandkalender „Der Hund" mit seinem „süßlichen Titelbild" und der penetranten Werbung für Einreibemittel und Insektizide. Der VEB Volkskunstverlag Reichenbach glänzte mit den Kalendern „Die Berge rufen" („Müssen es denn immer nur die Hochgebirge sein?") und „Deutsche Heimat" („Februar: Bodensee. Zauberhafte Schönheit, Märchenlandschaft – und wir können nicht dahin! ... In der Reisezeit erscheinen nur Bilder aus Westdeutschland"). Den schwersten politischen Fehler enthielt ein Rembrandt-Kalender. Dem Hinweis auf die Ermordung Thälmanns war „ausgerechnet ein Bild der lachenden Saskia" zugeordnet. „So schön ist die Natur" hieß der Kalender der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund. Stöcker störte das Bild einer Igelfamilie: „Mußte hier der ‚östliche' oder Weißbrustigel noch als ‚Schweinsigel' gekennzeichnet werden? Hier entstehen beim indifferenten Leser Assoziationen, denen wir von vornherein vorbeugen müssen."[120]

In Auswertung der Kontrollaktion wurden sechs Kunst-, fünf Heimat-, vier Kinder-, drei Natur- und 14 religiöse Kalender, zusammen nicht weniger als 30 von insgesamt 73 gestrichen. Die Zahl der aufgelegten Exemplare wurde von 2,6 auf 1,2 Millionen, die Papiermenge von 540 auf 285 Tonnen gekürzt. Den übriggebliebenen Kalendern wurden langwierige, kollektive Prüfungsprozeduren verordnet, um eine „parteiliche Themenwahl" und „die Verbesserung des ideologischen Gehalts" zu erreichen, „so daß auch auf diesem Gebiet die richtige bewußtseinsbildende Einwirkung auf unsere Menschen immer mehr gesichert" war.[121]

Die bei den Kalendern angewandten Zensurkriterien schlugen voll auf die Heimatliteratur und die Wanderführer durch. Vorbei war die Zeit gesamtdeutscher Harzbücher, vergeblich beschwerte sich der Verfasser eines mehrfach zugunsten der Werra umgearbeiten Reiseführers „An der Weser" per Eingabe bei dem Vorsitzenden des Staatsrats über die „Verweigerung der Druckgenehmigung".[122] Drei Jahre hatte Otto Ludwig im Verlagsauftrag daran gearbeitet, wochenlang war er mit Fahrrad und Kamera zwischen Kassel und Bremen unterwegs gewesen, um den „oberflächlichen", „meist aus irgend einer wirtschaftlichen oder religiösen Spekulation heraus geschriebenen" Wanderbüchern der Bundesrepublik ein kulturvolles Exportbuch entgegenzusetzen: „... die Werra wechselt im Unterlauf mehrfach zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik. Auch dies

118 BA DR–1, 7737, F.W. Stöcker, Betr. Kalender 1958 der DDR, 12.2.1958.
119 Ebd., F.W. Stöcker, Betr. Kalenderproduktion 1958 der DDR, 16.2.1958.
120 Ebd., F.W. Stöcker, Gutachten zur Kalenderproduktion 1958.
121 Ebd., Hauptabteilung Literatur und Buchwesen (Oskar Hoffmann) an Wendt, Kalenderplanung für 1959 – Abschlußbericht, 9.7.1958.
122 BA DR–1, 5030, abgelehnter DG-Antrag Otto Ludwig, An der Weser (Prisma-Verlag 1959), HV Verlage und Buchhandel, Sektor Schöne Literatur (Kocialek) an die Kanzlei des Staatsrates, 24.7.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

macht mir die Kritik zum Vorwurf ..."[123] Ein Gutachter empfahl die Ablehnung mit den Worten: „Der Autor ist zu bedauern, der soviel Kraft und vergebliche Forschung betrieben hat."[124]

Eine Wanderkarte über den „Tharandter Wald" zwischen Freiberg und Dresden erregte Anstoß. „Text verändern, oder ohne Text drucken", lautete ihr Bescheid. Was war an den Ausführungen über „unteroligozäne Knollensteine", die „lettig-tonigen Zwischenmittel" des Backofenfelsens und die „nesterweise Bleichung der obersten Schichten des Laterits" eigentlich auszusetzen? Wen störten die 19 „Rittergrabsteine in Freital-Döhlen", der „Porphyrfächer bei Mohorn-Grund" und die „Ruine Ruppendorf", die „Süntelbuchen" in Hartha und das „Götzenbüschchen bei Oelsa"? „Kein Bezug auf die Gegenwart" lautete der lapidare Einwand.[125]

Um dem Übel abzuhelfen, verfaßte das Bibliographische Institut „Richtlinien für Autoren von Wanderheften". Sie sollten „in einem frischen, unterhaltenden Ton geschrieben werden, der erkennen läßt, daß der Autor Landschaft und Menschen mit den Augen des Sozialisten sieht ..." Zu vermeiden waren der Telegrammstil, der aufdringliche „Wir-Stil", lateinische Pflanzennamen, etymologische Hinweise und geologische Ausführungen. Statt dessen sollten die Wanderhefte von „alten, vergangenen Wirtschaftsformen und Erwerbszweigen, von überwundenen Ausbeutersystemen, vom Kampf der Arbeiterklasse und von anderen revolutionären Traditionen" berichten und „den Wanderer zu den Zeugen des Aufbaus des Sozialismus in unserer Deutschen Demokratischen Republik" führen, „zu neuen sozialistischen Großbauten, zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Schulen, Ferienheimen usw. ... Besteht im Wandergebiet eine Kommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, so soll sich der Autor mit ihr in Verbindung setzen, um sich die neuesten Forschungsergebnisse zu beschaffen und in seinem Wanderheft auszuwerten."[126] So schwand dahin des deutschen Wanderers Waldeinsamkeit. Die Zensur war bestrebt, das Land in ein einziges großes Freilichtmuseum zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu verwandeln.

4. Die Ideologiewirtschaft der SED

„Die Partei hat's gegeben, die Partei hat's genommen" (Verlegerweisheit).

Das Zensursystem der DDR litt in den fünfziger Jahren an einem mysteriösen Strukturdefekt, an der verdeckten Doppelherrschaft von staatlicher Zensur und Parteibuchhandel. Begutachtung und Druckgenehmigungsverfahren galten unter Insidern als eher altmodische und unpraktische Instrumente. Moderner und effektiver schien die Lenkung im großen Stil,

123 Ebd., Otto Ludwig an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Herrn Walter Ulbricht, 7.2.1961.
124 Ebd., DG-Antrag Otto Ludwig, An der Weser, „Quo vadis – Prisma-Verlag? An die Weser!", Gutachten Gerhard und Inge Holtz-Baumert, 8.12.1959; Gutachten Karl Fabert, 8.7.1959.
125 BA DR–1, 3322, DG-Antrag Rudolf Weber, Wanderkarte „Tharandter Wald-Rabenauer Grund". HV Verlagswesen (Bräutigam) an Bibliographisches Institut, 4.6.1958.
126 BA DR–1, 903, Verlag Enzyklopädie an VVB Verlage, 23.3.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

der Einsatz „ökonomischer Hebel". Für die Papierkontingentierung, die Devisenzuteilung, die Zuweisung von Druckereikapazitäten, die Kaderpolitik in den Verlagen und die Absatzsteuerung über den Volksbuchhandel war aber nicht die staatliche Literaturbehörde zuständig, sondern die Institutionen des Parteibuchhandels, die ZENTRAG (Zentrale Druckerei, Einkaufs- und Revisionsgesellschaft mbH) und das DVK (Druckerei- und Verlagskontor), die beide unmittelbar der „Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe" des Zentralkomitees unterstanden und grundsätzlich keine Weisungen aus dem Staatsapparat akzeptierten.

Die Existenz des parteieigenen Verlagsimperiums verhinderte bis zur Gründung der HV Verlage und Buchhandel des Ministeriums für Kultur 1963, als die Parteiverlage und der Volksbuchhandel an den Staatsapparat verpachtet wurden, alle Anläufe zu einer einheitlichen staatlichen Literaturpolitik. Wie sollten der Absatz der Bücher verbessert und die Auflagenpolitik optimiert werden, solange die SED-Finanzverwaltung die Ertragsziffern der großen Verlage vor der Literaturbehörde geheim hielt?[127] Auf das Buchhandelsimperium der SED konnten das Amt für Literatur wie später das Ministerium für Kultur allenfalls indirekt Einfluß nehmen, so daß Spannungen und Abstimmungsprobleme unvermeidlich waren. Praktisch lief „dieser Zustand darauf hinaus, daß für den entscheidenden Teil des Verlagswesens und des Buchhandels das Druckerei- und Verlagskontor als ein eigenes Amt für Literatur" fungierte.[128]

Das DVK (10 217 Beschäftigte) umfaßte damals 26 Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, die beiden Buchhandelsgroßbetriebe LKG[129] und Buchexport, 563 Buchhandlungen, ein Buchversandhaus und 6 Druckereien.[130] Zur ZENTRAG (22 384 Beschäftigte) gehörten im Jahre 1957 16 Zeitungsverlage, 79 Druckereien, 3 Papierfabriken, 4 Vordruckleitverlage und die Druckmaschinenfabrik PLAMAG.

Die SED-Finanzverwaltung kontrollierte über das DVK auch die Großverlage der FDJ (Neues Leben-Papierkontingent 1957: 740 Tonnen), des Kulturbundes (Aufbau-Verlag: 696 Tonnen), der Nationalen Front (Kongreß-Verlag: 120 Tonnen), der DSF (Kultur und Fortschritt: 338 Tonnen) und des FDGB (Tribüne: 127 Tonnen).

Das Konzept, daß Buchhandlungen einen „möglichst neutralen Charakter" haben und „die Bezeichnung SED-Buchhandlung" vermeiden sollten, läßt sich in die vierziger Jahre zurückverfolgen. „Die Arbeit der Genossen aus den Volksbuchhandlungen eröffnet ja viel größere Möglichkeiten als die Arbeit der Litobmänner, die in den Betrieben als Vertreter der Partei nicht in dem Maße das Vertrauen der anderen genießen, wie es für die Sache notwendig wäre ...", lautete das Argument.[131] Der„Volksbuchhandel" war keineswegs, wie der Name suggerieren sollte, volkseigen, und auch die Tatsache, daß so renommierte Belle-

127 S. Lokatis, Verlagspolitik zwischen Plan und Zensur, S. 308f.

128 BA DR–1, 1918, Vertrauliche Denkschrift „Über die Zusammenarbeit des DVK mit dem ALV", 12.11.1954.

129 Vgl. Jürgen Petry, Das Monopol.

130 Karin Wolf, Die Wirtschaftspolitik der DDR bzw. SBZ in bezug auf die Druckereibetriebe, Magisterarbeit am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, 2000, S. 31–36 (BA DY 63, 2021, Kurzbericht über den Stand der Entwicklung der Parteibetriebe der SED per 31.12.1957).

131 BA DY 39, IV 2/9.04/670, S. 56, Aufgaben der Landesinstrukteure für den Buchhandel (o.D., 1949). Ebd., Bericht über die Sitzung der Instrukteure der Verwaltung der Parteibetriebe für die Volksbuchhandlungen (April 1949).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

tristik-Verlage wie Eulenspiegel, der Kinderbuchverlag, der Mitteldeutsche Verlag, Neues Leben, Rütten & Loening und Volk und Welt bis 1989 ihre Gewinne an die Partei abführten, in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Die Zusammenhänge ließen sich bequem durch die Konstruktion einer – neben Volks- und Privateigentum – dritten Eigentumsform vernebeln. Nach dem Vorbild der SED hatten auch die Blockparteien kleine Verlagskonzerne gegründet, die genauso als VOB (Vereinigung organisationseigener Betriebe) figurierten, wie die hundertmal größere ZENTRAG.

Im Jahre 1957 erhielten in der DDR 24 private Buchverlage insgesamt 1 153 Tonnen für Bücher geeignetes Werkdruck-Papier, die 23 volkseigenen Verlage 3 377 Tonnen und die Buchverlage der Blockparteien 420 Tonnen. Dem standen nicht weniger als 5 783 Tonnen der „organisationseigenen" 22 DVK-Verlage (ohne Dietz) gegenüber.[132]

Der Absatz der „organisationseigenen Verlage" konnte sich auf die Verbandspresse, die Mitgliederkarteien und ein breites Netz sogenannter Literaturobleute stützen. Die SED war eine Partei, in der der Literatur- und Zeitungsverkauf zu den wichtigsten Initiationsritualen für den Nachwuchs gehörte, in der der Kauf von Dietz-Produkten Zustimmung, ideologische Aktivität und Parteidisziplin signalisierte. Wer seine Parteipflichten versäumt hatte, kaufte die Bücher wie einen Ablaßbrief. Die Schneeball-Methoden des Parteibuchhandels nahmen einen hohen Verschleiß an „veredeltem" Papier und Vertrauen in Kauf und stießen schon früh auf Protest an der Mitgliederbasis.

Eine Berliner „Literatur-Verteilerin" listete im November 1946 etwa 50 Artikel des Dietz-Verlages im Wert von über 100 Mark auf, die die Genossen am Prenzlauer Berg binnen weniger Monate überschwemmt hätten, Bücher, Broschüren und Zeitschriften, Vortragsdispositionen und Kalender: „1 Einheitsfront -,50, 1 Bodenreform -,50, 1 Ulbricht-Legende 1,20.-, 1 Frauen helfen -,50, 1 Schulreform -,30, 1 Kellermann 1,40.-, 1 Gewerkschaften -,50, 1 Marx-Bild 3,- ..." usw. Insgesamt müßten die wenigen „gewissenhaften" Genossen, auf denen die Zuteilung laste, dafür monatlich 10% ihres Lohns ausgeben.

Die „liederlich" betriebene Verteilung der Literatur an die Stadtbezirke würde durch „Unterschlagung, Beiseiteschaffung von Unterlagen, Hortung von zeitgebundenem Material und Zurückweisungen" behindert. Niemand wolle mehr Treppen steigen und Broschüren verkaufen. „Wir haben auf unsere Papierflut hin einen bösen Abtrag erlebt ... Die uns aufgedrückte Menge an Broschüren haben wir heruntergedrückt in jede Gruppe. Ergebnis: Viele tausend Mark Außenstände, viele tausend Mark Schulden. Statt daß etwas von der Partei Herausgebrachtes begehrenswert wäre, heißt es: ‚Müssen die aber ein Geld haben' ... Eine Gruppe beschließt Haus- und Hofagitation. ‚Mensch' heißt es, da können wir det ganze alte Material umsetzen, dann ist die Gruppe wieder die Schulden los.'"[133]

Die Literaturobleute in den Grundorganisationen blieben oft auf Stapeln ungeöffneter Literatursendungen sitzen, die nach einem zentral festgelegten Schlüssel unverlangt verteilt worden waren. Der Dietz-Verlag weigerte sich bis 1956, unverkaufte Remittenden zurück-

132 BA DR–1, 1082, Abteilung Planung, Papierkontingente 1958, 25.5.1957; BA DR–1, 1082, Abteilung Planung, Papierkontingente 1958, 25.5.1957.

133 BA NY 4036, 672, G. Zinke an Franz Dahlem, 29.10.1946.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

zunehmen[134], zumal die Abnahme der sogenannten „Schlüsselliteratur" politische Pflicht war.

Das Geschäft war in der Nachkriegszeit lukrativ genug, um zwischen Literaturobleuten und Volksbuchhändlern heftige Konkurrenz zu entfachen.[135] Das Verhältnis zwischen der ehrenamtlichen, durch dürftige Rabatte motivierten und der professionellen Vertriebsarbeit des Parteibuchhandels, Einflußsphären, Auslieferungsformen und Abrechnungsmodalitäten wurden wiederholt neu ausgehandelt und abgesteckt. Der „zentralistische" Volksbuchhandel erwies sich langfristig als das effektivere System. Trotzdem verfügte die SED noch Ende der siebziger Jahren zumindest auf dem Papier über nicht weniger als 40 000 Literaturobleute.[136]

In der SBZ und in der Frühzeit der DDR kopierten Massenorganisationen und Blockparteien den Literaturvertrieb der SED, bis der Verbandsbuchhandel zu einem geradezu konstitutiven Stilmerkmal einer als Konzert „gesellschaftlicher Kräfte" konzipierten organisierten Öffentlichkeit avancierte, zu einem typischen Bestandteil des Alltagslebens in politischen Großverbänden der DDR wurde.

Seine Durchschlagskraft bezog dieser politische Buchhandel letztlich aus der attraktiven Koppelung von ideologischen Zielen mit den durch diese legitimierten finanziellen Zwecken. Als 1949 die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft in einer Finanzkrise steckte, empfahl ihr Vorsitzender Jürgen Kuczynski, in allen Ortsgruppen Buchhandlungen einzurichten: „Diese Aufgabe wollen wir stark herausstreichen, weil sich hier unsere finanzpolitischen Pläne mit den ideologischen berühren ... In der Zeit zwischen den einzelnen Veranstaltungen ist eine große Pause, und hier müßte man versuchen, Bücher zu verkaufen, damit sich der Mensch zuhause mit den Problemen beschäftigen kann, die ihn besonders interessieren. Insofern ist der Buchvertrieb zu begrüßen, weil er uns außerdem noch Geld bringt."[137] Der „Org. Vertrieb" der FDJ unterstützte die Verlage Junge Welt, Kinderbuch und Neues Leben, die Büchergilde Gutenberg und der FDGB-Literaturvertrieb in Markranstädt den Tribüne-Verlag. Die Polizei und die CDU, die großen Kirchen und der Kulturbund, die NVA und der Blindenverband unterhielten eigene Buchvertriebe. Im „Leseland" gab es Buchhandlungen der Jungen Pioniere und ein speziell auf die ländlichen Bedürfnisse zugeschnittenes Verteilersystem, das über die MAS-Stationen funktionierte.

Nach außen hin schienen die Parteiverlage mit Verlust zu arbeiten. In den fünfziger Jahren herrschte die Praxis, daß vom Jahresumsatz „vor der Bilanzierung 35% in Abzug gebracht" und, offenbar einem revolutionären Rechtsverständnis nach dem Motto „der Staat sind wir"[138] entsprechend, unversteuert dem Zentralkomitee der SED zugeführt[139] und dort

134 BA DY 30, 42666 (Dietz-Bestand), Aussprache des Dietz-Verlags mit Bezirksbuchhändlern am 10.7.1956.

135 BA DY 30, IV 2/9.04, 670, Bericht über die Sitzung der Instrukteure der Verwaltung der Parteibetriebe für die Volksbuchhandlungen (April 1949).

136 BA DY 30, SED 22614, Ergebnisse Parteiliteraturvertrieb per 31.12.1978.

137 BA DY 32, A 121, Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Sitzung der Finanzkommission, 3.7.1949.

138 BA DY 30, IV 2/9.04, 670, Bericht über die Sitzung der Instrukteure der Verwaltung der Parteibetriebe für die Volksbuchhandlungen (April 1949).

139 BA DY 63, 2015.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

als „Lizenzeinnahmen" verbucht wurden.[140] „Im Jahre 1950 erhielt das ZK auf diesem Wege 46 Mill. Mark. In den Jahren 1951 und 1952 lag der Gewinn aus den 35% annähernd in der gleichen Höhe, um am Ende des Jahres rund 50 Mill. zu erreichen." Später handelte es sich um weit größere Summen. Das Finanzministerium war von der Kontrolle des SED-Verlagsimperiums „völlig ausgeschlossen".[141]

Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" schwieg sich über das Problem der Parteifinanzierung aus. Selbst die internen Akten der ZK-Abteilung Finanzen und Parteibetriebe und der ZENTRAG wurden auf mannigfache Weise verschlüsselt, in den Bilanzen wurden die Gelder aus Parteibetrieben als „Lizenzgebühren" getarnt.[142]

Die Geheimnistuerei in diesen Dingen läßt sich bis zur Zeit der SED-Gründung zurückverfolgen. Sie diente der Irreführung der westdeutschen „Klassenfeinde", der eigenen Steuerbehörden und der neuen sozialdemokratischen Genossen. Der abschließende Kassenüberblick der KPD vor dem Vereinigungsparteitag 1946 enthielt einen für Pieck bestimmten „Geheimbericht" des Kassierers Alfred Oelßner (sen.) über atemberaubende Manipulationen. Die Einnahmen aus den Zeitungsverlagen, die mit 5,8 Millionen RM über 50% des Haushaltes ausmachten, wurden getarnt, „um eventuelle Rückwirkungen in der Steuerfrage zu vermeiden", je zur Hälfte als vorgebliche „Rückerstattungen" vorgeschossener Propagandakosten und als „Sammlungen und Spenden ... aus allen Teilen des Reiches, von allen Betrieben und von entlassenen Opfern des Faschismus aus den verschiedensten Konzentrationslagern"(!). Auf der anderen Seite der Bilanz wurden die Kosten für Agitation, Parteischulen und die Bibliothek, die in Wirklichkeit im ersten Nachkriegsjahr zusammen keine 200 000 RM betragen hatten, um 3 000 000 aufgestockt, um einen stillen Reservefonds zu bilden und nebenbei politische Aktivität zu suggerieren.[143]

Im Hinblick auf die „Steuerehrlichkeit" drängen sich Vergleiche zu den „bürgerlichen" Parteien der Bundesrepublik auf. Doch in der SED erreichten die Summen, um die es ging, eine für die damaligen Verhältnisse astronomische Höhe. 1958 mußten allein für die Gehälter der Parteifunktionäre der Kreise und Bezirke weit über 200 Millionen Mark erwirtschaftet werden. Bezahlt wurden Ehrenrenten (1958: 22 Millionen) und Veteranenbetreuung, Parteischulen und Stipendien, Westarbeit und „Mastenwartung", Parteikabinette und „Agitationswagen". Das Zentralkomitee mit seinen Abteilungen brauchte 1958 etwa 80 Millionen Mark. Besonders kostspielig arbeitete die Abteilung Agitation und Propaganda, die Plakate und Ausstellungen abrechnete. Der Etat des IML überschritt 2,5 Millionen, der der Parteihochschule 4,7 Millionen. Insgesamt lagen die Gesamtausausgaben der SED 1958 bei 345 Millionen, wovon jeweils etwa 1 % durch „Diätenanteile" und Abzeichenverkauf, 23% durch Mitgliedsbeiträge (82 Millionen Mark) und nicht weniger als 72 % (249 Millionen Mark) durch besagte „Lizenzgebühren" hereinkamen.[144] Diese Zahl wird in der Bilanz für 1958 nicht aufgeschlüsselt. 1962 führten die ZENTRAG und das Druckerei- und Verlagskontor an die SED 130 Millionen Mark ab.[145]

140 Carsten Wurm, Der frühe Aufbau-Verlag 1945–1961, S. 87.

141 BA DY 63, 2015.

142 BA DY 30, IV 2/22/111, Jahresabschlüsse der Abteilung Finanzen und Parteibetriebe 1957–1959.

143 BA DY 30, IV 2/22/12, Alfred Oelßner, Geheimbericht zur Kassenübersicht vom 1. Juni 1945 bis 31. März 1946, 17.4.1946.

144 BA DY 30, IV 2/22/111, Jahresabschlüsse der Abteilung Finanzen und Parteibetriebe 1957–1959.

145 BA DY 30, IV 2/22/52, S. 187 (Finanzplan SED 1962).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Die Erträge ihres Verlagsimperiums blieben der größte und wichtigste Posten im Parteihaushalt der SED. Ende 1989 bilanzierte die ZENTRAG mit 3,55 Milliarden und führte über 300 Millionen Mark an die SED ab, eine Summe die 43% des Parteihaushaltes ausmachte.[146] Dieser Sachverhalt wirft auf das kulturpolitische Engagement der Staatspartei im „Leseland" ein ganz neues Licht. Agitation, Propaganda und Kulturpolitik dienten nicht nur ideologischen Zwecken. Schon unter Münzenberg hatten Verlage, Druckereien und die Ausbeutung der Parteimitglieder bei der Vertriebsorganisation der KPD die Finanzierung eines disziplinierten Funktionärsapparates und damit die Realisierung der zentralistischen marxistisch-leninistischen Konzeption ermöglicht. Dieses Modell war im großen Stil auf die DDR übertragen worden.

Das System des Parteibuchhandels entpuppt sich als arkane Gegenwelt und „Hardware" intellektueller Diskurse, als eine Struktur, die allem Zensurgeschehen zugrunde lag, und überraschend konkrete Basis des ideologischen „Überbaus".

Allgemein gesprochen erleichterten die Kontrolle der Verlage und die ökonomische Monopolstellung im Vertriebsbereich der SED-Führung natürlich die Durchsetzung aller möglichen Eingriffe. So disparate Phänomene wie die Selbstzensur des alternativlosen Autors, die Vorzensur des abhängigen Lektors, das Begutachtungsgerangel zwischen den textproduzierenden Institutionen, der Kampf ums Papier und die Leichtigkeit, mit der Bücher aus dem Handel gezogen werden konnten, lassen sich als Ausfluß desselben Systems begreifen. Doch das ist nur die eine Seite in einem prinzipiellen Zielkonflikt. Auf der anderen Seite war jede einzelne Zensurmaßnahme, – auch gegenüber den Privatverlagen, die über den Volksbuchhandel auslieferten oder gar Devisen erwirtschafteten –, mit finanziellem Schaden für die Partei verbunden, bedeutete letztlich einen Schnitt in das eigene Fleisch. Hier lag der Grund dafür, daß Zensurmaßnahmen seltener dekretiert als ausgehandelt wurden und in der Regel Kompromißcharakter trugen. Wenn für ein Werk erst einmal Devisen, Satz- oder Druckkosten investiert waren, einigte man sich zumeist auf irgendeine symbolische Abstrafung, die den Ertrag nicht gefährdete. Die Ausstrahlung des Parteibuchhandels auf die Verlagslandschaft, die stillschweigende Beobachtung eines Primats der Ökonomie wirkte durchschlagend und zog alle möglichen Verwerfungen nach sich. So typische, den Alltag und die Strukturen im „Leseland" prägende Phänomene wie die Verschachtelung des Buchhandels- und Verlagssystems in mehr oder weniger, verdeckt oder offen parteinahe und kaum durchherrschte Bereiche, die Ausdifferenzierung von „heißen" und „kalten" Zonen der Zensurpolitik, das Wechselspiel entsprechender Phasen, der pragmatische, das verlegerische Risiko minimierende Charakter des Druckgenehmigungsverfahrens und der langfristige „Aufweichungsprozeß" in der Zensurpolitik lassen sich kaum interpretieren, wenn man die allen literaturpolitischen Entscheidungen zugrunde liegenden finanziellen Interessen der SED vernachlässigt, bzw. das grundsätzliche Dilemma der Staatspartei, die eigenen ideologischen und finanziellen Interessen auf keinen gemeinsamen Nenner bringen zu können.

146 Steffen Reichert, Transformationsprozesse: Der Umbau der LVZ, Münster 2000, S. 20.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

5. Der Dietz-Verlag

Das Dietz-Lied (7–9. Strophe):

Lenin wies das große Ziel,
Ebnete der Klasse Bahn.
Stalin schenkt den Kämpfern viel.
Ihre Werke: unser Plan!

Pieck und Grotewohl und Ulbricht
Schmieden der Partei die Waffen,
Geben ihren Lesern Klarsicht;
Stolz wir dienen ihrem Schaffen.

Refrain: Mit jeglichem Buche wird Schlag auf Schlag
Der Sieg unserer Klasse entschieden
Wir sind die Genossen vom Dietz-Verlag,
Wir kämpfen um Wahrheit und Frieden.[147]

Aus den verborgenen Massiven des SED-Buchhandels herausgewachsen, überragte ein majestätischer Gipfel die Verlagslandschaft der DDR. Der Dietz-Verlag okkupierte eine in vieler Hinsicht erhabene Sonderstellung, den besten Platz auf der Leipziger Messe und in den Schaufensterauslagen der Buchhändler.[148] Im Unterschied zu den mehr auf verdeckte Weise parteieigenen Verlagen war Dietz „der" Parteiverlag, das offizielle Sprachrohr der SED. Der Verlag lieferte dem Funktionär die Arbeitsunterlagen, Rededispositionen, Statuten und aktuellen Beschlüsse. Hier diente jede einzelne verkaufte Broschüre „der gemeinsamen Sache", der Umsetzung der Parteibeschlüsse, der Verbreitung der „Klassiker".

Dietz, als ZK-Abteilung dem Staatsapparat übergeordnet, stand außerhalb des staatlich kontrollierten Zensursystems und bestimmte wie ein magnetischer Pol dessen asymmetrische Struktur. Auf die Sonderstellung des Dietz-Verlages war zurückzuführen, daß sich die staatliche Zensur der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur hauptsächlich mit Lexika, Wanderbüchern und Kirchenliteratur abgeben mußte.

Auch auf das ökonomische Plangefüge des Buchhandels wirkte der Dietz-Verlag als Unruheherd. Der Rhythmus von Ebbe und Flut bei der Verteilung des für Bücher benötigten Werkdruckpapiers hing weitgehend davon ab, wieviel Dietz verbrauchte. Dessen jährliches Papierkontingent schwankte zwischen 1 174 (1965)[149] und 4 800 Tonnen (1952)[150]. Für die gesamte Belletristik-Produktion der DDR standen in diesen Jahren kaum mehr als 3 000

147 BA NY 4036 (Nachlaß Wilhelm Pieck), 672, Das Dietz-Lied. Zum fünfjährigen Bestehen des Verlages am 18. September 1950.
148 BA DR–1, 1284, Volksbuchhandel Zentrale Leitung an alle Betriebsleitungen, Volksbuchhandlungen und Buchverkaufsstellen, 28.8.1961.
149 BA DY 30, IV A 2/9.04/493 Sektor Verlage und Buchhandel, 3.1.1968.
150 BA DR–1, 1918, ZK Abteilung Propaganda, Sektor Verlage (Mißlitz), 26.11.1951.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Tonnen zur Verfügung.[151] Die anderen Verlage bekamen, was Dietz übrig ließ. Vergeblich bettelten die angesehensten Verlage wie „Aufbau" und „Volk und Welt" um ihre Devisen, der Dietz-Verlag mußte seine Forderungen noch nicht einmal begründen.[152] Mit dem internationalen Urheberrecht ging der Dietz-Verlag entsprechend freizügig um und verkaufte gelegentlich Rechte an Verlage der Bruderparteien, über die er gar nicht verfügte. „Erben von Mehring sind nicht feststellbar. Wir erklären jedoch allen Interessenten im Ausland gegenüber, daß sich die Rechte in unserem Besitz befinden." Der Verlag war auch „stärkstens an der Herausgabe von Kautskys Arbeiten ‚Das Erfurter Programm' und ‚Die Agrarfrage' interessiert" und „der Meinung, daß von den internationalen Gepflogenheiten im Urheberrecht bewußt abgewichen und sie ohne vorherige Zustimmung der eventuellen Erben veröffentlicht werden sollten."[153]

Überhaupt ignorierte der Dietz-Verlag mit dem Gestus machtbewußter revolutionärer Lässigkeit rechtliche Vorschriften. Die Honorarordnung des Deutschen Schriftstellerverbandes fand Dietz, der seine Autoren nicht entsprechend den riesigen Auflagenhöhen, sondern nach Bogen bezahlte,[154] genauso wenig für sich verbindlich[155] wie eine Verordnung, die für die Publikation von „Klassikern" (womit in der Tat eher Goethe und Schiller als Marx und Engels gemeint waren) einen Beitrag zum Kulturfonds verlangte.[156] Die Zensurbehörde verstörte der Dietz-Verlag mit der anarchischen Auffassung, daß Themenpläne nur „allgemeine Richtlinien" seien, die jederzeit umgestoßen werden könnten.[157]

Vor allem besaß der Dietz-Verlag einen privilegierten Zugriff auf die Druckerei-Kapazitäten der ZENTRAG. Die Möglichkeit, jederzeit hektische „Feuerwehraktionen" und „Schnellschüsse" durchführen, längst anderweitig verplante Ressourcen kapern zu können, um Broschüren pünktlich zum Parteitag, Werkausgaben der Parteiführer rechtzeitig zum Geburtstag zu präsentieren, gehörte zu den charakteristischen Insignien der Souveränität des Parteiverlags. Der Dietz-Verlag exekutierte die Diktatur des Proletariats und stieß die Polygraphie in den Ausnahmezustand.

Daß im Parteibuchhandel alles auf Pünktlichkeit ankam, war eine Erfahrung aus den Zeiten der Illegalität in den zwanziger Jahren als, wie ein Veteran des kommunistischen Verlages VIVA berichtete, Eile oberstes Gebot war: „Immer wieder mußten wir hören, hier liegen die vielen unverkauften Exemplare. Sie sind viel zu spät eingetroffen. Versammlungen der Partei waren vorbei." Um Massenumsatz zu erreichen, mußte „der Vertrieb mit der geplanten Kampagne der Partei, den vorgesehenen Versammlungen und Demonstrationen

151 BA DR–1, 1082, ZK Abteilung Planung, Papierkontingente 1958, 25.5.1957; BA DY 30, IV 2/9.04/685, S. 29 (Papierstatistik 1965); BA DY 30, IV 2/9.04/673, ZK Abt. Wissenschaften, Sektor Verlage, 17.2.1962, Einschätzung zum Papierverteilungsplan 1962.

152 BA DY 30, IV 2/9.04/671, Hauptabteilung Literatur und Buchwesen, Abt. Gesellschaftwissenschaften, Einschätzung der Verlagsplanung der gesellschaftswissenschaftlichen Verlage 1958, 25.11.1957, Valutabedarf 1958, S. 187.

153 BA DY 30, 42670 (Dietz-Bestand), Dietz (Hennig) an Kurt Hager, 22.6.64; ebd., Dietz-Verlag (Hennig) an Abt. Intern. Verbindungen, Peter Florin, 30.6.1964.

154 BA NY 4036, 672, Dietz-Verlag an die Hauptkasse der SED, 10.11.1947.

155 BA DY 30, 42666, Richtlinien für Honorarordnung mit Außenlektoren mit handschriftlichem Kommentar Schälikes.

156 BA DY 30, IV 2/9.04/670, Dietz (Schälike) an das Zentralsekretariat-Kulturabteilung, 9.6.1950.

157 BA DY 30, IV 2/9.13/11, Dietz-Verlag (Schälike) an das Ministerium für Kultur, HV Verlagswesen, 6.9.1956.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

koordiniert" werden. Die Matern eines Buches gingen gleichzeitig an verschiedene Bezirksdruckereien, um die Auslieferung zu beschleunigen ... Eine geeignete Methode, der Beschlagnahme von Büchern zu entgehen war, die einkommenden Sendungen sofort an die vielen Litobleute zu versenden."[158] Man erinnerte sich noch gut, wie die KPD „eine große Armee von Literaturverkaufsleuten" mobilisieren konnte und im Sportpalast „100 Genossen Bücherstapel unter den Arm gedrückt bekamen", die durch die Reihen gingen, um „Sacco und Vanzetti" zu verkaufen. In kürzester Zeit hatten die Lenin-Übersetzerin Frida Rubiner den Text geschrieben und John Heartfield den Umschlag entworfen, um die Broschüre rechtzeitig zur Protestdemonstration gegen die Hinrichtung fertigzustellen.[159]

Der Dietz-Verlag legitimierte seine Vorzugsbehandlung mit „revolutionärer Romantik". In den Augen der älteren „Genossen" genoß er ein beinahe mythisches Ansehen, das letztlich auf die notorische Bücher-Ehrfurcht der Kommunisten zurückzuführen war. Wie sehr die Avantgarde „ihre" Literatur als „einziges festes Eigentum" zu schätzen wußte, hat Peter Weiss in der „Ästhetik des Widerstands" geschildert:

„Wir besaßen eine Auswahl von Majakowskis Gedichten, ein paar Schriften von Mehring, Kautsky, Luxemburg, Zetkin, Lafargue, einige Romane von Gorki, Arnold Zweig und Heinrich Mann, von Rolland, Barbusse, Bredel und Döblin. Statt einer Spitzendecke, einer Porzellanvase hatten meine Eltern immer diese kleinen Blöcke aus dicht geschichtetem, eng mit Kenntnissen, Vorschlägen, Anleitungen bedrucktem Papier gekauft, und auch als das Geld knapp war, konnte es geschehen, daß mein Vater oder meine Mutter mit einem neuen Buch von Toller oder Tucholsky, von Kisch, Ehrenburg oder Nexö nach Hause kam, und wir saßen abends unter der Küchenlampe, lasen abwechselnd draus vor und besprachen untereinander den Inhalt."[160] Vielleicht waren es ganz andere Bücher, die damals gelesen wurden[161]: Dostojewski und Fallada statt Bredel und Mehring – die Liste wurde politisch ein wenig nachgebessert.[162] Im Widerstand war die Parteiliteratur jedenfalls das kostbarste Gut, ihr Besitz lebensgefährlich, und ein Erkennungszeichen für Freund und Feind gewesen:

„Von welcher Bedeutung diese Bücher waren und mit welchen Kräften sie uns verbanden, zeigte sich während der Zeit, da immer wieder beim einen oder andern von uns die Polizei einbrach und die Autorennamen als Beweis gegen uns benutzte, und da kam der Besitz von einem Band Lenin Hochverrat gleich. Immer geringer wurde deshalb die Anzahl der Bücher, die wir bei uns aufbewahrten unter dem Kleinholz neben Coppis Küchenherd fand nicht mehr Platz als ein Heft mit der Einführung in Das Kapital, ein paar Zeitungsausschnitte mit Reden Dimitroffs oder Stalins, die letzten Nummern der Roten Fahne, in den Völkischen Beobachter gesteckt, und das zerfledderte, von Hand zu Hand gegangene, als Reclamheft getarnte, mit dem Titel Wallensteins Lager versehene Braunbuch über den Reichstagsbrandprozeß."[163]

158 BA DY 63, 2010, Hans Holm, Vereinigung internationaler Verlagsanstalten (o.D., 1969).

159 BA DY 30, 42666 (Dietz-Bestand), Aussprache des Dietz-Verlags mit Bezirksbuchhändlern am 10.7.1956.

160 Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt/Main 1975–1981, (suhrkamp taschenbuch 2777, 1998) S. 43.

161 Zum Leseverhalten der KPD-Mitglieder vgl. Ulrich Eumann, „Kameraden vom roten Tuch". Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, S. 108ff.

162 Vgl. zur Textgenese dieser Passage: Peter Weiss, Notizbücher 1971–1980, Bd. 1, S. 110 (1972).

163 Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, S. 43.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Mit der Tradition des Dietz-Verlages war es genau genommen nicht weit her. Der kommunistische Verlag „Neuer Weg" beanspruchte nach der Gründung der SED erfolglos die Firma des ruhmreichen sozialdemokratischen Verlags J. W. H. Dietz, die Rechtsnachfolge hatte sich die westdeutsche SPD Kurt Schumachers gesichert. Der Name des SED-Unternehmens stammte nicht vom Verlag August Bebels, sondern war einem Strohmann zu verdanken, Karl Dietz, dem Leiter des Greifen-Verlages in Rudolstadt.[164] War ein größerer Gegensatz denkbar? Der offizielle Parteiverlag der SED taufte sich nach einem Verleger der völkisch-antisemitischen Jugendbewegung! Das war die Quittung dafür, daß man nicht einmal den Namen des an sich zuständigen Patrons, des „roten Hugenberg" Willi Münzenberg aussprechen durfte. Immerhin waren auch bei Dietz noch Erfahrungen der zwanziger Jahre lebendig.

Neu erstand da die Partei.
„Ein Verlag ist not!" sprach sie;
Rief Fritz Schälike herbei
Als des Planes Garantie.[165]

Fritz Schälike, seit 1921 Prokurist des Verlages „Jugendinternationale", war 1927 in einem spektakulären Fall von Gesinnungsjustiz vom Reichsgericht zu einjähriger Festungshaft verurteilt worden.[166] Wenn man einer Geburtstagsgratulation trauen darf, schätzte Wieland Herzfelde, der in der DDR eher mißtrauisch beäugte Gründer des legendären Malik-Verlages,[167] Schälikes Verdienste, das „außerordentliche Maß" seiner „selbstlosen und liebevollen Arbeit".[168] In den dreißiger Jahren hatte Schälike Erfahrungen als Vertriebschef der VEGAAR („Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR", seit 1938 „Verlag für fremdsprachige Literatur") gesammelt, in der der 1936 im GULAG verschollene Karl Schmückle die Marx-Engels Gesamtausgabe bearbeitete. Die VEGAAR bot vielen Emigranten im Hotel Lux ein Auskommen, darunter Alfred Kurella, dem Leiter der deutschen Abteilung Erich Wendt und Chefredakteur Wilhelm Zaisser.[169] Aggressive Begutachtungsrituale und Planprozeduren von quälender Langsamkeit, die ganze Härte des stalinistischen Zensurystems, eine von Angst und Denunziationen geprägte Atmosphäre – solche Erfahrungen überlagerten die Erinnerung an die von Hektik geprägte Kampfzeit der zwanziger Jahre. Die in diesen Jahren erarbeiteten, aus der Sowjetunion mitgebrachten Manu-

164 Siegfried Lokatis, Dietz. Probleme der Ideologiewirtschaft, S. 533. Vgl. Gabriele Ballon/Carsten Wurm, Der Greifenverlag zu Rodolstadt 1919–1993, Wiesbaden 2001.

165 BA NY 4036 (Nachlaß Wilhelm Pieck), 672, Das Dietz-Lied (2. Strophe).

166 Friedrich Karl Kaul, Imperialistische Gesinnungsverfolgung und Gesinnungsbegünstigung, Berlin 1981, Die strafrechtliche Verfolgung des Buchhändlers Fritz Schälike, S. 37–48.

167 Ulrich Faure, Im Knotenpunkt des Weltverkehrs. Herzfelde, Heartfield, Grosz und der Malik-Verlag 1916–1947, Berlin 1992.

168 BA NY 4036, 672, Wieland Herzfelde an Schälike, 26.10.1946.

169 Vgl. Simone Barck, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, in: Simone Barck/Silvia Schlenstedt/Tanja Bürgel/Volker Giel/Dieter Schiller (Hg.), Lexikon sozialistischer Literatur, Stuttgart, Weimar 1994, S. 487f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

skripte, Matern und ausgedruckten Bücher halfen jedoch, die Startschwierigkeiten des Dietz-Verlages zu überwinden.[170]

Unsere Freunde halfen immer,
Zeigten sich als Wegbereiter.
Heut wie damals tobt ein schlimmer
Kampf um jeden Mitarbeiter.

Mut war da, doch kein Papier,
Arbeit viel, doch gar kein Raum,
Stühle drei, Genossen vier;
Und was heut' ist, war ein Traum.[171]

Dem Verlag wurden unverglaste Räume im Parteihaus zugewiesen. „Die ersten Wochen bestand der Verlag nur aus einem Mann und einem Fahrer (Benzinzuteilung fünf Liter pro Tag!)". Papier wurde per Einspänner vom Güterwagen „Ballen für Ballen im Schneckentempo abtransportiert". Schälike war „Verlagsleiter, Redakteur, Korrektor und Packer in einer Person."[172] Kadermangel und Reibungen mit den sowjetischen „Freunden" kennzeichneten die Situation. Im Lizenzverfahren mußte selbst Walter Ulbricht ordnungsgemäß den Fragebogen mit Lichtbild abgeben und erklären, nicht der NSDAP angehört zu haben.[173] Ein sowjetischer Oberleutnant genehmigte das „Protokoll des Vereinigungsparteitages", ein Hauptmann den ersten Entwurf zur DDR-Verfassung.[174] Wie stark die Diskriminierung empfunden wurde, zeigt eine für die „Klassiker" getroffene Ausnahmeregelung. Nur die Werke Lenins und Stalins durften in der SBZ ohne sowjetischen Druckgenehmigungsvermerk erscheinen.[175] Angesichts der späteren Vorrangstellung des Dietz-Verlages klingt es paradox, aber länger als jeder andere DDR-Verlag, bis Anfang der fünfziger Jahre arbeitete er unter unmittelbarer Kontrolle der sowjetischen Zensur.

1947 wurde die Ausnahmeregelung getroffen, die den Dietz-Verlag dem Zensurverfahren durch eine deutsche Behörde, den neu gegründeten „Kulturellen Beirat" entzog. Schälike warnte die Besatzungsmacht vor dem „erbaulichen Schauspiel", Manuskripte, die das Zentralsekretariat der SED gebilligt hätte, der Zensur einer staatlichen Stelle auszusetzen, der auch CDU-Mitglieder angehörten. Für seinen Verlag sei die Zensur durch den „Genossen Hauptmann Korsunsky ... selbstverständlich weit authentischer".[176] „Es versteht sich von

170 Vgl. BA NY 4036 (Nachlaß Wilhelm Pieck), 672, S. 156ff., Entwurf eines Planes für die Herausgabe von Literatur (August 1944).
171 Ebd., Das Dietz-Lied (3. und 4. Strophe).
172 Fritz Schälike, Wie wir begannen, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel (Leipzig), 4.4.1961, S. 192.
173 BA DY 30, 42665 (Dietz-Bestand), Dietz an Bibliothek und Archiv der Presseabteilung der SMA, 9.12.1947 (Lizenz Neuer Weg).
174 Ebd., Dietz an Zensur der SM, Oberleutnant Unrau, 23.7.1946; Dietz an Hauptmann Hünzburg, 11.12.1946.
175 BA DY 30, 43663 (Dietz-Bestand), Hausmitteilung Dietz, 28.12.1949 (Schälike).
176 BA DY 30, 42665 (Dietz-Bestand), Schälike an Bibliothek und Archiv der Informations-Verwaltung der SMA in Deutschland, Abt.Verlagswesen), 1.12.1947.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

selbst, daß unser Verlag als Zentralverlag der SED weder die Absicht hat noch irgendwelche Anlässe hätte, bei seinen Druckerzeugnissen die Zensur der SMA zu umgehen",[177] umschmeichelte Schälike den Zensor, aber so einfach lagen die Dinge nicht.

Ein praktischer Nachteil der SMAD-Zensur lag darin, daß sich Schälikes Verlag bei der „Klassiker"-Edition einer so übermächtigen wie absurden Konkurrenz durch den sowjetischen SWA-Verlag ausgesetzt sah, der dem Dietz-Verlag das für Lenin und Engels vorgesehene Papier beschlagnahmte, entsprechende Druckverbote erteilte und die „Geschichte der KPdSU (B)/Kurzer Lehrgang" wegen politischer Fehler anhalten ließ, um die Bücher in Riesenauflagen selbst zu drucken. Diese „Verstopfung des Büchermarktes" fand Schälike schon deshalb „politisch untragbar", weil sein Verlag „in den Augen des Publikums als Filiale des SWA-Verlages" erscheinen mußte.[178]

Der politische Zweck der sowjetischen Aufsicht über den Dietz-Verlag bestand jedoch letztlich darin, auf elegante, für die Moskau-Fraktion um Pieck und Ulbricht unverfängliche Weise die Kontrolle des sozialdemokratischen Flügels zu ermöglichen und diesen der öffentlichen Stimme zu berauben.[179] Daß die Publikation einer Bebel-Auswahl nicht mehr als ein Feigenblatt darstellte, wird schon daraus ersichtlich, daß der linienfeste Rudolf Lindau für eine „klare" Redaktion und die Auswahl der „aktuellsten" Teile sorgte.[180]

Die Redaktion blieb in den ersten Jahren hoffnungslos unterbesetzt. Sie wurde zunächst weitgehend im Einmann-Betrieb vom Cheflektor Toni Einig erledigt. Er schrieb ein neues Vorwort zu Bredels Thälmann-Buch, unterzog Grotewohls Weiterungen zur Novemberrevolution („Dreißig Jahre später") einer „genauen Lektüre und Korrektur" und verbrachte viel Zeit damit, Engels „grundlegend umgruppierte" „Dialektik der Natur" mit der russischen Ausgabe abzugleichen.[181] Der spätere Leiter der Verlage Volk und Welt und Neues Leben, Bruno Peterson, war bis 1950 bei Dietz und auch der Dichter Kurt Barthel („Kuba") verstärkte das Lektorat. Beide verfügten von der Emigrationszeit her über enge Kontakte nach Prag. Sie sorgten dafür, daß Werke Louis Fürnbergs, F.C. Weiskopfs und Max Zimmerings in das Programm des Parteiverlags aufgenommen wurden. Dieses drohte bald jede Kontur zu verlieren. Damals marktgängige Verlegenheitstitel wie Schillers „Kabale und Liebe", Kleists „Michael Kohlhaas", Lessings „Nathan" und Shakespeares „Viel Lärm um Nichts" wurden 1947 im Rahmen einer Dietz-Welt-Bücherei in Auflagen von 100 000 Stück vertrieben.[182]

Der Dietz-Verlag besaß keinen eigenen Russisch-Übersetzer[183] und war zunächst auf die Unterstützung Frida Rubiners von der Parteihochschule angewiesen: „Die beste Kraft, die der Verlag für Ermittlung, Beschaffung und Übersetzung russischer Literatur heranziehen kann, ist zweifellos die Genossin Rubiner. Genossen, die sie gut kennen, versichern mir, daß sie aufgrund ihrer Sachkenntnis und Verbindungen die geeignetste Person ist, uns alles gewünschte Material zu besorgen ... Was Übersetzungen anlangt, so ist die Ansicht der erwähnten Genossen, dass man der Genossin Rubiner nur die nötigen Stenotypistinnen zur

177 Ebd., Schälike an Zensur der SMA (Hünzburg), Mai 1946.
178 BA NY 4182, 920, Schälike an die Sowjetische Kriegs-Administration, 11.1.1946.
179 Vgl. Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, S. 246–270.
180 BA DY 30, 42669 (Dietz-Bestand), Aktennotiz Toni Einig, 19.12.1946.
181 Ebd., Monatsberichte zur Gutachtertätigkeit Toni Einigs 1948/1949.
182 BA NY 4036, 672, Dietz-Verlag an Pieck, Verlagsplan 1947, 12.3.1947.
183 Ebd., Schälike an Wilhelm Pieck, 11.1.1949.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Verfügung zu stellen braucht, denen sie dann fließend die Rohübersetzung herunterdiktieren wird."[184] Ihre Manuskripte übergab sie dem Dietz-Verlag „klopfenden Herzens und nicht ohne Pessimismus" und dachte dabei an den bevorstehenden „Leidensweg": „Wenn jetzt wieder angefangen werden soll, jedes Wort mit dem russischen Text zu vergleichen etc. etc., so möchte ich am liebsten mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun haben."[185] Einen auch ideologisch kompetenten Sinologen gab es in der ganzen DDR nicht, so daß sich der Dietz-Verlag bei der Mao-Übersetzung an sowjetischen Vorlagen orientierte.[186]

Doch den neuen Geist entfachten
„Neuer Weg" und „Vorwärts", „Einheit"
Bald das Manifest wir brachten,
Bücher für die Allgemeinheit.

Mit dem alten Namen Dietz
Neu erweckt ward Tradition.
Bis ins letzte kleine Kietz
Drang die erste Buchmillion.[187]

Anfangs lief das Geschäft, als ob man Geld druckte. Bis 1958 erschienen 124 Millionen Dietz-Bände, wovon 25 Millionen „Klassiker des Marxismus-Leninismus" waren und 37 Millionen Exemplare die Geschichte der Arbeiterbewegung behandelten. Die Durchschnittsauflage lag bei 77 000 Stück. Spitzenreiter waren mit jeweils etwa 1,1 Millionen Bänden das „Kommunistische Manifest" und die längst außer Gebrauch gekommene Geschichte der KPdSU (B)/Kurzer Lehrgang. Eine ganze Reihe einst maßgeblicher Werke von Stalin, Lenins „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (535 000) und das „Lehrbuch der Politischen Ökonomie" (750 000) hatten die 500 000-Marke überschritten.[188] Auch wenn man einen hohen Anteil von Pfennigartikeln und Lehrmaterial veranschlagt, das zum Herstellungspreis abgegeben wurde, handelte es sich um märchenhafte Zahlen. Auf jedes der 2 Millionen SED-Mitglieder kamen statistisch betrachtet 60 Bücher.

Schälikes Stolz, und hierfür war ihm die Anerkennung der Parteiführung sicher,[189] war die Edition der Stalin-Ausgabe.[190] Durch eine „systematische Steigerung der Arbeitsproduktivität" gelang es, ihren Preis zu senken, ein „Geburtstagsgeschenk unseres Kollektivs für Genossen Stalin".[191]

184 BA DY 30, 42669 (Dietz-Bestand), Anton Einig an Fritz Schälike, 16.9.1946.
185 BA DY 30, 43663 (Dietz-Bestand), Frida Rubiner an Schälike, 5.2.1950.
186 BA DY 30, IV 2/9.07/62, MELS-Institut an den Dietz-Verlag (Schälike), 11.7.1951.
187 BA NY 4036, 672, Das Dietz-Lied (Strophen 5 und 6).
188 BA DY 30, IV 2/9.13/7 (Dietz), Analyse der Buch- und Broschürenproduktion, des Absatzes und der Bestandsentwicklung (29.7.1959).
189 BA NY 4036, 672, Sindermann an Pieck, 13.12.1949.
190 Ebd., Schälike an Pieck, 11.7.1950.
191 Ebd., Schälike an Pieck, 5.1.1953.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

1952, im besten Geschäftsjahr, als mit vollen Segeln Kurs auf den Sozialismus genommen wurde, erzielte der Dietz-Verlag einen Umsatz von 14 Millionen Mark,[192] wovon ein Zehntel an die SED-Hauptkasse abgeführt wurde.[193] Das war nur ein Bruchteil der Summe, die das gesamte ZENTRAG-Imperium zu erwirtschaften pflegte, doch genoß der Dietz-Verlag die größere Aufmerksamkeit. Die Absatzergebnisse des Parteiverlages galten als Indikator der Stimmung im Lande, ein funktionaler Ersatz für fehlende Meinungsumfragen und freie Wahlen. Der Dietz-Absatz reflektierte die Durchschlagskraft „ideologischer Offensiven" und signalisierte das Schwinden von Akzeptanz in den eigenen Reihen. Tiefe Einblicke erlaubten vor allem die Zahlen aus der Provinz. Wenn, wie 1958, in der Hauptstadt der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an Dietz-Literatur bei 1,59 DM, in den Bezirken Halle und Suhl hingegen nur um die dreißig Pfennig lag – als trauriges Schlußlicht wurde mit 27 Pfennig Magdeburg vorgeführt –, bestanden dort offenbar „nicht ausgeschöpfte Reserven" und politischer Handlungsbedarf.[194] Als 1956 der Dietz-Absatz auf 6,4 Millionen, 1957 gar auf 5,1 Millionen Mark schrumpfte, konnte sich Schälike noch aus einem weiteren Grunde der Aufmerksamkeit der Parteiführung sicher sein.

Die Auflagenhöhen von Dietz spiegelten die interne Rangordnung im Politbüro, die Absatzergebnisse die relative Beliebtheit der „führenden Genossen" bzw. deren Durchsetzungsvermögen.

Das Einstampfen des größten Angebotssegmentes, der 491 000 Exemplare von Stalins Werkausgabe, war ein Schicksalsschlag. Bücher im Wert von 3,5 Millionen Mark mußten makuliert worden.[195] Doch woran lag es, daß nur jeder zwanzigste Funktionär Grotewohl-Bände kaufte und der Lenin-Absatz von Band zu Band zurückging?

Auf dem Höhepunkt des „Tauwetters" 1956 fand eine Krisensitzung beim Dietz-Verlag statt, die besser als jede Statistik die Situation beleuchtete. „In den letzten Jahren wurde eine Flut von Gesellschaftswissenschaften vertrieben, es war zuviel ..." stöhnte ein Funktionär aus dem Volksbuchhandel. Seinem Kollegen zufolge wunderten sich die Sortimenter der Volksdemokratien schon lange: „‚Wie macht Ihr das nur, daß Ihr in der DDR einen so hohen Anteil Parteiliteratur verkauft?' Weder den Polen, noch den Tschechen noch den Rumänen und allen anderen ist das begreiflich. Spielt vielleicht dabei doch der Personenkult mit eine Rolle, daß wir gewöhnt sind, Literatur einfach zu kaufen ohne sie zu lesen? So war es jedenfalls bis jetzt bei uns." „Der Org.-Vertrieb der Partei und der Org.-Vertrieb in den Buchhandlungen", ergänzte der nächste, arbeite „mit einem ungeheuren Kräfteaufwand um einen Bruchteil zur Verteilung zu bringen." Ein weiterer Volksbuchhändler erkundigte sich süffisant nach der Höhe des Lagerbestandes von Dietz, (der, was Schälike lieber verschwieg, inzwischen die Jahresproduktion um das Doppelte überstieg): „Wenn der Dietz Verlag von der Meinung ausgeht, weil er Parteiverlag ist, muß alles, was er produziert, abgesetzt werden, dann ist seine Auffassung falsch und muß revidiert werden; die Verhältnisse haben uns

192 BA DY 30, IV 2/9.13/7 (Dietz), Analyse der Buch- und Broschürenproduktion, des Absatzes und der Bestandsentwicklung (29.7.1959).

193 BA NY 4036, 672, Schälike an Pieck, 5.1.1953.

194 BA DY 30, IV 2/9.13/7 (Dietz), Analyse der Buch- und Broschürenproduktion, des Absatzes und der Bestandsentwicklung (29.7.1959).

195 Ebd.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

doch gewisse Lehren erteilt."[196] Es herrschte die Meinung, daß Dietz „den Buchhandel von allen Verlagen am wenigsten" unterstütze: „Alle Verlage machen ihre Publikationen durch gute äußere Gestaltung anziehend, nur der Dietz Verlag nicht."[197]

An Fritz Schälike bissen sich die Bezirksleiter des Volksbuchhandels die Zähne aus. Der Konsum von Dietz-Büchern galt ihm als revolutionäres Handeln. Allein der Parteiverlag verkaufe das „Vorwärtstreibende, das aller Literatur voransteht." So rügte er eine mit wachsendem Wohlstand aufgetretene „Tendenz zur Kleinbürgerlichkeit" unter den Funktionären, die sie am Lesen hindere. Dann sollten sie die Bücher eben im Familienkreis verschenken. Auch bei den Werktätigen sei „etwas Geld für Bücher da, wir müssen ihnen sagen: Dein Sonntag wird noch schöner mit dem Buch". Für Schälike war alles eine Frage der richtigen Organisation. Die Dietz-Literatur sei „beim Verkauf zu bevorzugen und mit allen Mitteln in den Vordergrund zu ziehen ... Unsere Volksbuchhändler sollten sich immer bewußt sein, daß sie die Vorsteher von Parteibuchhandlungen sind, das muß viel härter getrommelt werden, bis in die untersten Stellen über die wir verfügen." [198]

So wurde die größte Wettbewerbsverzerrung der deutschen Buchhandelsgeschichte in Gang gesetzt. Schälike suchte „ernste Aussprachen" mit den „verantwortlichen zentralen Stellen", um die „Arbeit des Buchhandels" zu verbessern. Er stützte seine Forderungen auf das durchschlagende Argument, daß von 150 000 Exemplaren eines Ulbricht-Buches nach einem Jahr nicht einmal die Hälfte verkauft sei.[199] Dietz wurde zum Motor der „ideologischen Offensive". Die „Untersuchung der literaturverbreitenden Institutionen" von 1958, die eine Art Magna Charta der staatlichen Literaturpolitik erarbeitete, stellte fest, daß der größte Teil der unverkäuflichen Lagerbestände beim LKG aus der Dietz-Produktion stammte: „Während der Umsatz des Volksbuchhandels in den letzten 5 Jahren um das 7-fache gestiegen ist, hat der Absatz der Dietz-Produktion einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen." Daß der private Großbuchhandel endgültig ausgeschaltet wurde, wurde damit begründet, daß er kaum Dietz-Titel anbiete. Alle möglichen Maßnahmen und Beratungen wurden empfohlen, um „breiteste Kreise der Arbeiter zu Lesern der entscheidenden marxistischen Literatur" zu machen und wieder politisch richtige Proportionen herzustellen.[200] Vor allem wurde der alte Zwiespalt im Parteibuchhandel beseitigt: die Literaturobleute der SED wurden dem Volksbuchhandel unterstellt, dessen „Org.-Vertrieb" ausgebaut. Bei der Einziehung von „Literaturschulden" erhielt der Volksbuchhandel fortan Rückendeckung vom Parteiapparat.[201] Bis dahin war der parteiinterne Absatz von Dietz-Literatur ein unregelmäßiges „Saisongeschäft". In guten Monaten, wenn etwa ein Parteitag anstand, lag er bei 300 000

196 BA DY 30, 42666 (Dietz-Bestand), Aussprache des Dietz-Verlags mit Bezirksbuchhändlern am 10.7.1956.

197 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Aktennotiz Klaws (IML), Bericht über die Besprechung des Jahresplans 1959 des Dietz-Verlages am 22.8.1958.

198 BA DY 30, 42666 (Dietz-Bestand), Aussprache des Dietz-Verlags mit Bezirksbuchhändlern am 10.7.1956.

199 BA DY 30, IV 2/9.13/7, Einige Bemerkungen über die Lage im Buchhandel und Literaturvertrieb (31.5.1956).

200 BA DR-1, 1229, Abschlußbericht der Kommission zur Untersuchung der literaturverbreitenden Institutionen, 1958.

201 BA DY 30, IV 2/9.04/473, Rundschreiben der Zentralen Verwaltung Volksbuchhandel (Brilla), Hinweise zum Literaturvertrieb der SED zur Durchführung des Beschlusses des ZK der SED vom 17.7.1957.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Mark (die allerdings nur mit Mühe, im Durchschnitt mit zehnmonatiger Verspätung eingetrieben werden konnten), er konnte aber auch auf 15 000 Mark pro Monat zusammenschrumpfen.[202] Nun wurde versucht, die Dietz-Literatur präsent zu halten und den Absatz regelmäßig zu gestalten. Der Volksbuchhandel, dessen Filialen jetzt ein entsprechendes „Grundsortiment" Parteiliteratur halten mußten, bekam als quartals- und bezirksweise kontrollierte Planauflage verordnet, pro Kopf der Bevölkerung jährlich 74 Pfennig Dietz-Bücher umzusetzen.[203] Beim „sozialistischen Wettbewerb" und in „Prämienvereinbarungen" wurde „festgelegt, welchen Anteil Dietz-Literatur jede Buchhandlung verkaufen" sollte.[204] In der Republik verödeten schlagartig die Schaufenster der Sortimenter, die monotone Dietz-Ausstattung rückte überall in den Vordergrund. Unverkäufliche Titel wurden subventioniert, monatlich bis zu 80 000 Exemplare als Lottoprämie abgesetzt.[205] Die „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" des IML (Auflage 7 000) wurden den Kunden vom Postzeitungsvertrieb im Klinkenputzer-Stil angedreht. Als sich die Redaktion nach dem Hintergrund der Absatzerfolge in Wurzen (192 Exemplare) dort erkundigte, „löste allein die Mitteilung über die hohe Zahl der Abonnenten Erstaunen aus. Im Kreis Wurzen ergab sich dann, daß sich die berufsmäßigen Werber der Post mit einem Empfehlungsschreiben der Kreisleitung der Partei ausgerüstet von Betrieb zu Betrieb begeben hatten ... wo die Exemplare praktisch unbenutzt" blieben und bald wieder abbestellt wurden.[206]

Sogar die Parteischulung wurde den Absatzinteressen des Dietz-Verlags unterworfen, Ladenhüter wurden zu Lehrmaterial aufgewertet, Schüler und Studenten zum Kauf gedrängt.[207] Buchhandlungen, die auf der Messe nicht bei Dietz bestellten, fanden sich auf einer schwarzen Liste wieder.[208] Hier ist eines tapferen Volksbuchhändlers aus Flöha zu gedenken. Als ihn der Leiter des Dietz-Verlags anschrieb, warum er nur zwei Exemplare von Leo Sterns „Antikommunismus als politische Hauptdoktrin des deutschen Imperialismus" geordert habe, kam die Antwort, daß dies seine „volle Richtigkeit" hätte: „Was der Verlag rechnet, was wir bestellen sollen, kann für uns von wenig Interesse sein! Wir bitten Euch, uns in Zukunft mit derartigen Mitteilungen zu verschonen."[209]

Die HV Verlagswesen kritisierte den von der Dietz-Kampagne angerichteten Flurschaden. „Obwohl alle unsere Bestrebungen sich richten auf die Verlagerung des Schwergewichts auf den Vertrieb der politischen Literatur, gibt es dabei doch eine Reihe großer Män-

202 BA DY 30, IV 2/9.13/7 Dietz-Verlag, Einige Bemerkungen über die Lage im Buchhandel und Literaturvertrieb (31.5.1956).

203 Ebd., Analyse der Buch- und Broschürenproduktion, des Absatzes und der Bestandsentwicklung (29.7.1959).

204 BA DY 30, IV 2/9.02/26, ZK der SED, Abt. Finanzverwaltung und Parteibetriebe an Dietz, 9.4.1959. BA DR-1, 1284, Volksbuchhandel Zentrale Leitung an alle Betriebsleitungen, Volksbuchhandlungen und Buchverkaufsstellen, 28.8.1961.

205 BA DR-1, 1279, Abt. Literatur und Buchwesen an Sektor Schöne Literatur, 29.10.1958; BA DR-1, 1284, Volksbuchhandel Zentrale Leitung an alle Betriebsleitungen, Volksbuchhandlungen und Buchverkaufsstellen, 28.8.1961.

206 BA DY 30, IV A 2/9.04/260, Untersuchungen über den Vertrieb der BzG, 11.6.1964.

207 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Protokoll der Beratung zwischen Dietz und IML vom 18.2.1958.

208 BA DY 30, IV A 2/9.13/10, Dietz-Verlag, Wichtige Buchhandlungen, die keine Bestellungen zur Messe aufgaben, 17.3.1966.

209 BA DY 30, IV A 2/9.13/7, Volksbuchhandlung Buch und Kunst, Flöha an den Dietz-Verlag, 16.10.1963 (Abschrift).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gel. Der Volksbuchhandel wurde angewiesen, einen bestimmten Prozentsatz gesellschaftswissenschaftlicher Literatur unbedingt einzukaufen. Allerdings teilte man ihm mit, daß dieser Einkauf beim Dietz-Verlag zu tätigen sei."[210] Den Anlaß zu dieser Klage bot der Kongreß-Verlag, der sonst hauptsächlich als Broschürenproduzent der Nationalen Front und mit Polemik des „Kalten Krieges" hervorgetreten war.

Der Kongreß-Verlag publizierte nach der Maxime, auf keinen Fall etwas Neues zu drucken, das nicht bereits durch die Presse gegangen war. Dieser überängstlichen Herangehensweise fehlte das natürliche Korrektiv des Lesergeschmacks: Bis etwa 1955 lief 90% des Absatzes über den verbandsinternen Vertrieb der Literaturobleute an Direktabnehmer.[211] In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre besetzte der Kongreß-Verlag eine auch im gesamtdeutschen Kontext verdienstvolle Vorreiterposition für Bücher über den antifaschistischen Widerstandskampf und KZ-Literatur. Das war weitgehend auf die Arbeitskontakte zum Deutschen Institut für Zeitgeschichte und dessen neuen Direktor Walter Bartel vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer zurückzuführen. 1957 erschienen im Kongreß-Verlag außer der gleich wieder eingezogenen „Todesfabrik" von Ota Kraus und Erich Kulka die Reisenotizen „Nacht über Spanien" von Jean Villain, Bruno Baums „Widerstand in Auschwitz" und die bahnbrechende Dokumentation „SS im Einsatz". 1958 kam „Damit Deutschland lebe" heraus, Walter A. Schmidts heiß umstrittenes „Quellenwerk" über den antifaschistischen Widerstandskampf.[212] 1959 publizierte das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer „Die Frauen von Ravensbrück", den offiziellen Bildband über „Buchenwald" und Otto Halles Buchenwald-Roman „Hart auf hart".[213] 1960 erschienen „Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung" und „Ravensbrück", 1961 „Damals in Sachsenhausen".[214]

Der Kongreß-Verlag machte sich 1958 Hoffnungen, mit diesem Programm das Ghetto der „Nationalen Front" verlassen zu können, um mit seinen „politisch wichtigen Werken" vor eine breitere Öffentlichkeit zu treten.[215] Auch Julius Maders Studien über die CIA („Gangster in Aktion: Aufbau und Verbrechen des amerikanischen Geheimdienstes") und den BND („Die graue Hand: eine Abrechnung mit dem Bonner Geheimdienst") fanden 1958 das Wohlwollen der Zensurbehörde. Doch der Volksbuchhandel interessierte sich nicht einmal für Hans Adlers vielversprechenden Titel „Bonn. Stadt und Staat im Sumpf".

Der Kongreß-Verlag mußte feststellen, daß sein Umsatz trotz der „ideologischen Offensive" und des Buchenwald-Jahres zurückging: „Auf Fragen sagten die Buchhändler, sie müßten beim Dietz-Verlag einkaufen. Offensichtlich hat man hier einen Fehler gemacht. Es ist selbstverständlich, daß der Dietz-Verlag die führende Rolle haben muß. Aber in dieser Ausschließlichkeit müßte man zu dem Schluß kommen, daß die anderen Verlage mit politischer Literatur keine Funktion haben und deshalb zugemacht werden könnten."[216]

---

210 BA DR–1, 1176, HV Verlagswesen, Anneliese Grosse, Messe-Bericht, 13.3.1958.
211 Irina Gast, Der Kongreß-Verlag und seine Literatur (1948–1962), Diplomarbeit, Berlin 1987, S. 24.
212 Simone Barck, Widerstands-Geschichten und Helden-Berichte, S. 138ff., in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 145–150.
213 Vgl. Thomas Taterka, „Buchenwald liegt in der Deutschen Demokratischen Republik", in: LiteraturGesellschaft DDR, S. 312–365.
214 Irina Gast, Der Kongreß-Verlag, Bibliographie im Anhang.
215 BA DY 30, IV 2/9.02/108, Kongreß-Verlag an ZK der SED, Genosse Wloch, 15.2.1958.
216 BA DR–1, 1176, HV Verlagswesen, Anneliese Grosse, Messe-Bericht, 13.3.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Fritz Schälike konstatierte befriedigt einen absatzwirksamen „Umschwung" der Stimmung in der Partei und im Buchhandel.[217]

Der Verlagschef vereinbarte mit der ZENTRAG eine zusätzliche (!) Menge von 600 Tonnen Papier, ein Quantum, das 1958 dem Kontingent des Aufbau-Verlages entsprach, und von der Literaturbehörde nur mit Mühe, auf Kosten der Lexika des Bibliographischen Instituts zusammengekratzt wurde.[218]

Ursprünglich sah der Themenplan des Dietz-Verlages für 1958 eine Gesamtproduktion von 211 Titeln in einer Auflagenhöhe von 4,36 Millionen Exemplaren vor, wofür 2 000 Tonnen Papier angesetzt waren.[219] Realiter wurden in diesem Jahr 325 Titel in einer Auflagenhöhe von über acht Millionen Exemplaren hergestellt. Die Wucht des zusätzlichen Ausstoßes wurde auf die Literaturgruppe „Geschichte der Arbeiterbewegung" gelenkt. 77 Titel mit einer Gesamtauflage von 4,674 Millionen Exemplaren gehörten 1958 zu dieser Sparte, was weitgehend auf die Vorbereitung zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution zurückzuführen war. 2 960 000 Broschüren erschienen zum V. Parteitag. Insgesamt stieg der Wert der Dietz-Produktion 1958 um 55,4 % und 1959 noch einmal um 41,2% auf 12,1 Millionen Mark.[220] 1961 kletterte der Produktionswert auf 23,3 Millionen, geplant waren sogar 27 Millionen.[221] Im Vergleich zu 1957 (5,5 Millionen) hatte er sich infolge der „ideologischen Offensive" nahezu verfünffacht.

Mit dieser Wachstumsdynamik konnten auch die Förderungsmaßnahmen des Volksbuchhandels nicht mithalten, die Dietz-Produktion wuchs weit schneller als der Absatz. 1961 warf der Parteiverlag keinen Gewinn mehr ab, sondern mußte vom ZK subventioniert werden, um die Druckereirechnungen noch bezahlen zu können.[222] Dietz war pleite. Die unverkauften Lagerbestände des Dietz-Verlags verstopften das Nadelöhr des DDR-Buchhandels, die zentrale Auslieferung LKG. Sie mußte „neue Gasthöfe mieten, um die Bücher lagermäßig unterzubringen", sie standen „in den Gängen und Speisesälen."[223] Im Krisenjahr 1957 hatte ein Lagerbestand von 10 Millionen Mark die Dietz-Verkaufsoffensive ausgelöst. 1960 wurden die unverkauften Bestände mit 15,9 Millionen Mark, Mitte 1961 mit 17,8 Millionen[224], Ende 1961 mit 20,1 Millionen Mark beziffert,[225] „Als Vergleichszahl möchten wir nur angeben, daß alle anderen 23 belletristischen Buchverlage unserer Republik einen La-

217 BA DY 30, IV 2/9.13/7, Analyse der Buch- und Broschüren-Produktion ... 29.7.1959.

218 BA DR–1, 1271, Ministerium für Kultur, Abteilung Literatur und Buchwesen (Oskar Hoffmann) an das ZK der SED, Lucie Pflug, 17.10.1958.

219 BA DY 30, IV 2/9.04/671, Abt. Gesellschaftwissenschaften, Einschätzung der Verlagsplanung der gesellschaftswissenschaftlichen Verlage 1958, 25.11.1957, S. 186.

220 BA DY 30, IV 2/9.13/7, Analyse der Buch- und Broschüren-Produktion ... 29.7.1959.

221 BA DY 30, IV 2/9.01/10, Abteilung Propaganda (Hennig, Wolle), Vorlage an das Sekretariat ders ZK, Bericht über die Untersuchung des Dietz-Verlages und Schlußfolgerungen, 30.3.1962.

222 BA DY 30, IV 2/9.02/27 Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK (Hockarth) an Abteilung Propaganda, 11.8.1961.

223 BA DR–1, 7830, Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK (Hockarth) an den Minister für Kultur (Bentzien), 3.7.1962.

224 BA DR–1, 1284, Volksbuchhandel Zentrale Leitung an alle Betriebsleitungen, Volksbuchhandlungen und Buchverkaufsstellen, 28.8.1961. Arbeitsprogramm ...

225 BA DY 30, IV 2/9.01/10, S. 56, Bestände des Dietz-Verlags, 2.2.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gerbestand von 27,1 Mio. DM haben", giftete die Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe.[226]

Auf Halde lagerten Ulbricht-Bände („Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" etc.) im Wert von 840 000 Mark (Umsatz 1961: 216 000 Mark) und Grotewohls Reden im Wert von 636 000 Mark (Umsatz 1961: 10 000 Mark).[227]

Für 1963 hatte Schälike die Rekordmarke von 5 800 Tonnen Papier angepeilt. Seinem Nachfolger Günter Hennig, wurde das Kontingent auf 1 339 Tonnen zusammengestrichen. 1965 fiel es auf den historischen Tiefstand von 1 174 Tonnen.[228] Der Dietz-Verlag mußte die Belletristik-Sparte abgeben, und in Leipzig wurde sein Messestand im vierten Stock versteckt. Sogar die Druckereien wagten auf einmal, „die Dietz-Aufträge wegen ihrer höheren Korrekturen usw. (aktuelle politische Literatur!) mehr oder minder direkt abzulehnen." Dietz wurde jetzt also „bei allen staatlichen Stellen als Verlag neben anderen Verlagen behandelt ... ohne das spezifische Aufgabengebiet und die politische Bedeutung des Parteiverlages zu berücksichtigen."[229] Erst 1966, mit dem Erscheinen der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", fand Dietz wieder die alte Anerkennung bei der Parteiführung (1968: 2 600 Tonnen).[230]

Wir bezwingen manche Tücken;
Für des Manuskriptes Zeilen
Bauen wir die tausend Brücken,
Darauf sie zum Leser eilen.

Leitung, Werbung, Redaktion:
Der Partei die ganze Kraft!
Der Vertrieb, die Produktion:
Miteinander wird's geschafft![231]

Fritz Schälike hatte Pech, daß die Absatzkatastrophe mit der ideologischen Neuorientierung nach dem XXII. Parteitag der KPdSU zusammen- und in die Zeit fiel, als Walter Ulbricht die alte Garde durch gewesene Pimpfe und Arbeitsdienstler ersetzte. Die ZK-Abteilung Propaganda leitete eine Untersuchung ein, die zum Sturz von Schälike führte. Diese Untersuchung führte Günter Hennig, der als Nachfolger Schälikes eingesetzt wurde. Auf eine zweite Welle der Entstalinisierung war der Dietz-Verlag nicht vorbereitet, und die wegen der ökonomischen Mißstände anberaumte Untersuchung konnte ein halbes Dutzend mittelschwerer „ideologischer Pannen" auflisten. Daß noch 1960 Stalins Buch „Ökonomische Probleme des Sozialismus" nachgedruckt worden war und im Verlagskatalog für 1961 Sta-

226 BA DY 30, IV 2/9.02/27 Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK (Hockarth) an Abteilung Propaganda, 11.8.1961.
227 BA DY 30, IV 2/2.024/9, S. 21, Dietz-Verlag, Anlage V, 5.2.1962.
228 BA DY 30, IV A 2/9.04/49, Sektor Verlage und Buchhandel, 3.1.1968.
229 BA DY 30, 42670 (Dietz-Bestand), Aktennotiz Hennig über Aussprache mit Tiedke, Abt. Propaganda, 2.11.1963.
230 BA DY 30, IV A 2/9.04/493, Sektor Verlage und Buchhandel, 3.1.1968.
231 BA NY 4036 (Nachlaß Wilhelm Pieck), 672, Das Dietz-Lied (Strophen 11 und 12).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

lin unter der Rubrik „Klassiker des Marxismus-Leninismus" figurierte, wurde Schälike jetzt als „Sorglosigkeit" ausgelegt.[232]

An sich genoß der Dietz-Verlag, dessen Erzeugnisse dem grellen Scheinwerferlicht der Parteiöffentlichkeit, einem ganzen Heer so grimmiger wie politisch beschlagener Argus-Wächter ausgesetzt waren, den Ruf politischer Verläßlichkeit. Dietz war der Hausverlag der Parteihochschule Karl Marx, des Instituts für Gesellschaftswissenschaften und des IML, die den parteioffiziellen Geltungsanspruch verwalteten und bei der Zensurarbeit die Hauptlast trugen. Die maßgeblichen Klassikerausgaben und Parteitagsdokumente bedurften zudem der Absegnung durch das Politbüro. Für andere Verlage mußte man lange Gutachten schreiben, bei Dietz wußten Lektoren und Redakteure von allein, was zu tun war.[233] Wo kannte man besser die aktuellen Beschlüsse und geltenden Spielregeln? Doch befand sich der Dietz-Verlag in dem seltsamen Dilemma, einerseits den pedantischsten und langwierigsten „Begutachtungsverfahren" ausgeliefert zu sein, andererseits aber schneller als jeder andere Buchverlag produzieren zu müssen.

Es lag in der Natur der Sache, daß der Parteiverlag schon 1953 die Pannenstatistik der DDR-Verlage mit klarem Vorsprung vor dem Aufbau-Verlag (9 Titel) angeführt hatte. Nicht weniger als 23 Dietz-Bücher mußten bis dahin aus dem Verkehr gezogen werden, davon allein sieben Titel des verhafteten Politbüromitglieds Paul Merker. Als überholt galten zwei ältere Titel zur Bodenreform, die Bildberichte von den Parteitagen 1946 und 1950, ein Band über „Unsere führenden S.E.D. Genossen" von 1947 und ein Buch des 1948 geflohenen Erich Gniffke („Der SED-Funktionär").[234] Auch die politischen Wetterwenden von 1956 und 1958 waren mit umfangreichen Einstampfungen verbunden. Niemand hatte Schälike deshalb vor seiner Ablösung einen Vorwurf gemacht. Der Dietz-Verlag wäre sonst gar nicht arbeitsfähig gewesen. Es gehörte geradezu zum Geschäft, das Programm aktuell zu halten und veraltete Titel unauffällig aus dem Verkehr zu ziehen.

Hennig hatte Schälike wegen einer Handvoll „ideologischer Pannen" ablösen lassen. Nun mußte er lernen, daß der Verlag ein einziges Minenfeld war – und es war gar nicht so einfach ein Gegenmittel zu finden. Ein „Buchverbot" war rasch verhängt. Es in die Praxis umzusetzen, war nicht so einfach durchzuführen, wie sich die Propagandaabteilung das vorstellen mochte, sondern bedurfte präziser professioneller Vorkehrungen. Unmittelbar nach Schälikes Sturz erhielt der Vertriebsfachmann des Dietz-Verlags von der neuen Verlagsleitung eine Anweisung, die er offenbar für dilettantisch hielt. Er sollte für die grundlegenden IML-Titel zum antifaschistischen Widerstand nicht mehr werben, weil in ihnen die „führende Rolle des Zentralkomitees" nicht hinreichend zum Ausdruck gekommen sei. Er wies darauf hin, daß von jedem der Titel (Gertrud Glondajewski, Heinz Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe, 1957; Gerhard Nitzsche, Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, 1957; Ilse Krause, Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe, 1960; Ursula Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen Gruppe, 1959) noch etwa 3 000 Exemplare vorhanden waren und hakte nach:

„Dieser Entscheid des Genossen Zeisler hat weitere Auswirkungen.

232 BA DY 30, IV 2/9.01/10, Abteilung Propaganda (Hennig, Wolle), Vorlage an das Sekretariat des ZK, Bericht über die Untersuchung des Dietz-Verlages und Schlußfolgerungen, 30.3.1962.

233 Vgl. BA DY 30, IV A 2/9.07/380, IML (Klaus Mammach) an den Mitteldeutschen Verlag, 16.6.1970.

234 BA DR–1 2008, Verzeichnis ausgesonderter und zurückgezogener Literatur aus der Produktion im Gebiet der DDR seit 1945 (Stand 1.12.53).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Können die Titel weiter ausgeliefert werden? Können die Verlagsbeauftragten die Titel den Buchhandlungen weiterhin anbieten? Kann der Vertrieb bei der Auffüllung der Sortimente auf Grund der Pflichtsortimentsliste gegenüber den Buchhändlern weiterhin auf Abnahme bestehen? Können die Werbematerialien, in denen die Titel enthalten sind, weiterhin verwandt werden? Können die Titel in dem in Arbeit befindlichen Verlagskatalog bleiben? Welche Auskunft geben wir, wenn wir Anfragen der Buchhandlungen bekommen, ob diese Titel vergriffen sind, da wir sie nicht weiter anbieten?"[235]

Gleich in Hennigs erstem Amtsjahr 1963 brach die Themenplanung des Parteiverlages zusammen. Von 134 geplanten Erstauflagen fielen nicht weniger als 75 aus. „Die neuen Problemstellungen des VI. Parteitages, des Programms, des Grundrisses und der Wirtschaftskonferenz bewogen Autoren und Institutionen, ihre Publikationsvorhaben sehr streng zu überprüfen und – zumeist – zurückzuziehen ... 7 Titel wurden aus politischen Gründen in der laufenden Herstellung gestoppt bzw. zurückgezogen."[236] Im folgenden Jahr sah es ähnlich aus. Ernst Thälmanns „Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen" wurde vom IML nicht rechtzeitig autorisiert, Kautskys „Erfurter Programm" verzögerte sich durch die „Diskussion mit Autoren des Geschichtswerks" und die einbändige „Geschichte der KPdSU" wurde „in der Korrektur aus politischen Gründen angehalten."[237]

Die Luft für parteigeschichtliche Titel war in den frühen sechziger Jahren dünn geworden. Die zentralen Dogmen über den „bürgerlich-demokratischen Charakter der Novemberrevolution" und die „führende Rolle des Zentralkomitees der KPD im Widerstand", vor allem die grandiose „nationale Grundkonzeption" waren von der Parteiführung „wissenschaftlich" bestimmt und wurden von der Zensur mit aller Macht durchgesetzt. Der „Grundriß der Geschichte der Arbeiterbewegung" von 1962 galt bis zum Erscheinen des Achtbänders als verbindlicher Leittext und in Erwartung der maßgeblichen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" waren ganze Produktionsstrecken lahmgelegt.

Fritz Schälike starb im Januar 1963, ein halbes Jahr nach seiner Entlassung. So blieb ihm das bittere Erlebnis erspart, daß in keinem der acht Bände sein Name zu finden war.

Selbst in der Glanzzeit seines Verlages, Anfang der fünfziger Jahre, hatte der auflagenstärkste Dietz-Titel, der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU/B", erst nach Jahren und mit Mühe die Millionengrenze überschritten. Seitdem hatte sich das buchhändlerische Umfeld entschieden verändert, überall regierten jetzt knauserige Ökonomen. Hatte man Fritz Schälike nicht letztlich – die „ideologischen Pannen" waren ein durchsichtiger Vorwand – wegen der unverkäuflichen Überproduktion entlassen? 1950 lag die Durchschnittsauflage im Parteiverlag bei 100 000 Stück, 1963 nur noch bei 17 000.[238]

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" ein ganz außergewöhnliches Phänomen darstellte. Dessen Auflagenhöhe betrug nicht weniger als 1,6 Millionen Exemplare und stellte damit alles bisher dagewesene in den Schatten.[239]

---

235 BA DY 30, 42670, Dietz-Verlag, Kaufmännischer Leiter (Brilla) an Hennig, 9.8.1962.
236 BA DY 30, IV 2/9.13/2, Jahresbericht 1963, S. 4f.
237 Ebd., S. 24ff., Nicht erschienene Titel des Themenplans 1964.
238 Ebd., Dietz-Verlag, Volkswirtschaftsplan 1963, 31.5.1963.
239 Ebd., Dietz-Verlag, Jahresbericht 1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

KAPITEL 5

Von der „nationalen Grundkonzeption" zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (1959–1962)

1. Der rote Faden

1.1. Die Theorie zum Mauerbau?

Man hätte ihren Geltungsanspruch nicht ehrgeiziger formulieren können. Die „nationale Grundkonzeption" („Nagruko") galt seit Ende der fünfziger Jahre als das „wissenschaftlich begründete politische Programm der Partei der Arbeiterklasse zur Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes", als die „schöpferische Anwendung der Leninschen Theorie der sozialistischen Revolution auf die komplizierten Bedingungen Deutschlands."[1] Alfred Kosing, der die „Nagruko" später zur Lehre von der „sozialistischen Nation" umbaute, definierte sie als das „politische Programm zur Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes, das Programm für die demokratische und sozialistische Wiedergeburt und die friedliche Zukunft der einheitlichen deutschen Nation."[2] Nachhaltig prägte sie das Geschichtsbild der DDR, dessen einheitsstiftendes Prinzip sie bis 1989 insgeheim blieb, solange das Dogma der „Kontinuitätsthese" die im Auf und Ab des Waltens der historischen Gesetzmäßigkeiten unwandelbare Weisheit des Zentralkomitees verkündete. Die Thesen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD brachten die Botschaft der „nationalen Grundkonzeption" auf den Punkt:

„Was Marx und Engels im ‚Manifest der Kommunistischen Partei' verkündet hatten, wurde in der Deutschen Demokratischen Republik lebendige Wirklichkeit. Die Arbeiterklasse erfüllte ihre historische Aufgabe und errichtete ihre politische Herrschaft. Sie verwirklichte im Bündnis mit der Bauernschaft und allen anderen Werktätigen im Interesse der gesamten Nation den Sozialismus."[3]

---

1 BA DY 30, IV 2/9.07/117, IML-Information über „Diskussionen zur Frage der nationalen Grundkonzeption" im Institut für Gesellschaftswissenschaften, 27.11.1959.

2 Alfred Kosing, Die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes, Berlin 1962, S. 99.

3 Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Sozialismus, S. 332, in: Einheit, 2/1961, S. 332–352.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Dieter Fricke begründete die Notwendigkeit der Erforschung der „bürgerlichen Parteien" mit der „nationalen Grundkonzeption".[4] Johannes Irmscher verbreitete sich sogar über den „Beitrag der Byzantinistik bei der Entwicklung unseres nationalen Geschichtsbildes".[5]

Die in den siebziger Jahren über das Verhältnis von „Tradition und Erbe", über die Neubewertung Bismarcks, Friedrich II. und Martin Luthers geführten Diskussionen gehörten zu ihren Ausläufern – eine Herkunft, die die Zensur unter Honecker unkenntlich machte: Der wichtige Sammelband „Erbe und Tradition in der DDR" vermied es 1988, die für den Diskurs konstitutiven Texte der Ulbricht-Ära, das „nationale Dokument" oder den „Grundriß" zur GdA zu zitieren.[6] Die Spuren der „Nagruko" waren aus den Büchern getilgt. Die IML-Geschichte von 1989 umschreibt sie vorsichtig als „eine Neigung, soziale Fragen als nationale Probleme zu interpretieren, sowie eine Erwartungshaltung bezüglich der Lösung der ‚deutschen Frage', die schon damals mehr und mehr unrealistisch wurde."[7]

Kein anderes Buch setzte die SED-Historiker in solche Verlegenheit wie Hermann Webers minutiöser Kommentar zum „Grundriß", „Ulbricht fälscht Geschichte".[8] Daß die BzG wütend ein Buch verriß, ohne dessen Titel zu nennen, dürfte ein einmaliger Vorgang bleiben.[9] Ulbricht selbst riet dazu, sich bei der Abwehr der Vorwürfe nicht auf Einzelheiten einzulassen, sondern „die Auseinandersetzung noch prinzipieller zu führen."[10]

Um die dominierende Rolle der „nationalen Grundkonzeption" für die Parteigeschichtsschreibung der frühen sechziger Jahre nachzuweisen, braucht man nicht im Stil Hermann Webers die zahllosen Auslassungen und Verdrehungen nachzuweisen. Es genügt, die Wörter zu zählen. In der 37-seitigen Einleitung zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von 1963 kommen die Wörter „Nation", „national" und „antinational" nicht weniger als sechzigmal vor, etwa so häufig wie „Kommunismus", „Arbeiterbewegung" und „antifaschistisch" zusammen. Gebetsmühlenartige Monotonie regierte den Sprachduktus.

Die Arbeiterklasse löste die „geschichtlichen Aufgaben im Interesse der Nation" (Grundriß, S. 26) und erfüllte so ihre „historische Mission" (S. 33). Sie rettete „die Nation vor ihren monopolkapitalistischen und militaristischen Verderbern" und führte sie „als sozialistische Nation einer neuen Blüte entgegen" (S. 15). Im „Zeitalter des Imperialismus" könnten „die Lebensfragen der Nation nur unter Führung der Arbeiterklasse mit einer Partei neuen Typus an der Spitze gelöst werden" (S. 16), während Sozialdemokraten zu einer „antinationalen Paktiererpolitik" neigten (S. 25). Allein die Kommunisten waren „Vorkämpfer für die Nation" (S. 36) und pflegten deren „fortschrittliches kulturelles Erbe" (S. 34), so daß sie „als einzige Partei die Prüfung der Geschichte bestanden" hatten (S. 37). Das „geschichtliche

4 Dieter Fricke, Die bürgerlichen Parteien und die Lebensfragen der deutschen Nation. Zur Erforschung und Darstellung der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: ZfG 1/1962, S. 28–77.

5 Vgl. ZfG 3/1962, S. 577–588.

6 Helmut Meier/Walter Schmidt (Hg.), Erbe und Tradition in der DDR, Berlin 1988.

7 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1949–1989, S. 34.

8 Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Köln 1964.

9 Walter Wimmer, BzG 2, 1965, S. 362–365.

10 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Lothar Berthold, Protokoll der Aussprache mit Genossen Walter Ulbricht, 7.1.1965, Teil II.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Verdienst Karl Liebknechts" bestand darin, daß er „den Interessen der Arbeiterklasse und der Nation voll entsprach" (S. 91). „Die KPD stellte vom Tage ihrer Gründung an der antinationalen Kriegs- und Katastrophenpolitik der herrschenden Klasse Deutschlands die nationale Politik des Kampfes für Frieden, Demokratie" usw. entgegen (S. 106) und erstrebte „im Interesse der Nation" ein Bündnis mit der Sowjetunion (S. 107). So verteidigte sie „als einzige Partei die nationalen Interessen gegen den Versailler Raubvertrag" (S. 125).

Tatsächlich war der Text des „Grundrisses" nicht viel mehr als die angedickte Version eines zwanzigseitigen Thesenpapiers zur „nationalen Grundkonzeption", das den Kernbestand der Argumentation festhielt. Die Gründung der KPD war nach diesem Papier aus folgendem Grund das Hauptergebnis der Novemberrevolution: „Sie war die einzige Partei, die eine nationale Grundkonzeption zur Lösung der Lebensfrage des deutschen Volkes entwickelte."[11]

Es gilt festzuhalten, daß unter „national" nicht etwa „national" (im Sinn von „nationalistisch"), sondern auf hochdialektische Weise etwa das Gegenteil zum üblichen Sprachgebrauch zu verstehen war – diese Eigenschaft sicherte die Überlebensfähigkeit des Konzepts nach dem Paradigmawechsel Ende der sechziger Jahre, als die deutsche Nation außer Mode kam.[12] Über die Feinheiten der Interpretation gab es interne Differenzen. Gerade die „Erfüllung der internationalen Verpflichtung" machte, wie Annelies Laschitza fand, die Linken um Liebknecht „zu den besten Vertretern der nationalen Interessen des deutschen Volkes." Es kam ihr darauf an, nicht, wie die „bürgerlichen Geschichtsschreiber", den Unterschied zwischen den Kategorien „Staat" und „Nation" zu verwischen. Im IML hielt Ulla Plener deren Betonung dagegen zwar für „politisch geboten", aber keineswegs für „theoretisch gerechtfertigt". Ihr galt der „proletarische Internationalismus" als „einzig richtiger Ausgangspunkt".[13]

Die „Nagruko" legitimierte in atemberaubender Konsequenz, als eine „lückenlose Konzeption für die Perspektive",[14] was immer der „bürgerlichen" Rechten als Dolchstoß und Sabotage, als „Moskauhörigkeit" und Hochverrat gelten mochte. Die „Nagruko" verdient schon deshalb die Aufmerksamkeit des Historikers, weil sie den Erbauern der Berliner Mauer eine strategische Perspektive suggerierte.

Der betreffende maßgebliche Leitartikel des „theoretischen Organs" bediente sich ausschweifend der Nagruko-Diktion: „Was am 13. August geschah, ist mehr als ein neuer überzeugender Beweis der Gültigkeit und Gesetzmäßigkeit unserer nationalen Politik. Alle Grundfragen unserer Gegenwart wurden klarer aufgeworfen, die Perspektive der Entwicklung unserer Republik und unserer ganzen Nation sind deutlicher sichtbar geworden als je zuvor ... Doch in unserer Epoche kann eine Nation, deren Führung die revolutionäre Arbeiterklasse in einem Teil des Landes bereits fest in den Händen hält, die dort erfolgreich

11 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Die nationale Grundkonzeption der KPD zur Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation (1918–1933). Vgl. ebd. Thesen zur nationalen Grundkonzeption für die Perioden 1836/49, 1849/71, 1871/98, 1898/1914, 1914/1917 (o.D., Frühjahr 1960).

12 Vgl. Walter Schmidt, Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern, in BzG, 4/1996, S. 3–35.

13 BA DY 30, IV 2/9.07/52, Protokoll über das Seminar „Die dialektische Einheit von proletarischem Internationalismus und Patriotismus bei Karl Liebknecht am 29.4.1961.

14 BA DY 30, IV 2/9.07, 17, IML (Direktion), Bericht über eine Beratung beim Genossen Prof. Hager am 22. Oktober 1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

das Fundament nationaler Befreiung geschaffen hat, nicht zur ‚Einheit' mit ihren Todfeinden, d. h. zur Aufgabe der Klasseninteressen der Werktätigen und damit der wahren nationalen Interessen, und damit in den Kerker und die Katastrophen von gestern zurückgezerrt werden. Niemand und nichts kann die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung unserer Nation außer Kraft setzen, die durch den Klassenkampf der Arbeiter und ihrer Verbündeten zur Lösung unserer nationalen Frage führen wird ..."[15]

Das Unwort vom „antifaschistischen Schutzwall" wurde durch den „Grundriß" (S. 285) verbindlich gemacht und mit der „Nagruko" begründet: „Der 13. August bestätigte die geschichtlichen Erfahrungen des deutschen Volkes seit der Jahrhundertwende, daß die Lebensfragen der deutschen Nation nur im Kampfe gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus gelöst werden können" (S. 286). Am Tage des Mauerbaus war im Neuen Deutschland ein Artikel zu Liebknechts 90. Geburtstag erschienen. Die Überschrift, „Der nationale Held", ging selbst einem eingefleischten Befürworter der „Nagruko" wie Joachim Petzold zu weit.[16]

In dem Parteiprogramm der SED von 1963, das „die Bilanz des bisherigen Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung" zog, war die „Nagruko" das A und O.[17] Im Vorfeld des VI. Parteitags mutierte sie zum wichtigen Hebel des NÖS und konstitutiven Bestandteil einer „allseitigen" Strategie. Ulbricht erklärte die „Überzeugung der gesamten Bevölkerung über die Perspektive" zur „Hauptfrage", die „in engem Zusammenhang mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und allen ökonomischen Maßnahmen" stünde. „Die geschichtliche Aufgabe der DDR" müsse im Mittelpunkt der „gesamten ideologischen Massenarbeit" bleiben, „weil ohne Klarheit darüber kein richtiges Verständnis für unsere ökonomischen Maßnahmen möglich ist."[18] „Das Bewußtsein der Massen" und „die Entwicklung des sozialistischen Nationalbewußtseins", so der Leiter der Propagandaabteilung Tiedke, sei „die größte Reserve ..., aus der sich die Initiative im Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt" entwickle: „Beschäftigung mit der Geschichte hat nur dann Sinn, wenn sie letzten Endes in besseren ökonomischen Leistungen sichtbar wird." Im „bürgerlichen" Verständnis war das eine groteske Degradierung der Geschichtswissenschaft. Der Hauptverfechter der „Nagruko" Lothar Berthold empfand diese Instrumentalisierung jedoch wie einen Ritterschlag. Auch er sah „die Grundidee" darin, „daß wir Geschichte nicht um der Geschichte willen betreiben, sondern letzten Endes deswegen, um morgen bewußter und damit besser und mehr zu produzieren."[19] Anspruchsvoller formulierten die Thesen zum 15. Jahrestag der SED diesen Zusammenhang, als sie von der „schwierigsten, aber erhabensten Aufgabe der sozialistischen Revolution" sprachen, im „Interesse der deutschen Nation"

15 „Stärkung der DDR und Bändigung des westdeutschen Militarismus – die Lebensfragen unserer Nation", in: Einheit, Heft 9, 1961, 1281–1297.

16 Joachim Petzold, Parteinahme wofür? Potsdam 2001, S. 168.

17 Vgl. Lothar Berthold/Ernst Diehl (Hg.), Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin 1964, S. 8, 221–232 und 337.

18 BA DY 30, IV 2/9.07/17, Bericht über eine Beratung beim Genossen Prof. Hager am 22.10.1962 zur Auswertung des 17. Plenums.

19 BA DY 30, IV 2/9.07/122, Sektor Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Aktennotiz über eine zentrale Beratung mit den Vorsitzenden und Sekretären der Bezirkskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung am 9. und 10. Oktober 1962 im IML, 24.10.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„eine neue Einstellung zur Arbeit, eine freiwillige und bewußte Arbeitsdisziplin" zu schaffen.[20]

In der DDR wurde die „Nagruko", wie wir noch sehen werden, mit allen Mitteln der Zensur durchgesetzt. Ihr strategischer Zweck lag darin, eine propagandawirksame Position zu besetzen, die, wie Ulbricht gewittert zu haben glaubte, die westdeutschen „Nato-Historiker" zugunsten der Westbindung aufgegeben hatten.[21] Auch „die Politik der rechten SPD-Führung" habe jetzt „keine Perspektive" mehr, sondern „die besten humanistischen Traditionen der deutschen Geschichte preisgegeben", ja mit den Godesberger Beschlüssen, „unvereinbar mit den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes", „den Verrat vom 4. August 1914 noch übertroffen, indem sie diesen Verrat obendrein noch programmatisch begründete."[22] Die SPD, so Walter Ulbricht auf dem 16. Plenum 1962 über den „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", habe seit Godesberg „keine andere Perspektive als die „des westdeutschen Monopolkapitals. Das gibt sie selbst zu. Also sind wir die einzigen, die eine nationale Perspektive geben ..."[23]

Wenn die Ausstrahlung der „Nagruko" nach Westdeutschland zu wünschen übrig ließ, so lag es letztlich daran, daß sie in starkem Maße Ulbrichts persönliche Perspektive auf die Kriegserlebnisse widerspiegelte, das Rechtfertigungsbedürfnis eines deutschen Kommunisten in der sowjetischen Emigration nach dem Überfall Hitlers gegenüber dem allgegenwärtigen Vorwurf, daß die deutsche Arbeiterklasse versagt habe. So legitimierte sie automatisch den Führungsanspruch von Ulbrichts „Moskau-Fraktion", die sich allein am richtigen Ort befunden hatte. Für den GULAG und die „Säuberungen" Stalins konnte in dieser Geschichtskonstruktion kein Platz sein. Die Erinnerung an diesen dunkelsten Abgrund wurde durch die einfachen Formeln des neuen Geschichtsbildes mit eherner Konsequenz ausradiert. Wie sehr entsprach die „Nagruko" dem unerschütterlichen Grundgefühl der Kommunisten, der gerechten Sache zu dienen! Divergierende Erfahrungen der Genossen subsumierte sie einem kollektiv beratenen und deshalb als „wissenschaftlich" zu akzeptierenden Begriff.

Theoriegeschichtlich betrachtet, basierte die „Nagruko" auf Ulbrichts Thesen zur Novemberrevolution. Nichts macht diesen konstitutiven Zusammenhang anschaulicher als Ulbrichts Festansprache zum 9. November 1958, in der er Karl Liebknecht zum „wahren nationalen Helden" ausrief und fand, daß es höchste Zeit sei, „vor dem ganzen deutschen Volke die Lehren der Geschichte zu ziehen".[24] Die Thesen zur Novemberrevolution, vor allem deren Lehre von der im Hinblick auf die Machtfrage ausschlaggebenden Rolle einer marxistisch-leninistischen Partei, lieferten dazu alle wichtigen Bausteine. Die Verkündung des „bürgerlich-demokratischen Charakters", die die Arbeiterklasse in die gesamtnationale Verantwortung stellte und damit die Richtigkeit der Einheitsfront- und Bündnispolitik seit 1935 bewies, und auch Ulbrichts sonst ganz unverständliches Periodisierungskonzept, die Revolution im Januar 1919, mit der Konstituierung der Nationalversammlung enden zu

20 Einheit, 2/1961, S. 349.
21 Vgl. Martin Sabrow (Hg.), Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 9ff.
22 Einheit, 2/1961, S. 347.
23 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag, S. 187.
24 Walter Ulbricht, Die Novemberrevolution und der nationale Kampf gegen den deutschen Imperialismus, in BzG, 1, 1959, S. 8–25.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

lassen, erweisen sich rückblickend als die Keimzellen der „Nagruko". Gerade daß die Novemberthesen nur Vorboten eines breiter angelegten Konzeptes waren, hatte Ulbrichts Eingriff in die Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution älteren Parteihistorikern als unverständlich, skandalös und willkürlich erscheinen lassen. Auf der anderen Seite erklären erst Ulbrichts konzeptionelle Hintergedanken die zensurpolitische Härte, mit der er 1958 die historiographische Definitionsmacht behauptete. Als zukunftsträchtiger Universalschlüssel zur Interpretation von „Problemen" hatte sich vor allem die „Kontinuitätsthese" herausgeschält, das Argumentationsmuster, daß die noch nicht mit Ulbrichts theoretischer Fortentwicklung des Marxismus-Leninismus vertraute Parteiführung zwar manchmal geirrt, aber immer dazugelernt hätte. In der klassischen Formulierung Ulbrichts:

„Man muß die Geschichte so darstellen: Wie hat sich die Arbeiterklasse die richtige Politik angeeignet? Wir haben damals die Fehler gemacht, aber nach 1945 haben wir es richtig gemacht."[25]

Die „Nagruko" erlaubte, die Parteigeschichte als einen allen taktischen Fehlern zum Trotz kontinuierlichen Erfahrungsprozeß der Parteiführung zu konstruieren. Sie „bewies" deren „wissenschaftlichen" Einblick in historische „Gesetzmäßigkeiten", aus denen man für die Gegenwart „Lehren" ziehen und eine auch für „die Nation" richtige „Perspektive" für die Zukunft ableiten konnte.

So zeigte die Pariser Kommune der Arbeiterklasse gleich drei Notwendigkeiten, die „alte Staatsmaschine" zu zerbrechen, eine marxistische Partei zu besitzen und das Bündnis mit der Bauernschaft zu suchen. (Grundriß 1963, S. 57f.). Die „Gesetzmäßigkeit" der deutschen Niederlage in beiden Weltkriegen zeigte die Aussichtslosigkeit der Atompolitik der westdeutschen „Militaristen" und daß man sich mit der Sowjetunion verbünden mußte (S. 99, S. 193). Daß man nur in zwei Schritten, über den Umweg einer „bürgerlichen Demokratie" zum Sozialismus kommen konnte und eine leninistische Partei unentbehrlich war, lehrte die Novemberrevolution (S. 110f.), die unwiderstehliche Kraft der Arbeitereinheitsfront demonstrierte der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch (S. 120), den die KPD-Führung in Wirklichkeit abgelehnt hatte. Die Lehre aus der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD im August 1914 war, daß man „Opportunisten" und „Revisionisten" in der Partei bekämpfen mußte (S. 83 und 87).

Der inflationäre Gebrauch des Begriffs der „Nation" verdeckte, daß die „Nagruko" die „Machtfrage" in den Mittelpunkt stellte. Sie legitimierte nicht nur den nationalen Führungsanspruch der SED, sondern reflektierte den Weg zur Macht unter besonderer Betonung einer lernfähigen pragmatischen und keinesfalls „sektiererischen" Bündnispolitik.

Ulbrichts Revolutionstheorie, denn um nichts anderes handelte es sich bei dieser „schöpferischen Fortentwicklung des Leninismus", war dezidiert nüchtern und bar aller revolutionären Romantik. Sie schwelgte nicht in kommunistischen Utopien und grenzte sich darin vom sowjetischen Vorbild ab. Sie appellierte nicht an idealistische Gefühle, sondern forderte Geduld und Einsicht in die Notwendigkeit der kleinen Schritte, Plandisziplin und „sozialistische Moral", die Verantwortlichkeit für die nationale historische Mission der Arbeiterklasse. Dafür bot sie „wissenschaftlich bewiesene" Gesetzmäßigkeiten und schien einen neuen, von der Partei auf die Gesellschaft ausstrahlenden Konsens stiften zu können.

25 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung der Thesen zur GdA, 13.11.1961 (Walter Ulbricht).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

1.2. Die „führende Rolle" der „nationalen Grundkonzeption"

„Ich hatte vor kurzem eine Diskussion mit einem jungen Historiker, der mir ganz offen sagte: Ich kenne nun die ganze Literatur, aber ich habe noch keinen Beweis dafür gefunden, daß die Führung der KPD tatsächlich bereits vor 1945 die Strategie ausgearbeitet hat, die sie dann später angewandt hat" (Anton Ackermann über Olaf Groehler).[26]

Der Angelpunkt dieser ganzen Argumentation und ein besonders heißes Eisen war die „auch für die Zukunft der Nation richtungsweisende" Brüsseler Konferenz 1935 mit ihrer Wendung zur antifaschistischen „Aktionseinheit der Arbeiterklasse" und „antifaschistischen Volksfront" aller Hitler-Gegner (Grundriß, S. 178f.). Um die Brüsseler Konferenz (die in Moskau stattgefunden hatte) als strategischen Wendepunkt zu markieren, wurde von der IML-Zensur ein ganzes Bündel fragwürdiger Fiktionen aufrechterhalten. Die bis dahin mehrheitlich verfochtene These vom „Sozialfaschismus" (dieser Begriff kam im „Grundriß" nicht vor) wurde einigen im GULAG (der im „Grundriß" erst recht nicht existierte) verschwundenen angeblichen „Sektierern" wie Heinz Neumann in die Schuhe geschoben, während sich Thälmann, Pieck und vor allem Ulbricht schon immer davon abgegrenzt hätten. Diese Behauptung machte die „Reden und Aufsätze" der Parteiführer aus der Zeit bis 1934 unpublizierbar, sie verhinderte die Pieck- wie die Thälmann-Ausgabe. Bei Wilhelm Florin, dem Helden der Ruhrkämpfe der zwanziger Jahre und stellvertretenden Parteivorsitzenden in der Sowjetunion, verfiel das IML auf den phantasievollen Ausweg, dessen publizistische Karriere erst 1935 beginnen zu lassen, „dann hätten wir einen guten Anfang."[27] Jetzt scheiterte die Ausgabe, weil Florin linienfester als Pieck und Ulbricht wirkte.[28] Die ausgedruckten Bände wurden eingestampft.[29]

„Mir ist aufgefallen, daß wir sehr großzügig Florin bearbeiten und umformulieren", stöhnte 1962 der neue IML-Direktor Roland Bauer über die unwissenschaftlichen Praktiken in seinem Institut: „Beispiele: statt Sozialfaschismus – Sozialdemokratie, sozialdemokratisch, reformistisch, bei Gewerkschaftsbonzen wird Bonzen gestrichen ... Es ist keine vertretbare einwandfreie wissenschaftliche Arbeit, wenn wir die Dinge so verdrehen. Wie sollen die Menschen sonst die Brüsseler Konferenz begreifen, wo einige Dinge richtiggestellt wurden. Die problematischen Fragen hätten wir der Parteiführung stellen, unsere Vorstellungen darlegen und eine Entscheidung herbeiführen müssen. Das ist nicht nur bei den Florin-Bänden so, sondern das machen wir in vielen Fällen."[30]

„Die schwierigen Stellen wurden einfach in den Dokumenten ausgelassen", tadelte Bauer auch den Dokumentenband 1933–1935.[31] Nicht einmal die zuständige „Bandbrigade" hatte die Protokolle der Brüsseler Konferenz zu sehen bekommen.[32] „Von den beiden Genossen z.B., die das Vorwort zu diesem Band schrieben, durfte nur einer bestimmte Dokumente

26 Joachim Petzold, Parteinahme wofür?, S. 226.
27 BA DY 30, IV 2/9.07/125, Eildermann an Knittel, 30.11.1959.
28 Ebd., Walter Wimmer, Bemerkungen zu dem Entwurf eines Vorwortes für die ausgewählten Reden und Aufsätze Wilhelm Florins.
29 BA DY 30, 42670 (Dietz-Bestand), IML (Bauer) an Dietz-Verlag (Hennig), 18.7.1962.
30 BA DY 30, IV 2/9.07/12, IML, Abteilungsleiterberatung (Bauer), 5.7.1962.
31 Ebd., IML, Abteilungsleiterberatung (Heinz Welzel, Rudi Graf), 5.7.1962.
32 BA NY 4182/923, IML (Direktion – Bauer), 8.8.1962, Bericht über die Lage am Institut für Marxismus-Leninismus.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

lesen; der andere mußte gewissermaßen auf Treu und Glauben schreiben."[33] „So, wie der Band jetzt vorliegt, kann man ihn nicht herausgeben", resignierte der Brigadeleiter. „Die aufsteigende Linie der Partei in diesem Zeitabschnitt wird überdeckt durch die Fehler und Schwächen, die vorhanden waren." Er schlug vor, einen Band über die Zeit von 1933 bis 1939 herauszugeben, der sich auf die Zeit nach 1935 konzentriere.[34]

Vernebelt wurde das Problem, warum die KPD nicht vorher das richtige Verhältnis von „Strategie und Taktik" gefunden und die Weimarer Republik bekämpft hatte, ausgeblendet der alle Volksfront-Pläne kompromittierende Hintergrund der Moskauer Schauprozesse, schön geredet der jähe Kurswechsel Ulbrichts in den Jahren zwischen dem Hitler-Stalin-Pakt und dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion (Grundriß, S. 184, S. 186f.).

Die vielleicht kühnste, das Erinnerungsvermögen der Veteranen beleidigende Erfindung der SED-Geschichtsstrategen war die Konstruktion einer „führenden Rolle" des ZK im antifaschistischen Widerstand. Dieses Axiom lief auf die Verunglimpfung sowohl der kommunistischen KZ-Überlebenden als auch aller notgedrungen spontan operierenden Widerstandsgruppen hinaus, zumal sich so wichtige ZK-Instrukteure wie Wilhelm Knöchel schließlich als „Verräter" entpuppten.[35] Hierbei handelte es sich um eine „parteiliche" Kategorie, die zwar der Tragik der Vorgänge nicht gerecht wurde, aber das Postulat der „führenden Rolle" auch im kommunistischen Selbstverständnis als peinliche Zumutung erscheinen ließ. Der folgende Satz, so konnte man „in richtiger Würdigung des Kampfes der Antifaschisten" nicht formulieren, galt als politischer Fehler: „Die Besten erlebten den Sieg über den Faschismus nicht mehr, sie fielen unter dem Henkerbeil."[36] Die „führende Rolle des ZK" legitimierte spätestens seit 1955, als ein ZfG-Artikel Werner Plesses über den Leipziger Widerstand wegen Verletzung dieses Prinzips im IML auseinandergenommen wurde,[37] den parteiinternen Führungsanspruch der „Moskau-Fraktion" Walter Ulbrichts. Hanna Wolf sprach diesen Zusammenhang bei der Beratung über den „Grundriß" auf dem 16. Plenum (1962) offen aus, indem sie an die Fronde der „Sachsenhausener" Selbmann und Schirdewan 1958 erinnerte. Es ginge um das Verhältnis „der jungen Genossen zum Zentralkomitee, zum Politbüro und zum Genossen Walter Ulbricht als dem ersten Sekretär unseres Zentralkomitees."[38] Als sie gleichzeitig andeutete, daß es mit dem Instrukteursapparat nicht weit her gewesen sei, erscholl „Widerspruch im Saal":

Alexander Abusch: „Der war auch da."

Hanna Wolf: „Ich sage das nur, damit manche Genossen sich die damalige Arbeit des Zentralkomitees nicht so vorstellen, wie sie heute gehandhabt wird. Das war natürlich nicht möglich. Aber es hat Rundfunk gegeben, es hat Instrukteure gegeben."
Kurt Hager: „Es kamen nicht jeden Tag 11 Instrukteure."

33 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag, S. 65 (Lothar Berthold).
34 BA NY 4182/923, IML (Direktion – Bauer), 8.8.1962, Bericht über die Lage am Institut für Marxismus-Leninismus.
35 Beatrice Herlemann, Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986.
36 BA DY 30, IV 2/9.07/122, IML (Sektor Gegenwart, Voigtländer) Stellungnahme zum Manuskript 15 Jahre SED (Zu Entwicklung der SED im Bezirk Leipzig), 20.3.1961.
37 Simone Barck, Widerstands-Geschichten und Helden-Berichte, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 138ff.
38 Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte, S. 113.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Alexander Abusch: „Die Sitzungen waren auch kürzer."[39]

Ulbricht sorgte mißtrauisch selbst dafür, daß das Dogma der „führenden Rolle" nicht in Vergessenheit geriet. Im Mai 1960 kritisierte er das IML wegen einer mißratenen Ausstellung „15 Jahre Befreiung" im Museum für Deutsche Geschichte. „Er sagte, daß der Kampf der Klassenkräfte bis 1945 nicht ganz klar herausgearbeitet worden ist. Beim Widerstandskampf müssen die vom ZK der KPD entsandten und geleiteten Gruppen besonders genannt und hervorgehoben werden. In diesem Zusammenhang machte Genosse Ulbricht folgende Bemerkung: ‚Es muß Tendenzen geben, das anders zu machen.' ... Wenn die Auswertung der Akten nach strengen politischen Gesichtspunkten vorgenommen worden wäre, dann hätten die Genossen vorrangig diesen Komplex bearbeiten müssen, um die Rolle des ZK der KPD hervorzuheben. Gen. Ulbricht machte in diesem Zusammenhang noch die Bemerkung, daß das ZK der KPD vom Ausland her die Arbeit geleitet hätte ..."[40] Diese Kritik setzte die Widerstandsabteilung des IML unter starken Druck, der sich umgehend als Verschärfung der einschlägigen Begutachtungspraxis auswirkte.

Mangels empirischer Beweise flüchteten sich die Parteihistoriker mit Vorliebe in zirkelschlußartige Ableitungen. Aus einer kühn postulierten politischen Einheitlichkeit des Widerstandskampfes, schloß man auf die Existenz einer zentralen Führung.[41] Wichtig war eine möglichst entschiedene Wortwahl. So legte das IML Wert darauf, daß Rundfunk-Informationen aus London und Moskau die Arbeit des Antifaschisten Bernhard Bästlein nicht nur „erleichterten": „Abgesehen davon, daß Informationen vom Moskauer und Londoner Rundfunk nicht gleich bewertet werden können, waren die Sendungen aus Moskau nicht nur Informationsquelle. In ihnen erteilte die Parteiführung ihre Direktiven an die illegalen Parteiorganisationen im Lande."[42]

Keine Peinlichkeit wurde gescheut, das Dogma mit den Mitteln der Zensurpolitik und einer Serie haarsträubender Rezensionen durchgesetzt. 1961 erschien die gründlich überarbeitete zweite Auflage vom Bruno Baums „Widerstand in Auschwitz". Ein Rezensent lobte besonders das neue Vorwort, das „die Aufmerksamkeit des Lesers auf die verhängnisvolle Identität der Konzerne und Personen, die den Faschismus trugen ... mit den heutigen Repräsentanten des Bonner klerikal-militaristischen Staates" lenke. Die deutschen Konzerne wären jetzt treffend als „die wahren Schuldigen an den Verbrechen in Auschwitz" genannt. Das umfangreichste Kapitel galt korrekterweise dem Widerstand in Auschwitz, zu dessen Leitern der Verfasser des Buches gehörte. Doch zeige sich auch ein Mangel: „Hier allerdings verwundert, warum der Vf. nur ungenügend die führende Rolle der kommunistischen Bewegung, insbesondere die richtungsweisende Rolle der ZK-Beschlüsse – die den Auschwitz-Häftlingen bekannt waren – (S. 86), bei den Aktionen der Widerstandskämpfer hervorhebt."[43] In historiographische Texte wurden entsprechende Formeln routinemäßig eingefügt. Nicht einmal die Kriminalliteratur war vor einschlägigen Eingriffen sicher. Ein

39 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 39.

40 BA DY 30, IV 2/9.04/51, Abt. Wissenschaften (Wagner), Aktennotiz für Gen. Hager, 14.5.1960.

41 Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf, S. 562, BzG 3, 1961, S. 547–572.

42 Ebd., S. 563.

43 Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 7, 1962, S. 1737f., Annotation von Klaus-Dieter Hermann.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Politabenteuer", das auf einer unauffindbaren Insel spielte, diente beispielsweise dazu, die Sisyphusarbeit der indonesischen KP zu veranschaulichen, „ständig die Arbeit und Verbindung bis in den letzten Winkel zentral zu organisieren."[44]

Kinderbuchautoren sollten ihre antifaschistischen Helden vor der Aktion Radio Moskau hören lassen. Das IML kritisierte, daß ein Kinderbuch-Manuskript den Eindruck vermittele, „jede kleinste Parteiorganisation sei im wesentlichen auf sich allein gestellt" gewesen. Die führende Rolle des Zentralkomitees dürfe nicht fehlen und könne „leicht in verschiedenster Weise dargestellt werden": „Die hergestellten Flugblätter könnten z.B. von diesem oder jenem wichtigen ZK-Dokument ausgehen (es gibt tausendfache Belege dafür, daß es so war), könnten von den schon angeführten Konferenzen, von ihrem Inhalt, sprechen; beim Abhören des Moskauer Senders könnte in dieser Richtung etwas gesagt werden usw. Ich bitte, daß diese Dinge hineingearbeitet werden, damit der Eindruck der Zufälligkeit und des Subjektiven wegfällt."[45]

Die Betonung der nicht „zufälligen" Gesetzmäßigkeit reflektierte das Vordringen der „Nagruko", die das Dogma der „führenden Rolle des ZK" nachhaltig modifizierte, ja unter sich subsumierte. Veranschlagt man dessen enormen Stellenwert im Theoriehaushalt der SED als ein bislang unerschütterliches Axiom, so handelte es sich um einen marxistisch-leninistischen Paradigmawechsel.

Im Frühjahr 1961 sah sich das IML zu einer absurden öffentlichen Selbstkritik genötigt, die unter dem Titel „Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf" in der BzG erschien. Um diesen Artikel, „die erste unbedingt sofort in Angriff zu nehmende", „dringendste und unaufschiebbare Auswertung" einer Politbüro-Kritik vom 18. April 1961, hineinzubekommen, wurde der Erscheinungstermin der BzG um mehrere Wochen verzögert. Es galt „deutlich" zu machen, „hervorzuheben" und „nachzuweisen, wie die Beschlüsse der Brüsseler und Berner Konferenz nicht nur dem unmittelbaren antifaschistischen Widerstandskampf Ziel und Richtung gaben, sondern auch bereits die Entwicklung nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, den Prozeß der Vereinigung beider Arbeiterparteien und des Aufbaus einer antifaschistischen-demokratischen Ordnung vorzeichneten."[46] Der Artikel behandelte weniger den Widerstandskampf als die epochenüberspannende Bedeutung der „nationalen Grundkonzeption".

Es sei bisher in den IML-Publikationen „nicht genügend herausgearbeitet", daß die antifaschistischen Widerstandsgruppen „auf der Grundlage des nationalen Programms der KPD kämpften, und die meisten dieser Gruppen von einem Kern fest gefügter und vom ZK geleiteter kommunistischer Parteiorganisationen geführt wurden. Diese Mängel hinderten daran, den nationalen Charakter der Politik und des Kampfes der KPD überzeugend zu begründen."

---

44 BA DR-1, 5102, DG-Antrag Rudolf Weiss, Waffen für Karakelong, Gutachten Egon Rentzsch, 24.3.1963.

45 BA DR-1, 5016, DG-Antrag Paul Körner-Schrader, „Berlin, Andreasstraße" vom 21.1.1962, Gutachten Karl-Heinz Biernat.

46 Vgl. zum Konzept des Artikels BA DY 30, IV 2/9.07/37, BzG (Gemkow) an Einicke, 3.5.1961. Als Autoren wurden Heinz Schumann, Günter Benser, Heinz Welzel und Heinz Kühnrich bestimmt (BA DY 30, IV A 2/9.04/260, BzG (Gemkow) an Einicke und Leibbrand, 5.5.1961).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Die nationale Rolle der KPD" könne „nicht richtig dargestellt werden, ohne die große theoretische Leistung ihrer Führung bei der Herausarbeitung der Strategie und Taktik gegen den Hitlerfaschismus ..." Hier liege „für die weitere Darstellung der führenden Rolle der KPD und ihres ZK im Kampf gegen die Feinde der Nation ein breites Feld der Forschung, dem von den marxistischen Wissenschaftlern künftig größere Aufmerksamkeit geschenkt werden" müsse.[47]

Vorher war die „führende Rolle des ZK" auf die organisatorischen Funktionen, auf die Leitung des Kampfes durch Instrukteure und Rundfunk bezogen worden. Nun galt laut Walter Ulbricht die theoretische Arbeit, die Ausarbeitung eines „nationalen Programms" als „die entscheidende Leistung der Partei und ihres Zentralkomitees in den zwölf Jahren der Hitlerherrschaft".[48] Das Dogma der „führenden Rolle" wurde quasi in die neue Leitdoktrin eingeschmolzen. Man könne die Tätigkeit des ZK nicht auf „die Organisierung des illegalen Kampfes beschränken". Wichtiger, „die entscheidende und ausschlaggebende Seite der führenden Rolle des Zentralkomitees, seines Politbüros und vor allem der Genossen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht" sei die theoretische Arbeit bei der „Vertiefung der nationalen Grundkonzeption" gewesen.[49]

„Vertiefen" kann man nur, was es vorher gegeben hat. Die „nationale Grundkonzeption" wurde nicht nur an die Spitze aller theoretischen Axiome geschoben, sondern aus dem Kontext ihrer Genese im Herrschaftsdiskurs der SED in das Empyreum zeitlos gültiger marxistisch-leninistischer Grundwahrheiten entrückt. Dabei ging es zunächst nur darum, die zentrale Anleitung des kommunistischen Widerstandskampfes neu zu begründen. Die „nationale Grundkonzeption" mußte zumindest bereits unter Thälmann irgendwie gegolten haben: Darum wurde „nachdrücklich dargelegt", daß es „dank der großen vom leninistischen ZK der KPD unter Führung Ernst Thälmanns geleisteten politisch-ideologischen Erziehungsarbeit gelungen war, die deutschen Kommunisten zu befähigen, den Marxismus-Leninismus im antifaschistischen Kampf in jeder Situation schöpferisch anzuwenden, wenn sie auf Grund der schwierigen Kampfbedingungen vorübergehend nur lose direkte Kontakte zur Parteiführung haben konnten."[50]

Lothar Berthold, der Mitte 1962 von Ulbricht zu dem für das „Geschichtswerk" federführenden Chefhistoriker gekürt wurde, schrieb, daß das theoretische Konstrukt in der KPD schon immer gegolten habe, ja von Karl Marx selbst konzipiert worden sei. Marx und Engels hätten, dialektisch betrachtet, mit der Misere-Theorie „einen Beitrag (!) zur Ausarbeitung der nationalen Konzeption der deutschen Arbeiterklasse" geleistet und geholfen, „die Arbeiterklasse für diese Konzeption zu gewinnen", „ihren historischen Auftrag gegenüber der Nation zu erkennen und sich ihrer Verantwortung für das Volk bewußt zu werden".[51]

---

47 Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf, BzG 3, 1961, S. 547–572.

48 Walter Ulbricht, Zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: BzG 3, 1962, S. 593.

49 Wolfgang Schumann, Zur führenden Rolle unserer marxistisch-leninistischen Partei und ihres Zentralkomitees im Kampf gegen Faschismus (1933–1945), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5, 1962, S. 1017–1045.

50 BA DY 30, IV 2/9.07/37, BzG (Gemkow) an Einicke, 3.5.1961.

51 Lothar Berthold, Zur Geschichte der nationalen Konzeption der deutschen Arbeiterklasse, S. 1010f., in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5, 1962, S. 1005–1016.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Eine neugegründete AG Widerstand im IML proklamierte den folgenden langen Stammbaum: „Im Mittelpunkt aller Arbeiten muß die Darlegung der nationalen Grundkonzeption der deutschen Arbeiterklasse stehen. Diese nationale Grundkonzeption wurde mit dem Wirken von Marx und Engels entwickelt, wurde fortgeführt durch August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Sie wurde vertieft durch die Erfahrungen der revolutionären Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution. Sie wurde konkret angewandt auch in den opfervollen Kämpfen gegen Faschismus und Krieg und widerspiegelt sich in den Beschlüssen der Brüsseler und Berner Konferenz ..."[52]

Die Suche der Karl Liebknecht-Spezialisten nach irgendwelchen „Konzeptionen Wilhelm Liebknechts, August Bebels, Rosa Luxemburgs, Clara Zetkins, Franz Mehrings, Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts in der nationalen Frage zu dieser Zeit" hatte sich damals als ergebnislos herausgestellt.[53] Schließlich beförderten sie Karl Liebknecht selbst zum Schöpfer der „nationalen Grundkonzeption": „Er leistete eine große theoretische Arbeit, um die antinationale Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus und die volksfeindliche Politik der Rüstungsmonopole aufzudecken und wies die Arbeiterklasse auf ihre hohe Mission als Führerin im Kampf gegen die Todfeinde der Nation hin."[54]

So werden Mythen geschaffen. Erst die Enthistorisierung der „Nagruko", die Vernebelung ihres Entstehungszusammenhangs, besiegelte ihre kanonische Geltung als „klassische" Grundwahrheit. Während Ernst Engelberg die Genese des nationalen Geschichtsbildes der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert „bewies",[55] begann Werner Berthold die Entstehung der „Nagruko" in der sowjetischen Emigration zu untersuchen.[56]

Wir halten dagegen fest, daß sie seit Ende Dezember 1958 in Geltung war, als Ulbricht an die Historiker der DDR die Forderung stellte, „bei allen Arbeiten von der nationalen Grundkonzeption, d.h. von der Notwendigkeit der demokratischen, friedlichen Lösung der deutschen Frage auszugehen ..." Von Anfang an war die „Nagruko" das einheitsstiftende Prinzip, das es überhaupt erst ermöglichen konnte, eine Parteigeschichte aus einem Guß zu konzipieren. Bisher gäbe es nur „viele Einzelarbeiten, die zusammenhanglos nebeneinander" bestünden „und nicht durch diese Hauptkonzeption miteinander verbunden" seien, konstatierte Ulbricht im Dezember 1958.[57] Die erste Sitzung jener „Thesenkommission", die den „Grundriß" ausarbeiten sollte, eröffnete er mit ganz ähnlichen Worten, die die feierliche Präambel einer fünf Jahre währenden Geschichtsdiskussion auf höchster Ebene bilden sollten: „Es gab in der letzten Zeit verschiedene Arbeiten der Historiker, aber es fehlt eine aus-

52 BA DY 30, IV 2/9.07/28, IML, Sektor Geschichte der KPD, Entwurf für die Einführung zur konstituierenden Sitzung der AG „Antifaschistischer Widerstandskampf", 19.9.1961.

53 BA DY 30, IV A 2/9.07/363, Abteilung Geschichte (Laschitza), Entwurf zur Konzeption einer Liebknecht-Biographie, 22.9.1961.

54 Ebd., Liebknecht-Biographie, Entwurf von Genn. Dornemann an Abteilungsleitung (10.1.1963).

55 Ernst Engelberg, Vom Werden des nationalen Geschichtsbildes der deutschen Arbeiterklasse, Einheit, 12/1962, S. 110–121.

56 Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution. Zur Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR und zur Konzeption der Geschichte des deutschen Volkes, Berlin 1970, S. 12.

57 ND, 28.12.1958, Die ideologische Offensive der Partei und die Historiker.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gearbeitete Linie, eine zusammenhängende Einschätzung, aus der sich die führende Rolle der SED im gesamtnationalen Maßstab ergibt."[58]

Ohne das Skelett der „nationalen Grundkonzeption" wäre weder ein in sich kohärenter „Grundriß", noch eine achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" entstanden.

Es dauerte jedoch noch mehrere Jahre, bis ein mit allem Nachdruck von der Parteiführung verfochtenes, als staatstragend gehandeltes Konzept von der Majorität der Parteihistoriker akzeptiert wurde.[59] Die groben Schablonen der „Nagruko" waren, vorsichtig formuliert, gewöhnungsbedürftig. Um sie trotz des geballten Widerstandes von Veteranen wie Walter Bartel, Robert Leibbrand, Rudolf Lindau und Albert Schreiner durchzusetzen, stützte sich Ulbricht, wie schon in der Diskussion über den „Charakter der Novemberrevolution", hauptsächlich auf Hanna Wolf. Jene Thesenkommission beim Politbüro, die schon die Novemberthesen verabschiedet hatte, sollte, wie am 18./19. September 1958 das 2. Plenum des ZK beschlossen hatte, fortan auch für die Parteigeschichte, für die „Ausarbeitung der Thesen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", verantwortlich sein. Zum selben Zweck existierte aber längst ein hochkarätig besetzter „Wissenschaftlicher Rat" des IML. So lief die Auseinandersetzung um die „nationale Grundkonzeption" auf ein neuerliches Kräftemessen zwischen IML und Parteihochschule hinaus.

1.3. Konzeptionen zum „Grundriß" und der Streit der Parteiinstitute

„Das Institut war als größte und zentrale Stelle für die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht in der Lage, die Ausarbeitung der vom 2. Plenum des ZK geforderten Thesen zur Parteigeschichte zu organisieren oder eine wichtige Grundlage dafür zu schaffen. Alle Versuche schlugen fehl" (Einschätzung des IML durch die Abteilung Wissenschaft, 12.1.1961).[60]

Der Pulverdampf der Diskussion über die Novemberrevolution war im Dezember 1958 kaum verzogen, die gedemütigten Verfechter des „sozialistischen Charakters" hatten allen Grund, die Wunden zu lecken. Im „Wissenschaftlichen Rat" des IML hockten die Verlierer zusammen. Die Leiterin des Gewi-Instituts, Lene Berg, war erschienen, die Siegerin Hanna Wolf blieb der Veranstaltung fern.

Wie die Dogmengeschichte der katholischen Kirche die Rivalität der Mönchsorden spiegelte, prägte die Konkurrenz der Parteiinstitute den Diskurs der parteigeschichtlichen Fragen. Man konnte ihre Repräsentanten nicht an der Kutte erkennen, aber wohl an einer auf spezifische Weise scheuchenden Aura. Idealtypisch betrachtet (die Realität sah anders aus) versah jedes der Institute nach sowjetischem Muster eine bestimmte Funktion im marxistisch-leninistischen Ideologiehaushalt. Die Parteihochschule stählte den Willen der Kader, das später zur Akademie geadelte, von vornherein mit Promotionsrecht versehene Gewi-Institut trieb als Denkfabrik die wissenschaftliche Theoriebildung vorwärts, und das

58 BA DY 30, IV 2/9.07/118, Aktennotiz zur Sitzung der Thesenkommission am 25.5.1960.

59 Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf, BzG 3, 1961, S. 547–572.

60 BA DY 30, IV 2/9.04/51, Abt. Wissenschaften (R. Wagner) an Kurt Hager, 12.1.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

IML hütete die Tradition der Partei. Sie ergänzten sich wie Wille, Gehirn und Gedächtnis. Ihre Repräsentanten trugen entsprechende Kardinaltugenden vor sich her, verbreiteten ganz unterschiedliche Duftnoten. So tropfte Hanna Wolf, Ulbrichts gefürchteter Kundry, die Treue zur Linie aus allen Poren. Klingsor saß im Gewi-Institut und zauberte die Seifenblasen der Kybernetik und Dialektik herbei. Mit dieser Aura aufgespreizter Wissenschaftlichkeit konnten die Märtyrer und angelernten Novizen des IML nicht konkurrieren. Doch sie bewahrten die geheimnisvollsten Schätze und Reliquien. Die Tugend der Gralshüter war die Schweigsamkeit.

So unterschiedlich die Aufgaben und Profile der Institute des Zentralkomitees sonst auch waren, gab es doch eine gemeinsame Arena, um die Rangordnung zwischen ihnen auszukämpfen: Auch die Parteihochschule und das Gewi-Institut unterhielten große Lehrstühle für Parteigeschichte.

Zwischen dem IML und dem Institut für Gesellschaftswissenschaften herrschte kein freundschaftliches Verhältnis. Soweit die beiden Parteiinstitute überhaupt miteinander kommunizierten, stritten sie über Periodisierungsfragen. Eben erst, im Frühjahr 1958, war es zu einem seltsamen Wettstreit gekommen, der an die ehrwürdigen Dispute zwischen Franziskanern und Dominikanern erinnert. Es ging um die Frage, welches Institut über den besseren Antifa-Experten verfügte, um ihn auf eine Tagung nach Moskau zu schicken. Lene Berg, die Direktorin des Gewi-Institutes, schickte Wilhelm Wehling in die Arena,[61] der sich später als fleißiger Gutachter der staatlichen Geschichtszensur entpuppte. Zwischen 1958 und 1961 erschien in der DDR kaum ein Geschichtsbuch ohne die Befürwortung dieser grauen Eminenz.[62] Das IML verließ sich damals noch auf Heinz Schumann, der zwei Jahre später einer „falschen Konzeption" zur „führenden Rolle" des ZK zum Opfer fallen sollte.[63] Er mußte sich für das wissenschaftliche Duell „entsprechend vorbereiten und allseitige Unterstützung erhalten": „Die betreffenden Genossen tragen dann vor einem gemeinsamen Forum der beiden Institute ihre Auffassungen vor. Der Genosse, der den Stoff am besten beherrscht, aber auch am vorteilhaftesten vortragen kann, soll dann für die Teilnahme an der Moskauer Beratung festgelegt werden."[64]

Doch im Dezember 1958 saßen die Repräsentanten beider Parteiinstitute verhältnismäßig einträchtig im „Wissenschaftlichen Rat" des IML beisammen. Sie berieten über die neueste Konzeption zur Parteigeschichte, die als Vorlage zum Politbüro gehen sollte, vor allem über die Vorbereitung des neuerdings geforderten „Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", der in den Planspielen auch als „Kurzer Abriß" oder „Leitfaden" in der Art von Stalins „Kurzem Lehrgang" figurierte.[65] Das IML der KPdSU hatte seine Bruderinstitute auf einer internationalen Konferenz in die Pflicht genommen, ein solches Lehrbuch

61 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Protokoll über die Beratung Einicke mit Lene Berg, 25.2.1958.
62 Vgl. Siegfried Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur, S. 211.
63 BA DY 30, IV 2/9.07/32, IML Abt.Geschichte der Partei ..., Protokoll der Diskussionen in der Abteilungsversammlung, 24./25.1.1961 vom 1.2.1961.
64 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Protokoll über die Beratung Einicke mit Lene Berg, 25.2.1958.
65 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Rates des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED vom 4.12.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

zu fabrizieren, nicht zuletzt, um eine einheitliche, an der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" orientierte Periodisierung mit 1917 als Epochenschwelle festzuschreiben.[66]

Der erste Teil des im IML geplanten „Grundrisses" würde „die Vorgeschichte und Geschichte der deutschen Sozialdemokratie unter besonderer Hervorhebung des Kampfes der Linken gegen die wachsende opportunistische Entartung seit der Jahrhundertwende" zeigen, sonst sollte die SPD nur behandelt werden, soweit dies „zur Darstellung des Kampfes der KPD gegen den Opportunismus und für die Aktionseinheit notwendig" schien.[67] Die Polemik mit der „sozialdemokratischen Geschichtsschreibung" war ein zentrales Leitmotiv. Schon die Periodisierung, die mit dem Kommunistischen Manifest einsetzte und entschieden vermied, beim Eisenacher Parteitag einen Einschnitt zu machen, entsprach diesem Ziel und hatte eine aktuelle Pointe. 1963 würden die „Einpeitscher des Godesberger Kurses" das hundertjährige Jubiläum der SPD, nämlich des von Lassalle gegründeten ADAV feiern. „Thomas von Aquino haben sie drin", stöhnte Walter Ulbricht über eine Broschüre Willi Eichlers, „100 Jahre Sozialdemokratie".[68] Pikanterweise pickte man beflissen jene Körner auf, die darauf hinwiesen, daß schon die SPD des Kaiserreiches ganz ähnliche Zensurpraktiken wie die SED beherrscht hatte. Der „Grundriß" würde die Verheimlichung der Marx-Engelsschen Kritik am Gothaer Programm und das „Verschweigen der Hauptlehren der Pariser Kommune" betonen.[69] Daß die Revisionisten den deutschen Arbeitern die Lehren Lenins vorenthalten und verfälscht hätten,[70] wurde ebenfalls ein wichtiger Eckstein einer Argumentation, die den Führungsanspruch der marxistisch-leninistischen Avantgarde aus dem zurückgebliebenen „Reifegrad" der Arbeiterklasse ableitete.

Nein, man würde es nicht zulassen, daß August Bebel in den „opportunistischen Hühnerkäfig gesperrt" würde.[71]

Tippex war unbekannt, Papier kostbar. Die endgültige Fassung des IML-Entwurfes entstand durch Streichungen, Überschreibungen und handschriftliche Ergänzungen, eine ältere Version blieb lesbar, die zeigt, daß der zwiespältige Charakter der GdA von vornherein deutlich war. Der ursprüngliche Titel sprach von einem „Leitfaden der Geschichte der Partei der deutschen Arbeiterklasse". Dieser sachgemäße Vorschlag war korrigiert worden, die „Partei" gestrichen und „Arbeiterklasse" durch „Arbeiterbewegung" ersetzt worden: damit war der Titel des Ganzen geboren. Der Grundriß sollte sich allerdings „in der Hauptsache auf die Geschichte der Partei" beschränken und „die Geschichte der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, Frauen- und Jugendbewegung usw.) nur in großen Zügen behandeln, soweit sie zum Verständnis der Parteigeschichte erforderlich" schienen.[72] Die Frage, ob der

66 Vgl. die Resolution der IV. Konferenz der Institute für Marxismus-Leninismus sowie der Institute und Kommissionen für Parteigeschichte bei den Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien, 14.10.1958, S. 30, in: BzG, 1, 1959, S. 28–32.

67 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Entwurf. Maßnahmen zur Vorbereitung eines Lehrbuches zur Geschichte der Partei der deutschen Arbeiterbewegung.

68 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 84f. (Hermann Matern).

69 Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963, S. 62 und 66f.

70 Ebd., S. 80.

71 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 46 (Dieter Fricke).

72 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Entwurf. Maßnahmen zur Vorbereitung eines Lehrbuches zur Geschichte der Partei der deutschen Arbeiterbewegung.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

neue Titel richtig gewählt sei, bestimmte neben dem Periodisierungsproblem die erste Phase der Diskussion. Schreiner, der den zukunftsweisenden Titel „Geschichte der SED" ventilierte, griff zu einem scheinbar durchschlagenden Argument. Auch die „große Bruderpartei und Lehrmeisterin" betone mit dem Titel „Geschichte der KPdSU" ihre „weltumwälzende Bedeutung: „Wir haben keine von unserer Bruderpartei unterschiedliche Meinung über die Rolle der Partei."[73] Schreiner forderte exakte Vorgaben, es ginge um die Geschichte der Partei, ein irreführender Titel würde unweigerlich die Proportionen des Textes zuungunsten der Avantgarde verschieben.[74] Tatsächlich öffnete der denkbar breit gefaßte Titel „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" Archivfüchsen, Veteranen, Kulturhistorikern und allen möglichen Spezialisten ein bequemes Einfallstor, dem der Achtbänder viel von seinem empirischen Reichtum verdanken sollte. Schon auf der ersten Sitzung der Thesenkommission ritt jeder sein Steckenpferd. Ernst Hoffmann vermißte am Entwurf zum „Grundriß" die Massenorganisationen, Lindau den „Zentrismus", Engelberg die Jugend- und Frauenbewegung, Buchheim die Rolle der linken Sozialdemokraten im Widerstand, Hager Karl Kautsky und die „philosophischen Wurzeln des Revisionismus", Schreiner die Gewerkschaften und Genossenschaften.[75] Im IML herrschte im Hinblick auf den Titel, weil man „eine Geschichte der Arbeiterbewegung ganz Deutschlands" schreibe, Einverständnis „darüber, daß die Entwicklung Westdeutschlands und der Kampf der KPD stärker und zusammenhängend herausgearbeitet werden" müßten.[76] Der Titel wurde beim Wort genommen und verselbständigte sich, die ursprüngliche Intention zielte hingegen eindeutig auf eine Parteigeschichte. Ulbricht machte sich die Sache jedenfalls zu leicht, als er mit frisch-fröhlichem Zynismus den taktischen Aspekt in den Vordergrund rückte. Die Thesen würden „im wesentlichen die Geschichte der SED darstellen und ihre führende Rolle begründen", entschied er die Diskussion. „In Rücksicht auf die Einigung der gesamtdeutschen Arbeiterklasse und die Einheitsfrontpolitik nennen wir sie aber Thesen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung."[77]

Nachdem die Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution ein ganzes Jahr in Anspruch genommen hatte, wurde 1959 auf das Tempo gedrückt.[78] Das IML machte sich eher lustlos an den „Grundriß", dem kein wissenschaftlicher Neuigkeitswert beigemessen wurde. „Um die Arbeit zu beschleunigen" würde man sich „im wesentlichen auf die vorliegenden Forschungsergebnisse stützen".[79] Was aber, wenn keine Forschungsergebnisse vorlagen? Es stellte sich heraus, daß für die Zeit nach 1914 noch nicht einmal die Periodisierung geklärt war.

Höchstens 500 Seiten sollte der Grundriß dick werden, durch die Jahre 1917 (bzw., hierin schieden sich die Geister, 1914, 1918 oder 1919) und 1945 unterteilt in drei Hauptabschnitte

73 BA NY 4198/110, A. Schreiner, Bemerkungen zum 1. Entwurf: Zur Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 24.5.1960.

74 BA DY 30, IV 2/9.07/32, Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Rates des IML am 22.2.1960; BA DY 30, IV 2/9.07/118, Aktennotiz zur Sitzung der Thesenkommission am 25.5.1960.

75 Ebd.

76 Ebd., Aktennotiz über die Beratung der 3er Kommission am 14.4.1960.

77 Ebd., Aktennotiz zur Sitzung der Thesenkommission am 25.5.1960.

78 BA DY 30, IV 2/9.07/36, IML-Hausmitteilung (Klaws), 19.1.1959.

79 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Rates des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED vom 4.12.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

zu 150/175/175 Seiten.[80] Um die Einhaltung bzw. Ausdehnung solcher Proportionen wurde zwischen den Leitern der Arbeitsgruppen und Institute erbittert gerungen. Merkwürdigerweise schmolz der „Grundriß" im Verlauf solcher Diskussionen von 500 auf 300 Seiten zusammen, während die GdA von ursprünglich zwei geplanten Bänden, zunächst auf drei, schließlich auf acht Bände expandierte.

Im Dezember 1958 machten sich 12 Arbeitsgruppen mit „insgesamt 71 Genossen" an die Arbeit und verfaßten erste Dispositionsentwürfe. 13 von ihnen stellte das IML, gerade genug um in allen Gruppen präsent zu sein, ebenfalls 13 das Gewi-Institut, jeweils 8 die Parteihochschule und die Akademie der Wissenschaften. Die übrigen kamen von den Geschichtsinstituten der Universitäten, vom Museum für Deutsche Geschichte, aus dem ZK und aus Zeitschriftenredaktionen. Es erwies sich als außerordentlich schwierig, diese Mitarbeiter wenigstens zeitweise von ihrer Arbeit freistellen zu lassen.[81] Beispielsweise machte sich auch Hanna Wolf auffällig rar, und erklärte, nur zwei ihrer acht Delegierten von den Lehraufgaben der Parteihochschule entbinden zu können.[82] Die Qualifikation in den Arbeitsgruppen galt als höchst unterschiedlich, und „hemmend" wirkte sich das Fehlen der Periodisierung aus. Die neun Genossen der AG 1917–1923 besaßen zwar gute Kenntnisse über einzelne Jahre, „aber nicht über den gesamten Abschnitt. Aus diesem Grunde wurde die AG in 2 Arbeitskreise aufgeteilt."[83] Der einzige, der einen genügenden Überblick besaß, und sich deshalb als Leiter der Arbeitsgruppe 1917–1919 anbot, war Heinz Habedank von der Akademie der Wissenschaften.[84] Damit bedrohte ausgerechnet ein Schüler Albert Schreiners, des vehementesten Verfechters des „sozialistischen Charakters", das schwer errungene Interpretationsmonopol der Parteihochschule in Sachen Novemberrevolution.

Das ließ sich Hanna Wolf nicht gefallen, und Habedank wurde nach allen Regeln der Kunst demontiert. Die Parteihochschule tischte eine fragwürdige sowjetische Rezension auf, die Habedanks Buch über den „Hamburger Aufstand" – eine Untersuchung, die zuvor die Abteilung Wissenschaft des ZK, das IML sowie die Genossen Professoren Lindau, Paterna und Obermann empfohlen hatten –, als eine Beleidigung Thälmanns angriff, die die maßgeblichen einschlägigen Arbeiten Ulbrichts ignoriert hätte. Hanna Wolf lancierte einen Verriß nach dem anderen in die Presse. Als Fritz Schälike Habedanks Buch für eine harmlose Angelegenheit erklärte, geriet er mit in den Strudel. Der Dietz-Verlag wurde zur Selbstkritik gezwungen und mußte den Titel einstampfen.[85] Unter diesen Umständen war Heinz Habedank natürlich nicht mehr zur weiteren Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zu bewegen,

80 Ebd., Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Rates des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED vom 4.12.1958.

81 Ebd., (Uebel), Kurzer Abriß, Stand der Arbeiten, 15.6.1959.

82 Ebd., IML (Uebel an Knittel), Aktennotiz vom 24.6.1959.

83 Ebd., IML (Uebel), Bericht über den Stand der Arbeitsgruppen „Kurzer Abriß ...", 26.1.1959.

84 Ebd., IML (Uebel), Maßnahmeplan für die Arbeit am „Kurzen Abriß ...", 9.2.1959.

85 BA NY 4182, 1363, Information über die Veröffentlichung des Buches „Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923" von Heinz Habedank, 17.6.1959; ebd., Information über den Genossen Habedank, 22.6.1959; ebd. Dietz (Schälike) an Parteihochschule, 29.9.1959. BA DY 30, IV 2/9.02/26, Dietz (Schälike) an Abt. Agitation und Propaganda, 1.11.1960.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

zumal das IML ihm den Zugang zu Archivalien versperrte.[86] Um parteigeschichtliche Themen schlug er fortan einen großen Bogen.[87]

Als erweiterungsbedürftig erwies sich vor allem die AG 1949–1958. Sie sollte „entsprechend der Aufgabenstellung" noch „wesentlich verstärkt und evtl. unterteilt werden (1949–1952 und 1952–1958)".[88] „Unsere Geschichtsforscher befassen sich zu sehr mit Fragen der Vergangenheit", hatte Ulbricht geklagt.[89] Besonderen Kummer bereitete den Parteihistorikern, daß Ulbricht gerade auf jenen Teil besonderen Wert zu legen begann, über den (von Stefan Doernberg einmal abgesehen) vor 1959 aus gutem Grund kaum einer zu forschen oder zu publizieren gewagt hatte, auf die Geschichte der SED und DDR: „Eines der wesentlichen ideologischen Hemmnisse hierfür war die weitverbreitete schädliche Auffassung, daß die Geschichte der neuesten Zeit nicht wissenschaftlich betrieben werden könne. Diese Hemmnisse wurden erst in harten Auseinandersetzungen, vor allem in den Jahren 1956–1958, beseitigt."[90] Um dem Mißstand abzuhelfen, griff das IML schließlich zu handstreichartigen Rekrutierungsmethoden. Als Günter Benser („Ich weiß nicht welcher Teufel mich ritt, als ich mich so rasch ... auf ein derartiges Ansinnen einließ ...") am 11. Mai 1959 sein Frühstück einnahm, war der junge Nachwuchshistoriker noch „Leiter des Sektors Geschichte der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1917 und wähnte, dies noch geraume Zeit zu bleiben." Als er zum Mittagessen ging, war er Leiter des Sektors Gegenwart, um eine Dokumentation zur Nachkriegszeit für den 10. Jahrestag der DDR zu betreuen. Ihn hatte der Ehrgeiz gepackt. Er glaubte, „es müsse doch möglich sein, selbst in der neuesten Geschichte ein überwiegend agitatorisch-propagandistisches Herangehen zu überwinden und Schritt für Schritt in der Historiographie übliche Methoden in Anwendung zu bringen." Doch was hatte angesichts der Zensur schon „die Chance ... in die Öffentlichkeit der DDR zu dringen"?[91] Hier handelte es sich nicht um „Fragen der Geschichte", sondern um „aktuelle Politik", und das Politbüro legte „natürlich mehr Wert ... auf gründliche Prüfung, als auf Fragen, die weit in der Geschichte zurückliegen. So ungefähr", hatte Ulbricht in der Thesenkommission bestimmt.[92] Wie viele erinnerten sich noch daran, doch Ausschreitungen der Roten Armee, sowjetische Reparationen oder gar Demontagen hatte es genauso wenig gegeben wie Stalin, die „Zwangsvereinigung" und innerparteiliche „Säuberungen". Um Probleme wie den 17. Juni, die Tauwetterkrise und die grassierende Republikflucht machte man besser einen Bogen. Manches war tabu, anderes geheim oder zumindest bedenklich. So bestand das Terrain aus lauter Fettnäpfchen, zwischen denen ein trockener Pfad nicht mehr auszumachen war. Rhetorische Äquilibristik war hier gefragt, doch das Seil der „Nagruko",

86 Telefonische Auskunft von Heinz Habedank, 2. April 2001.

87 Joachim Petzold, Parteinahme wofür?, S. 274.

88 BA DY 30, IV 2/9.07/117, IML (Uebel) Bericht über den Stand der Arbeitsgruppen „Kurzer Abriß ...", 26.1.1959.

89 Martin Sabrow, Planprojekt Meistererzählung, S. 227, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 227–284.

90 BA DY 30, IV a /9.04/139, Erstes Material einer Einschätzung der Entwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR seit 1955.

91 Günter Benser, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000, S. 232.

92 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Diskussionsbeitrag des Genossen Lindau auf der Parteiversammlung des IML, am 16.1.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

der von Ulbricht geforderte „rote Faden", war gerade erst geflochten und noch lange nicht aufgespannt.

In Robert Leibbrands Anfang Oktober 1958 für das IML fertiggestelltem Entwurf zur Arbeit am „Grundriß" war von einer „nationalen Grundkonzeption" weit und breit nichts zu finden. Er war vom „Geist des proletarischen Internationalismus" durchweht und wollte die Rolle der allgemeinen deutschen Geschichte „auf ein Mindestmaß beschränken". Im Mittelpunkt stand eine marxistisch-leninistische Partei, die, dieses Thema war gerade hochaktuell, im Kampf gegen „Revisionismus und Opportunismus" die Mehrheit der Arbeiterklasse eroberte. Diese Partei betrieb ihre Bündnispolitik noch nicht als „nationale Mission", sondern zwecks Verwirklichung der Hegemonie.[93] Solche Selbstverständlichkeiten galten wenig später als „sektiererische" und „enge" Position.

Mitte 1959 klingelte im IML das Telefon und Hanna Wolf beschwerte sich, „daß der Arbeit am ‚Kurzen Abriß' keine Konzeption zu Grunde läge", daß das IML „nicht die Hinweise des Genossen Walter Ulbricht vom Dezember beachten" würde und „die Arbeitsgruppen isoliert voneinander" arbeiteten.[94]

Sie berief sich dabei auf eine Kritik Lothar Bertholds. Dieser hatte 1958 in der Kommission beim Politbüro mitgearbeitet, die die Thesen zur Novemberrevolution formuliert hatte und eigentlich, wie Berthold fand, auch weiterhin für die Parteigeschichtsschreibung verantwortlich sei.[95] Statt dessen saß er jetzt in einer subalternen Arbeitsgruppe und mußte sich über den Zeitraum 1929 bis 1933 Gedanken machen. Er empfand die Aktivitäten des IML als planlose Wurstelei: „Jetzt werden wieder Thesen ausgearbeitet (obwohl nicht von der Kommission, die das Zentralkomitee auf dem 2. Plenum damit beauftragte). Die kritischen Hinweise des Genossen Walter Ulbricht fanden jedoch keine Berücksichtigung. Es existiert keine politisch-ideologische Grundkonzeption. Jede kleine Arbeitsgruppe arbeitet die Thesen für einen kurzen Abschnitt der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ... unabhängig voneinander aus. Es gibt bisher keine Vorstellung darüber, welche Hauptprobleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ... in welchen einzelnen Perioden grundsätzlich behandelt werden sollen. Es gibt keine Grundlage dafür, nach welchen Prinzipien die einzelnen Abschnitte des Lehrbuches aufgebaut werden sollen. Infolgedessen gibt es auch keinen Leitfaden, der die einzelnen Abschnitte einer bestimmten Periode, z.B. der Weimarer Republik oder der faschistischen Diktatur, zu einem einheitlichen Ganzen verbindet."[96]

Das IML verfolgte eine mehr induktive Methode, die sich auf die Diskussion in den einzelnen Arbeitsgruppen verließ, um ganz zuletzt, auf der Grundlage der zu „Thesen" verdichteten Dispositionen, ein Gesamtkonzept zu schmieden: „Wir sind der Meinung, daß erst

93 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Entwurf. Maßnahmen zur Vorbereitung eines Lehrbuches zur Geschichte der Partei der deutschen Arbeiterbewegung.

94 Ebd., IML (Uebel an Knittel), Aktennotiz vom 24.6.1959.

95 Mitglieder der Thesenkommission waren Walter Bartel, Ludwig Einicke, Albert Schreiner, Robert Leibbrand, Fritz Globig, Arthur Hennig, Rudolf Lindau, Hans Vieillard, Ernst Hoffmann, Helmut Kolbe, Oskar Neumann, Walter Nimtz und Lothar Berthold (BA DY 30, IV 2/1/210, Kommission für die Ausarbeitung der Thesen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution).

96 BA DY 30/IV 2/9.07/117, Lothar Berthold, Bemerkungen zur Mitarbeit der Genossen des Lehrstuhls Geschichte am „Kurzen Abriß ...", 1.7.1959 (Abschrift).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

die Dispositionen eine Diskussionsgrundlage geben, um sich über die Schwerpunkte und die Problematik im Rahmen der Arbeitsgruppe zu verständigen."[97]

In nervöser Reaktion auf die Kritik Lothar Bertholds und Hanna Wolfs (ein halbes Dutzend entschuldigender Entwürfe wurde verfaßt) versicherte das IML, sich schon längst an der „Nagruko" orientiert zu haben. Den einzelnen Arbeitsgruppen sei „die Aufgabe gestellt, in jedem Kapitel des ‚Kurzen Abrisses' von der Frage des nationalen Grundproblems der deutschen Nation auszugehen."[98]

Tatsächlich änderte sich jetzt schlagartig die Begutachtungspraxis des IML. Anfang Juni 1959 hielt der Sektor 1836–1917 ein Manuskript seiner Mitarbeiterin Erika Stier über „Die deutsche Sozialdemokratie zur Intervention der deutschen Imperialisten in China" für druckreif, dem wenige Tage später von der Abteilungsleitung eine „grundlegende Neubearbeitung" verordnet wurde: „Der Hauptmangel der Arbeit ist das Fehlen der nationalen Grundkonzeption, die unseren geschichtswissenschaftlichen Arbeiten zugrunde liegen muß."[99]

Damit galt die „nationale Grundkonzeption" als unanfechtbarer, letzter Zensurmaßstab. Um so mehr stand jetzt für die Historiker auf dem Spiel, weil es galt, deren Inhalt näher zu bestimmen.

1.4. Ulbrichts Thesenkommission und die Bestimmung der fünf „Hauptperioden"

Ulbricht war ein vielbeschäftigter Mann. Doch 1960 nahm jene von ihm geleitete Thesenkommission, die 1958 über den Charakter der Novemberrevolution entschieden hatte, die Arbeit wieder auf. Damit war dem IML die konzeptionelle Initiative aus der Hand genommen. Daß auch die prominenten Vertreter der Gegenrichtung, Rudolf Lindau und Albert Schreiner, in dieses Gremium aufgenommen waren, empfanden die jungen Leute der Parteihochschule als Hemmschuh. Lindau wiederum war vor allem die neue Interpretation der Novemberrevolution ein Dorn im Auge. Er empörte sich, als seine Vorschläge von den federführenden Redakteuren ignoriert wurden: „Ich habe meine Auffassungen in zweimal 20 Maschinenseiten geteilt, niedergelegt. Sie sind mit keiner Silbe bestritten, noch bestätigt, noch sonstwie von diesen Genossen diskutiert worden. Und das hat mich natürlich in die Wolle gebracht ... diese Tatsache des hartnäckigen Schweigens, nicht ein Wort der Verteidigung, kann ich nur auffassen als die Verabredung, laß die quatschen, wir antworten ihnen überhaupt nicht ... Die Periodisierung, das kann ich hier nur ganz allgemein sagen, ist ein grundlegender Ausgangspunkt für geschichtliche Darstellungen und deswegen sind die Diskussionen darüber so hart."[100]

Nicht nur Lindau sorgte dafür, daß in der Thesenkommission weniger geschwiegen als gestritten wurde. Die Diskussion der Periodisierung nahm einen abenteuerlichen Verlauf.

97 Ebd., IML (Uebel an Knittel), Aktennotiz vom 24.6.1959.

98 Ebd., IML (Knittel) an die Parteihochschule (Hanna Wolf), 26.6.1959.

99 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Bemerkungen zu der Arbeit „Die deutsche Sozialdemokratie ..., 9.6.1959, o. Verf. („Schk.").

100 BA DY 30, IV 2/9.07/155, IML (Graf), Mitteilung über die Behandlung des Briefes des Genossen Lindau in der Institutsparteileitung, 19.1.1962, Diskussionsbeitrag des Genossen Lindau, S. 4 und 6.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Auch hier wurde die Lösung schließlich von Ulbricht diktiert, wofür ihm angesichts der allgemeinen Verwirrung die Beteiligten noch dankbar sein mußten.

Als die Arbeit am „Grundriß" Ende 1958 beginnen sollte und zwölf Arbeitsgruppen sich an die „Dispositionen für die einzelnen Zeitabschnitte" machten, lag die Periodisierung, also die wissenschaftliche Fixierung jener Zeitabschnitte, erst zur Hälfte vor. Sie reichte bis 1914. Alle Versuche, darüber hinaus zu gelangen, waren an der Frage gescheitert, ob die Große Sozialistische Oktoberrevolution 1917, die Novemberrevolution 1918 oder die KPD-Gründung 1919 als wichtigster Epocheneinschnitt zu akzentuieren sei. Während das IML sich auf die übliche Weise etappenweise durchschlagen wollte, forderten die Vertreter des Gewi-Instituts, daß zunächst einmal die Periodisierung geklärt werden müsse, eine Aufgabe, für die sie auch gleich verantwortlich gemacht wurden.[101] Der Mitte Mai 1960 vorgelegte Periodisierungsentwurf flog kühn über alle Schwierigkeiten hinweg. Aufgrund einer tiefschürfenden Analyse, die unter Betonung der Machtfrage das sowjetische Vorbild schöpferisch auf die SED anwandte – was für die große Bruderpartei 1917 war, war für die SED 1945 – gab es jetzt nur noch zwei Epochen: die Zeit unter Ulbricht und jene davor.

Der Entwurf unterschied

„A) Die Epoche des organisatorischen Zusammenschlusses der Arbeiter und der Herausbildung der Partei der Arbeiterklasse, der Schaffung der Partei neuen Typus und des Kampfes um die Eroberung der Macht (bis zum Sturz des Imperialismus und Militarismus 1945);

B) die Epoche der Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Revolution, der volksdemokratischen Revolution und sozialistischen Umgestaltung der DDR."[102]

Für die „Sieger der Geschichte" um Ulbricht war das ein verführerisches Konzept. Doch die Kritiker zerfetzten es in der Thesenkommission.

Albert Schreiner staunte, daß weder die Pariser Kommune, noch die russische Revolution von 1905 in dem Entwurf vorkam.[103] Lindau wollte wie üblich das Ende der Novemberrevolution vom Januar in den Mai verschieben. Ernst Hoffmann vermißte die Hervorhebung der Vereinigung mit der USPD-Linken 1920, des Thälmannschen ZK 1925, der Brüsseler Konferenz 1935 und der vom Epochenwechsel überschatteten Gründung der SED 1946. Horst Bartel wollte 1952, Ernst Hoffmann 1941 und 1955 markiert wissen.[104] Weil die Zeit nach 1945 „ihrer Bedeutung innerhalb des gesamten Lehrbuches entsprechend breit behandelt werden" müßte, hatte die zuständige Arbeitsgruppe allein für die Nachkriegszeit vier Periodeneinschnitte, außer 1945 auch 1946, 1948 und 1949 vorgeschlagen, so daß die „Hauptetappen" (!) kaum noch „sichtbar" schienen, und sogar „der Eindruck einer selbständigen Übergangsphase zwischen antifaschistisch-demokratischer und sozialistischer Etappe"

101 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Rates des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED vom 4.12.1958.

102 BA DY 30, IV 2/9.07/110, 1. Entwurf, Die Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 14.5.1960.

103 BA NY 4198/110, A. Schreiner, Bemerkungen zum 1. Entwurf: Zur Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 24.5.1960.

104 BA DY 30, IV 2/9.07/118, Aktennotiz zur Sitzung der Thesenkommission am 25.5.1960.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

erweckt zu werden drohte. Deshalb plädierte Ernst Diehl dafür, nicht einmal die SED-Gründung 1946 als Einschnitt zuzulassen, und „1945–49 in einem Kapitel zu behandeln."[105]

Bedurfte die Geschichte der westdeutschen KPD keiner eigenen Periodisierung? Jetzt fand auch Engelberg, und damit gerieten die wenigen gesichert geglaubten Fundamente ins Wanken, „im Verhältnis zu den kurzen Etappen nach 1914" seine „Etappe 1871–1900 zu lang. Man sollte unterteilen in 1871/1878/79, 1879/1890, 1890/1900", während Hager für „1890–1905 und 1905–1914" optierte. Bernhard Koenen wollte „die nationale Rolle der Arbeiterbewegung" hervorgehoben wissen, Walter Buchheim den „proletarischen Internationalismus". Es muß für die „Genossen Historiker" ein erhebendes Gefühl gewesen sein, daß Ulbricht, auch wenn sie schwer auf einen Nenner zu bringen waren, die meisten ihrer Vorschläge akzeptierte. In der Verwirrung wurden fast die beiden Hauptdefekte übersehen, die den Periodisierungsentwurf ohnehin unmöglich machten: der seit Lenin als Epoche gehandelte „Imperialismus" war zu einer Periode, die Große Sozialistische Oktoberrevolution zu einer im 1. Weltkrieg versteckten viertrangigen Unteretappe degradiert worden.[106]

Vor allen Rudolf Lindau pochte darauf, die „imperialistische Epoche" beizubehalten. Denn den „Revisionismus" könne man nur als „Frucht der Zuspitzung der Klassengegensätze in der imperialistischen Epoche", der „Epoche der Revolutionen und Kriege" und „objektiven Reife für den Sozialismus" erklären, weil er „die Furcht der nichtproletarischen Elemente in der Arbeiterbewegung vor der Revolution" ausdrücke.[107]

Die Redaktionskommission wollte in die Ferien und die offengebliebenen Fragen, die keineswegs nur die Periodisierung, sondern so weit auseinanderliegende und komplizierte Probleme wie die Bewertung des Spätwerkes von Friedrich Engels, die Einschätzung Karl Liebknechts und der USPD sowie die falsche strategische Orientierung der KPD vor 1935 betrafen, nach dem Stockholmer Historikerkongreß im September klären.[108]

Doch jetzt setzte Ulbricht harte Termine. Innerhalb eines Monats, bis zum 25. Juni 1960, mußte ein von Ernst Engelberg geleitetes Team die Vorlage umarbeiten, um sie bis zum 6. Juli noch einmal zu beraten und zum 14. Juli druckfertig zu machen.[109] Nach tschechischem Vorbild[110] sollte der Entwurf als ZfG-Sonderdruck verbreitet und in der Parteiöffentlichkeit diskutiert werden. „Frist etwas kurz", notierte Schreiner[111], und versank über die Frage aller Fragen in tiefes Grübeln. Seine Aufzeichnungen bieten dem Periodisierungsforscher tiefe Einblicke: „1917–1918 ?–1916–1919?" Was mag sich Schreiner dabei gedacht haben?

105 Ebd., Aktennotiz über die Beratung der 3er Kommission am 14.4.1960.

106 Ebd., Aktennotiz zur Sitzung der Thesenkommission am 25.5.1960.

107 BA NY 4182/1363, Rudolf Lindau, Bemerkungen zur Vorlage der Redaktionskommission ..., 30.8.1960.

108 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Redaktionskommission für die Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, (2510/60 II/10 28.5.).

109 Ebd., Plan für die Diskussion über den Periodisierungsentwurf zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 22.6.1960. Neben Engelberg gehörten Nimtz, Berthold, Schreiner, Knittel, Lindau, Globig, Schleifstein und Diehl der Kommission an (BA DY 30, IV 2/9.07/118, Aktennotiz zur Sitzung der Thesenkommission am 25.5.1960).

110 Ebd., IML-Aktennotiz (Knittel, Gemkow, Uebel) über die Aussprache mit Genossen Paul Reimann über die Arbeit am Lehrbuch „Geschichte der KPČ" am 17.5.1960.

111 BA NY 4198/110, Notizen Schreiner 25.5.1960, S. 14.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Hinter die Ziffer 1905 (einmal unterstrichen) setzte er ein entschiedenes „Ja", hinter den Vorschlag 1941 (viermal unterstrichen) ein zweifelndes Fragezeichen.[112]

Über die Sitzung der Redaktionskommission am 30. Mai existiert die folgende denkwürdige Niederschrift Schreiners:

„Hoffmann: 1830–1848/49 ?–1871–1900? – 1898–1917–1945. Nach 1898?
1905–1914–1917
ab 1917 ...
Meine Frage 1917–Nov. 1918 (Okt. Jan.) 1918–1919 Mai. Nach 1941?
Globig: Jugend und Frauen in Verbindung mit Imp. (s. Lenin) wäre wichtig.
Diehl: Frage 1918–1919?
Nimtz: 1. Epoche: 1830–1898 (vormonop. Kapi)
Epoche: 1898–1917 (imp. Kap.)
„1917–
1917–1918 nicht eigene Periode ..."[113]

Sonst hatte man unter „Epoche" eine sozialökonomische Formation wie „Kapitalismus", „Sozialismus" oder eben auch „Imperialismus" verstanden.

Am Freitag, dem 3. Juni 1960 schlug die Geburtsstunde der Epoche 1917–1945, der „Epoche des Nebeneinanderbestehens des Sozialismus und Kapitalismus, mit Tendenz der territorialen Schrumpfung des imp. Sektors der Welt ..."[114]

Der im Juli 1960 pünktlich fertiggestellte Periodisierungentwurf umfaßte 85 Seiten und unterschied nicht mehr zwei, sondern vier Epochen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.[115] Später fügte Ulbricht, inspiriert durch eine unveröffentlichte Chruschtschow-Rede,[116] noch eine fünfte Epoche hinzu, um die Bedeutung der Pariser Kommune zu unterstreichen.[117]

Lindau kritisierte am neuen Entwurf, daß „streckenweise die zu diskutierenden Fragen und Probleme nicht einmal angedeutet" seien. So gebe es „für die ganze Zeit der Weimarer Republik" zur „Darstellung der inneren Entwicklung der KPD", wie sich „die aus dem alten Leib der Sozialdemokratie geborene" Partei qualvoll vom „negativen Erbe" losgerungen habe, noch nicht einmal eine Skizze: „Wir haben nichts zu verschweigen! ... Die pedantische Aufzählung aller Fehler ist keine Parteigeschichte. So etwas brauchen wir nicht. Aber typische ideologische Reste, die wir wegräumen mußten, um den Weg vorwärts freizumachen, die zeigen das Maß der Bewegung und Entwicklung der Partei ... Auch die große Leistung der Partei in der ideologischen Verdauung der zu ihr strömenden Massen sollte angemerkt werden."

Lindau riet dazu, lieber Details fortzulassen und sich auf „typische Tatsachen" zu beschränken, diese dafür jedoch besser zu erklären. Bei einem Lehrbuch müsse der Lehrer erkennen können, warum die Ereignisse aufgetreten seien. Warum beispielsweise hatte sich

112 Ebd., S. 8.
113 Ebd., S. 2.
114 Ebd., 3./4.6.1960, S. 16.
115 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Aktennotiz des Sektors Gesellschaftswissenschaften der Abt. Wissenschaft (Wagner), 13.7.1960.
116 BA NY 4182/1341, Ulbricht an Vieillard, 18.11.1960.
117 Ebd., Notizen über die Besprechung mit dem Genossen W.U. am 16.6.1961 ...

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

die deutsche Sozialdemokratie vor 1914 nie mit der Bündnisfrage befaßt? Weil es sich um eine ausgesprochen revolutionäre Fragestellung handele und „zur richtigen Stellung dieser Frage die Orientierung auf die Revolution" gehöre.[118]

Ulbricht empfand den Entwurf als zu glatt und machte 54 Korrekturvorschläge. U. a. empfahl er, den Hitler-Stalin-Pakt zu erwähnen und den XX. Parteitag ausführlicher zu behandeln. Trotzdem billigte er die Periodisierung als „gute Grundlage für die öffentliche Diskussion"[119], die bereits den Charakter von Thesen angenommen habe. Allerdings müsse der ganze letzte Teil überarbeitet, „die zwei Linien in Deutschland scharf herausgearbeitet" werden.[120] Hier mußte „das Hauptproblem, das Verhältnis des Kampfes gegen den Imperialismus in Westdeutschland, um den Sieg des Sozialismus in der DDR und die Lösung der nationalen Frage in Deutschland grundsätzlich beantwortet werden."[121] Die Zeit dränge, weil die Thesen Voraussetzung für andere, „von der Partei auf lange Sicht geplante" Aufgaben seien. „Er nannte das Parteiprogramm und sagte, daß diese Frage nur über die Klärung der grundsätzlichen Frage der Parteigeschichte zu lösen sei. Die sowjetischen Genossen haben auch diesen einzig möglichen Weg beschritten." [122]

Wer den „Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" oder auch den Achtbänder aufschlägt, wird vergebens die Gliederung nach der Epocheneinteilung durchsuchen. Um die berühmten „unnötigen Diskussionen" und die „Gefahr des Schematismus" durch ein „Kästchensystem" zu vermeiden, wurden alle „Epochen" schließlich durch sogenannte „Hauptperioden" ersetzt.[123] Das war notwendig, weil die Epochen der SED-Geschichtsschreibung nur noch wenig mit marxistischer Terminologie zu tun hatten. Aber für Ulbricht blieb die Epochen-Einteilung ein strukturierendes Prinzip, das er in allen Diskussionen über die Parteigeschichte im Hinterkopf behielt. Die letzte Klarheit über die anzuwendende Konzeption gab ihm die „Moskauer Erklärung" der „81 kommunistischen und Arbeiterparteien" im November 1960, die die „dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus" und die friedliche Koexistenz verkündete, die „den sozialistischen Staaten die Aufgabe" stellte, „das wirtschaftliche Übergewicht über die imperialistischen Staaten zu erlangen." Indem sie die DDR als „wahren Künder der friedliebenden Bestrebungen des deutschen Volkes" lobte, und den „westdeutschen Imperialismus" als „Hauptgegner der friedlichen Koexistenz" handelte, verschaffte die „Moskauer Erklärung" Ulbrichts „nationaler Grundkonzeption" internationales Ansehen.[124]

Ulbricht zögerte nicht, die gesamte bisherige Periodisierungsdiskussion auf den Kopf zu stellen. Das neue Konzept prägte bereits die Thesen des Politbüros zum 15. Jahrestag der SED, die von einer „Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab" sprachen und das Hohe Lied der „Nagruko" sangen.[125] Ulbricht instruierte seine Redakteure:

118 BA NY 4182/1363, Rudolf Lindau, Bemerkungen zur Vorlage der Redaktionskommission ..., 30.8.1960.
119 BA DY 30, IV 2/9.07/118, Ulbricht an die Redaktionskommission zur Periodisierung ..., 25.8.1960.
120 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Bericht über die Sitzung der Thesenkommission des ZK am 3.11.1960.
121 Ebd., Notizen über die Besprechung mit dem Genossen W. U. am 16.6.1961 ...
122 Ebd., Bericht über die Sitzung der Thesenkommission des ZK am 3.11.1960.
123 BA DY 30, IV 2/9.07/118, Aktennotiz zur Sitzung der Thesenkommission am 25.5.1960.
124 Vgl. GdA, Bd. 8, S. 245–248.
125 Einheit, 2/1961, S. 332–352.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Die Einteilung in den verschiedenen Epochen entspricht nicht der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. Zum Ausgangspunkt wurde bisher die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung genommen. Die internationale Arbeiterbewegung wurde nur teilweise berücksichtigt. Der Ausgangspunkt muß aber die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung sein."

Der Einteilung in Epochen müsse die „politische Aufgabenstellung" und „geschichtliche Aufgabe" der Arbeiterklasse zugrunde gelegt werden, die mit der Entstehung des Kapitalismus gegeben sei. Nur bei einer solchen Einteilung könne „logisch herauskommen, daß die Arbeiterklasse siegen muß und wird." Die Epocheneinteilung müsse so erfolgen, „daß sich von der Idee von Marx ‚Proletarier aller Länder vereinigt Euch' bis zur Moskauer Erklärung von 1960 eine große Linie" ziehe. „Das allein entspricht der historischen Wahrheit." Deshalb sollten die Epochen nach den entscheidenden Wendepunkten der internationalen Arbeiterbewegung neu eingeteilt werden.[126]

Der Schaden hielt sich in Grenzen. Die wegen der Jahrhundertwende, der Oktoberrevolution 1917 und des Endes des Zweiten Weltkriegs 1945 vorgenommenen Einschnitte entsprachen durchaus den internationalen Standards. Es war auch nicht originell, daß jetzt die Rolle der Pariser Kommune und der russischen Revolution von 1905 mehr betont wurde. Daß Ulbricht gleich eine neue Epoche (die nur eine einzige Periode umfaßte), aus dem Hut zauberte, wirkt allerdings auf den ersten Blick etwas willkürlich und führte denn auch zu einer „längeren Auseinandersetzung ..., ob mit der Pariser Kommune eine neue Hauptperiode auch für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung begann. Die entsprechenden Bemerkungen Karl Marx und W. I. Lenins wurden nicht genügend berücksichtigt."[127]

Mit der neuen Hauptperiode akzentuierte Ulbricht das Zusammentreffen der Pariser Kommune mit der Reichsgründung, ein gutes Omen für die „nationale Grundkonzeption". Die fünfte Epoche entsprach aber auch den Gesetzen der kompositorischen Eleganz. Im Vergleich zu den 50 Jahren einer 1. Epoche von 1848 bis 1898 wären die drei Epochen des 20. Jahrhunderts sonst lächerlich kurz geraten.

Ein zweiter Salomon, liquidierte Ulbricht jetzt mit einem Federstrich alle Sorgen, die sieben Jahre lang die Periodisierer geplagt hatten. Ob ein Epocheneinschitt nun genau 1848 oder 1849, 1870 oder 1871, 1898 oder 1900, 1917 oder 1918 oder 1919, 1945 oder 1946 stattgefunden hatte, wurde durch eine einzige kleine redaktionelle Anweisung des Staatsratsvorsitzenden schlagartig bedeutungslos: „Die Begrenzung der Epochen sollte ohne Jahreszahl erfolgen."[128]

1.5. „Nagruko"-Jargon und ganzheitliche Begutachtungspraxis

Die Periodisierung war bei weitem nicht das schwierigste Problem, das die Parteihistoriker zu lösen hatten, sondern bot nur den Rahmen und Bewertungsmaßstab. Obwohl man sich,

126 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Notizen über die Besprechung mit dem Genossen W. U. am 16.6.1961... (Teilnehmer: Lothar Berthold, Dieter Fricke, Ernst Diehl, Hans Vieillard).

127 BA DY 30, IV 2/9.07/118, Lothar Berthold, Einige Bemerkungen zu Fragen der Entwicklung der Geschichtswissenschaft ..., 25.6.1962.

128 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Notizen über die Besprechung mit dem Genossen W. U. am 16.6.1961 ... (Teilnehmer: Lothar Berthold, Dieter Fricke, Ernst Diehl, Hans Vieillard).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gestützt auf die Zensur, bis zum XXII. Parteitag der KPdSU Ende 1961 den Luxus leistete, Stalins Verbrechen zu ignorieren, blieben genug harte Nüsse zu knacken.

Im Frühjahr 1960 entstand eine Liste „noch zu klärender und strittiger Fragen", die stichwortartig zwölf der kompliziertesten Problembereiche bezeichneten. Es handelte sich um ein hochverdichtetes Konzentrat, das sich nach endlosen Diskussionen aller möglichen Kommissionen, Sektoren und Arbeitsgruppen herausgeschält hatte. Jeder einzelne der zwölf Punkte verwies auf ein unbestiegenes Gebirgsmassiv oder auf einen kaum überbrückbaren Abgrund.[129]

Punkt 1 nannte kein geringeres Problem als „die Besonderheiten in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland während der einzelnen Perioden, insbesondere während des ersten und zweiten Weltkriegs". Allein an diesem Thema, das auf die Notwendigkeit einer differenzierteren Gegneranalyse verwies, arbeiteten sich während der folgenden drei Jahrzehnte ganze Autorenkollektive ab.

Punkt 2 stellte den „Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus" und speziell die Rolle der „Arbeiteraristokratie", das „Verwachsen der opportunistischen Führer mit den Monopolen und dem imperialistischen Staatsapparat" in den Mittelpunkt. Den Zusammenhang zwischen „Imperialismus und Opportunismus" arbeitete in den folgenden Monaten einprägsam Rudolf Lindau heraus. „Die ehrlichen Opportunisten sind die schlimmsten", zitierte er in diesem Zusammenhang Engels.[130] Doch im Stil Rosa Luxemburgs die sozialdemokratische „Arbeiteraristokratie" zu kritisieren, ohne die gefürchteten „falschen Schlußfolgerungen" in Richtung SED-Bürokratie zu provozieren, würde noch manchen dialektischen Eiertanz notwendig machen.

Punkt 3 benannte ein besonders heißes Eisen, den „Beitrag der KPD und SED zur theoretischen Weiterentwicklung des Leninismus", damals aktuell durch den hohen theoretischen Anspruch der „Nagruko". Hierbei ging es letztlich um nicht mehr und nicht weniger als den Stellenwert der zu schreibenden Parteigeschichte im internationalen marxistisch-leninistischen Theoriehaushalt, um den vor der KPdSU zu vertretenden Gestaltungsspielraum.

Punkt 4 widmete sich den „Entwicklungsetappen der KPD in Westdeutschland nach 1945", ein Thema, über das man schon im Hinblick auf das bundesdeutsche KPD-Verbot und die Anbindung der KPD an die SED kaum etwas unzensiert würde schreiben können. Punkt 5 betraf die „Einschätzung und Behandlung" der leicht revisionistischen Spätwerke Engels', Punkt 6 die SPD vor 1914 „(Herstellung richtiger Proportionen zwischen dem Vordringen des Opportunismus einerseits und der positiven Leistungen, die bei der Mobilisierung und Erziehung der Massen vollbracht wurden, andererseits)", Punkt 7 den neuerdings so unerhört aufgewerteten „Karl Liebknecht im Verhältnis zu den anderen Führern der Linken vor dem ersten Weltkrieg", Punkt 8 die Entwicklung der USPD, Punkt 9 das Ende der Novemberrevolution und Punkt 10 den „Inhalt des Klassenkampfes und die strategische Zielsetzung der Partei in der revolutionären Nachkriegskrise", ein Thema, das vom Kapp-Putsch

129 Ebd., Redaktionskommission für die Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, (2510/60 II/10 28.5.).

130 BA NY 4182/1363, Rudolf Lindau, Bemerkungen zur Vorlage der Redaktionskommission ..., 30.8.1960.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

über den Hamburger Aufstand bis zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen um Paul Levi, Brandler und Ruth Fischer alles mögliche umfassen konnte.

Von allergrößter Brisanz waren die beiden letzten Punkte:

„11. Ab wann mußte im Kampf gegen den Faschismus in der Periode der Weltwirtschaftskrisen die strategische Zielsetzung der Partei verändert werden?

12. Wie muß die Einheitsfrontpolitik der KPD bis 1935, wie müssen die dabei aufgetretenen Fehler, wie die Differenzierung in der SPD behandelt werden?"[131]

Als die Kommission im November die „Thesen" verabschiedete und zur öffentlichen Diskussion freigab, traf Ulbricht wieder eine ganze Reihe wichtiger Festlegungen. In der Einleitung sei die Weltanschauung von Marx und Engels darzulegen: „Richtig! Das ist angesichts der Entstellungen von Marx in Westdeutschland, des Berufens auf den jungen Marx notwendig." Die Jahre 1919–1923 sollten am besten überhaupt nicht ausführlich behandelt werden. „Den 20. Juli in Beziehung zur Adenauerpolitik bringen. Sie wollten anstelle der Hitlerschen Parteiherrschaft die Harzburger Front. Dieses Programm führte Adenauer nach der Niederlage durch, nur mit dem Unterschied; vorher ein ‚nationales' Programm, aber bei Adenauer ein antinationales (offen) Programm. Die revisionistische Gruppe Herrnstadt erwähnen. Den V. Parteitag gründlicher behandeln. Es entsprach der Lehre Lenins, daß anstelle des Präsidenten der Staatsrat gewählt wurde. Die Einschätzung des 13. August erfolgt im Referat auf dem Plenum des ZK, das in die Thesen übernehmen."[132]

Angesichts einer solchen Fülle brisanter Themen, komplizierter Probleme und mehr oder weniger eleganter Lösungen, die eine kohärente Behandlung verlangten, eines weit über hundert Jahre langen Untersuchungszeitraums, der großen Zahl der in die Arbeit am Grundriß einbezogenen Geschichtsinstitute und Historiker lieferte die „nationale Grundkonzeption" den unverzichtbaren „roten Faden".[133]

Als Lothar Berthold längst der gefeierte Organisator des „Achtbänders" war, verriet er das Erfolgsgeheimnis seines Autorenkollektivs: „Erst die politische und wissenschaftliche Konzeption, dann die aus der Konzeption sich ergebenden einzelnen Arbeiten und schließlich das auf der Konzeption und den einzelnen Arbeiten beruhende große Werk. Anders geht es nicht! Jede andere Arbeitsweise muß zu einer ganzen Reihe von Fehlern und Schwächen führen und damit zu falschen Erkenntnissen, zu Zeit- und Materialverlust und auch zu unnötigen Kosten. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, die Konzeption von einem möglichst kleinen aber außerordentlich qualifizierten Kollektiv ausarbeiten zu lassen."

Lothar Berthold verfocht eine Art historiographischen Taylorismus, klare Muster und Planvorgaben als Voraussetzung rationalisierter arbeitsteiliger Produktion, der „sozialistischen Gemeinschaftsarbeit". Warum sollte in den Gesellschaftswissenschaften nicht möglich sein, „was auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und Technik seit langem bekannt" sei und praktiziert werde? Beginne man die Arbeit ohne Konzeption, bestünde die „große

131 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Redaktionskommission für die Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, (2510/60 II/10 28.5.).

132 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Protokoll der Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung der Thesen am 13.11.1961.

133 BA DY 30, IV 2/9.07/37, BzG-Redaktion (Gemkow) an „Werte Genossen", 12.2.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Gefahr", daß die vorbereitenden Teile wie das Gesamtwerk selbst „weder den neuesten historischen Erkenntnissen noch den politischen Notwendigkeiten" entsprächen.[134]

Etwa seit Mitte 1959 änderte sich schlagartig die Begutachtungspraxis des IML. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die „ideologischen Fehler" in der Regel im Text selber gesucht. Man konnte alles mögliche falsch machen, wenn man über die Novemberrevolution oder den antifaschistischen Widerstand geschrieben hatte. Aber diese „Fehler" betrafen dann eben die Novemberrevolution oder den Widerstand. Doch von jetzt an wurde jedes einzelne Manuskript als ein Baustein betrachtet, der zu bestimmten feststehenden Elementen passen und sich entsprechend ausweisen, auf das Ganze verweisen mußte. Die Gutachter, Lektoren und Zensoren verfügten jetzt über einen Bauplan und „wissenschaftlichen" Maßstab, der dem Text von vornherein äußerlich war.

Typisch für die „Nagruko"-fixierte Begutachtungspraxis der frühen sechziger Jahre wurde eine Argumentation, die sich auf inhaltliche Details kaum noch einließ, die in aufreizender Monotonie „richtige Proportionen" und didaktisch hierarchisierende Akzentsetzungen einklagte. Sonst fehlerfreie Manuskripte wurden angehalten, um eine „Herausarbeitung und Konzentration auf die Hauptprobleme" zu bewerkstelligen, und zu viele Fragen anzuschneiden, galt als Indiz für Oberflächlichkeit.[135]

Erika Stiers Buch über „Die deutsche Sozialdemokratie zur Intervention der deutschen Imperialisten in China" litt beispielsweise sowohl an „falschen Proportionen" als an mangelnder Eindeutigkeit: „Gewisse negative Seiten werden überbetont. Auf die Frage, ob die SPD die Probleme ‚im wesentlichen' richtig oder falsch gesehen hat, werden widersprüchliche Antworten gegeben. Der Auseinandersetzung mit unklaren oder falschen Auffassungen Wilhelm Liebknechts, August Bebels und Franz Mehrings" werde „zu breiter Raum gewährt. Diese Fragen sollten nicht ignoriert, ihre Behandlung aber auf das historisch richtige Maß reduziert und nicht an vorrangiger Stelle" vorgenommen werden. Hingegen rangiere „die Aktion der Volksmassen am Schwanze der Darstellung". „Die Lehren aus den damaligen Ereignissen für unseren heutigen Kampf zu ziehen", werde „dem Leser überlassen."[136]

Gutachter – man honorierte in der Regel nicht nach der Länge des Gutachtens, sondern nach Bogenzahl und Schwierigkeitsgrad des Manuskriptes – konnten sich jetzt zurücklehnen und lange Manuskripte mit wenigen Zeilen erledigen. „Der Verfasserin ist es nicht gelungen, einen roten Faden zu ziehen", hieß es etwa lapidar in einem Gutachten über eine Buchwitz-Biographie von Ruth Seydewitz, das genau eine halbe Seite lang war. Der folgende Satz beinhaltete damals eine tödliche Kritik: „Die einzelnen Erlebnisse und Ereignisse werden nebeneinander gestellt, so wie der historische Prozess sie mit sich brachte. Persönliche Erlebnisse unbedeutender Natur werden gleichberechtigt neben entscheidende Einschnitte gestellt."[137]

---

134 Lothar Berthold, Erfahrungen sozialistischer Gemeinschaftsarbeit (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jahrgang 1967, Nr.5), S. 6–11.

135 BA DY 30, IV 2/9.07/122, IML (Sektor Gegenwart, Voigtländer) Stellungnahme zum Manuskript 15 Jahre SED (Zur Entwicklung der SED im Bezirk Leipzig), 20.3.1961.

136 BA DY 30, IV 2/9.07/36, Bemerkungen zu der Arbeit „Die deutsche Sozialdemokratie ..., 9.6.1959, o. Verf. („Schk.")

137 BA DR–1, 5076, DG-Antrag Ruth Seydewitz, „Der Klasse treuer Kämpfer". Aus dem Leben von Otto Buchwitz, Gutachten Ludwig, 17.1.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Nach einer ZfG-Rezension zur Hochschullehrbuch-Disposition hatte der kritisierte Autor hier „wertvolle Hinweise" Ulbrichts „zu wenig beachtet", dort die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen „zu knapp behandelt und nicht ihrer Bedeutung entsprechend eingeschätzt." Dann wieder wurde ein „bestimmender Charakter" „unterschätzt", oder gar ein „eigentliches Wesen", das in der „Vielzahl der Fakten" unterging ... nicht klar herausgearbeitet". „Disproportionen" führten dazu, „wichtige Fragen außer Acht zu lassen" , die SED wurde „nicht gebührend gewürdigt" und manche „prinzipielle Bedeutung" ungenügend betont. Die „historische Verantwortung der Arbeiterklasse" mußte jedenfalls „ganz eindeutig in den Mittelpunkt gestellt", die „führende Rolle" nicht nur „erwähnt", sondern „mit aller Eindringlichkeit nachgewiesen werden" usw.[138]

Die diskursbeherrschende Stellung dieses „Nagruko"-Jargons wird erst ganz deutlich, wenn man die redaktionelle Praxis der Geschichtszeitschriften in die Analyse mit einbezieht.

Die Lektüre von Artikeln der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" bedarf einiger Interpretationshilfe. Ein Leitartikel von Heinz Gemkow setzte beispielsweise „beim Leser die Kenntnis der an anderer Stelle veröffentlichten ‚Thesen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' sowie der auf der bevorstehenden ZK-Tagung zu erwartenden Begründung der Thesen voraus."[139] Die Protokolle der Kollegiumssitzungen der IML-Hauszeitschrift bieten einen Schlüssel zur Interpretation. Fast jeder einzelne Text der frühen sechziger Jahre war nach den Erfordernissen der „nationalen Grundkonzeption" zurechtgemodelt. Der Telegrammstil der Festlegungen, in dem Anfang der sechziger Jahre über die Annahme, Ablehnung, Überarbeitung und Zensur eines Artikels verhandelt wurde, ist ohne Kenntnis des „Nagruko"-Jargons schlechterdings unverständlich.

So lautete die Regieanweisung zu einem Artikel des Lenin-Spezialisten Arnold Reisberg: „Bei der Überarbeitung sollte der Kampf um den Frieden der rote Faden sein und in Verbindung damit unsere besonderen spezifischen Probleme, nationale Frage, Perspektive, Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus dargelegt werden. Auseinandersetzen in der Behandlung dieser Probleme mit Brandt und Konsorten vor allem unter dem Gesichtspunkt der Arbeiterklasse vom Standpunkt der historischen Verantwortung der Arbeiterklasse bei der Erhaltung des Friedens." In dem Artikel Wimmer/Ittershagen/Karl („nicht auf 1919 beschränken") mußte „die nationale Frage/Rolle der KPD" stärker herauskommen und am Schluß gerieten „die Proportionen etwas durcheinander (SPD/KPD)".[140] Im „Ms. Arlt/Trümpler" sollten „die Aufgabe der Parteihistoriker und ihre Verantwortung bei der Darlegung des nationalen Geschichtsbildes ... deutlicher herausgearbeitet werden sowie auch die Bedeutung des ideologischen Kampfes zur nationalen Rolle der Arbeiterklasse und über die historische Leistung der SED" mußte „mehr und konkreteres gesagt werden."[141] „Die Probleme der Parteigeschichte sollten geschichtlich abgehandelt werden", heißt es einmal tiefgründig über ein „Ms. Mammach/Gemkow": „Gegenüberstellung Moskauer Erklärung – Kommunistisches Manifest. Kräfteverhältnis – Fragen der Pe-

138 Günter Benser, Bemerkungen zu Disposition und Thesen „Deutschland von der Befreiung vom faschistischen Joch bis zur Gründung der DDR (1945–1949)", in: ZfG 7/1959, S. 1774–1780.

139 BA DY 30, IV 2/9.07/37, BzG-Redaktion (Gemkow) an „Werte Genossen", 12.2.1962.

140 Ebd., BzG-Redaktion, Protokoll der Kollegiumssitzung am 29.8.1961.

141 Ebd., Protokoll der Kollegiumssitzung am 22.12.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

riodisierung – Einschätzung der Epoche – Kampf um die Staatsmacht ..." Hier war ein Aufsatz zu „tageszeitungsmäßig und theoretisch nicht durchgearbeitet", die Fakten nicht auf das Thema „ausgerichtet" und „eingeschätzt", dort, in einem „Ms. Rossmann", war der Stil „monoton". Die folgenden Hinweise dürften ihn kaum verbessert haben: „Die Rolle des ZK der KPD müßte deutlicher herauskommen. Ferner ist die Rolle der Sachsenhausener Genossen nicht genügend gewürdigt. Die Losungen der Genossen aus Sachsenhausen müßten überprüft werden, und zwar, ob sie anhand (!) der damaligen Situation in Deutschland richtig waren."[142] Einmal heißt es lapidar über einen Spartakus-Artikel Ulla Pleners: „Die nationale Grundkonzeption müßte sich durch den ganzen Artikel ziehen."[143] Die Autorin habe ihre Fehler zwar durch Ergänzungen „ausgebügelt", doch „das alles" sei „nur geflickt".[144]

Insgesamt galten das Prinzip „der Anwendung der nationalen Grundkonzeption in allen Veröffentlichungen der Zeitschrift"[145] und der Leitsatz: „Alle Fragen, die mit der nationalen Frage und der nationalen Grundkonzeption, dem Kampf um Frieden und Sozialismus in Verbindung stehen, müssen durchgehend behandelt werden."[146]

Es lag in der Natur der Sache, in der parteigeschichtlichen Ausrichtung der Hauszeitschrift des IML, daß dort der „Nagruko"-Stil kraß ausgeprägt war. Doch auch das reputiertere Aushängeschild der DDR-Geschichtsforschung, die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, war eng in den Diskurs eingebunden. Von außen war das nicht so leicht erkennbar. Denn wichtige Bausteine der „nationalen Grundkonzeption" wirkten auf den ersten Blick ideologisch eher neutral. Unter ihrem Mantel wurden beispielsweise die Modernisierungsbestrebungen der Leipziger Schule programmatisch festgeschrieben, etwa der „Ausbau der Allgemeinen Geschichte", speziell der „nationalen Befreiungsbewegung der ehemaligen Kolonialvölker" und die Rezeption nichtmarxistischer „positiver nationaler Traditionen auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung", womit u.a. Karl Lamprecht gemeint war.[147] Der Bündnispolitik der „Nagruko" diente auch eine stärkere, nach einer sozialdemokratischen Richtung suchende Differenzierung unter westdeutschen Historikern, um „den Hauptschlag gegen die gefährlichste, am engsten mit der NATO-Politik verbundene Richtung", die „Abendlandkonzeption" zu führen und „positive Ansätze in den Auffassungen westdeutscher Historiker besser auszunutzen."[148] Auf ähnliche Weise richtete Ernst Engelberg die Arbeit an der Akademie der Wissenschaften, den Forschungs- wie den Publikationsplan, an der „nationalen Grundkonzeption" und am „Grundriß" aus. So forschte man an seinem „Institut für Geschichte" jetzt über „Begriff, Inhalt und Wesen der Nation in Geschichte und Gegenwart; die Rolle und Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse

142 Ebd., Protokoll der Kollegiumssitzung am 13.1.1961.

143 Ebd., IML-Hausmitteilung (Mammach an Knittel), 7.2.1961.

144 Ebd., Protokoll der Kollegiumssitzung am 30.8.1961.

145 Ebd., Heinz Gemkow, Bemerkungen zum ideologisch-politischen und wissenschaftlichen Inhalt des Jahrgangs 1960 der BzG, 4.1.1961.

146 Ebd., Protokoll der Kollegiumssitzung am 5.10.1961.

147 Vgl. Matthias Middell, Geschichtswissenschaft in der DDR – Strukturgefängnis oder individuelle Handlungsmöglichkeiten im Wandel von 45 Jahren, S. 166ff., in: Georg G. Iggers u.a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 159–204; ders., Wissenschaftliche Schulen in der Historiographie der DDR?, in: Martin Sabrow (Hg.), Verwaltete Vergangenheit, Leipzig 1997, S. 67–115.

148 BA DY 30, IV 2/9.01/4, ZK-Abteilung Wissenschaften, Vorlage an die Ideologische Kommission, 20.1.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

als allgemeingültige grundlegende Gesetzmäßigkeit für die Entwicklung Deutschlands bzw. der deutschen Nation in der Aufeinanderfolge der Gesellschaftsformationen; Arbeiterklasse und Nation; die Bündnispolitik der Arbeiterklasse und die Geschichte der Bündnispartner; das Verhältnis von Nationalbewußtsein und Internationalismus ..." usw.[149] Mit diesem Programm hoffte Engelberg das zusammengeschrumpfte Publikationsvolumen seines Instituts beim Akademieverlag zu erweitern.[150] Trotzdem handelte es sich nicht nur um Antragsrhetorik. Engelberg hatte selber das Einleitungskapitel zum „Grundriß" verfaßt. Jetzt benutzte er die nationale Mode, um den Plan eines Bismarck-Buches zu ventilieren. Auch Engelbergs Bismarck-Biographie von 1985, das Prunkstück der vielumrätselten „Preußen-Renaissance", war ein um über zwanzig Jahre verspäteter Ausläufer der „nationalen Grundkonzeption".

Die „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" wurde Ende 1960 vom ZK komplett nach dem einen und einzigen Kriterium eingeschätzt, inwieweit sie die „Nagruko" propagierte.[151] Was konnte man mit ihr nicht alles anfangen! Aus der „nationalen Grundkonzeption" *erwuchsen* an die Zeitschrift Forderungen (denen die „thematische Schwerpunktbildung bereits in einem gewissen Sinne genüge" tat) und (ausführlicher dargelegte) Aufgaben, man konnte sie „fruchtbar" *anwenden*, und sie hatte eine „klarer bewußte" Bedeutung. Die „nationale Grundkonzeption" war Angelpunkt „in den Darstellungen" und „roter Faden" im „Gesamtbild der ZfG", man konnte von ihr „in immer stärkerem Maße und vor allem auch immer bewußter" oder etwa auch „bei der Behandlung historischer Probleme" *ausgehen* und sie „der geschichtswissenschaftlichen Arbeit" *zugrundelegen*, sie *bestimmte* den „Gesamtcharakter der Zeitschrift", *bildete* die „Grundlage der einzelnen Beiträge" und war *darzulegen* „in Artikeln grundsätzlicher Art". Leider *orientierte* die ZfG ungenügend auf ihre Fragen. Die Redaktion mußte sie („noch konsequenter als bisher" und „in allen Beiträgen") *durchsetzen* und *sichtbar machen*.[152]

Chefredakteur Dieter Fricke gehörte zum engsten Kreis der federführenden Redakteure in der Thesenkommission und war „auf Grund einiger Äußerungen des Genossen Walter Ulbricht" der Meinung, „daß die öffentliche Diskussion über die Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ... ausschließlich in den Spalten der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" erfolgen sollte, doch die BzG wollte diese Anweisung „nicht so wörtlich und eng" aufgefaßt wissen und kämpfte darum, nicht „ausgeklammert" zu werden.[153]

Infolge dieser Konkurrenz war ein Grundsatzartikel von Ulbrichts Redaktionsquartett Berthold/Diehl/Fricke/Vieillard sowohl in der BzG als auch in der „Einheit" nachzulesen.[154] Ulbrichts auf dem 16. Plenum gehaltenes „Referat zum Grundriß der Geschichte der deut-

149 Berlin-Brandenburgisches Archiv, Bestand der Akademie-Leitung, 675, Deutsche Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte, an den Generalsekretär der DAW (Rienäcker), 1.3.1963.

150 Siegfried Lokatis, Wissenschaftler und Verleger in der DDR. Das Beispiel des Akademie-Verlages, S. 59, in: Geschichte und Gesellschaft 1/1996, S. 46–61.

151 BA DY 30, IV 2/9.04/114, Abteilung Wissenschaft, Einschätzung der Jahrgänge 1959 (Heft 1–6) und 1960 (Heft 1–7), der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft"; BA DY 30, IV 2/9.01/4, ZK-Abteilung Wissenschaften, Vorlage an die Ideologische Kommission, 20.1.1961.

152 Ebd., Einschätzung der Jahrgänge 1959 (Heft 1–6) und 1960 (Heft 1–7) der ZfG.

153 BA DY 30, IV 2/9.04/111, BzG-Redaktion (Gemkow) an Raimund Wagner, 22.7.1960.

154 Lothar Berthold/Ernst Diehl/Dieter Fricke/Hans Vieillard, Über einige theoretische Probleme unserer Geschichtsschreibung, BzG 3/1963, S. 407–420; Einheit, 8/1963, S. 116–127.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schen Arbeiterbewegung" erschien in der ZfG (Heft 6/1962), in der „Einheit" (Sonderheft August 1962) und in leicht veränderter Form in der BzG (Heft 3/1962).

Angespornt von Walter Ulbricht,[155] beriet im November 1959 die Redaktion des theoretischen Organs der SED über die „Sicherung der Tätigkeit der ‚Einheit' auf dem Gebiet der Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung" im Sinne der „nationalen Grundkonzeption". Die Gegenseite sei systematisch und „breit im Angriff" dabei, „das Geschichtsbild nach dem Ausgang des zweiten Weltkrieges abzutragen" fand der Chefredakteur Hans Schaul.[156] Die „Einheit" veröffentlichte traditionell die historischen Texte parteioffiziellen Charakters, wie 1958 die „Thesen zur Novemberrevolution". Jetzt wurde sie eingeschaltet, um mit grundsätzlichen Artikeln „auf die Diskussion, ihre Zielstellung und Bedeutung" hinzuweisen „und so den großen Kreis der Genossen, die nicht Leser der ZfG" seien, an die Diskussion heranzuführen.[157] Das „historische Denken in den Hirnen unserer Massen" sei „sehr schwach entwickelt."[158]

Im Gegensatz zu den wild durcheinanderlaufenden Kampagnen von 1958 wurde die „nationale Grundkonzeption" Anfang der sechziger Jahre mit systematischer Konsequenz, man darf wohl sagen „allseitig" durchgesetzt. Wenn die Metapher eines „kollektiven Gedächtnisses" überhaupt einen Sinn macht, dann hier. Wie Mehltau setzten sich die Formeln des neuen Geschichtsbildes, der parteieigenen Erfahrung in den Hirnwindungen der Parteischüler wie der vorsichtigen Veteranen fest. Jeder Museumswärter, jeder Dorfschullehrer und Zöllner konnte die Schemata, die gegen alle westdeutschen „Hirnen" entsprossene Einwände einen unverletzlichen Panzer boten, vorwärts und rückwärts abspulen. Wie schon 1958, als es darum ging, den „Charakter der Novemberrevolution" zu illustrieren, doch diesmal weit gründlicher und vor allem rechtzeitig wurden die „örtlichen Kommissionen" in den Bezirken und Kreisen auf die Beweisziele der „nationalen Grundkonzeption" geeicht. Zu den gehüteten Arkana des IML gehörte auch ein großes „Erinnerungsarchiv", das jetzt auf die Bedürfnisse dieses babylonischen Turmbaus der Historiographiegeschichte ausgerichtet wurde. Es fehlte an geeigneten Steinen, also schickte man ganze Kohorten von Nachwuchswissenschaftlern und Lokalhistorikern auf die Suche oder ließ die benötigten „Ziegel streichen und brennen" (Moses 1, 11).

1966 „bewiesen" acht mit empirischem Material und Dokumenten vollgepfropfte, dicke Bände die Richtigkeit der „nationalen Grundkonzeption". Als sie 1959 entstand, war sie nicht viel mehr als eine grandiose Kopfgeburt. Es gab nur ein kleines, relativ zuverlässiges Repertoire befestigter „Grundwahrheiten", mit denen die Parteihistoriker arbeiten konnten. Im Unterschied zur Zeit Stalins, als man unbezweifelbare Vorgaben des „Kurzen Lehrgangs" fraglos zu exekutieren hatte, handelte es sich jeweils um Dogmen, die, wenn auch unter maßgeblicher Beteiligung Walter Ulbrichts, nach der Orientierungskrise von 1956 „kollektiv" im „parteilichen Meinungsstreit" festbetoniert worden waren. Wer z.B. hätte denn nach der Kuczynski-Diskussion von 1957/1958[159] noch gewagt, die angeblich kriegsfeindliche Haltung der Arbeiterschaft im August 1914 in Frage zu stellen?

155 BA DY 30, IV 2/9.10/2, (Einheit), Protokoll der Arbeitsbesprechung am 7.1.1960.
156 BA DY 30, IV 2/9.10/1, (Einheit), Protokoll der Redaktionskollegiumssitzung vom 23.11.1959.
157 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Plan für Diskussion über Periodisierungsentwurf ... 22.6.1960.
158 BA DY 30, IV 2/9.10/1, (Einheit), Protokoll der Redaktionskollegiumssitzung vom 23.11.1959.
159 Jürgen Kuczynski, Frost nach dem Tauwetter, S. 90ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Vor allem über die Novemberrevolution hatte man ausschweifend diskutiert und mit deren „bürgerlich-demokratischen Charakter" einen Ausgangspunkt festgelegt, von dem aus sich zu den wichtigsten parteigeschichtlichen Knotenpunkten – vom Kommunistischen Manifest und dem Kriegsausbruch 1914 über die Brüsseler Konferenz bis zur SED-Gründung und zum V. Parteitag – eine bequeme Argumentationslinie, jener vielbeschworene „rote Faden" ziehen ließ.

Schon in den frühesten, 1959 entstandenen Dispositionen der Arbeitsgruppen finden sich die wichtigsten Beweisschritte der späteren Ausarbeitungen. Was noch fehlte, war die empirische Unterfütterung. Über weite Strecken hing das Konzept in der Luft.

2. Das kollektivierte Gedächtnis

2.1. Forschungslücken und Örtliche Kommissionen

Im Spätsommer 1959 machten sich die Arbeitsgruppen daran, den Forschungsstand zur Parteigeschichte zu analysieren. Von der Zahl der Studien und Projekte her konnte man zufrieden sein. Aber mit den wenigsten ließ sich etwas anfangen, um die „nationale Grundkonzeption" zu „beweisen". Ein Themenverzeichnis der Akademie der Wissenschaften ließ „den durchgehenden ‚roten Faden' vermissen, d.h. die nationale Grundkonzeption" wurde „ungenügend berücksichtigt". Die laufenden Forschungsprojekte trügen „mehr oder weniger zufälligen Charakter" und behandelten „sehr begrenzte Fragen, die zum Teil zweitrangiger Natur" schienen, wie die „Schulpolitik im Kreis Pirna".[160]

Zum 19. Jahrhundert gab es kaum Arbeiten, die sich mit „dem Kampf von Marx und Engels, der Arbeiterklasse und ihrer Partei gegen das reaktionäre Preußentum und den Militarismus" beschäftigten. Überhaupt fiel eine „starke Isolierung der Parteigeschichte von der nationalen Geschichte auf, so daß die nationale Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu wenig herausgearbeitet" wurde.[161]

Die Zeit der Weimarer Republik gähnte den „Nagruko"-Konstrukteuren wie ein schwarzes Loch entgegen. So viele Projekte auch die Novemberrevolution und, dank den Bestrebungen der „örtlichen Kommissionen", neuerdings auch den Kapp-Putsch behandelten, die Phase der „relativen Stabilisierung" der Weimarer Republik und die Weltwirtschaftskrise, zumal der postulierte antifaschistische Kampf der KPD um Einheitsfront und Aktionseinheit kamen entschieden zu kurz.[162] Unter den Publikationen dominierten Spezialdarstellungen lokalen Charakters, in denen „der prinzipielle Kampf der Partei um die nationale Grundaufgabe, der Kampf gegen Imperialismus und Militarismus nicht stark genug zum Ausdruck"

160 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Übersicht über den Stand der Literatur und die Arbeitsvorhaben, Abschnitt 1929/33 (Wimmer), 20.8.1959.

161 Ebd., Arbeitsgruppe 1919–23, Analyse der nach 1945 erschienenen marxistischen Literatur zur revolutionären Nachkriegskrise, 25.8.1959.

162 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Abt. Wissenschaften, Allgemeine Bemerkungen zur Analyse der Themenliste-Forschungsaufträge auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

kam.[163] Die einschlägigen Arbeiten blieben hier „wesentlich hinter den Thesen des Grundrisses zurück", da „schöpften" sie „deren Gehalt nicht aus".[164] Nicht mehr als bloße Desiderate waren die Schilderung der Kämpfe der KPD „gegen das Versailler System", um die „nationalen Interessen", die „demokratischen Rechte" und die „Gewinnung der Massen" in den Gewerkschaften.[165] Über das postulierte Bündnis der Arbeiter und Bauern gab es noch drei Jahre später kaum Untersuchungen.[166] Als Hager das Thema einmal auf einer Sitzung der Thesenkommission zur Debatte stellte, erscholl der lakonische Zwischenruf Ulbrichts: „War auch nicht viel da".[167]

Seit Mitte der fünfziger Jahre waren die „örtlichen Kommissionen der Geschichte der Arbeiterbewegung" unermüdlich dabei, die parteigeschichtliche Quellenbasis zu erweitern und legten ein hohes Maß disziplinierter Leidensbereitschaft an den Tag. Nur allzuoft sahen sich gerade die fleißigsten Sammler, die besten Kenner der Details und die lebendigsten Erzähler unter den Veteranen zum Lohn der Mühen an den Pranger gestellt. Im IML sah man die Dinge anders. Fakten, Dokumente und Erinnerungen gab es wie Sand am Meer. Die eigentliche Arbeit bestand darin, jene seltenen Perlen zu finden, die sich auf der Schnur der allein „wissenschaftlichen" Beweisführung aufreihen ließen.

Um „zu helfen, daß ein nationales Geschichtsbild in allen Köpfen Einzug" hielt, überwachte das IML neuerdings die einschlägigen Artikel der regionalen Tagespresse und versuchte auch hier festzustellen, „ob die Publikationstätigkeit den Ansprüchen gerecht wird, die wir an sie stellen müssen." Der IML-Sektor „Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung" hatte diese Aufgabe übernommen und beklagte nun, daß das „nationale Dokument nur ungenügend mit konkreten örtlichen Geschichtserfahrungen belegt" werde. Die Gesamtzahl entsprechender Beiträge in den Bezirkszeitungen sei unzureichend, die Kreiszeitungen brächten zwar „relativ mehr örtliche Geschichtsbelege", doch seien „die ideologischen Unklarheiten zu Problemen der Geschichte hier zahlreicher und krasser." Den Rezensenten überfiel vermutlich das Grauen vor der Vergeblichkeit allen Tuns, als er sah, daß in Geithain der folgende, den von Jahr zu Jahr breiter werdenden antimilitaristischen Kampf der Arbeiterklasse ignorierende Satz gedruckt worden war: „1914 brauste es in Deutschland wie ein Donnerhall in allen Grenzen. Mit Gott und Kaiser für das Vaterland ging es blumengeschmückt in den 1. Weltkrieg."

Auch sonst gab es „keine richtige, parteiliche Herausarbeitung der nationalen Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei" sowie „falsche oder gar keine Darstellungen des nationalen Verrats der rechten SPD-Führung", und auch „die antinationale Rolle der Großbourgeoisie" wurde ungenügend herausgearbeitet. Vor Jahren überwundene „theoretische Unklarheiten wurden hier in die Massen getragen", „Wirrwarr!!", was über die Novemberrevolution zu lesen stand.

---

163 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Arbeitsgruppe 1919–23, Analyse der nach 1945 erschienenen marxistischen Literatur zur revolutionären Nachkriegskrise, 25.8.1959.

164 BA DY 30, IV 2/9.04/111, IML, Abteilung Geschichte der Partei, Sektor Geschichte der KPD (Wimmer), Über die Erfüllung des Beschlusses zu Fragen der Geschichtswissenschaft, 23.6.1962.

165 BA DY 30, IV 2/9.07/117, Arbeitsgruppe 1919–23, Analyse der nach 1945 erschienenen marxistischen Literatur zur revolutionären Nachkriegskrise, 25.8.1959.

166 BA DY 30, IV 2/9.04/111, IML, Abteilung Geschichte der Partei, Sektor Geschichte der KPD (Wimmer), Über die Erfüllung des Beschlusses zu Fragen der Geschichtswissenschaft, 23.6.1962.

167 Ebd., Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung der Thesen zur GdA, 13.11.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Vor allem nahm die Presse ungenügenden Einfluß auf die Auswahl der schreibenden Veteranen: „Dadurch passiert es uns, daß u.a. auch Veteranen zu Wort kommen, die aus der sozialdemokratischen Partei kommen, in den Jahren nach 1945 eine aktive Parteiarbeit geleistet haben – aber trotz aller Verdienste keine theoretische Klarheit bei Einschätzungen über die Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung, besonders der Periode vor 1945 haben." In Senftenberg hatte man gar die Einheitsfront mit der Eisernen Front verwechselt.[168]

Im Dezember 1960 besuchte Robert Leibbrand vom IML eine Konferenz mit Parteiveteranen in Leipzig und erläuterte, zwecks Orientierung der örtlichen Kommission, einige aktuelle Probleme der Parteigeschichtsschreibung „(nationale Grundkonzeption, Verhältnis von örtlicher und allgemeiner nationaler Geschichte, Darstellung der innerparteilichen Entwicklung usw.)." Er hatte jedoch „den Eindruck, daß diese Fragen bei den Teilnehmern wohl angekommen" seien, „die alten Genossen aber größtenteils nicht so schnell schalten konnten, um in der Diskussion bereits darauf einzugehen ... Unter dem sehr hohen Durchschnittsalter litt das theoretische Niveau der Diskussion." Leibbrand schlug deshalb vor, bei ähnlichen Veranstaltungen demnächst mehr wissenschaftliche, mit den Grundsatzfragen vertraute Nachwuchskräfte hinzuzuziehen und mit vorbereiteten Diskussionsbeiträgen zu arbeiten. Er vermißte auch jüngere Veteranen. Denn inzwischen war die Zeit nach 1945 zum Schwerpunktthema der „örtlichen Kommissionen" erklärt worden.[169]

Ende 1960 hatten sich zu den inzwischen 101 örtlichen Broschüren zur Novemberrevolution immerhin 89 gesellt, die dem 10. Jahrestag der DDR oder dem 15. Jahrestag der Befreiung gewidmet waren.[170] Zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD wurden die Kommissionen schon wieder mit 52 Broschüren „massenwirksam".[171] Das IML hatte die Begutachtungsarbeit weitgehend auf die Kreise und Bezirke abgewälzt und wünschte, nur in besonders problematischen Fällen zu Rate gezogen zu werden. Die Manuskripte wurden bereits auf Kreisebene und oft entsprechend dilettantisch überarbeitet: „Nach mehrmaliger Bearbeitung wurde dann die Broschüre ungefähr mit einem Jahr Verspätung gedruckt; sie war dann auch politisch richtig, hatte aber keinen Zusammenhang, kein Leben. Durch diese Arbeitsweise bei uns im Kreis wurde die ganze Forschungsarbeit gehemmt, die Kommission bröckelte auseinander", beschwerte sich eine Genosse aus Bitterfeld.[172]

Wenn eine Broschüre „wegen grober politischer Fehler eingezogen werden" mußte, wurden vom IML „mit den Genossen der örtlichen Kommissionen ernste Aussprachen zur Aufdeckung der Ursachen geführt." Bei Erinnerungsberichten bestand „stark die Gefahr des Subjektivismus".[173]

168 BA DY 30, IV 2/9.07/58, IML (Maur), Presseartikel zum nationalen Dokument, 16.5.1962.

169 BA DY 30, IV 2/9.07/121, IML (Leibbrand), Bemerkungen zum Bericht der Bezirkskommission Leipzig über die Konferenz von Parteiveteranen am 10.12.1960.

170 Ebd., IML Arbeitsgruppe örtliche Arbeiterbewegung, Analyse der bisherigen Kommissionsarbeit (o.D., April/Mai 1961).

171 BA DY 30, IV 2/9.07/122, Arbeitsgruppe örtliche Arbeiterbewegung (Maur), Arbeitsbericht 1961, 21.11.1961.

172 BA DY 30, IV 2/9.07/59, Diskussionsbeitrag Gen. Wittig, Bitterfeld, Seminar Brandenburg, 21./22.7.1962.

173 BA DY 30, IV 2/9.07/121, IML (Arbeitsgruppe örtliche Arbeiterbewegung), Analyse der bisherigen Kommissionsarbeit (o.D., April/Mai 1961).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Die Veteranen hatten es einfach nicht leicht, sich richtig zu erinnern. Man mußte schon um mehrere Ecken denken, um der „nationalen Grundkonzeption" gerecht zu werden. Bei der neuesten BzG-Kritik ging es wohlgemerkt nicht um Texte zum antifaschistischen Widerstandskampf, sondern um die Broschüren zum Vereinigungsparteitag 1946.

Es war (1.) falsch, eine solche Publikation erst 1945 beginnen zu lassen und „die Kontinuität der Politik der KPD und ihres Zentralkomitees völlig außer acht" zu lassen: „In der Broschüre ‚15 Jahre SED-Kreis Sonneberg' wird sogar der Eindruck erweckt, die Geschichte unserer Partei, die Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse als Vorkämpferin der Nation beginne überhaupt erst nach 1945. Das entspricht nicht der historischen Wahrheit ..." War diese Klippe umschifft, mußte man (2.) „die bedeutsamen Parteikonferenzen von Brüssel (1935) und Bern (1939)" erwähnen: „Ohne diese richtige Darstellung der Rolle der KPD und ihrer Führung im antifaschistischen Widerstandskampf kann auch ihre führende Rolle im Vereinigungsprozeß 1945/46 nicht überzeugend genug herausgearbeitet werden ... In den Publikationen der Bezirkskommission Frankfurt (Oder) und der Kreiskommissionen Hoyerswerda, Auersbach, Hildburghausen, Sonneberg, Bad Langensalza, Staßfurt und Zwickau-Land" würden diese Beschlüsse nicht einmal erwähnt, andere hätten sie falsch datiert. Die Rathenower Broschüre hatte Brüssel und Bern zwar richtig gewürdigt, ja sogar (3.) die führende Rolle des ZK betont. Sie hatte sie jedoch (4.) „nicht mit örtlichem Material erläutert". Das Abhören des Moskauer Senders käme zwar vor, aber „ohne zu sagen, wie diese Orientierung im täglichen Widerstandskampf half."[174]

Diese letzte Forderung wirkt auf den ersten Blick bizarr, doch entsprechend den neuesten „Richtlinien über die Tätigkeit der Kommissionen zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung" war es deren erklärter Zweck, „die von der Parteiführung in Beschlüssen und Dokumenten zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gegebenen Einschätzungen" als wirkungsvoll nachzuweisen.[175]

Die unvermeidlichen Auseinandersetzungen des IML mit den Kommissionen sind im Telegrammstil überliefert. „Warum erkennen wir die Fehler erst nachträglich?", raisonierte Richard Gladewitz vom IML auf einer Beratung mit den Kommissionen. „Warum kommen die Thesen zu spät?", konterte ein Genosse aus Leipzig, und ein anderer warnte: „Wenn so strenger Maßstab, dann kommen keine Broschüren mehr. Parteigeschichte ist kompliziert."[176]

2.2. Das Erinnerungsarchiv

„Zu den häufigsten Quellen von falschen Darstellungen" wurden Veteranenerinnerungen gerechnet, die nicht „mit der genügenden Sorgfalt bearbeitet bzw. überprüft" worden waren.[177]

174 Hans Maur, Bemerkungen zu einigen Publikationen der örtlichen Kommissionen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD, in: BzG 4/1963, S. 939–953.

175 BA DY 30, IV 2/9.07/122, Richtlinien über die Tätigkeit der Kommisssionen zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung (Entwurf), 7.6.1961.

176 BA DY 30, IV 2/9.07/58, Beratung mit Kommissionen, 11.11.1961.

177 Ebd., Sektor Archiv, Einige Gedanken und Vorschläge für die unter Berücksichtigung der Hinweise des Genossen Hager neu festzulegenden Aufgaben des Archives, 7.3.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Die „Arbeitsgruppe Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung" begann deshalb jetzt die „systematische Sammlung aller Materialien, Dokumente und Erinnerungen und Erlebnisberichte".[178] Früher hatte man ohne „richtige Konzeption" gearbeitet. Was nicht „salonfähig" erschien, wurde eben weggelassen.[179] Heinz Voßke kritisierte die „Orientierung auf Gedenktage" und den zufälligen Charakter der bisherigen Sammlungspolitik. Bei jedem Erinnerungsband lebte man „von der Hand in den Mund", zumal es oft nicht auf Inhalte ankam, sondern darauf, „welcher Genosse in welcher Funktion in dem Band mit einem Beitrag vertreten sein" mußte. Ihm schwebte eine systematische Sammlungstätigkeit auf den Gebieten vor „über die auf Grund der Illegalität usw. das dokumentarische Material besonders lückenhaft" war.[180] Ulbricht selbst hatte die „gründliche Auswertung der Erinnerungen für die wissenschaftliche Forschung" gefordert.[181] Doch das Erinnerungsarchiv barg gefährlichen Sprengstoff und bedurfte strenger Aufsicht.[182]

Bei aller Kritik kann der „bürgerliche Historiker" nur mit Neid und Bewunderung auf dieses mit langem Atem planvoll betriebene Projekt blicken, in dem die Defizite und Vorzüge des realsozialistischen Wissenschaftssystems deutlich zur Geltung kamen.

Daß noch heute das „Erinnerungsarchiv" zu den faszinierendsten Schätzen des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs im Berliner Bundesarchiv gehört, ist auf die Sorgfalt und den unermüdlichen Eifer zurückzuführen, mit der die Zeugnisse gesammelt wurden, und vielleicht nicht weniger auf die „wissenschaftliche" Akribie, mit der die Geheimnisse gehütet, das „kollektive Gedächtnis" der Partei gefiltert wurden.

Nach den frühen Bemühungen von Lindaus Kollegen Paul Lenzner war es auf den 1956 freigesetzten Trend zur empirischen Forschung zurückzuführen, daß es Anfang der sechziger Jahre über 1 100 solcher schriftlich fixierten Augenzeugenberichte gab, „Erinnerungen von wenigen Seiten und solche von 100 und mehr", „Erinnerungen mit stark subjektivistischen Darstellungen, durch die der Kampf der Arbeiterklasse und die Rolle der Partei in den Hintergrund" rückten, und solche von „wissenschaftlichem Wert".[183]

Mit einer alltagsgeschichtlich orientierten oder dezidiert ergebnisoffenen Oral-history-Forschung hatte das ganze Projekt allerdings nur versehentlich etwas zu tun. Es handelte sich mehr oder weniger um gerichtete und selektierte Erinnerungen. Der „wissenschaftliche Wert" bemaß sich, wie Mitte 1962, zu Beginn der „Ära Berthold" im IML, von Heinz Voßke klargestellt wurde, am konkreten Nutzen für die Parteigeschichtsschreibung. Die Verkoppelung der „Arbeitsgruppe Erinnerungen" mit den Tentakeln der örtlichen Traditionsforschung hatte rein praktische, keine methodischen Gründe: gefragt war die Zentralperspektive. Der „örtlich beschränkte" Blick „von unten" war methodisch suspekt und erforderte die Beglaubigung zentraler Relevanz, um zugelassen zu werden. Auch bei Quellenedi-

178 Ebd., Sektorberatung am 19. Juli 1962, Bericht des Genossen Maur; ebd., Protokoll der Sektorberatung.

179 BA DY 30, IV 2/9.07/12, IML, Abteilungsleiterberatung (Voßke), 5.7.1962.

180 BA DY 30, IV 2/9.07/46, Sektor Archiv, Einige Gedanken und Vorschläge für die unter Berücksichtigung der Hinweise des Genossen Hager neu festzulegenden Aufgaben des Archives, 7.3.1961.

181 BA DY 30, IV 2/9.07/122, Sektorberatung am 19. Juli 1962, Bericht des Genossen Maur; ebd., Protokoll der Sektorberatung.

182 Beatrice Vierneisel, Das Erinnerungsarchiv. Lebenszeugnisse als Quellengruppe im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in: Martin Sabrow (Hg.), Verwaltete Vergangenheit, Leipzig 1997, S. 117–144.

183 BA DY 30, IV A 2/9.07/281, Information über die Arbeitsgruppe Erinnerungen, 13.6.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

tionen waren „Dokumente örtlicher Organisationen der Partei ... nur in solchen Fällen zur Publikation heranzuziehen, wo wenig zentrales Material vorhanden" sei, „bzw. in Perioden, wo die revolutionäre Bewegung einen solchen Charakter annimmt, daß die Verwendung örtlichen Materials nicht zu umgehen ist (z. B. Widerstandskampf gegen den Faschismus, Novemberrevolution, Kapp-Putsch)."[184]

Prinzipiell sammelte man „nur Erinnerungen von solchen oder über solche Genossen, die sich

1. durch ihre Tätigkeit in verantwortlichen Funktionen auf zentraler Ebene einen umfassenden Überblick über wichtige politische und organisatorische Aktionen der Partei und der Arbeiterbewegung angeeignet" hatten „und 2. die auf Grund von speziellen Aufträgen, die ihnen die Partei übertragen hat, zu wichtigen Detailfragen und der Arbeiterbewegung Erläuterungen bzw. Auskünfte geben" konnten.

Nur nach besonderer Festlegung wurden die gesamten Lebenserinnerungen gesammelt, in der Regel dann solche, „die für die parteigeschichtliche Forschung von besonderem Interesse" schienen und sich „auf die für sie erarbeiteten Fragenkomplexe" konzentrierten.[185]

Die Idee, irgendwelche Außenseiterperspektiven von Parteilosen, etwa jüdischer oder homosexueller Mithäftlinge auf kommunistische KZ-Kapos zuzulassen, stand nicht zur Debatte. So wurde nicht gedacht, und es wäre ohnehin kaum machbar gewesen. Es war ja nicht einmal daran zu denken, größere Teile der Mitgliederbasis mit einzubeziehen. 1962 lebten noch „etwa 40 Genossen, die seit der Zeit des Sozialistengesetzes Mitglied der Partei" waren, „etwa 1 700 Genossen traten vor der Jahrhundertwende der Partei bei." 17 000 waren länger als 50 Jahre, etwa 48 000 länger als 40 Jahre dabei. Weitere 85 000 waren zwischen 1923 und 1933 eingetreten.[186] Bezogen auf die gesamte Mitgliederzahl der SED war das ein kleiner Kern, eine Folge des im Dritten Reich geleisteten Blutzolls. Für das IML existierte jedoch im Prinzip ein unerschöpfliches Reservoir, aus dem jedenfalls eine Auswahl zu treffen war.

Die Sachkartei zum Erinnerungsarchiv erfaßte 1961 „530 Fragenkomplexe auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung", in welchen Erinnerungen auf welcher Seite beispielsweise etwas über den Kapp-Putsch stand, es gab eine Personenkartei mit über 10 000 Namen und eine Ortskartei, „um geschichtlich wichtige Kämpfe der Arbeiterklasse wie z.B. in Halle, in Hamburg, bei Leuna usw. dem forschenden Genossen sofort zur Verfügung stellen zu können."[187] Der Protokollabteilung des ZK half das Erinnerungsarchiv bei der Suche nach überlebenden Mitgliedern des KPD-Gründungsparteitags.[188]

„Abschweifungen auf minder wichtige Fragen" waren den Richtlinien von 1961 zufolge zu vermeiden. Vor allem käme es „auf die Schilderung der Ereignisse an, wie sie dem Teilnehmer im Gedächtnis haften geblieben sind." Denn nur so ließe sich „zusätzliches, bisher unbekanntes geschichtliches Quellenmaterial für die Forschung erschließen." Der Wahr-

184 BA DY 30, IV 2/9.07, 116 (Leibbrand), Hinweise für die Herausgabe von Dokumentenbänden zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Entwurf, o.D.).

185 BA DY 30, IV A 2/9.07/281, Richtlinien über die Arbeit der Gruppe Erinnerungen, 31. Mai 1961 (Vgl. B. Vierneisel, Das Erinnerungsarchiv, S. 122f.).

186 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 116 (Fritz Gäbler).

187 BA DY 30, IV A 2/9.07/281, Information über die Arbeitsgruppe Erinnerungen, 13.6.1962, S. 7f.

188 BA DY 30, IV A 2/9.07/44, IML Hortzschansky an die Protokollabteilung im ZK, 10.12.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

heits- und Neuigkeitswert der Erinnerungen wurde durch Konkordanz-Vergleiche überprüft. Angesichts der „Tendenz zu allgemeinen Schilderungen, die in Dokumenten und Büchern längst veröffentlicht waren", während die Erinnerungen „an die eigene Arbeit in der Partei" verblaßte, war die Aufgabe eine Gratwanderung, „unter Beachtung der Mentalität der Genossen ... sie so zu orientieren, daß die Rolle der Partei und des ZK's im Zusammenhang mit dem Kampf, der Arbeit und der Funktion des einzelnen Genossen dargestellt" werden konnte.[189]

Ein schweres Handicap war die Erinnerung an die Stalin-Zeit, an die Nachkriegsjahre und die parteiinternen „Säuberungen" in den frühen fünfziger Jahren. Damals, zumal im Umfeld von Schauprozessen, war die Aufzeichnung solcher Schilderungen, die Befragung und Aushorchung der Genossen Sache der Zentralen Revisionskommission und ein einschüchterndes Mittel der Kaderpolitik gewesen.

„Es kommt auch vor, daß Genossen in den Unterhaltungen, wenn nichts notiert wird, sehr viele wichtige Dinge erzählen. Wenn sie dann aber ihre Erinnerungen auf Tonband sprechen oder niederschreiben, haben diese Genossen eine Scheu z.B. über ideologische Fragen in der Partei, besonders in der Zeit nach 1933 oder noch mehr aus der Zeit nach 1945, zu berichten. Erinnert man diese Genossen an den 20. und 22. Parteitag der KPdSU ..., dann antworten diese Genossen, daß sie ihre eigenen Erfahrungen haben und es vorziehen, die plaudernd mitgeteilten Dinge nicht festzuhalten. So hat uns ein Genosse mit einem Teil seiner Erinnerungen einen Brief mitgeschickt mit dem Inhalt ‚mehr zu sagen, scheint für den gedachten Zweck nicht tunlich.' Ein Genosse, der gut über den Hamburger Aufstand Bescheid weiß, äußerte vor kurzem seine Bedenken, ob dieses oder jenes, was bisher noch nicht veröffentlicht wurde, überhaupt gesagt werden darf."[190]

Wie gut die schweigsamen Veteranen beraten waren, geht schon daraus hervor, daß die Mitarbeiter des IML die eigene Zunge zu hüten wußten. Eine wissenschaftliche Arbeit traute man den älteren Kollegen kaum noch zu, doch begann man, Ulbricht selbst forderte immer wieder dazu auf, systematisch ihre Erinnerungen zu sammeln. So sehr die neue Generation um Lothar Berthold über die wissenschaftlichen Qualitäten der alten Garde zu spötteln pflegte, auf deren unerreichbare Verdienste im Widerstand oder bei der Novemberrevolution ließen die ehemaligen Pimpfe nicht gern etwas kommen. Doch „Genosse Lindau lehnte es ab, seine Erinnerungen ... ohne Klärung bestimmter Fragen zur Verfügung zu stellen."[191]

Der Aussagewert von Erinnerungen hing letztlich von der politischen Geltung ihres Verfassers ab. Anfang 1958 wurden beispielsweise, ohne daß die verfügbaren Quellen über den Hintergrund Auskunft geben, alle Ausarbeitungen des KPO-Veteranen Jacob Walcher, darunter eine Studie zur „Sozialdemokratie in Stuttgart 1906–1915", „in Verwahrung genommen und im Panzerschrank aufgehoben." Fortan hätten sie nur noch „bedingten Wert" und nur die enthaltenen Fakten sollten Verwendung finden.[192] 1964 tauchten sie im Nachlaß des verstorbenen IML-Mitarbeiters Robert Leibbrand wieder auf. Jetzt wurde ein Personenfonds

189 BA DY 30, IV A 2/9.07/281, Information über die Arbeitsgruppe Erinnerungen, 13.6.1962, S. 10f.
190 Ebd., S. 11.
191 Ebd., S. 12.
192 BA DY 30, IV 2/9.07/18, Protokoll (Einicke) einer Beratung mit Fritz Knittel, 17.3.1958.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

eingerichtet, der Kontakt zu Walcher aufgenommen, und dieser entpuppte sich als beschlagener Helfer bei der Arbeit an der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung".[193]

Ein ähnliches Revival erlebte der einst von Ulbricht gestürzte Franz Dahlem. An seinem 70. Geburtstag hatte ihn sein alter Gegner dazu ermahnt, die Erinnerungen aufzuschreiben. Die Thesen zum „Grundriß", die vielen vernachlässigten Themen und Zeitabschnitte bereiteten ihm ein schlechtes Gewissen. Er wollte über den Ruhrkampf und den Spanischen Krieg, den Rotfrontkämpferbund und das Kuriersystem, die KPF und die KI schreiben.[194] Aus gutem Grund stellte Ulbricht sicher, daß Dahlem nicht alle Dokumente zu sehen bekam.[195] Als dessen alte Reden mit der Darstellung im „Grundriß" abgeglichen wurden, warnte Dahlem die IML-Leitung vor der Brisanz seiner eigenen Erinnerungen und verkündete, „daß er über genaue Kenntnis und auch entsprechende Materialien der Jahre 1939 bis 1941 und 1953 bis 1955 verfüge. In diesen Jahren habe es heftige Auseinandersetzungen über die Politik der Partei zwischen ihm und Genossen Walter Ulbricht gegeben. Insbesondere in den Jahren 1953 bis 1955 sei auch Genosse Ulbricht nicht frei von Auswirkungen des Personenkults um Stalin gewesen, unter denen er, Genosse Dahlem, empfindlich habe leiden müssen." Darüber besäße Dahlem „ausführliche Materialien, in denen alles offen aufgezeichnet" sei. Pikanterweise hatte ihn ausgerechnet Honecker ermuntert, „alle diese Fragen aufzuschreiben."[196] Leider brachen Dahlems 1977 erschienene Memoiren „Am Vorabend des zweiten Weltkriegs" ab. Seine Reflexionen über Stalins Schauprozesse und ebenso Dahlems eigene Erfahrungen damit, aus der Geschichte der Partei gestrichen zu werden, wurden gestrichen.[197]

Bis die „Ästhetik des Widerstandes" von Peter Weiss erschien, führte auch Charlotte Bischoff, selbst eine Mitarbeiterin des IML, den aussichtslosen Kampf, um ihre Erinnerungen in öffentliche Geltung zu bringen. Die tapfere, im Krieg von Schweden aus operierende Kurierin wußte einfach zuviel über ihre prominenten Instrukteure von der Auslandsleitung, Karl Mewis und Herbert Wehner, die sich wechselseitig des Verrats und der Feigheit bezichtigten. Nach bestimmten Problemen, wie etwa nach ihrer Tätigkeit für die Kommunistische Internationale, die höhere Geheimhaltungsinteressen berührte, wurde sie gar nicht erst gefragt.[198]

Für Publikationen galt die Zensur, im Archiv war Selbstzensur unerwünscht. Entsprechende Bedenklichkeiten wurden von den Hütern des kollektiven Parteigedächtnisses als überflüssige Hemmung empfunden. Sie legten Wert auf „im Original erhaltene" Berichte, die möglichst eigenhändig niedergeschrieben oder auf Tonband aufgenommen waren. Bei

193 BA DY 30, IV A 2/9.07/38, IML (Lothar Berthodl) an Kurt Hager, 2.12.1965.

194 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 22–28.

195 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, IML (Diehl), Aktennotiz über eine Besprechung mit Walter Ulbricht am 17.8.1966.

196 BA DY 30, IV A 2/9.07/281, Aktennotiz über eine Besprechung mit Genossen Franz Dahlem, 18.4.1964.

197 Franz Dahlem, Nachgelassenes, Ausgelassenes, in: BzG, 1990, 1, S. 17–25 (Vorbemerkung Horst Blumberg).

198 Information von Simone Barck, 20.7.2001.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

stenographischen Aufnahmen sollte „keine Veränderung der erzählten Erinnerungen zu Gunsten der Fakten oder des Stils erfolgen."[199]

Dieser methodische Grundsatz, dem das Erinnerungsarchiv bleibenden Wert verdankt, galt aber eben nicht für publizierte Texte, deren strenge Zensur vielmehr umgekehrt überhaupt erst einen Freiraum für die authentische Gestaltung der mehr oder weniger brisanten Originale konstituierte. Es galt die prägnante Maxime:

„Bei der Veröffentlichung von Erinnerungen ist gewissenhaft darauf zu achten, daß sie der objektiven Wahrheit entsprechen, von den Beschlüssen der Partei ausgehen und helfen, die aktuelle Politik der Partei zu unterstützen." Immerhin, das war in den Richtlinien dick unterstrichen, sollte die „Treue zum Original des Berichts und zum individuellen Stil des Autors so sorgsam wie möglich gewahrt werden", was „auch für die Verwendung der veröffentlichten Erinnerungen als Quellenmaterial erforderlich" sei.[200] Man hatte „die Individualität des Autors zu wahren, aber notwendige redaktionelle Bearbeitungen durchzuführen, um ‚subjektivistische' Darstellungen auszuschalten, allgemein bereits bekannte Abhandlungen zu vermeiden und vor allem auf der Grundlage der Erlebnisse und des Kampfes des Autors die Rolle der Partei und ihres ZK's zum Ausdruck zu bringen."[201] Bedenklicher als irgendwelche einzelnen Streichungen war, daß bereits die Konzeption der Erinnerungsbände, die Auswahl geeigneter Beiträge „nach der Qualität ihrer Aussage"[202] einem aufgesetzten Beweisziel unterworfen war.

Anfang der sechziger Jahre, im „wissenschaftlichen" Geist der „nationalen Grundkonzeption", wollte man weg von der Handwerkelei der Jubiläumsbände und systematischer arbeiten, um konkrete Forschungslücken zu stopfen. Schwerpunkte, an die man sich irgendwie erinnern sollte, waren, wie regelrecht eingetrichtert wurde, unter „dem Gesichtspunkt der führenden Rolle der marxistischen Partei und ihres Zentralkomitees", der „Kampf der Partei um die Herstellung der Aktionseinheit", „der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der Partei und besonders ihres Zentralkomitees, der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Partei nach 1945 bei der Bildung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates und beim Aufbau des Sozialismus. Bei der Sammlung der Erinnerungen legen wir Wert auf die Darstellung der Zusammenarbeit oder der Begegnungen mit führenden Genossen der Partei und hier besonders mit Genossen Walter Ulbricht."[203]

199 BA DY 30, IV A 2/9.07/281, Richtlinien über die Arbeit der Gruppe Erinnerungen, 31.5.1961, S. 3.
200 Ebd., S. 6.
201 Ebd., Information über die Arbeitsgruppe Erinnerungen, 13.6.1962, S. 13.
202 Ebd., Richtlinien über die Arbeit der Gruppe Erinnerungen, 31.5.1961, S. 6.
203 Ebd., Information über die Arbeitsgruppe Erinnerungen, 13.6.1962, S. 4.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

2.3. Rudolf Lindaus großer Auftritt und der Abgang der „alten Garde"

„Und so lange man mir nicht beweist, beweist Genossen, im wissenschaftlichen Meinungsstreit, daß diese Periodisierung unrichtig ist und die neue Auffassung richtig, so lange halte ich an diesen Dingen fest. Ich kann nicht anders" (Rudolf Lindau).[204]

So schienen die Erinnerungen der Veteranen im ideologischen Haushalt der SED domestiziert, das heißt zugleich ungefährlich und nutzbar gemacht. Diese Zähmung war jedoch letztlich nicht durch irgendwelche Archiv-Richtlinien am grünen Tisch erfolgt, sondern mühselig durchgesetzt worden. Eine ganze Reihe mehr oder weniger dramatischer Zensurfälle war nötig gewesen, um den unbedingten Primat parteigeschichtlicher Dogmen vor der mündlichen Überlieferung durchzusetzen.

Bereits 1955 hatte der Nachwuchshistoriker Werner Plesse im Kreuzfeuer von Knittels Widerstandsbrigade erfahren müssen, daß sich der Leipziger Widerstandskampf nicht auf der Grundlage von Beteiligtenbefragungen darstellen ließ, die die „führende Rolle" des ZK der KPD ignorierten.[205] Wer keine Lehren aus dem allzu selbständigen Umgang von Jonas mit den Erinnerungen der Mansfelder gezogen hatte, mochte spätestens 1959 aus der Abstrafung Habedanks seine Schlußfolgerungen ziehen. Was galten dessen Augenzeugenberichte zum Hamburger Aufstand gegenüber der maßgeblichen Darstellung Walter Ulbrichts?

Auch bei der Durchsetzung der „nationalen Grundkonzeption" ging es nicht ohne das übliche abschreckende Spektakel, die symbolische Inkriminierung ertappter Häretiker ab. Im Grunde genommen war das ganze Projekt einer monolithischen, nach deduktiver Methode konstruierten Parteigeschichte ein einziger großer Anschlag auf die vielsträhnigen, sperrigen, verwirrenden, verklärenden und verbockten, kurzum unwissenschaftlichen Erinnerungen der Veteranen. Einige von ihnen waren gleichzeitig angesehene Parteihistoriker. Sie vereinten so das Charisma authentischen Wissens mit wissenschaftlicher Reputation und brachten ihren Einfluß störend zur Geltung.

Doch die Autorität der großen alten Männer, die man wie ein Orakel konsultieren konnte, zerbröckelte. Jetzt zählten nur noch die jungen Gutachterkollektive der Parteiinstitute.

Mit bemerkenswerter Konsequenz, stets unter Berufung auf das Schema der „nationalen Grundkonzeption", hatten sie die einflußreichsten Parteihistoriker der fünfziger Jahre demontiert, und, sobald einer von ihnen irgendwie das „wissenschaftliche Geschichtsbild" in Zweifel zu ziehen wagte, die Treibjagd eröffnet. Zuerst, Anfang 1958, war Jürgen Kuczynski der Kampagne um den „Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie" zum Opfer gefallen. Albert Schreiner war der große Verlierer der Diskussion um den „Charakter der Novemberrevolution". Und jetzt kamen nacheinander Leo Stern, Walter Bartel und Rudolf Lindau an die Reihe.

„Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung" von Leo Stern, die Einleitung zum vierten Band der „Archivalischen Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" war 1957 fertiggestellt und 1958 bei Rütten & Loening erschienen. Das Problem war gründlich verjährt, als

204 BA DY 30, IV 2/9.07/155, IML (Graf), Mitteilung über die Behandlung des Briefes des Genossen Lindau in der Institutsparteileitung, 19.1.1962, Diskussionsbeitrag des Genossen Lindau, S. 4 und 6.

205 Simone Barck, Widerstands-Geschichten und Helden-Berichte, 138ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

sich die Geschichtsabteilung des IML 1960 daran machte, das „bisher kaum zur Diskussion gekommene" Buch nach den Regeln der Kunst durch seine Sektoren auseinandernehmen zu lassen. Stern verfocht die der „Nagruko" entgegengesetzte These, daß der „Sieg der Sowjetarmeen", und nicht die „Aufhebung der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Gründung der SED" die entscheidende Voraussetzung der revolutionären Umwälzung gewesen sei. Entgegen allen an den Universitäten gelehrten wissenschaftlichen Gepflogenheiten zitierte er Lenin nach den alten Dietz-Broschüren von 1931, was nicht so leicht nachzuprüfen war. Auch Sterns „Behandlung der Novemberrevolution" ließ „viel zu wünschen übrig". Sie trug „den Stempel der Zeit vor der Veröffentlichung der Thesen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution". Stern sagte nicht, „welchen Charakter seiner Meinung nach die Novemberrevolution hatte" und die Periodisierung war „im Lichte der Novemberrevolutionsthesen anfechtbar." Er sah im Januar 1919 „den Kampf um die Macht noch keineswegs zugunsten der Konterrevolution entschieden."[206]

Sterns in Halle erarbeiteten „Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" waren der Geschichtsabteilung des IML seit ihrer Gründung ein Dorn im Auge. Beim Leitverlag für Geschichte, Rütten & Loening, hatte er sich einen schwer kontrollierbaren Freiraum geschaffen. Unter Ausschaltung des Verlagslektorats praktizierte sein Team einen geradezu anarchischen, angeblich mit astronomischen Korrekturkosten verbundenen Direktverkehr mit der Druckerei. Unter Beschuß des IML-Gutachters geraten, flüchtete er unter das Dach des Akademie-Verlags, geriet aber dort vom Regen in die Traufe. Ernst Engelbergs Assistenten verhinderten Sterns, nach ihrer Meinung ohne „blassen Dunst" von den Zielen und Aufgaben der Arbeiterbewegung, „schluderhaft" gemachten und „direkt liederlich" korrigierten Dokumentenband über die „Preußische Innenpolitik 1870–1890" als einen drohenden „untilgbaren Schandfleck in der Verlagsgeschichte".[207]

Walter Bartel, einst der Leibhistoriker Wilhelm Piecks und der Wortführer der Buchenwald-Fraktion, leitete seit 1957 das Deutsche Institut für Zeitgeschichte, war Professor an der Humboldt-Universität und Mitglied der wichtigsten Kommissionen. Vor allem das Versagen als Autor des Hochschullehrbuchs und die Vernachlässigung seiner eigentlichen Domäne, der Zeitgeschichte, schwächten Bartels Ansehen bei der Abteilung Wissenschaft, die „in zunehmendem Maße viele negative Erscheinungen" feststellte. In der überschaubaren Publikationslandschaft der DDR galt es beispielsweise als ein ernst zu nehmender Vorwurf, den gleichen Aufsatz mehrfach zu veröffentlichen. Mißtrauisch machte, daß Bartel „wie uns mitgeteilt wurde, recht enge Beziehungen zum Genossen Prof. Leo Stern" unterhielt. Als Stein des Anstoßes galt aber sein „offen kritisiertes" Referat auf der wissenschaftlichen Konferenz zum 10. Jahrestag der DDR-Gründung (18.–20.9.1959), dessen „theoretisches Niveau, d.h. die Herausarbeitung der Gesetzmäßigkeiten sowie der wichtigsten Grundfragen unserer Geschichte nach 1945 in keiner Weise den Anforderungen" entsprochen hatte. Dabei war das schon im Vorfeld mehrfach zurückgewiesene Referat bereits die vierte Fassung gewesen. „Vor allem in bezug auf die Herausarbeitung der nationalen Grundaufgabe" hatte man ihm geholfen und sogar „acht Tage vor der Konferenz ein Vorausexemplar der ‚Einheit' mit dem Artikel des Genossen Walter Ulbricht ‚Des deutschen Volkes Weg und Ziel' übergeben. All das half nichts." Das Referat blieb „oberflächlich", ohne die „notwen-

206 BA DY 30, IV 2/9.07/137, IML (Wimmer) Bemerkungen zu Leo Stern ... 20.7.1960 und 25.8.1960.
207 Vgl. Siegfried Lokatis, Wissenschaftler und Verleger in der DDR, S. 51.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

dige theoretische Tiefe", ja, es beantwortete „keine der Grundfragen tiefgründig wissenschaftlich." Nicht einmal „der wesentliche Zusammenhang zwischen dem Aufbau des Sozialismus in der DDR und dem Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfrage in ganz Deutschland" wurde behandelt: „Wir haben nach all den Erfahrungen, die wir mit dem Genossen Bartel machen mußten, den Eindruck, daß er diese Frage theoretisch nicht versteht." Ernst Engelberg entzog Bartel das Schlußwort, und die BzG lehnte einen „wissenschaftlich völlig ungenügend fundierten" 44-Seiten Artikel ab, dessen „Stoßrichtung nicht gegen den westdeutschen Militarismus, sondern gegen die rechten SPD-Führer gerichtet war." Die Kritik ignorierte Bartel mit der Bemerkung, daß er auf die Aussprache mit der Redaktion verzichte, „den Artikel werde er unter ‚unveröffentlichte Manuskripte' abheften."

Insgesamt konstatierte die Abteilung Wissenschaft, „neben einer gewissen Unfähigkeit zur wissenschaftlichen Verallgemeinerung", eine „Überheblichkeit gegenüber den Dokumenten der Partei" sowie die „Eitelkeit" und das „Bestreben, unbedingt etwas ‚Selbständiges' zu bringen."[208] „Durch die Auseinandersetzungen wurde auch für einen breiteren Kreis von Genossen die sehr mangelhafte wissenschaftliche Qualifikation sichtbar"[209], und Bartel erhielt die Gelegenheit, „sich wissenschaftlich weiter zu qualifizieren". Auslandsreisen wurden gestrichen, er sollte die Leitung des Instituts für Zeitgeschichte abgeben.[210] Doch erst zwei Jahre später kam es so weit, und zwar, weil er aus den „breiten Auseinandersetzungen" von 1959 „keine ernsten Schlußfolgerungen" gezogen hatte. Die neuen Vorwürfe galten einem von Bartel herausgegebenen Berlin-Buch und einem ZfG-Aufsatz über den Widerstandskampf. Beide Publikationen verstießen den Gutachten zufolge gegen elementare Voraussetzungen der „nationalen Grundkonzeption". Das Buch über Berlin 1945–1948 wurde von Paul Verner auf dem 16. Plenum verrissen.[211] Die Hauptkritik Verners richtete sich gegen einen Aufsatz Gerhard Keiderlings, in dem z.B. bis Seite 29 „weder die Partei noch die Führung" vorkamen. „Alles, aber auch alles" sei „das Werk der Sowjetarmee und einzelner Arbeiter bzw. einzelner Gruppen von Arbeitern."[212] Da man solche „grundsätzlichen Fehler" angeblich bereits früher bei Bartel festgestellt hatte, beträfe die Kritik „in erster Linie ihn als verantwortlichen Herausgeber".[213]

Bartel, sein Mitherausgeber Stulz und die kritisierten Autoren Thomas und Keiderling berichtigten ihre Fehler. In der ausgedruckten Fassung des Sammelbandes wurde „die Grundproblematik der Nachkriegsentwicklung in Berlin" jetzt richtig „als Kampf der von unserer Partei geführten Arbeiterklasse ... um die Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes gegen die volksfeindliche, antinationale Politik der deutschen Imperialisten" etc. cha-

208 BA NY 4182 (NL Ulbricht), 1363, Bericht über ernste Fehler und Schwächen, die in den letzten Monaten in der Arbeit des Genossen Prof. Dr. Walter Bartel aufgetreten sind. (o.Verf./o.D. – Abt. Wissenschaft Ende 1959).

209 Ebd., Information über ernste Fehler und Schwächen, die in der Arbeit des Genossen Prof. Dr. Walter Bartel aufgetreten sind, 18.1.1962.

210 Ebd., Abteilung Wissenschaften (Hörnig) an Ulbricht, 10.11.1959.

211 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 29–35.

212 BA NY 4182, 1363, Paul Verner, Bemerkungen zum Manuskript des Sammelbandes: Bartel/Stulz, Berlin 1945–1948 (2.12.1961).

213 Ebd., Information über ernste Fehler und Schwächen, die in der Arbeit des Genossen Prof. Dr. Walter Bartel aufgetreten sind, 18.1.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

rakterisiert und auch „kurz auf die nationale Grundkonzeption" eingegangen. Die Fehler, so lautete jetzt das Gutachten, waren korrigiert und in einem zusätzlichen Kapitel der unvermeidliche „Bogen zur Gegenwart" gespannt worden. Gerade angesichts solcher Fortschritte wögen die „grundlegenden Mängel, die der vorliegenden Arbeit immer noch anhaften, doppelt schwer." Es war kein Wunder, daß bei der Bearbeitung irgendwie die vielbeschworenen Proportionen durcheinandergeraten waren. Der Sammelband entsprach immer noch nicht den „Erfordernissen unseres Kampfes um die Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes", weil dem „gesamten Werk keine fest umrissene, politisch und wissenschaftlich exakt begründete Konzeption zugrunde" lag. Bartel habe es versäumt „alle Autoren klar und eindeutig darauf zu orientieren, ihren Einzelbeiträgen die nationale Grundkonzeption der Partei zugrundezulegen". Jeder einzelne Beitrag müsse die „Grundkonzeption überzeugend beweisen". Man forderte also von Bartel die Quadratur des Kreises, den Sammelband aus einem Guß. Oder er sollte seine Autorität als Herausgeber preisgeben. „Die Korrektur der fehlerhaften Konzeption" könne nur ein Autorenkollektiv besorgen, das „die Parteibeschlüsse gründlich studieren und auswerten, die prinzipiellen Fragen ausdiskutieren und sich so eine richtige Konzeption erarbeiten" müsse. Das fertige Buch wurde eingestampft.[214]

Bartel war für die Nagruko-Verfechter ein Ärgernis, weil er die Autorität der Buchenwald-Fraktion repräsentierte und deshalb auf dem Gebiet des antifaschistischen Widerstandes als angesehenster Gutachter galt. Man warf ihm vor, die „führende Rolle der Arbeiterklasse" nur „mit ihrem opferreichen Kampf gegen Faschismus und Krieg" zu begründen und zu behaupten, daß sie „das legitime Recht auf die Führung der deutschen Nation ... mit dem Blute ihrer Märtyrer" erworben habe.[215] Diese Auffassung konnte mit der „führenden Rolle" des ZK in Moskau in der Tat die „nationale Grundkonzeption" torpedieren. Alte Artikel, in denen Bartel mehr von „Antifaschisten" und „Widerstandsgruppen" als von der „Arbeiterklasse" und der „KPD" sprach, bewegten „sich nicht auf der Linie unserer Geschichtsbeschlüsse".[216] Als Bartel diesen Fehler später vermied, tadelte ein BzG-Artikel, „auch der Hinweis auf den Kampf einzelner Kommunisten oder kommunistischer Gruppen sowie die Angaben über die steigende Zahl der Hinrichtungen" genügten nicht, „um die Rolle der KPD und ihren kontinuierlichen antifaschistischen Kampf nachzuweisen." Hierzu müsse gezeigt werden, „welche Haltung die Kommunistische Partei und besonders ihr Zentralkomitee zu den Lebensfragen der Nation eingenommen" hätte und „daß Programm und Kampf der KPD den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprachen." Der Autor reduziere „die führende Rolle des ZK der KPD auf organisatorische Formen", zur „richtungweisenden politischen Tätigkeit des Zentralkomitees" werde nichts gesagt.[217]

Die Abteilung Wissenschaften resümierte, daß Bartel offensichtlich seine „falsche Konzeption über Grundfragen des antifaschistischen Widerstandes und der Nachkriegsentwicklung" nicht aufgeben wolle: „Er ignoriert von der Parteiführung und von Genossen Ulbricht bereits eingeschätzte bzw. ausgearbeitete Fragen. Die erneuten grundlegenden Fehler ma-

214 Ebd., Einschätzung des Sammelbandes „Berlin 1945 bis 1948".

215 Ebd., Bericht über ernste Fehler und Schwächen, die in den letzten Monaten in der Arbeit des Genossen Prof. Dr. Walter Bartel aufgetreten sind. (o.Verf./o.D. – Abt. Wissenschaft Ende 1959).

216 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Zwischenbericht über die bisher publizierten Probleme über die Zeit von 1933–1945, 23.6.1962.

217 Heinz Welzel, Zu einem Aufsatz von Walter Bartel über die deutsche Widerstandsbewegung und die Alliierten zur Zeit des zweiten Weltkrieges, in: BzG 1/1962, S. 65–76.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

chen es jetzt dringend erforderlich, Genossen Walter Bartel aus dem Bereich der Wissenschaft zu entfernen."[218] Daß es nicht dazu kam, lag an dem öffentlichen Reuebekenntnis, das Bartel auf dem 16. Plenum ablegte: „Mir ist es passiert, daß in der einen oder anderen Publikation, die von mir selbst erlebte Rolle unserer Parteiführung im Kampf gegen den Faschismus, die Rolle des Zentralkomitees und der Genossen Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck nicht in genügendem Maße politisch und wissenschaftlich behandelt wurde. Es wird mein ernstes Bemühen sein, auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei und insbesondere jetzt unter gründlicher Aneignung der theoretischen und historischen Erkenntnisse, wie sie im Grundriß formuliert wurden, in Lehre und Forschung den Anforderungen zu entsprechen, die unsere Partei an jeden Historiker stellt."[219]

Bartel konnte froh sein, daß Ulbrichts Schlußwort nicht veröffentlicht wurde: „Lieber Genosse Bartel, was das Berlin-Manuskript betrifft, ich werde dir ganz offen sagen, das ist ein schreckliches Manuskript. Ich werde es gröber sagen als Genosse Verner: Das ist schrecklich! ... was ist das für ein Zustand, dass die Genossen, die alte Parteierfahrungen haben, die jungen Genossen allen möglichen Kohl schreiben lassen; statt ihnen zu erklären, welche Rolle die Partei gespielt hat, verschleiern sie selber die Rolle der Partei. Wie kann man so etwas drucken. Und das gibt man auch noch schnell in Druck, damit das niemand merkt, damit keine Möglichkeit besteht, das zu korrigieren. So geht die Sache nicht, Genossen."[220]

Die gesamte „nationale Grundkonzeption" fußte auf den „Thesen zur Novemberrevolution" von 1958. Die Koinzidenz, daß im Januar 1919 die Niederlage der KPD und die Gründung der Weimarer Republik zusammenfielen, bot Ulbricht den lange gesuchten archimedischen Punkt, von dem aus er den „roten Faden" der Parteigeschichte spinnen konnte. Doch Rudolf Lindau fand die Novemberthesen „nicht genügend exakt und wissenschaftlich genug formuliert" und bis Mitte 1919 „eine Situation der Weltrevolution gegeben".[221] Er ging in der Thesenkommission auf Konfrontationskurs und erhob „das Banner des Kampfes um die Reinheit der Lehre".[222]

Im August 1960 verfaßte Lindau ein zwölfseitiges Papier, das, beginnend mit der Fanfare „Einige unserer Historiker behaupten neuerdings", Ulbrichts Periodisierung nach allen Regeln der Kunst ad absurdum führte. Sie sei auch nach sowjetischer Lehrmeinung nicht wissenschaftlich begründet. Lindau rechnete vor, daß den 196 Toten der Januarkämpfe über 15 000 Opfer der Märzkämpfe und der Münchener Räterepublik gegenübergestellt werden konnten, und fragte, weshalb die Nationalversammlung eigentlich „vor den Massenbewegungen zitternd" nach Weimar geflohen sei. Die Januarkämpfe seien weniger entscheidend

218 BA NY 4182/1363, Information über ernste Fehler und Schwächen, die in der Arbeit des Genossen Prof. Dr. Walter Bartel aufgetreten sind, 18.1.1962.

219 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 94f.

220 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag, S. 194.

221 BA DY 30, IV 2/9.07/18, IML-Aktennotiz (Einicke) zur Beratung mit Genossen Rudolf Lindau am 14.4.1959.

222 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag, S. 192.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

als symptomatisch für die Kräfteverhältnisse und die Schwäche der Partei, die Massen dadurch nicht entwaffnet gewesen. Eine Revolution ende nicht mit ihrer Wende.[223]

„Wenn die Frage so stehe", antwortete Ulbricht, „dann sei er gezwungen, noch andere Argumente anzuführen, die bisher noch keine Rolle gespielt" hätten. Bisher habe er aus Rücksicht auf Pieck darüber geschwiegen: „Auch heute können wir das noch nicht richtig, wie es sein müßte, ausarbeiten. Die Historiker werden das vielleicht in zehn Jahren tun können."[224]

Sonst müsse er „damit beginnen, was im Januar 1919 falsch gemacht wurde. Ich müßte damit beginnen, darzulegen, daß das, was früher formuliert wurde, nicht richtig ist. In den jetzt in den Thesen gegebenen Formulierungen ist die Lösung enthalten, die Lenin auf dem III. Weltkongreß gab, was versucht wurde, im Kapp-Putsch durchzusetzen, aber nicht richtig gemacht wurde. Damals gab es schon verschiedene Meinungen, ändern kann man jetzt nichts daran."[225]

War Ulbricht an alle möglichen Rücksichten gebunden, so argumentierte Lindau prinzipiell:

„Für die Novemberrevolution kann es nur eine richtige Periodisierung geben, denn der Marxismus ist unteilbar. Bis 1958 war das Ende der Novemberrevolution unbestritten. In der Sowjetunion ist allgemein gültig die Periodisierung bis zur Münchener Räterepublik. Der Mangel an Diskussionsfreudigkeit in dieser Sache ist kein Zufall. Man hat immer gesagt, das steht in den Thesen und damit basta! ..."

Ulbricht: „... Was die Periodisierung anbetrifft, finde ich Lindaus Polemik erstaunlich. Er redet völlig daneben. Es gab den alten Entwurf, da war die Frage der Periodisierung nicht in Ordnung ... Jetzt gibt es einen völlig neuen Text, deswegen ist die Polemik schief, richtet sich gegen die Luft ... Der Ton, in dem Du (Genosse Lindau) diskutierst, hat nicht mehr mit einer sachlichen Diskussion zu tun ... Welches war der Charakter der Kämpfe nach der Niederlage im Januar? Welche Taktik mußte weiter durchgeführt werden? Lindau will diese Frage verschleiern. Aber das ist der Streitpunkt, wenn Klarheit über den Charakter herrscht. Historisch wurde es mit Blut niedergeschrieben, daß man nicht mit einem Sprung zur Räterepublik kommen konnte ... Wenn Du (zu Lindau) jetzt die Novemberrevolution einheitlich von Januar bis Mai nimmst, dann verkleisterst Du alle Fragen. Das hat große Konsequenzen für unser Politik und für die KPD im Westen. Es werden im Westen alle Fehler noch einmal gemacht ..."

Als Ulbricht auszuführen begann, wie er es 1919 richtig gemacht hätte, konterte ihn Lindau aus, wozu zwei messerscharf gewählte Worte genügten: „Ohne Partei?" Ulbricht hatte sich in ein verknotetes Gewirr widersprüchlicher Argumentationslinien verstrickt und gegen ein marxistisch-leninistisches Axiom, gegen die Kernaussage seiner eigenen Novemberthesen verstoßen. Lindau verhöhnte ihn auf offener Bühne: „Wenn man abstrahiert von der Tatsache, daß die Offensivtheorie bankrott gemacht hatte, daß die alten Spontaneitätsauffassungen nicht überwunden waren, wenn man abstrahiert von der Schwäche der Partei in Verbindung mit der Organisiertheit der SPD und ihren Verrat, wenn man abstrahiert davon,

223 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Rudolf Lindau, Bemerkungen zur Frage des Endes der Novemberrevolution von 1918, 29.8.1960.

224 Ebd., Bericht über die Sitzung der Thesenkommission des ZK am 3.11.1960.

225 Ebd., Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung der Thesen zur GdA, 13.11.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

daß keine Beratung des ZK zustande kam, keine Organisationen da waren, keine Presse, die mal erschien, mal nicht, – dann kann man zu Deiner Meinung kommen." Ulbricht: „Alles, was Lindau aufgezählt hat, wenn man das hineinschreibt, dann wird die Niederlage im Januar verständlicher. Ich anerkenne, daß wir es nicht gemacht haben, nicht machen konnten. Es darf nicht herauskommen, daß alles richtig war, weil es objektive Gründe hatte ... Verfrühte Kämpfe, sagte Lenin, das war richtig – schreibt das hin."[226]

Am 19. Dezember 1961 sah der Parteisekretär des IML, Rudolf Graf, „durch Zufall, daß die Genossin Lippmann einen Brief für den Genossen Lindau schrieb." Sie machte ihn „darauf aufmerksam, daß der Brief vertraulich sei und an das Politbüro gerichtet werden sollte." Graf informierte den Apparat, „weil es offensichtlich war, daß der Brief im Grunde einen Angriff gegen die unter Leitung des Genossen Walter Ulbricht arbeitende Thesenkommission bedeutete." Zwei Tage später erhielt er selbst den Brief, mit der Aufforderung, ihn an alle „leitenden Genossen" des Instituts weiterzureichen. Als er erfuhr, daß den Brief schon andere Genossen im Institut, aber auch außerhalb erhalten hatten, informierte er Kurt Hager. Anfang Januar forderte die IML-Parteileitung Lindau auf, den weiteren Vertrieb des Briefes einzustellen und alle Empfänger des Briefes bekanntzugeben.[227]

Natürlich war es seine alte Feindin Hanna Wolf, die Lindau „in die Wolle" gebracht hatte. „Aus dem Hinterhalt" schießend, ohne Lindaus Namen zu nennen, aber so, daß jeder wußte, um wen es sich handelte, hatte sie auf dem 14. Plenum von dessen Streit mit Ulbricht in der Thesenkommission berichtet. Im „Neuen Deutschland" vom 5.12.1961 war ihr Auftritt auf dem Plenum nachzulesen:

„Es gibt solche Märchen: Genosse Ulbricht sei hart und ungeduldig. Ich muß sagen, ich habe eine ganz andere Erfahrung. Neulich nahm ich an einer Sitzung der Historischen Kommission teil, deren Vorsitzender Genosse Ulbricht ist. Dort ist ein Genosse so aufgetreten, daß mir fast der Kragen geplatzt ist. Ich habe Dich bewundert, Genosse Ulbricht, mit welcher Geduld Du Dir das alles erstmal angehört hast und dann geantwortet hast. Ich muß sagen, ich habe dabei viel gelernt!"

Lindaus Versuch, diesen „Anschlag auf den Meinungsstreit" im Kreis der führenden Genossen und Parteihistoriker zurückzuweisen, wurde ihm als Statutenbruch, ja als Versuch der „Plattformbildung" ausgelegt.[228] Mitte Januar 1962 wurde ein Parteiverfahren eingeleitet, das auf den „Abbau" Rudolf Lindaus hinauslief.

Jetzt rächte sich, daß Lindau den Leiter der IML-Geschichtsabteilung als „Typus des negativen Parteiarbeiters" angegriffen hatte. Lindau hatte Knittel „für ernste, seit Jahren durch den Druck verbreitete ideologische Fehler" verantwortlich gemacht.[229] Knittel, so Lindau auf einer Abteilungssitzung, „verletzte elementare Fragen für Genossen, die Ideologie produzieren", ja habe „Butter auf dem Kopf": „Es gibt keine Furcht? Genosse Knittel hemmt niemanden? Ich bin der Meinung so etwas gibt es, z.B. auch in der Art wie man Genossen entgegentritt ... Das ist ein Krämerladen, Genosse Knittel und kein wissenschaftliches In-

226 Ebd.

227 BA DY 30, IV 2/9.07/155, IML (Graf), Mitteilung über die Behandlung des Briefes des Genossen Lindau in der Institutsparteileitung, 19.1.1962.

228 Ebd., Diskussionsbeitrag des Genossen Lindau auf der Parteiversammlung des IML am 16.1.1962.

229 Ebd., Lindau an Graf, 26.3.1961 (Abschrift).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

stitut. Warum ist das so? Weil man Angst vor der Kritik hat ... Es gibt alte Genossen, deren Kopf noch in Ordnung ist und deren Fähigkeiten man ausnutzen kann."[230]

Die IML-Direktion nutzte die Situation, um sich ihres sperrigen Grandseigneurs ein für allemal zu entledigen. Binnen weniger Wochen landeten auf dem Schreibtisch Kurt Hagers gut zwei Dutzend von Knittel und Einicke gesammelte Stellungnahmen, Einschätzungen, Berichte und Gutachten, die Hager umstandslos an Ulbricht weiterleitete, wo auf diese Weise die fette Akte 1366 („Rudolf Lindau") entstand.[231] Lindau hatte sich im IML auch durch seine vehemente Kritik an der schlampigen Dokumentation der nicht ausreichend „entgifteten" Spartakus-Briefe Feinde gemacht. Er warnte vor der Tendenz, die Vergangenheit „zu lackieren"[232] und sah „keine Anzeichen, daß die Aufgabe, den Weg der KPD vom Halbmenschewismus und ‚prinzipiellen Antileninismus' (Liebknecht) zum Leninismus (von 1914 bis etwa 1925) geschichtlich wahrhaft darzustellen bei der Leitung des IML und ihrer Geschichtsabteilung wirklich verstanden" werde.[233] Er plädierte, auf Kosten des Spartakus-Mythos der „nationalen Grundkonzeption", für die „Einschätzung der ‚Bremer Linken' als vorwärtstreibendes Element".[234]

Nichts ist für die enge Verzahnung der parteigeschichtlichen Diskussion mit institutspolitischen Querelen bezeichnender als die Weise, in der mit Rudolf Lindau gleich auch seine Lieblingsthese abserviert wurde. Nicht weniger als drei Gutachten entstanden im IML und in der Parteihochschule, die die Bremer Linken, einst im Gegensatz zu Spartakus auf der Zimmerwalder Konferenz mit Lenin verbunden und der politische Ort Wilhelm Piecks, als unklare anarchosyndikalistische Sektierer aufmachten. Lindau lege „kein Gewicht auf die Herausarbeitung der nationalen Rolle der Spartakusgruppe" und stelle damit „die Kontinuität der führenden nationalen Rolle der Kommunisten in Frage".[235] Das Gutachten der Parteihochschule suchte bei der Bremer Linken ein „selbständiges Programm zur Lösung der nationalen Frage" und konnte es natürlich nicht entdecken.[236]

Mit einem einzigen Federstrich hatte Ulbricht die Kampagne gegen Lindau ausgelöst. Lindau, so Ulbricht, habe in der Thesenkommission „eine Formulierung gegeben ..., die eine Gleichsetzung des Spartakusbundes mit der Bremer Linken bedeutet. Diese Formulierung haben wir abgelehnt."[237] Die Stelle, um die es ging lautete nun nicht mehr „Spartakus und die Bremer Linken", sondern „Spartakus und andere linke Kräfte".[238]

Später betonte Ulbricht, daß es sich hierbei „um große Fragen der Entwicklung unserer Partei" gehandelt habe. Er hielt der Bremer Linken vor, beim KPD-Gründungsparteitag gegen die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung plädiert zu haben. „Das

230 BA DY 30, IV 2/9.07/32, IML (Abt. Geschichte der Partei ...), Protokoll der Diskussionen in der Abteilungsversammlung, 24./25.1.1961 vom 1.2.1961.

231 Ebd., Hager an Ulbricht 22.1.1962, 1.2.1962, 22.2.1962.

232 BA DY 30, IV 2/9.07, 18, IML-Aktennotiz (Einicke) zur Beratung mit Genossen Rudolf Lindau am 14.4.1959.

233 Ebd., Lindau an die Direktion des Instituts, 9.2.1961.

234 Ebd., Rudolf Lindau, Bemerkungen zu den Dokumentenbänden ..., 22.11.1960.

235 BA NY 4182, 1366, IML (Klaus Mammach, Siegfried Ittershagen), Zur Einschätzung der Spartakusgruppe und der Bremer Linksradikalen, 19.1.1962.

236 Ebd., Parteihochschule (Heinz Wohlgemuth), Spartakusgruppe und Bremer Linksradikale, 17.1.1962.

237 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag,, S. 199.

238 BA DY 30, IV A 2/9.07/208, Entwurf der Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 68.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

bedeutet die Ablehnung der Gewerkschaftsarbeit und den Verzicht auf den Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bevölkerung. Das ist für eine junge Kommunistische Partei das Gefährlichste, was ihr passieren konnte, nachdem ihre besten Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet worden waren. So ist die Lage ... Zu guter letzt wird Gen. Lindau sicher einen Brief schreiben, dass die Mehrheit des Zentralkomitees seinen Standpunkt nicht geteilt hat. Dafür kann ich doch nicht."[239] „Ich möchte hier nicht gegen Genossen Rudolf Lindau polemisieren, da er leider nicht hier ist. Jeder kann ja schreiben, wie er denkt. Bei uns herrscht Freiheit", kommentierte Hanna Wolf auf dem 16. Plenum eine ältere Broschüre Lindaus. Und Walter Ulbricht ergänzte: „Auf dem Gebiet des Verlagswesens herrscht sogar absolute Freiheit."[240] „Heiterkeit" vermeldet an dieser Stelle das Protokoll. Aber das wurde nicht gedruckt.[241]

„Die jungen Historiker haben tüchtig mitgearbeitet, bei den alten geht das ein bißchen langsam", resümierte Ulbricht die Arbeit am „Grundriß" in der Thesenkommission. Nicht die Beschäftigung mit der Geschichte, sondern mit den Historikern habe ihn die meiste Zeit gekostet, und Lothar Berthold assistierte: „Jawohl, so ist das gewesen."[242]

Ihn ernannte Ulbricht jetzt zum federführenden Sekretär der Parteigeschichte und zum Leiter der Geschichtsabteilung des IML. Jetzt sollten die jungen Genossen „ihre Fähigkeiten zeigen. Wir waren doch auch jung, als wir Parteisekretär wurden. Da hat uns keiner gefragt, ob wir das auch schaffen werden, sondern man hat uns gesagt: Morgen fährst du hin und suchst dir eine Parteiorganisation zusammen! – Niemand hat danach gefragt, ob man es auch schaffen wird oder ob man auch Lust dazu hat, sondern das war ein Parteiauftrag, der durchgeführt wurde. Unseren jungen Historikern soll die Möglichkeit gegeben werden, jetzt eine große Arbeit zu leisten bei der Ausarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ..."[243]

Der Generationswechsel war zugleich ein Triumph der Parteihochschule über das IML. Nicht nur Lindau war getroffen, sondern dessen Gegner in der Institutsleitung, Ludwig Einicke und Fritz Knittel, wurden gleich mit abgelöst. Wie Berthold, der Nachfolger Knittels, war auch Roland Bauer, der Nachfolger des IML-Direktors Einicke, ein Exponent der Parteihochschule. „Genosse Ulbricht sagte, daß die Abteilung Geschichte unseres Instituts gearbeitet hat wie Handwerksburschen", belehrte der neue Direktor seine Mitarbeiter.[244]

Da das Revirement ungefähr mit dem 16. Plenum des Zentralkomitees (26.–28. Juni 1962) zusammenfiel, konnte der neue Direktor Bauer, 1958 noch wie Lindau ein Hauptverfechter des „sozialistischen Charakters" der Novemberrevolution, gleich zu Beginn seiner Amtszeit im IML den dort verabschiedeten „Grundriß" feiern.

239 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag,, S. 192.
240 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 39.
241 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag, S. 51.
242 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 3, S. 40, S. 47.
243 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag, S. 201.
244 BA DY 30, IV 2/9.07/12, IML, Abteilungsleiterberatung (Bauer), 5.7.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

3. Der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung"

3.1. Richtfest und öffentliche Kritik

Es fällt heute leicht, über Ulbrichts „dritten Beruf" als Historiker zu spötteln, und seine Eingriffe in die Geschichtsschreibung als wissenschaftsfremde und typisch diktatorische Bevormundung zu behandeln. Es ist auch nicht zu übersehen, welche konkreten Machtinteressen Ulbricht in den verschiedenen Phasen zu dieser Arbeit motivierten. Sie bot die Chance, alle möglichen innerparteilichen Gegner zu diskriminieren, überwundene Beschlußlagen auszuradieren und den unheimlichen Schatten Stalins zu bannen. In vielen Fällen aber war er es, der – solange es nicht auf seine Kosten ging – in diesem explosiven Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik den Primat der Wissenschaftlichkeit einforderte. Ulbrichts Arbeit an den Thesen wurde unter Parteihistorikern anscheinend nicht als Kompetenzüberschreitung, sondern als willkommene Hilfe und Schiedsgericht empfunden. Handelte es sich hierbei nur um Lippenbekenntnisse? Parteigeschichtliche Wahrheit bedurfte der höchsten Autorisierung, um „klassische" Geltung, Klarheit und Eindeutigkeit zu erlangen. Schon 1948 postulierte die Redaktion der „Einheit", daß „kein Beliebiger" mit der Diskussion über die Parteigeschichte beginnen könne, sondern „nur Genossen von großer Autorität, großem Gewicht, großer Erfahrung, die selbst die kritische Zeit aktiv und verantwortlich miterlebt haben und die überdies ein außerordentliches Taktgefühl für die Behandlung dieser Fragen besitzen." Nur dann würde die Diskussion „die gewünschte Stärkung der Partei und nicht etwa gegenteilige Wirkungen hervorbringen".[245] Kein anderer als Rudolf Lindau hatte wiederholt das Engagement der Parteispitze gefordert.[246]

Für den „Grundriß" sagte Karl Bittel jetzt dem „tatkräftigen Historiker-Aktivisten" allerherzlichsten Dank, er zweifele nicht, daß es „jetzt funke" und „wir Historiker in sein Arbeitstempo eingespannt" würden.[247] Albert Norden („Hier tritt eine Partei vor das deutsche Volk, die aus tausend Kämpfen tausend Narben an ihrem Körper trägt ...") zeigte sich vom Stolz auf den „Grundriß" überwältigt und sah in Ulbricht den „treibenden Motor".[248] Albert Schreiner zeigte sich von Ulbrichts „sachlicher Schärfe und Geduld" beeindruckt: „Diese Feststellung gilt auch, sofern ich zuweilen Objekt dieser polemischen Schärfe gewesen bin."[249] Selbst der einst von Ulbricht gestürzte Franz Dahlem bekannte sich „in Kenntnis vieler Auseinandersetzungen" zu seinem alten Gegner. Es sei ein „großes Glück", daß dieser die Partei führe, stets „eine theoretisch und praktisch grundsätzlich richtige marxistisch-leninistische Politik" vertreten habe und jetzt den „Grundriß" vorlege.[250] Dahlem verlas

245 BA DY 30, IV 2/9.10/11, Stellungnahme der Redaktion der Einheit zur Kritik am Jahrgang 1948.
246 BA DY 30, IV 2/9.07/155, Lindau an IML (Einicke), 6.2.1958.
247 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 3.
248 Ebd., S. 5.
249 Ebd., S. 55.
250 Ebd., S. 28.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

auch ein Referat Wilhelm Koenens zum linken USPD-Flügel. Koenen attestierte Ulbricht, auf dem Gebiet der Geschichte jenen „prinzipienfesten Kurs" zu steuern, „der schon den Genossen Thälmann und Pieck eigen war." Er betonte im Namen der „Alten", wie glücklich er sei „einen solchen erfahrenen Partei- und Volksführer", der „in der Kontinuität der besten Eigenschaften der deutschen Arbeiterbewegung seit Marx und Engels" stehe, an der Spitze des Arbeiter-und-Bauern-Staates zu wissen. Kein Marxist-Leninist sollte an der „historisch gewordenen (!) Wahrheit rütteln."[251] Der frischgebackene IML-Chef Roland Bauer pries den „Grundriß" als singuläres Phänomen: „Es ist eine zusammenhängende Darstellung, die vor uns noch keine Partei geschaffen hat. Der Grundriß hat eine große nationale Bedeutung gegen die Verfälschungen. Die Parteiführung hat uns als Historikern eine große Arbeit abgenommen ... Wo gab es in der Geschichte Deutschlands so etwas, daß sich die höchste Parteiführung tage- und monatelang mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt hat."[252] Alfred Kurella schwärmte „von dem Feuer und der Härte, von dem Ernst, aber auch von der Schönheit der vergangenen Kämpfe" und versuchte in Worte zu fassen, warum auch hartgesottene Veteranen angesichts der Parteigeschichte Rührung übermannte: „Ja, das ist unser Leben. Jeder Satz, jede Zeile rührt an Dinge, die man selbst beobachtend, leidend, denkend und handelnd mitgemacht hat, wobei Hunderte Saiten der Erinnerung anklingen."[253]

Genau genommen war der „Grundriß" auf dem 16. Plenum noch gar nicht fertig, sondern nur ein „Entwurf", den das ZK zur Diskussion freigab: „Liebe Genossen, wer nicht einverstanden ist mit irgendwelchen Fragen, hat das Recht, öffentlich Stellung zu nehmen, in der Geschichtszeitschrift, in der „Einheit", überall wird über den „Grundriß" diskutiert werden. Sagt Eure Meinung. Aber nach zwei Monaten soll niemand mehr sagen: Ich war mir noch nicht im klaren, ob ich mitdiskutieren soll. So geht die Sache nicht. Diskutieren wir öffentlich, das schadet gar nichts. Aber wir wollen eine wirkliche ideologische Vorwärtsbewegung und ideologische Festigung der Partei erreichen." Ohne solche „Klarheit und innere Einheit" könne man den komplizierten Kampf um die westdeutsche Arbeiterschaft nicht führen.[254]

Die endgültige, nach dem VI. Parteitag erschienene Fassung von 1963 wich in einer ganzen Reihe von Details vom Entwurf des 16. Plenums ab. Jetzt galt es, „sich die Fragen zu stellen, warum wohl diese oder jene Formulierung nicht mehr auftauchte bzw. verändert war, und man mußte vor allem verstehen, zwischen den Zeilen zu lesen."[255]

Beispielsweise hatte man auf S. 18 das Luxemburg-Bild nachgebessert, auf S. 32 die „größte Revolution in der deutschen Geschichte" gemacht, auf Seite 34 Max Planck und Friedrich Schiller anonymisiert, auf S. 35 die SPD neu eingeschätzt, auf S. 36 den 13. August 1961 eingefügt und auf S. 280 die „Nato-Kirchenleitung" in den Plural gesetzt. Eine einschneidende Veränderung war der Umbau der V. Hauptperiode. Bei der DDR-Geschichte wurde der Einschnitt von 1958 nach 1955 vorverlegt. Dafür kam ein neues, von Heinz Heitzer verfaßtes Schlußkapitel über die „Periode von 1961 bis zur Gegenwart" hinzu.[256]

251 Ebd., S. 12.
252 Ebd.
253 Ebd., S. 67 und 72.
254 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag, S. 193f.
255 Fritz Zimmermann, 40 Jahre BzG, S. 4.
256 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, IML (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung), Kurzprotokolle der Arbeitsgruppe IV, 1.6.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Die vom IML geführte Liste der Änderungsvorschläge, welche „bei der Überarbeitung des Grundrisses Beachtung fanden", war fast 100 Seiten lang. 16 Seiten umfaßten die Veränderungen, die über Stilkorrekturen hinausgingen.[257] Wolfgang Ruge kritisierte, es sei nicht nachzuweisen, daß die revolutionären Kräfte 1918 die Zerstückelung Deutschlands verhindert hätten, Wilhelm Wehling störte die oberflächliche Einschätzung des Heidelberger Parteitags der KPD 1919 und Walter Wimmer forderte, mehr Konsequenzen aus dem XXII. Parteitag der KPdSU zu ziehen. Er vermißte die „unerläßliche Einschätzung des Trotzkismus". Er plädierte dafür, an möglichst vielen Stellen die Fehler Stalins zu behandeln und lieber von der „Schlacht an der Wolga" als von Stalingrad zu sprechen. Die Akademie der Wissenschaften wünschte eine Einschätzung der „Wirkung der faschistischen Propaganda, besonders des Antikommunismus und der Rassenideologie" sowie des „Klassenkampfes innerhalb der DAF". Günther Benser wollte die SMAD von „bewährten Marxisten-Leninisten" geführt wissen.[258] Stefan Doernbergs Vorschlag, die Gründung der DDR vom Beginn der Periode 1949–1955 an das Ende der Periode 1945–1949 zu verlegen, war in der Thesenkommission schon „mehrfach erwogen", jedoch zurückgewiesen worden.[259] „Tschechoslowakische Genossen bemerkten, daß der Einschnitt 1933 stärker hervorgehoben werden müßte", der sich sonst nicht von den Einschnitten 1924 und 1929 abhebe, und die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften störte sich an der Formulierung, daß die DDR durch den Staatsvertrag mit der Sowjetunion ihre Souveränität erhalten habe. Die Souveränität könne „ein Land nicht allein durch einen Vertrag erhalten."[260] In der endgültigen Fassung war deshalb zu lesen, daß die „Souveränität und Unabhängigkeit der DDR" durch den Vertrag „gefestigt" worden seien (Grundriß, S. 253).

Zwei grobe, den theoretischen Rahmen tangierende Schnitzer wurden beseitigt. Wilfriede Otto war aufgefallen, daß die Hauptperioden ohne Klassenanalyse eingeführt worden waren, und in einer Periode hatte man vergessen wie „notwendig, wenigstens an einer Stelle die nationale Bedeutung des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung" zu würdigen.[261]

Einige erst für den Achtbänder richtungsweisende Vorschläge waren aus Leipzig eingetroffen. Werner Berthold kamen die Beziehungen zum französischen Proletariat zu kurz, die man Adenauers monopolkapitalistischem Arrangement mit de Gaulle gegenüberstellen müsse, dem „Leipziger Institut für Geschichte der europäischen Volksdemokratien" die „deutsch-polnischen Arbeiterbeziehungen" und die internationale Arbeiterbewegung generell, was die kommunistische Führungsebene anging, „übrigens eine Problematik, die auf Grund der Quellenschwierigkeiten bisher noch von keinem Historiker der DDR untersucht werden konnte." Karl Czok wies auf einen weiteren grundsätzlichen Mangel des nationalen Geschichtsbildes hin. Er fand seine sächsischen Arbeiter weiter entwickelt als jene „in Bayern, Schleswig-Holstein oder gar in Mecklenburg" und plädierte für regionale Differenzie-

257 BA DY 30, IV A 2/9.07/213, IML (L. Berthold) an Hager, Bemerkungen und Änderungen zum Grundriß ... 29.3.1963.

258 Ebd., S. 43, 44, 54–57, 80.

259 Ebd., Bemerkungen zum Vorschlag des Genossen Dr. Doernberg ...

260 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Autorenkollektiv Lehrbuch der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Arbeitsgruppe IV (1945–1962), 5.3.1963.

261 BA DY 30, IV A 2/9.07/213, IML (L.Berthold) an Hager, Bemerkungen und Änderungen zum Grundriß ... 29.3.1963, S. 4, S. 36.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

rung.[262] Es ist auffällig, daß gerade die kühnsten Neuerungsvorschläge gern auf irgendwelche älteren Ulbricht-Broschüren Bezug nahmen und sich dahinter verschanzten. Einwände, wie sie später Hermann Weber formulierte, etwa die Frage nach den im GULAG verschwundenen KPD-Führern, standen nicht zur Diskussion.

Die Genossen Historiker kannten längst alle Sprachregelungen und Fettnäpfchen. Höchst unzufrieden war Lothar Berthold hingegen mit den „charakteristischen Fragen und Unklarheiten" der Diskussionen, die an der Basis, in den Schulungen und nach Vorträgen geführt wurden. Anscheinend hatte man dort den Grundriß, die „Klassiker" und die Aufsätze Ulbrichts noch immer „viel zu wenig ernsthaft studiert".

Es mangele an Verständnis für die „Verantwortung der Arbeiterklasse der DDR zur ökonomischen Stärkung der DDR" und die „historische Kontinuität der Politik der Partei in der nationalen Frage". Infolge von „Illusionen" würde immer wieder „die Diskussion auf Fragen der Staatsgrenze und des Reiseverkehrs" gelenkt. Andere fragten: „Warum lehnen sich die SPD-Mitglieder nicht endlich gegen die rechten Führer auf? Wo bleibt die führende Rolle der Arbeiterklasse in Westdeutschland?"[263] An der fehlenden Wucht der jetzt anrollenden Geschichts-Kampagne kann es jedenfalls nicht gelegen haben, wenn die erwartete Wirkung ausblieb.

3.2. Massenschulung, Medienkampagne und Museumspolitik

Die 293 Multiplikatoren, Vertreter der örtlichen Kommissionen und Propagandisten, die Ende Juli 1962 in der bis auf den letzten Platz belegten zentralen Sonderschule des ZK in Brandenburg mit der Auswertung des Grundrisses beginnen sollten, hatten ein Problem. „Bedauert wurde, daß der Grundriß selbst nicht zur Verfügung stand."[264] Die Druckereien brauchten diesmal länger.

Für die ZfG war eine Sonderauflage des „Grundrisses" von 6 000 Exemplaren vorgesehen, von denen 1 000 für jene Institutionen und Personen vorgesehen waren, „die in erster Linie die Diskussion tragen" sollten.[265] Die Geschichtszeitschrift bot auch die Möglichkeit, unter wissenschaftlichem Deckmantel 2 400 Exemplare in Westdeutschland zu verbreiten.[266] Der Akademie-Verlag übernahm die Aufgaben, den „Grundriß" in englisch, russisch, französisch und spanisch herauszubringen. Verglichen mit der Springflut, die jetzt die Parteiöffentlichkeit überschwemmte, kam das alles nicht in Betracht.

Sonst lag die Auflagenhöhe der „Einheit" bei knapp 200 000. Sie galt als hoffnungslos überhöht. Auf einem Seminar der ZK-Abteilung Landwirtschaft wurde festgestellt, „daß von 70 Parteimitgliedern nur einer die ‚E' gelesen" hatte.[267] Somit erreichte die Sonderausgabe

262 Ebd., S. 2ff.

263 BA DY 30, IV A 2/9.04/137, Lothar Berthold, Analyse der bisherigen Ergebnisse der Arbeit mit dem „Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", 29.3.1963.

264 BA DY 30, IV 2/9.07/59, Bericht über den Lehrgang an der Sonderschule des ZK der SED zur Auswertung des Grundrisses zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (23.–28. Juli 1962), S. 193f.

265 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Plan für Diskussion über Periodisierungsentwurf ... 22.6.1960.

266 BA DY 30, IV A 2/9.04/137, Lothar Berthold, Analyse der bisherigen Ergebnisse der Arbeit mit dem „Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", 29.3.1963.

267 BA DY 30, IV 2/9.10/2, Protokoll der Redaktionskollegiumssitzung vom 18.12.1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

der Zeitschrift, die den „Grundriß zur Geschichte der Arbeiterbewegung" enthielt, eine ganz unglaubliche Auflagenhöhe. Damals lagerten so riesige wie unverkäufliche Bestände des Parteiverlages in Leipzig, gerade deshalb war eben erst der Verleger entlassen worden. Doch vom „Grundriß" war rasch eine Million vergriffen, und der Dietz-Verlag ließ nach vier Wochen 80 000 Stück nachdrucken.[268] Insgesamt druckte die „Einheit" 1 230 000 Exemplare. 1963 wurde der „Grundriß" in der leicht veränderten, endgültigen Fassung noch einmal als selbständige Broschüre verbreitet, diesmal betrug die Auflagenhöhe 350 000 Stück.[269] Die Gesamtauflage von 1,6 Millionen entsprach ungefähr der damaligen Mitgliederzahl der SED.

Der „Grundriß" wurde zur Pflichtlektüre im Parteilehrjahr. In nicht weniger als 24 417 Zirkeln studierten über 460 000 „Genossen und Parteilose ... systematisch in zwei Jahren die Probleme des Grundrisses." 130 000 weitere Teilnehmer der „Zirkel zum Studium der nationalen Politik der DDR" orientierten sich an den Kapiteln zur V. Hauptperiode. „In fast allen Kreisen" fanden „Propagandisten-Konferenzen, theoretische Seminare oder Anleitungen zum ‚Grundriß'" statt. 1962 steigerten die Sektionen Geschichte der „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse" (Urania) die Zahl ihrer Vorträge auf 16 801. „Der Umfang der Vortragstätigkeit" war „jedoch noch größer, da auch von den Sektionen Staat und Recht, Internationale Fragen, Kunst und Literatur, Philosophie, Pädagogik und Wirtschaftswissenschaften u.a. Vorträge zu Problemen des Grundrisses gehalten wurden." In der Betriebsakademie des Kombinats Espenhain („beispielsweise") fand „eine große Zahl von Zyklen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" statt, ähnliches meldeten die VEB Döbelner Beschläge und das Transformatorenwerk „Karl Liebknecht". Radio DDR legte eine „systematische Abfolge von historischen Themen und Konsultationen" fest. Die „Rundtischgespräche zur Geschichte der nationalen Politik" fanden, wie eine Flut von Zuschriften belegte, „großen Anklang vor allem, da sich führende Historiker, leitende Funktionäre, Veteranen usw. beteiligten und Fragen beantwortet wurden." Im 2. Quartal 1963 waren allein „den Marx- und Geschichtsfälschungen der SPD-Führer" 10 Sendungen gewidmet und Lothar Berthold verlangte, den Deutschen Fernsehfunk stärker einzuschalten. Das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen ließ auf der Basis des Grundrisses einen neuen Ausbildungsplan für Geschichtslehrer ausarbeiten, und schon für das Herbstsemester 1962/1963 wurde ein entsprechend den einzelnen Studienjahren differenziertes Programm für die Behandlung des Grundrisses im Grundstudium herausgegeben.[270] Auf der V. Kunstausstellung in Dresden und mit den Leitern der Künstlerverbände wurde über die „Schaffung neuer Kunstwerke mit einer dem Grundriss entsprechenden Thematik" diskutiert.[271]

In Jena besuchten Archäologen und Kunsthistoriker die Kolloquien zum „Grundriß", die technischen Kräfte führten einen eigenen Zirkel durch.[272] In Greifswald bildete die historische Fakultät „7 Kollektive zur Vorbereitung der Vorlesungen zum Grundriß" und bot zusätzliche Seminare für Mediziner und Theologen an. Hier begann man mit dem Bauernkrieg

268 BA DY 30, 42670 (Dietz-Bestand), Hausmitteilung Hennig, 1.10.1962.
269 BA DY 30, IV A 2/9.13/2, Dietz-Verlag, Jahresbericht 1963.
270 BA DY 30, IV A 2/9.04/137, Lothar Berthold, Analyse der bisherigen Ergebnisse der Arbeit mit dem „Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", 29.3.1963.
271 BA NY 4182, 1341, Hager an Ulbricht, 17.11.1962.
272 BA DR–3, 4113, Historisches Institut der Friedrich-Schiller-Universität (Siegfried Schmidt) an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, 27.9.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

und der frühbürgerlichen Revolution, um erst anschließend den Grundriß auszuwerten.[273] Das Historische Institut der Universität Rostock stellte der Bezirksleitung Propagandisten zur Verfügung, die „in fünf Kreisen des Ostseebezirkes Konferenzen zur Auswertung des Grundrisses" durchführten und auch einen mehrmonatigen Wochenendlehrgang für „westdeutsche Bürger" betreuten.[274] Der FDGB Bezirksvorstand Rostock beriet „seminaristisch" den Grundriß mit 170 westdeutschen Arbeitern und Gewerkschaftern, die in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen einschlägige Arbeitszirkel einzurichten versprachen. Die Abteilung Agitation des ZK versah ohnehin einen ausgewählten Personenkreis in Westdeutschland mit 8 000 Exemplaren.[275]

Die Bezirkskommission Neubrandenburg nutzte eine Schulung für Museumsmitarbeiter, „um einmal mit ihnen einige Fragen des Grundrisses zu behandeln und zum anderen mit ihnen konkrete Maßnahmen zu beraten wie sie zur Popularisierung des Grundrisses beitragen" könnten. Man legte fest, „vorhandene Abteilungen über die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung an Hand des Grundrisses neu zu gestalten" und „für die Zirkel zum Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Parteilehrjahr Materialausstellungen zu erarbeiten ..."[276]

Bei der museologischen Durchsetzung des „Grundrisses" ging es nicht um eine zentrale Jubiläumsausstellung und auch nicht um die großen „National- und Gedenkstätten", sondern um die Eroberung der Provinz. In der DDR gab es über 400 Heimatmuseen, wobei das Spektrum vom Bezirksmuseum Stralsund bis zu den 120 „Ortsstuben" in Seifhennersdorf oder Poel, vom Mühlenmuseum Jarmen über das Spielzeugmuseum Sonneberg bis zu den Rübeländer Tropfsteinhöhlen und Feengrotten in Saalfeld reichte. Eine Analyse des Ministeriums für Kultur führte nicht weniger als 102 sogenannter „Memorialstätten" auf, beispielsweise das Thomas-Müntzer-Museum Allstedt, die Erich-Weinert-Gedenkstätte Magdeburg und das Jenny-Marx-Haus in Salzwedel,[277] doch gab es 1965 noch keinen „vollständigen Überblick über alle in der DDR vorhandenen Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung."[278]

Das Projekt, die DDR in ein großes Freilichtmuseum zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu verwandeln, hatte inzwischen beeindruckende Fortschritte gemacht. Ein eindrucksvolles, eng bedrucktes Verzeichnis aller Gedenkstätten umfaßte schließlich nicht weniger als 590 Seiten.[279] In Gardelegen hatte man zur Erinnerung an den „Todesmarsch" von 1 016 Konzentrationslagerhäftlingen zur Isenschnibber Scheune einen „Nationalen Mahn- und Gedenkweg" geschaffen. Alle 500 Meter waren Gedenksteine aufgestellt, die die „Forstele-

273 Ebd., Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Historisches Institut (Schäwel) an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Auswertung des Grundrisses, 21.9.1962.

274 Ebd., Universität Rostock, Historisches Institut (Heitz) an das Staatssekretariat für das Hoch und Fachschulwesen, 12.9.1962.

275 BA NY 4182, 1341, Hager an Ulbricht, 17.11.1962.

276 BA DY 30, IV 2/9.07/58, Zur Auswertung des Grundrisses im Bezirk Neubrandenburg (mündlicher Bericht auf der Beratung beim IML), 9./10.10.1962.

277 BA DR–1, 7758, Ministerium für Kultur (Hans Bentzien) an den Ministerrat (Alexander Abusch), 14.2.1964, Anlage „Analyse und Perspektive Heimatmuseen".

278 BA DY 30, IV A 2/9.07/252, Referat Maur, Zur Verantwortung der Geschichtskommissionen der SED für die Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung.

279 Institut für Denkmalpflege der DDR (Anna Dora Miethe), Gedenkstätten. Arbeiterbewegung, Antifaschistischer Widerstand, Aufbau des Sozialismus. Leipzig/Jena/Berlin 1974.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

ven" des Kreises mit „kriechendem Gehölz" umzäunt hatten. Die Eisenbahner von Mieste halfen beim „Großreinemachen" der Gräber, und die „Zirkel schreibender Arbeiter" in Salzwedel und Gardelegen schritten zur literarischen Gestaltung. Das „Komitee Touristik und Wandern" veranstaltete den ersten Gedächtnislauf, die GST einen Sternmarsch mit über 100 Fahrzeugen, die „mit wehenden Fahnen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates" und den „Losungen für die kommunalen Volkswahlen" an winkenden Thälmann-Pionieren vorbeibrausten. Bei der „Erforschung der Todesmärsche" wurde sogar „ein Agent zur Strecke gebracht".[280]

Leipzig hatte neben der Iskra- und Lenin-Gedenkstätte das Karl Liebknecht-Haus und vor allem das Georgi-Dimitroff-Museum vorzuweisen, die 1963 von 152 Arbeiterveteranen betreut wurden. Doch jetzt mußten die „neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse" in den Ausstellungen Einzug halten.[281] Der „Grundriß" machte eine zwei Jahre in Anspruch nehmende Rekonstruktion des Dimitroff-Museums unumgänglich, angesichts der wachsenden Diskrepanz zwischen der „geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis der Partei" und der Ausstellung war eine weitere Öffnung „politisch kaum noch zu verantworten". Sie war „längst politisch, wissenschaftlich, materialmäßig und gestalterisch überholt. Von den Einflüssen des Personenkults um J.W. Stalin durchdrungen, war sie durch eine enge Auffassung von der Rolle der Arbeiterbewegung und Kommunistischen Partei gekennzeichnet. Der ‚Grundriß' hat das deutlich offenbart."[282]

Es ging nicht darum, Lassalle „aus dem Museum zu verbannen", sondern man mußte die „Opportunisten" richtig einschätzen und nicht, wie im Augustusburger Museum, ein Porträt Vahlteichs über Bebel hängen. Als beispielhaft galt das Museum in Burg, das die illegale Parteiarbeit, Flucht und Emigration des berühmtesten Bürgers Hermann Matern auf einer Europakarte nachgezeichnet hatte. Nur die lokalgeschichtliche Seite einer solchen Persönlichkeit zu zeigen, hätte eine „Unterschätzung der nationalen Rolle der Arbeiterbewegung" dargestellt. Hingegen vermittelte Eisleben noch ein falsches Bild von Max Hoelz und verschwieg dessen „anarchisches Gebaren".[283] In Falkenstein (Vogtland) hing sogar noch die zweifelhaft gewordene Einschätzung Rudolf Lindaus: „Einen solchen Tatmenschen wie Max Hoelz zu disziplinieren, vermochte die Partei seinerzeit noch nicht."[284]

Bald zeigte „sich überall, daß in der Darstellung der Geschichte etwa um 1830 ein deutlicher Bruch zu verzeichnen" war, weil man versuchte „die Arbeiterbewegung abstrakt darzustellen ... Es wurden die Kämpfe der Arbeiterbewegung, der KPD, gezeigt, aber kaum einmal die Menschen" und so die Grundforderungen musealer Gestaltung verletzt. Das Ministerium für Kultur versuchte vergeblich, die überforderten, in der Regel parteilosen, zu „mehr als 80% überalterten" Museumsdirektoren, meist „pensionierte Oberlehrer, Justizbeamte, Postangestellte etc.", gegen die „sektiererischen", vom IML angespornten Bezirkskommissionen zu unterstützen. „Das Ergebnis sind langweilige ‚Papierausstellungen' meist

280 Ebd., Diskussionsbeitrag des Genossen Meissner (Bezirkskommission Magdeburg) auf der zentralen Beratung, November 1964.

281 Ebd., Zur Arbeit mit den Gedenkstätten der Arbeiterbewegung im Bezirk Leipzig (o.D., 1964).

282 BA DR-3, 5514, Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen (Herder), Rekonstruktion des Dimitroff-Museums, 6.6.1963.

283 BA DY 30, IV A 2/9.07/252, IML, Sektor örtliche Arbeiterbewegung, Für eine höhere Qualität in der Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Heimatmuseen, 3.4.1963.

284 Ebd., IML-Hausmitteilung (Maur), 3.12.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

auf Tafeln, mit langen Texten ..., das örtlich bereits gefundene Material diente und dient in vielen Fällen nur als Illustration für den ‚Grundriß'."[285]

3.3. Ein kleiner Katechismus der Zensur

Im IML galt die Zensurarbeit, die „sehr zeitaufwendige Gutachtertätigkeit", als eine schwere Last und „wesentliche Störungsquelle" für eine kontinuierliche, wissenschaftliche Arbeit.[286]

„Allein im letzten Jahr haben wir 51 Gutachten ausgearbeitet, was uns sehr viel – unserer Meinung nach sogar zu viel – Zeit kostete", beklagte sich die Direktion. Der Sektor III der Geschichtsabteilung hatte z. B. in einem Halbjahr 300 Arbeitstage dafür aufgewendet.[287]

1963 entstanden „wissenschaftliche" Richtlinien, eine Publikationsordnung und Autorisierungsvorschriften, die die Verantwortlichkeit des IML wesentlich einschränkten.

Ohne besonderen Auftrag aus dem Politbüro wurden demnach nur noch „alle Dinge die mit dem Dietz-Verlag zusammenhängen, Marx-Engels- und Lenin-Ausgaben, Arbeiten führender Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung" begutachtet.[288] Die Geschichtsabteilung des IML konzentrierte sich darauf, die „Herausgabe von Dokumenten und Quellen-Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", deren Texttreue und Übereinstimmung mit der aktuellen Publikationspraxis zu überwachen und stellte folgende Richtlinien auf:

„1. Erstveröffentlichungen von Dokumenten und Quellen-Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung können, soweit diese nicht durch andere verantwortliche Stellen der Parteiführung vorgenommen werden, nur durch das IML oder mit dessen Zustimmung herausgegeben werden.

2. Nachdrucke, Sammelbände bzw. auszugsweise Veröffentlichungen von Dokumenten und Quellen-Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung können nur nach vorheriger Konsultation mit dem IML erfolgen. Verantwortlich für solche Veröffentlichungen sind die Verlage und Institutionen, die den Druck vorbereiten bzw. als Herausgeber auftreten.

3. Alle Verlage und Institutionen sind verpflichtet, das IML von ihren diesbezüglichen Vorschlägen und Plänen rechtzeitig zu informieren. Das IML kann von den Verlagen die vollständigen Manuskripte (einschließlich Vorwort, wissenschaftlichen Apparat usw.) zur Autorisierung und Bestätigung anfordern. Aus ihnen müssen alle Veränderungen und Kürzungen ersichtlich sein.

4. Dokumente der Partei können nur durch einen entsprechenden Beschluß des Politbüros bzw. des Sekretariats des ZK der SED herausgegeben werden. Die Vorbereitung erfolgt

285 BA DR–1, 7758, Ministerium für Kultur (Hans Bentzien) an den Ministerrat (Alexander Abusch), 14.2.1964, Anlage „Analyse und Perspektive Heimatmuseen".

286 BA DY 30, 42667, Rundschreiben des IML (Diehl) an Dietz und andere Verlage, 29.12.1966.

287 BA DY 30, IV A 2/9.07/1, Bericht des IML ... über den Stand der Erfüllung des Beschlusses des Politbüros vom 27.3.1962 ...

288 BA DY 30, IV A 2/9.07/9, IML, Protokoll über die Abteilungsleitersitzung vom 13.8.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

entweder durch das Büro des Politbüros, die Ideologische Kommission beim Politbüro oder eines der beiden Büros beim Politbüro."[289]

Nach dem Erscheinen des „Grundrisses" hoffte das ZK-Institut, sich in Ruhe seiner wissenschaftlichen Hauptaufgabe, der Arbeit am „Geschichtswerk" widmen und anderen die Zensur überlassen zu können.

Sieben Jahre nach der Abdankung von Stalins Kurzem Lehrgang existierte wieder ein einzelner kanonischer Leittext, ein „Buch der Bücher" mit absolutem Geltungsanspruch. Die inhaltlichen Kriterien des Grundrisses entsprachen im wesentlichen der „nationalen Grundkonzeption" und waren schon länger in Geltung. Aber bisher waren sie mehr oder weniger das milieugebundene Herrschaftswissen der Parteihistoriker und eingeweihter redaktioneller Kader gewesen. Schon weil die Doktrin zwischen 1958 und 1962 aus undurchsichtigen Gründen wiederholt verändert worden war, wirkte sie geheimnisvoll.

Das Arkanum der Parteiinstitute, das Wissen um den „roten Faden" der „nationalen Grundkonzeption" wurde jetzt öffentlich. Seit Mitte 1962 orientierte sich die gesamte Begutachtungspraxis zur Geschichte der Arbeiterbewegung am „Grundriß", der bis zum Erscheinen des Achtbänders 1966 als unanfechtbarer Leittext und Zensurmaßstab galt.

Schulungen und Seminare sorgten dafür, daß die Historiker in Rostock und die Lektoren der Verlage bald die Regeln der Grundriß-Exegese so gut wie die Spezialisten im IML beherrschten.

Gleich auf dem 16. Plenum, bei der Verabschiedung des „Grundrisses" erinnerte Kurt Hager an die nunmehr bevorstehenden neuen Zensuraufgaben: „Die wissenschaftlich exakte Periodisierung und Einschätzung der wichtigsten Ereignisse der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zwingt nunmehr dazu, wie mir scheint, früher erschienene Werke einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Das gilt für Geschichtslehrbücher, die für Schulen geschrieben worden sind, oder für einige Schriften zur Geschichte der KPD."[290]

Die Lektoren des führenden Geschichtsverlages Rütten & Loening machten sich an die Arbeit. Sie prüften zunächst, welche Texte „durch Ergänzungen unseres Geschichtsbildes (vor allem durch den Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung) problematisch geworden" waren, und atmeten auf, wenn „eine nochmalige Durchsicht des von uns bereits imprimierten Umbruchs ergab, daß dies nicht der Fall" war.[291] Bei einem Buch zum Dimitroff-Prozeß stellte der Verlag den Druckgenehmigungsantrag in der Meinung, daß sich durch den „Grundriß" „an der politischen und wissenschaftlichen Akzentuierung der Arbeit aller Voraussicht nach nichts oder nur wenig ändern" würde. „Eventuell sich ergebende Korrekturen" würden „vom Verlag und Autor selbstverständlich noch vor und während der Druckgenehmigung eingearbeitet".[292]

Eine Dissertation über den Kampf der KPD gegen die Ruhrbesetzung 1923 zitierte zwar noch Stalin, aber hatte „bereits weitgehend die Gesichtspunkte berücksichtigt ..., die dann in dem erst kürzlich veröffentlichten ‚Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewe-

289 BA DY 30, IV A 2/9.07/37, IML Direktion, 7.12.1963, Abschrift aus dem Beschluß des Politbüros Nummer 42/63 vom 26.11.1963 (Durchführung zum PB-Beschluß vom 27.3.1962).

290 Ebd., S. 102f.

291 BA DR–1, 3391, DG-Antrag Rolf Weber, Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866 , Rütten & Loening (Weißel) an das Ministerium für Kultur (Wunsch), 12.12.1962.

292 Ebd., DG-Antrag Ernstgert Kalbe, Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß, Verlagsgutachten 3.8.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gung' ihren Niederschlag fanden". Als der Wortlaut vorlag, machten sich allerdings „für den Autor hier und da noch einige Präzisierungen der Formulierung notwendig ... Darüber wird sich der Autor vermutlich selbst im Klaren sein."[293]

Von den Autoren erwartete man ganz selbstverständlich, daß sie sich dem Ritual beugten und allen Komplikationen zuvorkamen, eine höchst anspruchsvolle, den professionellen Regeln unterworfene, gut informierte Form von Selbstzensur. Wer in der DDR ein historisches Buch publizieren wollte, mußte sich ihr unterwerfen. Diese Spielregel galt auch für sowjetische Kollegen. Der befreundete Widerstandsforscher A. S. Blank hatte nicht nur den „Grundriß" als „Leitfaden" benutzt, sondern, wie ein IML-Gutachter ohne weiteres voraussetzen konnte, „zweifelsohne nach dem Erscheinen des von der 2. Tagung des ZK der SED im April 1963 bestätigten ‚Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' entsprechende Veränderungen in seiner Arbeit vorgenommen."[294] Der Deutsche Verlag der Wissenschaften reagierte einmal geradezu beleidigt, als das Parteiinstitut seine Kompetenz in Zweifel zog und die „Weltgeschichte in Daten" kritisierte: „Auch ohne die Gutachten wären von den Autoren noch Änderungen vorgenommen worden."[295]

Hier hatte ein Autor es „gut verstanden, die Probleme des ‚Grundrisses zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' auf sein Thema anzuwenden",[296] da war einer dabei, „die im ‚Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' formulierten allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des nationalen Geschichtsbildes durch aufschlußreiche, historisch-konkrete Details aus dem Bereiche der örtlichen Arbeiterbewegung zu belegen."[297]

Doch was verbarg sich eigentlich hinter solchen Floskeln? Was bedeutete es, wenn ein Buch mit dem „Grundriß" übereinstimmte? Es stellte sich bald heraus, daß dazu ganz unterschiedliche Vorstellungen existierten. Wenn die Gliederung eines Werkes „nicht der wissenschaftlichen Periodisierung" entsprach, „wie sie im ‚Grundriß' gegeben" war,[298] handelte es sich jedenfalls um die Verletzung eines elementaren Prinzips. Es war auch ratsam, sich nicht zu konkreten Einschätzungen in Widerspruch zu stellen. Bei problematischen Fragen galt es unbedingt für geboten, dem Wortlaut des „Grundrisses" zu folgen. Um etwas über den „Agenten des englischen und amerikanischen Geheimdienstes Frahm-Brandt in der skandinavischen Emigration zu sagen", war es beispielsweise „zweckmäßig, wenn sich der Autor kurz auf exakte Formulierungen des Grundrisses zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung stützte. Das gäbe seinem Lebensbericht eine höhere Präzision und parteiliche Eindeutigkeit!"[299]

---

293 Ebd., DG-Antrag Heinz Köller, Kampfbündnis an der Seine, Ruhr und Spree – Der gemeinsame Kampf der KPF und KPD gegen die Ruhrbesetzung 1923, Verlagsgutachten 18.10.1962.

294 BA DY 30, IV A 2/9.07/379, IML (Bruno Löwel), Gutachten zu A.S. Blank, 7.5.1964.

295 BA DR–1, 3676, Deutscher Verlag der Wissenschaften (Arnold, Beth), Aktenvermerk über die Berücksichtigung der in den Gutachten zur „Weltgeschichte in Daten" gemachten Hinweise, 6.10.1965.

296 BA DR–1, 3391, DG-Antrag Heinz Hümmler, Opposition gegen Lasalle – Zur Entwicklung der revolutionären Opposition im ADAV von 1862 bis 1866, Gutachten Erich Kundel, 24.8.1962.

297 BA DR–1, 5058, DG-Antrag Ernst Puchmüller, Mit beiden Augen. Erinnerungen, (Hinstorff), Gutachten Rolf Melzer, Universität Rostock, 17.12.1963.

298 BA DY 30, IV 2/9.07/12, IML (Hortzschansky), Gutachten über die Arbeit von Hans Wermes, Heimatkunde und Geschichtsunterricht – einst und jetzt (o.D., Herbst 1962).

299 BA DR–1, 5058, DG-Antrag Ernst Puchmüller, Mit beiden Augen. Erinnerungen, (Hinstorff), Gutachten Egon Rentzsch, 7.1.1964.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Auf der anderen Seite konnte man leicht des Guten zuviel tun. War der Verlag Neues Leben bei einem autobiographischen Zeitroman „um ein richtiges Geschichtsbild bemüht, ohne das dieses Buch nicht existieren kann", so konnte ein Gutachter gerade dagegen protestieren: „Hier hat sich die Autorin zu Dingen verpflichtet gefühlt, die ihr nicht liegen. Man hört die Nachtigall trampeln ... Unsere Erzähler sollten den ‚Grundriß' nicht nachträglich illustrieren oder rechtfertigen, sondern seine Voraussetzungen fundamentieren. Genau das tut dieses Buch. Ich warnte daher die Autorin vor einem ihrem Stil fremdartigen, zu plakathaft wirkenden Schluß ..."[300]

Es ging nicht darum, den „Grundriß" zu klonen. Was sollte man beispielsweise mit einer Gewerkschaftsgeschichte anfangen, die sich darauf beschränkte, „allgemeine Thesen des ‚Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' – zum Teil noch ungenau – wiederzugeben, ohne sie durch konkrete Fakten aus dem gewerkschaftlichen Leben und Kampf zu belegen und zu ergänzen"?[301]

Das IML klagte über den „Schematismus" der „Veröffentlichungen nach dem Grundriß, in denen man versuchte, die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung nach dem Grundriß zu frisieren",[302] und beschwerte sich, wenn „zwischen den Zitaten aus dem Grundriß und den dargebrachten örtlichen Fakten" kein Zusammenhang bestand.[303] Die Gedanken des „Grundrisses" sollten nicht irgendwie „angeklebt" wirken, sondern das Werk „durchdringen".[304]

Idealtypisch mußte ein Autor demnach den „Grundriß" im „Selbststudium" verinnerlicht haben und dessen Argumentationslinien sicher genug beherrschen, um daraus ein neues Gerüst zu bauen.

Diese Zumutung konnte den gutwilligsten Autor zur Verzweiflung treiben.

Der Veteran Kurt Kühn, ein „Propagandist" aus Leipzig, hatte „mit viel Initiative und Begeisterung" eine Biographie seines Kampfgefährten Georg Schumann verfaßt, „in mühevoller Kleinarbeit ... ein umfangreiches Quellenmaterial studiert" und sogar „sehr flüssig, lebendig und anschaulich geschrieben". Der Text hob sich „angenehm von der hölzernen Gelehrsamkeit" ähnlicher Publikationen ab. Alles umsonst! Knittel taxierte den Text als Rohentwurf. „Falsche Proportionen", „zu faktologische Einschätzungen", die „an der Oberfläche" blieben und die fehlende „theoretische Durchdringung" führten dazu, daß der Text nicht zu dem (noch gar nicht erschienenen) „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" paßte und damit „in Übereinstimmung" gebracht werden mußte.[305] Die Gutachter waren austauschbar, doch ihre Schablonen blieben die gleichen. Knittel mußte kurze Zeit später den Sessel als Leiter der IML-Geschichtsabteilung räumen, und Günter Hortz-

300 BA DR–1, 5038, DG-Antrag Anna Metze-Kirchberg, Das Glück der schweren Jahre, Gutachten Walther Victor, 26.8.1964.

301 BA DY 30, IV A 2/9.04/137, IML (Naumann), Gutachten zum Bildband über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 21.2.1964.

302 BA DY 30, IV A 2/9.07/252, Referat des Genossen Maur auf der Dezember-Beratung mit den Bezirkskommissionen (1963).

303 Ebd., IML (Maur), Zur Verantwortlichkeit für die Geschichtskommissionen ..., 20.4.1963.

304 BA DY 30, IV 2/9.07/12, IML (Hortzschansky), Gutachten über die Arbeit von Hans Wermes ... Herbst 1962.

305 BA DY 30, IV A 2/9.07/364, Fritz Knittel, Bemerkungen zum Entwurf einer Biographie über Georg Schumann, 22.6.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schansky nahm den Vorgang in die Hand. In einer Beratung akzeptierte der Autor dessen „Forderung, die im ‚Grundriß' niedergelegten Erkenntnisse in die Biographie einzuarbeiten. Es zeigte sich in der Diskussion jedoch, daß er nach unserer Ansicht noch nicht völlig begriffen hat, daß es nicht genügt, einzelne Einschätzungen aus dem ‚Grundriß' zu übernehmen, sondern vielmehr die Gesamtdarstellung unter anderem dahingehend zu überprüfen ist, ob – soweit es im Rahmen einer Biographie möglich ist – die Probleme der Strategie und Taktik, des Weges zur Macht durchgehend behandelt werden und auch die nationale Rolle der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei sichtbar wird, d.h. die Leitgedanken des ‚Grundrisses' die notwendige Beachtung finden ..."[306] „Am 14. Dezember 1962 legte Gen. Kühn die gesamte Arbeit in einer neuen Fassung vor. Eine Reihe Fehler und Mängel waren beseitigt, die obengenannten Hauptschwächen zeigten sich jedoch auch in dieser Fassung." Es kam zu „Unstimmigkeiten und Redereien auch außerhalb unseres Instituts", was Hortzschansky später auf „die große Empfindlichkeit des Gen. Kühn gegenüber kritischen Hinweisen" zurückgeführt wissen wollte.[307] Bedauernd stellte er fest, daß der Autor „meistens das Wesen unserer Hinweise nicht verstand."[308] Eine neue Besprechung wurde anberaumt. „Im Januar 1963 verstarb jedoch Gen. Kühn."[309] Er sei „völlig unerwartet verstorben", schrieb die Witwe dem IML: „Seine Arbeit, die seine ganze Kraft gekostet hat, konnte er kurz vor seinem Tode beenden. Sie liegt nun bei Ihnen und ich erfülle den Auftrag meines Mannes, wenn ich Sie darum ersuche, den Druck dieser Arbeit zu beschleunigen."[310]

Walter Ulbricht und dessen Berater Hans Vieillard hatten sich lobend über die ersten drei Kapitel des Manuskriptes ausgesprochen. Doch Kühn hatte dieses Argument vergeblich ins Feld geführt. Um sich abzusichern, schaltete das IML zusätzlich die Gutachter des Dietz-Verlages ein.[311] Gegen die eherne Logik der „nationalen Grundkonzeption" und die Autorität des „Grundrisses", gegen das eindeutige Urteil eines entsprechend „wissenschaftlichen", verantwortlich alle Gesichtspunkte abwägenden Begutachtungsverfahrens kamen „subjektive", private Sympathien längst nicht mehr in Betracht, nicht einmal, wenn sie von Ulbricht stammten. Kurt Kühns Schumann-Biographie, posthum überarbeitet und herausgegeben von Wolfgang Kießling, erschien 1965.

Die große Zeit der Autorenkollektive hatte begonnen. Sie bedurften kaum noch externer Zensur, sondern verfügten mit dem „Grundriß" selbst über den richtigen Maßstab. Auf dem 16. Plenum hatte Kurt Hager dem Hochschullehrbuch eine gründliche Revision verordnet: „Auch hier steht die Aufgabe vor uns, nicht nur die Arbeit am Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes zu einem Abschluß zu bringen, sondern auch die Ausarbeitung der bereits

306 Ebd., IML, Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Hortzschansky), Aktennotiz über eine Beratung mit Kurt Kühn am 27.9.1962.
307 Ebd., Aktennotiz Hortzschansky, 25.5.1963.
308 Ebd., IML, Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Hortzschansky), Aktennotiz über eine Beratung mit Kurt Kühn am 27.9.1962.
309 Ebd., Aktennotiz Hortzschansky, 25.5.1963.
310 Ebd., Lina Kühn an das IML, 5.2.1963.
311 Ebd., IML, Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Hortzschansky), Aktennotiz über eine Beratung mit Kurt Kühn am 27.9.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

fertigen Teile und der vorliegenden Manuskripte im Lichte der neuen geschichtlichen Erkenntnisse gründlich mit allen Historikern zu überprüfen."[312]

Seit 1952 befand sich das Hochschullehrbuch in Planung und Arbeit, die Fertigstellung hatte sich nicht zuletzt durch einen Dauerkonflikt im Autorenkollektiv, zwischen Meusel und Engelberg, verzögert. Im Februar 1962 schien es endlich so weit zu sein, die Abschnitte 1917 bis 1945 sollten im Autorenkollektiv diskutiert werden. Deshalb bat dessen Sekretär Joachim Streisand jetzt um ein Vorabexemplar des „Grundrisses" „als Grundlage für die Arbeit". Aber es war zu spät. Das „Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes", die „Meistererzählung" der Akademie kollidierte jetzt mit jener der Partei. Sie war „nach dem Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu überarbeiten" und wurde vorerst auf Eis gelegt.[313]

Im Oktober 1962 fand ein Kolloquium über „Die Bedeutung des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung für die Literaturgeschichtsschreibung der DDR" statt, an der auch Anglisten, Romanisten und Sorbisten teilnahmen. Aber hauptsächlich ging es um eine marxistische Geschichte der deutschen Nationalliteratur, zu der bis zum VI. Parteitag eine neue Konzeption erarbeitet werden mußte, worauf eine hektische Sequenz von Konferenzen und Institutsberatungen zwischen Jena und Rostock folgte. „Bürgerlich-ideologische Positionen" und der „stark vorhandene atheoretische Zug" sollten endgültig überwunden, die charakteristischen Abschnitte der letzten 120 Jahre Literaturgeschichte mit den „fünf Hauptperioden und einzelnen Unteretappen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" abgeglichen, kurz ein „konzeptionelles Geschichtsbild der deutschen Literatur des gleichen Zeitraums" entworfen werden. Die durchgängige Anwendung der Kategorie der „Nationalliteratur" betonte die „materialistische Grundposition der marxistischen Ästhetik", daß Literatur als „fester Bestandteil der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung" verstanden werden müsse. Analog zur „historischen Mission" der Arbeiterklasse wurde ein „nationalliterarischer Auftrag" kreiert, dessen Bewältigung es erlaubte, „unsere Gegenwartsliteratur der DDR in den großen weltgeschichtlichen und welthistorischen Zusammenhang" zu stellen. Jetzt wurden der Publikationsplan der „Weimarer Beiträge" auf der „Grundlage des Grundrisses" überarbeitet und auch die Mitarbeit der führenden Germanisten am großen „Geschichtswerk" organisiert.[314]

Im April 1962 hatte der Verlag Volk und Wissen das von 20 Autoren verfaßte Manuskript der einbändigen deutschen Literaturgeschichte, die Keimzelle des 1976 fertiggestellten Elfbänders, als „sehr gut" akzeptiert, es war kollektiv beraten und zweimal überarbeitet worden. Im Hinblick auf den „Grundriß" forderte das ZK im Juli 1962 eine Überprüfung. Allein der Teil 1700–1849 wurde von sieben Gutachtern durchgesehen; ein Autor beschwerte sich bei Kurt Hager: „Passagenweise kann der Umfang der Gutachten sich fast

312 Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962, S. 102f.

313 Martin Sabrow, Planprojekt Meistererzählung, S. 254f., in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 227–286.

314 BA DY 30, IV A 2/9.04/225, Abteilung Wissenschaften, Zusammenfassender Bericht über die Auswertung des Grundrisses zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung für die Literatur-Geschichte, 23.10.1962; ebd., (undatierter Entwurf), Information über Probleme, die sich bei der Ausarbeitung der „Skizze zur Geschichte der deutschen Nationalliteratur von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zur Gegenwart" ergaben.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schon mit dem Manuskript messen. Das System der Begutachtung besteht, kraß ausgedrückt, darin, sich möglichst aller maßgeblichen Literaturwissenschaftler der Republik zu vergewissern, um nach dem Erscheinen des Bandes keine Kritik mehr befürchten zu müssen." Das Manuskript werde „durch die zahlreichen Prüfungen, Aussetzungen und Bearbeitungen immer gleichförmiger", alle Meinungsunterschiede würden nivelliert. „Die letzte Nachricht des Verlages (26. Okt.) stellt nochmalige Überarbeitung in Aussicht."[315]

Es sei ökonomisch nicht zu vertreten, ein ungenügend diskutiertes Lehrbuch in hoher Auflage herauszugeben, konterte Hagers Abteilung Wissenschaft die Beschwerde. „Um dem Charakter eines Lehrbuches zu entsprechen, muß bereits ein bestimmter Stand des öffentlich und nicht öffentlich geführten Meinungsstreites erreicht sein. Nicht zuletzt verpflichtet das Erscheinen des Grundrisses zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die Herausgeber dieses Lehrbuches, eine feste marxistische Grundlage und hohe wissenschaftliche Qualität zu gewährleisten."[316]

Was das Hochschullehrbuch, die sogenannte „Minol-Reihe", für die Historiker darstellen sollte, war für den Germanisten die große Literaturgeschichte beim Verlag Volk und Wissen.

Der „Grundriß" wurde also zum Urmeter, zum letztinstanzlichen Maßstab jener großen Kollektivprojekte erklärt, die ihrerseits für ganze Disziplinen als Leittexte gedacht waren. Ein einziger Umstand relativierte seine Geltung. Letztlich besagte bereits der Titel, daß es sich nur um ein Provisorium, eben um einen „Grundriß" handelte, der seine Bedeutung verlieren mußte, sobald das eigentliche „Geschichtswerk", die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" fertig war.

315 BA DY 30, IV A 2/9.04/225, Nationale Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar, Parteileitung (Hendel) an Kurt Hager, 10.12.1962.

316 Ebd., Stellungnahme der Abteilung Wissenschaften, 20.12.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

KAPITEL 6

Die Arbeit am „Geschichtswerk" (1962–1964)

1. Generalstabsplanung

Nie zuvor und auch später nicht mehr ist ein historisches Werk von vergleichbarem Umfang so rasch aus dem Boden gestampft worden. Die Konzeption, der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", war noch nicht in der letzten Fassung verabschiedet, als die Autoren der fünfzehn Kapitel des großen „Geschichtswerkes" im Frühjahr 1963 beinahe gleichzeitig ihre „Rohentwürfe" fertig hatten und zur kollektiven Diskussion stellten. Eine Textmasse von etwa 2 900 Seiten stand nach einem halben Jahr bereit.[1] Zweieinhalb Jahre dauerte es dann, aus diesem disparaten Konglomerat eine relativ einheitliche Teigmasse zu kneten und mit immer neuen Zutaten zu versehen, das Unbekömmliche zu entfernen und die unvermeidlichen Risse mit Zucker zu übergießen. Tatsächlich erinnerte der Gestus, mit dem der für die IV. Hauptperiode zuständige Arbeitsgruppenleiter Ernst Diehl am Werk war, an einen erfahrenen Küchenchef. Stößt man in den Protokollen auf Sätze wie: „Behandlung der Brandler-Linie noch etwas vorsichtiger" oder gar: „Bei der Behandlung der Räte noch 1–2 Seiten konkrete Fakten dazugeben", so hört man ihn gleichsam mit der Zunge schnalzen.[2]

Wenn man eines von der DDR-Geschichtswissenschaft lernen kann, so ist es die Kunst, ein gut geöltes Autorenkollektiv in Bewegung zu setzen, die „sozialistische Gemeinschaftsarbeit". Zum ersten Mal wurde diese in den Naturwissenschaften längst übliche Arbeitsweise in den Gesellschaftswissenschaften angewandt. Das Hochschullehrbuch, ohnehin noch nach dem alten Prinzip „jeder Autor ein Buch" konzipiert, war an der Arbeitsüberlastung der zerstrittenen Autoren gescheitert.[3] Diesmal, auf dem 16. Plenum des Zentralkomitees, stellte Ulbricht die Bandautoren von jeder anderen Aufgabe frei. Aber damit war es nicht getan. Lothar Berthold erwies sich als unermüdlicher und blendender Organisator, und die Geschichtsabteilung des IML wurde seine Kommandozentrale.

1 BA DY 30, IV A 2/9.07/227, Analyse hinsichtlich der Entwicklung des Marxismus-Leninismus und seiner Aneignung und Anwendung durch die Partei ...

2 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Besprechung der Arbeitsgruppe 1917–1945 am 7.12.1964.

3 Martin Sabrow, Planprojekt Meistererzählung, S. 286, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 227–286.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Schon einen Tag nach dem 16. Plenum, am 29. Juni 1962, informierte der frisch ernannte Bandsekretär die Sektorleiter seiner Geschichtsabteilung über die neuen Beschlüsse und setzte ein umfassendes Revirement in Gang. Bertholds Frontoffiziere, die designierten Bandautoren aus dem IML Günter Benser, Heinrich Gemkow, Annelies Laschitza und Walter Wimmer, verstärkten ihre Sektoren und lehrten die Mitarbeiter das neue Reglement, den „Grundriß".[4] Das schien nötig, die alte IML-Direktion hatte seit 1958 angeblich „faktisch neben der Geschichtsdiskussion gelebt":

„Obwohl seit mehreren Jahren am Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gearbeitet wird und verantwortliche Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus (Genossen Knittel, Leibbrand, Lindau) an den Diskussionen in der Thesenkommission teilgenommen haben, kannten nicht einmal die leitenden Mitarbeiter der Sektoren der Geschichtsabteilung die im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Grundrisses diskutierten und von der Thesenkommission geklärten Fragen."[5]

Am 11. Juli konstituierte sich Ulbrichts „Autorenkollektiv". Dessen Zusammensetzung war vier Jahre später in neun Millionen Bänden nachzulesen. Die Bezeichnung dieses beratenden und „verantwortlichen" Gremiums ist insofern irreführend, als ihm nur wenige Autoren angehörten. Sie ist insofern berechtigt, als das Gremium ein hohes Maß von Autorisierungs-Kompetenz vereinte, um die entstandenen Texte abzusegnen, ungewohnte Einschätzungen durchzusetzen und Zweifelsfälle zu entscheiden. Zu dem Zeitpunkt, als es aktiv werden sollte, waren mit Wilhelm und Bernhard Koenen zwei prominente Mitglieder verstorben. Ihre Namen bürgten noch posthum für die Einbindung der USPD-Linie. Friedrich Ebert repräsentierte die Sozialdemokraten, Fritz Globig als Dienstältester die kommunistischen Veteranen, Albert Schreiner die alte Garde der Parteihistoriker, Kurt Hager die „Ideologische Kommission" und Hanna Wolf die Prinzipientreue. Die große Stunde des Autorenkollektivs schlug erst in den tagelangen Sitzungen von 1964 und 1965. Zunächst einmal bestätigte es Lothar Bertholds „Arbeitsordnung" und legte die Termine fest.[6]

Demnach traten die vier befehlsführenden „Generale" in der dritten Juliwoche 1962 ihr Kommando an. Die Leiter der vier wissenschaftlichen Arbeitsgruppen gehörten derselben Generation wie Lothar Berthold an und waren keine vierzig Jahre alt: der Marx-Spezialist Horst Bartel vom Engelberg-Institut, Dieter Fricke aus Jena, Ernst Diehl, zuvor am Institut für Gesellschaftwissenschaften, und Werner Horn von der Parteihochschule. Entsprechend den vertrackten Vorgaben der Periodisierung operierten sie in schiefer Schlachtordnung mit breitem Zentrum, der zu lang geratenen Hauptperiode von 1917 bis 1945.

Bis kurz vor der Drucklegung schrieben alle Beteiligten in der Meinung, es ginge darum ein Lehrbuch in drei Bänden mit jeweils höchstens 600 Seiten vorzulegen. Im Frühsommer 1965, also nach dreijähriger Arbeit am „Geschichtswerk", war zum ersten Mal von acht Bänden die Rede, die schließlich insgesamt über 5 000 Seiten umfaßten. Es ist deshalb zum Skizzieren der Herstellungsphase zweckmäßig, sich nicht von der suggestiven Kraft der

4 BA DY 30, IV 2/9.07/32, IML Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Beschlußprotokoll der Sektorleitersitzung am 29.6.1962.

5 BA NY 4182/923, IML (Direktion – Bauer), Bericht über die Lage am Institut für Marxismus-Leninismus, wie wir sie bei der Aufnahme unserer Tätigkeit im Mai/Juni 1962 vorfanden, 8.8.1962.

6 BA DY 30, IV 2/9.07/223, Beschlußprotokoll der konstituierenden Sitzung des Autorenkollektivs für die Ausarbeitung des Geschichtswerkes „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", 11.7.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

haptischen Präsenz im Bücherschrank verführen zu lassen, sondern die zeitgenössische Einteilung in fünf Hauptperioden und fünfzehn Kapitel zu übernehmen.

Die ersten drei Hauptperioden, von denen Horst Bartel mit der Zeit bis zur Jahrhundertwende gleich zwei, Fricke mit dem Imperialismus bis zur Oktoberrevolution die kurz geratene III. Hauptperiode übernahm, sollten in Band Eins behandelt werden. Zu Bartels Team gehörten Rolf Dlubek, Heinrich Gemkow, Herwig Förder und Walter Schmidt. Die Aufgaben überkreuzten sich. Schmidt übernahm die Anfangsphase bis 1844 und die Revolution 1848/49, Förder die Jahre 1844–1848 und 1849–1852. Dlubek verwaltete die Zeit von 1852 bis 1871, Bartel und Gemkow die Kaiserzeit bis zur Jahrhundertwende.[7] Fricke, dem Albert Schreiner als beratender Zeitzeuge beigegeben war, stützte sich auf Annelies Laschitza und, für die Jahre 1914–1917, auf Gerhard Engel, der über Johann Knief, den Führer der Bremer Linken, promoviert hatte. So kam die in den Auseinandersetzungen mit Rudolf Lindau eben erst aus der Parteigeschichte eskamotierte Bremer Linke durch die Hintertür wieder hinein und sogar mit einer auffällig moderaten Einschätzung davon.[8] Die Arbeitsgruppe heuerte für kleinere Zeitabschnitte noch drei weitere anonym gebliebene Autoren, Günter Griep, Werner Richter und Walter Wittwer an. Sie schrieben, waren aber nicht „verantwortlich". So entstand die folgende Einteilung:

„1898–1904 Fricke
1905–1906 Griep
Verantwortlich: Fricke ...
1907–1909 Wittwer
1910–1914 Laschitza
Verantwortlich Laschitza
1914–1917 Richter/Engel ..."[9]

Ernst Diehl verwaltete mit der IV. Hauptperiode, die von 1917 bis 1945 reichte, die gesamte KPD-Geschichte bzw. den zweiten Band mit den Kapiteln VI bis XII, eine wahre Herkules-Arbeit. Walter Nimtz betreute die Novemberrevolution (VI. Kapitel), Günter Hortzschansky die Krisenzeit 1919 bis 1923 (VII. Kapitel), Wilhelm Ersil die „Stabilisierungsspezialisten"[10] (VIII. Kapitel), Walter Wimmer die Weltwirtschaftskrise (IX. Kapitel), Wolfgang Schumann und Bruno Löwel die NS-Zeit.

Die Werner Horn anvertraute V. Hauptperiode stellte die undankbarste Aufgabe. Hier blieb die meiste Arbeit zu leisten, und man bewegte sich in wissenschaftlicher wie politischer Hinsicht auf hauchdünnem Eis. Relativ am besten erforscht war die „antifaschistische" Nachkriegsphase, die Domäne Günter Bensers (XII. Kapitel). Heitzer übernahm das XIII., Doernberg das XIV., Horn das XV. Kapitel. Das Vorwort verfaßte Berthold selbst, das Ortsregister die Lenin-Abteilung.[11]

Es ist notwendig, die insgesamt 20 Autoren auf diese Weise den Arbeitsgruppen und Kapiteln zuzuordnen. Der Achtbänder führt die Autoren in alphabetischer Ordnung auf, ohne die von ihnen jeweils verantworteten Teile zu nennen. Sie erscheinen dort „nur" – dem

7 BA DY 30, IV 2/9.07/222, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe 19. Jahrhundert vom 19.7.1962.
8 GdA, Bd. 2, S. 275.
9 Ebd., Arbeitsgruppe III, Beschlußprotokoll über die Arbeitsgruppensitzung am 14.9.1962.
10 BA DY 30, IV A 2/9.07/220, Aktennotiz S. Ittershagen, 17.1.1963.
11 BA DY 30, IV A 2/9.07/27, (IML), Protokoll der Abteilungsleitungssitzung vom 1.7.1965.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„bürgerlichen" Verständnis von Wissen- und Autorschaft entgegen wurde gerade dies als Ehre empfunden – als Teile eines Kollektivs in alphabetischer Reihenfolge, zwar aus der Anonymität herausgehoben, doch ohne irgendeine Kennzeichnung ihrer Textbeiträge. Diese „Entfremdung" gehörte bei einem solchen Leittext zu den selbstverständlichen Spielregeln. Die Texte gelangten durch die Dignität des Begutachtungsprozesses zu ihrer Geltung als nicht mehr „subjektivistisch" verzerrte, sondern objektive Wahrheit, als Teile eines „Dokumentes", das „immer wieder einer kollektiven Kritik, einer kollektiven Diskussion ausgesetzt war".[12]

Die Dispositionen zur IV. Hauptperiode wurden plangemäß bis Anfang September, die „groben Entwürfe" bis Anfang November fertiggestellt, um in der Arbeitsgruppe diskutiert zu werden. Auf „strittige Fragen, unbefriedigend gelöste Probleme usw." hatten die Autoren ihre Arbeitsgruppe hinzuweisen. Die dortige Diskussion in der Arbeitsgruppe schloß dann mit einer „für den Autor verbindlichen Festlegung darüber ab, was an seinem Manuskript zu verändern bzw. was neu zu formulieren" sei.[13] Diese Methode war letztlich autoritär und, soweit angesichts der Berge von Arbeit für solche Gefühle Zeit blieb, für den Autor manchmal frustrierend. Ein halbes Jahrzehnt später, bei der Diskussion einer zweiten Auflage, dachte Ulbricht deshalb laut über nervenfreundlichere Vorgehensweisen nach. „Wenn wir vom Standpunkt des historischen Materialismus die Probleme wirklich durcharbeiten, dann ist es für diejenigen, die zuarbeiten, leichter zu formulieren. Sonst wird man immer wieder Manuskripte korrigieren müssen. Das ist eine mühsame Arbeit und verärgert nur die Leute."[14] Autoren, die ohne Kenntnis der Zusammenhänge schreiben müßten, brächte man in eine „schiefe Lage. Wenn dann nach der alten Methode das Autorenkollektiv das alles ändert, dann ist das weiter keine Kunst. Denn erst lassen wir sie schuldig werden, und dann korrigieren wir. Das hat doch keinen Sinn. Eine solche Arbeitsmethode darf man nicht anwenden."[15]

Die „alte Methode" war jedenfalls effektiv und angesichts der strengen Terminvorgaben ohne Alternative: bis zum VI. Parteitag Mitte Januar 1963 sollte der Rohentwurf fertig sein. Woanders waren Schreibmaschinen Mangelware, im IML hielt die Diktiermaschine Einzug. Doch die neun Stenotypistinnen des eigens eingerichteten „technischen Stabes",[16] unter ihnen befand sich die DDR-Meisterin im Schreibmaschineschreiben,[17] waren vollkommen ausgelastet. Innerhalb eines Quartals mußte jedes der fünfzehn Kapitel im Rohentwurf dreimal geschrieben werden, „1. als Manuskript, 2. zur Versendung an die Teilnehmer der Diskussion im November, 3. zur Weiterleitung an das Autorenkollektiv". Man mußte „si-

12 BA DY 30, IV 2/1/333, Protokoll des 10. Plenums des ZK, 25.6.1965, (Peter Florin), S. 440.
13 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Beschlußprotokoll der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe 1917–1945 am 17.7.1962.
14 BA DY 30, IV A 2/2.024/61, Stenographische Niederschrift der Sitzung des Autorenkollektivs ..., 12.1.1967, S. 51.
15 BA DY 30, IV A 2/9.07/249, Stenographische Niederschrift der Sitzung des Autorenkollektivs ..., 9. 2.1968, S. 62.
16 BA DY 30, IV A 2/9.04/111, Lothar Berthold, Bericht über den Stand der Arbeit am dreibändigen Geschichtswerk, 9.11.1962.
17 Interview mit Lothar Berthold am 10.9.2001.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

chern, daß mehrere Kapitel zur gleichen Zeit und in wenigen Tagen geschrieben werden" konnten."[18]

Selbst die „Lesebewegung"[19], wie der so tief wie breit angelegte Begutachtungsprozeß später spöttisch bezeichnet wurde, war genau geplant, das heißt in bizarren Verlaufsskizzen Schritt für Schritt auf den Manuskriptausstoß abgestimmt. Nicht weniger als 75 Termineinträge enthielt eine zweiseitige Tabelle, die für zwei Monate die Arbeitsschritte zur III. Hauptperiode verzeichnete, die Fertigstellung der Abschnitte IV A bis V E, ihre Abgabe an das Schreibbüro und die Versendung „zum Lesen", die Diskussionsrunden der Arbeitsgruppe und die unvermeidliche Überarbeitung.[20] Seit November 1962 traf Woche für Woche das kollektiv überarbeitete Rohmanuskript eines neuen Kapitels bei Lothar Berthold ein.

2. Die neue Quellenbasis: Archivreform und KPD-Fonds

Mitte Juli wurden die Bestände der IML-Bibliothek, schon damals eine viertel Million Bücher, durchforstet. „Hierbei galt es bis zum 31. Juli die seit 1945 auf dem Gebiet der DDR erschienene und bis zum 30. September die westdeutsche Literatur zur Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung (einschließlich wichtiger Zeitschriftentitel, Dissertationen u.ä.) zu erfassen und entsprechend den 5 Hauptperioden zu ordnen." Bis zum Oktober entdeckten die Bibliothekare 5 192 DDR-, 3 094 westdeutsche und 1 399 sowjetische Titel, die für das „Geschichtswerk" relevant schienen. „Da die von der Geschichtsabteilung gemachten Versprechungen, regelmäßig einen Teil der anfallenden Schreibarbeiten zu übernehmen" nicht eingehalten wurden, verfehlte die „Arbeitsgruppe Kataloge" 1962 ihr Plansoll. So fielen die „Richtlinien für die Aufarbeitung der illegalen Tarnschriften", ein systematischer Katalog für Afrika und Australien und der „Katalog der wiederaufgefundenen Literatur von Marx und Engels" Bertholds Arbeitstempo zum Opfer.[21]

Doch die herkömmlichen Bibliographien des IML waren kaum zu gebrauchen. Sie beschränkten sich auf die Titel der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien und nahmen keine „Parteifeinde bzw. keine Feinde der sozialistischen Ordnung" als Verfasser auf: „Um dies zu gewährleisten, müssen alle Namen genau überprüft werden. Sind sie in der herausgebenden Bibliothek selbst nicht bekannt, was bei umfangreicheren Bibliographien in großem Maße der Fall sein wird, müssen sie an die entsprechenden Stellen zur Überprüfung weitergeleitet werden." Halfen weder „die Zentrale Mitgliedsbuchkartei" der SED noch (bei Angehörigen der KPD) das Arbeitsbüro, noch (bei parteilosen Verfassern) der Verlag, die Universität oder das Ministerium für Kultur, war „der Verfasser trotz alledem nicht feststellbar", so mußte eben auf dessen Schriften „verzichtet werden". Immerhin gab es neben derartigen „empfehlenden Bibliographien", als eine den Politbüromitgliedern

18 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Beschlußprotokoll der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe 1917–1945 am 17.7.1962.

19 BA DY 30, IV A 2/9.07/26, IML, Protokoll der Sektorleiterberatung am 14.7.1965 (Hortzschansky).

20 BA NY 4198, 116, A. Laschitza und G. Engel, Plan der weiteren Arbeit am IV. und V. Entwurf, 14.5.1963.

21 BA DY 30, IV 2/9.07/41, Arbeitsbericht der Bibliothek über die Erfüllung des Planes für das 3. Quartal 1962, 25.10.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

und Bibliotheksdirektoren der ZK-Institute vorbehaltene „Verschlußsache", Listen mit eben jenen ausgesparten Titeln.[22]

Im August 1962 rief Berthold in der BzG öffentlich dazu auf, in irgendeiner Form zur „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" beizutragen, als Teilnehmer an den Diskussionen, als Zeitzeuge oder am besten durch die Spende von alten Dokumenten, Broschüren und Zeitschriften. Daraufhin trafen nicht weniger als 130 Briefe ein.[23] Auch die acht Genossen, die wie Bruno Kaiser in Amsterdam im Archiv gewesen waren, stellten jetzt ihre Funde zur Verfügung.[24] Aber der Mangel an Material war, anders als Mitte der fünfziger Jahre, längst nicht mehr das entscheidende Problem.

Die Arbeit am „Geschichtswerk" konnte sich auf ein gründlich reformiertes Archiv stützen.

Anfang der sechziger Jahre hatte die Zersplitterung der Bestände groteske Ausmaße angenommen. Der Hauptteil des Archivs gehörte zur Geschichtsabteilung. Der Sektor Widerstand hütete das Erinnerungsarchiv, die Bibliothek die Nachlässe Kurt Eisners und Wilhelm Liebknechts sowie die kostbaren Briefe der Spartakus-Helden. Exklusives Sperrmaterial, etwa Piecks Leitz-Ordner über Münzenberg, seine Einlegemappe zur Maslow-Kommission und die „streng vertrauliche" Parteichronik,[25] befanden sich im Panzerschrank des Direktors. In der Pieck-Abteilung verwaltete Elly Winter den übrigen Nachlaß ihres Vaters, und seit 1959 gab es eine eigenständige Arbeitsgruppe, in der Lotte Ulbricht die Manuskripte ihres Gatten bewachte.[26] Als „wissenschaftlich erschlossen" galten nur die Nazijustizakten und der Gestapo-Fonds, „während das Gros gerade der Materialien, die für die Parteigeschichte sehr wichtig sind (z. B. die Personenfonds und die Fonds zur Geschichte der Partei nach 1945) in einem völlig ungeordneten Zustand ... ja nicht einmal katalogisiert" waren: „Der Ernst-Thälmann-Fonds z. B. liegt total durcheinander und befindet sich heute in einem schlechteren Zustand als vor 8 Jahren. Der Kurt-Eisner-Fonds, den die Partei vor Jahren für einige Tausend Westmark gekauft hat, liegt noch völlig ungeordnet und von niemandem gesehen in einem Panzerschrank. Viele Materialien des Archivs sind nicht einmal den Mitarbeitern der Geschichtsabteilung bekannt."[27] Diese chaotischen Verhältnisse gehörten jetzt bald der Vergangenheit an. Seit 1962 bildete das Archiv unter der Leitung Heinz Voßkes eine selbständige Abteilung des IML. Durch einen Politbürobeschluß vom 27. März 1962 wurde das IML-Archiv zum Zentralen Parteiarchiv (ZPA) aufgewertet.

Ein Blick auf die Systematik der Findbücher oder auf die veränderten Signaturen – ab 1963 firmieren die Parteiakten nicht mehr unter IV 2, sondern unter IV A 2 – verdeutlicht den qualitativen Sprung in der Archivgeschichte. Das seit 1945 angefallene Schriftgut des zentralen SED-Apparats wurde ein unvorstellbarer Schatz zur Erforschung der V. Haupt-

22 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Protokoll der Besprechung über die Grundprinzipien bei der Herausgabe einer Bibliographie durch Institutionen des ZK, 10.5.1963.

23 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Lothar Berthold, Bericht über den Stand der Arbeit am dreibändigen Geschichtswerk, 9.11.1962.

24 BA DY 30, IV A 2/9.07/225, Hinweise zur Mitarbeit und zur Erschließung weiterer Materialien.

25 BA DY 30, IV 2/9.07/45, Übergabeprotokoll, 12.4.1962.

26 BA DY 30, IV 2/9.07/48, Vorschlag für die Einrichtung eines einheitlichen Institutsarchivs (Voßke), 30.5.1961.

27 BA NY 4182/923, IML (Direktion – Bauer), Bericht über die Lage am Institut für Marxismus-Leninismus, wie wir sie bei der Aufnahme unserer Tätigkeit im Mai/Juni 1962 vorfanden, 8.8.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

periode. Womöglich noch sensationeller waren die von den „Freunden" zur Verfügung gestellten Bestände. 1960, 1962 und 1963 reisten drei große Delegationen nach Moskau, um die 192 Kartons des KPD-Fonds mit den wichtigsten zentralen Dokumenten, die einsehbaren Akten des EKKI und diverse interessante Personenfonds zu inspizieren. Sie hatten Inhaltsverzeichnisse angelegt und nicht weniger als 300 000 Mikrofilmaufnahmen bestellt. Die Delegation rechnete nicht damit, das EKKI-Material abgelichtet zu bekommen, und fertigte vorsichtshalber handschriftliche Abschriften an. 5 000 Mikrofilmaufnahmen stammten aus dem Karl Liebknecht-Nachlaß. Frickes Arbeitsgruppe konnte sich fortan auch auf neues Material zu Bebel, Bernstein, Kautsky und Jogiches stützen. „Zu vielen Einzelfragen – Stellung zu den Bolschewiki, ‚Vorwärts'-Konflikt 1905, Kampf zwischen Marxisten und Opportunisten um den Nachfolger von Paul Singer, Fraktionssitzungen 1915/16, USPD, Soldatenrat bei der OHL 1918/19 u.a." gab es endlich Dokumente. Sogar die Personalakten von „Renegaten" wie Heinrich Brandler und Ruth Fischer tauchten auf. Nur bei „Materialien der Kommunistischen Internationale, in denen ihr Einwirken auf die KPD sichtbar" wurde, zeigten die sowjetischen Genossen große Zurückhaltung.[28]

Es war allerdings mehr als fraglich, inwieweit all das neue Material der Arbeit am „Geschichtswerk" zugute kommen würde.

Ulbricht hatte wiederholt kritisiert, daß im IML wertvolle Materialien unzugänglich gehalten würden, die womöglich die führende Rolle des ZK bewiesen.[29] Ein „Genosse von außerhalb" habe in drei Wochen Archivarbeit mehr herausbekommen, als die IML-Geschichtsabteilung in vielen Jahren, hieß es auf dem 16. Plenum.[30] Dabei sorgte Ulbricht doch selbst dafür, daß beispielsweise bestimmte Teile des Pieck-Nachlasses ein absolutes Tabu blieben. Es kam offenbar darauf an, Kriterien festzulegen, was benutzbar und was geheimzuhalten sei. Ende 1962 verfertigte Heinz Voßke eine Systematik darüber, welche Archivmaterialien als „vertraulich" oder gar „gesperrt" einzustufen waren:

„1. Dokumente und Materialien mit sehr vertraulichem Inhalt (zum Beispiel über interne politische Auseinandersetzungen in der Parteiführung, Materialien über den M.- und A. -Apparat der Partei, Paßstellen, Kaderakten u.ä.).
2. Dokumente und Materialien, die von der imperialistischen Klassenjustiz zur strafrechtlichen Verfolgung von im kapitalistischen Ausland lebenden fortschrittlichen Personen herangezogen werden können (zum Beispiel Mitglieder der in der Illegalität kämpfenden KPD in Westdeutschland).
3. Dokumente und Materialien von Verrätern, Renegaten u.ä., in denen der Kampf der Partei oder einzelner Genossen verleumderisch bzw. entstellt wiedergegeben wird.
4. Akten, die kompromittierende Angaben über lebende Personen enthalten (zum Beispiel parteischädigende Aussagen von Genossen vor faschistischen Untersuchungsorganen und Gerichten).
5. Dokumente und Materialien rein persönlichen Inhalts, die für die allgemeine Forschungsarbeit keine Bedeutung haben und lediglich die privaten Beziehungen der entsprechenden Personen zeigen (zum Beispiel Briefe Clara Zetkins an ihre Kinder; Briefe Karl Liebknechts an Sophie Liebknecht u.ä.)."

28 BA DY 30, IV 2/9.07/136, ZPA, Zusammenfassender Bericht über die Archivreisen ..., 21.5.1964.
29 BA DY 30, IV 2/9.04/51, Abt. Wissenschaften (Wagner), Aktennotiz für Gen. Hager, 14.5.1960.
30 BA DY 30, IV 2/9.07/18, IML, Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 5.6.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Der Archivleiter legte für das Sperrmaterial, das sonst nirgends verzeichnet werden sollte, ein besonderes Findbuch an. In harmloseren Fällen, bei „Falschmeldungen in bürgerlichen Akten" oder wenn „Renegaten" irgendein Dokument unterschrieben hatten, genügte es, „auf der Karteikarte bestimmte Hinweise zur Benutzerberatung zu vermerken".[31]

Es ist paradox, daß erst die Geheimhaltungsrichtlinien dieser Benutzungsordnung das Archiv für einen vergleichsweise breiten Kreis von Parteihistorikern zugänglich machten. 1955 hatte die Statistik insgesamt „23 Genossen" als externe Benutzer verzeichnet. „Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" stieg der Besuch des ZPA „sprunghaft" an. Im 1. Halbjahr 1963 benutzten außer 55 Mitarbeitern des IML auch 183 Historiker aus der DDR das bislang für Outsider schwer zugängliche Archiv.[32]

3. „Sozialistische Gemeinschaftsarbeit"

Auch wenn es unwahrscheinlich klingt, arbeiteten die meisten Archivbenutzer am „Geschichtswerk". Neben den 20 Autoren war ein „großes Kollektiv von 200 Gesellschaftswissenschaftlern" aktiv.[33]

Allein in der Geschichtsabteilung des IML waren zwei Drittel der einsatzfähigen Genossen einbezogen.[34] Sieben waren selbst Autoren, 50 lieferten „Teilausarbeitungen, Materialzusammenstellungen, Literaturanalysen usw.", von denen allerdings nur die Hälfte das gewünschte Niveau erreichte.

Außerhalb des IML wurden Klagen laut, „daß die bisherige Erarbeitung des Grundrisses und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in einem relativ engen Kreis durchgeführt" worden sei, und „der große Teil der Historiker sowohl an den Diskussionen als auch an dem Materialstudium kaum teilnehmen" könne. „Viele Historiker bekamen nur kurz den Auftrag, 10 bis 20 Seiten zu einem bestimmten Problem auszuarbeiten, wurden zur Diskussion von den jeweiligen Arbeitsgruppen eingeladen, ohne daß sie andere Materialien kannten. Es gibt viele Stimmen, die erklären, daß es daher keinen Zweck hätte, sich an der Diskussion zu beteiligen und daß auch die Anleitungen der Diskussion über den Grundriß so erfolgt seien, daß an einzelnen Formulierungen und Einschätzungen nicht gerüttelt werden" könne.[35]

1963 wurden 11 große „Arbeitsgemeinschaften" gebildet, die die Kapitelautoren um sich versammelten, im DDR-Maßstab organisierte interdisziplinäre Gesprächskreise über die

31 BA DY 30, IV 2/9.07/46, Sektor Archiv, Richtlinien für die Anlage und den Umgang mit vertraulichen und gesperrten Archivalien, 27.12.1962.

32 BA DY 30, IV A 2/9.07/1, Bericht des IML über den Stand der Erfüllung des Beschlusses des Politbüros vom 27. März 1962 „Über die Aufgaben des Instituts ..."; BA DY 30, IV A 2/9.07, 269.

33 Lothar Berthold, Erfahrungen sozialistischer Gemeinschaftsarbeit (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jahrgang 1967, Nr.5), S. 14.

34 BA DY 30, IV A 2/9.07/12, Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 18.12.1962.

35 BA DY 30, IV A 2/9.04/137 Abt. Wissenschaft, Sektor Gesellschaftswissenschaften, Material zu Fragen der Geschichtswissenschaft, 9.4.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

einzelnen Hauptperioden mit insgesamt 250 Teilnehmern.[36] Langfristig begründeten diese Arbeitsgemeinschaften die Stellung des IML als „Leitinstitut" der zentralen Forschungsplanung. Doch zunächst dienten sie der Diskussion der kommunistischen „Strategie und Taktik" und zur Rekrutierung von Zuarbeitern und Studien für das „Geschichtswerk".[37] Auf dem II. Historikertag im Oktober 1962 stand der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" im Mittelpunkt. Altertumswissenschaftler und Mediävisten diskutierten über die Rückwirkungen der „nationalen Grundkonzeption" auf die Einschätzung der alten Germanen und des feudalen Lehnswesens. Vor allem jedoch bot ein solches Treffen die beste Plattform, um die Arbeit am „Geschichtswerk" in Gang zu bringen, Desiderate vorzustellen und die Kollegen aus der Provinz zu vergattern.

Die Organisation der „Zuarbeit" von über 200 Wissenschaftlern war ein schwieriges Problem.

Die vier Arbeitsgruppen verfaßten lange Listen der Themen, die ihrer Meinung nach erforscht werden sollten. Eine ganze Reihe von ihnen befand sich offenbar längst in Arbeit, denn man unterschied nicht nur besetzte von unbesetzten Themen, sondern auch kurzfristige Studien, deren Ergebnisse schon im Rohentwurf verwertet werden sollten, von langfristigen Projekten, die erst in einer späteren Phase eingearbeitet werden würden. Ganz militärisch sprach man von einer ersten und zweiten „Welle". Von Anfang an war eine Art Einsatzreserve für unvorhergesehene Fälle, besondere Desiderata, die erst später deutlich werden würden, mit eingeplant, d.h. von anderer Arbeit freigestellt.[38] Ende September 1962 schienen einer 23-seitigen Liste zufolge etwa 100 Themen „besetzt".[39]

Die meisten von ihnen befaßten sich in irgendeiner Form mit der nationalen Frage („Die Verfälschung des nationalen Gedankens ins nationalistische durch den Opportunismus"), dem militaristischen etc. Gegner („Wie gelang es dem deutschen Imperialismus, große Teile der Nation an den Karren seiner räuberischen Expansionspolitik zu spannen?"), der Bündnispolitik („Die Stellung der Sozialdemokratie zu den werktätigen Bauern und Landarbeitern"), dem Einheitsfrontproblem („Die ideologische Offensive der KPD 1931/32 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen über die Einheitsfront und die nationale Frage [Einschl. der Auseinandersetzung mit dem Sektierertum der Neumann-Gruppe]") oder mit der kontinuierlichen Fortentwicklung der Parteiführung („Die Rolle Ernst Thälmanns, Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts bei der Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD"). Die Aufgaben waren weitgehend vom „Grundriß" abgeleitet. Im November 1962 verschickte Berthold eine Liste mit 130 offenen Themen, die mit Hilfe der Abteilung Wissenschaft an den Universitäten und Forschungsinstituten untergebracht wer-

36 BA DY 30, IV A 2/9.07/1, Bericht des IML über den Stand der Erfüllung des Beschlusses des Politbüros vom 27.3.1962 „Über die Aufgaben des Instituts ..."

37 BA DY 30, IV A 2/9.07/221, IML, Sektor IV (Benser), Bildung der Arbeitskreise, 26.4.1963; BA DY 30, IV A 2/9.07/220, IML (Löwel) an Abteilungsleitung, Konzeption für die Bildung der Arbeitskreise, 16.5.1963; ebd., Sektor III (Welzel), Konzeption für die Tätigkeit des Arbeitskreises ‚Der Kampf der KPD in den Jahren 1933 bis 1939', 3.6.1963.

38 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Beschlußprotokoll der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe 1917–1945 am 17.7.1962.

39 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Plan der Forschungsaufgaben zur Ausarbeitung des Geschichtswerkes (besetzte Themen), 29.9.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

den sollten.[40] Beispielsweise war es nicht leicht, jemanden zu finden, der über „Die Strategie und Taktik der KPD während des Kapp-Putsches", den „Kampf um die Bolschewisierung der KPD" oder den Preußenvolksentscheid 1931 arbeiten wollte. Auch für die „heißen Eisen" der V. Hauptperiode hatte sich anscheinend niemand begeistert, etwa für die Frage der Reparationen und Demontagen, für den „Umfang und die Formen der von der DDR geleisteten Wiedergutmachung und deren Auswirkung auf die ökonomische Entwicklung der DDR", für den „illegalen Kampf der KPD in Westdeutschland", die Entwicklung der „innergewerkschaftlichen Demokratie" im FDGB, „Die Entwicklung des Lebensstandards in beiden deutschen Staaten" oder die „Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961".[41] Entschieden kleinere Listen wurden zu disziplinüberschreitenden Forschungsthemen aus den Gebieten Kultur („Wie zeigen sich die beiden Klassenlinien innerhalb der Sozialdemokratie in der sozialdemokratischen schöngeistigen Literatur zu Beginn des 20. Jahrhunderts?"), Militärgeschichte („Die Entwicklung der proletarischen Militärpolitik im 19. Jahrhundert"), Ökonomie („Inwieweit wurden im Erfurter Programm und in anderen Beschlüssen die Erkenntnisse des ‚Kapitals' zu Grunde gelegt?"), Philosophie („Die Entwicklung des politischen Klerikalismus in Westdeutschland") und Staatswissenschaften („Die Herausbildung des neuen Rechts und des Gerichtswesens in der DDR") geführt. Es gab spezielle Themenpläne über die „Probleme Westdeutschlands" und eine „Liste II d" zu Gewerkschaftsfragen.[42]

Die „Arbeitsordnung" des Autorenkollektivs, also letztlich die Autorität Walter Ulbrichts, stattete den Sekretär mit unerhörten Vollmachten aus. Berthold besaß die Befugnis, Arbeiten, die das IML nicht leisten konnte, auf andere wissenschaftliche Institute zu „verteilen" und er konnte „zur Lösung bestimmter Spezialfragen (Internationale Arbeiterbewegung, Ökonomie, Philosophie, Literatur, Kunst usw.)" entsprechende Fachkader „heranziehen".[43]

Letztlich mußten die Arbeitsgruppen mit jedem der Helfer einzeln Absprachen treffen, die Fragestellungen präzisieren („unsere Forderungen konkret erläutern") und auf die Einhaltung der Termine drängen.

Frickes Arbeitsgruppe bestellte beispielsweise „ein kurzgefaßtes Material über die Elektrizitätsarbeiterbewegung" und „eine ca. 10 Seiten betragende Zusammenfassung aller wichtigen Tatsachen, Probleme und Erkenntnisse zur Landarbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis 1917". Vom Tribüne-Verlag erhielt sie den Umbruch der neuesten sowjetischen Gewerkschaftsgeschichte und von der Leipziger Journalistik-Fakultät „Einschätzungen der LVZ, der Neuen Zeit, des Vorwärts und der Gleichheit", die untersuchten, wie die „Opportunisten" sich dieser Zeitungen hatten bemächtigen können.[44] Die Imperialismusfor-

40 Ebd., Lothar Berthold, Bericht über den Stand der Arbeit am dreibändigen Geschichtswerk, 9.11.1962.

41 BA DY 30, IV A 2/9.07/225, Plan der Forschungsaufgaben zur Ausarbeitung des Geschichtswerkes (unbesetzte Themen), 26.9.1962; BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Aufstellung über die Zuarbeiten zu Kapitel XIV.

42 BA DY 30, IV A 2/9.07/225, Forschungsthemen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ...; ebd., Liste II d; BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Arbeitsgruppe 4, Stand der Erfüllung des Forschungsplanes, 10.5.1963.

43 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Arbeitsordnung des Autorenkollektivs ..., 28.7.1962.

44 BA NY 4198, Zwischenbericht des Genossen Günter Griep über die Verbindung mit anderen Historikern bzw. Institutionen zur Mitarbeit am Lehrbuch zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25.9.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

scher stellten ihren Zuarbeitern tiefschürfende Fragen. „Woraus ist die heftige Polemik Rosa Luxemburgs gegen Lenin in der Organisationsfrage zu erklären?" wollten sie wissen oder „Kommt dem Kleinbürgertum in Deutschland als soziale Wurzel des Opportunismus eine besondere Rolle zu?"[45]

Manche Themen, z. B. „Die Stellung der Spartakusgruppe zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution", mußten wiederholt vergeben werden, auf der anderen Seite gab es eine ganze Reihe renommierter Spezialisten, denen man mehrere Aufgaben aufhalsen konnte. So ließ Annelies Laschitza mit dem Kenner der „revisionistischen Elemente" der alten SPD „Gen. Dr. Stenkewitz über die Themen 13, 24, 28 u. 29" verhandeln, und Walter Bartel wurde „um Stellungnahme zu Thema 33 und 47 gebeten"[46] („Probleme der deutschen Linken zu Zimmerwald. Politische Streikbewegung 1916 in Deutschland").
Erich Paterna von der Humboldt-Universität äußerte sich über

- „Die Machtübertragung an den Faschismus und die Rolle des Monopolkapitals.
- Die Rückgliederung der Saar.
- Darstellung der Röhmaffäre.
- Zu Problemen der Vorbereitung des 2. Weltkrieges.
- Zur Entwicklung der Strategie und Taktik der deutschen Arbeiterbewegung von 1933/35.
- Chronologie der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1933."[47]

Werner Berthold lieferte Studien zu Mehring und über die „Rolle der Parteibeschlüsse im historischen Erkenntnisprozeß" nebst einer Kartei „über die Stellungnahmen der Partei (1946–1960) zur Geschichtswissenschaft".

Als beispielhaft galt Wilhelm Wehling mit seinen neuen Monographien zur „SPD von 1933–1939" und zur „nationalen Frage nach 1945" sowie kleineren Ausarbeitungen zum Prager Manifest der SPD, zu den Vertrauensrätewahlen 1935 und zur Zeuthener Tagung der KPD.[48]

Insgesamt schickten laut einer Umfrage des zuständigen Staatssekretariats Jena und Greifswald jeweils fünf Historiker, die Berliner Humboldt-Universität und Rostock acht, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vierzehn und die Karl-Marx-Universität Leipzig fünfzehn als Hilfskontingent.[49] Lothar Berthold bedauerte, daß die Verlage, Redaktionen und Museen nur ungenügend herangezogen worden seien.[50] Walter Wimmer vom IML gelang es mit einiger Mühe, unter Einschaltung des Verteidigungsministers Hoffmann, General Kesslers und Admiral Verners, die NVA von einem eigenen „Grundriß der Geschichte der Militärpolitik der deutschen Arbeiterbewegung" abzubringen und ließ so auch die Arbeit der Militärhistoriker „ins Geschichtswerk einfließen".[51]

45 BA DY 30, IV A 2/9.07/225, Arbeitsgruppe 2 (Fricke), Aufstellung der Forschungsthemen für die 3. Hauptperiode, 8.2.1963.
46 BA NY 4198, 116, Arbeitsgruppe 2 (Fricke), Protokoll über die Arbeitsgruppensitzung am 20.2.1963.
47 BA DR–3, 4173, Institut für Geschichte der Humboldt-Universität an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, 5.7.1963.
48 BA DY 30, IV A 2/9.07/225, Schreiben der Karl-Marx-Universität vom 8.11.1962.
49 Vgl. BA DR–3, 4173, S. 131–142.
50 BA DY 30, IV 2/9.04/111, Lothar Berthold, Bericht über den Stand der Arbeit am dreibändigen Geschichtswerk, 9.11.1962.
51 BA DY 30, IV A 2/9.07/225, Aktennotiz über ein militärpolitisches Kolloquium am 17.12.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Nun schlug die große Stunde der Bezirkskommissionen und des Sektors örtliche Arbeiterbewegung. Wo immer eine Lücke gähnte, der „Widerhall des Bauernhilfsprogramms der KPD" oder „die revolutionäre Studentenpolitik" Anfang der dreißiger Jahre der Aufklärung harrten, wurden die Lokalforscher in Bewegung gesetzt.[52] Bei der Gebietsleitung Wismut wurde eine neue Kommission gegründet, um die „Wettbewerbsbewegung" zu Ehren der Oktoberrevolution richtig darzustellen. Was die Bezirke selber vorschlugen, war für das „Geschichtswerk" von unterschiedlichem Wert. Im Bezirk Cottbus untersuchte die Kreiskommission Senftenberg den „Kampf der Werktätigen unter Führung der Partei um die Kohle im Winter 1956/1957", während sich Pirna und Dippoldiswalde mit dem „Widerstandskampf der Vereinigten Kletter-Abteilung (VKA) unter Führung der KPD" befaßten, Themen, die weniger im Zentrum der Aufmerksamkeit standen. Als Vorzeigeprojekte galten die Forschungen in Suhl und Gera über den „Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD in Thüringen (1919–1923) unter besonderer Berücksichtigung des Wirkens Walter Ulbrichts als Bezirkssekretär der KPD Großthüringens" und die Potsdamer Studien zur „Rolle Karl Liebknechts bei der Sammlung der marxistischen Kräfte im Wahlkreis Potsdam-Teltow in den Jahren 1911–1914."[53] Der Leiter der 4. Arbeitsgruppe, Werner Horn, hatte der Berliner Bezirkskommission eine Reihe brisanter Themen vorgeschlagen, den „Kampf um Aktionseinheit in Berlin nach der Spaltung ... tatsächliche Einheitsaktionen, ihre Resultate, Ausstrahlung der SED auf Westberlin, Ursachen des besonders starken Einflusses der rechten Führer der SPD auf die Westberliner Arbeiter u.ä. Probleme". Dagegen legte die Berliner Bezirksleitung ihr Veto ein, und billigte statt dessen eine neue Konzeption, die „nicht von den Bedürfnissen der Forschung, sondern von den Bedürfnissen der Propaganda" ausging, um sich den „allgemeinen parteihistorischen Höhepunkten" zu widmen. Der Autor Günter Benser beklagte jedenfalls „den Eindruck, daß die Bezirkskommission den komplizierten Fragen ausweicht, damit verliert ihre Arbeit aber für das Geschichtswerk an Wert."[54]

Angesichts des trostlosen Forschungsstandes zur V. Hauptperiode war die 4. Arbeitsgruppe in besonderem Maße auf unterstützende Studien angewiesen und ging entsprechend sorgfältig an die Auswertung heran. Werner Horn unterschied beispielsweise vier Textsorten, die einfache „MZ = Materialzusammenstellung", die Dokumentation („D"), die Analyse („A") und die Einschätzung („E"). Über den 13. August 1961 war von der Abteilung Sicherheit des ZK nur die „MZ" zu bekommen, zur „Sabotage- und Diversionstätigkeit der imperialistischen Kräfte und ihrer Agenturen" hatte die Generalstaatsanwaltschaft immerhin ein „MZ" und ein „E" geliefert, und zur „Abspaltung der Westzonen vom deutschen Nationalverband" gab es außerdem noch ein „D".[55]

Eine an der Potsdamer PH entstandene „Analyse der Gründe für die Republikflucht und der Methoden des politischen Menschenhandels" genügte allenfalls zur „Verständigung über das genannte Problem".[56] Eine Studie Horst Hauns über den Geschichtsbeschluß des Polit-

52 BA DY 30, IV 2/9.07/58, IML-Hausmitteilung (Wimmer an Maur), 2.10.1962.
53 Ebd., Sektor Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, 1.10.1962.
54 BA DY 30, IV A 2/9.07/253, Sektor IV (Günter Benser) an die Abteilungsleitung Geschichte des IML, 26.6.1963.
55 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Arbeitsgruppe IV (Horn), Plan der Forschungsaufgaben, 25.7.1962.
56 Ebd., Arbeitsgruppe IV (Doernberg).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

büros von 1955 war „zu allgemein, um verwendet zu werden", eine „konkrete Analyse" zu den Bundestagswahlen 1953 wurde hingegen „im wesentlichen übernommen". Hier konnten mangels der „notwendigen Einschätzungen" nur die „Tatsachenangaben" verwendet werden, da wurde der „schöpferische Beitrag der Partei" nicht deutlich („Nutzen gering"). „Außerordentlich abstrakt" wirkte der Beitrag zur „Entwicklung der Demokratie in der DDR", eine „Einschätzung der SPD" war „total überholt" und von einer „sehr speziellen" Studie über die „Anfänge der staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Indischen Union" konnte kein Gebrauch gemacht werden: „Vorschlag ZfG."[57] Günter Benser benotete die „Zuarbeiten zu Kapitel XII" gemäß „ihrer Bedeutung für die Ausarbeitung" von 1 („wertvoll, bereichernd für das Geschichtswerk ..." und innovativ) bis 5 („überflüssig ... nur solches Material enthaltend, das sich der Autor hätte durch jeden Hilfsassistenten können beschaffen lassen.") Diese schlechteste Note erhielt beispielsweise ein vom Vorstand der Massenorganisation gelieferter „Tätigkeitsbericht" der DSF.[58] Manches war „nützlich, Hilfe für den Autor" (Kategorie 3), anderes „interessant", aber im Hinblick auf die Gesamtanlage und die Proportionen des Geschichtswerks „nicht verwertbar" (Kategorie 4).

4. Homogenisierung des Textes und Stilfragen

„Man sollte nicht schreiben ‚die Ruth Fischer'. Meines Erachtens ist das Zeitungsstil" (Kurt Hager).[59]

Es ist auffällig, daß die Arbeitsgruppenleiter wie auch die einzelnen Bandautoren auf ganz unterschiedliche Weise an die Lösung der Probleme herangingen. Der eine kontrollierte pedantisch alle Termine (und fabrizierte die entsprechend dicken Akten), der andere überließ (für den Historiker beinahe spurlos bleibend) die freigesetzten Kräfte zuversichtlich ihrem Lauf. Der gut informierte, belesene Zeitgenosse mochte vielleicht noch an der einen oder anderen Stelle eine individuelle Handschrift erspüren und den Verfasser erraten oder gar einzelne „Textbausteine" ihrer Herkunft nach verorten. Idealtypisch finden wir den mehr theoretisch ambitionierten Autor, der mit Blick auf die höheren wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten die Anfechtungen der Empirie als „subjektivistisch" dialektisch zurückweist, und den pragmatischen Auftragsfälscher, den in Selbstzweifel versinkenden Grübler, der sich an den letzten Fragen abarbeitet, und das erfahrene Schlitzohr, das allen Fettnäpfchen geschickt ausweicht, alle auf ihre Weise „verantwortungsbewußt", vielleicht auch all diese Rollen in einer Person vereint. Wer genau hinschaute, fand Brüche und unorganische Einschübe, oder stürzte sich gleich auf die kostbaren Dokumente im Anhang, die zur Linienführung des Textes bisweilen in seltsamem Widerspruch standen. Über die aktuelle V. Hauptperiode schrieb man mit ungleich größerer Vorsicht, aber auch polemischer und konnte nicht gut die offizielle Phraseologie des „Neuen Deutschland" vermeiden. Über den Widerstandskampf ließ sich eindringlicher erzählen als über die Blockparteien, über die Novemberrevolution feuriger als über Ernteeinsätze und den sozialistischen Wettbewerb. Trotz

57 Ebd., Arbeitsgruppe IV (Heitzer), 13.4.1964.
58 Ebd., Sektor IV (Benser), Zuarbeiten zu Kapitel XII, 14.4.1964.
59 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 141.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

solcher zentrifugaler Tendenzen, die die Einheitlichkeit eines solchen Werkes von vornherein auszuschließen scheinen, wurde die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" keine „Buchbindersynthese" und war alles andere als ein zusammengestoppelter Flickenteppich.

Selbst wer all die kleinen Verdrehungen, gezielten Auslassungen, demagogischen Überfolgerungen und raffinierten Sprachspiele kennt, muß bei acht Bänden irgendwann in der Aufmerksamkeit erlahmen. Er wird spät in der Nacht, benommen vom hypnotisch stampfenden Staccato-Rhythmus der Beweisführung, vor der Masse der Fakten kapitulieren.

Auf naive, mit der Ausdrucksskala und den Untertönen des Jargons nicht vertraute Leser, muß das „Geschichtswerk" den Eindruck stringenter Geschlossenheit, eines gewaltigen Monolithen machen.

Die „nationale Grundkonzeption" bildete den „roten Faden". Sie war nicht mehr so gut sichtbar wie im „Grundriß", aber bestimmte die Fragestellungen und Forschungsthemen. Im großen und ganzen lieferte der „Grundriß" mit der Periodisierung das Skelett und markierte die Fluchtpunkte der Argumentation. Er signalisierte geeignete Strategien, um alle Schwierigkeiten zu überbrücken. Schließlich war das Tempo, in dem der erste Rohentwurf fabriziert wurde, der Tatsache zu verdanken, daß man dem „Grundriß" lange Passagen entnehmen konnte.

In manchen Punkten war er allerdings interpretationsbedürftig, an den Einzelheiten bastelte man bis Mitte 1963 herum. Die letzte Fassung des „Grundrisses", die Broschüre von 1963, enthielt eine ganze Reihe von Veränderungen, die die Bandautoren, gleich Küken, die an der Eierschale picken, entsprechend den Bedürfnissen des „Geschichtswerkes" vorgeschlagen hatten.

Nach dem 17. Plenum 1962 galt es, das Problem des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" stärker zu berücksichtigen.[60] Nach dem 2. Plenum 1963 mußten die „zwei Klassenlinien in der SPD ... überall, wo möglich, sichtbar gemacht werden".[61] Die Bandautoren sollten in solchen Fällen „über das hinausgehen, was im Grundriß ist".[62] Als 1964 das Autorenkollektiv die Arbeit aufnahm, hagelten die ungewöhnlichen Einschätzungen dann geradezu auf sie herab.

Wer autorisierte solche Vorgaben, die letzten Endes nicht nur für den Achtbänder, sondern auf Jahre hinaus für die gesamte Geschichtsschreibung der DDR als verbindlich galten?

Solange das Autorenkollektiv nicht eingeschaltet war, bildeten der Sekretär und die Arbeitsgruppenleiter, Berthold, Bartel, Fricke, Diehl und Horn in engem Kontakt zu Ulbricht ein „unmittelbares Führungsgremium" zur „Beratung aller Fragen des Geschichtswerkes".

Sie sorgten dafür, daß „kein Problem der ganzen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nur unter dem Gesichtspunkt der einzelnen Periode oder der einzelnen Hauptperiode" betrachtet wurde.[63] Dieses kleine Kollektiv beobachtete die Einheitlichkeit des Ge-

60 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Zentrale Beratung aller Mitarbeiter am Geschichtswerk (1917–1945) im IML, 11.10.1962.

61 Ebd., Besprechung der Arbeitsgruppe (3) bei Genossen Prof. Dr. Berthold, 28.5.1963.

62 Ebd., Zentrale Beratung aller Mitarbeiter am Geschichtswerk (1917–1945) im IML, 11.10.1962.

63 Lothar Berthold, Erfahrungen sozialistischer Gemeinschaftsarbeit (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jahrgang 1967, Nr.5), S. 14.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

samtwerks und arbeitete allen zentrifugalen Tendenzen entgegen. Es legte die Proportionen fest, den Anteil am Text, der dem einzelnen Autor zugebilligt wurde, stimmte, so gut es ging, die Kapitel aufeinander ab und suchte nach „Schweißstellen", die die Einzelteile verbinden konnten. So konnten die vier Arbeitsgruppen von Anfang an auf der Grundlage diverser kompositorischer Festlegungen operieren.

Man koordinierte, an welcher Stelle „theoretische Probleme" wie die „nationale Frage", die „Lehre von der Partei", die „marxistische Revolutions- und Staatstheorie" oder das „Verhältnis zu den Gewerkschaften" zu behandeln waren. Ausgehend von den ersten Dispositionen entstanden übersichtliche Themenlisten, die das „Geschichtswerk" mehrschichtig texturierten.

Die erste Arbeitsgruppe würde im Kapitel I, II, 2 „die welthistorische Rolle der Arbeiterklasse" und unter „Kap. I, II, 2; Kap. II, I, 1 u. III, 5; Kap. III, I, 1 u. 4, II, 2, III, 2" die marxistische Theorieentwicklung „anhand der wichtigsten Schriften von Marx und Engels" darlegen.[64] Die zweite Arbeitsgruppe meldete für die kurze „Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution" nicht weniger als 18 „theoretische Hauptfragen", wobei die „Gesetzmäßigkeit des Zusammenhanges von Imperialismus und Opportunismus" noch zwei Unterpunkte, das „Wesen des Revisionismus" und das „Wesen des Zentrismus", enthielt.[65] Die dritte Arbeitsgruppe benannte zwar „die nationale Notwendigkeit der deutsch-sowjetischen Freundschaft", die „Gesetzmäßigkeit des Erstarkens der KPD im Kampf gegen bürgerliche Einflüsse in ihren Reihen und gegen parteifeindliche Kräfte (Kapitel VII, 4)" und „Die geschichtliche Leistung Ernst Thälmanns (Kapitel VIII, 3)", hatte aber, wie kritisch am Rand vermerkt wurde, das Verhältnis der KPD zur KI und zu Stalin sowie das Thema „Sozialfaschismus" ausgeklammert.[66] Die vierte Arbeitsgruppe unterschied periodenspezifische theoretische Fragen von kapitelübergreifenden Problemen. Jedes Kapitel zur V. Hauptperiode würde nach den „Ursachen der reaktionären Entwicklung in Westdeutschland" suchen und die „Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland und der imperialistischen Integration" behandeln.

Bei der „Blockpolitik", der „Generallinie des V. Parteitags", den „Beziehungen im sozialistischen Weltsystem" und der „nationalen Frage" ging es um deren *Inhalt*; bei dem „modernen Revisionismus", der „Politik der Partei zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz", dem „Kampf um die Neugeburt der Arbeiterbewegung in Westdeutschland" und dem „Godesberger Programm" um das *Wesen*; bei der „Partei neuen Typus" und der Durchsetzung der „sozialistischen Großproduktion auf dem Lande" um die *Notwendigkeit*.[67]

Noch eine weitere heimliche Gliederung wurde dem „Geschichtswerk" zugrunde gelegt.

Für jedes Kapitel wurde bestimmt, welchen „feindlichen Positionen" zu begegnen sei. Wer einen der Bände durchblättert, wird unfehlbar auf jene polemischen Einschübe stoßen. Die erste Arbeitsgruppe erinnerte an die Versuche, den jungen gegen den ‚alten Marx' und den alten gegen den jungen Engels auszuspielen. Sie klagte über die „Lassalle-Legende"

64 BA DY 30, IV A 2/9.07/225, „Folgende theoretische Probleme werden bei der Darstellung der Arbeiterbewegung in den ersten beiden Hauptproblemen (sic) dargelegt" (o.D., o. Verf.).

65 BA DY 30, IV A 2/9.07/225, Arbeitsgruppe III. Hauptperiode, Theoretische Hauptfragen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution.

66 Ebd., IV, Behandlung theoretischer Probleme.

67 Ebd., Arbeitsgruppe IV (1945–1962), Behandlung theoretischer und ideologisch-politischer Fragen sowie von Grundwerken bzw. Beschlüssen, 9.10.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

und diverse „revisionistische Verfälschungen" etwa der Rolle Bebels. Insgesamt zählte sie acht solcher angeblicher (oder gar wirklicher?) „Entstellungen" auf.[68]

Die zweite Arbeitsgruppe hatte es mit achtzehn „Argumenten des Klassengegners" zu tun. Dieser negierte den „Imperialismus als höchstes und letztes Stadium des Kapitalismus" nebst der Verelendungstheorie, leugnete die „Gefährlichkeit des preußisch-deutschen Militarismus für die Nation", diffamierte die „führende Rolle Lenins und der Bolschewiki" und spielte „Rosa Luxemburg gegen Karl Liebknecht" aus. Er postulierte die politische Neutralität der Gewerkschaften, das „Versagen der Massen" am 4. August 1914, ignorierte die deutsche Kriegsschuld und verbreitete die „Dolchstoßlegende".[69]

Zu den 19 „feindlichen Geschichtskonzeptionen", mit denen es die dritte Arbeitsgruppe zu tun hatte, zählten „die Verherrlichung der Weimarer Republik als Musterbeispiel eines demokratischen Staates", die „Darstellung der Geschichte der KPD als einer Kette von Fehlern und innerparteilichen Auseinandersetzungen", die „Verschleierung des Klassencharakters der faschistischen Bewegung", die „Legende, die Weimarer Republik sei infolge der Angriffe von ‚rechts' und ‚links' und wegen des Versagens der Volksmassen untergegangen", die „Lügen über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von August 1939" und die mit der „Verleumdung" des kommunistischen Widerstandskampfes verbundene „Verherrlichung der Verschwörung vom 20. Juli 1944".[70]

Im XII. Kapitel würde die These von der „Zwangsvereinigung" und „‚Unterdrückung' der SPD in Ostdeutschland" abzuwehren sein, die Meinung, die ostdeutsche Umwälzung sei „Ergebnis der sowjetischen Besatzungspolitik (Export der Revolution)" und die Theorie des „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus". Unter XIII/1 war für die Auseinandersetzung mit der These Platz, „Bonn sei der einzig rechtmäßige deutsche Staat" und unter XIII/2 ging es gegen die Charakterisierung des 17. Juni 1953 als „Volksaufstand". Danach würde sich das Geschichtswerk mit der Frage des „Personenkultes" und des „Stalinismus" in der SED auseinandersetzen. Merkwürdigerweise behauptete der „Klassenfeind" einerseits, der „Aufbau des Sozialismus in der DDR habe die Spaltung Deutschlands vertieft" und andererseits, „das Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität sei überholt und Deutschland könne als selbständiger Nationalstaat keine Rolle mehr spielen".

Das XIV. Kapitel hatte es mit der Deutung des Mauerbaus als Zeichen einer „Krise des Regimes" und mit den Vorwürfen zu tun, die ökonomische Politik des V. Parteitags sei gescheitert, die Vergenossenschaftlichung zu früh erfolgt. Zu widerlegen war die Behauptung, „die DDR wolle die Revolution nach Westdeutschland exportieren", die „Theorie des ‚atomaren Gleichgewichts' als Begründung für die Atomaufrüstung" und das Gerede von der „Krise des Kommunismus", wonach der Sozialismus nicht mit dem Wesen des Menschen vereinbar sei.[71]

---

68 Ebd., Arbeitsgruppe I, „Folgende Entstellungen der reaktionären bürgerlichen Geschichtsschreibung und der rechtssozialistischen Publizistik sollen im Abschnitt über die Geschichte der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert widerlegt werden ..."

69 Ebd., Arbeitsgruppe III. Hauptperiode (Fricke), Aufstellung der Argumente des Klassengegners, die wir in unserer Darstellung der III. Haupteriode widerlegen wollen, 9.10.1962.

70 Ebd., Auseinandersetzung mit feindlichen und unmarxistischen Geschichtspositionen (3. Arbeitsgruppe, S. 6).

71 Ebd., Arbeitsgruppe IV (1945–1962), Vorschlag für die Auseinandersetzung mit feindlichen Auffassungen, 9.10.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Diese Aufgaben waren offenbar schwer zu lösen. Die „Polemik mit der bürgerlichen Geschichtsauffassung" galt jedenfalls intern als „außerordentlich schwach".[72]

Jeder einzelnen Arbeitsgruppe war ein schreibgewandter Berater vom Leipziger Institut für Stilistik und literarische Publizistik zugeordnet. Dessen Leiter Wolfgang Rödel war ein alter Bekannter Lothar Bertholds.[73] Die Autoren fertigten frühzeitig nicht nur Entwürfe und Gliederungen, sondern auch längere Kostproben ihrer Darstellungskunst an, die diese sogenannten „Stilredakteure" zur Grundlage ihrer Kritik nahmen. Schließlich verfertigten sie sogar eine spezielle „Stilfibel", die Lothar Berthold als verbindliche Arbeitsgrundlage autorisierte.[74] Bei dieser in der Historiographiegeschichte wohl einmaligen Einrichtung handelte es sich um weit mehr als ein interessantes Kuriosum. Unerbittlich notierten die Stilredakteure jede „umständliche Formulierung", die „Verschachtelung der Sätze" und die „verwirrende Verflechtung der Aussage".[75] Sie rieten dazu, die „Häufung solcher Ausdrücke wie Zuspitzung, Verschärfung u. dgl. zu vermeiden."[76] Im Hinblick auf die Länge des Textes plädierten sie für eine nüchterne Einschätzung, weil die gewählten Formulierungen „oft keine Möglichkeit der weiteren Steigerung ließen".[77] Die Stilspezialisten kümmerten sich jedoch keineswegs nur um die „Häufung von Infinitiven in einem Satz" und die „Erstarrung der Darstellung" durch zuviele Fremdwörter und „daß-Sätze".[78] Ihre unverdrossene Arbeit stellte allmählich die Grundlagen der Argumentationsführung und inhaltlichen Gestaltung auf den Kopf. Sie verlieh dem „Geschichtswerk" seinen besonderen Charakter, bis schließlich in entscheidenden Punkten das Gegenteil von dem entstand, was vom Entwurf, vom „Grundriß" her angelegt war.

Auf der einen Seite wirkten die Stilredakteure als Agenten der Vereinheitlichung, die, um von den zahllosen Textbausteinen der 200 Zuarbeiter zu schweigen, für zwanzig Autoren den kleinsten gemeinsamen Nenner finden sollten. Die Aufforderung eines Stilredakteurs, „nach Möglichkeit von vornherein Stilbesonderheiten der einzelnen Autoren zu vermeiden, um die größtmögliche Einheitlichkeit der Darstellung zu sichern",[79] wirkt allerdings auf den ersten Blick irritierend. Denn immerhin kannten alle Autoren die Anforderungen, sie waren berufsmäßige Leser der „Einheit" mit den richtungsweisenden Aufsätzen Walter Ulbrichts und studierten die maßgeblichen Werke der „Klassiker". Jeder einzelne von ihnen, dadurch hatten sie sich für ihre Funktion ja gerade qualifiziert, beherrschte das Vokabular und den Duktus des „Nagruko-Jargons", wußte den Zeigefinger an der richtigen Stelle zu heben und Problematisches einzuschätzen. Damit war eine gewisse Homogenität gewährleistet, doch

72 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll, Arbeitsbesprechung mit den Autoren (Arbeitsgruppe Diehl), 16.4.1964.

73 Interview mit Lothar Berthold am 10.9.2001.

74 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Besprechung der Arbeitsgruppe (3) bei Genossen Prof. Dr. Berthold, 28.5.1963; ebd., Protokoll, Arbeitsbesprechung mit den Autoren (Arbeitsgruppe Diehl), 16.4.1964.

75 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Lothar Berthold/Arbeitsgruppe der Stilredakteure, Hinweise für die Darstellungsweise in der dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5.6.1963.

76 BA NY 4198, 109, Arbeitsgruppe 1898–1917, Protokoll der Arbeitsbesprechung vom 25.9.1962.

77 Ebd., Arbeitsgruppe IV (1945–1962), Protokoll der Diskussion über den ersten Entwurf des Geschichtswerkes (Kapitel XII–XIV), 19.11.1962, S. 84f.

78 Ebd., Lothar Berthold/Arbeitsgruppe der Stilredakteure, Hinweise für die Darstellungsweise in der dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5.6.1963.

79 BA NY 4198/116, Arbeitsgruppe II, Protokoll der Arbeitsgruppenbesprechung am 27.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

jetzt machten ihnen die Stilredakteure deutlich, daß für das Geschichtswerk ganz andere Fähigkeiten gefragt waren.

Denn auf der anderen Seite sollte jetzt ein gut lesbares, massenwirksames, sowohl wissenschaftliches als auch populärwissenschaftliches Werk entstehen, das anschaulich war, die Jugend „emotional packen" und zugleich die skeptischsten Leser in Westdeutschland überzeugen konnte.[80] Nicht nur für Fachhistoriker, Studenten und Propagandisten, sondern „auch für den Leser, der bisher noch keine Kenntnis von der Geschichte" hatte, müsse „das Buch insgesamt und in jedem Teil voll verständlich sein."[81]

Zunächst einmal galt es jedoch, die gröbsten stilistischen Unsitten abzuschleifen. Für Arbeitsgruppenleiter Dieter Fricke, der vorsichtshalber die vorliegende Fassung für intern erklärte,[82] war es „unverständlich, wie sich solche Schwächen einschleichen konnten." Einige Passagen seien zwar „durchaus brauchbar, andere wiederum unmöglich." Das treffe „besonders auf die ersten 20 Seiten zu", die auch Albert Schreiner „vor allem ... schockiert" hatten. Zwar war der kritisierte Autor nicht politisch „daneben gerutscht", doch „starre Lehrhaftigkeit", „erhobene Zeigefinger" und lebloser Schematismus prägten das Bild, das durch einige verordnete „Flickarbeiten" nicht besser geworden war.[83] Selbst für einen „mit dem Umgang mit Manuskripten vertrauten" Menschen, sei es sehr ermüdend, „das alles zu lesen", klagte ein Gutachter über die Rohfassung eines anderen Kapitels.[84]

Die Stilredakteure tadelten die „urteilende, referierende Diktion", eine „ununterbrochene Kette von Urteilen", die statt vom Kampf zu berichten nur dessen Resultate festhalte. Die Autoren eilten „über weite Strecken hinweg von Parteitag zu Parteitag, von Konferenz zu Konferenz, von Dokument zu Dokument", und die „lebensvollen Kampfaktionen" dienten „nur zur Illustration der Parteibeschlüsse". Die vom „Grundriß" her gewohnten „teilweise recht umfangreichen Einleitungen zu den Hauptperioden sollten auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden."[85]

Ein „Vorbild für die Art der Gestaltung" war weit und breit nicht in Sicht.[86] Als ein Stilredakteur als Muster den Crimmitschauer Streik ausmalte, kritisierten die Imperialismus-Spezialisten die Länge der Vorlage und forderten „die Ausarbeitung von Vorbildern, wie man in der gebotenen Kürze viel Stoff lebendig und begeisternd darstellen" könne.[87] Die Tendenz ging dahin, nur noch die wichtigsten Fragen zu behandeln und treffende Beispiele auszuwählen, um dafür mehr ins Detail zu gehen.[88]

Die Stilredakteure, die mit solchen Forderungen bei den Autoren und ihrem Sekretär anscheinend offene Türen einrannten, wollten „die wichtigen historischen Ereignisse für den

80 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Diskussion und Richtlinien für die Überarbeitung des Entwurfes des Kapitel VIII des Geschichtswerkes, 10.5.1963 (Faulzeit).

81 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Lothar Berthold/Arbeitsgruppe der Stilredakteure, Hinweise für die Darstellungsweise in der dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5.6.1963.

82 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Protokoll der Sitzung vom 7.1.1963.

83 Ebd., Niederschrift der 5. Diskussion ... 30.11.1962.

84 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Herbert Gute an das Autoren-Kollektiv ... Kapitel XII–XIII, 8.10.1963.

85 Ebd., Lothar Berthold/Arbeitsgruppe der Stilredakteure, Hinweise für die Darstellungsweise in der dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5.6.1963.

86 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Diskussion und Richtlinien für die Überarbeitung des Entwurfes des Kapitel VIII des Geschichtswerkes, 10.5.1963 (Faulzeit).

87 BA NY 4198/116, Arbeitsgruppe II, Protokoll der Arbeitsgruppenbesprechung am 27.5.1963.

88 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Arbeitsgruppe I (19. Jahrhundert), Protokoll der Sitzung am 14.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Leser plastisch sichtbar" werden lassen. Es sollte „mit handfesten Tatsachen argumentiert werden, damit die getroffenen Einschätzungen und Schlußfolgerungen für den Leser verständlich" würden, der selbst die „Lehren aus der Geschichte ziehen" können sollte. „Die Hauptfrage" sei „eine gründliche, sachliche, überzeugende Argumentation",[89] der Leser nicht ohne weiteres bereit, den Beteuerungen zu folgen, daß dieser oder jener Streik ‚bedeutungsvoll', ‚ruhmreich' oder ‚gewaltig' war ... Das Urteil muß also aus den konkreten Erscheinungen der Geschichte selbst abgeleitet werden."[90]

Gewünscht war jetzt demnach so ziemlich das Gegenteil vom dozierenden Duktus des „Grundrisses". Daß man annahm, dessen Deduktionen und Thesen umstandslos durch eine induktive Beweisführung ersetzen zu können, zeugt von dem ungebrochenen Glauben in die eine marxistische Wahrheit.

Jedenfalls war das Drängen der Stilredakteure ein wichtiger Impuls, der das Anwachsen von drei auf acht Bände und den opulenten Dokumentenanhang erklären hilft.

Ein weiteres Verdienst der „Stilredakteure" war, daß sie bei jeder Gelegenheit dazu rieten, den Text mit Namen zu spicken und möglichst viele konkrete Personen zu behandeln.[91] Damit boten sie den Parteihistorikern eine wichtige Argumentationshilfe, als es darum ging, die alten Genossen dem Orkus des Vergessens zu entreißen.

5. Magische Praktiken? Der Umgang mit Namen von Adenauer bis Zetkin

Noch blieb zu bestimmen, wo die „führenden Genossen" eingeschätzt und „gewürdigt" werden sollten. Ihnen wurden „Kurzbiographien" gewidmet, auffällige Exkurse, die über den jeweils behandelten Zeitraum hinauswiesen.[92] Die „wichtigsten Persönlichkeiten" wurden möglichst konzentriert an wenigen Stellen behandelt. „Florin: Nach Brüssel, während des zweiten Weltkrieges, sonst nur erwähnen", lautete eine der diesbezüglichen Festlegungen oder

„Thälmann
a) 1920 bei der Vereinigung von USPD und KPD
b) In den Jahren der relativen Stabilisierung nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Partei.
c) Im Zusammenhang mit seiner Ermordung.

89 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Besprechung der Arbeitsgruppe (3) bei Genossen Prof. Dr. Berthold, 28.5.1963.

90 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Lothar Berthold/Arbeitsgruppe der Stilredakteure, Hinweise für die Darstellungsweise in der dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5.6.1963.

91 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Diskussion und Richtlinien für die Überarbeitung des Entwurfes des Kapitel VIII des Geschichtswerkes, 10.5.1963 (Faulzeit).

92 Ebd., Besprechung der Arbeitsgruppe (3) bei Genossen Prof. Dr. Berthold, 28.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Ulbricht:
a) 1923 – seine Entwicklung bis dahin zur Parteiführung.
b) Im Zusammenhang mit Brüssel.

Clara Zetkin:
a) in der revolutionären Nachkriegskrise (1920 erste Reichstagsrede)
b) 1932 bei ihrer letzten Reichstagsrede rückblickend.

Fritz Heckert (muß noch geklärt werden)."

Zudem sollte eine „viel größere Anzahl von Genossen genannt werden. (Namen)".[93]

Diese merkwürdig allgemein gehaltene Vorgabe findet sich in den Protokollen aller Arbeitsgruppen. „In die Darstellung sind noch mehr Namen führender Vertreter der Linken und von Teilnehmern an den Kämpfen der Arbeiterklasse aufzunehmen", notierten beispielsweise die Mitarbeiter von Frickes Arbeitsgruppe 2.[94]

Der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von 1963 gab sich im Umgang mit Namen noch spröde. Insgesamt kamen auf den 300 Seiten etwa 100 Personen vor, von denen ein knappes Drittel (Bismarck, Cuno, Stresemann, v. Seeckt usw.) ohnehin nicht als Handlungsträger einer Parteigeschichte geeignet war. Die Klassiker führten das Feld mit großem Vorsprung an. Lenin kam auf 54, das Tandem „Karl Marx und Friedrich Engels" auf 47 Erwähnungen. Die kanonische Koppelung beider Heroen war ein bequemes Mittel, um den jungen Marx und den späten Engels außer Spiel zu halten. Nach der unüblichen Einzelwertung hätte Marx, wie es sich für eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gehören mochte, mit 62 Nennungen sogar gewonnen und Engels mit 57 den zweiten Platz belegt.

Den vierten Platz eroberte seltsamerweise Konrad Adenauer, bzw. das „Adenauerregime". Den Erbfeind der „nationalen Grundkonzeption" hatte man nicht weniger als 27mal heraufbeschworen. Ulbricht hielt sich mit 15 Nennungen vergleichsweise bescheiden im Hintergrund. Ulbrichts Zurückhaltung findet eine Parallele im hellsichtigen Umgang mit Chruschtschow, der nur dreimal, aber dafür an prominenter Stelle, zum Ausklang des Textes vorkam. Diese Vorgehensweise entsprach einerseits dem Geist des XXII. Parteitags, auf dem der KPdSU-Chef selbst die Kritik am „Personenkult" in den Mittelpunkt gestellt hatte, andererseits betonte sie den nationalen Charakter der Parteigeschichte. Es war keine 10 Jahre her, daß Stalins „Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPdSU/B" auch für die deutschen Genossen als historiographischer Leittext gegolten hatte.

Zur unmittelbaren Konkurrenz, zu den Parteiheroen der dreißiger Jahre, bewahrte Ulbricht mit seinen 15 Nennungen eine so kleine wie feine symbolische Distanz. Thälmann und Dimitroff folgten mit jeweils 14, Pieck mit 13 Einträgen, Karl Liebknecht mit 12. Dimitroff hatte erst im Endspurt, bei der Schlußredaktion, zu diesem illustren Feld aufgeschlossen. Mit einiger Mühe war es gelungen, ihn auf einer einzigen Seite (S. 173) nicht weniger als achtmal zu erwähnen. Stalin wurde zwar kritisiert, lag aber immerhin noch gleichauf mit Bebel (beide 7) vor Rosa Luxemburg (6), Lassalle (4) und Otto Grotewohl (4). Die Ehre, zweimal genannt zu werden, wurde zwar Johannes R. Becher und Heinrich Mann zugebilligt, Erich Weinert und Friedrich Wolf jedoch verwehrt. Unter den Abweichlern

93 Ebd., Besprechung der Arbeitsgruppe (Diehl, Nimtz, Wimmer), 23.10.1962.
94 BA NY 4198/116, Arbeitsgruppe II, Protokoll der Arbeitsgruppenbesprechung am 27.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

hielten Brandler bzw. die „Gruppe Brandler/Thalheimer" eine eigentümliche Spitzenstellung (10). Zaisser/Herrnstadt, Schirdewan/Wollweber und die „Fischer/Maslow-Clique" mußten sich ebenso wie Berija mit einer einzigen Nennung bescheiden. Die Schilderung der Kämpfe von 1923 kam im „Grundriß" ohne Karl Radek aus, die RGO-Politik ohne Paul Merker, der Dimitroff-Prozeß ohne Münzenbergs „Braunbuch", der „Sozialistische Realismus" ohne Lukács und der Spanische Krieg ohne Franz Dahlem.

Als Hermann Weber auf solche Auslassungen hinwies, konnte man sich bequem auf den Standpunkt zurückziehen, daß es sich eben nur um einen „Grundriß" handele. Es war klar, daß man im „Geschichtswerk" selbst nicht mehr so leicht davonkommen würde. Tatsächlich fingen allein in dessen fünftem Band (was allerdings hauptsächlich auf die Breite des antifaschistischen Widerstandskampfes zurückzuführen war) deutlich mehr, nämlich über 120 Namen mit dem Buchstaben „S" an, als von Adenauer bis Zetkin im gesamten „Grundriß" vorgekommen waren.

Der Achtbänder verdankt seinen vergleichsweise guten Ruf nicht zuletzt der Tatsache, daß hier mehr Namen als in irgendeinem anderen vorher oder nachher erschienenen parteigeschichtlichen Werk der SED, viele bis dahin totgeschwiegene „Unpersonen" erwähnt und diskriminierte Genossen parteiöffentlich rehabilitiert wurden. Das abschreckende Gegenstück hierzu lieferte der „Kurze Lehrgang" der Geschichte der KPdSU, wo neben Lenin und Stalin nur ein weitgehend anonymes Kollektiv als Handlungsträger aufgetreten war. Diese Handhabungsweise hatte den Vorteil geboten, daß die Millionenauflagen nicht wegen irgendeines Renegaten oder liquidierten Politbüromitglieds eingestampft zu werden brauchten. Für sowjetische Spitzenfunktionäre war der „kurze Lehrgang" ein Damoklesschwert. Er sprach ihnen jede individuelle Bedeutung vor der Partei ab und machte sie austauschbar.

Im Kampf gegen den „Personenkult", gleich nach dem XX. Parteitag 1956, tauchte in den Konzeptionspapieren des IML zur Parteigeschichte die Forderung auf, nicht mehr einen „engen Kreis führender Funktionäre" herauszustellen und „nur einem oder wenigen Genossen alle entscheidende politische Initiative zuzuschreiben", sondern das ZK als „Kollektiv sehr vieler Einzelpersonen" zu zeigen. Verdiente Funktionäre, die später in den Hintergrund getreten seien, würden sonst unterschätzt, Parteiführer wie Thälmann hingegen durch die Zuschreibung fremder Verdienste verzeichnet, d.h. „zu einer Zeit in den Vordergrund gestellt, wo dies in der Realität noch nicht der Fall war."[95]

Die tschechoslowakischen Genossen waren nach 1956 den empfohlenen Weg gegangen. Das Lehrbuch „Geschichte der KPČ" hatte alle ZK-Mitglieder genannt, um dann darauf hinzuweisen, „daß dieser oder jener später zum Parteifeind wurde." Damit aber nicht „nur zwei oder drei Spitzenfunktionäre und dann nur Renegaten genannt" werden mußten, wurden zusätzlich „führende Parlamentsabgeordnete oder Redakteure der Partei genannt, um zu zeigen, daß sich die Partei auf ein breites Aktiv von Funktionären gestützt" habe.[96] Doch wer garantierte, daß sich nicht auch unter diesen die „Abweichler" eingenistet hatten?

In der DDR war dieser tschechische Ausweg hochproblematisch. Schon im Hinblick auf die Gefahr der Republikflucht herrschte Anfang der sechziger Jahre im Parteiapparat der SED die Meinung, daß es besser sei, nach Möglichkeit nur solche Personen zu erwähnen,

95 BA DY 30, IV 2/9.07/32, IML (H. Karl), Zur Einschätzung der Sozialdemokratie, 28.5.1956.

96 BA DY 30, IV 2/9.07/118, IML-Aktennotiz (Knittel, Gemkow, Uebel) über die Aussprache mit Genossen Paul Reimann über die Arbeit am Lehrbuch „Geschichte der KPČ" am 17.5.1960.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

die „abschließend eingeschätzt" werden konnten. Die Begutachtungsarbeit wurde auch dadurch erschwert, daß die Zensurbehörde über „keine vollständige Liste lebender Persönlichkeiten" verfügte.[97] An dieser Frage wäre um ein Haar das Standard-Lexikon der DDR, der Neue Meyer des Bibliographischen Instituts gescheitert, als der Ministerrat forderte, überhaupt keine lebenden Personen darin aufzunehmen: „Das bisherige zweibändige Lexikon enthält z. B. als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates die Genossen Oelßner und Selbmann ... und als Sekretär des ZK Genossen Paul Wandel. Alle sind schon lange aus ihren Funktionen abberufen. Das künftige achtbändige Lexikon wird mindestens für ein Jahrzehnt Gültigkeit haben ... Es ist auch unverständlich, warum in dem bisherigen Lexikon die vorstehenden Genossen aufgeführt sind, während die Politbüro-Mitglieder Genosse Matern, Genosse Neumann und Genosse Stoph nicht aufgenommen wurden. Die Problematik, die Namen lebender Personen in das Lexikon aufzunehmen, zeigt sich auch am Beispiel des Verräters Kantorowicz, der im zweibändigen Lexikon als hervorragender Widerstandskämpfer bezeichnet wir. Alle Nationalpreisträger in das Lexikon aufzunehmen, erscheint ebenfalls nicht richtig. Es war notwendig, wegen Republikflucht eine Reihe Aberkennungen auszusprechen."[98]

Erich Wendt vom Ministerium für Kultur warnte, ein solches Lexikon würde wertlos sein und „in der ganzen Welt unangenehmes Aufsehen erregen". Natürlich müsse man sich bei der Auswahl der Persönlichkeiten „weise Beschränkung auferlegen". Aber der Leser wolle auch „wissen wer Kennedy ist und Eisenhower war. Und wo soll er eine richtige parteiliche Auskunft erhalten, wenn nicht im Lexikon. Dazu ist es da!"[99]

Solche Toleranz mochte sich vielleicht der Staatsapparat leisten können, für den Parteigeschichtsschreiber herrschten strengere Sitten. Noch für das 1970 erschienene „Biographische Lexikon" galt die lapidare, 1963 getroffene Festlegung, daß die V. Hauptperiode, also die Zeit nach 1945, keine Berücksichtigung finden sollte.[100] Daß lebende Politbüromitglieder nicht vorkamen, selbst Ulbricht war kein eigener Artikel gewidmet, befreite aus der Verlegenheit, die Parteiführer dem Zwang des Alphabets unterwerfen zu sollen. Für Bibliographien der ZK-Institute galt nämlich noch folgende Richtlinie:

„Für die Ordnung der Titel innerhalb der jeweiligen Sachgruppe der Bibliographie wird folgende Reihenfolge festgelegt: Dokumente der Partei; Pieck, Ulbricht und Grotewohl; alle übrigen Materialien alphabetisch."[101]

Die Regelung, lebende Genossen auszusparen hing streng genommen an der Voraussetzung, daß das Todesjahr der behandelten Person bekannt war. Das war aber keineswegs selbstverständlich und bei den verschollenen Opfern des GULAG die Ausnahme.

Das IML hatte Ende der fünfziger Jahre akribische Regeln entwickelt, um auf relativ unverfängliche Weise auch aus Dokumenten unerwünschte Gäste zu verbannen. Der vorsichti-

97 BA DR-1, 7819, Hausmitteilung des Ministeriums für Kultur (Sektor Gewi) an Haid, 24.2.1961.

98 Ebd., Büros des Präsidiums des Ministerrates Anton Plenikowski an Ministerium für Kultur (Abusch), 19.1.1961.

99 Ebd., Erich Wendt an den Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates Anton Plenikowski, 28.3.1961.

100 BA DY 30, IV A 2/9.07/27, IML, Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Protokollnotiz zur Beratung der Abteilungsleiter am 21.10.1963.

101 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Protokoll der Besprechung über die Grundprinzipien bei der Herausgabe einer Bibliographie durch Institutionen des ZK, 10.5.1960.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

ge Umgang mit Namen war im IML längst zur unverzichtbaren Hilfswissenschaft evolutioniert. Bei ehemaligen Funktionäre, die zu „Parteifeinden" geworden waren, verfuhr man inzwischen beispielsweise nach folgender Regel:

„Selbstverständlich wollen wir solche Namen nach Möglichkeit umgehen, z.B. wo das durch Auslassung eines ganzen Absatzes geschehen kann ... Dagegen ist es nicht tunlich, aus einem zusammenhängendem Text einen Namen auszulassen. Da grundsätzlich in allen Dokumenten Auslassungen durch 3 Punkte gekennzeichnet sind, würden wir auf diese kritischen Namen geradezu noch besonders aufmerksam machen ... Man muß in einem solchen Falle entweder alle Namen auslassen oder alle stehenlassen ..."

Um eine unnötige Hervorhebung zu vermeiden, kommentierte das IML die „Namen von Gegnern" nicht in den Fußnoten, sondern verlegte die unumgängliche „Charakterisierung der Entwicklung und heutigen Stellung solcher Personen" lieber in das Namensregister. Soweit diese Einschätzungen prominente „Gegner" wie den „erbitterten Feind der Arbeiterbewegung" Kurt Schumacher betrafen, wurden sie vom Politbüro bestätigt. Demnach hatte Gustav Dahrendorf „entgegen seiner Unterschrift" die Vereinigung bekämpft, Max Fechner wurde eine „kapitulantenhafte Haltung" am 17. Juni bescheinigt und Erich Gniffke hatte „das in ihn gesetzte Vertrauen" mißbraucht.

Unter Dokumenten, Beschlüssen und Resolutionen strich man in der Regel von vornherein alle namentlichen Unterschriften, und nur die unverfängliche „Unterschrift der betreffenden Partei- oder Organisationsleitung" blieb bestehen. So ließ sich am einfachsten „eine Häufung gegnerischer und nicht immer kontrollierbarer lokaler Namen" vermeiden.[102]

Diese Praxis hatte der IML-Direktor Einicke auch bei Dokumenten angewendet, die die „ehemals führenden Genossen" Schirdewan und Oelßner unterzeichnet hatten. „Wir schlagen vor, die Namen der betreffenden Genossen wegzulassen", plädierte das IML. Wichtige Angaben über Zeitpunkt und Ort der Verhandlungen, über die Delegationsleiter und -teilnehmer u.a." würden durch eine redaktionelle Vorbemerkung geklärt.[103]

Das archaische Prinzip der „damnatio memoriae" galt auch für Bibliographien: „Berichte und wichtige Referate auf ZK-Tagungen, Parteitagen und Parteikonferenzen von Genossen, die ihrer Funktionen enthoben wurden, sind ohne Nennung des Namens anzuführen. Alle übrigen Schriften dieser Genossen werden weggelassen."[104] Noch Mitte 1962 erschien in der BzG ein Artikel über die Internationale Arbeiterhilfe, der es fertigbrachte, deren Gründer und Motor Willi Münzenberg nicht ein einziges Mal zu erwähnen.[105]

Erst vor dem Hintergrund solcher übervorsichtigen Verfahrensregeln und magischen Praktiken, die unter „Wissenschaftlichkeit" mehr oder weniger eine raffiniertere Form der

102 BA DY 30, IV 2/9.07/62, IML (Knittel) an das Arbeitsbüro zur Weiterleitung an das Sekretariat des ZK der KPD, Herausgabe von „Dokumenten und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Bd. 1, Mai 1945–April 1946, 2.6.1959. BA DY 30, IV 2/9.07/117, IML (Einicke)/Kurt Hager, Vorlage an das Politbüro, 22.6.1959, Dokumente und Materialien zur „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band III/1.

103 BA DY 30, IV 2/9.07/61, IML (Einicke) an Kurt Hager, 10.2.1959.

104 BA DY 30, IV 2/9.07/26, Protokoll der Besprechung über die Grundprinzipien bei der Herausgabe einer Bibliographie durch Institutionen des ZK, 10.5.1963.

105 Hermann Müller, Die Bedeutung der Gründung der IAH im Jahre 1921 für die Entwicklung der Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit Sowjetrußland, in: BZG 3, 1962, S. 642–656.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Fälschung verstanden, werden die bemerkenswerten Fortschritte der Parteigeschichtsschreibung am Achtbänder deutlich.

Als die vier Arbeitsgruppen des „Geschichtswerks" im Januar 1963 ihre Rohentwürfe bei Lothar Berthold abgegeben hatten, wurden die 2 900 Seiten fünfzigmal abgezogen.[106] Das hierbei verwendete Ormig-Verfahren war eine schmutzige und stinkende Arbeit, das Lila kaum von den Fingern und aus den Kleidern zu bekommen. Jetzt wurden die Textmassen auf mannigfache Weise, man darf wohl sagen „allseitig" begutachtet. Das IML fabrizierte sogenannte „Längsschnittanalysen", die sich kapitelübergreifend auf einzelne Aspekte des werdenden „Geschichtswerkes" konzentrierten, etwa auf die „Entwicklung des Marxismus-Leninismus und seiner Aneignung und Anwendung durch die Partei", auf die „Behandlung der gewerkschaftlichen Entwicklung" und auf die Darstellung der „Streiks und Massenkämpfe".[107] Heinz Karl tadelte die Proportionen bei der „Behandlung der Revolutionen und der marxistischen Revolutionstheorie", denn den 106 Seiten über 1848 standen nur 77 Seiten über die Novemberrevolution gegenüber. Man analysierte die „Behandlung des proletarischen Internationalismus" und arbeitete in den „Grundfragen" die Abweichungen des Rohentwurfs zum sowjetischen Forschungsstand heraus. Ein Archivar errechnete, daß der Bündnisfrage 171 Seiten gewidmet seien, und ähnliche Untersuchungen gab es zur „nationalen Frage" sowie zur Darstellung der „Parteigründungen, Parteiprogramme, Parteitage, Parteikonferenzen". Fredi Sumpf, sonst verantwortlich für die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit am „Geschichtswerk", fiel beispielsweise auf, daß in der Zeit nach dem V. Parteitag 1958 die Tagungen des ZK in der Darstellung immer kürzer wurden: „So werden die 3., 4., 5., 6., 12. und 17. Tagung nur erwähnt, die 8. Tagung auf 2 Seiten, die 9. Tagung auf ½ Seite, die 11. Tagung auf 2 ½ Seiten und nur die 14. Tagung auf 8 Seiten gewürdigt." 10 Seiten behandelten die Gründung von Lassalles ADAV, hingegen nur zwei jene der Kommunistischen Internationale. Dem Kommunistischen Manifest waren 21 Seiten, „dem Programm der KPdSU, dem Kommunistischen Manifest des 20. Jahrhunderts" 11, dem Programm der SED nur 6 Seiten gewidmet worden.[108]

106 BA DY 30, IV 2/9.07/277, Lothar Berthold, Vorschlag zur Verteilung der Exemplare des ersten Rohentwurfes.

107 Vgl. die entspechenden Längsschnittanalysen in: BA DY 30, IV 2/9.07/277, (April/Mai 1963).

108 Ebd., IML (Sumpf), Zur Darstellung der Parteigründungen, Parteiprogramme, Parteitage, Parteikonferenzen, 9.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Die wenigen Namen im „Grundriß" konnte ein übereifriger Leser in zwei Stunden abzählen. Für den Achtbänder führte man eine Namensstatistik. Auf einer Liste der fünfzehn „Bedeutendsten Führer der Arbeiterbewegung" hatte das Kabinett des IML akribisch nachgehalten, in welchen Kapiteln wer wie oft vorkam:[109]

Kapitel	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV
Marx	266	214	131	9	1	5				1		9	12	12
Engels	251	112	220	10	2	3				1		8	9	11
Lenin	11	4	10	98	30	16	50	9	1	5	4	16	14	4
Bebel		90	86	42	2			1		1		2		
Liebknecht, W.	1	88	51									1		
Liebknecht, K.	1			84	91	33	1		1	1		4	2	2
Luxemburg	1			70	21	17	2		1	1		3	2	
Zetkin		1	9	38	10	5	8	2	5			1		
Mehring			12	23	12	5						1		
Pieck				5	9	8	5	5	17	24	7	40	11	3
Thälmann					1	2	18	34	54	24	3	1	4	2
Ulbricht				2	1	4	11	9	28	36	15	47	50	64
Chruschtschow													4	13
Grotewohl	1											41	17	2

Ähnliche Aufstellungen über „Die wichtigsten Vertreter der herrschenden Klasse", auf der Adenauer gleich unter Hitler, Goebbels und Göring Platz gefunden hatte, und über die sozialdemokratischen „Opportunisten" waren entschieden übersichtlicher ausgefallen. Lassalle, Bernstein und Kautsky kamen demnach immerhin auf jeweils insgesamt 63 Nennungen, ein Zufall, den Freunde kabbalistischer Zahlenmystik als tiefgründige Anspielung auf den Gründungsparteitag des ADAV interpretieren können.[110] Für Stalin brauchte man damals noch keine Tabelle. Er kam einfach nicht vor.

So absurd solche Tabellen auf den ersten Blick wirken mögen, erwiesen sie sich doch als höchst praktische Hilfsmittel. Sie führten zu den Entdeckungen, daß sich die Imperialismus-Forscher ausschließlich mit der „Linken" der SPD um „Karl und Rosa" beschäftigt hatten. Horst Bartels Arbeitsgruppe hatte „Marx und Engels" in den beiden ersten Kapiteln ohne Vornamen gebracht und mußte diese jetzt – und zwar ohne PC in Handarbeit – systematisch ergänzen bis 480mal „Karl" und 363mal „Friedrich" im Text standen. Die Tabellen erleichterten eine Untersuchung über die „Nennung der Namen von Marx, Engels nach ihrem Tode"[111] und warnten, daß der antifaschistische Widerstandskampf ohne Otto Grotewohl stattzufinden drohte.[112] Das war Grund genug, um eine weitere Analyse über das „Verhältnis zwischen den Mitgliedern der KPD, der SPD und anderen demokratischen Kräften im Widerstandskampf" anzuregen, in der sich herausstellte, daß das X. Kapitel (1933–1939) insgesamt drei (Aufhäuser, Böchel, Breitscheid), das XI. Kapitel keinen einzigen „Vertreter der

109 Ebd., Tabelle „Bedeutendste Führer der Arbeiterbewegung", 2.4.1963.
110 Ebd., Tabellen „Die wichtigsten Vertreter der herrschenden Klasse" ..., 2.4.1963.
111 BA DY 30, IV A 2/9.07/227, „Nennung der Namen von Marx, Engels nach ihrem Tode".
112 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Besprechung der Arbeitsgruppe (3) bei Genossen Prof. Dr. Berthold, 28.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

SPD" als Widerstandskämpfer aufgeführt hatte.[113] Es wurden auch „keine Vertreter der SPD genannt, die an der Vereinigung von KPD und SPD 1946 teilgenommen" hatten,[114] und als „Teilnehmer der Gründung der SED" waren nur Ulbricht, Pieck und Grotewohl erwähnt.

Da jeder der drei Parteiführer im XII. Kapitel über 40mal genannt worden war, sah der Gutachter hier „ein gutes Verhältnis hergestellt, die Namen der progressiven Kräfte überwiegen." Die „Adenauer-Regierung" war schuld, daß im XIII. Kapitel die „namentliche Nennung der Vertreter der Reaktion" überhandgenommen hatte. Ferner entsprach „das Verhältnis zwischen der Nennung der führenden Vertreter unserer Partei und der Nennung der Genossen bzw. Personen, die wegen fraktioneller Tätigkeit aus der Parteiführung ausgeschlossen wurden, nicht der politisch-ideologischen Entwicklung in der DDR. So wird außer Wollweber (1x) und Ziller (2x) keine dieser Personen unter dreimal angeführt. Schirdewan wird sogar zehnmal genannt und dreimal noch in der Bezeichnung Schirdewan-Gruppe."

Während sich die Zahl der Sozialdemokraten später kräftig vermehrte, wurden die „Schirdewans" bis auf ein Minimum ausgerupft. Auf der anderen Seite mußte bei den lebenden Politbüromitgliedern nachgebessert werden. Im Rohentwurf kam „die Kollektivität der Parteiführung nicht genügend zum Ausdruck". In den beiden DDR-Kapiteln waren Kurt Hager, Erich Honecker, Alfred Kurella, Hermann Matern und Paul Verner gerade zweimal, Ebert, Mückenberger, Neumann, Rau und Warnke einmal, die übrigen überhaupt nicht erwähnt.[115] Das entsprach den Gepflogenheiten des „Kurzen Lehrgangs" und des „Grundrisses", möglichst keine lebenden Personen zu nennen. Jetzt wurde zur Regel, die Politbüromitglieder ihre eigene Einschätzung verfassen, d. h. die sie betreffenden Stellen ergänzen und autorisieren zu lassen. So korrigierte Honecker die Schilderung des antifaschistischen Widerstandskampfes, weil die kommunistische Jugend im Saarland zu wenig vorkam. Schließlich kam Hager auf 13, Honecker gar auf 19 Einträge in die Parteigeschichte. Ulbricht dürfte diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen beobachtet und später bedauert haben. Doch die Autoren der V. Hauptperiode drängten auf klare Regelungen:

„Wie ist es mit der Nennung von Namen? Wo sind welche Namen genannt und wie oft werden sie genannt? Welche bisher nicht genannten Namen müssen aufgenommen werden? Bei wem und wo sind kurze biographische Angaben oder charakterisierende Erläuterungen notwendig?", fragte sich die 4. Arbeitsgruppe und entwickelte folgenden Vorschlag: „Wir sind der Meinung, daß neben den führenden Genossen der Partei und den Persönlichkeiten der Blockparteien namentlich zu nennen sind die besten Aktivisten und Neuerer der Produktion, die Pioniere der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande sowie die Vertreter der Intelligenz, die hervorragende wissenschaftliche und kulturelle Leistungen zum Wohle der Arbeiter- und Bauern-Macht und der ganzen deutschen Nation vollbrachten. Wenn dem Prinzip zugestimmt wird, könnte ein vollständiger Vorschlag dazu ausgearbeitet werden."[116] Kurzbiographien sollte es in der V. Hauptperiode zu Ulbricht, Pieck und Grotewohl geben, hingegen wurde „keine Übereinstimmung" erzielt, „ob alle Mitglieder des Politbüros und

113 BA DY 30, IV A 2/9.07/227, „Verhältnis zwischen den Mitgliedern der KPD, der SPD und anderen demokratischen Kräften im Widerstandskampf".

114 Ebd., „Vertreter der SPD in den Kapiteln VI bis XI".

115 Ebd., „Das Verhältnis zwischen den genannten Vertretern der Arbeiterklasse, der verbündeten Klassen und Schichten und der Reaktion in der V. Hauptperiode".

116 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Arbeitsgruppe IV (1945–1962), Bericht zum 1. Entwurf des 3. Bandes (V. Hauptperiode) ..., 20.10.1963, S. 8 und 11.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

des Staatsrates namentlich genannt werden sollten."[117] Frickes für die „friedliche" Phase 1900–1917 zuständige Arbeitsgruppe wollte sich „in der Zahl der Aufführung von Namen" überhaupt „nicht einengen", um dann die „Personen mit ihren Namen dort einzuordnen, wo sie Positives geleistet" hätten.[118]

Im Frühjahr 1964 entstanden „Redaktionsrichtlinien" zur Chronologie der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die bezeugen, welche Fortschritte seit 1959 erzielt worden waren. Die restriktive editorische Praxis der fünfziger Jahre wurde geradezu auf den Kopf gestellt. Grundsätzlich waren jetzt „alle Namen bei Referaten auf Plenartagungen, Konferenzen usw. zu nennen", so daß z. B. bei der Dezemberkonferenz 1945 Dahrendorf neben Pieck und Ulbricht auftauchte. „Das trifft auch auf die Parität in den Jahren 1946–1949/50 zu, aber auch auf solche Personen wie Fechner, Zaisser, Herrnstadt, Schirdewan, Ölßner u.a."[119]

6. Beschwörung der „Unpersonen"

Es erwies sich als unerhört schwierig, solche wissenschaftlichen Grundregeln auf die IV. Hauptperiode (1917–1945) anzuwenden. Wie war mit all jenen KPD-Führern der zwanziger Jahre umzugehen, die sich später als „Parteifeinde" entpuppt hatten oder gar in der sowjetischen Emigration den „Säuberungen" Stalins zum Opfer gefallen waren?

Zum Zeitpunkt, als der Rohentwurf fertig war, wurde das Thema gerade aktuell. Hermann Weber veröffentlichte im Januar 1963, also etwa gleichzeitig, seine Studie über „Die Parteitage der KPD und SED".[120] In seiner Kritik am „Grundriß" rechnete er aus, daß solche späteren „Renegaten" und „Parteifeinde" auf den Parteitagen 31 von 56 Hauptreferaten gehalten hatten. Von 81 ZK-Mitgliedern der KPD hätten 31 mit der Partei gebrochen oder wurden ausgeschlossen. Nicht weniger als zehn, d.h., wie Weber betonte, mehr als Hitler, ließ Stalin erschießen.[121] Dem „Grundriß" war beispielsweise nicht viel mehr zu entnehmen gewesen, als daß das Thälmannsche Zentralkomitee von 1925 aus „Wilhelm Pieck, Fritz Heckert, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin, Ernst Schneller und anderen" bestanden hatte.[122] Nun geriet unabwendbar die Frage auf die Tagesordnung, was es mit jenen mysteriösen „anderen" auf sich hatte, die nirgends genannt wurden. Lothar Berthold plädierte nachdrücklich dafür, in den Dokumenten die Namen solcher ZK-Mitglieder zu nennen, was Ulbricht gegenüber einiger Überzeugungsarbeit bedurfte:

117 Ebd., Arbeitsgruppe IV (1945–1962), Protokoll der Diskussion über den ersten Entwurf des Geschichtswerkes (Kapitel XII–XIV), 19.11.1962, S. 84f.

118 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Niederschrift der 4. Diskussion über die III. Hauptperiode, 29.11.1962.

119 BA DY 30, IV A 2/9.07/374, IML (Sektor IV), Hinweise für die Überprüfung und Überarbeitung der Fakten auf der Grundlage der Redaktionsrichtlinien und Muster sowie der Gesichtspunkte für die Erarbeitung der Chronik V. Hauptperiode, 24.2.1964.

120 Vgl. Hermann Weber, „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt/Main 1990 (2. Aufl.), S. 49.

121 Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte, S. 68.

122 Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1962, S. 142.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Unsere Gegner, imperialistische Historiker sowohl als vor allem rechtssozialdemokratische, verlegen die Auseinandersetzung mit uns in letzter Zeit immer stärker darauf, Korrekturen in Dokumenten, Reden und Aufsätzen, die die Erwähnung Stalins etc. betreffen, anzuprangern. Wir sollten deshalb hier so wenig wie möglich Angriffsflächen bieten, zumal wir solche Korrekturen gar nicht nötig haben. Es gibt für diese Korrekturen, erfolgen sie ohne Kommentar, keine plausible Erklärung."[123]

Das Problem war auch für gut informierte SED-Parteihistoriker insofern neu, als in den fünfziger Jahren außer Pieck, der die entsprechenden Unterlagen in seinem Panzerschrank hütete, niemand genau sagen konnte, wer eigentlich wann dem ZK der KPD angehört hatte. Über Ulbrichts Parteikarriere kursierten haarsträubende Legenden. Selbst Rudolf Lindau war es nicht möglich gewesen, für seine Thälmann-Biographie an eindeutige Dokumente heranzukommen. Inzwischen verfügte das IML über den Moskauer KPD-Fonds. Man kannte den alten Funktionärsapparat und besaß Kaderakten über Heinrich Brandler, Paul Frölich, Iwan Katz, Herbert Wehner und Ruth Fischer.[124]

Aber sollten all diese Namen in die KPD-Geschichte einfließen? Ernst Diehl wollte keine „Geschichte von Cliquen-Kämpfen" schreiben.[125] Andererseits war er unzufrieden mit den sonst unvermeidlichen Lücken in seinem Manuskript:

„Eine Reihe von Personen, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine Rolle spielten, wird nicht genannt, oder die Namen tauchen in einem bestimmten Zusammenhang auf, ohne daß man die Vorgeschichte bzw. die spätere Entwicklung dieser Personen erfährt:

1. Beim Gründungsparteitag der KPD werden Personen genannt, jedoch wird ihre Tätigkeit in der Zeit zuvor nicht erwähnt, z.B. Thalheimer, Eberlein.
2. Wenig wird über die Rolle Radeks und sein Wirken in Deutschland gesagt.

– Müßten nicht solche Personen wie Remmele, Neumann, Eisler u.a., die im Kampf gegen die Ultralinken eine positive Rolle spielten, auch in diesem Zusammenhang genannt werden?"[126]

Ein altes Problem war die „Nennung des Namens Münzenberg und die ganze Angelegenheit".[127]

Der Umgang mit solchen Namen gehörte zu jenen Fragen, die nur das Autorenkollektiv klären konnte.

Hier gab Ulbricht am Beispiel der Linken in Chemnitz folgende Linie vor:

„Wen darf man nicht nennen? Hier wird nur Heckert genannt. Er war vom Standpunkt des Volkes der populärste. Ich würde also Heckert, Siebert, Brandler nennen, der damals eine Rolle gespielt hat. Wenn er keine Rolle gespielt hätte, dann soll man mir erklären, wie er 1923 Sekretär des Zentralkomitees geworden ist. Er kommt plötzlich aus dem Untergrund hervor ? (Fritz Globig: Wenn wir Brandler nennen, müssen wir auch Keller nennen, der ist bei der Stange geblieben) ... ist der erst neu geboren? Die Logik müßt ihr behalten, das geht nicht anders. Hinterher könnt Ihr kritisieren, wie Ihr wollt, aber zunächst ist er mal da.

123 BA DY 30, IV A 2/9.07/39, Lothar Berthold an Hans Vieillard (Kanzlei des Staatsrats), 20.8.1964.
124 BA DY 30, IV A 2/9.07/136, ZPA, Zusammenfassender Bericht über die Archivreisen ..., 21.5.1964.
125 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Besprechung der Arbeitsgruppe (Diehl, Nimtz, Wimmer), 23.10.1962.
126 BA DY 30, IV A 2/9.07/277, Bisher im zweiten Band des Geschichtswerks nicht behandelte Probleme, auf die jedoch aufmerksam gemacht werden soll.
127 Ebd., Kapitel X, Welche Fragen und Probleme sind noch nicht umfassend geklärt?

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Radek habt Ihr genannt, das ist auch nicht gerade ein Musterexemplar gewesen ... Wir müssen die Leute nennen, ohne daß wir alles bis zu Ende charakterisieren. Die Leute lesen das in den Geschichtsbüchern und fragen, warum wir das verschweigen. Es hat gar keinen Zweck, das zu verschweigen, man muß nur die Zusammenhänge richtig erklären. Dann geht alles."[128]

Als Walter Nimtz fragte, ob man die Gründer des Spartakusbundes ohne „Hinweise auf ihr späteres Verhalten" nennen könne, antwortete Ulbricht:

„Was die letzte Frage betrifft, so müssen wir das entscheiden. Mir scheint richtig zu sein, die Namen zu nennen. Es geht alles der Reihe nach. Ich kann den Betreffenden, die die Partei mitgegründet haben, wie Thalheimer, nicht jetzt schon ein Etikett geben und sagen: Das ist der und der, der sich so und so entwickeln wird. Außerdem bringst Du das gar nicht fertig zu formulieren. Wir bewahren Sie vor den Versuchen. Wir nennen sie mit Namen und zu dem Zeitpunkt, wo sie beginnen, eine falsche Linie zu entwickeln, sagen wir etwas, vorher nicht? Ist das klar? Also Einmütigkeit."[129]

Ulbricht verdeutlichte seine Meinung, in dem er Radek Einlaß in das „Geschichtswerk" verschaffte, und dessen Verdienste hervorhob. Radeks Nachruf auf den Nationalsozialisten Schlageter erlaube es, „die nationale Position der Partei damals" zu betonen. Um zu zeigen, daß auch die SED bei der Wahl von Verbündeten nicht wählerisch sein würde, griff Ulbricht zu einem markanten Vergleich: „Wenn sich der Kampf verschärft, werden wir auch versuchen, Bundeswehrgenerale zu gewinnen, nicht, daß jemand denkt, daß sich eine solche Politik nicht durchführen läßt. Selbstverständlich machen wir das."[130]

Als Schreiner vorschlug, die internationale Wirkung des Braunbuchs zum Reichstagsbrand stärker herauszustellen, verblüffte Ulbricht vollends die Anwesenden: „Ich bin dafür, daß das akzeptiert wird, und daß im Zusammenhang mit dem Braunbuch gesagt wird, daß das in Zusammenarbeit mit Willi Münzenberg gemacht wurde."[131]

Gleich nach dieser Sitzung des Autorenkollektivs ließ Ernst Diehl die Autoren seiner Arbeitsgruppe 1917–1945 nochmals die Namen der Parteifunktionäre „ansehen (in Kap. VII und VIII Zusammensetzung des Politbüros nennen). Bei Brüssel und Bern auch alle Namen nennen."[132] Jetzt schien es „zweckmäßig, daß in Verbindung mit der 1. Parteikonferenz, dem 11. Parteitag und dem 12. Parteitag jeweils die Zusammensetzung des Politbüros genannt wird. Damit ergäbe sich aber, daß auch etwas zur (damals positiven) Rolle von Schulte, Schubert, Neumann und Flieg gesagt werden müßte." Am Rand dieses Vorschlags stand ein großes Fragezeichen.[133] In solchen besonders kritischen Fällen ließ sich das Autorenkollektiv die Änderungen vom Zentralkomitee bestätigen, das auf dem 10. Plenum, im Sommer 1965, über das „Geschichtswerk" beriet. So wurde im VIII. Kapitel jetzt (der später entweder kurz vor seiner geplanten Auslieferung durch Stalin an die Gestapo oder 1944 im GULAG gestorbene[134]) Hugo Eberlein in einem Atemzug mit Pieck und Thälmann genannt.

128 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 63f.
129 Ebd., S. 73.
130 Ebd., S. 117.
131 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, 4.2.1965, S. 36.
132 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Besprechung der Arbeitsgruppe 1917–1945, 7.12.1964.
133 BA DY 30, IV A 2/9.07/247, W. Ersil, Zu Problemen des Kapitels VIII, 31.5.1965.
134 Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/Main 1969, Bd. 2, S. 102.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

In den beiden folgenden zunächst dem Politbüro und von diesem dem 10. Plenum vorgelegten Passagen waren die neuen Namen fett gedruckt:

„Seite 58, 2. Absatz

Der letzte Satz wird geändert:

Erstmals wurden Franz Dahlem, *Karl Fischer, Leo Flieg, Ernst Grube, Willi Leow*, Paul Merker, *Willi Münzenberg, Heinz Neumann*, Michael Niederkirchner, Helene Overlach, *Fritz Schulte* und andere in die Parteiführung gewählt.

Seite 84, 3. Absatz

Der letzte Satz wird geändert:

Neu wurden Arthur Becker, *Philipp Daub, Wilhelm Kasper, Walter Kaßner, Hans Kippenberger,* Wilhelm Koenen, Albert Kuntz, *Max Opitz, Hans Pfeiffer*, Siegfried Rädel, Rudolf Renner, *Hermann Schubert*, Franz Stenzer und andere in das Zentralkomitee gewählt."[135]

Diese Auflistungen bezogen sich auf den 11. Parteitag 1927 und auf den 12. Parteitag 1929. Der vierte Band des „Geschichtswerks" nannte schließlich keineswegs alle Mitglieder der dort gewählten Zentralkomitees, sondern kaum mehr als die Hälfte.[136] So fehlten Joseph Schlaffer, der sich 1933 vier Monate mit dem in der Partei verfemten Remmele versteckt und danach einen Eiweiß-Großhandel mit Rindertalg-Siederei betrieben hatte, und Thälmanns korrupter Freund John Wittorf. Es fehlten Margarete Hahne aus dem Münzenberg-Kreis, deren Mann erst die Nazis und 1945 die Russen verhaftet hatten, Wilhelm Hein, ein als Gestapo-Spitzel verdächtigter Weddinger Gastwirt, und Josef Winternitz, der 1951 als gescheiterter IML-Direktor nach England gegangen war. Hier stand ein westdeutscher Wohnsitz der Erwähnung im Achtbänder im Wege, da die gescheiterte SED-Karriere. Die ZK-Mitglieder Paul Diedrich, Arthur Golke, Willi Koska und Heinrich Süßkind, die im „Geschichtswerk" ebenfalls fehlten, waren im GULAG geblieben.[137]

Doch „weiße Flecken" waren (und blieben) der Normalfall. Daß mit Eberlein, Flieg, Leow, Kippenberger, Neumann, Schubert und Schulte immerhin die prominenteren Stalin-Opfer parteioffiziell erwähnt wurden, war ein Novum und blieb die Ausnahme. Daß es überhaupt dazu kommen konnte, hing mit der von Ulbricht im Autorenkollektiv durchgesetzten Prozedur zusammen, nach der man neuerdings die Namen von Handlungsträgern nennen konnte, ohne diese sofort im Hinblick auf ihren späteren Werdegang einschätzen zu müssen.

Bis auf Schubert und Schulte, die als Sündenböcke für die fehlerhafte Sozialfaschismus-Konzeption und von Ulbricht bekämpfte Sektierer herhalten mußten, und Leo Flieg, der einmal als Mitglied des ZK von 1933 genannt wurde, trat keiner jener armen „Genossen" in Band V der GdA (1933–1945) irgendwie und schon gar nicht als Opfer Stalins in Erscheinung. Doch für den IV. Band waren sie wichtig. Neumann und Remmele wurden für die späten Jahre der Weimarer Republik in der Schurkenrolle als Ulbrichts Gegner gebraucht.

135 BA DY 30, IV A 2/9.07/345, IML, Änderungsvorschläge zum Entwurf der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Juni 1965).

136 Vgl. Hermann Weber, „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt/Main 1990 (2. Aufl.), S. 107 und GdA, Bd. IV, S. 140 und 208.

137 Vgl. die entsprechenden Biographien, in: Hermann Weber , Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/Main 1969, Bd. 2.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Als Politbüro und ZK die Nennung der Namen autorisierten, berieten sie aller Wahrscheinlichkeit nach nur über die vorgelegten Textpassagen. Daß die Namen nach den neuen wissenschaftlichen Regeln nun unvermeidlich auch im Register auftauchen würden und die Frage nach dem jeweiligen Sterbejahr dort zu beantworten blieb, hatte wohl kaum schon jemand im Blick. Denn darüber war gar nichts Genaues bekannt. Erst Ende 1965, als der Achtbänder schon im Druck war, erhielt Lothar Berthold aus Moskau die Sterbedaten:

„Wir legten den sowjetischen Genossen erneut die Liste der Namen derjenigen Mitglieder der KPD vor, die in den Bänden 2 bis 5 der ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' genannt werden und die in den Jahren 1936ff. in der Sowjetunion verstarben. Uns fehlte für diese Namen das Sterbejahr, das wir für das Register benötigen. Für die folgenden Namen erhielten wir die Daten:

Leo Flieg	1893 bis 1939
A. I. Guralski (August Kleine)	1890 bis 1960
Hans Kippenberger	1898 bis 1937
Hermann Remmele	1880 bis 1939
Hermann Schubert	1896 bis 1938
Fritz Schulte	1890 bis 1943

Wir können sie also schon bei der nächsten Bindequote einfügen." Für August Creutzburg, Felix Halle, Heinrich Kurella, Willy Leow, Heinz Neumann und Gerhard Obuch fehlten „die entsprechenden Angaben" jedoch noch immer: „Bei diesen Namen müssen wir es vorläufig (wie bisher) nur bei der Angabe des Geburtsdatums belassen."[138]

So fanden die Erschießungen indirekt Eingang in das Register der zweiten Bindequote. Auf die entsprechenden dürren Einträge konnte sich dann das „Biographische Lexikon" zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung berufen. Das tragische Geschick führender deutscher Kommunisten in der Sowjetunion wurde aus dem „Geschichtswerk" in das „Biographische Lexikon" ausgelagert und damit gewissermaßen zur Privatsache erklärt.

1963 begann die Arbeit am „Biographischen Lexikon". Es war zusammen mit einer neuen Reihe von Dokumentenbänden, mit einer „Chronologie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", mit Lothar Bertholds Edition „Revolutionäre Parteiprogramme" und seiner im Druck angehaltenen Sammlung kommunistischer Parteistatute als Geleitzug für den Achtbänder gedacht. Ein Entwurf schlug vor, „Vertreter aller Strömungen und Gruppierungen, allerdings in unterschiedlichem Maße", d.h. nur führende „Reformisten und Renegaten" aufzunehmen: „Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Persönlichkeiten der revolutionären Bewegung und Reformisten, Renegaten soll mindestens 80 : 20 zugunsten der ersteren betragen."[139] Als ein Mittel zur Hierarchisierung diente die Platzzumessung, wobei

138 BA DY 30, IV A 2/9.07/206, (Lothar Berthold), Bericht der Diskussion mit den sowjetischen Genossen über einige Abschnitte der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Die Sterbedaten sind mit Vorsicht zu genießen. (Vgl. H. Weber, Weiße Flecken, S. 134ff.; Gerhard Obuch war 1933 nicht in die Sowjetunion emigriert und lebte nach 1945 in der Bundesrepublik (Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/Main 1969, Bd. 2, S. 238f.).

139 BA DY 30, IV A 2/9.07/374, Konzeption für die Erarbeitung eines biographischen Handbuches der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Trümpler), 11.6.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

die Skala von etwa 30 Zeilen (z. B. für Leo Flieg, Max Hoelz und Werner Scholem) bis 200 Zeilen für Bebel und Pieck, bzw. 220 für Marx und Engels reichte.[140]

Für ein Begleitwerk zum Achtbänder erschien das ursprünglich für 1964 geplante[141] „Biographische Lexikon" 1970 reichlich verspätet. Um problematische Einzelfälle wurde bis zuletzt gerungen. So fiel kurz vor Redaktionsschluß auf Anweisung Ulbrichts Wilhelm Knöchel aus, für den 80 Zeilen vorgesehen waren.[142] Hermann Webers alte Hinweise auf den „Verrat" des KPD-Instrukteurs, die der Achtbänder geflissentlich ignoriert hatte, hatten sich inzwischen bestätigt. „Nach vielen Überlegungen" wurden auch Herrnstadt, Zaisser und Ziller „nachträglich" aufgenommen. Die Ausarbeitung dieser drei Biographien wurde praktischerweise unmittelbar dem Archiv übertragen, das die notwendigen Unterlagen als „Sperrmaterial" hütete.[143] Im Frühjahr 1969 lagen „noch rd. 15 Biographien zur Bestätigung bei der Parteiführung".[144] Als Hauptproblem erwies sich schließlich der Umgang mit den kommunistischen Opfern Stalins.

Alle Biographien waren (ähnlich wie das Register des „Geschichtswerkes") nach einem vorgegebenen Formschema verfaßt. Gleich in der ersten Zeile wurden Ort und Jahr des Todes vermerkt. Normalerweise war hier eine Stadt angegeben, doch bei manchen stand nur „gest. ... in der UdSSR". An nicht weniger auffälliger Stelle, am Ende der betreffenden Artikel, war die vielsagende Floskel „unter falschen Anschuldigungen verhaftet" zu lesen.

So gelangte das „Biographische Lexikon" zu einer gewissen Berühmtheit, weil es erstmals unübersehbar, d.h. nicht im Register versteckt, auf das Schicksal von zehn erschossenen KPD-Führern (Willi Budich, Hugo Eberlein, Leo Flieg, Arthur Golke, Hans Kippenberger, Heinz Neumann, Hermann Remmele, Hermann Schubert und Fritz Schulte) einging und deshalb, d.h. offiziell wegen „drucktechnischer Fehler" gleich wieder vom Buchmarkt verschwand.[145] Die Mitarbeiter am Band hatten sich schon über ihre Belegexemplare gefreut, mußten sie aber sofort wieder in den Panzerschrank stellen und durften nicht aus ihnen zitieren. Der Plan einer entschärften 2. Auflage wurde vom Dietz-Verlag „wegen inhaltlicher Probleme zurückgestellt."[146] Später wurde das „Biographische Lexikon" unter dem Ladentisch verkauft.

Fast unmerklich, Schritt für Schritt, auf dem Weg der seit 1962 selbst gesetzten wissenschaftlichen Regeln, hatten sich die Spielräume erweitert. Doch letztlich rankten sich alle Probleme und ungelösten Fragen um das eine große Tabu, den Umgang mit Stalin.

140 Ebd., Verzeichnis der Kurzbiographien.

141 BA DY 30, IV A 2/9.07/219, A. Laschitza, Referat über die Aufgaben des Arbeitskreises deutsche Linke, 10.6.1963.

142 BA NY 4182, 1368, Abteilung für Kaderfragen (F. Müller) an W. Ulbricht, 8.10.1970; ebd., Büro Ulbricht an IML (Heyden), 8.4.1969 und 20.11.1970.

143 BA DY 30, IV A 2/9.07/374, Diehl an Voßke, 6.9.1968.

144 BA DY 30, IV A 2/9.13/7, Aktennotiz, Besprechung der Leitung des IML und des Dietz-Verlages, 7.4.1969.

145 Hermann Weber, „Weiße Flecken" in der Geschichte, S. 39ff.

146 BA DY 30, IV A 2/9.13/2, Dietz-Verlag, Kurze Begründung für den Ausfall von Veröffentlichungen aus dem Themenplan 1971.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

KAPITEL 7

Die große Diskussion (1964–1965)

„Es genügt nicht, jetzt gute Vorschläge zu machen. Die Zeit ist jetzt vorbei. Jetzt wird formuliert." (W. U.)[1]

Über 5 000 Seiten umfaßt der Achtbänder. Die große „Lesebewegung", der Diskussions- und Begutachtungsprozeß haben weit mehr als das Zehnfache an Textmasse hinterlassen.

Der unmittelbare Entstehungsprozeß der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" seit Juli 1962 ist in knapp gerechnet 95 auffällig dicken Aktenbänden überliefert. Sie enthalten die „Grobdispositionen und Forschungspläne", die Protokolle der Arbeitsgruppen, die „Diskussionsgrundlage zum 1. Rohentwurf" von 1962, die „Analysen zum 1. Rohentwurf" von 1963, die Akten der Arbeitsgemeinschaften, die sechsbändigen „Stenographischen Protokolle der Sitzungen des Autorenkollektivs", den zehnbändigen „ersten Entwurf" von April 1965, denselben mit Änderungsvorschlägen Hanna Wolfs und, an den typischen „Eselsohren" erkennbar,[2] Kurt Hagers, den achtzehnbändigen „hektographierten Entwurf mit Ergänzungen und Änderungsvorschlägen Walter Ulbrichts", den „Manuskriptdruck mit Zuschriften und Änderungsvorschlägen" von Franz Dahlem, Paul Merker, Günter Mittag, Albert Norden, Max Reimann, Jakob Walcher u.a., die im „Geschichtswerk" selbst nicht enthaltenen Faktenbelege, die „Unterlagen für die Zusammenstellung der Illustrationen und des Dokumentenanhangs" und schließlich, in nicht weniger als sechs Bänden, die westdeutschen Rezensionen.[3] Nicht mitgerechnet sind hierbei die Unterlagen des Dietz-Verlages, der begleitende alltägliche Aktenausstoß des IML, die Überlieferung zum Biographischen Lexikon, zur Chronologie und zu ähnlichen Buchprojekten, die mit dem Achtbänder im selben Produktionszusammenhang standen, das Protokoll des 10. Plenums des ZK, die Protokolle der Diskussion mit den „Freunden" in Moskau und das Privatarchiv Lothar Bertholds.

Eine philologisch ambitionierte Analyse der Textgenese, für die offenbar ein eigenes Autorenkollektiv benötigt würde, könnte von den drei wichtigsten Fassungen des „Grundrisses" ausgehen, um die Dispositionen, den 1. Rohentwurf, die Feindispositionen, den überarbeiteten Rohentwurf, den 1. Entwurf, den hektographierten Entwurf und die Endfassung Abschnitt für Abschnitt miteinander zu vergleichen und jede einzelne Änderung unter Hinweis auf die entsprechenden Diskussionsprotokolle und Gutachten kommentieren. Sie könnte beispielsweise nach schon länger kanonischen Textpassagen fahnden und untersu-

1 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 64.
2 Interview mit Lothar Berthold am 10.9.2001.
3 Vgl. BA DY 30, IV A 2/9.07/217–250, ebd. 296–352 und BA DY 30, IV A 2/2.024/57–62.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

chen, inwieweit sich einzelne Abschnitte und Formulierungen bereits in Reden Ulbrichts, in den „Thesen zur Novemberrevolution" von 1958 oder – auch dafür fänden sich Beispiele – gar im „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU/B" nachweisen lassen. Sie würde dann den Wahrheitsgehalt des „Geschichtswerkes" anhand der zehn Bände umfassenden Faktenbelege und die 1 120 wissenschaftlich korrekt durch drei Pünktchen gekennzeichneten Auslassungen in den 951 Dokumenten des Anhangs überprüfen. Sonst kann man sich nur auf das Gespür verlassen. Die meisten Auslassungen haben jedenfalls ganz triviale Gründe. Wer sich jedoch beispielsweise auf die abgedruckten Reden und Briefe Ernst Thälmanns oder die Resolutionen der Kommunistischen Internationale konzentriert, wird bald zu schätzen wissen, wenn inzwischen die Originale zugänglich sind. Hier bewährt sich das „Geschichtswerk" mit seinem, was die redaktionelle Transparenz angeht, kompromißlosen wissenschaftlichen Anspruch als zuverlässiger Wegweiser auf der Suche nach unpublizierbaren „heißen Eisen".

In dieser Darstellung stehen die Rolle politischer Zwänge und Tabus, die zentralen Vorgaben und Sprachregelungen, die Probleme der Organisation und einheitlichen Linienführung bei einem so großen Gesamtwerk im Mittelpunkt. Deshalb dominieren die zentripetalen Faktoren, etwa die Rolle Ulbrichts, des Kollektivs der Arbeitsgruppenleiter um Lothar Berthold oder die homogenisierende Funktion der Stilredakteure. Bevor die Texte des ersten Entwurfs im Herbst 1964 Ulbrichts Autorenkollektiv vorgelegt werden konnten, spielten sich die Diskussionen jedoch hauptsächlich innerhalb der vier Arbeitsgruppen und in den Arbeitsgemeinschaften ab, die jeder der zwanzig Autoren um sich versammelte. Ihre inhaltlichen Auseinandersetzungen können hier nicht einmal oberflächlich skizziert werden.

Es würde sich lohnen, über den Forschungs- und Diskussionsprozeß in jeder einzelnen Arbeitsgruppe ein eigenes Buch zu schreiben, das dann näher und im gehörigen Kontext auf solche Probleme wie z. B. die Wandlung der Marx-Rezeption nach der 1962 vom Politbüro endlich zugelassenen Edition der Frühschriften, die Erosion des Karl-Liebknecht-Mythos als Voraussetzung der Aufwertung Rosa Luxemburgs oder auf die Wandlung des Thälmann-Bildes im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismus-Syndrom eingehen könnte.

Hier läßt sich allenfalls andeuten, daß die Autoren noch ganz andere Probleme als die politischen Implikationen eines leserfreundlichen „name dropping" umtrieben. Im folgenden stehen jedoch die Diskussionen im Autorenkollektiv im Mittelpunkt, in denen Ulbricht das große Wort führte. Die brisanten Fragen wurden hier seiner Entscheidung unterworfen, und oft genug sorgte er selbst dafür, daß Tabus aufgehoben und Grenzen erweitert wurden.

Wie harmlos fielen im Frühjahr 1963 die am „Grundriß" orientierten Rohentwürfe aus! Wenigstens „an einigen Stellen müßte etwas über die Mängel in der Politik der Partei gesagt werden", lautete beispielsweise die Kritik an einer frühen Fassung des VIII. Kapitels. „Es gab nicht nur Erfolge."[4] Welcher Anstrengungen bedurfte es allein, so viele Namen wie möglich in die leblosen Texte zu stopfen! 1958 hatte Ulbricht die Parteihistoriker gründlich eingeschüchtert. Niemand, der nicht von allen guten Geistern verlassen war, schrieb seit 1962 etwas, das mit dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" konfligieren konnte. So blieb Ulbricht, um seine Parteigeschichte voranzubringen, gar nichts

4 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Diskussion und Richtlinien für die Überarbeitung des Entwurfes des Kapitels VIII des Geschichtswerkes, 10.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

anderes übrig, als selbst die Initiative in die Hand zu nehmen und den Meinungsstreit anzufachen.

„Hier wird jetzt alles klargestellt, die Grundlinie entschieden, und dann wird formuliert", erklärte Ulbricht auf der ersten Sitzung des Autorenkollektivs, das im Herbst 1964 über die Entwürfe zu beraten begann, die Spielregeln. „Beim Grundriß der Geschichte hatten wir es einfacher. Da wir nur die Grundfragen behandelten, gab es eine ganze Reihe Probleme, die bewußt weggelassen werden mußten, um den Grundriß nicht unnötig zu erweitern. Bei der dreibändigen Ausgabe sind wir jetzt gezwungen, alle Probleme zu erörtern und zu prüfen, was wir hereinnehmen und was wir nicht hereinnehmen. Keiner der Autoren soll hinterher sagen: Ich war mir nicht ganz im klaren, ob man diese oder jene Frage mitbehandelt. So etwas gibt es nicht ... es muß exakt beraten werden und der Autor bekommt dann exakte Hinweise, in welcher Weise der Band fertig gemacht wird."[5]

1. Der „Wurm im Bauche": Das 19. Jahrhundert

„Wir werden das jetzt nicht im einzelnen redigieren. Unsere Geschichtsschreiber werden bei diesen Liedern einige Strophen weglassen, und fertig ist die Sache." (W. U.)[6]

Zwar gehörte Ernst Engelberg nicht selbst zu der von seinem Schüler Horst Bartel geleiteten Arbeitsgruppe I, aber in den Diskussionen gab seine Meinung in der Regel den Ausschlag. Engelberg war es, der etwa dazu riet, „aus politisch-erzieherischen Gründen" noch stärker herauszuheben, daß die Junghegelianer „nicht mit den Massen verbunden waren und deshalb auch keine Demokraten sein konnten".[7] Er plädierte eindrucksvoll für die „Erhöhung" seines „unübertrefflichen Säkularmenschen" Bismarck, „um damit die Größe des Sieges der Arbeiterklasse heraus zu arbeiten". „Selbst so ein Mann wie Bismarck ist gegen die Arbeiterbewegung nicht angekommen", staunte der Autor Herwig Förder.[8]

Engelberg hob „die gute Darstellung über die Staats- und Revolutionstheorie hervor, die geeignet" schien, „auf die westdeutschen Arbeiter klärend zu wirken. Aber die Frage der Gewerkschaftsbewegung, die Rolle der Gewerkschaften, das Verhältnis von spontaner Entwicklung und der Wechselwirkung zur Partei müßte im Interesse der Wirkung nach Westdeutschland – der Ausarbeitung einer nichtsektiererischen Taktik – klarer heraus gearbeitet werden."[9] Engelberg wollte das Kommunistische Manifest „plastischer und mit größerer pathetischer Wucht herauskommen" lassen. Das Manifest war als Ausgangs- und Bezugspunkt für die gesamte „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" konzipiert und bildete den Mittelpunkt des ersten Kapitels. Man hatte aber zuwenig über die „elementare", noch nicht organisierte Arbeiterbewegung und den „Handwerkerkommunismus" herausgefunden.

5 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 25f.
6 Ebd., S. 124f.
7 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Protokoll der Diskussion über den Entwurf des I. Kapitels am 26.11.1962.
8 Ebd., Diskussion über den ersten Entwurf der zweiten Hauptperiode, 20.11.1962.
9 Ebd., Diskussion des III. Kapitels ... am 20.11.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Der ganze Komplex der industriellen Revolution" fehlte „im Entwurf"[10], und die „soziale Strukturierung der entstehenden deutschen Arbeiterklasse" galt bis zuletzt als Schwachpunkt.[11]

Auch Engelberg sah „zuwenig Klassenbewegung, zuviel Überbau", doch fordere die Leitung des Autorenkollektivs zu den Werken von Marx und Engels „eine Art enzyklopädischer Übersicht".[12] Dabei war strittig, ob „Das Kapital" an einem Stück zu behandeln sei, oder die Bände 2 und 3 besser bei der Würdigung des späten Engels aufgehoben seien.[13] „Holt Euch die Philosophen heran!" riet Ulbricht im Autorenkollektiv. Hanna Wolf wollte zeigen, daß Marx und Engels „nicht von vornherein hundertprozentige Marxisten waren". Die neuerdings auch in der DDR erschienenen Frühschriften würden „von den Feinden des Marxismus ausgenutzt", und Kurt Hager wollte deshalb klargestellt wissen, daß Marx den Begriff der „Entfremdung" nur auf den Kapitalismus, nicht auf den Sozialismus bezogen habe. Das war das Thema der aktuellen Kafka-Debatte[14], und Ulbricht applaudierte: „Richtig! Einverstanden! Davon können sich einige Parteimitglieder eine Scheibe abschneiden."[15]

Das „nationale Programm" von Marx fand Hager „nicht ganz exakt behandelt" bzw., „mit Verlaub gesagt", umgangen. Zu delikate Probleme stellte der von Marx geforderte „revolutionäre Krieg gegen Rußland" und seine „etwas abwegige" Ablehnung der tschechischen Unabhängigkeitsbewegung. „Marx war in erster Linie Großdeutscher", und das paßte nicht leicht zur „nationalen Grundkonzeption".[16]

Später beschwerte sich der Dietz-Verlag, daß das abgelieferte Manuskript des ersten Bandes nicht lesbar sei. Man hatte das Diskussionsprotokoll zerschnippelt, die Hinweise des Autorenkollektivs an die entsprechenden Stellen der Manuskripte eingeklebt. Daneben gequetscht, in blauer oder grüner Farbe, finden sich die neuen Formulierungsvorschläge.

Für die Verfasser war es nicht immer leicht, die Hinweise des Autorenkollektivs umzusetzen. Jede Änderung konnte unabsehbare Weiterungen nach sich ziehen. „Kant sei zu kurz gekommen", grummelte ein Autor über den Vorschlag Hagers, die neokantianischen Grundlagen des „Revisionismus" herauszuarbeiten. „Wenn man auf Kant näher eingeht, dann müßte man dies auch bei Fichte tun. Klar ist dann auch nicht, in welcher Richtung Kant behandelt werden soll. Nach Hager (Protokoll, S. 106), weil Kant bis heute in der Sozialdemokratie eine Rolle spielt. Aber in dieser Weise kann man den Kant nicht an dieser Stelle anlegen, wo es darauf ankommt, die klassische deutsche Philosophie als etwas Progressives und als Quelle des Marxismus zu skizzieren." Auch der „durch fortlaufende Kürzungen ... schließlich aus dem Manuskript verschwundene" Georg Büchner kam nach der Sitzung des Autorenkollektivs wieder in den Text hinein.[17]

Kopfzerbrechen bereitete die Einschätzung Bebels und Wilhelm Liebknechts. Wie Horst Bartel tadelte, hatte man beide „als Marxisten dargestellt, obwohl sich Bebel in dieser Zeit

10 Ebd., Protokoll der Diskussion über den Entwurf des I. Kapitels am 26.11.1962.
11 BA DY 30, IV A 2/9.07/228, 1. und 2. Hauptperiode, 20.10.1964.
12 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Diskussion des III. Kapitels ... am 20.11.1962.
13 Ebd., Diskussion des II. Kapitels ... am 27.11.1962.
14 Vgl. zuletzt Martina Langermann, „Faust oder Gregor Samsa?" Kulturelle Tradierung im Zeichen der Sieger, in: LiteraturGesellschaft DDR, S. 173–213.
15 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 105–107.
16 Ebd., S. 109.
17 BA DY 30, IV A 2/9.07/313, Offene Fragen zum I. Kapitel.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

erst zum Marxisten entwickelt" habe. Rolf Dlubek war sich über Liebknechts Schwächen mangels irgendwelcher seinerzeit besser geeigneter Losungen nicht klar, und Engelberg wies „an einer Briefstelle von Marx nach, wie kompliziert die damalige Situation war." Schließlich einigten sich alle darauf, „in diesem Abschnitt nichts Einschränkendes zum Verhalten von Bebel und Liebknecht" zu bemerken.[18] Diese Einschätzung fand ein aufmerksamer Ulbricht im Autorenkollektiv unzureichend begründet: „Sie sagen, Sie glauben das. Wenn wir es nun nicht glauben, was machen Sie denn da? ... Das überzeugt noch nicht. Ich schlage vor, daß man darüber noch einmal nachdenkt."[19]

Ulbricht entdeckte auch eine „kleine Geschichtsfälschung". Aus dem Sozialistenmarsch war der zweite Vers fortredigiert, „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen". Das sei keine „Frage der Dichtung, sondern eine ernste prinzipielle Frage".[20] Man müsse zeigen, wie mit diesem „Wurm im Bauche"[21] die Sozialdemokratie die Mehrheit der Arbeiterklasse immer wieder getäuscht habe, mit welcher spezifischen Methode „die Arbeiter vom Kampf abgehalten" worden seien.[22] Sonst bleibe unverständlich, „warum die Menschen von dem parlamentarischen Revisionismus so verseucht waren", und 1918 würde sich der Leser fragen: „Warum sind die so dämlich und verstehen nicht, daß man unter diesen Bedingungen nicht mit Parlamentswahlen siegen kann." „Mit dieser Ideologie sind sie in den Weltkrieg gegangen, haben sich parlamentarisch der Bourgeoisie unterworfen, gegen das Auftreten von Karl Liebknecht, und so sind sie in die Novemberrevolution gegangen."[23] „Wenn wir die Sache so erklären, kommen wir hin."

Kurt Hager: „Noch heute gibt es bei ihnen den Glauben an den Stimmzettel und an die Wahlerfolge.

Hanna Wolf: „Und es gibt bei ihnen noch immer die Angst vor der Macht!"[24]

Damit die Autoren „für das nächste Kapitel auch noch etwas zu schreiben" hätten, wollte Ulbricht allerdings „nicht etwa hier schon die Sozialdemokratie zugrunde richten! (Heiterkeit.)"[25]

Durfte man „die lassalleanischen Führer, die die Vereinigung mitgetragen haben, nur negativ behandeln?" Hatte Lassalle 1863 bereits die Spaltung in die Arbeiterklasse hineingetragen oder nur den „Keim des Revisionismus" gelegt?[26]

Es kostete die Autoren der 1. Arbeitsgruppe einige Selbstbeherrschung, sich zu einer relativ freundlichen Haltung gegenüber der alten Sozialdemokratie aufzuschwingen. „Der Gothaer Vereinigungsparteitag darf als Ganzes nicht so negativ eingeschätzt werden", kritisierte Walter Schmidt. „Drei bis vier Sätze über positive Wertungen des Gothaer Vereinigungsparteitages, z.B. proletarischer Internationalismus, Organisationsstatut, vielleicht auch

18 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Diskussion des II. Kapitels ... am 27.11.1962.
19 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 140.
20 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 94–97.
21 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 19.
22 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 94–97.
23 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 20f.
24 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 94–97.
25 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 152.
26 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Diskussion des III. Kapitels ... am 20.11.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

über soziale Forderungen des Programms. Die negativen Wirkungen des Programms nach Grundriß und den Ausführungen von Genossen Walter Ulbricht überprüfen."[27]

Bei der Einschätzung der „positiven Bedeutung" Gothas ging man erheblich „weiter" als die sowjetische Geschichtsschreibung, die die SPD durchweg „als eine vom Opportunismus zerfressene Partei" charakterisiert hatte.[28] In Fragen einer revolutionären „Parlamentstaktik" und bei der „Verbindung legaler und illegaler Kampfmethoden" sahen Ulbrichts Mannen einen „selbständigen theoretischen und politisch-praktischen Beitrag" der „Sozialdemokratie zum Erfahrungsschatz der internationalen Arbeiterbewegung". Ähnliche Differenzen gab es bei der Bewertung des „Bundes der Kommunisten", den die SED-Historiker zur „Partei" befördert hatten, während ihn Moskau nur als „Strömung" oder allenfalls als „Organisation" gelten ließ. „Der Einschätzung des Bundes der Kommunisten als ‚Partei'" kam aber „eine um so größere Bedeutung zu, als die bürgerliche und rechtssozialdemokratische Geschichtsschreibung bestrebt" war, „die deutsche Parteigeschichte mit dem ADAV oder mit der Arbeiterverbrüderung beginnen zu lassen, um so die Rolle und Bedeutung von Marx und Engels, überhaupt des Marxismus herabzusetzen und zu leugnen."[29]

Das Hauptproblem bestand hier darin, eine plausible Verbindungslinie zwischen dem 1852 zerschlagenen Bund der Kommunisten und der späteren Parteientwicklung zu konstruieren. Für die Zeit zwischen 1849 und 1852 lagen keinerlei Forschungsergebnisse vor.[30] Deshalb wurde die theoretische Entwicklung von Marx und Engels als eine „Erscheinung der Kontinuität der revolutionären Arbeiterbewegung von der Revolution 1848/49 bis hin zu den 60er Jahren herausgearbeitet". Als weitere Kernfrage „galt die Verlagerung des revolutionären Zentrums in Europa" von Frankreich über Deutschland nach Rußland.[31]

Bei der Darstellung der Kommune, an der Nahtstelle zwischen 1. und 2. Hauptperiode, schieden sich die Geister. Schmidt fand sie gelungen, doch müsse sie für die spätere Entwickung den roten Faden bilden. Dlubek vermißte die Vorgeschichte und wollte sie mehr als Ergebnis der bisherigen Entwicklung, als „Kind der I. Internationale" interpretiert wissen. Engelberg riet, wegen deren Nähe zu den Marxisten in der Staatsfrage die Blanquisten aus der Kritik zu nehmen und das Feuer auf die Proudhonisten zu richten.[32] „Anarchisten unter aktueller Bedeutung behandeln (theoretische Grundlagen des ultralinken Sektierertums)", vermeldete ein späteres Protokoll zu diesem Thema.[33] Förder wollte „etwas Geschichte der Pariser Kommune schreiben", was leicht auf die Schilderung eines deprimierenden Blutbades hinauslaufen konnte und jedenfalls den Rahmen des Themas „deutsche Arbeiterbewegung" sprengte. „Die Frage, ob mehr über den Verlauf der Pariser Kommune eingearbeitet werden" könne, beschäftigte deshalb schließlich sogar das Autorenkollektiv.[34]

---

27 Ebd.

28 BA DY 30, IV A 2/9.07/227, Bericht über die Diskussion der einzelnen Kapitel des ersten Rohentwurfes.

29 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Abweichende Einschätzungen zwischen dem 1. Entwurf (1. und 2. Hauptperiode) zu der sowjetischen Geschichtsliteratur in den letzten Jahren.

30 BA DY 30, IV A 2/9.07/227, (Fredi Sumpf), Stand der Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 31.12.1963.

31 Ebd., Bericht über die Diskussion der einzelnen Kapitel des ersten Rohentwurfes ...

32 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Diskussion des III. Kapitels ... am 20.11.1962.

33 Ebd., Diskussion Geschichtswerk III. Kapitel (1871–1898), 1.3.1963.

34 Ebd., Diskussion des III. Kapitels ... am 20.11.1962.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Hier fand Kurt Hager, „daß das ganze noch mehr Saft haben könnte", Hanna Wolf vermißte die „Lehren Lenins" zur Kommune, und Ulbricht riet, an den Leser zu denken. Man könne „nicht einfach nur die Schlußfolgerungen ziehen": „Da sie die Probleme nicht alle kennen, müssen wir sie darstellen. Das hilft alles nichts ... Der Autor wird gebeten, das zu berücksichtigen, ohne dabei die Neigung der Historiker auszunutzen, das zu sehr zu erweitern (Heiterkeit)."[35]

„Streckenweise, besonders 1878–90 überwuchert die innerparteiliche Entwicklung die Darstellung der breiten Klassenbewegung des Proletariats", tadelte der Leiter der Arbeitsgruppe, Horst Bartel.[36] Doch auch die Darstellung der „Bündnisfrage" ließ zu wünschen übrig, zumal die Linksliberalen und die christliche Arbeiterbewegung noch der Erforschung harrten:

„Wir polemisieren gegen die falsche These von der einheitlichen reaktionären Masse. Aber in der Darstellung existiert nur das Proletariat und die Gegner, die geschlagen werden müssen. Das Kleinbürgertum kommt im großen und ganzen nur vor als eine Schicht, die in das Proletariat eingeht und dort Unheil stiftet."[37]

Wie es sich für eine marxistische Analyse gehörte, hatte man den ökonomischen Prozessen große Aufmerksamkeit gewidmet. Durch deren „Überbewertung" geriet die 1. Arbeitsgruppe mit der zugrunde gelegten Periodisierung in Konflikt und drohte den Imperialismus-Forschern ins Gehege zu kommen. Es bestand die „Gefahr, daß III. Hauptperiode schon in 90er Jahren auftaucht",[38] und „der Unterschied zwischen den Prozessen in den 90er Jahren und denen des zwanzigsten Jahrhunderts" verwischt würde. Deshalb müßten „alle Überzeichnungen der monopolkapitalistischen Tendenzen streng vermieden" werden.[39] Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der Sowjetunion tendierte die Forschung inzwischen dazu, den Beginn der imperialistischen Phase in die neunziger Jahre zu legen. Die komplizierte Arbeitsorganisation des „Geschichtswerks" ließ einen entsprechenden Umbau der Periodisierung nicht mehr zu. „Die Übergangsperiode hat uns sehr zu schaffen gemacht", resümierte später Horst Bartel auf der Sitzung des Autorenkollektivs. „Wir haben im Grunde abgebrochen." Ulbricht hatte sich über dieses Problem lange den Kopf zerbrochen und warnte: „Was wir jetzt nicht dialektisch richtig darstellen, das müssen wir bei den späteren Kapiteln bezahlen."[40]

35 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 142ff.
36 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Diskussion des ersten Rohentwurfs Kapitel III (1871–1898), 1.3.1963.
37 Ebd., Diskussion des III. Kapitels ... am 20.11.1962.
38 Ebd., Diskussion Geschichtswerk III. Kapitel (1871–1898), 1.3.1963.
39 Ebd., Diskussion des ersten Rohentwurfs Kapitel III (1871–1898), 1.3.1963.
40 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 150 und 153.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

2. Vom „Imperialismus" zur leninistischen „Linken": Ulbricht als Geschichtsarchitekt (1900–1917)

„Am Ende dieses Satzes wird gesagt: Die Gründung der USPD war gleichzeitig ein schweres Hindernis für die revolutionäre Mobilisierung der kampfbereiten Massen. Das ist doch nicht wahr. Das habt ihr euch doch im Institut nur ausgedacht." (W. U.)[41]

Die schwierigsten Fragen zur III. Hauptperiode galten seit der Arbeit am „Grundriß" als ausdiskutiert: „Der Beginn der Hauptperiode, die Rolle der Spartakusgruppe und der Bremer Linken, der Charakter der USPD, Schwächen bei der Herausarbeitung der Bedeutung der russischen Revolution 1905/1907, die Rolle Kautskys."[42] Doch der verbreitete Glaube, „1898 bis 1917 sei eine relativ friedliche Periode und alles sei geklärt", stellte sich als Irrtum heraus.[43] Das lag hauptsächlich daran, daß Ulbricht jetzt als Zeitzeuge auftreten konnte. Gleichzeitig legte er ein ungewöhnliches Talent als Geschichtsarchitekt an den Tag.

Zwei Jahre lang hatten die Autoren der von Dieter Fricke geleiteten II. Arbeitsgruppe über ihren Manuskripten gebrütet, jetzt begann Ulbricht noch einmal die Textbausteine hin und her zu schieben. Der PC war noch nicht erfunden, und was Ulbricht jetzt vorführte eine waghalsige Operation am „offenen Herzen" der Parteigeschichte.

Die Lösung der Autoren, dem Leser am Anfang des IV. Kapitels ein für allemal und grundsätzlich zu erklären, „was der Imperialismus und was die Partei neuen Typus"[44] sei, empfand er als dozierend und wenig anschaulich. „Das kennen wir auswendig."[45]

Zunächst müßten die Fakten über den deutschen Imperialismus kommen, erst dann die theoretische Analyse Lenins dazu. „Anders kann ich Geschichte nicht schreiben ... In keinem Teil des Geschichtswerkes dürfen wir von unseren Thesen ausgehen, sondern wir müssen stets von der geschichtlichen Darstellung ausgehen und daraus Schlußfolgerungen ziehen ..."[46] Ulbricht schlug vor, die Gründung der bolschewistischen Partei um sechzig Seiten nach vorne zu ziehen und mit „der Verlagerung des Schwergewichts der Arbeiterbewegung nach Rußland anzufangen", also zunächst die Gründung der „Partei neuen Typus" 1903 zu behandeln. „Wenn Sie den Ausgangspunkt richtig haben, entwickelt sich alles logisch. Die Tatsachen brauchen Sie nicht zu ändern, die Sie haben, nicht wahr, Genosse Berthold?" Lothar Berthold: „Wir werden es versuchen, Genosse Ulbricht."[47]

Um diesen Beginn zu ermöglichen, wurde der Schluß des vorhergehenden Kapitels neu konstruiert und, entgegen der Ordnung der Periodisierung, die Entwicklung des Imperialismus in die neunziger Jahre verlegt. So werde „die Brücke zur bolschewistischen Partei gebaut. Das geht jetzt ganz logisch weiter. Wenn das Kapitel so wie jetzt geschrieben bleibt, dann ginge das überhaupt nicht ... der Verfasser des vorhergehenden Kapitels muß das am

41 Ebd., S. 61f.
42 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Protokoll der Arbeitsgruppe 1898–1917 ..., 11.10.1962.
43 Ebd., Protokoll der Sitzung vom 7.1.1963 (Albert Schreiner).
44 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 1.
45 Ebd., S. 16f.
46 Ebd., S. 4 und 6f.
47 Ebd., S. 22.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Ende des Kapitels gutmachen. Von ihm sind Sie abhängig! (Heiterkeit.) Ja, der Anschluß muß passen."[48]

„Was machen wir jetzt mit dem Revisionismus? Kommt er dann nicht in der Darstellung zu spät?", sorgte sich Fricke. „Nein, den bauen Sie mit hinein!" Man müsse, so Ulbricht, die Dialektik zwischen Imperialismus und Sozialdemokratie zeigen, etwa am Beispiel von Noskes Kolonialpolitik.

Hanna Wolf: „Natürlich!"
Ulbricht: „Sonst geht die Geschichte nicht."[49]

Es handele sich um einen Bruch mit der „traditionellen Darstellung ... Was ich zur Diskussion stelle, ist wirklich eine Änderung, auch eine gewisse Änderung unserer früheren Formulierungen ... Früher haben wir einfach verkündet: Vor dem ersten Weltkrieg hätte man sich vom Revisionismus loslösen müssen. Wir haben das verkündet. Aber in der geschichtlichen Darstellung ist das doch nicht enthalten, sondern wir haben eine Behauptung aufgestellt, die an sich richtig ist, aber jeder konnte sich dabei denken was er wollte. Jetzt zeigen wir den ganzen Prozeß der Entwicklung, und die Schlußfolgerung ist dann eben von selbst, daß wir etwas verkehrt gemacht haben."[50]

„Dann muß man sagen, wie die deutsche Sozialdemokratie versagte. Dann hat das eine Basis. Man braucht also keine Angst zu haben, daß das zu russisch wird."[51]

Diese von Ulbricht beobachtete und bekämpfte „Tendenz" war bei der III. Hauptperiode allerdings nicht leicht von der Hand zu weisen. Der „Imperialismus" begann mit der von den sowjetischen Genossen zunächst auf 1903, später auf 1898 festgelegten Gründung der bolschewistischen Partei und endete mit der Oktoberrevolution 1917. Thematisch kreiste man um die „fehlerhafte" Auswertung der Revolution von 1905 durch die deutsche Sozialdemokratie. Stalin und Lenin hatten gerügt, daß es nicht einmal „die Linke" um Liebknecht und Luxemburg zu einer „Partei neuen Typus" gebracht hatte. Deren posthume Nobilitierung zu Leninisten, der Nachweis, „daß die Annäherung der deutschen Linken an den Leninismus gesetzmäßig war"[52], und die „Überwindung alter dogmatischer Einschätzungen, die in Auswirkung von Stalins Äußerungen über die deutschen Linken entstanden"[53] seien, war das zentrale Anliegen der Spartakus-Experten um Dieter Fricke und Annelies Laschitza.

Sie wollten in ihrem Zeitabschnitt nicht länger „die bedeutende Entwicklung der Arbeiterbewegung abwerten und unterschätzen" und immer nur sehen, daß Lenins „Zwei Taktiken" in Deutschland ignoriert worden waren, sondern fanden, daß „die russischen Erfahrungen 1905 bis 1907" angesichts der ganz unterschiedlichen Verhältnisse „noch keine fertige Antwort für Deutschland darstellten", d.h. angesichts der unterschiedlichen Rolle des Mo-

48 Ebd., S. 7 und 17.
49 Ebd., S. 4f.
50 Ebd., S. 9f.
51 Ebd., S. 15f.
52 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Protokoll über die Sitzung des Autorenkollektivs und der Arbeitsgruppe IV. und V. Kapitel, 6.3.1963.
53 BA DY 30, IV A 2/9.07/219, Konzeption für den Arbeitskreis zur Erforschung der Geschichte der deutschen Linken, 18.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

nopolkapitals und der Agrarfrage „die Leninschen Lehren schöpferisch anzuwenden waren und angewandt wurden."[54]

Ulbricht sah das Problem in der Unterschätzung der Rolle der Partei, nicht in der fehlenden Lektüre Lenins: „Sie hätten ihn allein ausarbeiten können, es gibt ja kein Gesetz, daß das nur in Moskau oder in Leningrad ausgearbeitet werden kann ..."[55] Hatten sich die „fortgeschrittenen" deutschen Arbeiter wenigstens nach 1917 an den Bolschewiki orientiert? „Man kann das sagen, wenn man das für unbedingt notwendig hält; aber real war die Sache anders." Die Mehrheit hatte laut Ulbricht von der bolschewistischen Partei „unter uns gesagt noch gar keine Ahnung ... Sie wußten etwas von Lenin, und dann hörte es auf. Hier wird ihnen etwas mehr an Bewußtsein zugeschoben, als bei ihnen tatsächlich vorhanden sein konnte. Damals gab es ja noch keinen Rundfunk und auch kein Fernsehen wie jetzt."[56] „Mein lieber Freund! Das war doch alles für die damaligen Soldaten viel zu hoch!", unterbrach er einmal in ähnlichem Sinne Fritz Globig. „Diese hohen Forderungen, die dort gestellt wurden kamen gar nicht an, auch wenn der Genosse jetzt zitiert, das hilft ihm alles nichts."[57]

Auf keinem anderen Gebiet gab es so viele Differenzen zur sowjetischen Forschung wie bei der III. Hauptperiode. Im Unterschied zu den SED-Historikern ignorierten die „Freunde" die „Besonderheiten der Kampfbedingungen" in Westeuropa, legten den „Beginn der Leninschen Etappe in der internationalen Arbeiterbewegung" bereits in die neunziger Jahre, sahen den Charakter der Sozialdemokratie um 1900 weit weniger positiv, stellten Rosa Luxemburg über Karl Liebknecht, differenzierten weder zwischen den linken Gruppen noch zwischen den USPD-Führern, handelten August Bebel als Zentristen und schätzten auch Kautskys „Ultraimperialismus" weit negativer ein.[58]

Die „richtige Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus" wurde in Moskau „nur unter dem Aspekt der opportunistischen Verseuchung der westeuropäischen Arbeiterparteien" gesehen. Wieviel Mühe verwandte Annelies Laschitza, die Existenz einer breiten linken „Strömung" in der SPD, deren Einfluß auf Presseorgane, Jugend- und Frauenbewegung nachzuweisen. Hier galten Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin nicht mehr nur wie in der Sowjetunion als „Linke", sondern als „Führer der Linken". Doch die These von deren „Beitrag zur Weiterentwicklung des Marxismus" war „in der sowjetischen Historiographie nicht zu finden".[59] Das Autorenkollektiv tadelte jedenfalls, daß der Leninismus in Frickes Text auf der Strecke geblieben, d.h. „aus dem vorliegenden Entwurf fast völlig herausgefallen" sei,[60] und Lothar Berthold hielt es für angebracht, die Arbeitsgruppe daran zu erinnern, daß „die russische Entwicklung und die Bolschewiki" durchaus als Maßstab für die Entwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung dienen könnten.[61]

54 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Protokoll über die Beratung der Arbeitsgruppe 1898 –1917, 11.10.1962.
55 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 81.
56 Ebd., S. 68.
57 Ebd., S. 89f.
58 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Arbeitsgruppe II, Unterschiedliche Auffassungen zwischen uns und sowjetischen Historikern, 19.11.1963.
59 Ebd., Arbeitsgruppe II, Unterschiedliche Auffassungen ..., 21.10.1964.
60 Ebd., Protokoll über die Sitzung des Autorenkollektivs und der Arbeitsgruppe IV. und V. Kapitel, 6.3.1963.
61 BA NY 4198, 116, Protokoll der Beratung über den Entwurf des IV Kapitels ... am 26.4.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Heinz Wohlgemuth wollte „mehr die tatsächliche Lage in der deutschen Arbeiterbewegung zum Ausdruck" gebracht wissen. Er vermißte die Darstellung der Gewerkschaften, die Clara Zetkin-Spezialistin Louise Dornemann die proletarische Frauenbewegung. Albert Schreiner erinnerte an die Existenz des Anarchosyndikalismus, sowie an die Rolle der Presse und der Jugendbewegung.[62] Später kritisierte Schreiner, 1923 der militärische Leiter des Hamburger Aufstandes, „am Beispiel einiger Formulierungen (gefährdete Ostfront, die Offensive geriet ins Stocken), die unbedingt geändert werden" müßten, die mangelnde „parteiliche Stellungnahme" zum Ersten Weltkrieg. Man müsse „den deutschen Militaristen den Nimbus der militärischen Überlegenheit" nehmen und „die Feigheit, die Borniertheit der Klassenpolitik besser sichtbar" machen.[63] Die Längsschnittanalysen ergaben, daß der Bündnispolitik im fünften Kapitel nicht mehr als eine halbe Seite gewidmet worden war.[64] Die Arbeitsgruppe hatte mehr oder weniger nur „eine Geschichte der Linken – nicht einmal der Arbeiterklasse" geschrieben und somit deren nationale Rolle ignoriert.[65]

Der Mehring-Experte Josef Schleifstein setzte sich für eine stärkere Differenzierung innerhalb der Linken ein. Er fand das alles „wirklich sehr kompliziert ... Da stand der eine in einer Forderung links, und der andere ging in einer anderen Forderung mit den Zentristen usw."[66] Die Spartakusgruppe wurde anfangs, wie eine Kritik am Rohentwurf lautete, „zu sehr von der Theorie her behandelt", und ihr Handeln beschränkte sich auf die Nennung jener „4, 5 Genossen",[67] die eine der rituellen Wiederholungen müde gewordene Annelies Laschitza inzwischen als „KL, RL, FM, CZ, WP" abkürzte.[68]

Mit Hilfe der örtlichen Geschichtskommissionen betrieb sie eine große Kartei, die die „Linke" als breite „ideologische Strömung" nachzuweisen versuchte. Wer zu irgendeiner Frage auch „nur vorübergehend linke Positionen bezogen" hatte, wurde hier erfaßt und sogar das Schweigen „der örtlichen sozialdemokratischen Presseorgane, die sich meist in den Händen der Opportunisten" befunden hätten, wurde kühn als indirekter Hinweis auf die „Existenz linker Kräfte" gewertet.[69]

Um so erstaunlicher war es, daß Rosas Gefährte Leo Jogiches fehlte. Lag es daran, daß „LJ" nach alphabetischer Reihung vor Karl Liebknecht gehört hätte?

Immer wieder stieß die Arbeitsgruppe auf dessen Schlüsselrolle. Wie sollte man ohne ihn erklären, daß die deutsche nicht der Zimmerwalder Linken beitrat, oder wer die Spartakusgruppe nach der Verhaftung von „Karl und Rosa" geleitet hatte?[70] Doch so großherzig Ulbricht das Revival von Brandler, Münzenberg und Radek befürwortet hatte, so zäh war sein

62 Ebd..
63 Ebd., Protokoll, Beratung des V. Kapitels ... am 4.7.1963.
64 BA DY 30, IV A 2/9.07/227, IML (Sektor Archiv), Analyse des Entwurfs ... in bezug auf die Bündnisfrage, 17.4.1963.
65 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Protokoll über die Sitzung des Autorenkollektivs und der Arbeitsgruppe IV. und V. Kapitel, 6.3.1963.
66 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 41f.
67 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Niederschrift der 5. Diskussion ..., 30.11.1962.
68 BA DY 30, IV A 2/9.07/219, A. Laschitza, Referat über die Aufgaben des Arbeitskreises deutsche Linke, 10.6.1963.
69 BA DY 30, IV A 2/9.07/252, IML, Sektor II, Hinweise für die Mitarbeit der örtlichen Kommissionen zur Erforschung der Arbeiterbewegung bei der Erfassung der deutschen Linken als ideologische Strömung, 12.12.1963.
70 BA NY 4198, 116, Protokoll, Beratung des V. Kapitels ... am 4.7.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Widerstand gegen die Aufwertung des polnischen Spartakus-Helden, der 1918/19 bei der Organisierung der Partei und der Gründung der Kommunistischen Internationale Schwierigkeiten gemacht habe:

„Ich kenne ihn. Er war kein Initiator der schnellen und selbständigen Organisierung der kommunistischen Partei. Das kann man nicht sagen. Die Charakterisierung ist richtig." Man müsse deutlich machen, daß dessen „falsche Stellung zur Rolle der Partei" nicht nur gegen Lenin, sondern auch gegen Marx und Engels verstoßen habe: „Schaut mal bei mir nach, ich habe die Zitate von Marx und Engels drin. Baut die mit ein, dann haben wir hier die Begründung leichter. Bei den polnischen Genossen ist momentan eine solche Taktik da, alles zu veröffentlichen, was Jogiches und Rosa veröffentlicht haben, ohne Unterschied und Kommentar. Das hat selbstverständlich seine Konsequenzen. Da kann sich in der Geschichte am Ende kein Mensch mehr zurecht finden. Deshalb bin ich dafür zu sagen, daß Jogiches die Rolle der Partei nicht erkannte und mit der Auffassung Lenins nicht übereinstimmte." Als Schleifstein einwandte, daß die „Hauptvertreter dieses Standpunktes Rosa und Mehring" im Gefängnis gewesen seien, und nicht „Jogiches, der draußen war", riß Ulbricht der Geduldsfaden: „Das allerschlimmste ist, daß der, der draußen war, der die Organisation in den Händen hatte, den falschen Standpunkt hatte. Er war der Organisator. Das zählt zehnfach."[71]

Mit ähnlicher Vehemenz wehrte sich Ulbricht gegen Karl Kautsky, der im Gegensatz zu seinem Liebling Liebknecht ja immerhin ein Marxist war. Die Bewertung des von Kautsky repräsentierten „Zentrismus" gehörte zu den heißesten Eisen der III. Hauptperiode. Im Rohentwurf hatte man den Zentrismus noch als Versuch beschrieben, „die Gegensätze in der Arbeiterbewegung auszusöhnen". Aber lag nicht seine „Gefährlichkeit als eine besondere, versteckte Abart des Revisionismus" vielmehr in dem „Bestreben, die revolutionären Energien der Arbeiterklasse niederzuhalten"?[72] So lavierten die Autoren zwischen den beiden Extremen

„a) die 3 Strömungen zu schematisch zu behandeln;
b) den Zentrismus zu bagatellisieren."[73]

Ulbricht sah in Kautsky den „gefährlichsten Konterrevolutionär", der mit seiner Übergangstheorie „faktisch den Monopolkapitalismus gerettet" habe: „In der Beziehung war er noch gefährlicher als Ebert." Doch hatte nicht Lenin selbst im „Linken Radikalismus" Kautskys Buch „Der Weg zur Macht" gelobt? Als Hager eine entsprechende Differenzierung vorschlug, kanzelte Ulbricht ihn ab: „Wir haben das mitgemacht, wir wissen, wie differenziert das war, wie die Auseinandersetzung mit Kautsky damals war. Ohne Kautsky wäre die Bourgeoisie nicht in der Lage gewesen, die Arbeiterklasse vom Weg in den Spartakusbund abzuhalten ... In seinem ‚Weg zur Macht' fehlt der Weg zur Macht. Das ist das charakteristische. Er hat doch verhindert, daß Lenins Briefe an Kugelmann veröffentlicht wurden. Das war doch er! Das darf man nicht vergessen, davon kann ich nicht abstrahieren."[74]

Und schon war man bei der Novemberrevolution und in der allzulangen IV. Hauptperiode angelangt.

---

71 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 64ff.
72 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Protokoll der Beratung über den Entwurf des IV. Kapitels ... am 26.4.1963.
73 BA NY 4198, 116, Arbeitsgruppe III. Hauptperiode, Beschlußprotokoll 15.5.1963.
74 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 68f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

3. Novemberrevolution und innerparteiliche Auseinandersetzungen der KPD (1917–1929)

„Es ist nicht so einfach den Beschluß eines Zentralkomitees zu korrigieren. Außer uns wissen das ja auch noch andere. Außerdem habe ich selber darüber geschrieben, die werden sich darauf berufen: Hier steht es nicht drin, aber Ulbricht hat es damals geschrieben." (W. U.)[75]

Arbeitsgruppenleiter Ernst Diehl hatte seinem Team als Einführung eine sorgfältige Exegese zum „Grundriß" von 1962 geliefert, die auf dessen Mängel und Fallstricke, auf Tabuzonen und überholte Sprachregelungen hinwies. Auf Seite 102 über die Novemberrevolution müsse man die Räte differenzierter einschätzen und „vor allem die positive Seite" zeigen. Diehl forderte eine „etwas nüchternere Darstellung der Märzaktion". Auch die „Einschätzung der Ursachen der Niederlage 1923" ab Seite 115 erfolge „differenzierter als in der Vergangenheit". Für die Phase der relativen Stabilisierung, auf S. 118, werde nicht mehr von „Machtkämpfen", sondern von „Klassenschlachten" gesprochen, und die Passagen zur RGO (S. 122, 123) blieben „bewußt sehr allgemein gehalten". Die „Mängel und Schwächen" der KPD seien „nicht zufällig" an einer Stelle zusammengefaßt, und die Formulierung „außerordentlich komplizierte Bedingungen des Klassenkampfes" komme „nicht von ungefähr".[76]

Zehn Jahre lang hatte Rudolf Lindau sich nur halbherzig mit der unvollendeten Thälmann-Biographie beschäftigt. Er wußte genau, wie groß die politischen Schwierigkeiten waren und daß ein irgendwelchen wissenschaftlichen Ansprüchen halbwegs genügendes historisches Werk zur KPD-Geschichte der zwanziger und dreißiger Jahre nicht publizierbar sein würde. Die Reden und Werke der Parteiführer aus jener Zeit hatte man, um sie überhaupt veröffentlichen zu können, aus bestimmten Gründen gekürzt und gefälscht. Wie recht Lindau mit seiner skeptischen Einschätzung hatte, belegt eindrucksvoll die in der Honecker-Ära begonnene „Geschichte der SED", die über Band 1 und das Jahr 1917 nicht hinaus kam. Hinter der Frage „Wie halten wir's mit der Weimarer Republik" stand implizit die Frage „Wie stehen wir zur Bundesrepublik Deutschland?"[77]

Vor diesem Hintergrund waren die Bände drei und vier des Achtbänders mit den Kapiteln VI bis IX über die Phase 1917 bis 1933 ein sensationelles Ausnahmephänomen. Dabei lagen infolge unzugänglicher Archivbestände und der einseitigen Fixierung auf die Novemberrevolution „über den Zeitraum 1919/1920 und 1924–1929" keinerlei Forschungsergebnisse vor, und auch über die „Geschichte der SPD und der Gewerkschaften" gab es keine marxistischen Arbeiten, die deren Parteitage und Konferenzen, die „Haltung der unteren Organisationen" und interne Differenzierungsprozesse irgendwie einzuschätzen erlaubt hätten.[78]

Im Vergleich zu der heiß umstrittenen und durch haarsträubende Zensurvorgaben entstellten IV. Hauptperiode war das 19. Jahrhundert mitsamt der Phase des „Imperialismus"

75 Ebd., S. 87.

76 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Zentrale Beratung aller Mitarbeiter am Geschichtswerk (1917–1945) im IML, 11.10.1962.

77 Joachim Petzold, Parteinahme wofür?, S. 311.

78 BA DY 30, IV 2/9.07/227, (Fredi Sumpf), Stand der Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 31.12.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

trotz allen Diskussionen um Lassalle, Luxemburg oder Kautsky eine friedliche Idylle. Die heftigen Auseinandersetzungen um den „Charakter der Novemberrevolution" boten den Vorgeschmack, daß die zwischen der Scylla der verdrängten Übermacht Stalins und der Charybdis der innerparteilichen Auseinandersetzungen treibende Geschichte der KPD „sehr komplizierte Probleme" mit sich bringen würde. Wie sollte man erklären, daß fast alle Parteiführer irgendwann zu „Renegaten" und „Abweichlern" mutiert waren und auch Thälmann, Pieck und Ulbricht verschiedentlich „sektiererische" Positionen bezogen hatten?[79] Das Thema „Sozialfaschismus" hatte der „Grundriß" weniger geklärt als umgangen, und was die Kommunistische Internationale betraf, lag außerhalb des Gesichtskreises.

Wenn es um Hintergründe und Interna der Kommunistischen Internationale ging, blieb man weitgehend auf Rätselraten und das Abgleichen subjektiver Erinnerungsfragmente angewiesen. Erst im Sommer 1964 traf eine große Lieferung aus Moskau ein, die nicht nur Bilder von Neumann und Eberlein „sowie persönliche Erinnerungsstücke (Mütze, Oberhemd und Krawatte) von Eugen Levine", sondern 46 Filme mit 27 425 Aufnahmen aus dem EKKI-Fonds enthielt. Jetzt kamen z.B. Berichte der KPD für die Komintern, Reden der deutschen Parteiführer, die Erklärungen der ausgeschlossenen Ruth Fischer, Maslow und Neumann und der Briefwechsel zwischen EKKI und der Redaktion der „Roten Fahne".[80] Das Material betraf ausschließlich die eindeutig deutschen Angelegenheiten. Von solchen Ausnahmen abgesehen wurde auch späteren Berliner IML-Delegationen kein EKKI-Material gezeigt: „Die sowjetischen Genossen erklärten, daß diese Materialien des EKKI von ihnen nur verwaltet werden und daß ihre wissenschaftliche Benutzung die einheitliche Zustimmung wenigstens der wichtigsten kommunistischen Parteien voraussetzt (wobei sie durchblicken ließen, daß mit einer solchen Entscheidung bei der jetzigen Lage in der kommunistischen Weltbewegung kaum zu rechnen ist)."[81]

Konnte die Novemberrevolution überhaupt noch brisanten Diskussionsstoff bieten? Inhaltlich schien alles festgeklopft, mit Lindau der letzte Zweifler beseitigt. Ulbrichts „Thesen zur Novemberrevolution" von 1958, die deren bürgerlich-demokratischen Charakter festgelegt hatten, galten als Parteibeschluß und gehörten längst zum Handwerkszeug jedes Provinzredakteurs. Sie lieferten das theoretische Fundament zur nationalen Grundkonzeption und damit Maßstab und Angelpunkt für das gesamte „Geschichtswerk". So hatte man für das Kapitel über die Novemberrevolution einen ebenso beschlagenen wie politisch linienfesten Spezialisten gewählt. Walter Nimtz, der als Autor für das VI. Kapitel zuständig war, hatte 1958 zum engsten Kreis der Thesenkommission gehört und repräsentierte neben Lothar Berthold die damals siegreiche Mannschaft um Ulbricht und Hanna Wolf. Als Wortführer des „bürgerlich-demokratischen Charakters" hatte er also die Thesen selbst konzipiert. An keinem anderen der Rohentwürfe war so wenig auszusetzen, und „die Vorschläge des Gen. Nimtz für die weitere Arbeit am Kapitel V" wurden „als Richtlinie bestätigt."[82]

79 Vgl. Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1, Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.

80 BA NY 4182, 923, Lothar Berthold an Ulbricht, 17.7.1964, nebst Liste dokumentarischer Materialien.

81 BA DY 30, IV A 2/9.07/138, IML (Aktennotiz Diehl), 22.9.1966.

82 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Protokoll der Diskussion zum Kapitel VI (Novemberrevolution), 7.3.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Trotzdem kam ein ganz unerwartetes Ergebnis heraus, die komplette Revision des 1958 von Ulbricht kanonisierten Bildes. Nimtz hatte es selbst mit erarbeitet, und es ist schwer zu sagen, was eigentlich mehr Bewunderung verdient: die nüchterne und unerbittliche, unter Historikern höchst ungewöhnliche Selbstkritik oder die Tapferkeit, mit der er Ulbricht in Frage stellte. Er stellte fest, daß sich die Rolle des Spartakusbundes „bei der Vorbereitung und Durchführung der Revolution ... fast ausschließlich auf Berlin beschränkt" habe. Er forderte, die (1962 von Ulbricht mit Lindau abservierte) Bremer Linke mehr zu behandeln und aufzuwerten. Ein Einfluß Lenins auf die Spartakisten ließe sich nicht nachweisen, allenfalls marxistische Positionen. Weder der Aufruf der Spartakusgruppe vom 10. November 1918, der deshalb „nicht mehr als das Programm zur Weiterführung der Revolution eingeschätzt" werden könnte, noch die späteren Losungen entsprächen bei Licht betrachtet dem von Ulbricht postulierten Kampf um die bürgerlich-demokratische Revolution, sondern orientierten eindeutig auf die sozialistische.[83]

„Ich wollte nur kurz auf diese Dinge hinweisen, weil sie von einigen Einschätzungen abweichen, die wir bisher gegeben haben", faßte Nimtz seine Erkenntnisse vor dem Autorenkollektiv zusammen.

Dem „Grundriß" (S. 102) von 1962 zufolge, hatte die Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 7. Oktober 1918 ihr bürgerlich-demokratisches Programm auf der Grundlage der „Zwei Taktiken" Lenins entwickelt. Nun klagte Nimtz, daß die Spartakusgruppe Lenins „Zwei Taktiken" gar nicht gekannt habe, und er in die Situation käme, „Entschuldigungen dafür suchen zu müssen ..., daß im Verlauf der Revolution zwei Taktiken angewandt wurden, die aber meines Erachtens noch nicht angewandt werden konnten ..."[84]

Einen Augenblick wankten die Grundfesten. Die Diskussion über die Novemberrevolution mündete in einem Duell. Ulbricht sah sich gefordert und wählte das Florett der dialektischen Beweisführung. Bei diesem Thema war er in seinem Element: „In diesem einen Satz liegt der Hund begraben. Da liegt die Fehlerquelle", diagnostizierte er zielsicher, oder er begann gelehrt zu dozieren: „Das raten Sie; aber das hat nicht einmal Rosa Luxemburg geraten. Jetzt schlage ich Sie mit Rosa Luxemburg ... Aber? Und jetzt haben Sie ein Argument für sich. Ich will einmal für Sie argumentieren. Sie haben für sich die Forderungen Liebknechts vor dem Rätekongreß ... Diese Forderungen sind falsch. Jetzt ist folgende Frage: Ist es notwendig, daß wir das so stark herausarbeiten?"

Ulbricht blieb bei dem Oktoberaufruf: „Nichts anderes, keine anderen radikalen Losungen! Deshalb habe ich den Oktoberaufruf so stark unterstrichen."[85]

So schlug er Nimtz vor, „die alte Linie weiter zu verfolgen": „Wenn wir nicht den Oktoberbeschluß, der richtig war, so hervorheben, dann kommt heraus, daß wir von Anfang an die sozialistische Revolution als Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gestellt hätten"[86]:

83 BA DY 30, IV 2/9.07/227, Walter Nimtz, Bericht zum Kapitel VI., 20.10.1964.

84 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, Stenographische Niederschrift der Beratung des Autorenkollektivs zur Ausarbeitung der dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Hause des ZK der SED, Sitzungssaal des Politbüros, am 12./13. November 1964, S. 69ff.

85 Ebd., S. 77f.

86 Ebd., S. 82.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

W. U.: „Dort ist nicht die Rede von ‚Alle Macht den Sowjets!' Also war es ein demokratisches, antiimperialistisches Programm ... Das ist absolut in Ordnung. Entspricht die Taktik, die darin enthalten war, den geschichtlichen Notwendigkeiten? Absolut! Vollständig! – Na also ..."

Walter Nimtz: „Lenin geht weiter. Er entwickelt eine ganze Reihe weiterer Grundfragen."

W. U.: „Was entwickelt er weiter?"

Walter Nimtz: „In Bezug auf die Hegemonie des Proletariats."

W. U.: „Die Hegemonie des Proletariats ist in den Forderungen drin. Daß wir noch keine Partei hatten, ist kein Argument. Sollten wir auf die Forderungen, auf die Revolution verzichten, weil wir noch keine Partei hatten?"

Kurt Hager: „Was man nicht sagen konnte, ist, daß jemand von ‚zwei Taktiken' Kenntnis hatte."

W. U.: „Sachlich entspricht das dieser Grundkonzeption von Lenin, auch wenn die das nicht gewußt hatten ... Ich würde sagen, es ist unser Glück, es ist das Glück für die Geschichtsschreiber der Novemberrevolution, daß dieser Oktoberbeschluß so gut ist, das ist Euer Glück. Es ist richtig, daß diese Linie des Oktoberbeschlusses dann nicht exakt eingehalten wurde, aber ein Geschichtsschreiber kann das nicht alles im Zick-Zack darstellen, denn dann weiß überhaupt niemand mehr was los ist."[87]

„Ich bin einer der wenigen überlebenden Teilnehmer der Oktoberkonferenz. Es gibt also noch Augenzeugen", meldete sich jetzt Fritz Globig zu Wort. „Genosse Hager sagte, daß wahrscheinlich nicht volle Klarheit über die Anwendung der zwei Taktiken herrschte. Bei uns bestimmt nicht!" Hauptzweck der Oktoberkonferenz sei die Organisation des bewaffneten Aufstands durch einen Genossen aus der sowjetischen Botschaft entsprechend Lenins Militärprogramm gewesen.[88]

Welcher Staatschef hört solche Dinge gern? Warum sollte man die sektiererischen Neigungen der westdeutschen Genossen durch diese alten Geschichten verstärken und die Mär von den Handlangern Moskaus nähren? Jedenfalls berührte Globig bei Ulbricht einen wunden Punkt:

W. U.: „Du schlägst vor, diese Sache mit der Botschaft einzufügen? ... Warum müssen wir das machen?"

Globig: „Auch die Bewaffnung. Ich würde mich freuen."

W. U.: „Wenn wir damals die Bewaffnung nicht aus eigenen Kräften durchgeführt haben, dann zeigt das nur, wie unerfahren wir waren, nicht genug Waffen beschafft zu haben. In Deutschland gab es genug ... Ich meine, wir müssen ja nicht demonstrieren, daß das von Spartakus nicht genügend organisiert war. Darauf läuft doch die Sache hinaus. Die Waffen waren doch da, oder waren nicht genug da?"

Globig: „Es wurden auch Waffen beschafft, aber das Gros ..."

W. U.: „Wie das gemacht wurde, – ich kenne ja die Technik. Das können wir nicht veröffentlichen ... sonst kommt die Sache heraus, daß wir nicht talentvoll genug kopiert haben."[89]

87 Ebd., S. 73.
88 Ebd., S. 85f.
89 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 76ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Ulbricht hatte Erfahrungen darin, „Eisenbahnkreuzungen zu sprengen."[90] 1923 gehörte er „dem Revolutionskomitee an, das sich mit der Bewaffnung beschäftigt hat. Alles, auch wie man die Eisenbahn stillegt, war exakt ausgearbeitet, wo die Waffen beschafft werden, das war alles da, Waffen auch. Hundertschaften haben wir organisiert, gar nicht schlecht."

Aber die Partei hatte den „Massenkampf" vernachlässigt. Die Kommunisten in der Thüringer Arbeiterbewegung hätten sich, so spottete Ulbricht, mit einer „Verordnung über das Fischen im Moritzburger Teich" beschäftigt und versäumt, die Gewerkschaften zu gewinnen, die notwendige Basis, „um die Geschütze der Festung Königstein in die Hände zu bekommen, um das konkret zu sagen ... Eine Arbeiterregierung muß Erfolge haben, die muß etwas auf den Tisch legen können."[91] So hatte man auf der Chemnitzer Konferenz keine Mehrheit für den bewaffneten Aufstand bekommen, und die Reichswehr marschierte ein.

Ulbricht hatte lange darüber nachgedacht, daß man nur so das Scheitern des Hamburger Aufstands erklären könne: „Die Frage der Einheitsfront und des Massenkampfes muß viel stärker betont werden. Ich bitte Sie, Genosse Nimtz, überlegen Sie sich das ganz genau; durchdenken Sie das, und setzen Sie den ganzen Zusammenhang in Rechnung. Dann kommt es historisch wahr heraus; denn wenn das nicht so dargestellt wird, dann soll der Teufel wissen, wie man das alles erklärt. Das können Sie doch gar nicht erklären. Es kann doch niemand sagen, daß die leitenden Genossen nicht genügend Kenntnisse hatten, um das zu wissen. Niederlagen hatten wir genug hinter uns, um zu wissen was wir machen müssen ... Jetzt komme ich auf die Fehler von Brandler ... Daß der Brandler so dußlig war, ist seine Schuld."

Brandler sei auf den Sicherheitsdienst der Reichswehr hereingefallen, plauderte Ulbricht noch einmal aus dem Nähkästchen. „Das kommt davon, wenn sich ein Führer auf den Nachrichtendienst verläßt. Ich verlasse mich nie auf den Nachrichtendienst. Das habe ich gelernt. Ich betone: sich verlassen! Wenn ich noch drei Kontrollen habe, ist es etwas anderes."[92]

Die „innerparteilichen Auseinandersetzungen" drohten zu dem bestimmenden Leitmotiv der KPD-Geschichte zu werden. Das fing mit zwei ausgesprochen harten Nüssen an, mit der bisher umschifften skeptischen Haltung Rosa Luxemburgs zur Gründung der KPD[93] und mit den Vorbehalten deutscher Kommunisten gegen die Konstituierung der Kommunistischen Internationale.[94] Das VIII. Kapitel war hauptsächlich der „richtigen Darstellung des komplizierten Prozesses der Herausbildung des Thälmannschen ZK" gewidmet.[95] Bis dahin hatten sich sämtliche Parteichefs, Paul Levi, Heinz Brandler und Ruth Fischer, als „Abweichler" herausgestellt. Auf den frühen Parteitagen in Heidelberg und Frankfurt wurden die Delegierten scharenweise, ja ganze Bezirksorganisationen aus der KPD hinausgeworfen.

„Wir müssen erklären, warum es war, sonst kommt heraus: Diese Parteigeschichte ist eine permanente Auseinandersetzung zwischen Fraktionen. Das ist ja nicht wahr ... Wir ha-

90 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 109.
91 Ebd., S. 107.
92 Ebd., S. 109f.
93 BA DY 30, IV 2/9.07/227, III. Bisher im zweiten Band des Geschichtswerks nicht behandelte Probleme, auf die jedoch aufmerksam gemacht werden soll.
94 Ebd., Hortzschansky an Diehl, Bemerkungen aus Kapitel VII a, 17.10.1964. Ebd. Ernst Diehl, „Bisher nicht behandelte komplizierte Probleme ..."
95 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Diskussion und Richtlinien für die Überarbeitung des Entwurfes des Kapitels VIII des Geschichtswerkes, 10.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

ben zwischendurch ja auch noch Politik gemacht", resümierte Ulbricht. Man müsse „ganz konzentriert sagen, um welche Probleme der Streit ging. Das würde uns helfen."[96]

Bei der Diskussion des IX. Kapitels erhitzte die Frage die Gemüter, ob die abgesplitterte KPO als „antikommunistische Partei" zu bezeichnen sei:

Kurt Hager: „Daß sie gegen den Kommunismus gewesen wäre, kann ich nicht behaupten."
Josef Schleifstein: „Objektiv!"
Kurt Hager: „Was heißt objektiv?"
Josef Schleifstein: „In ihrer Haltung gegen die KPD."
Fritz Globig: „Und vor allem gegen die Sowjetunion!"
Josef Schleifstein: „So kann man es nicht schreiben."
Kurt Hager: „Wir haben noch eine ganze Anzahl Genossen, ich möchte einmal den Jacob Walcher dazu hören ..."
Fritz Globig: „Mit dem wirst Du da nicht übereinkommen, das ist klar."
Kurt Hager: „... was der zu dem Satz meint, ob das klug ist."
Hanna Wolf: „Eine parteifeindliche Gruppe."
Kurt Hager: „Daß es eine Spaltergruppe war, die keinen Erfolg hatte und auch nicht haben konnte, weil sie ..."
Fritz Globig: „Scheidemann war auch dabei!"
Kurt Hager: „... das mit dem Antikommunismus wird sehr rasch hingeschrieben, das steht auch nachher wieder bei der SAP ... Sie glaubten ehrlich, daß das der richtige Weg wäre."[97]

Daß Namen wie August Creutzburg, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Max Hoelz, Iwan Katz, Heinrich Laufenberg, Arkadi Maslow, Heinz Neumann, Ernst Reuter, Werner Scholem, August Thalheimer, Hugo Urbahns und Jacob Walcher jetzt zum ersten Mal in der DDR nachzulesen sein würden, lag einigen schwer im Magen und mußte das Autorenkollektiv beunruhigen.

„Die haben sich ja nur gekracht!" fand Hanna Wolf und schlug vor, lieber eine Zusammenfassung zu bringen:

„Entsteht nicht der Gesamteindruck, daß die ganze Geschichte der KPD, also der revolutionären Arbeiterbewegung, in dieser entscheidenden Periode der Weimarer Republik eine Geschichte innerparteilicher Kämpfe ist? Ich bin mir nicht darüber klar, und ich glaube, wir müssen das überprüfen."

Kurt Hager: „Sehr stark!"
Hanna Wolf: „Natürlich können wir nicht auf die Darstellungen dieser wichtigen Auseinandersetzungen verzichten. Aber man könnte vielleicht diesen Eindruck verkleinern, indem der Kampf der KPD und die Erfolge dieses Kampfes um die Massen mehr und vielleicht massiver an einigen Stellen geschildert wird."[98]

Als Ulbricht den Autor des VIII. Bandes um Vorschläge bat, „wie man diese innerparteilichen Probleme straffen und damit kürzen" könne, fand Wilhelm Ersil diese jetzt schon „außerordentlich knapp dargestellt" und eine Reihe von Fragen „nur angetippt". Der Eindruck

96 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 135ff.
97 Ebd., S. 143f.
98 Ebd., S. 130f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

sei nicht leicht „zu mildern oder zu beseitigen". „Das ist trotzdem zu lang. Die Hälfte genügt", entschied Ulbricht.[99]

4. Kommunistische Internationale und „Sozialfaschismus"-Konzeption (1929–1933)

Die berüchtigte „fraktionelle Wühlarbeit" war ein gesuchtes Auskunftsmittel, um notorische Fehlleistungen der Parteiführung, etwa die Stellungnahme der KPD-Führung gegen den Generalstreik beim Kapp-Putsch oder die Zusammenarbeit mit Nationalsozialisten beim Preußenvolksentscheid zu begründen.

Die „starre strategische Orientierung" hatte zu einer „unelastischen Taktik" geführt. So ungefähr lautete die theoretische Übersetzung des Sachverhaltes, daß die KPD, statt das antifaschistische Bündnis mit dem „sozialfaschistischen Hauptfeind" zu suchen, bis zum bitteren Ende an der „schematischen" Zielsetzung der Diktatur des Proletariats festgehalten hatte. Im IX. Kapitel, das die Zeit der Weltwirtschaftskrise bis 1933 behandelte, galten die Einschätzungen zum Preußenvolksentscheid, zur Kandidatur Thälmanns bei der Reichspräsidentenwahl 1932 und zum „hartnäckigen Auftreten" der Neumann-Gruppe als diskussionsbedürftig. Handelte es sich dabei um eine „Führer-Clique" oder repräsentierte sie eine Strömung in der Partei? Und wie sollte man mit den „linken Einflüssen in der KI" umgehen, auf die sie sich offenbar hatte stützen können? Überhaupt schien es „fraglich", bei der Behandlung der Einheitsfront-Problematik „die Auswirkungen des X., XI. und XII. EKKI Plenums" weiterhin auszublenden.[100]

Da sich Thälmann, Pieck und Ulbricht angeblich so früh wie möglich, d.h. Jahre bevor sie stattfand, für die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz und die Einheitsfrontpolitik eingesetzt hatten, bedurfte es eines antagonistischen Handlungsträgers, der für die gegenläufige „Sozialfaschismus"-Konzeption verantwortlich gemacht werden konnte, die bis 1935 die Generallinie der KPD geprägt hatte. Hierfür, wie für die RGO-Politik und den von Erich Mielke ausgeführten, laut Ulbricht „politisch idiotischen" Polizistenmord am Bülow-Platz, hatte Ulbricht Heinz Neumann als den geeigneten Sündenbock ausgeguckt. „Das war also die Auseinandersetzung mit der Neumann-Gruppe", beendete er seine Erzählung. „Neumann führte eine abenteuerliche Politik, und Remmele, der an sich ein ehrlicher Arbeiter war, ließ sich von ihm einseifen."[101]

Ulbricht nannte auch eine „objektive Begründung" für die Akzeptanz der Sozialfaschismus-Konzeption. Die „ungeheure Empörung" nach den „Provokationen vom Mai 1929", als unter dem Befehl des sozialdemokratischen Polizeichefs Zörgiebel 31 Berliner Arbeiter erschossen worden waren, hatte, so Ulbricht, die „sektiererischen Tendenzen in der Partei" gestärkt. „Das ist die Wahrheit. Wenn wir das so formulieren, dann ist das die geschichtliche Wahrheit, und dadurch ist manches in bezug auf den Sozialfaschismus zu erklären. Sonst ist

99 Ebd., S. 132ff.
100 BA DY 30, IV A 2/9.07/227, Material zur Einschätzung des Kap. IX.
101 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 156.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

das gar nicht zu erklären ... Dann könnt ihr gegen den Sozialfaschismus polemisieren. Dann hat das eine reale Basis."[102]

Wie aber, so fragte listig Walter Wimmer, war dann die Dauerhaftigkeit der sektiererischen Auffassungen zu erklären und wie sollte man damit umgehen, daß sich Neumann stets auf entsprechende Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, des 10., 11. und 12. Plenums des EKKI hatte stützen können? In Wimmers IX. Kapitel war diese Frage „bisher umgangen", und dem Leser blieb „irgendwie unverständlich", warum sich „in der ganzen Zeit, wo angesichts der faschistischen Gefahr die brennenden Fragen des Kampfes so deutlich standen, in der Partei immer noch solche Ansichten hielten." Müsse man deshalb nicht, fragte Wimmer, auf die „Komintern stärker eingehen?"

„Nein. Ich will ganz offen sagen, daß bei den Fragen, bei den Problemen, die nach 1929 diskutiert wurden, die Fragen, die in der Komintern standen, gar keine Rolle gespielt haben." Statt den Einfluß der KI ins Spiel zu bringen, nahm Ulbricht lieber die Schuld für die Sozialfaschismus-Konzeption auf die eigene Kappe der deutschen Parteiführung.

„So grob war das nicht. Es war wirklich so, daß eine Reihe leitender Parteifunktionäre einen solchen sektiererischen ultralinken Standpunkt hatten, daß sie um die Führung kämpften. Es war also ein Kampf um die Führung; denn Remmele und andere hatten zeitweise die Mehrheit, und wir waren in der Minderheit. Einmal hatte ich im Politbüro nur noch meine eigene Stimme. Ernst Thälmann war nicht da, und Wilhelm Pieck war in Moskau. Die Lage war nicht sehr angenehm. Es gab eine ganz komplizierte Auseinandersetzung. Aber das hier zu schildern, dabei kommt nichts heraus ... Es ging also darum, Punkt für Punkt zu gewinnen, um Neumann zu schlagen. Ich kann nicht behaupten, daß das ein besonderes Vergnügen war."[103]

Manche Hintergründe waren, wie sich jetzt herausstellte, auch für Ulbricht in metaphysischem Dunkel verborgen.

„Niemand von uns konnte beweisen, wer unterstützt wen. Wir hatten damals nur eine Ahnung ... daß Neumann geglaubt hat, er hat bestimmte Sympathisierende im Politbüro der KPdSU, das stimmt, aber das müssen wir jetzt nicht schreiben, weil das viel zu kompliziert ist."[104] Ulbricht unterschied „komplizierte" von „sehr komplizierten" Fragen. Was irgendwie mit der KI, mit dem GULAG oder mit Stalin zusammenhing, gehörte zu den „sehr komplizierten Problemen".

Letztlich verwies alles auf den internationalen Zusammenhang der Abhängigkeit des Thälmannschen Zentralkomitees von der KI in Moskau und Stalin, der ja schließlich Sinowjews Konzept der „Zwillingsbrüder" auf dem V. Weltkongreß vorgestellt hatte: „Dieser Begriff ‚Sozialfaschismus' kommt doch nicht vom Himmel; er kam auch nicht von Berlin", erinnerte Ulbricht.[105]

Die Tabuisierung der Kommunistischen Internationale verurteilte die Autoren der KPD-Geschichte dazu, im Nebel zu stochern. Ihre Zensur hütete viele Geheimnisse, und doch waren sie, was die „sehr komplizierten" Fragen betraf, nur graduell in einer besseren Situation als ihre Leser. Die Parteigeschichte drohte ein Marionettenstück ohne Puppenspieler zu

102 Ebd., S. 148.
103 Ebd., S. 154–165.
104 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 85.
105 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 147.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

werden. Der Einfluß der KI war nicht zu übersehen, aber durfte man über Drahtzieher wie Sinowjew, Trotzki, Bucharin und last not least Stalin überhaupt schreiben? Die Beschlüsse des XXII. Parteitages 1961 waren in Geltung. Dort hatte die KPdSU Stalins Andenken zerstört, die Zensur seinen Namen ausradiert.

Die Zensurbehörde hatte 1962 ähnlich wie 1956 eine flächendeckende Fahndung nach „Resten des Personenkults" in der Literatur veranstaltet. Ein Sekretariatsbeschluß des ZK lieferte die Kriterien, wie mit „Stalin-Literatur" zu verfahren sei: vor allem mit Augenmaß! Man unterwarf sich magischen Praktiken und demonstrierte dabei gesunden Menschenverstand. Unter Hinzufügung von „jetzt Wolgograd" durfte beispielsweise durchaus noch von der „Schlacht bei Stalingrad" die Rede sein. Die alten Landkarten blieben vorerst im Handel, während Postkarten mit der Stalin-Allee nicht mehr ausgeliefert wurden. Für Bücher galt als Faustregel, daß Wörter wie „Stalinstadt" nicht mehr im Titel auftauchen durften. Standen sie nur im Text, waren die betreffenden Stellen erst bei der nächsten Nachauflage zu ändern. Sofort eingezogen wurden die Bücher, in denen Stalin in einem Atemzug mit Lenin genannt wurde. In der Summe liefen die Finessen darauf hinaus, daß aus der Kritik an Stalin die Tabuisierung, Ausblendung und Verdrängung seiner Verbrechen wurde, eine Entstalinisierung nach stalinistischer Methode.[106]

Seit dem XXII. Parteitag der KPdSU im Winter 1961 sickerte auch die heiß umstrittene, 1958 abgeblockte sowjetische Tauwetter-Literatur wieder ins Land, und so kritische Titel wie Galina Nikolajewas „Schlacht unterwegs" oder Simonows „Die Lebenden und die Toten" machten Furore. Die staatliche Zensurbehörde setzte sich für Jewtuschenko und Solschenizyn ein, und DDR-Autoren beriefen sich auf solche Vorbilder. Günter Kunert thematisierte die Verbrechen des GULAG, als er fragte, wer den „ruhmlosen Tod des ungenannten Genossen" auf sein Gewissen nehmen würde: „Wo die Blumen hinlegen, wenn über die Toten Schweigen verordnet ist?" Doch damit war die Schmerzgrenze klar überschritten, das Gedicht „Ruhmloser Tod" blieb verboten.[107] Ulbricht sorgte höchstselbst dafür, daß „Lagerliteratur" wie Solschenizyns „Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch" in der DDR nicht erscheinen konnte.[108] Im RIAS wurde das Buch gelesen, insofern war es öffentlich präsent. Für die kommunistische Parteiöffentlichkeit existierte es nicht.

Jeder konnte sich unter der verharmlosenden Formel vom „Personenkult" und der „Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit" vorstellen, was er wollte. Die jüngst erschienene sowjetische „Geschichte des großen Vaterländischen Krieges" schwieg sich – XXII. Parteitag hin oder her – darüber genauso aus wie über das „Geheime Zusatzabkommen" zum Hitler-Stalin Pakt.

Bei der Erforschung der „Auswirkungen des Personenkults um Stalin" standen die Parteihistoriker der SED Mitte 1963 deshalb logischerweise „noch ganz am Anfang".[109]

Ende 1963 entstand eine dreiseitige Liste, die die bei der Darstellung der vierten Hauptperiode 1917–1945 ausgesparten „weißen Flecken" verzeichnete. Demnach fehlten Rosa Luxemburgs Vorbehalte gegen die KPD-Gründung, Radeks Schlageter-Rede, die militärischen Aufstandsvorbereitungen 1923, die sektiererische RGO-Politik und der Umgang mit

106 Jedes Buch ein Abenteuer, S. 208ff.
107 Ebd., S. 203.
108 Hans Bentzien, Meine Sekretäre und ich, Berlin 1995, S. 184.
109 BA DY 30, IV A 2/9.07/9, (IML) Protokoll der Abteilungsleitersitzung vom 17.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„problematischen" Namen wie Eberlein oder Thalheimer. Die meisten bislang erfolgreich umschifften Tabus betrafen jedoch die Kommunistische Internationale:

- „Nur angedeutet oder gar nicht behandelt wurde die Rolle des EKKI und ihrer leitenden Funktionäre bei der Entwicklung der KPD:
- Haltung des EKKI zu den Ereignissen 1923 in Deutschland und die Rolle leitender Funktionäre des EKKI bei der Festlegung der Politik der Partei in diesem Jahr.
- Einschätzung der Beschlüsse des EKKI-Plenums vom Jan. 1924.
- Die Auswirkung der X., XI. und XII. Tagung des EKKI auf die Politik der Partei in Deutschland.

Es fehlt konkretes Material über die Hilfe des Politbüros des ZK der KPdSU (B) bei der marxistisch-leninistischen Entwicklung der KPD.

Nichts gesagt wurde bisher im Geschichtswerk über die Rolle Stalins bei der Entwicklung der KPD (Kap. VIII)."[110]

Was an all diesen Plenen und Tagungen im einzelnen „problematisch" schien, ließ sich zwei Jahre später (z. B. auf den Seiten 20, 289 und 371) im vierten Band der GdA mehr oder weniger ausführlich nachlesen. Doch bis dahin war ein weiter Weg.

Die Parteihistoriker befanden sich in der Zwickmühle. Einerseits sollten sie die „imperialistische Propagandalüge" von der „Moskauhörigkeit" der deutschen Kommunisten abwehren. Gerade das VIII. Kapitel über die Bildung des Thälmannschen ZK polemisierte entschieden gegen die „Auffassung, daß die KPD seit diesem Zeitpunkt nichts mehr mit der deutschen Arbeiterbewegung zu tun gehabt habe. (Lüge vom ‚ausländischen Instrument')."[111] Andererseits waren gerade die größten Peinlichkeiten überhaupt nur durch den Einfluß der KI zu erklären. Sonst wurde unfehlbar „eine Schuld der KPD daraus".[112] Solange man die sowjetischen Instruktionen zur Weltrevolution ausklammerte, mußte der Hamburger Aufstand 1923 als tragikomische Fehlzündung wirken. Die sektiererische RGO-Gewerkschaftspolitik hing mit dem VI. Weltkongreß zusammen, und auch die blamable Zusammenarbeit mit den „Faschisten" beim Preußenvolksentscheid war auf eine last minute-Order aus Moskau zurückzuführen. Franz Dahlem („Wir können das natürlich nicht so veröffentlichen") beklagte sich über den schizophrenen Eindruck, den ein disziplinierter Agitator seinerzeit in Düsseldorf hinterlassen hatte. Nachdem ihm ein Zettel auf die Tribüne gereicht worden war, sprach er postwendend für den Volksentscheid, den er Sekunden zuvor noch im Auftrag der KPD-Führung bekämpft hatte.[113]

Das „Geschichtswerk" (Bd. 4, S. 301 ff.) schilderte vergleichsweise opulent diese „Wendung um 180 Grad". Hanna Wolf war damit höchst unzufrieden:

„Ich meine, daß man über diese Frage noch einmal diskutieren muß. So wie das jetzt geschildert wird, kommt heraus: Moskau hat gesagt, und wir haben es gemacht!"

W. U.: „Das hat in diesem Falle sogar gestimmt."

---

110 BA DY 30, IV A 2/9.07/277, Bisher im zweiten Band des Geschichtswerks nicht behandelte Probleme, auf die jedoch aufmerksam gemacht werden soll.

111 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Arbeitsbesprechung mit den Autoren (Arbeitsgruppe Gen. Diehl), 16.4.1964.

112 Ebd., Protokoll der Diskussion und Richtlinien für die Überarbeitung des Entwurfes des Kapitels VIII ..., 10.5.1963.

113 BA DY 30, IV 2/1/333, 10. ZK-Tagung, 25.6.1965 (Franz Dahlem), S. 487f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

H. W.: „Nun gut. Aber formell war das nicht Moskau."
Kurt Hager: „Für die jungen Genossen war Moskau sowieso der Weisheit letzter Schluß."
H. W.: „Und das ist immer so, und das ist sogar ganz richtig. Gerade deshalb kann man das nicht so abtun, wie das hier bei einer so ernsthaften Frage wie dem Volksentscheid in Preußen geschieht."[114]

Schließlich einigte man sich auf die folgende auffällige Wendung: „Da sich auch J. W. Stalin und W. M. Molotow für die Teilnahme der KPD am Volksentscheid in Preußen einsetzten, erhob die Politkommission des EKKI Einspruch gegen den Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der KPD" (Bd. 4, S. 302).

Es lohnt, die wenigen Passagen, in denen Stalin im vierten Band vorkommt, genau zu lesen. Als eine Art Kompensation für spätere Kritik, schlug Ulbricht vor, Stalin 1925 positiv hervorzuheben.[115] Durch die beiden Entstalinisierungswellen 1956 und 1961 gewitzt, entledigten sich die Autoren dieser Aufgabe mit der gebotenen Vorsicht. Sie lobten Stalin indirekt. Auf Seite 71 im Band 4 ist deshalb die Rede von der „hervorragenden Leistung des Zentralkomitees der KPdSU (B), dessen Generalsekretär seit 1922 J. W. Stalin war." Diese Wendung hatte eine theoretische Pointe. Auf S. 73 übermittelte Stalin seine „Ratschläge" in Sachen Ruth Fischer der KPD-Führung „im Auftrage" des sowjetischen Politbüros. Solche Formulierungen suggerierten, daß die kommunistischen Parteien noch nach den (1956 postulierten) Leninschen Normen funktioniert hätten, und betonten die kollektive Einbindung Stalins vor 1933.

Bei der Diskussion des Rohentwurfes zum VIII. Kapitel hatten Ernst Laboor und Wolfgang Ruge genau diese verharmlosende Sichtweise kritisiert.[116] Sie vermißten die Kritik am „Personenkult" und an der „Verletzung der Kollektivität der Leitung". Dagegen wandten sich die Autoren zweier späterer Kapitel, Löwel und Wimmer, die bisher ebenfalls erfolgreich Stalin außen vor gelassen hatten. Man hatte sich groteskerweise darauf verständigt, die Auseinandersetzung mit Stalin möglichst weit nach hinten, in den XIII. Band zu schieben, der Chruschtschows Kritik auf dem XX. Parteitag behandeln würde.

Löwel:
„Die Fragen des Personenkultes sollten noch nicht so früh (S. 15) behandelt werden. Das entspricht nicht der historischen Wahrheit. Gründlich sollten die Zusammenhänge zwischen den oppositionellen Gruppierungen in der KPdSU und in der Internationale gezeigt werden."

Laboor:
Wenn im Kapitel nichts zum Personenkult gesagt werden soll, kann man auch nichts über Stalins Einfluß sagen und einige Fragen nicht erklären. Der Einfluß auf die Thesen der Komintern muß aber auf jeden Fall gebracht werden. Den Personenkult kann man später nicht vom Himmel fallen lassen ..."

114 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 81f.
115 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Besprechung der Arbeitsgruppe 1917–1945 am 7.12.1964.
116 Zu Ruges eigenen Erfahrungen im sowjetischen Straflager vgl. Mario Keßler, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, S. 301ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Wimmer:
„... Die Fragen des Dogmatismus müssen behandelt werden, aber man sollte daraus nicht eine komplexe Behandlung Stalins machen, bis zur Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

1. Die Sache wird für uns (Deutschland) geschrieben. Es sollten nicht alle Fragen der KPdSU behandelt werden, sondern nur solche, die Einfluß auf Deutschland hatten.
2. Muß gezeigt werden, daß das Ganze ein Entwicklungsprozeß war. Das Ganze nicht nur als Problem Stalins behandeln, man muß das einigermaßen untersuchen und versuchen es in aller Kürze, so wie es für die Publikation geeignet ist, darzulegen ..."

Nimtz:
„Das ist nicht die Frage. Es ist ein grundlegender Unterschied, ob eine Persönlichkeit wie Lenin oder wie Stalin an der Spitze stand ..."

Ruge:
„Es handelt sich bei dieser Angelegenheit um tiefgehende theoretische Einschätzungen, nicht nur um Fragen der Persönlichkeit. Der erste Schritt, der dem Leser klargemacht werden muß, ist die Verletzung der Kollektivität der Leitung."

Diehl:
„Er ist anderer Auffassung darüber. Ausgangspunkt ist der Schematismus in theoretischen Grundfragen und seine Einwirkung auf die Entwicklung der Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung. Verletzung der Kollektivität ist für die zwanziger Jahre nicht die Kernfrage. Es gab lediglich Ansätze dafür."[117]

Diese Diskussion ist interpretationsbedürftig. Offenbar ging es Diehl darum, Stalin und die KI zwar für einzelne „dogmatische" Fehlentscheidungen verantwortlich zu machen, aber um jeden Preis den Eindruck zu vermeiden, daß die „Herausbildung des Thälmannschen ZK" insgesamt und der Substanz nach eine stalinistische Fehlentwicklung gewesen sei.

Diehl legte für seine Arbeitsgruppe fest, daß „die Wirklichkeit ... in ihrer Kompliziertheit", die „Hilfe der KPdSU und der KI auf jeden Fall", „die Auswirkungen des Personenkultes für Deutschland ... völlig klar" gezeigt werden solle.[118] „Völlig klar" bedeutete, daß hier die abschließende Einschätzung des Autorenkollektivs gefragt war.

Die Parteihistoriker spielten mit der Fiktion einer nach den vielbeschworenen Leninschen Normen funktionierenden, d.h. zwar zentralistischen, aber wenigstens theoretisch legitimierten Kommunistischen Internationalen.

Doch war es überhaupt möglich, über die Leitung der KI zu schreiben ohne auf Stalin und den „Personenkult" einzugehen? Im Gegensatz zu Hanna Wolf und Kurt Hager war Ulbricht im Autorenkollektiv nicht dieser Meinung.

Hanna Wolf:
„Einige Male werden Thesen von Stalin gebracht. Formell ist es ja so, daß der Vertreter der KPdSU in der Exekutive in dieser Zeit nicht Stalin war."

---

117 Ebd., Protokoll der Diskussion und Richtlinien für die Überarbeitung des Entwurfes des Kapitels VIII ..., 10.5.1963.

118 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Diskussion und Richtlinien für die Überarbeitung des Entwurfes des Kapitels VIII ..., 10.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

W. U.: „Wann?"
H. W.: „Bis 1933"
W. U.: „Da hast Du recht."
H. W.: „Aber Stalin war Mitglied des Exekutivkomitees."
W. U.: „Aber bei Grundfragen vertrat er den Standpunkt der KPdSU."
H. W.: „Ja, er war in einzelnen Kommissionen."
W. U.: „Auf den Kongressen, bei den Exekutivtagungen usw. nahm er Stellung zu den Hauptfragen. Das ist eine Tatsache."
H. W.: „Aber wenn ich davon ausgehe, wer auf den Parteitagen der KPdSU die Berichte der Sektion gegeben hat, dann war das Manuilski."
W. U.: „Na ja!"
H. W.: „Wir müssen aber von den Dokumenten ausgehen."
W. U.: „Davon kann man nicht ausgehen ..."
Kurt Hager: „Im Exekutivkomitee gab es dieses berühmte Bild mit Manuilski, Wilhelm Pieck, Togliatti usw."
Fritz Globig: „Stalin war auch am VI. Weltkongreß beteiligt."
W. U.: „Stalin war überhaupt beteiligt."[119]

5. Von Thälmanns Verhaftung zum „20. Juli" oder Ulbrichts Kampf mit der historischen Wahrheit (1933–1945)

„Wir würden sagen, Röhm war ein Sektierer." (W. U.)[120]

Die Rohentwürfe zum X. und XI. Kapitel wurden abgelehnt. Während die Arbeitsgruppenleiter um Lothar Berthold die ersten neun Kapitel im wesentlichen als Grundlage akzeptiert hatten, mußten beide Kapitel über die NS-Zeit „völlig neu geschrieben" werden.[121]

Das IX. Kapitel war der Kritik von 1963 zufolge zu akademisch geraten. Statt Tatsachen böte es „Einschätzungen", statt plastischer Kampfaktionen Aufzählungen und Dokumente. Der Spanienkrieg war zu kurz gekommen und „das Heldentum der Antifaschisten in den KZ" nicht richtig dargestellt. Die Konzeption der „rechten Führer" der SPD 1933 fehle genauso wie eine Schilderung des von den „reaktionärsten Kräften des Finanzkapitals" geschaffenen faschistischen Staatsapparates, dessen Zensur es der KPD so schwer gemacht habe, „die Wahrheit in das Volk zu tragen." Die erstrangige Rolle Dimitroffs „für die richtige Orientierung des antifaschistischen Kampfes" werde nicht als „Kernfrage" behandelt, sondern ginge „bis jetzt unter". Hingegen müßten „die Auseinandersetzungen mit sektiererischen Auffassungen in der Partei ... in der Darstellung gestrafft und gekürzt werden."[122]

119 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 81f.
120 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, 4.2.1965, S. 43.
121 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokolle der Diskussion über den Entwurf des Kapitels X des Geschichtswerkes, 15.5.1963 und den Entwurf des Kapitels XI, 22.5.1963.
122 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Diskussion über den Entwurf des Kapitels X des Geschichtswerkes, 15.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Offenbar waren die Autoren mißverständlichen Vorgaben zum Opfer gefallen. Spätestens seit dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" galt die „Brüsseler Konferenz" von 1935, die Wende zur Volksfront, als Angelpunkt der Argumentation. Um die unabhängige theoretische Leistung Piecks und Ulbrichts im Verhältnis zu Dimitroff und zur KI zu betonen und beide im Sinne der postulierten Kontinuität des ZK als Erben Thälmanns zu legitimieren, hatte der Arbeitsgruppenleiter Diehl 1962 die Linie des „Grundrisses" für seine Autoren wie folgt präzisiert:

„S. 134, 135 Durchsetzung der Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz geschah in Auseinandersetzung mit ultralinken Kräften in der Parteiführung. (Partei hat sich selbst den Kopf zerbrochen, nicht passiv VII. Weltkongreß abgewartet). Es gab keinen Bruch zwischen Vorstellungen Ernst Thälmanns im Kampf gegen den Faschismus u. der Fortsetzung dieser Politik durch Brüssel u. Bern."[123]

Diese nicht in Diehls Kopf geborenen Festlegungen zielten darauf, die von der gesamten Parteiführung wie von der KI verfochtene „Sozialfaschismus"-Konzeption den „Sektierern" Schubert und Schulte in die Schuhe zu schieben. Vergeblich hatten beide auf der Brüsseler Konferenz insistiert, daß die gesamte Führung die sektiererische Linie verfolgt habe.[124] Später wurden sie, wie Neumann und Remmele, im GULAG erschossen. Ulbrichts für die Partei verbindlich gemachte Argumentation lief also implizit auf die Rechtfertigung einer Blutschuld hinaus. Natürlich besaß die KPD-Führung keinen Einfluß auf die Terrorherrschaft des NKWD. Die Schuld bestand, wie es scheint, darin, daß sich Pieck später zwar mit ganz unterschiedlichem Erfolg für verhaftete Genossen einsetzte, aber stets nur für solche, die keine „Sektierer" gewesen waren.[125] Neumann, Remmele und Schubert und Schulte wurden hingegen, was im „Geschichtswerk" nicht nachzulesen war, 1937 aus der KPD ausgeschlossen.[126] Wer um dieses Geheimnis wußte, hatte das Arkanum betreten. Zensur und Parteigeschichte flossen in diesem Mysterium zusammen. Ein einziges Mal während der tagelangen Sitzungen des Autorenkollektivs, und eher versehentlich, wurde daran getippt. Es war Fritz Globig, der 1937 selbst verhaftet worden war,[127] dem der faux pas unterlief. Als Ulbricht sich wieder einmal über die „Allüren wildgewordener Intellektueller wie Neumann" verbreitete, wurde es dem Veteranen zu viel. „Er ist tot und kann sich nicht mehr verteidigen", entfuhr es ihm.[128]

Die parteioffizielle Version basierte darauf, daß das Schicksal der „Sektierer" unbekannt blieb, auf der Kürzung von Reden Thälmanns und auf der absoluten Unzugänglichkeit der Protokolle zur Brüsseler Konferenz. Diese stellte keineswegs den programmatischen Gipfelpunkt der deutschen KP-Geschichte dar, sondern eher deren Tiefpunkt, eine (so Pieck) „unwürdige" Schlammschlacht.

---

123 Ebd., Zentrale Beratung aller Mitarbeiter am Geschichtswerk (1917–1945) im IML, 11.10.1962.

124 BA RY 1/I 1/1/34, Brüsseler Konferenz, 5. Sitzungstag (Richter, d.i. Hermann Schubert), S. 703 und 709, BA RY 1/I 1/1/35, 6. Sitzungstag (Schweitzer, d.i. Fritz Schulte), S. 999 und 1001ff. Die Protokolle der Brüsseler Konferenz sind inzwischen als CD-Rom erhältlich (Günther Fuchs/Erwin Lewin/Elke Reuter/Stefan Weber (Hg.), Die Brüsseler Konferenz, Berlin 1999).

125 Vgl Pieck an Dimitroff, 20.4.1938, in: Oleg Dehl u.a. (Hg.), Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren, Berlin 2000, S. 232ff.

126 BA DY 30, IV A 2/9.07/345, S. 85 (Hans Teubner).

127 Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/Main 1969, Bd. 2, S. 136.

128 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 154–165.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Im Autorenkollektiv leistete Ulbricht eine angestrengte Gedächtnisarbeit, um allen möglichen „falschen Schlußfolgerungen" über die Vorgeschichte zu Brüssel und seine Auseinandersetzung mit den „Sektierern" vorzubeugen. Hier nahm er einige Verbiegungen zurück, dort bereinigte er eine „zu komplizierte" Darstellung durch Kürzungen. Beim VII. Weltkongreß der KI hatte sich ein Fehler eingeschlichen. „Hier beginnt man damit, die deutsche Delegation in den Vordergrund zu schieben. Aber wir waren in keiner angenehmen Lage." Die Autoren hätten zudem übersehen, daß Dimitroff mit seiner Konzeption nicht ganz durchgekommen sei und diese vom späteren Referat abwich: „Hier liegt der Fehler. Hier haben die Verfasser nicht aufgepaßt ... Also, Genossen Autoren, ist das alles klar? – Die Vorbereitung Dimitroffs ist eine monatelange Arbeit mit scharfen Auseinandersetzungen gewesen, die in allen Parteiführungen waren, auch in der Führung der KPdSU."[129]

In sich widersprüchliche Dokumente zur Volksfrontpolitik riet Ulbricht wegzulassen: „Weil es im Politbüro drei Standpunkte gab. Aber es wird Euch nicht gelingen, hier die drei Standpunkte zu koordinieren ... Das war doch schon die Zeit, wo wir mit diesen Vertretern der Intelligenz, mit Heinrich Mann, begonnen haben zusammenzuarbeiten. Jeder versteht, daß Heinrich Mann nicht für die Diktatur des Proletariats war."[130] Es sei richtig, daß er und Pieck vorher allein gegen „Sektierertum und Dogmatismus" gekämpft hätten, aber dies müsse man nicht auf jeder Seite schreiben.[131] Ulbricht warnte davor, eine zu große Nähe zwischen Thälmann und Dimitroff zu konstruieren,[132] und klärte die nach Thälmanns Verhaftung fluktuierenden Verantwortlichkeitsbereiche seiner Gegner und Verbündeten im Politbüro: „Hier ist von Wilhelm Pieck nicht die Rede. Das ist unbequem, weil Pieck weiter hinten, das steht noch nicht drin, gehört aber rein, genannt werden muß als der Leiter des im Ausland tätigen Teils des Politbüros. So muß das herauskommen ... Die Frage der Leitung war damals sehr kompliziert, sie war nicht sehr demokratisch."[133] Anscheinend war es von enormer Bedeutung, ob Max Reimann („Entsinne dich, Walter! Ich kam dann nach Paris ...") das Politbüro 1933 oder 1934 konsultiert hatte[134], und selbst die Frage, ob Thälmann die von der Gestapo gestörte Zeuthener Rede „mit sehr kräftiger Stimme" gehalten hatte, verdiente höchste Aufmerksamkeit. Hager hatte irgendwie „das Gefühl, wenn man das so stehen läßt, man macht ihn gewissermaßen verantwortlich dafür, daß irgendwer aufmerksam wurde."

W. U.: „Das ist eine Tatsache."
Kurt Hager: „Das kommt aber etwas komisch heraus!"
W. U.: „Gut! Man braucht das nicht zu sagen."[135]

Hager hatte ausnahmsweise das Manuskript genau studiert, und resümierte sein kritisches Grundsatzreferat: „Es schaut so aus, die Hitlerregierung wurde vom Finanzkapital zusammengeschoben, und sie hatte keine Basis. Aber sie hat doch eine Basis gehabt ..." Diese Kritik nahm Ulbricht zum Anlaß für eine Korrektur an alten Fiktionen: „Da kann man sich

129 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, 57ff.
130 Ebd., S. 53.
131 Ebd., S. 49.
132 Ebd., S. 23f.
133 Ebd., S. 27.
134 Ebd., S. 33ff.
135 Ebd., S. 20f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

nicht nur auf die Kleinbürger beziehen, sondern das betrifft sowohl die Kleinbürger als auch einen Teil der Arbeiterklasse, also diejenigen die unter der Krise am meisten gelitten haben. Das muß man miterwähnen."[136] So einfach ging das!

Es muß den heutigen Leser frappieren, daß in dem Protokoll einer Diskusssion, die über die Darstellung der NS-Zeit im „besseren Deutschland" entscheiden sollte, zwar ausschweifend von der Brüsseler Konferenz die Rede ist, doch die Existenz von Vernichtungslagern nicht thematisiert wird. Das Wort „Auschwitz" kommt auf den 90 Seiten nicht vor. Im „Achtbänder" selbst wurde „das größte Massaker in der Weltgeschichte" in drei Sätzen behandelt und mit dem „Generalplan Ost" der „physischen Ausrottung eines beträchtlichen Teils des russischen Volkes" kurzgeschlossen (GdA, Bd. 5, S. 322) – und dieses Verfahren war nicht einmal der Diskussion im Autorenkollektiv wert! Immerhin hatten die Autoren dem Antisemitismus zentralen Stellenwert im nationalsozialistischen Ideologiehaushalt beigemessen, doch Ulbricht schlug vor – und auch hierfür genügten wenige Sätze –, die Rolle der „barbarischen Rassentheorie" nicht so in den Vordergrund zu rücken. Vor allem mit der „Lebensraumideologie" hätten die Nazis die Arbeitslosen geködert. Hier liege die „Identität der Standpunkte der Interessen des Monopolkapitals und breiter Massen ... Dann kommt erst die Rassengeschichte."[137]

Nachdem die Genossen die „sozialfaschistische" Generallinie zu einer sektiererischen Fehlleistung marginalisiert hatten, stand die Frage im Raum, warum die SPD-Führung die vielen Angebote zur Einheitsfront abgelehnt hatte. Lag es, wie die Autoren wahrhaben wollten, in erster Linie am „mangelnden Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse", am Antikommunismus der rechten SPD-Führer oder an der „Konzeption legalistischer Illusionen"? Dafür plädierte Hager.[138] Ulbricht fand, daß nirgendwo sonst in Europa die Führung der Sozialdemokratie „so tief gesunken war",[139] und diagnostizierte eine „falsche Einschätzung der Lage und der Aggressivität des nazistischen deutschen Imperialismus". Er tadelte den Versuch, „mit der Politik des kleineren Übels zu den neuen Fragen Stellung zu nehmen". Das Politbüromitglied Friedrich Ebert, 1933 selbst in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, stimmte ihm darin zu: „Es war genauso wie heute ..."[140]

Mit einiger Selbstüberwindung hatten sich die beweglicheren Parteihistoriker seit 1956 dazu durchgerungen, fortan zwischen linken und rechten Sozialdemokraten zu differenzieren. Nun erklärte Ulbricht diese Unterscheidung für „grob" und „primitiv".[141] Gerade die rechten Sozialdemokraten hätten „uns gegenüber nicht in Antikommunismus gemacht" und sich loyal verhalten: „Die Besprechungen mit Stampfer wurden prinzipiell offen geführt. Bei der zweiten Begegnung sagte mir Stampfer: Wissen Sie, Genosse Ulbricht, ich bin doch im Grunde genommen ein alter Liberaler. Ich bin doch gar kein richtiger Sozialdemokrat. Aus diesem Grunde bin ich dafür, daß man gemeinsam gegen den Faschismus etwas tut." Solche Feinheiten brauche man allerdings nicht zu erwähnen.[142]

136 Ebd., S. 10f.
137 Ebd., S. 44f.
138 Ebd., S. 7ff.
139 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 190.
140 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 7ff.
141 Ebd., S. 54.
142 Ebd., S. 47f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Im Autorenkollektiv galten strenge Spielregeln. Die Autoren hielten das Visier heruntergeklappt und waren erfahren genug, um „verantwortlich" zu formulieren, dazu verurteilt, sich vorsichtig an die Probleme heranzuschleichen. Ulbricht hingegen konnte sich gehenlassen, nach Belieben die Rolle wechseln und je nach Laune den wahrheitsliebenden Historiker, den vorsichtigen Zensor, den Leser mit gesundem Menschenverstand, den taktierenden Staatschef oder den offenherzigen Zeitzeugen herauskehren. So behielt er nicht nur recht, sondern hatte auch noch die Lacher auf seiner Seite.

Eine andere Frage war, welcher Quellen- und Wahrheitswert Ulbrichts Erinnerungen zugemessen werden durfte bzw. mußte. In der ausgedruckten Fassung des Achtbänders wurden die Fakten, soweit sie nicht auf eines der zahlreichen Dokumente im Anhang verwiesen, nicht einzeln belegt. Zu viele Fußnoten beeinträchtigen die Lesbarkeit, und das „Geschichtswerk" war auf Massenwirksamkeit berechnet. Doch im IML-Archiv lag für den Notfall die zehnbändige Langfassung mit eingeklebten Verweisen und Anmerkungen bereit, das Urmeter der SED-Geschichtsschreibung.[143] Somit entsprach der Text zwar nicht in der Praxis, aber doch im Prinzip den Regeln wissenschaftlicher Nachprüfbarkeit.

Man braucht nur an die naive Fälschungspraxis der frühen fünfziger Jahre und an Hermann Webers frechen Titel „Ulbricht fälscht Geschichte" zu erinnern, um nachzuvollziehen, daß Ulbricht die Fabrikation eines historiographischen Textes mit methodisch abgesichertem Wahrheitsanspruch als etwas besonderes und außergewöhnliches empfand. Keine Gelegenheit ließ er aus, um zurückgebliebenen Genossen den wissenschaftlichen Weg zu weisen.

Zwanzig Jahre später, in der „liberaleren" Honecker-Ära, mußte der Akademie-Verlag nach einer Feuerwehraktion des Politbüros ein Manuskript Walter Mammachs wegen einer unfreundlichen Einschätzung Herbert Wehners einziehen.[144] Doch schon 1966 unkte Karl Mewis, es sei wohl nicht zweckmäßig „die Rolle des Verräters Wehner" im Geschichtswerk zu behandeln. Daraufhin belehrte ihn Ulbricht: „Was heißt ‚nicht zweckmäßig'? Wenn Ihr der Meinung seid, daß die geschichtliche Wahrheit das erfordert, dann wird das mit hineingeschrieben ... Wir schreiben ja Geschichte."[145]

Als die Autoren auf abweichende sowjetische Muster hinwiesen, war es Ulbricht, der sie zurechtwies: „Wir schreiben jetzt unsere Geschichte der Arbeiterbewegung, und wenn sie fertig ist, kann jeder dazu Stellung nehmen. Wir müssen unsere Geschichte so schreiben, wie es vom Standpunkt des historischen Materialismus richtig ist. Wenn wir das nicht tun, wird man uns hinterher alles mögliche anhängen. – Herrscht Einmütigkeit darüber?" [146]

Selbst als Hanna Wolf einmal vorschlug, statt den Generalissimus länger totzuschweigen, nach dem Vorbild einer KPF-Publikation die Verehrung Stalins mit der Treue zur Sowjetunion und zur Roten Armee zu entschuldigen, belehrte sie Ulbricht:

„So einfach kommen wir nicht weg! ... Es bleibt uns nichts anderes übrig, als wissenschaftlich zu analysieren."[147]

143 BA DY 30, IV A 2/9.07/325–334.
144 Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, S. 144.
145 BA DY 30, IV 2/1/333, Protokoll der 10. ZK-Tagung, 25.6.1965, S. 46.
146 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, S. 36, 38–40, 3.5.1965.
147 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 37.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

In flagrantem Widerspruch zu diesem nüchternen wissenschaftlichen Impetus geriet Ulbricht, wenn er mit seinem überlegenen Wissen des Zeitzeugen kokettierte und intra muros jene kleinen Geheimnisse ausplauderte, die die Autoren für sich behalten müßten.

Als verantwortlicher Leiter des Autorenkollektivs und lebender „Klassiker" konnte er für seine Erinnerungen ungleich größere Geltungskraft beanspruchen als ein x-beliebiger Veteran. Doch allzuoft konfligierte die Version des Parteichefs mit der schriftlichen Überlieferung. Dann sah es Lothar Berthold als seine Aufgabe an, Ulbricht an die selbstgesetzten wissenschaftlichen Prinzipien zu erinnern und den Chef dezent mit der Aktenlage vertraut zu machen. Zweckmäßigerweise desavouierte er ihn dann nicht vor versammeltem Autorenkollektiv, sondern berichtigte Ulbricht lieber unter vier Augen oder schriftlich.

Im Autorenkollektiv kollidierten immer wieder die beiden Geltungsansprüche, die schriftliche Überlieferung mit der Erinnerung des privilegierten Zeitzeugen.

Hatte es schon 1933 Sektierertum in der Parteiführung gegeben? Einer alte Aussage Funks (Herbert Wehner) zufolge hatte Ulbricht sich damals mit Thälmann und John Schehr angelegt und war zeitweise mit dem „Sektierer" Schulte verbündet.[148] Ulbricht bat, diese Zeit „am besten wegzulassen. Die Entwicklung ist zu kompliziert." „Das Material, das uns zur Verfügung steht, sagt das aus, was hier steht", verteidigte sich Lothar Berthold, um gleich darauf einzulenken: „... aber das Material ist sehr sporadisch und nicht geschlossen. Wahrscheinlich ist es die beste Lösung, wir nehmen es hier weg und behandeln dieses Problem 1934."

„Dort ist es richtig", bestätigte Ulbricht.[149]

Im Falle des Reichstagsbrandes war die Beweislage nicht mehr so eindeutig, wie es kommunistische Veteranen wahrhaben wollten. Hager hatte vielleicht die neuen Ergebnisse von Fritz Tobias und Hans Mommsen zur Kenntnis genommen. Er wagte jedenfalls eine vorsichtige Kritik an dem Satz „Am Abend des 27. Februar drang ein ausgesuchter SA-Trupp ... in das Reichstagsgebäude ein und steckte es in Brand."

Hager: „Aller Wahrscheinlichkeit nach hat so die Reichstagsbrandstiftung stattgefunden. Bisher ist das aber noch nicht völlig erwiesen, ob das nun genauso vor sich gegangen ist oder nicht."

W. U.: „Anders kann es gar nicht gewesen sein!"

Lothar Berthold: „Das ist nicht gerichtsnotorisch. In der Verhandlung ist das nicht so herausgekommen. Aber alle Unterlagen aus dieser Zeit sprechen dafür, daß es so gewesen ist.

W. U.: Aber ‚wahrscheinlich' kann man nicht schreiben. Das stimmt nicht."[150]

So entpuppt sich der harmlose Satz „Alles spricht dafür, daß die eigentlichen Brandstifter, vermutlich Angehörige eines ausgesuchten SA-Trupps ..." usw. (GdA, Bd. 5, S. 25) als eine zwischen Ulbricht, Hager und Berthold ausgehandelte Kompromißformel.

Albert Schreiner fand fünf Zeilen über den Reichstagsbrand zu wenig.

Auch der katastrophale Übergang der KPD in die Illegalität, jene so außerordentlich opferreiche „Niederlage", die den Übergang zur Volksfrontpolitik notwendig gemacht hatte,

148 Vgl. Reinhard Müller, Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, S. 263f.
149 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 35.
150 Ebd., S. 22.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

fehle noch im „Geschichtswerk". Schreiner schlug deshalb wenigstens „eine Bemerkung über die Opfer" vor, schon damit die westdeutschen Genossen daraus ihre Lehren ziehen könnten. Damit brachte er Ulbricht in ernste Verlegenheit: „Wie der Übergang zur illegalen Arbeit behandelt werden soll, in diesem Geschichtswerk, ist mir nicht ganz klar. Das ist unerhört schwer. Wie soll denn das jemand schildern? Das werden wahrscheinlich die Geschichtsprofessoren nicht fertig bringen."[151]

Warum mußte der Rohentwurf des XI. Kapitels (1939–1945) „völlig neu geschrieben" werden? Die militärischen Ereignisse seien zu lang geraten, der „Kampf der Partei und der Antifaschisten in Deutschland" zu kurz gekommen, lautete die Kritik. Der Text sollte sich, wie der Autor Bruno Löwel die drei wichtigsten Ziele markierte, auf den „faschistischen Raubkrieg und die Schwere der Kampfbedingungen", auf die „programmatische Leitung der KPD, die Vorbereitung auf den Aufbau eines neuen Deutschland" und auf die „antifaschistischen Kräfte unter Führung der KPD und die nationale und internationale Bedeutung ihres Kampfes" konzentrieren.

Wenn man „die aufsteigende Linie des Kampfes bis 1944" zeigte, stellte sich leider die Frage, weshalb die deutsche Arbeiterklasse den Krieg nicht aus eigener Kraft beendet hatte. Der Ausweg, den Löwel für die „Sieger der Geschichte" vorschlug, bestand darin, die „deutsche Antihitlerkoalition" deutlich „als Teil der Antihitlerkoalition der Völker" darzustellen und beispielsweise den „Kampf der deutschen Antifaschisten in Polen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern, die Zusammenarbeit deutscher Kommunisten mit ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern" sowie natürlich die „Hilfe der Sowjetunion" aufzubauschen.[152]

Mit dem Nachweis der „führenden Rolle des ZK der KPD im antifaschistischen Widerstand" hatten sich die Parteihistoriker ein Jahrzehnt lang krampfhaft beschäftigt. Doch jetzt konnte man die Durchsetzung dieses Dogmas nicht mehr dem Zensor überlassen, sondern wollte die Chimäre wissenschaftlich beweisen. Auf der anderen Seite bot sich die Auseinandersetzung über das „Geschichtswerk" als die gegebene Plattform an, um noch einmal und abschließend die höchst unterschiedlichen Geltungsansprüche von Ost- und Westemigranten, Illegalen und KZ-Insassen, Spanienkämpfern und antifaschistischen Verbündeten zu überprüfen, um deren angestammten Platz in der Hierarchie entweder zu revidieren oder festzuschreiben.

In der Diskussion über den Rohentwurf stellte sich heraus, daß zum antifaschistischen Widerstandskampf immer noch die unterschiedlichsten Vorstellungen kursierten. Gerhard Nitzsche vom IML wollte „die führende Rolle des ZK" anschaulich machen und dazu bislang zurückgehaltenes Material etwa zur „Fallschirmabsprung-Tätigkeit" oder eine zweischneidige, zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes konzipierte Ulbricht-Rede von 1940 verwenden. Seine Kollegin Gertrud Glondajewski forderte „Nachweise über den Kampf der emigrierten Genossen (Schweiz, England etc.)", Edith Zorn wollte den illegalen Kampf in den okkupierten Ländern von der Emigration unterschieden und höher gewichtet wissen. „Es ist unmöglich, daß nichts zum Kampf der SPD gegen den Faschismus gesagt" werde, tadelte Werner Horn. Nach Günter Drobischs Geschmack kam die „Breite des Kampfes" zu

151 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 25f.

152 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Protokoll der Diskussion des Entwurfes Kapitel XI und Richtlinien für die weitere Arbeit, 22.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

wenig heraus, vor allem die „Rolle der Partei in den KZ". Der Widerstandskampf müsse auch auf westdeutschem Gebiet behandelt werden, nicht nur auf dem „jetzigen Gebiet der DDR". Mußte „die Größe des Genossen Thälmann ... besser gewürdigt" oder „die Tätigkeit des Genossen Ulbricht besser gezeigt" werden? Ernst Diehl schloß die Diskussion vorsichtshalber mit dem Hinweis ab, daß der Umfang von 125 Seiten nicht überschritten werden dürfe.[153]

So vermißte Ulbricht noch anderthalb Jahre und verschiedene Fassungen später „die Arbeit in den Konzentrationslagern", die zumindest „an einer Stelle dargelegt werden müsse, allerdings „ohne Übertreibung, weil es ja einige gab, die der Meinung waren, daß die Zentrale Parteileitung in Buchenwald saß."[154]

Die Crux des Kapitels bildete die Darstellung jener beiden Jahre, in denen Stalin mit Hitler paktiert und Ulbricht die Brüsseler Volksfrontpolitik aufgekündigt hatte. Westliche Historiker richteten gern ihre Aufmerksamkeit auf das von Moskau geleugnete „Geheime Zusatzabkommen". Auch wenn man in Ostberlin, dürren sowjetischen Vorgaben folgend, dessen Existenz tapfer leugnete, war die peinlichste Frage nicht vom Tisch: Konnte in den ersten beiden Kriegsjahren überhaupt noch von antifaschistischem Widerstandskampf die Rede sein? Dann handelte es sich um spontane Aktivitäten, die die Anweisungen aus Moskau und die „führende Rolle des ZK" ignoriert und unterlaufen hatten. Um die vielbeschworene Kontinuität in der Politik des ZK, den Mythos der Brüsseler Konferenz auch für diese im antifaschistischen Selbstverständnis dunkelste Zeit postulieren zu können, mußte man die Jahre 1939 bis 1941 irgendwie überbrücken.

„Probl. nicht ausweichen" und „KPD führte den Kampf sofort gegen den Krieg, nicht erst bei Eintritt der SU" lauteten die entsprechenden Vorgaben Diehls zum „Nichtangriffspakt zwischen SU u. Hitlerdeutschland".[155] Sie waren nur zu erfüllen, wenn man massiv zu den alten Techniken griff, die Originale der Ulbricht-Aufsätze aus dem Verkehr zog, vermehrt mit Auslassungen arbeitete und kühn die herausdestillierten Fragmente in einen erträglichen Zusammenhang rückte.

„Einige Dokumente müssen besser behandelt (!) werden, wie z. B. die Stellungnahme der Parteiführung zum Ausbruch des Krieges, die Plattform vom Dezember 1939 ..." und „Entsprechende (!) Stellen aus solchen Dokumenten sollten zitiert werden" lauteten hierzu zwei knochentrockene Festlegungen.[156]

Im Dokumentenanhang des V. Bandes der GdA war ein Auszug „Aus dem Brief der Parteiführung an die Leitungen und Funktionäre der KPD im Lande vom 21. Oktober, 1939" abgedruckt. Die aus diesem Brief herausgestrichenen Stellen hätten die seit 1958 entwickelte Linienführung gründlich ruiniert. Im Original diagnostizierten Wehner und Ulbricht die „Zerstörung der Grundlage der antibolschewistischen Ideologie des ‚Nationalsozialismus'", kündigten die Volksfront auf und orientierten wieder auf die sozialistische Revolution. Der Übergang der „verräterischen sozialdemokratischen Führer", und der „so-

153 Ebd.

154 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 56.

155 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, Zentrale Beratung aller Mitarbeiter am Geschichtswerk (1917–1945) im IML, 11.10.1962.

156 Ebd., Protokoll der Diskussion des Entwurfes Kapitel XI und Richtlinien für die weitere Arbeit, 22.5.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

genannten ‚demokratischen' bürgerlichen Richtungen auf die Seite der imperialistischen Kriegstreiber", die sich als „Kämpfer für die Demokratie" aufspielen würden, mache die „bisherige Taktik der Einheits- und Volksfront unmöglich". Jetzt gelte es, „größere Kreise von ‚nationalsozialistischen' Funktionären zu beeinflussen und für den Kampf um ein neues, ein sozialistisches Deutschland zu gewinnen."[157]

Die mißlungene „Präzisierung der Taktik der KPD unmittelbar nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges" blieb eine schwache Stelle des „Geschichtswerks" und fand sich gemeinsam mit dem Problem der antifaschistischen „Kundschaftertätigkeit", dem „Verrat Wehners" und der Tätigkeit des (von Hermann Weber als „Verräter" geouteten) ZK-Instrukteurs Wilhelm Knöchel auf der Liste ungelöster Probleme, die dem Autorenkollektiv vorgelegt wurden.

„Völlig ausgeklammert" hatte man die „Auswirkungen des Personenkults um J. W. Stalin auf die Tätigkeit der Parteiführung, insbesondere hinsichtlich der Ausarbeitung der Politik der KPD, des Verlusts an Parteikadern usw." und die Einschätzung des 20. Juli.[158]

Ulbricht legte Wert auf die besondere Betonung der Rolle des NKFD, das die in Brüssel programmierte Breite der Bündnispolitik wieder deutlich zum Ausdruck brachte. Er hatte selbst mit den kriegsgefangenen Generalen verhandelt („Ich habe mit Paulus gesprochen und ihn gefragt, wie deutsche Generale solchen Verrückten folgen konnten.")[159] und verstörte die Genossen des Autorenkollektivs mit entsprechendem Hintergrundwissen. Er belehrte Hager, daß Moskau, nicht Stalingrad der Wendepunkt gewesen sei, und verwies auf die Bedeutung der Schlacht von Kursk. Danach hätten die Generale nur noch auf den Kompromiß mit England spekuliert, um „dann den Einfrontenkrieg gegen die Sowjetunion zu führen": „Das ist deshalb wichtig, weil dieselbe Konzeption auch in der Goerdeler-Gruppe vorhanden war."[160]

„Auf welcher Seite steht denn dieser Anschlag von Stauffenberg auf Hitler?" Ulbricht („... dabei konnten unsere Leute nur kaputtgehen") tadelte daran die ungenügende Konspiration und die fehlende politische Konzeption. Wie diese organisatorischen „Stümper" könne man „höchstens eine schlechte Parade in Berlin" vorbereiten, aber keinen Kampf:

„Ich meine, der 20. Juli wurde doch dilettantisch organisiert. Wenn jemand von der KPD dabeigewesen wäre, der hätte das nicht so gemacht."[161]

157 Vgl. GdA, Bd. V, S. 530f., „Aus dem Brief der Parteiführung an die Leitungen und Funktionäre der KPD im Lande vom 21. Oktober 1939 mit dem Original (Reinhard Müller, Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, S. 382–395).

158 BA DY 30, IV A 2/9.07/222, Bruno Löwel, Bemerkungen zu Kapitel XI des Geschichtswerkes, 21.10.1964.

159 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 43.

160 Ebd., S. 75, 80ff.

161 Ebd., S. 82ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

6. Fettnäpfchen und Tabus: Vereinigungsparteitag, 17. Juni, Mauerbau (1945–1963)

„An dieser wirtschaftlichen Entwicklung in der damaligen Zeit waren drei Mann leitend beteiligt, und zwar Heinrich Rau, Bruno Leuschner und ich. Andere sind nicht hinzugezogen worden. Der Plan wurde in der Leitung von vier Mann gemacht. So war die Lage. Man kann nun nicht erwarten, daß die Genossen das jetzt herausbekommen. Da könnt ihr nämlich lange suchen! (Heiterkeit.) Das Material steht Euch nicht zur Verfügung" (W. U.).[162]

„Er agierte als engagierter Leser, Fragesteller und Diskutant – zweifellos: er hatte alles gelesen!"[163] Ulbricht war unermüdlich. Jetzt kam Günter Benser, der Autor des XII. Kapitels (1945–1949) an die Reihe. „Wenn wir Jüngeren – schon etwas erschöpft – insgeheim dachten, für heute könnte es eigentlich genug sein, zog er noch den nächsten Packen Papier zu sich herüber und eröffnete die Diskussion über weitere Abschnitte."[164]

Die fünfte Hauptperiode endete mit dem VI. Parteitag, dem das XV. und letzte Kapitel gewidmet wurde. Das war logisch, weil das neue Parteiprogramm der SED weitgehend aus der mit dem „Grundriß" gegebenen Parteigeschichte abgeleitet war, und einen natürlichen Abschluß bilden würde. Das XV. Kapitel würde eine Ausblick auf das Neue Ökonomische System enthalten. Außerdem versprach Ulbricht den Autoren eine Überraschung: „Aber die Pointe gehört ans Ende. Diese Pointe ist bisher nicht formuliert. Ich werde sie erst in der Sitzung der Volkskammer in dieser Woche formulieren." Bisher sei es darum gegangen, die DDR politisch und ökonomisch zu sichern. „Nachdem jetzt die Voraussetzungen geschaffen sind, sagen wir offen, daß wir als der deutsche Friedensstaat selbstverständlich für das ganze friedliebende deutsche Volk sprechen, während sie für die deutschen Imperialisten sprechen. Das haben wir nie bestritten. Wir haben anerkannt, daß sie die Nachfolger des ‚Dritten Reiches' sind, während wir die Vertreter des friedliebenden deutschen Volkes sind, so sieht momentan die Arbeitsteilung aus." Künftig ginge es darum, den Spieß gegen Erhard umzudrehen, den neuen Alleinvertretungsanspruch taktisch umzusetzen und z. B. „die Monopole aufzukaufen": „Wir wollen versuchen, die Gewerkschaften in Westdeutschland davon zu überzeugen, wie sie das Mitbestimmungspaket verwirklichen können. Wir geben ihnen die Aktienpakete, die wir haben – wir haben genug! – und helfen ihnen, die Leitung der Monopole in die Hände zu nehmen. Sie können nicht sagen: das wollen wir nicht haben. – Das kann man gar nicht, wenn man ein solches Angebot bekommt."

Das also war „die Perspektive". Die Schlußkapitel sollten „die Grundlage, das Tatsachenmaterial, die Analyse" für das geben, „was im nächsten Kapitel geschrieben wird, das in ein paar Jahren entstehen wird. Für uns genügt momentan die Behandlung des VI. Parteitags vollständig, es steht alles drin."[165]

Bereits im Vorfeld des VI. Parteitags, mit dem „Grundriß" von 1963 hatte man die Unterteilung der V. Hauptperiode geändert. Nach dem Scheitern der Aufholpolitik des V. Par-

162 BA DY 30, IV A 2/2.024/57, S. 63.

163 Alf Lüdtke, Wer handelt? Die Akteure der Geschichte, S. 374, in: Georg G. Iggers u.a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 369–410.

164 Günter Benser, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000, S. 259.

165 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, S. 113ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

teitags („Überholen ohne einzuholen") und der Zielstellung des Siebenjahrplanes, den „Sozialismus zum Siege" zu führen, verfiel man auf den glücklichen Ausweg, den Periodeneinschnitt, und damit den Beginn des XIV. Kapitels von 1958 auf 1955 vorzuziehen. Damit war die Aufmerksamkeit vom V. Parteitag abgelenkt und zugleich Platz gewonnen, um am 13. August 1961 eine neue Phase beginnen zu lassen. Die wirtschaftlichen Veränderungen zwischen dem Ende des 1. Fünfjahrplans und 1958 waren „nicht so, daß sie die Festlegung der Zäsur auf 1955 nicht gestatten würden." Die neue Periodisierung (1945/1949/1955/1961) war deshalb „objektiv" relativ leicht zu begründen. Z.B. wurde die DDR 1955 souverän, und mit dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO begann eine neue Phase der Deutschlandpolitik, die „Wiedervereinigung ... als unmittelbare Aufgabe wurde von der Tagesordnung abgesetzt" und der ökonomische Wettbewerb forciert.[166]

Den Autoren war es jedoch nur ungenügend gelungen, herauszuarbeiten, „daß sich der Kampf zwischen den beiden Systemen gerade in dieser Periode immer mehr auf das Gebiet der Ökonomie" verlagert hatte.[167]

In der Einleitung zur V. Hauptperiode entdeckte Ulbricht, daß sich die Autoren mit Formulierungen der Parteihochschule durchgemogelt hatten. Man dürfe den Jugendlichen nicht „ein paar Thesen ... aus irgendeiner Resolution an den Kopf werfen ... Das könnte bei einer Resolution von 1932 stehen, aber das ist keine Geschichtsschreibung, Genossen Professoren." Er kritisierte statistische Schönfärbereien: „Wenn das so einfach gewesen wäre, wäre ich ja froh ... Wer hat wen übertroffen? Schaut mal an, es kommt doch nicht nur – das ist der alte Trick – darauf an zu beweisen, daß das Wachstumstempo gestiegen ist ... es hat gar keinen Sinn, daß wir uns etwas vormachen. Mit den Produktionsziffern kommen wir nicht mehr weiter."[168]

Früher, ein verhängnisvoller Fehler „in der Theorie", habe man getan, als ginge die Entwicklung „im Handumdrehen". Doch es könne acht Jahre dauern, bis Genossenschaften die richtige Fruchtfolge herausfänden. „Niemand hat den Mut gehabt, das zu sagen. Ich meine damit unsere Vorgänger, die früher als wir zu Genossenschaften übergegangen sind. Sie hätten uns auf Grund ihrer Erfahrungen in anderen Ländern das sagen müssen. Wir hatten ja als letzte damit angefangen. Aber niemand hat uns das gesagt."[169]

Ulbrichts Kritik an der Eile hatte einen aktuellen Hintergrund. Chruschtschow war gestürzt, und nun ließ der SED-Chef all jene seit dem XXII. Parteitag der KPdSU „hereingerutschten" Wendungen entfernen, die vom Übergang zum Kommunismus sprachen: „Für mich gilt der VI. Parteitag, kein Wort mehr ... den Übergang zum Kommunismus überlassen wir dem Parteitag, der das einmal beschließen wird. Ich werde mir bei dieser Frage hier nicht die Finger verbrennen. Ich kann nicht garantieren, was der Parteitag beschließen wird, wann und in welcher Weise die nächste Etappe erfolgen wird. Ich habe auch nicht die Absicht, das vorauszusagen." Die tschechischen Genossen würden immer von „Sozialismus und Kommunismus" sprechen. „Sie haben 1960 proklamiert, daß der Sozialismus bei ihnen

166 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Autorenkollektiv der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Arbeitsgruppe IV, 12.3.1963.

167 Ebd., Protokoll der Diskussion über den ersten Entwurf des Geschichtswerkes (Kapitel XII–XIV), 22.11.1962, S. 32.

168 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 88ff. und S. 104f.

169 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, S. 81f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gesiegt hat. Und dann ist die Produktion zurückgegangen ... Alle die das zugelassen haben, zum Beispiel die Bulgaren, ... haben dann Großraumwirtschaft mit 5 000 Hektar gemacht und haben das teuer bezahlen müssen ... Es wurde zwar erzählt, es sei das schlechte Wetter gewesen, aber die Ursachen waren ganz andere ... Wir mußten die Überlegenheit der Genossenschaft Westdeutschland gegenüber beweisen. Der Druck des Gegners zwang uns immer, auf dem Trab zu sein ... Wir haben es etwas klüger gemacht. Dafür hat es auch etwas länger gedauert. Aber ich möchte nicht, das solche Fehler etappenmäßig immer wiederholt werden ... Ich darf niemals die Aufgaben mehrerer Etappen vermanschen. Das habt ihr doch gelernt. Wir haben 1945 nur die antifaschistisch-demokratische Revolution gemacht, keine andere."[170]

Deshalb sollten die Autoren den „Übergang zum Sozialismus" nicht zu früh in den Text „hineinmontieren". „Das paßt überhaupt nicht mit der Politik zusammen, erst recht nicht mit der Verfassung." Dieses Dokument der Übergangsperiode („Das könnte man ruhig sagen, damit sich niemand auf die Ewigkeit von Paragraphen beruft ...") reiche nicht über die 2. Parteikonferenz hinaus. „Das braucht man aber nicht zu sagen."[171]

Auch die „Frage der marxistisch-leninistischen Vorhut", so tadelte Ulbricht, sei nicht so schnell gegangen, wie die Autoren es wahrhaben wollten: „Wenn ich an die erste Funktionärskonferenz in Neukölln denke, so gab es da in der Partei genau so viel nazistische Argumente wie ich sie woanders gehört habe. Vom Marxismus-Leninismus haben wir damals noch gar nicht gesprochen. Dazu hatten wir gar keine Zeit. Da haben wir erst einmal mit dem Antifaschismus angefangen. Bei euch geht es in einem Tempo, – leider ist die Bewußtseinsentwicklung langsamer gegangen ... Wir hatten die Kämpfe in Frankreich, in Spanien, an der Front mitgemacht und theoretisch studiert. Wir waren exakt wissenschaftlich vorbereitet. Die anderen, die in der Emigration waren, die hatten es schon schwerer, weil sie das ganze Material von der bürgerlichen Ideologie täglich auf den Kopf bekamen. Für die, die im Lande waren, war es noch schwerer."[172]

Friedrich Ebert beschwerte sich über die Darstellung der Sozialdemokraten als minder gutwillige Pöstchenjäger, die „von den kommunistischen Genossen erzogen werden mußten." Auch diese hätten sich nicht immer richtig verhalten. Ulbricht verwies auf das Prinzip der Parität. „In einem einzigen Punkt haben wir die Parität nicht eingehalten, und das betraf die Funktion der Innenminister."[173]

„Wir haben gemeinsam gesäubert, gemeinsam bestimmte Großkapitalisten verfolgt, und dabei haben wir uns verständigt ..." Die Verfolgung der Kriegsverbrecher und der gemeinsame Aufbau der Selbstverwaltungsorgane sei die „Hauptfrage" im Einigungsprozeß KPD/SPD gewesen. „Das ist die Basis." Auch mit den Sozialdemokraten hätte die „ideologische Klärung" erst in der Auseinandersetzung stattgefunden, falls überhaupt: „Mit Dahrendorf mußte ich zwei Wochen lang arbeiten. Ich habe ihn buchstäblich erpreßt. Er hat nicht freiwillig mit unterschrieben, sondern er ist buchstäblich erpreßt worden. Andere", damit meinte Ulbricht die sowjetischen „Freunde", die Dahrendorfs Sohn in Gefangenschaft hielten, „andere haben auch mitgeholfen, so daß Dahrendorf dann unterschrieben hat. Es

170 Ebd., S. 119ff.
171 Ebd., S. 57f.
172 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 88ff. und S. 104f.
173 Ebd., S. 129.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

war uns von vornherein klar, daß das bei ihm nicht lange anhält. Das sage ich jetzt unter uns ... Aber den Schumacher nehmt bei Westdeutschland schön her!"

Es sei „nicht so einfach, zwei Parteien zu vereinigen. Einige Reibungen" müsse es dabei schon geben. Was mag an jener Stelle gestanden haben, die Ulbricht herausstreichen ließ: „Der nächste Satz ist historisch wahr, aber ich würde es nicht so schreiben."[174]

Wie zu den anderen Teilen des „Geschichtswerks" existierte auch für das XII. Kapitel eine Liste der „offenen Fragen", die dem Autorenkollektiv vorgelegt werden sollten, also der „heißen Eisen" der SBZ-Geschichte.

Die Darstellung „bestimmter Hemmnisse im Zentralausschuß der SPD im Vereinigungsprozeß" galt „im gegenwärtigen Moment noch nicht als zweckmäßig" und bei der Dezemberkonferenz der beiden Parteien „wurde gewisse Zurückhaltung geübt". Ähnliche Überlegungen betrafen „bestimmte Maßnahmen der Partei zur allseitigen Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung (z. B. ihre aktive Anteilnahme an der Bildung von NDPD und DBD, die Zurückstellung der 1948 fälligen Landtagswahlen, taktische Varianten im Kampf gegen reaktionäre Kräfte)." Der „Präzisierung" bedurfte die Darstellung der „Massenaktivität der Werktätigen bei der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung" und der Ursachen der Erfolge des „Klassengegners" in den Westzonen. Was die KPD in Westdeutschland betraf, hatten sich die Autoren und ihre Berater besonders mit den „subjektiven Momenten des Rückgangs ihres Einflusses" schwergetan.[175]

Die KPD habe, so Ulla Plener, „nach 1945 in Westdeutschland keine neue Qualität erreicht" und „im konkreten Kampf ihr Sektierertum nicht überwunden (Verhältnis zur SPD)." Gegen diesen Vorwurf verteidigte Max Reimann seine Genossen mit dem deprimierenden Hinweis, daß der westdeutsche Antikommunismus „stärker als zur Zeit des Faschismus" einzuschätzen sei. Werner Horn spottete, daß selbst die KPD von der antikommunistischen Hetze beeinflußt gewesen sei.[176] Tatsächlich hatte Wilhelm Pieck einen KPD-Funktionär aus dem Ruhrgebiet, der leise die Oder-Neiße-Grenze in Frage gestellt hatte, einmal so fertiggemacht, „daß er nicht wieder gewagt hat, auch nur den Blick zu heben", und Anfang der fünfziger Jahre ließ die SED fast alle KPD-Landesvorstände als Titoisten, Brandleristen und Trotzkisten absetzen.[177] Der Streit um die Einschätzung der westdeutschen KPD war insofern gegenstandslos, als man sie ohnehin nur „auf der Basis der Dokumente der Parteiführung" vornehmen konnte.[178]

All diese Themen waren immerhin „bis zu einem gewissen Grade erforscht". An manche Fragen waren die Autoren hingegen erst gar nicht oder nur ungenügend herangegangen, weil sie vermutlich „ohnehin keine Aufnahme in die Darstellung gefunden hätten:

Die Auswirkungen des Personenkults um Stalin und solcher Kräfte wie Berija auf die sowjetische Deutschlandpolitik (insbesondere die sowjetische Verhandlungsposition auf den

174 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 108 und 112f.

175 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, IML, Sektor IV (Günter Benser), Betr. Kapitel XII – Offene Fragen, 15.10.1964.

176 Ebd., Protokoll der Diskussion über den ersten Entwurf des Geschichtswerkes (Kapitel XII–XIV), 19.11.1962 und 22.11.1962, S. 20ff. und 32.

177 Patrick Major, Das Verhältnis SED-KPD, 1948–1951, in: Elke Scherstjanoi (Hg.), „Provisorium für längstens ein Jahr". Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 155–162, S. 160f.

178 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Protokoll der Diskussion über den ersten Entwurf des Geschichtswerkes (Kapitel XII–XIV), 19.11.1962, S. 20ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

internationalen Konferenzen in bestimmten Fragen, die Politik der Reparationen und Demontagen);

Die sowjetische Besatzungspolitik, die Zusammenarbeit zwischen der Parteiführung und den Organen der Besatzungsmacht sowie die Resultate der wiederholt in Moskau geführten Beratungen mit Führern der KPdSU und Stalin persönlich;

Die Auswirkungen des Personenkults um Stalin auf die innere Entwicklung der SED, insbesondere von Beschlüssen des Kominformbüros auf die SED (Was das Kominformbüro betrifft, halten sich die Einschätzungen des Geschichtswerkes an die Darstellung in der Geschichte der KPdSU)".[179]

Nach 1990 stürzten sich Historiker aus Ost und West mit Vorliebe gerade auf diese Themen. Deshalb gilt hier anzumerken, daß der Problemhorizont der Parteihistoriker keinen Bezug auf reale Erfahrungen von 1945 nahm. Die „Schrecken der Befreiung durch die rote Armee", Vergewaltigungen, Massenverhaftungen und die Deportation nach Sibirien kamen nicht vor. Sie waren allenfalls auf höchst indirekte Weise, unter der nichtssagenden Chiffre „sowjetische Besatzungspolitik" als „Frage" zugelassen.

Wenn ähnliche Vorwürfe gegen die Sowjetunion auftauchten, vertraten Hanna Wolf und Walter Ulbricht eine klare Meinung:

W. U.: „Man kann ruhig sagen, daß die bourgeoise Presse die Schwierigkeiten, die in der Sowjetunion naturgemäß bei einem so komplizierten Kampf um den Sieg des Sozialismus auftraten, ..."

H. W.: „Zum Beispiel bei den Wolgabauern!"

W. U.: „... ausgenutzt hat, daß sich aber die Kommunistische Partei dadurch niemals beeinflussen ließ."

H. W.: „In keiner Situation!"

W. U.: „Sie hat niemals in der Frage der Freundschaft zur Sowjetunion geschwankt. Da konnte der Gegner erzählen, was er wollte. Was er sagte, das war eben die Auffassung des Gegners und wurde nicht akzeptiert. Das war damals genauso wie heute."

H. W.: „Das findet heute auch bei den sozialdemokratischen Arbeitern ein Echo."

W. U.: „Wenn man anfing, in der Frage der Freundschaft zur Sowjetunion zu schwanken, dann nutzte das der Gegner aus. Das ist sogar sein gutes Recht. Einige Leute, auch in anderen Ländern, bilden sich ein, sie wären ganz besonders liberal, wenn sie jeden Tag auf die Sowjetunion hetzen.

H. W.: Sie glauben, das sei demokratisch."[180]

Die Abstinenz in Sachen Stalin hatten auch die Autoren der vorhergegangenen Kapitel beobachtet. In Günter Bensers Kapitel über die Nachkriegszeit und den antifaschistisch-demokratischen Aufbau führte sie jedoch zu einer krassen Verzeichnung der Beziehungen der deutschen Partei zur sowjetischen Besatzungsmacht. Die „spalterische" Rolle der Amerikaner wurde im Geschichtswerk entschieden ausführlicher behandelt als die Aktivitäten der SMAD. Im 6. Band wurden weder die Namen der Kulturoffiziere Tulpanow und Dymschitz noch des Chefideologen Shdanow erwähnt, der Berliner Kommandant Bersarin und

179 BA DY 30, IV A 2/9.07, IML, Sektor IV (Günter Benser), Betr. Kapitel XII – Offene Fragen, 15.10.1964.

180 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 192.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Shukow verirrten sich ein einziges Mal in diese Geschichte ihres alten Herrschaftsgebietes. Die westlichen Militärgouverneure Koenig und Robertson brachten es jeweils auf vier, Lucius D. Clay gar auf sieben Nennungen, Marschall Sokolowski hingegen kam nur zweimal vor. So war ein paradoxer, von Ulbricht sicher noch weiter geförderter Effekt der strikten sowjetischen Zensurvorgaben, daß der KPD bzw. SED der Nachkriegszeit eine mit der SMAD gleichberechtigte, wenn nicht die ausschlaggebende Rolle zugewiesen werden konnte.

Vermutlich ist es ein haltloser Ansatz, die Autoren aus Werner Horns vierter Arbeitsgruppe wegen irgendwelcher Auslassungen und Verbiegungen zu kritisieren. Die Tabus waren da, und es erforderte angesichts der explosiven Brisanz von Zeitgeschichte im „Kalten Krieg" eine besondere Form von Virtuosität, überhaupt etwas Stimmiges über die V. Hauptperiode zu schreiben. In den Protokollen dieser Arbeitsgruppe hat sich eine vielsagende Besonderheit niedergeschlagen.

Bei „normalen" Meinungsäußerungen findet sich der Name des Redners wie üblich verzeichnet. So präzisierte der „Gen. Heitzer", ab 1945 könne man nicht mehr von einer „Kolonisierung Westdeutschlands" sprechen, und wollte untersuchen „was sich mit der Entwicklung zur klerikal-militaristischen Diktatur ändert", „Gen. Doernberg" riet, die Bundesrepublik nicht als „Juniorpartner" der USA, sondern als „Satellitenstaat" zu bezeichnen, und der „Gen. Horn" handelte den Staatsrat als die „stabilste Staatsführung ... die es bisher in Deutschland gegeben hat".[181]

Doch sobald eines von jenen Themen auftauchte, an denen man sich leicht die Finger verbrennen konnte, verliert das Protokoll diese Transparenz. Es schützte die zarte Pflanze des „Meinungsstreits", indem es den Autoren die Anonymität des Kollektivs zubilligte.

„Allgemein wurde unterstützt" nicht den gegen Jugoslawien gerichteten Kominformbeschluß von 1948 zu erwähnen, heißt es beispielsweise, und einmal ist im Protokoll vage von einer „Diskussion über die Darstellung der Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung der DDR" die Rede.[182] Hierbei handelte es sich allerdings um Probleme, für die auch Ulbricht keine Lösung wußte. Der jugoslawische Standpunkt sei richtig gewesen, verkündete er im Autorenkollektiv:

„Da legen wir uns nicht fest, weil diese Fragen damals nicht exakt beantwortet wurden ... Diese Fragen müssen wir vor dem Politbüro stellen, ich spreche aus dem Stegreif ..."

Kurt Hager: „Wir haben doch Dokumente dazu als Partei."
W. U.: „Mit denen können wir uns auch nicht sehen lassen, da sind die Fehler auch drin."[183]

Auch das Scheitern des ökonomischen Überholmanövers von 1958 mochte Ulbricht nicht gerne öffentlich zugeben und bat das Autorenkollektiv um Unterstützung:

„Hier steht ein Problem. Die Geschichtsschreiber sind hier in Schwierigkeiten gekommen. Das kann ich ihnen nachfühlen. Hier ist sozusagen als ökonomische Hauptaufgabe die Übertreffung des Lebensstandards in Westdeutschland gestellt ... Was machen wir also? ... die sozialistischen Länder sind in der Entwicklung der technischen Revolution zurückge-

181 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Protokoll der Diskussion über den ersten Entwurf des Geschichtswerkes (Kapitel XII–XIV), 19.11.1962, 20.11.1962 und 22.11.1962, S. 30, 35, 85 und 87.

182 Ebd., Protokoll der Diskussion über den ersten Entwurf des Geschichtswerkes (Kapitel XII–XIV), 20.11.1962, S. 17 und 22.11.1962, S. 50.

183 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 140.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

blieben. Das betrifft alle. Versucht nun einmal, das zu formulieren ... Wir haben das mit der Propaganda gemacht, und sie haben die ökonomischen Maßnahmen organisiert."[184]

Ernst Engelberg tadelte im Autorenkollektiv die Tendenz, beim Thema „17. Juni" „den Kopf einzuziehen – etwas bildlich gesprochen. Sie denken: Werden wir bei der Behandlung dieser Sache über die Runde kommen?"[185] Unbedingt festgehalten zu werden verdient unter diesem Aspekt die unter wehenden Fahnen versteckte „Diskussion mehrerer Genossen zur Zerschlagung der imperialistischen Konzeption: Mit dem 13. August 1961 wurde die imperialistische Konzeption endgültig zerschlagen." Der „Gegner" hatte „vorher bereits eine Reihe von Niederlagen erlitten (17. Juni 1953, Herbst 1956), aber die Niederlage, die er am 13. August 1961 erlitt, hatte eine neue Qualität. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß die DDR zum bestimmenden Faktor in Deutschland wird."[186]

So einfach ging es natürlich nicht. Ulbricht und das Autorenkollektiv beschäftigten sich lang und breit mit den dramatischen Höhepunkten der DDR-Geschichte.

An der Darstellung des 17. Juni kritisierte Ulbricht die von den Autoren vorgenommene Fehleranalyse und begründete nebenbei eine der spektakulärsten Zensurmaßnahmen, die Unterdrückung von Stefan Heyms Manuskript „Der Tag X":

„Hier wird nur einfach gesagt: ‚Es kam zu Überspitzungen.' Das ist gar nicht so einfach ... Überspitze einmal nicht, wenn du die Staatsmacht sichern sollst! ... Überspitze einmal nicht, wenn du Reparationen zahlen mußt, wenn du zusehen mußt, wie man mit den privaten Unternehmern, den kleinen Kapitalisten, den Großbauern usw. zurecht kommen kann! ... Das ist der Streit, den wir mit Heym haben, der 1953 vom kleinbürgerlichen Standpunkt ausgegangen ist und nichts verstanden hat – und heute versteht er auch nichts ... Selbstverständlich, wenn wir den Westberlinern und Westdeutschen alle Autos beschlagnahmten, war das eine Überspitzung."[187]

Aber das sei gar nicht das Hauptproblem. Um seine Version des 17. Juni zu begründen, zerpflückte Ulbricht nicht nur die Konstruktion des XIII. Kapitels (1949–1955), sondern ließ auch das bereits ausdiskutierte XII. über die Nachkriegszeit nochmals umstellen. Die Darstellung des III. Parteitags, der den ersten Fünfjahrplan begründet hatte, sei „nicht einwandfrei ... die Deklamation über den Aufbau des Sozialismus wurde vorgezogen. Aber das ist doch ganz falsch."[188] Vom Sozialismus sei auf dem III. Parteitag noch keine Rede gewesen „und zwar bewußt nicht, nicht etwa deshalb, weil wir das nicht gewußt hätten, sondern weil die objektiven Bedingungen so waren, daß es nicht zweckmäßig war, mit großem Alarm den Aufbau des Sozialismus zu proklamieren ..., weil uns große Teile der Bevölkerung der DDR vorwerfen würden, daß wir durch den Aufbau des Sozialismus die Spaltung Deutschlands versteinern und zementieren. Folglich mußten wir zunächst die anderen entlarven. Das ist ganz klar."[189] Ausschlaggebend sei nicht der III. Parteitag, sondern die 2. Parteikonferenz

184 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, S. 70ff.
185 Ebd., S. 24.
186 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Protokoll der Diskussion über den ersten Entwurf des Geschichtswerkes (Kapitel XII–XIV), 22.11.1962, S. 41.
187 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, S. 22ff.
188 Ebd., S. 3ff.
189 Ebd., S. 17ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gewesen, „auf der ich dann die Schlußfolgerung ziehe, daß man jetzt systematisch zum Aufbau des Sozialismus übergehen muß, so wie das historisch den Tatsachen entspricht."[190]

W. U.: „Darauf haben die reaktionären Kräfte mit der Konterrevolution geantwortet. Das ist das Grundproblem bei der Behandlung des 17. Juni. Alles andere spielt eine untergeordnete Rolle. Daß die Lebenslage der Bevölkerung schlecht war, stimmt. Aber das alles ist kein Grund zur Konterrevolution ... Das, was ich jetzt sage, ist vom Zentralkomitee noch nicht bestätigt ... Fehler werden in jeder Revolution gemacht. Es handelte sich darum, daß die konterrevolutionären und reaktionären Kreise den Kampf aufnahmen."

Hanna Wolf: „Sie waren der Meinung, wir würden aufgeben, und da wollten sie es probieren."

W. U.: „Sie sagten sich, die Gelegenheit muß man nutzen ... Daß die Konterrevolution Überspitzungen ausnutzt, ist ihr gutes Recht. Überspitzungen kommen vor. Aber das ist nicht das Hauptproblem."[191]

Über die „Stellung der SED zu dem Putsch in Ungarn" und die folgende „Welle des Revisionismus" ließ Ulbricht „einige unangenehme Tatsachen einfügen, die ja auch zum Geschichtswerk gehören." Harich dürfe man nicht ohne weiteres als Agent des SPD-Ostbüros oder des amerikanischen Geheimdienstes bezeichnen: „Genosse, wende dich an unseren Sicherheitsdienst und stelle die genauen Tatsachen fest! Jetzt hat Harich einen Brief geschrieben, in dem er uns dafür dankt, daß wir ihn gerettet hätten, er wäre sonst nach dem Westen gelaufen."[192]

Die Darstellung, die der Achtbänder vom Mauerbau am 13. August gibt, ist Abschnitt für Abschnitt von Ulbricht konzipiert und „exakt formuliert" worden. Natürlich kam sein inzwischen berühmtester Satz („Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten ...") dort nicht vor. Statt dessen betonte er, auf einer Versammlung in Buna gewarnt zu haben. „Ihr müßt euch diese Stelle heraussuchen. Wir haben in aller Öffentlichkeit gewarnt. Nur der Gegner hat diese Warnung nicht verstanden ... Das ist dort alles genau gesagt worden." Ausschlaggebend sei nicht, wie die Autoren geschrieben hatten, eine Aufforderung der Warschauer Vertragsstaaten gewesen („Das geht so nicht. Man müßte es anders darstellen ..."), sondern Beratungen „zwischen den Vertretern des Politbüros der SED und dem Präsidium der KPdSU und der Sowjetregierung". Hier war eine Stellungnahme des ZK zu erwähnen, dort die genaue zeitliche Reihenfolge zweier Reden zu beachten. Man dürfe die Rolle der Kampfgruppen nicht an erster Stelle nennen, sondern müsse mit der NVA und den Sowjettruppen beginnen usw.

Hanna Wolf schlug vor, „weil dieser Punkt in der gegnerischen Propaganda eine große Rolle" spiele, zu sagen, daß sich „einerseits Parteiführung und Regierung der DDR bewußt waren, daß mit den Maßnahmen vom 13. August vielen Menschen Nachteile erwachsen, daß aber andererseits die meisten Menschen im August 1961 sehr zufrieden damit waren, daß die Grenze geschlossen wurde."

190 Ebd., S. 3ff.
191 Ebd., S. 24f.
192 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, S. 66f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Walter Ulbricht: „Ich bin dafür, daß man das sagt, weil uns die Westberliner ausgeplündert haben. Die Bürger der DDR konnten ja in Berlin nicht einmal mehr baden, sie hatten gar keinen Platz mehr, weil so viele Westberliner kamen."[193]

7. Stalin betritt den Raum

„Alles zu berichten (Möglichkeit a), sei offensichtlich unweise; das Volk zöge sehr rasch die falschen Schlüsse und bildete sich ebenso rasch falsche Meinungen über Personen, die hochgeschätzt zu werden verdienten. Gar nicht zu berichten (Möglichkeit c), sei ebenso unweise; die Dinge sprächen sich doch herum, und die Leute erführen immer, was sie eigentlich nicht erfahren sollten. Damit verbliebe uns Möglichkeit (b): mit Diskretion zu berichten. Diskretion nun, sagte ich, sei keineswegs gleichzusetzen mit Lüge; der Weiseste der Könige, Salomo, würde den Gebrauch von Lügen in einer Geschichte seines Vaters, König David, bestimmt nie gut heißen. Diskretion sei Wahrheit gezügelt durch Weisheit."[194]

Über das Thema „Stalin und der Personenkult" wurde bei der Beratung des Entwurfs intensiv verhandelt, doch auch hier gibt das Protokoll nur die kollektiv erarbeitete Meinung wieder:

„Genossen Benser, Doernberg, Stöckigt, Kolbe, Horn, Lehfeld und Plener diskutieren zum Problem der Entwicklung der Partei neuen Typus und besonders zum Personenkult. Es wurde festgestellt, daß wir dieses Problem auf der Grundlage der veröffentlichten Einschätzungen im ND behandeln und das dieses Problem 1956 Behandlung finden soll."[195]

Als Linie war ausgemacht, „die Entwicklung der SED so darzustellen, daß überzeugend bewiesen wird, daß es in der SED keinen Personenkult und nicht die damit verbundenen Erscheinungen gegeben hat. Die Frage wird jedoch erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU so gestellt und beantwortet." Zur Lösung dieser undankbaren Aufgabe bat der Arbeitsgruppenleitenleiter Werner Horn das Autorenkollektiv um Hilfe. Er wollte genauer wissen, wie „sich der Personenkult um Stalin bei uns ausgewirkt hat und wie die Partei den Kampf" dagegen geführt habe: „Bisher bleiben die Feststellungen darüber sehr allgemein."[196]

Die Autoren des „Geschichtswerks" waren finster entschlossen gewesen, das Problem des „Personenkults" bis 1956 vor sich herzuschieben, um es als Unterpunkt zum XX. Parteitag der KPdSU zu behandeln und auf die „Fehler Stalins" rückblickend einzugehen. Diese Strategie wirkt absurd, doch sie entsprach der Erfahrung der meisten „Genossen", die erst nach der Geheimrede Chruschtschows ins Grübeln gekommen waren. Allerdings kam diese selbst im „Geschichtswerk" nicht vor. Ulbricht strich den entsprechenden Satz „Hierüber sprach in einer geschlossenen Sitzung der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU". (Seit Chruschtschows Sturz war es ungebräuchlich, dessen Namen zu nennen): „Da ihr nicht

193 Ebd., S. 93ff.

194 Stefan Heym, Der König David Bericht, S. 96.

195 BA DY 30, IV A 2/9.07/224, Protokoll der Diskussion über den ersten Entwurf des Geschichtswerkes (Kapitel XII–XIV), 19.11.1962, S. 7.

196 Ebd., Arbeitsgruppe IV (Werner Horn), Bericht zum 1. Entwurf des 3. Bandes (V. Hauptperiode) der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 20.10.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

verratet, was in der geschlossenen Sitzung gesagt wurde, hat es keinen Zweck, das hier anzuführen. Denn der Leser wird dann fragen: Warum sagt ihr nichts darüber? Was war dort los?"[197]

Damals galt, was Stalin betraf, noch immer die vom XXII. Parteitag der KPdSU ausgegangene Schweigeregel. Ulbricht selbst insistierte darauf, als Lothar Berthold eine wissenschaftlich korrekte Edition „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme" vorschlug, die in der Resolution der Berner Konferenz die alte Reihung der Klassiker „Marx-Engels-Lenin-Stalin" enthalten sollte. Berthold schlug drei Varianten vor:

„1. Den Originaltext wiederherzustellen;
2. den Originaltext wiederherzustellen und in der Einführung zum Dokumententeil darauf hinzuweisen, daß diese Formulierung unter den Auswirkungen des Personenkults um Stalin zustande gekommen ist;
3. den korrigierten Satz belassen (ohne Erwähnung Stalins also) und in der Einführung zum Dokumententeil darauf hinzuweisen, daß diese Korrektur aus den unter 2. genannten Gründen vorgenommen wurde."

Eine kommentarlose Streichung Stalins hielt Berthold „nach dem gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzung, vor allem mit sozialdemokratischen Historikern" wie Hermann Weber für „nicht glücklich", doch Ulbricht beharrte darauf.[198]

Die Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des IML bereitete im März 1965 einen Dokumentenband zum VII. Weltkongreß der KI vor. Dazu empfahl die Abteilungsleitung: „In der Einleitung sollten zu Passagen über die Person Stalins in der Richtung Bemerkungen gemacht werden, daß in einigen Dokumenten der Einfluß des Personenkults sichtbar ist (ohne Namensnennung Stalins)."[199]

Ulbricht kultivierte eine Interpretation des XX. Parteitags, die dessen Wirtschaftsprogramm in den Vordergrund rückte. „Selbstverständlich kann man erzählen, woran der Personenkult schuld ist. Aber davon wachsen die landwirtschaftlichen Erträge noch nicht ... wir kennen doch verschiedene Parteien, die sich nur damit beschäftigt haben und sich eine Zeitlang nicht um ihre konkreten Probleme gekümmert haben."[200]

„Wodurch unterscheiden wir uns in unserer Entwicklung von der Entwicklung in anderen volksdemokratischen Ländern? Wir haben nach 1953 nicht zurückgeblickt ..." Statt dessen hatte die Partei die Produktivkräfte entfaltet. Ulbricht äußerte sich „allseitig" über die Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Kollektivierung („Was ihr ‚reaktionäre Elemente' nennt, sind die späteren LPG-Vorsitzenden ...")[201] und demonstrierte die Existenz einer geraden Linie von der dritten Parteikonferenz über das Chemieprogramm und die (von den Autoren übersehene) „entscheidende" Standardisierungskonferenz zum NÖS. „1956 wurde uns dabei in die Suppe gespuckt."[202]

197 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, 3.5.1965, S. 64.
198 BA DY 30, IV A 2/9.07/39, IML (L. Berthold) an W. Ulbricht, 20.8.1964. Vgl. ebd., 21.4.1964. Beide Briefe enthalten handschriftliche Randbemerkungen Ulbrichts.
199 BA DY 30, IV A 2/9.07/27, Protokoll der Sitzung der Abteilungsleitung vom 3.3.1965.
200 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 91; BA DY 30, IV A 2/2.024/60, S. 66.
201 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, 3.5.1965, S. 79.
202 Ebd., 3.5.1965, S. 29ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Wenn man im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag der KPdSU sagt: Die KPdSU kritisierte auf diesem Parteitag die Fehler Stalins!, wenn man das zusammenhängend behandelt, so wie wir das schon in vielen Dokumenten und Reden getan haben, wenn wir dabei zeigen, welches die spezifischen Bedingungen waren, dann wird auch deutlicher, daß es bei uns noch andere Fragen gab, z.B. die Verschärfung der Situation nach der Spaltung Deutschlands, nach der Bildung der NATO, die Abwehr des kalten Krieges usw. Man kann doch nicht alles auf den Personenkult oder auf Stalin zurückführen. Wenn wir das zusammenhängend machen, dann bekommen wir das mehr in die Balance, als wenn man nur hier und da ein Stückchen macht."

Vor der Februarsitzung des Autorenkollektivs hatte Lothar Berthold alle Stalin betreffenden Probleme zusammengestellt, die auf eine Lösung drängten. Ulbricht kam erst am Ende der Sitzung auf das Thema zu sprechen:

W. U.: „Es bleibt jetzt noch eine Frage übrig: Die Wirkung des Stalinschen Dogmatismus und des Personenkults um Stalin. Diese Frage muß in den nächsten Band mit hinein."

Lothar Berthold: „Das geht nicht. Wir können nicht von 1956 an alles rückwärts erklären ... Wenn überhaupt nichts darin steht, dann werden doch die Leser danach fragen?"

Kurt Hager: „Wieso?"[203]

Ulbricht verschob das Thema „Stalin" auf die abschließende Sitzung des Autorenkollektivs, die die beiden letzten Kapitel XIII und XIV (1949–1963) behandeln sollte. Auf dieser Sitzung, am 3. Mai 1965, überraschte er die Anwesenden mit einer sensationellen Kehrtwendung, die auf die nachträgliche Implantation Stalins in das „Geschichtswerk" hinauslaufen sollte. Jetzt vertrat er die Position Lothar Bertholds:

W. U.: „Allerdings ist in dem ganzen Geschichtswerk eine Lücke. Warum? Stalin taucht, nachdem er zum Ersten Sekretär gewählt wurde, erst hier im Kapitel XIII wieder auf."

Hanna Wolf: „Sein Telegramm bei der Gründung der DDR wird noch zitiert."

Werner Horn: „Auch bei den Beschlüssen über Jugoslawien wird Stalin zitiert ..."

W. U.: „Wir können ja nicht dazu schweigen. Die Leser werden diese Frage stellen und sagen: Ihr habt nicht auf bestimmte Fragen geantwortet. – Das geht nicht. Ich würde vorschlagen, das zu ergänzen. Wenn wir nichts über die Fehler vor Kriegsausbruch – also in der Zeit von 1938–1941 –, über die Verhaftungen usw. sagen, sondern das alles auf den XX. Parteitag schieben, dann ist das keine Geschichtsschreibung. Dann müssen wir alles vom XX. Parteitag zurückprojizieren."

Lothar Berthold: „Über die Verhaftungen 1937/1938 wird kein Wort gesagt."

W. U.: „Sonst ist eben manches nicht zu erklären. Ich wäre dafür diese Teile zu ergänzen ..." Selbstverständlich müsse man „auch etwas Positives" über Stalin sagen. „Also die Sache nicht so darstellen, als ob von Anfang bis Ende alles falsch gewesen wäre! Das glaubt uns sowieso niemand, und das war auch nicht der Fall. Zu Beginn des Krieges hat er Fehler gemacht, aber im Verlaufe des Krieges hat er eine positive Rolle gespielt."[204]

---

203 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 145f., 4.2.1965.

204 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, 3.5.1965, S. 36, 38–40.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Die größten Schwierigkeiten bereite die Einschätzung „über Stalin bei Ausbruch des Krieges ... Das wir hinten die Einzelheiten formulieren, das ist nicht schwer. Das ist schon möglich. Aber in den Kapiteln, die sich auf die Weimarer Republik, auf die Vorbereitung des Krieges und den Kriegsausbruch beziehen, also auf die Zeit zwischen dem Vertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland und dem Kriegsausbruch, fehlt einiges. Nach meiner Meinung sollte man, Genosse Berthold, noch einmal den Abschnitt über die Weimarer Republik überprüfen. Man muß eine reale Einschätzung auch der Auseinandersetzungen in der Komintern geben. Stalin war ja der verantwortliche Vertreter der KPdSU." Sonst könne man die „gegen den Widerstand bestimmter Kräfte herbeigeführte" Wendung des VII. Weltkongresses nicht verstehen.

„Das, was noch nachzuholen ist, formulieren wir jetzt, und dann legen wir das Dokument mit den Änderungen vor. Dann werden wir sehen, wer im Zentralkomitee andere Formulierungen vorschlägt."[205]

Als Fritz Globig, selbst ein Opfer des GULAG, an die Panikstimmung der „Säuberungen" erinnerte, stellte Hanna Wolf vorsichtshalber klar, es könne nicht darum gehen, die Kritik des XX. Parteitags zu wiederholen:

„Uns geht es darum, inwieweit diese Probleme bei uns eine Rolle gespielt haben. Wir wollen nicht die Geschichte der KPdSU wiederholen, das kann nicht unsere Aufgabe sein."

Friedrich Ebert: „Unsere Aufgabe ist darzustellen, wie weit uns das betroffen hat."

W.U.: „Also, Genossen, formuliert das ...[206] Wieviel Zeit geben wir den Autoren? 3 Wochen?"

Lothar Berthold: „Das wird zu lang sein."

W. U.: „Drei Wochen brauchen sie. Dann seht ihr das durch. Bis Ende Mai wird es fertig. Dann geben wir es sofort in Satz. Anfang Juni bekommen es die ZK-Mitglieder ..."

Lothar Berthold: „Könnte man schon Kurs darauf nehmen, zum Jahrestag der Partei den ersten Band herauszugeben?"

W.U.: „Das hängt davon ab, was im Zentralkomitee beschlossen wird, wieviel Zeit gebraucht wird, um die Vorschläge einzuarbeiten, die im Zentralkomitee gemacht werden. Wenn dazu nicht viel Zeit notwendig ist, bringen wir die Bände dieses Jahr alle noch heraus ... Gut! Das wäre alles. Besten Dank für die Mitarbeit. Nun wollen wir einmal sehen, wie wir damit im ZK abschneiden werden."[207]

205 Ebd., S. 37 und 40.
206 Ebd., S. 43–45.
207 Ebd., S. 131ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

8. Der letzte Schliff. Vom 10. zum 11. Plenum, Versöhnungsarbeit mit Dahlem und Merker und die Reise nach Moskau

„Man muß an diesem Buch permanent arbeiten, dann findet man immer noch Stellen die geändert werden können." (W. U.)[208]

Ob es sich um Lenin, Rosa Luxemburg oder Thälmann handelte: Im Kosmos der kommunistischen Parteigeschichtsschreibung hingen alle Einschätzungen letztlich in der einen oder anderen Weise von einer einzigen ab, von der Bewertung Stalins. Dieses seltsame Parameter signalisierte mit erstaunlicher Zuverlässigkeit jeden ideologischen Kurswechsel. Mit der Entstalinisierung von 1956, unter dem Vorzeichen des Kampfes gegen Dogmatismus und Personenkult, war überhaupt erst der Spielraum für das Projekt einer wissenschaftlichen, empirisch gestützten Parteigeschichte entstanden. Das Manuskript des „Geschichtswerkes" wurde in der Phase nach dem XXII. Parteitag verfaßt, als man beispielsweise nicht über „Stalingrad", sondern lieber von der „Schlacht an der Wolga" schrieb: Einem Buch Heinz Bergschickers mit dem Einbandtitel „Stalingrad" verpaßte der „Verlag der Nation" deshalb kurzerhand einen neuen Umschlag. Wenn man so will, bestand die Kunst der deutschen Parteigeschichtsschreibung geradezu darin, ganz ohne den Hauptakteur in Moskau auszukommen und irgendwie um den Kern der Sache herumzuschreiben.

Die Diskussionen im Autorenkollektiv (12./13.11.1964, 4.2.1965, 3.5.1965) hatten gezeigt, daß es so nicht ging. Sie fanden bereits in einer veränderten politischen Großwetterlage statt, unmittelbar nach dem Sturze Chruschtschows. Dieser fiel jetzt seinerseits der damnatio memoriae zum Opfer.

Schon wenige Tage nach der Absetzung Chruschtschows, Mitte Oktober 1964, ergriff der Dietz-Verlag die üblichen Maßnahmen, ohne unnötiges Aufsehen und so ökonomisch verträglich wie möglich:

„a) Alle ausgelieferten Chruschtschow-Titel verbleiben in den Buchhandlungen. Die weitere Auslieferung dieser Titel ist gesperrt.
b) Alle Titel mit Chruschtschow-Zitaten laufen weiter. Solche Zitate werden künftig nicht mehr verwendet ... Die Neuauflage der ‚Geschichte der KPdSU' ist gestoppt ... Das Verlagsverzeichnis 1964 ist zu makulieren."[209]

Im IML wurde gerade ein Band mit Ulbrichts Reden vorbereitet. Darin waren „alle Stellen, in denen Chruschtschow erwähnt wird, braun angestrichen". Lothar Berthold empfahl eine moderate Vorgehensweise:

„Wir sind der Auffassung, daß in der Mehrzahl auf Korrekturen verzichtet werden sollte. Am günstigsten wäre es, wenn man auf jegliche Korrekturen verzichten könnte. Wir gehen dabei von folgenden Erwägungen aus:

1. Es handelt sich um relativ wenige Stellen ohne wesentliche Hervorhebung des Genossen Chruschtschow.

208 BA DY 30, IV 2/1/333, 10. ZK-Tagung, 25.6.1965, S. 464 (Walter Ulbricht).
209 BA DY 30, IV A 2/9.13/1, (Dietz-Verlag), Protokoll der Verlagsleitersitzung am 21.10.1964.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

2. Es ist allgemein bekannt, daß Genosse Walter Ulbricht die Verdienste des Genossen Chruschtschow besonders im Zusammenhang mit den Beschlüssen des XX., XXI. und XXII. Parteitags hervorgehoben hat.
3. Da alle Reden Walter Ulbrichts, die in diesem Band veröffentlicht werden sollen, in der Presse publiziert wurden, geben nachträgliche Veränderungen dem Gegner nur Anlaß zur Polemik.
4. Nach unseren bisherigen Erfahrungen müssen wir bei solchen Korrekturen mit starken politischen Diskussionen in der jeweiligen Druckerei rechnen."

Allenfalls seien einige überschwengliche Wendungen wie „unser lieber Freund" zu streichen.[210]

Damit war Ulbricht nicht einverstanden. Er legte fest, zwar jene Stellen unverändert zu lassen, die Chruschtschows außenpolitische Leistungen und die Politik der friedlichen Koexistenz würdigten, doch alles zu streichen, was die Landwirtschaft und innersowjetische Fragen (wozu der Umgang mit Stalin gehörte) beträfe, zudem auch die Reden, in denen sich Ulbricht mehrfach auf den „teuren Genossen Chruschtschow" bezogen oder diesen gar als „konsequenten Leninisten" bezeichnet hatte.[211]

Die symbolische Ausgrenzung Chruschtschows bereitete also allgemeines Kopfzerbrechen, wobei das pragmatische Interesse des Dietz-Verlages, die von Berthold verfochtene, auf das wissenschaftliche Renommee bedachte Herangehensweise und Ulbrichts politisch konkret motivierte Sicht zu ganz unterschiedlichen Entsorgungsstrategien führten.

Im „Geschichtswerk" selbst kam Chruschtschow glücklicherweise nur an wenigen Stellen vor, der unmittelbare Änderungsbedarf hielt sich in Grenzen. Doch die indirekten Auswirkungen des sowjetischen Führungswechsels waren enorm. Warum sollte man jetzt noch über Stalin schweigen? War der Bannstrahl des XXII. Parteitags überhaupt noch in Kraft?

Die Diskussionen im Autorenkollektiv über Stalin sind vor dem Hintergrund dieser offenen Situation zu verstehen. Eine glaubwürdige Parteigeschichte mußte auf Stalin eingehen, und Ulbricht nutzte die Chance, daß diese Frage auch in Moskau noch ungeklärt war.

Natürlich ging es ihm nicht um eine „Entstalinisierung". Er perhorreszierte jede „Fehlerdiskussion", die ernsthaft die Schrecken des GULAG thematisiert hätte. Die Autoren sollten jetzt auf Stalins fehlerhaftes Sozialfaschismus-Konzept, auf die Schauprozesse 1937 usw. eingehen dürfen, aber nur kurz und möglichst in einem Satz. Auf der anderen Seite wäre es zu einfach, von einer „Restalinisierung" zu sprechen. Gewiß, man mußte schon Hanna Wolf zuliebe auch etwas positives über Stalin sagen, sonst, so hatte Ulbricht erläutert, würde es ohnehin niemand glauben, und alles andere hätte „der Gegner" als Zeichen der Schwäche ausgelegt. Aber letztlich ging es Ulbricht um die Historisierung Stalins, um einen differenziert und ausgewogen wirkenden und jedenfalls kontrollierten Umgang, darum, daß man überhaupt wieder über Stalin schreiben durfte, weil es für die Parteigeschichte nötig war.

Nach der letzten Sitzung des Autorenkollektivs Anfang Mai 1965 bekamen die Autoren alle Hände voll zu tun, um die Textvorlagen für die Sitzung des 10. Plenums des ZK vom 23.–25. Juni vorzubereiten. Sie stellten die Passagen zusammen, die die, wie inzwischen bedauert wurde, höchst feindselige Haltung der SED zur vormals „sozialimperialistischen"

210 BA DY 30, IV A 2/9.07/39, IML (Berthold) an Honecker, 1.12.1964.

211 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, IML (Berthold), Protokoll der Aussprache mit Genossen Walter Ulbricht am 7.1.1965.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

SPD in den frühen fünfziger Jahren betrafen,[212] und ergänzten die Namenslisten der ZK-Mitglieder der alten KPD um die bislang totgeschwiegenen schwarzen Schafe.

Gleichzeitig entstand ein nicht weniger als vierzig Seiten langes Konglomerat, das die wenigen alten und zahlreiche neue Erwähnungen Stalins, sowie jene seltsam gewundenen, übervorsichtigen Formulierungen enthielt, die sich im Register des Achtbänders unter dem Stichwort „Stalin" auffinden lassen, die die KI, die Rolle Berijas 1953 und den XX. Parteitag betrafen. Die Autoren hatten sich alle Mühe gegeben, den grausigen Hintergrund auszublenden und versteckten sich hinter wohlfeilen Floskeln. Sie sprachen nicht von Massenerschießungen, sondern von „Repressalien" und „Auswirkungen des Personenkults".[213] Wer auch nur einen Blick in das „Schwarzbuch des Kommunismus" geworfen hat, muß das Ganze als groteske Verharmlosung empfinden. Und doch handelte es sich um schwer errungene, wie sich ein halbes Jahr später zeigen sollte, noch keineswegs abgesicherte Positionen der SED-Historiographie, und in dieser einmaligen Verdichtung um puren Sprengstoff. Bevor die insgesamt etwa 60 Passagen dem ZK der SED vorgelegt werden konnten, packte Lothar Berthold das Bündel in seine Aktentasche und flog nach Moskau, um sie dort im IML bestätigen zu lassen.[214]

Die meiste Arbeit verursachte eine überraschende Entscheidung, die den Charakter des „Geschichtswerks" einschneidend veränderte und es zu einer allseits beliebten Fundgrube werden ließ. Irgendwann im Mai 1965 beschlossen Ulbricht und Berthold, den Umfang von drei auf acht Bände zu erweitern. Die Anschaulichkeit und Beweiskraft sollte durch einen eindrucksvollen Dokumentenanhang erhöht werden, der gut zwei Fünftel der gesamten Textmasse umfaßte.

Die meisten der insgesamt 951 Dokumente erschienen, immer korrekt an den drei Pünktchen erkennbar, in gekürzter Form, fast alle waren schon von vornherein durch die Überschrift als Auszug gekennzeichnet.[215] Die Auswahl und redaktionelle Bearbeitung der Dokumente lag in der Verantwortung der Autoren. Die Texte zu beschaffen, war nicht schwer. Die Dokumenteneditionen des IML und die BzG bewährten sich als unerschöpfliche Fundgruben. Diese Texte waren in der Regel bereits nach den neuen redaktionellen Kriterien wissenschaftlich bearbeitet. Schwieriger war die Neupublikation alter Artikel aus der „Roten Fahne".

Walter Wimmer machte darauf aufmerksam, daß zwei PB-Beschlüsse vom 5.4.1930 und vom 4.6.1930 „falsche" Auffassungen wiedergäben, vom „Sozialfaschismus" sprächen oder auf die „proletarische Diktatur" orientiert hätten. Im Text des entsprechenden Kapitels seien „diese Dinge erklärt bzw. kritisch eingeschätzt", ihr „Vorhandensein in den Dokumenten" widerspiegele „auch den faktischen Zustand". Obwohl die Randbemerkung Bertholds für die Publikation plädierte[216], fehlen beide Dokumente im Anhang des IV. Bandes.[217] Ver-

212 BA DY 30, IV A 2/9.07/247, Material über unsere Stellung zur SPD 1949–1953.
213 Ebd., Änderungsvorschläge der Bandautoren zu den Kapiteln VIII–XIII (31.5–2.6.1965).
214 Interview mit Lothar Berthold am 25.9.2001.
215 BA DY 30, IV A 2/9.07/247 IML (Fredi Sumpf), Dokumentenanhang zur mehrbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 19.5.1965.
216 BA DY 30, IV A 2/9.07/247, W. Wimmer, Vorschlag für den Dokumentenanhang für Kapitel IX, 31.5.1965.
217 BA DY 30, IV A 2/9.07/9, (IML-Direktion), Protokollnotiz der Abteilungsleiterberatung am 5.11.1965.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

mutlich fielen sie der Schlußredaktion Hagers und Ulbrichts zum Opfer. Mit dem Dokumentenanhang wurde also mitten in all der Hektik ein neuer Kriegsschauplatz aufgemacht.

Für eine parteigeschichtliche Publikation ganz ungewöhnlich und entsprechend heftig umstritten war beispielsweise die Veröffentlichung „feindlicher" Texte. Der Anhang zu Band V enthielt OKW-Erlasse, das Protokoll der Wannsee-Konferenz, je eine Rede von Ollenhauer und Goerdeler und etwa ein halbes Dutzend Ansprachen Hitlers, immer als Auszug gekennzeichnet. 86 Dokumente zur V. Hauptperiode stammten aus dem DDR-Lager, genau halb soviel, 43, aus Westdeutschland; darin kamen 19mal die „Imperialisten", fünfmal die SPD und siebenmal „realistische Stimmen nach 13. August" zu Wort. Doch verschoben sich die Proportionen, wenn man die KPD und die Seitenzahlen mit in die Rechnung einbezog (275 DDR zu 52 Westdeutschland ohne KPD). „Imperialistische" Texte waren kaum länger als eine Seite, SED-Dokumente im Durchschnitt fünf Seiten lang.[218] Einige im XII. Kapitel erwähnte Zeugnisse eigneten sich „ihres demagogischen, das wahre Wesen verhüllenden Charakters wegen nicht zum Abdruck (Fultonrede von Churchill, Byrnesrede in Stuttgart, Marshallrede)."[219]

Die Autoren der V. Hauptperiode hatten schon ohnedies genügend Probleme, zumal ihnen neuerdings Günter Mittag im Nacken saß. Um „bestimmte Fragen der ökonomischen Politik der Partei zu präzisieren und profilierter herauszuarbeiten" hatte Ulbricht dessen „Arbeitsgruppe Sozialistische Wirtschaftsführung" die Begutachtung der letzten drei Kapitel anvertraut. Diese bestand aus vier Abteilungen. Mittags „Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik" stürzte sich auf die Nachkriegsphase, die „Abteilung Verkehrs- und Verbindungswesen" begutachtete die Periode 1949–1955, die „Abteilung Planung und Finanzen" war für die Zeit 1956 bis 1961 zuständig und die „Abteilung Forschung und technische Entwicklung" befaßte sich mit der jüngsten Gegenwart bis 1963. Letztere – und was war eigentlich anderes zu erwarten? – konzentrierte ihr Interesse auf die exakte Darstellung der elektrolytischen Metallabscheidung.[220]

Im Umfeld des 10. Plenums schossen noch einmal die Änderungsvorschläge wie Pilze aus dem Boden. In der Eröffnungsrede entschuldigte Ulbricht das ungewohnte Verfahren. Eine Vorlage von über 3 000 Seiten war offensichtlich ein Novum: „Vielleicht wird mancher bei sich gedacht haben: Es ist doch nicht üblich, daß man im Zentralkomitee Bände vorlegt. – Üblich ist das nicht; aber es ist notwendig ..." Die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" erfordere „eine gründliche Durcharbeitung durch alle Mitglieder des Zentralkomitees. Wir möchten also nicht, daß etwa nachher, vielleicht in einem Jahr, Genossen auftreten und sagen: Wir möchten die und die Änderungen haben, sondern wer etwas dazu zu sagen hat, der soll das jetzt sagen. Es ist Zeit genug dafür."[221] Dieser Entwurf verpflichte, fand im ZK denn auch Marianne Lange, „ihn gründlich zu studieren, damit er, durch die Erfahrung der ganzen Partei bereichert, in seiner endgültigen Fassung zu dem für unser Volk so dringend notwendigen Erziehungswerk und Standardwerk" werde.[222]

---

218 BA DY 30, IV A 2/9.07/247, Aufschlüsselung der Dokumente (V. Hauptperiode).

219 Ebd., Bemerkungen zur Dokumentenauswahl für Kapitel XII.

220 BA DY 30, IV A 2/9.04/137, Arbeitsgruppe Sozialistische Wirtschaftsführung, Konzeption für die Einschätzung der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", 9.6.1965.

221 BA DY 30, IV/2/1/332, Protokoll des 10. Plenums des ZK, 1. Beratungstag, 23.6.1965, S. 5.

222 Ebd., 25.6.1965, S. 58.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Die „Erfahrung der ganzen Partei" konnte allerdings kaum noch eingearbeitet werden. Die Hinweise des ZK waren so zahlreich , daß, wie eine Kritikerin einräumte, sonst aus acht Bänden zwölf geworden wären.[223] Karl Mewis fand, die Gewerkschaften müßten stärker berücksichtigt, Brandt und Wehner schärfer kritisiert werden. Inge Lange vermißte die proletarische Frauenbewegung, Reinhard Brühl die kommunistische Militärpolitik, also die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands 1923, den Rotfrontkämpferbund, den Spanischen Krieg und die Kampfgruppen, die für die Traditionsstiftung der NVA unverzichtbar seien. Marianne Lange schienen die Schulreform und die sozialistische Kulturrevolution unterbelichtet, die Rolle der Literatur nur in den ersten Bänden ausreichend behandelt. Peter Florin tadelte die Darstellung des Überfalls auf die Sowjetunion und hatte bereits eine exakte Formulierung ausgearbeitet, um Stalins Resistenz gegen alle Warnungen vor dem deutschen Überfall plausibel zu machen.[224] Bald trudelten alle möglichen schriftlichen Verbesserungsvorschläge bei Lothar Berthold ein. Werner Berthold fand „die Festigung des Bündnisses mit der christlichen Bevölkerung ungenügend gewürdigt" und „die Mitarbeit der Philosophen im ganzen recht schwach". Hermann Axen und Erich Honecker sahen „die Rolle des KJVD im antifaschistischen Widerstandskampf im Vergleich etwa zur Tätigkeit der Kulturschaffenden nicht in der richtigen Proportion, weil viel zu ungenügend behandelt", wobei sich Honecker speziell für die kommunistische Jugendarbeit im Saarland interessierte. Hans Teubners Kritik, daß unbedingt Scharnhorst und Gneisenau sowie die Rolle der russischen Armee in den Befreiungskriegen 1813/1814 eingefügt werden müßten, war kaum hilfreich: die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" begann 1830. Schließlich kam ein denkwürdiger Hinweis Adolf Henneckes: „Ich erfüllte meine Norm am 13. Oktober 1948 nicht, wie im Entwurf angegeben mit 380%, sondern mit 387%."[225]

All das waren quantitative Erweiterungen, Ergänzungen, die die Perspektiven etablierter Erfahrungen einbrachten. Was aber nun geschah, war ein qualitativer Sprung, der den Charakter des „Geschichtswerks" veränderte.

Ulbricht sorgte dafür, daß die Standpunkte seiner alten Feinde in die Arbeit einflossen. Es bestand ja ein merkwürdiger Widerspruch: auf der einen Seite bekämpfte Ulbricht bei jeder Gelegenheit die Tendenz zum „Subjektivismus" als unmarxistisch, auf der anderen Seite war unverkennbar, daß die Linienführung der Parteigeschichte Ulbrichts persönlicher Perspektive entsprach. Es genügt, einen Blick in die Protokolle der Sitzungen des Autorenkollektivs zu werfen, um festzustellen, in welchem Ausmaß Ulbricht den parteigeschichtlichen Diskurs dominierte. Die dortige Diskussion war über weite Strecken mehr oder weniger ein einziger langer Chefmonolog. Ulbricht muß diesen Mangel stark empfunden haben. Bei jeder Gelegenheit empfahl er den Autoren, nicht immer wieder seinen Namen zu erwähnen oder ihn unbegründet hervorzuheben. Das war keine Frage von Koketterie und gespielter Bescheidenheit, sondern betraf die Glaubwürdigkeit und marxistische Dignität des ganzen Projektes. Schließlich griff er zu einem radikalen Auskunftsmittel: er ermunterte seine alten

223 Ebd., S. 84 (Inge Lange).

224 Ebd., S. 81ff. (Inge Lange), S. 128ff. (Reinhard Brühl), S. 41ff. (Karl Mewis), S. 58ff. (Marianne Lange), S. 53ff. (Peter Florin).

225 BA DY 30, IV A 2/9.07/345, S. 286ff. (Werner Berthold), S. 395 (Hermann Axen), S. 61 (Hans Teubner), S. 49 (Adolf Hennecke). BA DY 30, IV A 2/9.07/296, IML (Lothar Berthold) an Erich Honecker, 5.1.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Gegner, den „Sektierer" Jacob Walcher[226] sowie die Anfang der fünfziger Jahre von ihm entmachteten und gedemütigten Politbüro-Kollegen Paul Merker und Franz Dahlem, ihre Sicht auf die Dinge einzubringen. Jeder von ihnen repräsentierte eine bislang mehr oder weniger von der „Moskau-Fraktion" diskriminierte Strömung in der SED, Walcher die „Versöhnler" mit KPO- und SAP-Vergangenheit, Merker die „kosmopolitische" Westemigration und Dahlem die im Lande gebliebenen Antifaschisten und Spanienkämpfer.

Jacob Walcher verfaßte zwei ganz unterschiedliche Stellungnahmen zum „Geschichtswerk". In der ersten hielt er sich noch auf die übliche Weise bedeckt. Doch in der zweiten begann er seine alten Standpunkte nachdrücklich zu verteidigen. Er brach zunächst eine Lanze für Brandler. Es war noch nicht lange her, daß man grundsätzlich nur von „Brandler und Konsorten" gesprochen hatte. Diese Dinge sah man jetzt differenzierter. Brandler lebte inzwischen in Hamburg, und das IML nahm Kontakt zu ihm auf. Der 84jährige sprach zwar öfter über Thalheimer als über Lenin, doch er anerkannte und propagierte die „Erfolge unserer Republik".[227] Nun stellte Walcher eindrucksvoll klar, daß Brandler 1923 unschuldig gewesen sei. Als Brandler auf der Chemnitzer Konferenz den bewaffneten Aufstand verkündet habe, seien die mehrheitlich sozialdemokratischen Teilnehmer „buchstäblich erstarrt" und „nicht eine Hand" habe sich „zum Beifall gerührt und dies am Vorabend einer von uns als unmittelbar bevorstehend gedachten Revolution!! Der Eindruck dieser Konferenz war auf alle Beteiligten so eindeutig, so klar, so zwingend", daß das ZK, wie Walcher unterstrich, einstimmig den Abbruch der Revolution beschlossen habe. „Mit gefährlichem Opportunismus oder gar Verrat hatte das alles nicht das Mindeste zu tun. Es waren mangelnde Erfahrung und – um es ganz offen zu sagen – auch allzu große Bereitwilligkeit, falschen Direktiven der Exekutive zu folgen."[228]

Walcher konstatierte, daß das „Geschichtswerk" mit seiner Kritik an der linken Sozialfaschismus- und RGO-Politik Neumanns und Stalins – auch wenn die damalige Plattformbildung ein unverzeihlicher Fehler gewesen sei – im nachhinein der KPO recht geben würde. Er fragte, „ob es in einem so ernsten und bedeutsamen Dokument nach einer Zeitspanne von fast vier Jahrzehnten nicht angebracht wäre, die Entstehung der KPDO distanzierter und objektiver zu behandeln. Es muß doch jedem einleuchten, daß es sehr ernste und gewichtige Gründe gegeben haben" müsse, und man solle „in Betracht ziehen, daß die meisten Punkte gegen die seinerzeit die sog. Rechten opponierten, auf der Brüsseler Konferenz als fehlerhaft anerkannt worden" seien.[229]

Nach Paul Merkers im Zusammenhang mit der Noel Field-Affäre erfolgtem Ausschluß aus der Partei 1950 und seiner Verhaftung 1952 waren auch seine Bücher verboten worden, darunter längst apokryphe Studien wie die „Geschichte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften 1890–1920".[230] Merkers in der Emigration verfaßte „Geschichte der Weimarer Republik" war überhaupt nur als Manuskript gedruckt und existierte in ganz wenigen Exemplaren, was möglicherweise damit zusammenhing, daß Ulbricht nicht darin vorkam.

226 Ernst Stock/Karl Walcher: Jacob Walcher (1887–1970), Berlin 1998.

227 BA DY 30, IV A 2/9.07/39, IML (Diehl) an Erich Honecker, 10.9.1965; BA DY 30, IV A 2/9.07/162, Siegfried Beckert, Bericht über meine Gespräche mit Heinrich Brandler, 24.10.1965.

228 BA DY 30, IV A 2/9.07/345, S. 234ff.

229 Ebd., S. 238–240.

230 BA DR–1, 2008, Zentralinstitut für Bibliothekswesen, Aussonderungsliste (Verzeichnis ausgesonderter und zurückgezogener Literatur aus der Produktion auf dem Gebiet der DDR), 1.12.1953.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Merker gehörte also zu den Parteihistorikern der ersten Stunde. Nach seinem Sturz fristete das ehemalige Politbüro-Mitglied sein Dasein zunächst als Gastwirt in Luckenwalde und später als Gutachter, Lektor und Übersetzer bei dem Verlag „Volk und Welt". Unter vier Augen, in seiner Küche, vertraute er Anfang der sechziger Jahre dem jungen Kollegen (und späteren Verleger) Roland Links einmal seine Version der Geschichte an. Demnach seien andere Gründe nur vorgeschoben gewesen, in Wirklichkeit habe es sich um eine private Auseinandersetzung zwischen ihm und Ulbricht gehandelt, der sich in den Besitz eines Manuskriptes zur Parteigeschichte habe setzen wollen. Bei seiner Verhaftung habe die Stasi nach nichts anderem gesucht.[231]

Doch diese Zeit war vorbei. 1964 kündigte Merker seinen Vertrag bei „Volk und Welt", um fortan als ehrenamtlicher Mitarbeiter beim IML tätig zu sein, wo Wolfgang Kießling der Ansprechpartner des skeptischen Veteranen wurde.[232] „Habe an achtbändiger Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und anderen Veröffentlichungen des Instituts mitgewirkt und bisher mehr als eintausend Seiten Erinnerungen geliefert", ergänzte er später für die Veteranenkartei.[233]

Merker („Ich bedaure, daß ich keine Gelegenheit hatte, durch meine Erinnerungen zu einer geschichtlich einwandfreien Darstellung der auf diesen Seiten geschilderten Ereignisse beizutragen ...") kritisierte vor allem, daß man ihm die Redewendung von den „kleinen Zörgiebels" in die Schuhe geschoben hatte. Zwar habe er 1930 in einem Artikel der „Internationale" eine „Theorie für diese Bezeichnung geliefert", aber, auf das Fehlerhafte dieser Bezeichnung aufmerksam gemacht, diesen Artikel sofort zurückgezogen. „Die betreffende Nummer der ‚Internationale' wurde eingestampft. Daß der Artikel später ... als Sondernummer erschien, geschah auf Beschluß des Politbüros. Erst dadurch gelangten die fehlerhaften Formulierungen zur Kenntnis der Parteimitgliedschaft." Seine bald darauf folgende Absetzung sei auf eine Intrige Neumanns zurückzuführen gewesen. Dabei hätten ihm Neumann und Remmele eben jene falsche Einheitsfrontpolitik und Sozialfaschismus-Konzeption vorgeworfen, die sie dem „Geschichtswerk" zufolge doch sektiererisch selber verfochten hatten.[234] Die Dinge lagen eben sehr kompliziert, solche Details, dieses Hin und Her entsprechend den EKKI-Beschlüssen, waren nicht publizierbar. Doch die Einschätzung des Merker von 1930 wurde durch einige Umstellungen nachgebessert. Als Wolfgang Kießling freilich in der ZfG (1/1967) Merkers Briefwechsel mit Heinrich Mann publizieren wollte, der Ulbrichts Versagen in der Pariser Volksfronts-Arbeit tangierte, sorgte Ulbricht für die gebotene „Schrumpfvariante".[235]

Seit 1956 kämpfte Franz Dahlem um seine volle, d.h. eine öffentlich wirksame Rehabilitierung, die auch „in der Darstellung der Geschichte vermerkt" war. Die Entfernung aus ZK und Politbüro „mit allen ihren weiteren Folgen, die faktisch zur Ausstreichung aus der Geschichte der Partei der Arbeiterbewegung" geführt hätten, könnten nicht bloß intern und „durch die einfache Bemerkung korrigiert werden, daß die Parteistrafen aufgehoben wur-

231 Interview mit Roland Links, 29.7.2001.

232 Wolfgang Kießling, In den Mühlen der großen Politik. Heinrich Mann, Paul Merker und die SED. Berlin (hefte zur DDR-Geschichte 36) 1996, S. 6ff.

233 BA NY 4102/1 (Nachlaß Paul Merker), Politischer Lebenslauf; Ergänzungen zur Veteranenkartei. BA NY 4102/3, Volk und Welt (Georgina Baum), Abschlußbeurteilung des Kollegen Paul Merker.

234 BA DY 30, IV A 2/9.07/345, S. 98ff. (Paul Merker).

235 Wolfgang Kießling, In den Mühlen der großen Politik, S. 8ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

den."[236] 1953 waren „die Dokumente, Fotos usw. über die einzelnen fälschlich angeklagten Genossen aus der öffentlichen Zirkulation gezogen" worden, „d.h. für die Geschichtsforschung nicht mehr vorhanden ... Wenn jetzt die Geschichte der Partei entsprechend der historischen Wahrheit geschrieben" werde, dürfe es keine solchen Dinge mehr geben, forderte Dahlem auf dem 10. Plenum.[237] Ulbricht setzte sich nachdrücklich für den alten Gegner ein.

Er hatte Dahlem als Gutachter der Kapitel V bis XIII gewonnen und ihn zu den Sitzungen des Autorenkollektivs eingeladen.[238] Auf der Januarsitzung sorgte er dafür, daß Dahlem im Spanien-Teil an vorderer Stelle erwähnt wurde.[239] Nach dem 10. Plenum bestimmte Ulbricht, es sei „notwendig, bei solchen großen geschichtlichen Ereignissen wie dem Ruhrkampf nicht nur Genossen Florin, sondern auch Genossen Franz Dahlem zu nennen" und „Genossen Franz Dahlem zu den Aktivisten der ersten Stunde zu zählen, der dem Einheitsausschuß der KPD/SPD angehörte."[240] Ulbricht ließ Dahlem zuliebe eine selbstkritische Einschätzung der Rajk- und Slánský-prozesse in das „Geschichtswerk" aufnehmen und die politische Rehabilitierung der damals „zu Unrecht beschuldigten ... führenden SED-Funktionäre" verkünden, womit in erster Linie Dahlem und Merker gemeint waren.[241] Um die Tauwetterkrise und den XX. Parteitag 1956 darzustellen, gab Ulbricht jetzt den erstaunlichen Rat, Fred Oelßner und Paul Wandel, seine damaligen Gegner, als Autoren einzuspannen.[242] Die Gnadensonne der innerparteilichen Versöhnung schien jedoch keineswegs allen. Über Herrnstadt und Schirdewan findet sich im „Geschichtswerk" kein gutes Wort. Einen aktiven Gegner wie Wolfgang Leonhard strafte die Parteigeschichte ohnehin nach alter Weise durch Schweigen.

Den ganz überwiegenden Teil der Textmasse hatten das Autorenkollektiv und das ZK bestätigt. Aber noch immer blieben einige Änderungen vorzunehmen, das Vorwort fehlte, und schwierige Passagen, etwa die vergleichsweise opulenten Ausführungen zur Republikflucht (GdA, Bd. 8, S. 251ff.), blieben zu formulieren. Die Zeit wurde knapp. Ulbricht legte fest, daß in der Endphase kein großes Kollektiv mehr eingeschaltet werden sollte. Die ursprünglich für Ende Oktober 1965 geplante Abschlußsitzung des Autorenkollektivs entfiel.[243] Offene Fragen seien sofort ans Politbüro zur Entscheidung zu geben, alle Änderungsvorschläge nur noch ihm selbst und Hager vorzulegen. Mit einer Ausnahme:

Zugleich schlug er vor, noch einmal alle Einschätzungen, die die KPdSU, die KI und Sowjetunion betrafen, zusammenzustellen, sie nach Moskau zu schicken und das dortige IML dazu zu konsultieren. Offenbar hatten ihn „einige in jüngster Zeit in der Sowjetunion

236 BA DY 30, IV A 2/9.07/246, Auszug aus Bemerkungen des Genossen Franz Dahlem zu Kapitel XIII.
237 BA DY 30, IV/2/1/333, Protokoll des 10. Plenums des ZK, 25.6.1965, S. 101ff. (Franz Dahlem).
238 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, IML (Berthold), Protokoll der Aussprache mit Genossen Walter Ulbricht am 7.1.1965.
239 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 63.
240 BA DY 30, IV A 2/9.07/246, Ulbricht an IML (Gemkow), 3.8.1965.
241 Ebd.; GdA, Bd. 7, 227f.
242 BA DY 30, IV A 2/9.07/246, (IML), Aktennotiz (Gemkow) über eine Besprechung bei Genossen Walter Ulbricht am 30.7.1965, 2.8.1965.
243 Ebd., Berthold an Ulbricht, 21.6.1965.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

erschienene Publikationen" und Reden kopfscheu werden lassen, „in denen die Verdienste und Fehler Stalins in ausgewogener Form behandelt" worden seien.[244]

Ein Blick auf eine für die Verhandlungen in Moskau als Lesehilfe zum VIII. Kapitel zusammengestellten Listen zeigt, daß auch die DDR-Geschichtswissenschaft Wert auf ein solches „ausgewogenes" Urteil gelegt hatte.

„... S. 124 positive Hervorhebung der Rolle des Politbüros der KPR und Stalins für die Entwicklung der KPD 1925

S. 170/171 positive Hervorhebung Stalins im Kampf gegen die Ultralinken 1926

S. 171 Hinweis auf die Ablösung Sinowjews als Vorsitzender der Kommunistischen Internationale

S. 180 O. W. Kuusinen als Sprecher des EKKI auf dem 11. Parteitag

S. 225 Hinweis auf Bucharins rechtsopportunistische Haltung

S. 227 Hinweis auf die Auswirkungen der dogmatischen Auffassungen Stalins auf dem 6. Weltkongreß ..."

Ob es sich um die „Befreiung Belorußlands und der Westukraine" 1939 oder um die „führende Rolle der Sowjetunion bei der Herausbildung der Anti-Hitlerkoalition", um die „Senkung der Reparationen 1950", die „Hilfe für DDR 1953" oder „Ausstellungen sowjetischer Kunst" handelte:

alles, was die Belange der „Freunde" betraf, nicht mehr (also keineswegs das gesamte „Geschichtswerk") und nicht weniger, wurde zusammengetragen, um in Moskau noch einmal sorgfältig geprüft zu werden.[245]

Bereits im Frühjahr hatte Berlin zum gleichen Zweck eine ähnliche Liste mit Stalin betreffenden Stellen dorthin geschickt. Anscheinend fühlte sich das IML in Moskau, das die Überprüfung unter Zeitdruck vorgenommen hatte, überfahren. Schließlich bestand ein irritierendes Ungleichgewicht: die DDR-Historiker hatten für ihren Standpunkt die unmittelbare Autorität ihres Staats- und Parteichefs aufbieten können. Um hier ein Gleichgewicht (und damit ein den Machtverhältnissen entsprechendes Übergewicht) zu schaffen, legte das Moskauer IML diesmal Wert darauf, daß zunächst einmal Breshnew eingeschaltet und von der parteigeschichtlichen Konsultationsrunde informiert wurde.[246]

Drei Tage lang, am 22., 23. und 24. November 1965, diskutierte die aus Lothar Berthold, Werner Horn und Fredi Sumpf bestehende SED-Delegation „in einer außerordentlich freundschaftlichen und offenen Atmosphäre" mit den „gründlich vorbereiteten" sowjetischen Genossen über die KI, die Darstellung der bilateralen Beziehungen und natürlich über den „Personenkult". Das Ergebnis war allerdings niederschmetternd. Man müsse Stalin, so empfahlen die „Freunde", stärker als „Verteidiger des Leninismus" darstellen. „In der Beurteilung Stalins hätte sich Genosse Chruschtschow nicht mehr an den Beschluß des ZK der KPdSU vom 30. Juni 1956 gehalten und subjektiv und einseitig die Fehler Stalins in den Vordergrund gestellt". „Bei den Repressalien gegen Mitglieder der KPD im Zusammenhang mit den großen Prozessen in der Sowjetunion und ihren Auswirkungen in der zweiten Hälfte der 30er Jahre" sollte die einschränkende Bemerkung gemacht werden, daß es sich nur um

244 Ebd., Ulbricht an IML (Gemkow), 3.8.1965.

245 BA DY 30, IV A 2/9.07/206, Wilhelm Ersil, Notiz für Genossen Fredi Sumpf, 8.11.1965; Kapitel XI; Kapitel XIII.

246 Ebd., Lothar Berthold an Walter Ulbricht, 11.10.1965.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„einige" gehandelt habe ... Bei der Darstellung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes sollen wir eine Formulierung aufnehmen, daß die sowjetischen Truppen, entsprechend einer Vereinbarung bis zu einer Grenzlinie in Polen vorrücken, die die 1920 von den polnischen Weißgardisten der Sowjetukraine und Sowjetrußland geraubten Gebiete einschloß. Damit wurde gleichzeitig den Truppen Hitlerdeutschlands das weitere Vordringen nach dem Osten verwehrt."[247]

Man hat den DDR-Historikern immer wieder die Leugnung des geheimen Zusatzabkommens zum Hitler-Stalin-Pakt zum Vorwurf gemacht. Dabei wurden sie in diesem Punkt von den Russen selber für dumm verkauft:

„Auf unsere direkte Frage nach einem Zusatzabkommen zum Nichtangriffsvertrag (unsere Frage stützte sich auf die fortwährenden Behauptungen der imperialistischen Geschichtsschreibung) antwortete Genosse Pospelow. Er führte aus, daß es kein Geheimabkommen zwischen der Sowjetregierung und der Hitlerregierung gegeben hätte ... Verhandlungen über die Aufteilung der Einflußsphären zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland gab es nicht. Nach dem Vertragsabschluß wurde in der sowjetischen Presse offiziell eine Karte veröffentlicht, aus der ersichtlich war, bis zu welcher Linie die sowjetischen Truppen in Polen vorrücken können. Bei anderslautenden Publikationen handele es sich um Fälschungen." Genosse Kuranow mahnte, „der Abschnitt über die Rolle Stalins im Zusammenhang mit dem Überfall Hitlers müsse gekürzt werden. Es sei wichtiger die objektiven Faktoren ausführlich hervorzuheben."[248]

Lothar Berthold „fiel besonders auf, daß die sowjetischen Genossen auf alle kritischen Bemerkungen zu ihrer Politik, vor allen Dingen im Hinblick auf die DDR, außerordentlich empfindlich reagierten. Ich hatte den Eindruck, daß sie alle solche Stellen, aus denen man herauslesen könne, es hätte zu irgendeiner Zeit in ihrer Politik oder in den Handlungen einiger sowjetischer Funktionäre gegenüber der DDR Fehler gegeben, aus dem Geschichtswerk entfernt wissen möchten."[249]

Genosse Solowjow „betonte, daß einige Fehler die es bei der Durchführung der Demontage hier und dort gegeben hätte, in unserer Darstellung überbetont würden. Sie wären keine Allgemeinerscheinungen. Er schlug deshalb vor, unsere entsprechende Feststellung zu streichen." „Die Parteiführung der KPdSU sei stets und immer einheitlich leninistisch gewesen." Genosse Pospelow, der Leiter des Moskauer IML, gab deshalb „zu bedenken, daß es nicht gut wäre, würden in der Geschichte der KPdSU und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in dieser wichtigen Frage unterschiedliche Auffassungen dargelegt. Außerdem warf er persönlich die Frage auf, ob die von uns gewählte Darstellung, nämlich die mehrfache Erwähnung Berijas und der Auswirkungen seines Auftretens und des Auftretens anderer auf unsere Politik, den Interessen beider Parteien dienen würde. Könne eine solche Darstellung nicht Zweifel an der Politik der KPdSU gegenüber der DDR aufkommen lassen?" Bei Berija genüge „eine einmalige, nicht mehrmalige Erwähnung im Geschichtswerk."[250]

247 Ebd., Lothar Berthold, Aktennotiz der Berichterstattung über unsere Moskau-Reise bei Genossen Walter Ulbricht am 27.11.1965, 1.12.1965.

248 Ebd., Lothar Berthold, Bericht der Diskussion mit den sowjetischen Genossen ... 26.11.1965.

249 Ebd., Lothar Berthold an Walter Ulbricht, 29.11.1965.

250 BA DY 30, IV A 2/9.07/206, Lothar Berthold, Bericht der Diskussion mit den sowjetischen Genossen ... 26.11.1965.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Es würde entschieden zu weit führen, hier die Frage zu erörtern, warum Berija trotz dieser klaren sowjetischen Vorgabe im siebten Band dreimal und insgesamt fünfmal auftaucht. Wegen einer einzigen dieser Berija-Passagen schrieb Berthold Ulbricht einen zweiseitigen Brief.[251]

Ulbricht „war im Prinzip mit den Wünschen der sowjetischen Genossen einverstanden. Er betonte jedoch, daß die im Geschichtswerk gegebene Darstellung richtig ist. Er hielt es gegenwärtig aber nicht für zweckmäßig, auf unseren gegenwärtigen Formulierungen zu bestehen ...“[252]

Das waren ganz neue, überraschende Signale aus Moskau, – ein Barometer-Sturz, der viel dazu beiträgt, die Hintergründe des berüchtigten „Kahlschlagplenums“ im Dezember 1965 aufzuhellen. Die Reformkräfte im Politbüro der KPdSU um Andropow, die die „konsequente Fortsetzung der antistalinistischen Linie des 20. Parteitags“ empfahlen, waren offenbar zurückgedrängt. Was Breshnew bei seiner unvermittelten, inoffiziellen Visite in Berlin am 27. November 1965 mit Ulbricht verhandelte „– wir wissen es nicht.“[253] Breshnew selbst war an parteigeschichtlichen Fragen desinteressiert, und Ulbricht in diesen Dingen hoffnungslos unterlegen.[254] Doch das IML in Moskau hatte sich bei den Verhandlungen über die Rolle Stalins im Geschichtswerk explizit auf dessen Autorität gestützt.

Die Geschichte des 11. Plenums ist inzwischen ausgiebig erforscht, die Kritik an den Schriftstellern und Filmemachern, der jugendpolitische Aspekt, die ökonomischen Implikationen, die zensurpolitischen Folgen und die verheerenden Auswirkungen auf Kulturpolitik und literarisches Leben in der DDR sind dargestellt. Der Zusammenhang zwischen Kulturpolitik und Parteigeschichtsschreibung, zwischen 11. und 10. Plenum, wurde jedoch aus einem einfachen Grund übersehen: das „Geschichtswerk“ war zum Zeitpunkt des 11. Plenums noch gar nicht erschienen. Deshalb blieben die Motive der wütigen SED-Spitze für die Zeitgenossen im dunkeln. „Die Plötzlichkeit, mit der eben noch akzeptierte Autoren angegriffen wurden, die Unangemessenheit der Vorwürfe und die Stereotypie, mit der sie ohne Rücksicht auf Gegenargumente wiederholt wurden, riefen für den Außenstehenden zunächst eher den Eindruck eines gigantischen Mißverständnisses hervor.“[255] Niemand ahnte, was diese „Dampfwalze“ (Christa Wolf[256]) antrieb, und konnte die Quelle des plötzlichen Unwetters vermuten, den Stalin-Diskurs als geschichtspolitischen Hintergrund des unerwarteten Kurswechsels: die Verhandlungen mit dem Moskauer IML, das die Aufwertung Stalins signalisierte. Nach dem 11. Plenum war auch in den Parteiorganisationen nicht klar, „daß es bei der Auseinandersetzung mit einigen Künstlern nicht vorrangig um Fragen der Kunst, sondern darum ging, die Aufmerksamkeit der gesamten Partei auf die grundlegende Verbesserung der sozialistischen Erziehung zu lenken ...“ Unter „Herausbildung sozialistischer

251 BA DY 30, IV A 2/9.07/246, Lothar Berthold an Walter Ulbricht, 26.1.1966.

252 BA DY 30, IV A 2/9.07/206, Lothar Berthold, Aktennotiz der Berichterstattung über unsere Moskau-Reise bei Genossen Walter Ulbricht am 27.11.1965, 1.12.1965.

253 Elke Scherstjanoi, „Von der Sowjetunion lernen ...“, S. 49 und 59, in: Günter Agde (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin (2. Auflage) 2000, S. 37–62.

254 BA DY 30, 3294, Aufzeichnung über das Gespräch zwischen dem Genossen Walter Ulbricht und Genossen L.I. Breshnew im ZK der KPdSU in Moskau am 10. September 1966.

255 Leonore Krenzlin, Vom Jugendkommuniqué zur Dichterschelte, S. 160, in: Günter Agde (Hg.), Kahlschlag, S. 154–164.

256 Christa Wolf, Erinnerungsbericht, S. 347, in: ebd., S. 344–354.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Persönlichkeiten" verstand Ulbricht jedoch in erster Linie, daß sich die Jugend „die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse, ihre revolutionären Erfahrungen" aneignen müsse.[257]

Im Gegensatz zu den versammelten Schriftstellern und Kulturpolitikern kannte Honecker, der das 11. Plenum vorbereitet hatte und am 16. Dezember den „Bericht des Politbüro" vortrug, das Manuskript des „Geschichtswerks". In seiner Rede, nur für Eingeweihte verständlich, nahm Honecker unmittelbar darauf Bezug. Er beklagte das bisher mangelnde Verständnis der fehlgeleiteten Jugend „für den historischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei":

„Die ideologischen Ursachen fehlerhafter Erscheinungen und Tendenzen" lägen „vor allem:

- in einem unzureichend gefestigten marxistisch-leninistischen Weltbild einiger Kulturschaffender. Sie haben oft eine subjektivistische Sicht und Wertung, eine unhistorische Betrachtung des Kampfes unserer Partei und der Volksmassen beim Aufbau des Sozialismus;
- in einer nicht genügend vorhandenen Kenntnis der Wissenschaftlichkeit und Kontinuität der Politik der Partei um die Erfüllung der nationalen Mission der Deutschen Demokratischen Republik;
- in Positionen des philosophischen Skeptizismus, der in Kreisen der Intelligenz besonders in Verkennung des schöpferischen Charakters der Beschlüsse des XX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu wirken begann."[258]

„Verkennung des schöpferischen Charakters" des XX. Parteitags hieß, übersetzt, die „rückwärtsgewandte" Kritik am „Personenkult" in den Mittelpunkt zu stellen. Diese Vorgabe wurde etwa gleichzeitig zensurpolitisch umgesetzt. Die ZK-Abteilung Wissenschaften instruierte jetzt ihre Verlage über die „Darstellungen von Auswirkungen des Personenkults":

„Die direkte Thematik (Lagerliteratur) erscheint bei uns nicht, da sie beim Leser, den wir zur Freundschaft mit der Sowjetunion erzogen haben, antisowjetisch wirkt. Literatur, die sich mit der Überwindung der Folgen des Personenkults beschäftigt, muß einen vorwärtsweisenden Aspekt haben. Literatur, die aus einer einseitigen Abrechnung mit dem Personenkult Zweifel an der Richtigkeit des sozialistischen Weges überhaupt aufkommen läßt, ist für eine Veröffentlichung bei uns nicht geeignet."[259]

So kam es, daß die zensurpolitischen Folgen des 11. Plenums mit voller Wucht den Verlag „Volk und Welt", dessen sowjetisches Programm, aber beispielsweise auch die Einfuhr stalinkritischer bulgarischer Lyrik, polnischer Memoirenwerke und tschechischer Anthologien, kurz hauptsächlich die Literatur aus den „Bruderländern" betrafen.[260] Jetzt fiel für zwanzig Jahre jener Vorhang herab, der erst im Zeitalter Gorbatschows durchlässig werden sollte, und das große Schweigen über den „Personenkult" setzte sich in der Begutachtungspraxis als literaturpolitische Linie durch.

---

257 BA DY 30, IV A 2/9.04/62, Abteilung Wissenschaften, Bericht über die Beratung mit den Sekretären der Parteiorganisationen der geschichtswissenschaftlichen Einrichtungen am 27.1.1966, 2.1.1966.

258 Bericht des Politbüros an das 11. Plenum des ZK der SED, vorgetragen von Erich Honecker, ND, 16.12.1965.

259 BA DY 30, IV A 2/9.04/472, Abteilung Wissenschaften, Sektor Verlage und Buchhandel, Konzeption für Mitgliederversammlungen in Verlagen, 14.12.1965.

260 Der Verfasser schreibt derzeit eine Geschichte des Verlags „Volk und Welt".

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Das war es also, was den Künstlern in erster Linie fehlte: die Kenntnis der neuen, wissenschaftlichen Parteigeschichte und ihrer Grundthesen sowie des aktuellen sowjetischen Stalin-Bildes. Die Partei, so lautete die Botschaft, kämpfte von nun an nicht mehr aus der Defensive gegen die moderne „Dekadenz", sondern verfügte endlich über ein überlegenes, „wissenschaftlich" erarbeitetes Selbstverständnis, über eine aus der Geschichte geschöpfte Identität. Warum sollten nicht auch die Schriftsteller und Filmemacher sie propagieren helfen?

Auch inhaltlich unterstützte das „Geschichtswerk" die banausische kulturpolitische Linie des 11. Plenums. Schriftstellern und Künstlern wurde die volkspädagogische Aufgabe zugesprochen, „mit der Methode des sozialistischen Realismus den heroischen Kampf des Volkes für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung" zu gestalten, um „die sozialistische Persönlichkeit zu formen, das Leben der Werktätigen zu bereichern ..." usw.[261] Von einer gesellschaftskritischen öffentlichen Korrektivfunktion der Literatur war nirgends die Rede.

Die Parteihistoriker waren an Fragen der Literaturpolitik weitgehend desinteressiert. Germanisten wie Hans Kaufmann hatten am „Geschichtswerk" die höchst ungleichmäßige Behandlung dieser Thematik, die willkürliche Auswahl von Werken neuerer Literatur und unzulängliche ästhetische Einschätzungen kritisiert. Man könne nicht die frühen fünfziger Jahre, die Zeit der längst überholten Formalismusdebatten, zum stabilen Maßstab der „sozialistischen Kulturrevolution" erklären.[262] Leider waren die Literaturwissenschaftler noch nicht so weit, konkretere Vorschläge zu liefern und mußten sich Ulbrichts Spott gefallen lassen:

W. U.: „Ich nehme an, daß das bei Ihnen alles schon formuliert ist. Sie schreiben doch eigentlich schon die Geschichte der Literatur?"
Hans Kaufmann: „Wir haben sie noch nicht geschrieben."
W. U.: „Bei uns redet man immer darüber, ich höre das immer."
Kurt Hager: „Eine Skizze."
Hans Kaufmann: „Die ist da ..."
Kurt Hager: „Es sind schon einige Bände der Literaturgeschichte da, nur sind die bisher bei 1600."
W. U.: „Ich bin ja nicht gegen die mittelalterliche Literatur."[263]

So kam es, daß zwar heute vergleichsweise unbekannte Autoren wie Joachim Wohlgemuth („Egon und das achte Weltwunder"), der NDL-Redakteur Helmut Hauptmann, der FDGB-Preisträger Benno Voelkner oder der Jugendbuchautor Günter Görlich das Register des achten Bandes zierten, doch die erfolgreichsten Protagonisten des „Bitterfelder Weges" fehlten.[264]

Diese Ignoranz läßt sich weitgehend damit erklären, daß das „Geschichtswerk" mit dem VI. Parteitag 1963 abbrach. So wurden alle aktuellen Diskussionen um die umstrittensten, für „Weite und Vielfalt" stehenden Werke wie Strittmatters „Ole Bienkopp", Erik Neutschs „Spur der Steine", Hermann Kants „Die Aula" und Christa Wolfs „Der geteilte Himmel"

261 GdA, Bd. 8, S. 425f.
262 BA DY 30, IV A 2/2.024/58, S. 116–122.
263 BA DY 30, IV A 2/2.024/59, S. 118.
264 GdA, Bd. 8, S. 349.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

automatisch unterlaufen. Die gefeierten Aushängeschilder einer modernen DDR-Literatur waren auf kaltem Weg aus dem Kanon ausgesperrt. Die Auslassung wurde als Signal verstanden. Im Ministerium für Kultur[265] und selbst im zuständigen Mitteldeutschen Verlag wurden Zweifel laut, inwiefern diese Werke noch maßstabsetzend seien bzw. überhaupt noch verbreitet werden sollten.[266] Stefan Heym und dessen Manuskript über den 17. Juni, „Der Tag X", hatte Ulbricht im Autorenkollektiv scharf kritisiert und so gewissermaßen zum Abschuß freigegeben.[267] Aber auch die Namen der anderen auf dem 11. Plenum kritisierten Künstler wie Frank Beyer, Peter Hacks, Stephan Hermlin, Günter Kunert, Kurt Maetzig und Heiner Müller – ganz von Biermann, Havemann oder auch Werner Bräunig zu schweigen – suchte der Leser des achten Bandes vergeblich. Eine der fruchtbarsten Perioden der DDR-Literaturgeschichte wirkte wie liquidiert, und dies in einem Buch, das werbend nach Westdeutschland ausstrahlen sollte.

265 BA DY 30, IV A 2/9.04/488, Aktennotiz Heintz, 15.1.1966.

266 BA DY 30, IV A 2/9.04/484, Mitteldeutscher Verlag, Bemerkungen zur Situation unter den Autoren unseres Verlages (o. D.).

267 BA DY 30, IV A 2/2.024/60, S. 22ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

KAPITEL 8

Acht Bände (1966–1971)

1. Verkündigung

1.1. Materialisierung und öffentliche Kampagne

„Die Bücher auszuarbeiten, war das eine, sie nun zu lesen und viele dafür zu gewinnen, sie zu lesen, ist nun noch eine zweite Aufgabe." (Lothar Berthold)[1]

Im Juli 1965 lud der Dietz-Verlag die Spitzen der Druckindustrie und Papierwirtschaft, den Chef der HV Verlage und Buchhandel und den Generaldirektor der ZENTRAG sowie die Leiter der zuständigen ZK-Abteilungen Wissenschaft und Propaganda zu einem in der Geschichte des DDR-Verlagswesens einmaligen Gipfeltreffen ein. Die vom 10. Plenum gestellte „ehrenvolle Aufgabe", eine „achtbändige ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' ohne jede Verzögerung umgehend zu veröffentlichen", erforderte äußerste Anstrengungen und ein Höchstmaß an Koordination. Der Dietz-Verlag teilte Terminplan und Materialbedarf mit. Im September würde das erste Manuskript eintreffen. Ende März 1966 mußte alles fertig sein, jedenfalls eine Teilauflage von 50 000 Stück, der gleich im nächsten Quartal 30 000 weitere gebundene Ausgaben folgen würden. Zu diesem Zweck benötigte der Dietz-Verlag 640 Tonnen holzfreies (!) Papier (etwa ein Achtel der Menge, die dem DDR-Verlagswesen insgesamt im Jahr zur Verfügung stand[2]) und (für die 700 Bilder und Schutzumschläge) 88 Tonnen des noch weit selteneren Kunstdruckpapiers, „weiß aufgehellt 100 g/m^2 mit Aerolith-Strich". Das „Staatliche Kontor Zellstoff und Papier" garantierte

1 BA DY 30, IV A 2/9.04/62, Abteilung Wissenschaften, Beratung mit den Sekretären der Parteiorganisationen der geschichtswissenschaftlichen Einrichtungen am 27.1.1966.

2 BA DY 30, IV A 2/9.04/493, HV Verlage und Buchhandel (Schmidt) an Volkswirtschaftsrat, Abt. Holz/Papier/Polygraphie, 13.6.1963.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Werkdruckpapier von gleichbleibender Qualität. 57 000 Meter mattgewebtes Leinen versprach der Polygraphiespezialist des Volkswirtschaftsrates aus der ČSSR zu importieren.[3]

Etwa zur gleichen Zeit scheiterte die Fertigstellung der dreibändigen „Deutschen Geschichte" – der „geschichtswissenschaftlichen „Meistererzählung"[4] – daran, daß keine 2 000 Meter Einbandmaterial aufzutreiben waren. Es fehlte „an allen Reserven", nicht nur an Papier, sondern an Satzkapazitäten, Lacken, Zink und Filmen für die Klischeeanfertigung. Die kleinsten Defizite lösten immer wieder „Kettenreaktionen" aus. Der Deutsche Verlag der Wissenschaften, der diese Krise mit 110 Papiertonnen behoben hätte, konnte ein gutes Drittel seiner Produktion an wissenschaftlichen Standardwerken, darunter diverse devisenversprechende Exportaufträge, nirgends unterbringen. Er beklagte einen – selbst an den üblichen knappen Verhältnissen gemessen – „alarmierenden Zustand" und die „katastrophale" Verschärfung der Produktionsschwierigkeiten: „Die Druckereien reichen uns die bereits vorliegenden Manuskripte mit Bedauern zurück." So wurde der „Deutsche Geschichtskalender 1964 ... blamablerweise erst 1966 ausgeliefert."[5] Auch die zwölfbändige Goethe-Ausgabe des Aufbau-Verlages, ein längst fest verkauftes Prestigeobjekt, wurde zunächst „wegen Rohstoffmangel als nicht realisierbar abgewiesen" – für die „Bibliothek deutscher Klassiker" fehlten 46 Tonnen. Um diese im Vergleich zum „Geschichtswerk" ganz unscheinbare Menge auftreiben zu können, strich die ZENTRAG dem Dietz-Verlag vier Lenin-Bände sowie „Das Kapital" von Karl Marx aus dem Plan.[6]

Der Dietz-Verlag, die Papierfabriken Dreiwerden und Rosenthal und mehrere Druckereien begannen einen sozialistischen „Komplexwettbewerb": die Offizin Andersen Nexö druckte Band 4, die LVZ-Druckerei Hermann Duncker Band 6 und die übrigen Bände übernahm das Karl-Marx-Werk in Pößneck. Fortschritt Erfurt lieferte die Klischees. Insgesamt wurden 65 000 Mark an Prämiengeldern ausgelobt. Alles hing an der pünktlichen Lieferung der Manuskripte „entsprechend der TGL 6710" durch den Dietz-Verlag, der seinerseits vom IML abhängig war.[7]

Anfang November 1965 war der zweite Band fertig gesetzt und imprimiert, zum ersten Band fehlte noch das Vorwort. Band 3 befand sich in der Schlußredaktion, Band 4 lag bei Ulbricht, und Band 5 wurde Hager übergeben.[8] Mitte Januar 1966 wurde der mit dreiwöchiger Verspätung abgelieferte Band 3 ausgedruckt, von Band 4 und 5 wanderten die letzten Korrekturbogen in die Druckerei, und Band 6 und 7 waren gesetzt. Band 8 verzögerte sich, weil er erst noch nach Moskau geschickt werden mußte.[9]

---

3 BA DY 30, IV A 2/9.03/35, Dietz-Verlag an ZK der SED, Abt. Propaganda (Tiedke), 30.6.1965; ebd., Dietz-Verlag, Protokoll über die Besprechung betr. des 8-bändigen Geschichtswerkes am 7.7.1965.

4 Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses, München 2000, S. 183 und 189.

5 BA DY 30, IV A 2/9.04/479, Deutscher Verlag der Wissenschaften (Beranek) an ZK, Abt. Wissenschaften, 19.7.1965 und 27.9.1965, Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der polygraphischen Industrie.

6 BA DY 30, IV A 2/9.04/478, Aufbau-Verlag an Abt. Wissenschaften (Lucie Pflug), 15.7.1966; ZENTRAG an Abteilung Wissenschaften, 18.8.1966.

7 BA DY 30, IV A 2/9.13/3, Komplexwettbewerb für die Herstellung des achtbändigen Werkes „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung".

8 BA DY 30, IV A 2/9.07/9, IML-Direktion, Protokollnotiz von der Abteilungsleiterberatung am 5.11.1965.

9 BA DY 30, IV A 2/9.07/246, Lothar Berthold an Walter Ulbricht, 17.1.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Das große Kollektiv des Dietz-Verlages war jetzt vollständig in die Arbeit eingespannt.[10] Entsprechend ärgerlich reagierte der Parteiverlag auf jede Verzögerung. Die ZENTRAG beschwerte sich, weil die größten Druckereien in Wartestellung blockiert waren und die Buchproduktion des Leselandes wegen des Achtbänders streckenweit lahmgelegt zu werden drohte.[11] Allein um außerplanmäßig eine halbe Million der broschierten Version von Band 6 herzustellen, fielen in der Druckerei Neues Deutschland zehn Titel anderer Verlage aus, darunter der Fernsehkurs Englisch von „Volk und Wissen", die Reclam-Ausgabe von „Nackt unter Wölfen" und die Septemberausgabe der allseits begehrten „Romanzeitung" von „Volk und Welt".[12]

Zum achten Band gab es allerdings in Moskau kaum noch Einwände. Er habe „ihre Herzen erwärmt", lobten ihn die sowjetischen Genossen und sprachen ihre Glückwünsche aus.[13] So war schließlich alles vollbracht, und das „Geschichtswerk" erschien rechtzeitig zum 20. Jahrestag der SED.

Lothar Berthold und die Arbeitsgruppenleiter – Bartel, Fricke, Diehl und Horn – erhielten den mit 100 000 Mark dotierten Nationalpreis 1. Klasse, die übrigen Autoren den Vaterländischen Verdienstorden in Silber und für die wissenschaftliche Organisation Fredi Sumpf das „Banner der Arbeit".[14] Diese mit Prämien verbundenen Ehrungen waren zwischen Berthold und Ulbricht als Kompensation vereinbart,[15] da alle ohne besonderes Honorar im Parteiauftrag gearbeitet hatten.

Die Auflagenhöhe der gebundenen Ausgabe lag bei insgesamt 150 000.

Die letzen drei Bände (1945–1963) wurden zu einer 1 160 Seiten starken Sonderausgabe in Halbleinen für die FDJ zusammengefaßt. Hier betrug die Auflagenhöhe 200 000 Stück, für die 250 Tonnen Papier benötigt wurden.[16] Hinzu kamen die Sonderdrucke der einzelnen Kapitel für das Parteilehrjahr in einer Auflagehöhe zwischen 600 000 (Kapitel VI–XIII) und 800 000 (Kapitel I–V).[17] Insgesamt verschlang der Achtbänder 3 300 Tonnen Papier. Zum Vergleich: Zwischen 1976 und 1990 leitete Lothar Berthold den Akademie-Verlag, und verbrauchte dort in all den Jahren nicht viel mehr. Das Kontingent des repräsentativen Wissenschaftsverlages und führenden Buchexporteurs der DDR lag zwischen 240 (1962) und 350 Tonnen (1980), womit Jahr für Jahr über dreihundert Bücher produziert wurden.[18] Allein die 1 200 Tonnen holzfreies Papier für die gebundene Ausgabe des „Geschichtswerks" entsprachen dem jährlichen Kontingent aller acht Kunst- und Musikverlage der DDR, wor-

10 BA DY 30, IV A 2/9.13/1, Dietz-Verlag, Protokoll der Verlagsleitersitzung am 13.10.1965.
11 BA DY 30, IV A 2/9.04/485, ZENTRAG an Ministerium für Kultur, HV Verlage und Buchhandel, 2.12.1965.
12 BA DY 30, IV A 2/9.04/472, HV Verlage und Buchhandel, 6.6.1966.
13 BA DY 30, IV A 2/9.07/206, Bericht der Diskussion mit den sowjetischen Genossen, 28. 2.1966.
14 BzG 1/1967, S. 148ff.
15 BA DY 30, IV A 2/9.07/38, Lothar Berthold an Hager, 28.12.1965.
16 BA DY 30, IV A 2/9.03/35, Dietz-Verlag an Abt. Propaganda, 19.3.1966.
17 BA DY 30, IV A 2/9.07/249, Lothar Berthold, Referat für die konstituierende Sitzung des Autorenkollektivs der zweiten Auflage ... am 9. 2.1968.
18 Privatarchiv Günter Hertel, Vorlage für die Dienstbesprechung des Präsidenten der AdW am 14.5.1980. Lothar Berthold, Der Akademie-Verlag Berlin, in: Mark Lehmstedt/Siegfried Lokatis (Hg.), Das Loch in der Mauer, S. 225–232.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

unter sich so große Unternehmen wie der Seemann-Verlag, der Verlag der Kunst und Henschel befanden.[19]

In der vierzigjährigen Geschichte des „Leselandes" gab es eine ganze Reihe zentraler, von der staatlichen Literaturbehörde gelenkter Absatz- und Werbekampagnen. Doch in der Regel waren sie keinem einzelnen Titel gewidmet, sondern galten beispielsweise ganz allgemein der Dietz-Produktion, der Lyrik, der sowjetischen Literatur, der Bitterfelder Gegenwartsliteratur, Büchern zur Bodenreform, dem Kinderbuch oder (im Lenin-Jahr 1970) den Werken von und über Lenin.

Die Propagandakampagne, die Presse- und Schulungsarbeit, die dem „Geschichtswerk" gewidmet waren, stellten insofern ein herausragendes Unikum dar. Sie verschafften dem Thema „Geschichte der Arbeiterbewegung" in der DDR-Öffentlichkeit wie nie zuvor allgegenwärtige und nachhaltige Präsenz.

Der Dietz-Verlag hatte die U-Bahn in Berlin mit Vitrinen ausstaffiert und stützte sich inzwischen auf Werbefilme („Der Fernsehliteraturobmann").[20] Die ZK-Abteilung Wissenschaften trommelte 228 führende Historiker und Parteisekretäre aller Hochschulen und Fakultäten zusammen, um das 11. Plenum auszuwerten und „viel Schwung, Freude und Begeisterung" für den Achtbänder zu wecken. „Es ist die Geschichte unserer eigenen Bewegung, unserer Klasse, der Arbeiterklasse, unserer Partei", resümierte Lothar Berthold. „Was können wir Schöneres verbreiten?"[21]

Im ZK entstanden entsprechende „Maßnahmepläne". Der Maßnahmeplan des Sektors Gesellschaftswissenschaften sah beispielsweise vor, daß das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen weitere Maßnahmepläne ausarbeiten sollte, etwa „zum systematischen Studium des Geschichtswerkes durch alle Mitarbeiter der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen" oder zur „Verbesserung der Ausbildung und Erziehung der Geschichtslehrerstudenten".[22] Das Staatssekretariat machte sich an die „Ausarbeitung eines langfristigen Programms aller Universitäten, Hoch- und Fachschulen für die systematische Propagierung der Geschichte der Arbeiterbewegung (Lektionen, Colloquien u.a.m.)", ließ das „Geschichtswerk" inhaltlich und methodisch „in allen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen insbesondere auf den Gebieten der Literatur und Kunst, Rechtswissenschaften und Pädagogik" auswerten, die „Lehrprogramme Philosophie, Ökonomie und wissenschaftlicher Sozialismus" neu fassen und „die Pläne für Tagungen und Kongresse, Publikationen und die Auslandsarbeit der Hoch- und Fachschulen" mit dem Ziel überprüfen, „die Erkenntnisse des Geschichtswerkes in die Lösung dieser Aufgabe einzubeziehen."[23] Der Achtbänder wurde „zur Grundlage auch des Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterrichts der allgemeinbildenden Schulen sowie der Weiterbildungsveranstaltungen der entsprechenden Lehrkräfte. Die betreffenden Bände des Geschichtswerkes lagen der Überarbeitung der Lehrplä-

19 BA DR-1, 7809, Papierstatistik Sektor Kunst und Musik 1959–1961.

20 BA DY 30, IV A 2/9.13/7 (Dietz), Abt. Presse und Werbung, Analyse der Wirksamkeit der Werbemittel ..., 26.9.1967.

21 BA DY 30, IV A 2/9.04/62, Abteilung Wissenschaften, Beratung mit den Sekretären der Parteiorganisationen der geschichtswissenschaftlichen Einrichtungen am 27.1.1966.

22 BA DY 30, IV A 2/9.04/137, Sektor Gesellschaftswissenschaften, Vorschläge für den Maßnahmeplan zur Popularisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 7.1.1966.

23 Ebd., Konzeption und Maßnahmeplan zur Auswertung und Propagierung der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" im Bereich des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

ne für die 8. bis 10. Klassen der Oberschulen sowie für die 11. und 12. Klassen der erweiterten Oberschule zugrunde."[24]

Zu den bemerkenswertesten Einrichtungen im IML gehörte die 1963 gegründete „Propagandakommission" der Geschichtsabteilung. Sie organisierte systematisch Kontakte zu Presse und Rundfunk, stellte Artikelpläne auf, regte Wanderausstellungen, eine Geschichtsbeilage im ND, die Anfertigung von Schallplatten und Dia-Tonreihen an und legte die Grundrichtung von öffentlich wirksamen, auch für ausländische Zeitschriften attraktiven Argumentationen fest.[25]

Für die Propaganda des Achtbänders wurden alle gesellschaftswissenschaftlichen Zeitschriften aktiviert. Eine ZfG-Sondernummer enthielt Beiträge zu den fünf Hauptperioden, um „dem spezifischen Leserkreis der ZfG ein Hilfsmittel zum Studium der acht Bände in die Hand" zu geben und „die Nichtleser der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Bezieher der ZfG in Westdeutschland und im Ausland, mit den Materialien und den Gedanken des Werkes vertraut" zu machen.[26] Die Redaktion des Funktionärsorgans „Neuer Weg" sah „für die Popularisierung des Geschichtswerkes ihre erste Aufgabe darin, den leitenden Parteiorganen, Bildungsstätten und Propagandisten Erfahrungen zu vermitteln, wie mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gearbeitet werden" müsse und konzentrierte sich auf die methodische Anleitung der Geschichtszirkel, Schulparteiorganisationen und marxistischen Kolloquien an den Universitäten.[27] Die Zeitschrift „Pädagogik" fragte Lothar Berthold nach der Bedeutung des „Studiums der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor allem auch für jeden Lehrer, Erzieher und pädagogischen Wissenschaftler".[28] Ein bis 1970 reichender Perspektivplan des IML bestimmte, daß dessen Hauszeitschrift BzG die Auswertung und Propagierung des Achtbänders gleich fünf Jahre lang in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stellen sollte. Um der Monotonie vorzubeugen wurde allerdings festgelegt, nur weiterführende Aufsätze mit neuen Gedanken zum „Geschichtswerk" aufzunehmen.[29]

Die BzG übernahm auch die Federführung, um einen Themen- und Artikelplan im Republikmaßstab zu entwerfen, den die Chefredakteure der Gewi-Periodika „Geschichte und Staatsbürgerkunde", „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte", „Staat und Recht", „Theorie und Praxis", „Weimarer Beiträge", „Wirtschaftswissenschaft"[30], „Zeitschrift für Militärgeschichte" usw. mit Lothar Berthold vereinbart hatten. Die „Deutsche Außenpolitik" sollte sich demnach mit der „Genesis einer proletarischen außenpolitischen Konzeption", die

24 Ebd., IML (Lothar Berthold), Vorlage zur Entwicklung einer vielfältigen Geschichtspropaganda, 30.11.1963.

25 Ebd.

26 BA DY 30, IV A 2/9.04/114, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Becker) an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, 11.11.1965.

27 BA DY 30, IV A 2/9.04/137, Redaktion „Neuer Weg" (Wettengel) an Abt. Wissenschaften, 18.11.1965.

28 BA DY 30, IV A 2/9.07/92, Pädagogik (Dallmer) an Lothar Berthold, 23.8.1966. Vgl. Unser Interview: Lothar Berthold, in: Pädagogik, 11/12 1966, S. 948–951.

29 BA DY 30, IV A 2/9.04/260, Vorlage Nr. 2. Für die Kollegiumssitzung am 10.12.1965, Betr. Geschichtswerk und BzG.

30 Erika König, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in Wirtschaftswissenschaft, 4/1967, S. 52–559.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

„Urania" mit der Geschichte der Naturfreunde und Freidenker, und die „Deutsche Zeitschrift für Philosophie" mit „Demokratie und Freiheit im Sozialismus" befassen.[31]

Dank der „Propagandakommission" verfügte das IML über ausgezeichnete Rundfunk-Kontakte. Im Frühjahr 1966 liefen 12 Vorträge über den Vereinigungsprozeß zur SED,[32] danach konzipierte man einen weiteren Zwölfteiler in Radio II DDR, „um mit der Sendereihe wesentliche Ergebnisse" des „Geschichtswerks" zu verbreiten.[33] Der Deutschlandsender brachte ein, wie die Redakteurin beklagte, leider wieder einmal zu akademisch geratenes IML-Format „mit sechs Vorträgen zum Thema Historische Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse und Kontinuität der Politik der Partei".[34] In Radio DDR I veranstaltete das IML eine Kommentar-Reihe, die an solche Ereignisse wie die Eröffnungsrede Clara Zetkins im Reichstag oder an die Hinrichtung der Matrosen Köbis und Reichpietsch erinnerte. Im August 1966 wurden acht, im September sieben der bisweilen von ätzender Polemik gekennzeichneten Kommentare ausgestrahlt.[35]

„Meine Hörerinnen und Hörer!", begann beispielsweise Walter Wimmer. „Am 11. Juli wurde Herbert Wehner mit dem großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband dekoriert. Der Notstandsexperte Lücke überreichte ihm den Orden im Auftrage des KZ-Baumeisters, der der Bundesrepublik präsidiert", fuhr er fort, um kühn in die Richtung „Geschichtswerk" zu lenken: „Können Sie sich, meine Damen und Herren, einen August Bebel oder Wilhelm Liebknecht als Träger etwa des Schwarzen Adlerordens, verliehen vom Hohenzollernkaiser, vorstellen?"[36]

Als unbestrittener Höhepunkt der IML-Geschichtspropaganda galt die Fernsehserie „Kämpfer und Sieger", „das bedeutendste publizistische Vorhaben des Fernsehfunks."[37] „Die Parteigeschichtsschreibung konnte und mußte sich nun eines weiteren Mediums bedienen."[38] Zu jedem der fünfzehn Kapitel des „Geschichtswerkes" war eine Folge gedreht worden, das Fernsehen hatte die entsprechenden Bandautoren als Berater hinzugezogen. Für die Frühzeit arbeitete der Leiter der Dokumentation Wolfgang Böttner mit Trickfilm, ab 1919 hauptsächlich mit Archivmaterial und für die Zeit nach 1945 mit Neuaufnahmen. Jeder Folge war eine dramatische, mit Schauspielern gestellte Szene vorgeschaltet. Über die Frage, inwieweit das IML auch politisch verantwortlich und zu entsprechenden Eingriffen berechtigt sei, kam es zu Auseinandersetzungen. Einige Drehbuchautoren und der Regisseur waren parteilos, doch der Fernsehfunk wollte „sich so wenig wie möglich in ‚seine' Sendung hineinreden lassen" und lud die IML-Berater nicht zu den Filmabnahmen ein.[39] Als einer

31 BA DY 30, IV A 2/9.04/260, BzG-Redaktion, Vorschlag für die Zusammenarbeit gesellschaftswissenschaftlicher Zeitschriften ..., 31.3.1967.

32 BA DY 30, IV A 2/9.07/53, IML, Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Aktennotiz über die Sitzung der Propagandakommission, 11.6.1965.

33 Ebd., IML, Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Plan der Geschichtspropaganda im zweiten Halbjahr 1966, 5.7.1966.

34 Ebd., Deutschlandsender (Anne Storm) an Lothar Berthold , 5.2.1966

35 Ebd., IML, Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kommentare Radio DDR I, 4.8.1966.

36 Ebd., Dr. Wimmer, Gemeinsamkeit – mit wem und wofür? Ablage Prop.-Mappe, 15.8.1966.

37 Ebd., DFF, Wolfgang Böttner, Politische Grundkonzeption zur 15-teiligen Sendereihe ..., 10.1.1966.

38 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1949–1989, S. 39.

39 Ebd., IML Hausmitteilung Wolfgang Schuhmann an Roßmann, 27.10.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

von diesen die letzte Fassung des Drehbuches sehen wollte, bekam er zu hören, „daß es prinzipiell keine letzten Fassungen gäbe und daß die Betreuer nur noch die Möglichkeit hätten, ‚Tag und Nacht im Schneideraum' zu arbeiten." Dort konnte man angesichts der „drängenden Termine" allenfalls noch „direkte Fehler ausmerzen".[40] In der letzten Folge wurde Ulbricht im „Haus des Lehrers" interviewt. Erst im letzten Moment fiel auf, daß neben dem Chef im Fenster ein großes Filmplakat zu sehen war mit dem Text: „Der Boss hat sich was ausgedacht."[41] Trotz solcher auf das ungewohnte Genre zurückzuführenden Friktionen wurde die Reihe ein großer Erfolg. „Millionen Menschen, mehr als wir jemals über Veröffentlichungen erreichen werden, wurden die Grunderkenntnisse des Geschichtswerkes und die historischen Wurzeln der Politik unserer Partei und unseres Staates vermittelt."[42]

1.2. Die organisierte Rezeption in der SED

Entsprach die Rezeption diesem Aufwand? Die Absatzzahlen sprechen deutlich dafür.

Berthold fürchtete, daß die Startauflage von 80 000 nicht ausreichen würde – und seltsamerweise war diese Sorge trotz eines Preises von insgesamt 88.- Mark für alle acht Bände berechtigt. Auch die Nachauflage von 70 000 Stück war mit Hilfe der NVA nach zwei Jahren bis auf 3 000 vergriffen.[43] Der Dietz-Verlag verdoppelte 1966 und 1967 mit dem Achtbänder Produktion und Absatz.[44] Allein die gebundene Fassung (150 000 x 88.-) und die FDJ-Ausgabe (200 000 x 9.-) brachten 15 Millionen Mark. Der Literaturvertrieb der SED stieg von 1,28 Millionen 1965 auf 6,75 Millionen 1966 bzw. 7,087 Millionen Mark 1967 und erlebte einen sensationellen Boom. Immerhin galt die Parteilehrjahr-Auflage von 800 000 Stück für die Kapitelsonderdrucke für leicht überhöht, weil nur 90% vergriffen waren.[45]

Eine ganz andere Frage ist, ob das „Geschichtswerk" in einem auch nur annähernd entsprechenden Ausmaß gelesen worden ist. Hier läßt sich nur spekulieren. Auf der einen Seite waren die acht Bände von Anfang an auf populäre Breitenwirksamkeit angelegt. Stilredakteure hatten mit von Kapitel zu Kapitel recht unterschiedlichem Erfolg geholfen, das Ganze genießbar zu machen. Ulbricht forderte bei jeder Gelegenheit, die üblichen Deklamationen durch Anschaulichkeit zu ersetzen. Für die politisch interessierten Kenner gab es eine Vielzahl ausgesprochener Leckerbissen, vergessene Namen, spektakuläre Einschätzungen, nicht zu vergessen die Dokumente. Für den Veteranen, der alles selbst miterlebt hatte und die entsprechenden Vorbehalte hegte, bildeten die acht Bände natürlich ein ganz anderes Lese-

40 Ebd., IML (Berthold) an DFF, Heinz Grote, 20.3.1967.
41 Interview mit Günter Benser, 6.12.2001.
42 Ebd., Abteilung Geschichte, Abschlußbericht über die Fernsehsendung „Kämpfer und Sieger", 27.6.1967.
43 BA DY 30, IV A 2/9.07/249, Lothar Berthold, Referat für die konstituierende Sitzung des Autorenkollektivs der zweiten Auflage ... am 9.2.1968.
44 BA DY 30, IV A 2/9.13, Dietz-Verlag, Hausmitteilung des Buchvertriebs, 24.4.1968.
45 BA DY 30, IV A 2/9.03/50 A, Bericht über den Stand der Durchführung des Beschlusses des Sekretariats des ZK vom 7.7.1965 „Über den Literaturvertrieb in den Grundorganisationen und die Aufgaben des Literaturobmanns".

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

erlebnis, als für die gutgläubigere Mehrheit der nach 1945 rekrutierten Aufbau-Generation oder für den jüngsten FDJ-Nachwuchs, der von vornherein mit dem ungenießbarsten Teil, den Bänden zur DDR-Geschichte, geschult wurde.

Obwohl ein disziplinierter Genosse zu jedem Opfer bereit war, ist schwer vorstellbar, daß irgend jemand alle acht Bände womöglich an einem Stück gelesen haben soll. Hier gab es physische Grenzen. Zumindest Walter Ulbricht, Kurt Hager und Lothar Berthold mußten sie bei der Endabnahme der letzten Fassung überwinden.[46] Doch im Parteilehrjahr wurden die Kapitelsonderdrucke in chronologischer Folge aus gutem Grund häppchenweise, über vier Jahre gestreckt verabreicht. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Parteilehrjahrs waren zentral vorgegeben. Die Autoren der acht Bände hatten sie in Abstimmung mit den Propagandaspezialisten des ZK festgelegt. Einer der insgesamt 32 Zirkelabende sollte sich beispielsweise „mit der prinzipiellen Bedeutung der Kritik von Marx und Engels am Gothaer Programm befassen und daraus Schlußfolgerungen für den heutigen Kampf ziehen." So würden sich die Teilnehmer „mit gegnerischen Auffassungen in der Frage des Staates und der Demokratie sowie mit revisionistischen Lobpreisungen über den bürgerlichen Parlamentarismus auseinandersetzen."[47] Die Kurse widmeten jedem Kapitel zwei Abende. Die Propagandisten fanden sich damit ab, daß nicht alle allmonatlich immer ihre 80 Seiten gelesen hatten – welcher Universitätslehrer würde ein solches Pensum aufgeben –, aber man kam doch vorwärts und arbeitete im Jahr eine Hauptperiode durch. Als man nach vier Jahren bei der V. Hauptperiode angekommen war, waren mit der „nationalen Grundkonzeption" die inhaltlichen Fundamente des „Geschichtswerks" allerdings längst zerbröckelt.

Anfang 1968 studierten das „Geschichtswerk" insgesamt „fast 930 000 Genossinnen und Genossen und viele Parteilose, zum Teil ganze sozialistische Brigaden" im Parteilehrjahr in über 50 900 relativ gut besuchten Zirkeln,[48] weit über die Hälfte der Parteimitglieder. Die „befreundeten Parteien" blickten neidvoll auf das Getriebe, baten das IML um Gastvorträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und äußerten, allen voran die LDPD, den Wunsch, ebenfalls ihre Geschichte schreiben zu dürfen. Das IML hatte dagegen keine Einwände, solange die führende Rolle der SED sichtbar bleibe, bezweifelte jedoch, daß für diesen Zweck genügende Forschungskapazitäten zur Verfügung stünden.[49] Die Abteilung Propaganda beobachtete das „große Interesse" an der Parteigeschichte hingegen mit gemischten Gefühlen, weil dadurch die ökonomischen Fragen vernachlässigt würden.[50]

In Eberswalde kletterte die Zahl der Geschichtszirkel 1966 von 25 auf 150. Zwickau meldete, daß sich diesmal 93% aller Lehrer daran beteiligten. Bald veranstalteten die Geschichtszirkel erste sozialistische Wettbewerbe – der Preis war ein Omnibusausflug zu einer historischen Stätte. Ein Propagandist des VEB Bettfedernfabrik Gustrow besuchte mit sei-

46 Interview mit Lothar Berthold am 10.9.2001.

47 BA DY 30, IV A 2/9.03/50 A, (Abteilung Propaganda des ZK), Zur Parteischulung der SED.

48 BA DY 30, IV A 2/9.07/249, Lothar Berthold, Referat für die konstituierende Sitzung des Autorenkollektivs der zweiten Auflage ... am 9. 2.1968.

49 BA DY 30, IV A 2/9.07/44, Hausmitteilung des IML (Abt. Geschichte) an Lothar Berthold, 24.10.1966.

50 BA DY 30, IV A 2/9.03/50 A, (Abteilung Propaganda des ZK), Ergänzende Informationen über den Stand des Parteilehrjahres 1966/1967.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

nem Zirkel Filme wie „Die Abenteuer des Werner Holt", die Ausstellung „50 Jahre Sowjetmacht", Sachsenhausen und Ravensbrück.[51]

Im Herbst 1966 eröffnete das Deutsche Historische Museum „die erste ständige Ausstellung nach dem Erscheinen der ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' über die Jahre 1917 bis 1933". Sie schätzte die Sozialdemokratie entsprechend differenzierter ein und enthielt tatsächlich Möbel aus der Hamburger Wohnung Ernst Thälmanns. Den Kapiteln V bis IX war jeweils ein Raum gewidmet.[52] Wie schon 1963 nach dem „Grundriß" mußten wieder die Museen in ihrer „ideologischen Aussage" „ausgehend von den Feststellungen im Geschichtswerk" aktualisiert werden. Für die Ausstellung „20 Jahre SED" erwies sich z. B. die Karte „Antifaschistischer Widerstandskampf in Deutschland 1935–1939" als ungeeignet. Erstens war bereits die Überschrift falsch und lautete besser „Die Führungstätigkeit des ZK der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf 1935–1939". Zweitens sollte „die Markierung ‚ZK der KPD' in Moskau gegenüber der Markierung ‚Abschnittsleitungen des ZK der KPD' visuell wirksamer hervortreten", drittens mußten „die deutschsprachigen Sendungen des Moskauer Senders gekennzeichnet werden" und viertens waren von der Auslandsleitung des ZK der KPD „Verbindungslinien zu den Abschnittsleitungen des ZK der KPD einzuzeichnen, da von hier aus die Instruktion der Abschnittsleitungen des ZK der KPD erfolgte ... Wenn die führende Rolle des ZK der KPD richtig zum Ausdruck kommen soll, müßte man noch ein zusätzliches Schema anfertigen, das die Reichweite des ZK (und des NKFD) über die ganze Welt zeigt."[53]

Es war nicht leicht, das Studium von acht Bänden interessant zu machen.

Lehrer schlugen vor, das Textbild zu verbessern und wichtige Daten und Fakten im Stil der fünfziger Jahre durch Buntunterstreichung, Kennzeichnung am Seitenrand und Zusammenfassungen im farbigen Druck hervorzuheben, um das Studium „freudvoller" zu gestalten.[54] Wie handlich und didaktisch vorstrukturiert war doch der „Grundriß" mit seinen übersichtlichen Thesen gewesen! Die IML-Spezialisten rieten dazu, bei der Interpretation stets von der Frage nach der Macht auszugehen.[55] Bei dem zwanzigmal umfangreicheren „Geschichtswerk" war der Parteischüler auf solche Interpretationshilfen angewiesen, auf entsprechende Leitfäden, „Studieneinführungen" und Rezensionen, vor allem jedoch auf kompetente Zirkelleiter, die auch „komplizierte" Fragen beantworten konnten. „Gewiß. Zahlreiche Propagandisten haben sich vor Jahren mit dem ‚Grundriß' befaßt, doch das reicht nicht", mahnte der „Neue Weg".[56]

So kam es „besonders darauf an, Tausende von neuen Propagandisten für die Leitung der Geschichtszirkel zu befähigen", in „Kurzlehrgängen an den Parteischulen, Wochenend-

51 Vgl. Neuer Weg 19/1966, S. 595f., Heinz Reiber, Von 25 auf 150 Geschichtszirkel; vgl. ebd., 10/1967, S. 491f., Zirkel im Wettbewerb; vgl. ebd. 23/1967, S. 1110, 93 Prozent der Lehrer nehmen am Parteilehrjahr teil; vgl. ebd. 1/1968, S. 30–32, Der Leser hat das Wort. Interessantes Parteilehrjahr.

52 Wolfgang Kießling, Die Jahre 1919–1933 im Museum für Deutsche Geschichte, in: BzG 1/1967, S. 131–143.

53 BA DY 30, IV 2/9.07/90, IML (Glondajewski/Kraushaar/Löwel), Begutachtung der Ausstellung 20 Jahre SED (Februar 1966).

54 BA DY 30, IV A 2/9.03/35, Die Lehrer der Gersinski-Oberschule in Velten an das IML, 29.4.1967.

55 Neuer Weg 1/1967, Konsultation (Ernst Diehl, Wolfgang Arlt, Manfred Teresiak): Wie sollte die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung studiert werden?

56 Neuer Weg 19/1966, S. 595f., Heinz Reiber, Von 25 auf 150 Geschichtszirkel.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schulungen oder Vortragszyklen und Seminaren bei den Bildungsstätten der Partei."[57] Das „Geschichtswerk" war noch gar nicht erschienen, da löste ein Lehrgang für Multiplikatoren, ML- und Bezirksparteischul-Lehrer, Bezirksparteiarchivare und Museumsmitarbeiter den anderen ab.[58] „Gründliche Aneignung der neuen Erkenntnisse und des theoretischen Gehalts, breite Popularisierung des Geschichtswerkes anhand örtlicher Erfahrungen, systematische und zielstrebige Forschungsarbeit auf der Grundlage des Geschichtswerkes", lauteten die Zielstellungen für die Vertreter der örtlichen Geschichtskommissionen. Die so Instruierten führten ihrerseits Lehrgänge auf Bezirksebene durch.[59]

Um den Eindruck der acht Bände auf die Parteibasis abzuschätzen, wäre ein umfangreiches „oral history"-Projekt die angemessene Methode. Das IML selbst nutzte die Schulungen, um die Rezeption des „Geschichtswerks" zu studieren. Die Schulungsleiter der Bezirke meldeten, welche Fragen die Leser stellten. Hierbei handelte es sich allerdings weitgehend um erfahrene Propagandisten, die abgründige Fragen für Kenner zu formulieren verstanden und sich, ohne die delikaten Spielregeln solcher Diskussionsrunden zu verletzen, anscheinend bisweilen einen Spaß daraus machten, verborgene innere Widersprüche des Textes und schiefe Einschätzungen aufzuspüren. Wenn man beispielsweise die Periodisierung ernst nahm, war die DDR gegenüber Westdeutschland doch nicht nur eine, sondern zwei Epochen voraus! Warum, so lautete eine andere gut gezielte Frage, begann die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit dem Bund der Kommunisten, einer internationalen Organisation, die man doch genausogut als erste französische oder englische Arbeiterpartei einschätzen könne. Um die Zurücksetzung Rosa Luxemburgs zu konstatieren, brauchte man kein einziges Wort zu lesen, sondern es genügte ein Blick auf die ersten fünf Seiten mit den Porträtfotos der als Paten des Werkes auserkorenen Klassiker Marx, Engels, Lenin, Bebel und Karl Liebknecht: aber die ganz unverfänglich gestellte Frage, auf welche Fakten sich „die Einschätzung der Linken in ihrer Frühperiode" eigentlich stütze, verbarg eine schneidende, tiefgründige Kritik. Auch auf die manche dunkle Saite anschlagende Frage, ob die KPD vor 1945 eine „Partei neuen Typus" gewesen sei, mußte man erst einmal kommen. „Vielfach wurde die Kontinuität und Weiterentwicklung der Strategie und Taktik der Partei lediglich als eine Korrektur bestimmter Fehler und Schwächen sowie als ‚Zickzackkurs' angesehen und nicht als schöpferische Leistung gewertet ..."[60]

Warum, so fragte einer, war es überhaupt nötig, den Nachweis der Kontinuität in der Politik der Partei so sehr in den Mittelpunkt zu stellen. Genügte es nicht „von der konkreten Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die jeweiligen Kampfbedingungen" zu sprechen? Und ließ die Kontinuitätsthese überhaupt noch die Aufdeckung von Widersprüchen

57 BA DY 30, IV A 2/9.03/50 A, (Abteilung Propaganda des ZK), Zur Parteischulung der SED.

58 BA DR–3, 1925, Konzeption für den Lehrgang „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vom 29.11.–4.12.1965 an der Sonderschule des ZK in Brandenburg („für Lehrkräfte im Fach GdA der Institute und Fachgruppen für Marxismus-Leninismus"); BA DY 30, IV A 2/9.07/252, Konzeption für den Lehrgang in Brandenburg, 21.2.–1.3.1966; ebd., IML (Maur), 21.3.1966, Lehrgang der Abteilung Propaganda in Brandenburg vom 7.–12.3.1966 ebd., Lehrgang „Einführung in die Probleme der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" mit den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Brandenburg, 7.–15.3.1966.

59 Ebd., IML (Maur), 21.3.1966.

60 Ebd., IML (Abteilung Geschichte), Information über Fragen von Propagandisten auf Lehrgängen der Bezirksleitungen zum Geschichtswerk, 16.8.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

zu? Wieso bezeichnete das „Geschichtswerk" Brüssel als „Wende", wenn die Konferenz doch gleichzeitig keinen „Bruch" in der Geschichte der KPD bedeuten, sondern die Kontinuität der Strategie und Taktik der Partei beweisen sollte? Man fragte, ob die KPD-Politik vor Brüssel denn nun „richtig, falsch oder richtig mit gewissen Einschränkungen" gewesen sei und hakte nach, ob die Widerstandsgruppen die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz verwirklicht hätten. War Leuschner überhaupt ein „rechter Sozialdemokrat"? Die Genossen wollten wissen, ob die Verbindungen zum Kreisauer Kreis als Volksfront zu werten seien und fragten, wie Kurt Schumacher im KZ aufgetreten sei.[61]

Einige Geschichtslehrer rieben sich an solchen Differenzierungen. Sie sehnten sich nach den einfachen Einschätzungen der fünfziger Jahre zurück, um ihren Schülern „eine eindeutige Antwort geben zu können". Sie wünschten eine für alle Perioden gültige, „dogmatische" Wertung der SPD, die man doch nicht mehr als Arbeiterpartei bezeichnen könne. Daß sie allerdings „prononciert" den Sinn des antifaschistischen Widerstandskampfes in Zweifel zogen, da man sowieso nur mit Terror, Kerker und Konzentrationslager habe rechnen können, ging entschieden zu weit. Die Teilnehmer aus dem Parteiapparat traten dagegen „prinzipiell und parteilich" auf und unterstützten die Seminarleiter „bei der Klärung". Solche „vereinzelt gestellte Fragen" ließen den Schluß zu, „daß die gegnerische Propaganda zumindest mittelbar" wirkte.[62]

1.3. Westdeutsche Kritik

„Die Imperialisten wissen genau, was es bedeutet, wenn unsere Partei eine achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vorlegt", hatte Lothar Berthold gewarnt. Einige westliche Historiker würden, wie schon den „Grundriß", auch die acht Bände zu einer Geschichtsfälschung „in erheblich größerem Ausmaß" erklären. Aber das sei plump. Die Klügeren und Gefährlicheren könnten sich an fünf Fingern abzählen, daß die bislang kritisierten Mängel des „Grundrisses" inzwischen behoben seien und würden jetzt argumentieren: „Das, was dort jetzt drin steht – sozusagen dieses Abgehen vom Stalinismus, vom Dogmatismus – das geschieht nur auf unseren Druck. Also so nach und nach kriegen wir die SED dahin, auch diese Dinge, die wir bisher kritisiert haben, über Bord zu werfen. Wir müssen nur genügend drücken, dann wird das schon gehen."[63]

Im IML füllten sich sechs Aktenordner mit Rezensionen aus der Bundesrepublik und den sozialistischen Bruderländern.[64] Hermann Weber konstatierte eine deutliche „Abkehr von stalinistischen Methoden". Das „Ende der direkten Fälschungen, der Respekt vor Fakten" bedeute eine „Wende in der SED-Geschichtsschreibung, die gesehen und anerkannt werden" müsse. Zwar regiere noch immer der schulmeisterliche, penetrant parteiliche Duktus, es

61 Ebd., Fragen der Teilnehmer des Lehrgangs ... in Brandenburg vom März 1966 ...

62 Ebd., Information über einige Probleme, die sich auf dem Lehrgang über „Einführung in die Probleme der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" mit den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung an der Parteischule des ZK in Brandenburg/Havel vom 7.–15.3.1966 zeigten, 4.4.1966.

63 BA DY 30, IV A 2/9.04/62, Abteilung Wissenschaften, Beratung mit den Sekretären der Parteiorganisationen der geschichtswissenschaftlichen Einrichtungen am 27.1.1966.

64 BA DY 30, IV A 2/9.07/346–352.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

werde noch immer zuviel „entlarvt", doch von der Schlageter-Rede bis zum BVG-Streik seien jetzt die meisten, wenn auch keineswegs alle der von Weber am „Grundriß" getadelten „Lücken" gestopft.[65] Dieses Lob betraf allerdings nur die frühen Bände, „für die Zeit nach 1945" sei „ein solcher Fortschritt leider noch nicht festzustellen."[66]

1964 hatte er die SED mit 16 Fragen in Verlegenheit gebracht, diesmal stellte er nur noch sechs. Diese hatten es allerdings in sich. Konnte man Rosa Luxemburg am Maßstab des Leninismus messen? War die Darstellung der Linksabweichler um Ruth Fischer nicht manipuliert und 1924/25 die ganze Partei nebst Thälmann „ultralinks"? Und hatten die Rechtsabweichler mit ihrer Kritik am „Sozialfaschismus" nicht recht behalten? Warum hatte man Ulbrichts Kritik daran zeitlich vorverlegt? Weshalb wurde zwar Wiatrek wegen seines „Verrats" verurteilt, nicht aber der ZK-Instrukteur Knöchel, der doch ebenfalls umfangreiche Aussagen bei der Gestapo gemacht hätte? Schließlich bemängelte Weber, daß das Register nicht die Sterbedaten der Stalin-Opfer angab und stellte die peinliche Frage, ob Kippenberger, Leow und Remmele nun eigentlich offiziell rehabilitiert seien.[67]

Henning Frank verspottete in „Christ und Welt" Ulbricht als selbsternannten „Testamentsvollstrecker" von Marx und Engels: „Im Gegensatz zu Stalin kann es sich Ulbricht heute leisten, seine einstigen Widersacher in der neuen Geschichte des deutschen Kommunismus zu erwähnen. Nicht nur das, sie sind vielfach sogar abgebildet. Gerechtigkeit läßt ihnen Ulbricht allerdings auch nicht widerfahren. Wie könnte er auch. Schließlich ist es ja in erster Linie seine Geschichte, die er von den Parteihistorikern schreiben ließ. Darüber muß man sich im klaren sein, wenn man das achtbändige Werk zur Hand nimmt. Trotzdem ist seine Lektüre nützlich, besonders für uns im Westen." Der Rezensent hob die „ausgezeichnete" Dokumentation" hervor, die zumal über die Frühgeschichte der Arbeiterbewegung mehr aussage als der dazugehörige Text.[68]

Der NDR konstatierte einen „zerstörenden Einfluß der Wissenschaft auf die Ideologie". Ulbricht könne „die mitteldeutsche Jugend nicht auf die Epoche der Automation und Kybernetik vorbereiten und sie gleichzeitig mit Ammenmärchen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung füttern." Die Autoren der acht Bände hätten sich „bei der Korrektur des von ihnen ebenfalls verfaßten ‚Grundriß' als gute Kenner der Materie ausgewiesen. Für weitere Richtigstellungen bleibt ihnen noch ein weites Feld." Den inklusive der „Chronik" 7 000 Seiten zur Geschichte der Arbeiterbewegung könne die Bundesrepublik auf absehbare Zeit nichts Gleichwertiges an die Seite stellen, „soweit es den Umfang betrifft. Die Achilles-Ferse dieses enormen historiographischen Apparates ist jedoch die geschichtliche Wahrheit."[69]

Die acht Bände trotzten dem Rezensenten wie eine uneinnehmbare Festung. Als der kaum 300 Seiten lange „Grundriß" erschienen war, hatten sich vier westdeutsche Speziali-

65 Hermann Weber, Zwischen Stalinismus und Objektivität. Die achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, SBZ-Archiv 16, August 1966, S. 249–253.
66 Hermann Weber, Die SED hat sich abermals gedrückt, Vorwärts, 5.10.1966.
67 Hermann Weber, Sechs neue Fragen an die SED. Zum Erscheinen des achtbändigen Geschichtswerkes ..., in Vorwärts, 10.8.1966.
68 Henning Frank, Der Testamentsvollstrecker, in: Christ und Welt, 2.12.1966.
69 BA DY 30, IV A 2/9.07/352 (NDR, 8.4.1968, „Ein langer Marsch").

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

sten zusammengetan, um Periode für Periode auseinanderzunehmen.[70] Diesmal blieb gar keine andere Wahl, als die Kritik auf einzelne Teile zu konzentrieren.

Tim Mason kritisierte am 5. Band den „bürokratischen Idealismus", die „schematische und irreale" Darstellung des antifaschistischen Widerstandskampfes und konstatierte „eine gewisse Indifferenz gegenüber den leidtragenden Illegalen". Die Autoren hätten es sich leichtgemacht, deren Erfahrungshorizont, Motive und Selbstzweifel ausgeblendet, um sich „auf die Entwicklung der strategischen Linie des ZK der KPD im Exil" zu konzentrieren. Dessen „Beratungen, Beschlüsse, Aufrufe, Plattformen, Erklärungen, Stellungnahmen, Losungen, Aktionsprogramme und offene Briefe" suggerierten wie Monumente dessen Bedeutung, statt als Dokumente im historischen Kontext analysiert zu werden. So wirkten die „illegalen Gruppen hauptsächlich als Etappen in der gesetzmäßigen Entfaltung einer großen Strategie". Doch setze das Buch einen Anfang. Während man in der BRD mit der Literatur zum 20. Juli kaum noch Schritt halten könne, gäbe es zum Arbeiterwiderstand dort überhaupt noch keine größere Abhandlung.[71]

Lothar Berthold spottete über westdeutsche Versuche, Helga Grebings ebenfalls 1966 erschienene einbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" „zu einer Art Gegenunternehmung" zu seinem „Geschichtswerk" hochzuspielen.[72]

Im Vorfeld der 68er Revolution befriedigten die acht Bände auch in der Bundesrepublik einen Bedarf nach sozialismusgeschichtlichem Orientierungswissen. So liegt die Vermutung auf der Hand, daß sich der eine oder andere Protagonist der Studentenrevolution mit der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", zumindest mit deren Dokumententeil kritisch auseinandergesetzt haben könnte, um später vielleicht den Weg zum MSB Spartakus oder zur DKP zu finden. Hier und da lassen sich indirekte Wirkungen nachweisen. Rudi Dutschke verfaßte als vehementer Antistalinist für seine Studenten einen sozialistischen Gegenkanon zu dem ein halbes Jahr vorher erschienenen „Geschichtswerk", einen Leitfaden „Zur Literatur des revolutionären Sozialismus von K. Marx bis in die Gegenwart", in dem weder der „Achtbänder" noch der „Grundriß", doch dafür die in der DDR apokryphen Autoren vorkamen.[73]

Lothar Berthold fand es auffällig, „wie stark die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingeschlagen" habe und sich die Gegner bemühten, „ihre eigene Konzeption zu entwickeln":

„Dabei ist ein Schwerpunkt die Behandlung der Rolle Rosa Luxemburgs. Es erscheint ein Werk nach dem anderen." Walter Ulbricht: „Die Trotzkisten sind auch Spezialisten, die haben nichts anderes zu tun."[74]

---

70 Ernst Schraepler/Henryk Skrzypczak/Siegfried Bahne/Georg Kotowski, „Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Kritik einer Legende, in: Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, 1964, S. 268–347.

71 Tim Mason, Der antifaschistische Widerstand der Arbeiterbewegung im Spiegel der SED-Historiographie, in: Das Argument, Juli 1967, Heft 2/3.

72 BA DY 30, IV 2/9.07/249, Stenographische Niederschrift der Sitzung des Autorenkollektivs ..., 9.2.1968.

73 Rudi Dutschke, „Zur Literatur des revolutionären Sozialismus von K. Marx bis in die Gegenwart" (sds-Korrepondenz), Berlin 1966.

74 BA DY 30, IV 2/9.07/249, Stenographische Niederschrift der Sitzung des Autorenkollektivs ..., 9.2.1968, S. 28.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Ob es konkrete politische Auswirkungen gab, läßt sich schwer rekonstruieren, weil westdeutsche Politiker eine solche Lektüre schlecht öffentlich machen konnten. Es ist kaum vorstellbar, daß sich führende Sozialdemokraten nicht irgendwie damit auseinandergesetzt hätten, daß sie in Ostberlin neuerdings differenzierter eingeschätzt wurden. Die „nationale Grundkonzeption" lag als wissenschaftlich erarbeitete „Perspektive" nach dem Mauerbau Ulbrichts Entspannungspolitik zugrunde, und das „Geschichtswerk" signalisierte der SPD die ostdeutsche Verhandlungsbereitschaft.

An eine Massenwirkung in der Bundesrepublik war schon aus technischen Gründen kaum zu denken. Es war unmöglich, die acht Bände an der bundesdeutschen Zollkontrolle vorbeizuschmuggeln. Die DKP benutzte später die fünfzehnteilige Broschürenversion. Wer sonst hätte sie freiwillig gelesen?

Jedenfalls hatte Ulbricht die Breitenwirkung des Achtbänders in der Bundesrepublik überschätzt. Schon bei dem „Grundriß" gab er sich „überzeugt, daß die Diskussion über dieses Dokument in Westdeutschland eine tiefe Umwälzung in der Arbeiterklasse hervorruft. Am Anfang werden viele sagen: Das ist ja alles ganz anders. Dann werden sie nachdenken, sie werden einige Wochen diskutieren und werden einige Nächte nicht schlafen können. Langsam werden sie die Grundprobleme des Klassenkampfes in Deutschland verstehen."[75]

So ist es bekanntlich nicht gekommen. Um so nachhaltiger erwies sich die Prägekraft des „Achtbänders" für die Ausformung eines in sich kohärenten, spezifisch ostdeutschen Geschichtsbewußtseins.

Um Rezeption und Durchsetzungskraft abzuschätzen, reicht es keineswegs aus, auf die unerhörten Auflagenhöhen zu verweisen, Propagandaaktivitäten nachzuzeichnen und Leserstimmen einzusammeln. Der neue Leittext wirkte vor allem indirekt als Maßstab der Zensur, die die Botschaften des „Geschichtswerks" überall einzupflanzen begann.

2. Die „Heilige Schrift" der SED

2.1. Der Achtbänder als Zensurmaßstab

„Dabei fielen uns wertvolle bisher kaum oder nicht bekannte Briefe von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring und Hugo Haase in die Hände ... Die aufgefundenen Materialien verändern in keiner Weise die grundsätzlichen Einschätzungen des achtbändigen Geschichtswerks ..."[76]

Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" war ein vom ZK bestätigtes Dokument der SED. Wer sie in Frage stellte, ihre „wissenschaftlichen" Standards unterlief

75 BA DY 30, IV 2/1/276, 16. Plenum, 3. Beratungstag, S. 187.

76 BA DY 30, IV A 2/9.04/137, Horst Bartel, Bericht über die Reise ... nach Amsterdam. Archivbesuch des Instituts für Sozialgeschichte, 5.8.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

oder irgendwie ihren Wahrheitsanspruch relativierte, verstieß genaugenommen gegen die Parteidisziplin. Und das IML nahm diese Dinge sehr genau.

Die Arguswächter tauchten in den Museen und an den Schneidetischen des Fernsehfunks auf. Dabei war der Achtbänder ein Zensurmaßstab, der eine Zeitspanne von 130 Jahre redigierte. Eine britische Marx-Biographie, die Wilhelm Liebknecht als „Wirrkopf" und die jüdische Abstammung von Karl Marx behandelte („Wir halten es prinzipiell nicht für richtig, das in dieser Weise hervorzuheben ...")[77] wurde der Abgleichung mit dem „Geschichtswerk" genauso unterworfen wie die Erinnerungen des 1964 verstorbenen Otto Buchwitz. Bei diesen war „zu berücksichtigen, daß der Verfasser sein Werk nach 1945 niederschrieb und 1948, 1950 und 1958 veröffentlichte. Inzwischen erschien die achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist notwendig, einige im vorliegenden Buch getroffene Wertungen mit dem Geschichtswerk in Übereinstimmung zu bringen bzw. zu präzisieren."[78]

Wie unnachsichtig dessen Geltungsanspruch durchgesetzt wurde, zeigt eindrucksvoll der Fall Walter A. Schmidt, der in den fünfziger Jahren ein antifaschistisches Standardwerk mit dem Titel „Damit Deutschland lebe!" verfaßt hatte, das längst nicht mehr zitiert oder nachgedruckt wurde.

„Was habe ich für Nerven beim Herauskommen der Bücher gelassen!", klagte er schon Anfang der sechziger Jahre. Im Kampf um die dritte Auflage seines Werkes hatte er seit 1958 Ackermann, Dahlem, Kurella, Matern und Rodenberg in Bewegung gesetzt. Vergebliche Mühe! Das war jetzt acht Jahre her, und noch immer schmorte das Manuskript zur Begutachtung im IML. Der Autor böte nicht die Gewähr dafür, daß „Zufälligkeiten und subjektive Auffassungen vermieden" würden. Das IML hinderte den Autor aus ganz verschiedenen Gründen daran, „weiter am Manuskript herumzuflicken" und trieb mit ihm ein frustrierendes „Hase und Igel"-Spiel. Die geschichtspolitischen Beschlußlagen wechselten schneller, als der Autor umarbeiten konnte. Früher hatte man ihm vorgeworfen, den Widerstand der Angestellten zu stark, die führende Rolle der KPD hingegen zu wenig zu betonen. Dann „stockte die Herausgabe", weil Schmidt es ablehnte, „das Manuskript mit einem Kollektiv von Wissenschaftlern des Instituts für Marxismus-Leninismus" zu überarbeiten.[79] Eine am „Grundriß" orientierte Fassung war durch den Achtbänder längst wieder überholt, doch Schmidt startete einen neuen Anlauf. Die IML-Gutachter lobten die mühevolle Überarbeitung. Wie es sich gehörte, war der Kampf der KPD endlich an den Anfang gesetzt worden, so daß der Widerstand der anderen demokratischen Kräfte „in den richtigen Rahmen gebracht" war. Außerdem habe das „Manuskript durch wichtige Auszüge aus Band 5 der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gewonnen." Doch blieben „gemessen an den geschichtlichen Erkenntnissen, die unsere Partei in den vergangenen Jahren gewann und die im achtbändigen Geschichtswerk enthalten" seien, „im Manuskript erhebliche konzeptionelle Mängel." Eine Neuausgabe kam wieder nicht in Frage, weil man dieser „voll inhalt-

77 BA DY 30, IV A 2/9.07/92, IML (Marx-Engels-Abteilung), Stellungnahme zur deutschen Fassung der Marx-Biographie von John Lewis, 26.10.1967.

78 BA DY 30, IV A 2/9.07/380, IML, Sektor III (Kurt Libera), Gutachten über das Buch Otto Buchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, 15.2.1967.

79 Vgl. Simone Barck, Widerstands-Geschichten und Helden-Berichte, S. 138ff., in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 119–173; Siegfried Lokatis, Geschichtswerkstatt Zensur, S. 218.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

lich die Ergebnisse des Geschichtswerkes, Band 5, zugrunde legen" müsse.[80] Die Auseinandersetzung mit dem unverwüstlichen Schmidt blieb ein Dauerbrenner, der das IML bis in die achtziger Jahre beschäftigte.[81]

Wie funktionierte das „Geschichtswerk" als Zensurmaßstab? Unschätzbare Dienste leistete jedenfalls das Register. Wenn in irgendeinem Roman oder Kinderbuch Namen wie Bebel, Jogiches oder gar Münzenberg auftauchten, brauchte der Zensor nur in das Regal zu greifen und die entsprechenden Bände durchzublättern – die neue berufsspezifische Handbewegung. Zugleich bot das „Geschichtswerk" einen unerhörten Vorteil: alles, selbst die komplizierteste Frage war dort irgendwie behandelt, in den „richtigen" Zusammenhang gerückt, „wissenschaftlich erklärt". Vorbei schienen die Zeiten, da die redaktionellen Kader ihre Autoren administrieren und in deren Texten herumstreichen mußten. Man konnte sie geduldig, im Besitz der besseren Argumente überzeugen. Noch mehr: die Schulung im Parteilehrjahr „demokratisierte" das Zensurgeschehen und machte es transparent. Man konnte voraussetzen, daß jeder parteiliche Autor die gemeinsamen Spielregeln kannte und das „Geschichtswerk" studiert hatte.

Doch die Benutzung des Achtbänders forderte eine aufwendige Exegese.

Der rituell gegebene Hinweis, daß ein Manuskript mit dem Achtbänder übereinstimme – oder eben auch nicht –, konnte alles mögliche bedeuten.

Der schmale „Grundriß" von 1963, der jetzt laut einer Anweisung des Ministeriums für Kultur nicht mehr zitiert werden durfte,[82] hatte mit seiner konsequenten Linienführung und den einprägsamen Thesen für die „verantwortlichen" Gutachter, Lektoren und Redakteure das handlichere Werkzeug abgegeben. Es lag nicht nur am Umfang: den Einschätzungen des Achtbänders fehlte die gewohnte Eindeutigkeit. Sozialdemokraten und alle möglichen Bündnispartner waren jetzt differenziert zu betrachtende Wesen, reif für die „sozialistische Menschengemeinschaft". Gestandenen Veteranen mußte man erst einmal beibringen, „vereinfachende und verabsolutierende Formulierungen zu vermeiden und in Übereinstimmung mit dem Geschichtswerk die Probleme überzeugend und verständlich darzulegen."[83] Hier wurde empfohlen, sich wörtlich an die Formulierungen zu halten. Die BzG-Redaktion stellte hingegen ganz umgekehrt die Regel auf, daß Aufsätze „keine langen Zitate aus dem Geschichtswerk als Beweis dafür, daß der Autor das Werk kennt", enthalten sollten. Die in der IML-Zeitschrift publizierten Aufsätze müßten „bei den Lesern der ‚BzG' die Kenntnis des Geschichtswerks voraussetzen und selbst auf dieser Kenntnis aufbauen."[84]

1969 ließ Hager einen Bildband zum 20. Jahrestag der DDR stoppen, der das „Geschichtswerk" und die dazugehörige „Chronik" über breite Strecken wörtlich zitiert hatte. Dem Gutachter war „völlig unverständlich, warum die Kernpunkte der dort enthaltenen Einschätzungen" trotzdem nicht berücksichtigt worden und beispielsweise – wie fein waren

80 BA DY 30, IV A 2/9.07/380, Karl Heinz Biernat, Bemerkungen zum Manuskript W. A. Schmidt ..., 28.7.1966. BA DY 30, IV A 2/9.07/39, Lothar Berthold an das Büro Matern, 22.6.1967.

81 Diesen Hinweis verdanke ich Simone Barck.

82 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Akademie Verlag. Aktennotiz zum Titel „Thomas, Entscheidung in Berlin", 2. Auflage, 19.1.1967.

83 BA DY 30, IV A 2/9.07/39, IML, Sektor III (I. Hildebrandt), Bemerkungen zu der Arbeit von Walter Klaws: Vom Anfang der Betriebsparteiorganisationen ..., 4.7.1967.

84 BA DY 30, IV A 2/9.04/260, Vorlage Nr. 2. Für die Kollegiumssitzung am 10.12.1965, Betr. Geschichtswerk und BzG.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

doch jetzt die Begriffe geschliffen – „die Aufgabenstellung der SED nur aus den geschichtlichen Lehren, nicht aber aus der historischen Mission der Arbeiterklasse" abgeleitet seien.[85]

Im NDPD-eigenen Verlag der Nation erschien unter dem Titel „Erlebte Geschichte" eine „literarische Montage autobiographischer Werke der deutschen Literatur", die „aus der Sicht fortschrittlicher Schichten aus Mittelstand und Bürgertum" demütig die „entscheidende Aussage" der acht Bände bestätigte, daß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung „der wichtigste Bestandteil der Geschichte des deutschen Volkes" sei. Jahrelang hatte das Lektorat mit dem Herausgeber um solche Einsichten gekämpft, doch dann war der Achtbänder mit seinen Einschätzungen zur Bündnisfrage erschienen und alles ganz schnell gegangen. Den Gutachter aus dem NDPD-Vorstand störten noch die umfangreichen Kommentare, die über ein Drittel des Manuskriptes ausmachten. Der Herausgeber könne sie wesentlich straffen, wenn er einfach auf die Einschätzungen des „Geschichtswerks" zur Bündnispolitik verweise.[86] So wurden manche Texte monotoner, dicker und ungenießbar, andere hingegen schlanker und unterhaltsamer.

Die Begutachtung von fiktionaler, belletristischer Literatur gehörte nicht zu den offiziellen Aufgaben des IML. Wenn der Aufbauverlag beispielsweise im IML überprüfen ließ, ob sich Brechts „Buch der Wendungen" nicht nur bei Suhrkamp, sondern auch in der DDR publizieren ließ – was natürlich nicht der Fall war –, handelte es sich um eine reine Gefälligkeit.[87] Die große Ausnahme war Stefan Heym, der sich nach seinen Erfahrungen mit dem „Tag X" anscheinend das Titanenwerk vorgenommen hatte, angefangen mit „Lassalle" über „Radek" und „Collin" die offizielle Parteigeschichtsschreibung auf allen Kriegsschauplätzen zu beunruhigen und keine Hauptperiode auszulassen. Das Manuskript über „Lassalle" wurde auf Bitte von Wilhelm Girnus von „Sinn und Form" mit äußerster Diskretion erledigt. Gutachter war Oskar Hoffmann. Der ehemalige Chefzensor des Amtes für Literatur und Verlagswesen wußte „aus Erfahrung, daß noch jeder Verlag bzw. jede Redaktion bei Begründung einer Ablehnung durchblicken ließ, auf welche Autorität sie sich stützte. In solche Situation darf sich unser Institut nicht hineinbringen lassen. Schon gar nicht bei diesem Autor ... Glaubt man, der Personenkult um ihn sei bei uns völlig aus allen Köpfen? Mit anderen Worten: Würde ein Roman um L. nicht diesen Kult beleben? ... Im konkreten Fall handelt es sich außerdem um einen Autor, der ein nicht unbekanntes Verhältnis zu Grundfragen unserer Politik hat ..."[88] Heym war von der blödsinnigen Begründung der Ablehnung „etwas schockiert" und bat Chefredakteur Girnus dem unbekannten Gremium seine Rechtfertigung „zu verlesen oder in Abschrift zuzustellen": „Die Gestalt des Lassalle in meinem Buch entspricht genau der Darstellung, die sich in der offiziellen ‚Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung' findet ..."[89]

Als sich unmittelbar vor dem 11. Plenum im Dezember 1965 Heym mit dem Leiter der HV Verlage und Buchhandel Bruno Haid über die Publikationsperspektiven von „Der Tag X" austauschte, hatte ihn dieser belehrt, „daß u.U. nach Veröffentlichung der 8bändigen

85 BA DY 30, IV A 2/9.07/91, IML (Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung II), Stellungnahme zum Bildband: Günther Schmerbach, Werden und Wachsen der DDR, 20.7.1969.

86 BA DR–1, 2399 (Verlag der Nation), DG-Antrag Günter Albrecht (Hg.), Erlebte Geschichte, Gutachten Harry Hegler, 17.6.1966.

87 BA DY 30, IV A 2/9.07/92, Lothar Berthold an den Aufbau-Verlag (Voigt), 29.5.1967.

88 Ebd., (IML-Hausmitteilung) Oskar Hoffmann an Ernst Diehl, 13.9.1967.

89 Ebd., Stefan Heym an Wilhelm Girnus (Sinn und Form), 14.12.1967.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auch die Einschätzung seines ‚Tages X' im Lichte dieses Werkes erfolgen könne." Daß Ulbricht im Autorenkollektiv gerade dieses Manuskript persönlich verdammt hatte, pfiffen die Spatzen von den Dächern. So spielte in der Diskussion zwischen Heym („Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß ich den 17. Juni nicht veranstaltet habe ...") und Haid „dann abschließend eine Rolle, ob Auffassungen, die von diesem 8-bändigen Geschichtswerk abweichen, in den Arbeiten der Schriftsteller zu akzeptieren wären oder nicht ..."[90] Heym: „Und wenn mein Buch nicht mit der Version aus der ‚Geschichte' übereinstimmt? Haid zieht sofort zurück. Natürlich gäbe es keine Garantie. Persönlich habe er Sympathie für einen Autor, dessen Werk nicht veröffentlicht würde. Die viele Arbeit ... Ich sei ja nicht gegen eine Zensur, aber ich verlange eine intelligente Zensur.

Haid: Derjenige, gegen den sich die Zensur richtet, findet sie immer unintelligent.

Ich: Er möchte das nicht persönlich nehmen, ich sei mir bewußt, daß ich mit dem Chefzensor in Person spreche."[91] Das war freilich übertrieben – auch der gefürchtete Leiter der HV Verlage konnte an dem Maßstab des „Geschichtswerks" nicht rütteln.

So wurde Heym auf jenes Thema gestoßen, das seinem „König David Bericht" zugrunde liegen sollte, und er sammelte gleich die entsprechenden praktischen Erfahrungen: die Konstruktion von Geschichte durch eine parteioffizielle, Widerspruch ausschließende und jede anderslautende Erinnerung ausradierende „Heilige Schrift".

2.2. Das Buch der Bücher

Um eine flächendeckende Konkordanz der einschlägigen historiographischen Texte durchzusetzen, konzentrierte sich das Institut zunächst auf die renommiertesten Großprojekte. Die Autoren des „Geschichtswerks" übernahmen gemeinsam die sich über Jahre hinziehende Aufgabe, eine „Geschichte der Arbeiterjugendbewegung" als Gutachter zu betreuen und ließen zunächst einmal den dazugehörigen „Abriß" überarbeiten.[92] Unmittelbare IML-Hausprojekte waren das „Biographische Lexikon" zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" und die „Chronik", die im Geleitzug des Achtbänders die faktologischen Grundlagen lieferten. Die Diskussionen über die (wegen der GULAG-Opfer) hochproblematische „Biographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" zogen sich bis 1970 hin, so daß der günstigste Zeitpunkt versäumt war, und das Werk gleich wieder von der Bildfläche verschwand.

Auch bei der „Chronik" stellten sich komplizierte Fragen. Wie sollten beispielsweise „ZK-Tagungen behandelt werden, die nicht veröffentlicht wurden", und brauchte man bei Wahlen die „Angabe der konkreten Wahlergebnisse?" Im Zweifelsfall verfuhr man nach dem tiefgründigen Motto: „Bindend für unsere Fakten sind die Angaben im Geschichtswerk."[93] 1964 hatte das IML deshalb den Druck der Fahnenkorrekturen angehalten und den dritten Band der „Chronik" auf Eis gelegt. Man könne sie nicht vor „der Diskussion des

90 BA DY 30, IV A 2/9.04/489, HV Verlage und Buchhandel, 13.12.1965 (Abschrift).

91 Ebd., Stefan Heym, Gedächtnisprotokoll, Unterredung mit Haid, 13.12.1965.

92 BA DY 30, IV A 2/9.04/137, Historisches Institut der Universität Greifswald (Jahnke) an Abt. Wissenschaften (Hörnig), 29.12.1966.

93 BA DY 30, IV A 2/9.07/374, IML-Sektor IV, Protokoll über die am 1.4.1964 durchgeführte Beratung der mit der Chronologie beschäftigten Mitarbeiter.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Geschichtswerkes im Autorenkollektiv" abschließen, lautete die Begründung.[94] Nun stritt man sich, ob nicht zumindest das Jahr 1965 noch nachgearbeitet werden müsse („Es gab wiederholte Korrekturen hinsichtlich des zeitlichen Rahmens des zu dokumentierenden Zeitraumes"), mit jedem Plenum änderte sich die „politische Nuancierung", und der Band schwoll mit 863 Seiten auf 344 Prozent der Planvorgabe. Schließlich wurde die „Chronik" 1967 in Stoßarbeit zum VII. Parteitag fertiggestellt. Wie üblich wurden die problematischen Passagen über Noel Field, den 17. Juni usw. herausgefischt und Hager vorgelegt.[95] Doch mangels einer systematischen Endredaktion, weil niemand die über 3 000 Fakten im Zusammenhang gelesen hatte, mißlang die „Herstellung einer exakten Übereinstimmung zwischen Geschichtswerk und Chronik". Beispielsweise schien die „Bedeutung der Machtfrage" ungenügend herausgearbeitet und der „Nachweis der Wissenschaftlichkeit der Maßnahmen der Partei" ließ zu wünschen übrig – kurz, „die Formulierungen der Chronik blieben hinter den klareren Aussagen des Geschichtswerkes zurück", und die Abteilungsleitung ließ die Vorlage des zuständigen Sektors entsprechend umarbeiten.[96]

In Verantwortung der Akademie der Wissenschaften erschien damals ein ganz ähnliches Werk, die „Deutsche Geschichte in Daten", eine Art sozialistischer Ploetz. Im Deutschen Verlag der Wissenschaften, seit der Fusion mit dem Geschichtsverlag von Rütten & Loening der neue Leitverlag für Geschichte, waren solche absatzträchtigen „Datenspeicher" inzwischen die große Mode. Für diese Chronologie war der „Springpunkt" die „Vermeidung einer objektivistischen Darstellung", „die Vereinigung von Tatsachen und ihrer Wertung in knappen Nachweisen."

Als Gutachter versicherte Ernst Engelberg, daß zum Autorenkollektiv des „Geschichtswerks" eine regelmäßige Verbindung bestanden hätte. Mit Horst Bartel und Heinz Heitzer waren zwei GdA-Autoren unmittelbar an der „Deutschen Geschichte in Daten" beteiligt. Doch Heitzer fand, die Chronologie spiegele „noch ungenügend die Erkenntnisse des Geschichtswerks wider" und faßte die gröbsten Mängel auf neun Seiten zusammen. Er stellte die unmißverständliche Maxime auf, es sei „erforderlich, alle wesentlichen Einschätzungen, Personen und Dokumente in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nochmals mit dem Geschichtswerk zu vergleichen und entsprechend neu zu formulieren."[97]

1962 war die Arbeit an dem vielbändigen, 1952 begonnenen „Lehrbuch der deutschen Geschichte" unterbrochen worden. Die Beiträge für die Zeit nach 1917 sollten erst nach der ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' erscheinen.[98] 1967 war es so weit. Offenbar stand das „Planprojekt Meistererzählung"[99] nicht im Mittelpunkt von Ulbrichts Interesse. Sein Autorenkollektiv mußte ihm die Zusammenhänge erklären.

94 Ebd., Aussprache von Berthold, Hortzschansky und Grau (IML) mit Peter Bachmann vom Dietz-Verlag am 30.12.1964.

95 BA DY 30, IV A 2/9.07/38, L. Berthold an Hager, 19.1.1967.

96 BA DY 30, IV A 2/9.07/374, Abteilung Geschichte, Sektor IV, Abschlußbericht zur „Chronik", 11.4.1967; ebd., Wilfriede Otto, Nachtrag zum Abschlußbericht vom 11.4.1967, 1.6.1967.

97 BA DR-1, 3680 (Deutscher Verlag der Wissenschaften 1967) DG-Antrag „Deutsche Geschichte in Daten", Gutachten Ernst Engelberg, 9.7.1966; Gutachten Heitzer 11.7.1966.

98 BA DY 30, IV 2/9.04/673, Abt. Wissenschaften Sektor Verlage, Stellungnahme zum Themenplan der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur 1963, 7.11.1962.

99 Vgl. Martin Sabrow, Planprojekt Meistererzählung, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 227–284.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Walter Ulbricht: „Es gibt eine achtbändige ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung', es gibt eine Geschichte des deutschen Volkes, die fast fertig ist."
Lothar Berthold: „Ja, in drei großen Bänden ..."
Walter Ulbricht: „Außerdem gibt es das Hochschullehrbuch für Deutsche Geschichte?"
Ernst Engelberg: „Nein, die drei Bände sind eine Zusammenfassung, eine Kurzfassung dieser Hochschullehrbücher."
Walter Ulbricht: „Das ist eine ganze Menge. Aber sagen Sie mal ganz offen: Paßt das auch alles zusammen?"
Lothar Berthold: „Es wird passend gemacht."[100]

Viele Gutachten des Deutschen Verlags der Wissenschaften erinnerten Mitte der sechziger Jahre in ihrer Formelhaftigkeit an mittelalterliche Urkundenarengen. Das Gutachten zu Wolfgang Ruges Lehrbuch-Beitrag „Deutschland von 1917–1933" begann beispielsweise mit dem Halbsatz: „Nachdem mit der Erarbeitung und Veröffentlichung der ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' entscheidende Fragen beantwortet wurden ..."[101] Im zweiten Satz des Gutachtens zum ursprünglich von Günter Paulus verfaßten Lehrbuch – Beitrag „Deutschland von 1939 bis 1945" stand: „Er verwertet die grundsätzlichen Darlegungen in Band 5 der ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' ..."[102] Im Gutachten zum dritten Band der „Deutschen Geschichte" war sogar zu lesen: „Angesichts der Tatsache, daß im vergangenen Jahr die grundlegende ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' in acht Bänden veröffentlicht wurde, konnte darauf verzichtet werden, gesonderte Beiträge für die Zeit nach 1945 in Auftrag zu geben."[103] Offenbar eigneten sich die Bände VI bis VIII der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" zugleich als „Deutsche Geschichte". Die entsprechenden Autoren des „Geschichtswerks" lieferten jedenfalls für sie Kurzfassungen. Günter Benser schrieb 200 Seiten für den Abschnitt 1945 bis 1949 „entsprechend getroffenen Vereinbarungen in enger Anlehnung an Band 6 der ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' und unter wörtlicher Übernahme zahlreicher Einschätzungen und Schilderungen markanter Ereignisse ... In der Diskussion wurden von allen Genossen, die sich dazu äußerten, ernste Bedenken gegen dieses Verfahren angemeldet und der Wert einer Publikation in Frage gestellt, die sich so eng an die ‚Geschichte der Arbeiterbewegung' anlehnt, aber in ihrer Aussage (infolge des entscheidend reduzierten Umfangs) wesentlich hinter dem Geschichtswerk zurückbleibt."[104] Auch der von Stefan Doernberg verfaßte Abschnitt 1956–1961 war nicht mehr als eine „verkürzte und verdünnte Nachschrift des Geschichtswerkes", ein verordnetes Selbstplagiat, in dem „das Verhältnis Übernahme des Geschichtswerks zu Neueinschätzungen 100 S. zu 10" betrug.[105]

100 BA DY 30, IV A 2/2.024/61, 12.1.1967, S. 35f.
101 BA DR–1, 3680 (Deutscher Verlag der Wissenschaften), DG-Antrag Wolfgang Ruge, „Deutschland von 1917–1933", Gutachten Joachim Streisand, 25.11.1966.
102 BA DR–1, 3681 (Deutscher Verlag der Wissenschaften), DG-Antrag „Deutschland von 1939 bis 1945", Gutachten Joachim Streisand, 14.2.1968.
103 Ebd., DG-Antrag „Deutsche Geschichte Bd. 3 (Von 1917–1963)", Gutachten Joachim Streisand, 29.9.1967.
104 BA DY 30, IV A 2/9.07/90, IML (E. Diehl) an J. Streisand, 17.3.1967.
105 Ebd., IML Abt. Geschichte/Sektor IV (Wilfriede Otto), Grundsätzliche Bemerkungen zu den Manuskripten ..., 25.5.1967.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Für die geplante zwölfbändige „Geschichte des deutschen Volkes" legte ein Politbüro-Beschluß fest, daß die inhaltlichen und methodischen Ergebnisse des Achtbänders „auszuwerten und anzuwenden" seien, und die Autoren des „Geschichtswerks" machten sich daran, für ihre Kollegen an der Akademie eine geeignete Konzeption zu entwerfen.[106]

Auch Fritz Kleins dreibändige „Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg" war „soweit gediehen, daß mit redaktioneller Bearbeitung der Manuskripte begonnen werden" konnte. Bei ihren „jahrelangen Spezialstudien" hatten die Genossen des Instituts für Geschichte der Akademie angeblich „die Probleme der Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg weitgehend aus dem Auge verloren" und konnten deren Darstellung „nicht aus eigenen Kräften bewältigen". Das IML sprang ein, um zu vermeiden, daß Teile dieses Prestigewerks „hinter den Erkenntnissen und Einschätzungen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" zurückblieben und ließ „die Übereinstimmung der dort getroffenen Einschätzungen" mit Band 2 und 3 des Achtbänders in „ausführlichen Gutachten" genau untersuchen.[107]

Die berühmte „Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg" befand sich bis auf den ersten Band Mitte der sechziger Jahre noch im Planungsstadium. „An der Ausarbeitung der Widerstandsabschnitte des 1. Bandes konnten sich die Genossen des IML" zunächst „nicht beteiligen, da sie mit der Endredaktion der mehrbändigen Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigt waren." Aber als sie fertig war, übernahm Bruno Löwel vom IML „verantwortlich die Zusammenfassung, Überarbeitung (unter Berücksichtigung der letzten Einschätzungen der mehrbändigen Geschichte der Arbeiterbewegung) und die Endfassung" der von Günther Drobisch und der „nicht auf dem neuesten Stand der Forschung über die Strategie und Taktik der KPD und die Leitung des Widerstands durch das ZK der KPD" angelangten Genossin Roggenbuck gelieferten Widerstandsabschnitte des 1. Bandes. Die Widerstandsabschnitte der folgenden Bände würden von vornherein die IML-Autoren übernehmen. Die Vorlage des Instituts für Geschichte der Akademie bezeichnete den Achtbänder als entscheidende wissenschaftliche und theoretische Grundlage einer Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg. Auch die bei dessen Ausarbeitung gesammelten „großen Erfahrungen in der Organisation der kollektiven Arbeit" seien für die bevorstehende Gemeinschaftsarbeit von hohem Nutzen und würden „allseitig ausgewertet" werden.[108]

Bruno Löwel, der dieses Projekt ursprünglich betreuen sollte, widerfuhr das niederschmetternde Geschick, etwa zur gleichen Zeit als Autor des „Geschichtswerks" den Nationalpreis zu erhalten und als Arbeitsgruppenleiter im IML abgesetzt zu werden. Er wurde für ein nachlässiges Gutachten verantwortlich gemacht, dem „Die zwölf Jahre des tausendjährigen Reiches" von Günter Paulus das Erscheinen im Militärverlag zu verdanken hatten. Die ZK-Abteilung Wissenschaften sowie die Gutachter der drei Parteiinstitute und der Akade-

106 Werner Tschannerl, Die SED-Führung und die „Geschichte des deutschen Volkes", in: Martin Sabrow/Peter Th. Walther, Historische Forschung und sozialistische Diktatur (Hg.), S. 110–116.

107 BA DY 30, IV A 2/9.07/44, Abteilung Wissenschaften (Kemke) an das IML (Berthold), 23.5.1967; ebd., IML, Hausmitteilung Horst Schumacher (Sektor II) an Diehl, 19.6.1967; ebd., IML (Berthold) an Kemke (Abteilung Wissenschaften), 22.6.1967. Vgl. dazu: Joachim Petzold, Parteinahme wofür?, S. 232ff.

108 BA DY 30, IV A 2/9.04/139, Vorlage des Instituts für Geschichte (Arbeitsgruppe Faschismus und 2. Weltkrieg), Vorschläge für eine Vereinbarung zwischen der Direktion des Instituts für Geschichte der DAW und der Direktion des IML über die Zusammenarbeit bei der Darstellung der Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

mie waren sich darin einig, daß dieses Buch aus den unterschiedlichsten Gründen dem „Geschichtswerk" widerspräche, dessen Auslieferung Anfang 1966 gerade bevorstand. Paulus hatte angeblich eine „bürgerliche" Hitler-Interpretation vorgelegt, die die dominierende Rolle des Monopolkapitals in Zweifel zog, nur in drei von sechzehn Kapiteln die Arbeiterbewegung thematisiert, mit sektiererisch vereinfachten Thesen die Bündnispolitik in Frage gestellt usw. Er postulierte einen leserfreundlichen Mut zur Lücke, die unkonventionelle „Kunst des Weglassens" von stereotypen Formeln.[109] Das war so ziemlich das Gegenteil vom schwer verdaulichen Achtbänder. So geriet Paulus, der eine strenge Parteirüge erhielt, strafversetzt wurde und vier Jahre lang nicht mehr publizieren durfte, zum abschreckenden Beispiel, das jedem Parteihistoriker drastisch die Spielregeln im Umgang mit dem „Geschichtswerk" deutlich machte. Daß mit Bruno Löwel ausgerechnet der Verfasser jenes Textes gleich mit degradiert wurde, den Paulus angeblich geschändet hatte, war ebenfalls ein eindrucksvolles Warnsignal, damit die Autoren des „Geschichtswerks" sich nicht übermütig auf ihren Lorbeeren ausruhten und nachlässig in der Wachsamkeit wurden.

Geltung und unanfechtbare Autorität besaß allein der kollektiv diskutierte Text, der einzelne Verfasser war als fehlbar gekennzeichnet und mußte sich dem von ihm selbst mitgeschaffenen Maßstab unterwerfen.

2.3. Ulbricht fälscht sich selbst

Das galt schließlich sogar für Ulbricht. Er fühlte sich gezwungen, die eigene Biographie, d.h. die von ihm überlieferten Reden und Dokumente, auf die Linienführung des Achtbänders zuzuschneiden.

Seine politische Biographie stand in dessen Mittelpunkt. „Nicht einmal weicht er nur einen Finger breit von dem schmalen Pfad der sozialistischen Tugend ab, auf dem er seinen Genossen tapfer voranschreitet ..." hatte ein westdeutscher Rezensent darüber gespottet.[110] Das war ein in verschiedener Hinsicht ungerechtes Urteil – das „Geschichtswerk" hatte manche Ulbricht-Legende aus der Welt geräumt. Auf tönernen Füßen stand jedoch der zentrale Mythos, daß Ulbricht stets für Einheitsfront und Bündnispolitik eingetreten sei. Die Vorgeschichte der Brüsseler Konferenz war deshalb geschönt, der Rückfall zwischen 1939 und 1941 ausgeblendet, der alle Entscheidungen Ulbrichts bestimmende Einfluß der KI kam nicht vor. Man publizierte lieber „Dokumente, die das Ringen und die Arbeit um die Arbeitsfront und die Volksfront" widerspiegelten.[111]

Seit September 1959 betreute eine „Arbeitsgruppe Ulbricht" im IML die Edition seiner Reden und Schriften. Sie wurde zunächst von dessen Frau direkt geleitet und auch später betreut, um alles, was von Ulbricht publiziert werden sollte, auf die direkteste Weise zu „autorisieren". „Sämtliche Veränderungen – auch die von meiner Handschrift" stammten direkt „von Gen. W. U.", versicherte Lotte Ulbricht einmal dem IML,[112] dessen Leitung bis

109 Zum Fall Paulus vgl. BA DY 30, IV A 2/9.07/143 und Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses, München 2001, S. 378ff.

110 Henning Frank, Der Testamentsvollstrecker, in: Christ und Welt, 2.12.1966.

111 BA DY 30, IV A 2/9.07/39, L. Berthold an Ulbricht, 19.10.1966.

112 BA DY 30, IV A 2/9.07/37, Lotte Ulbricht an IML (Roßmann), 12.1.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Mitte der sechziger Jahre aus nachvollziehbaren Gründen auf jede systematische Anleitung der „Arbeitsgruppe Ulbricht" verzichtet hatte und vor deren Praktiken schamvoll die Augen schloß.

Als der „Achtbänder" herauskam, schien die Zeit gekommen, auch diesen Bereich in die Hierarchie einzubinden, um die institutsspezifischen Regeln durchzusetzen. Der „hohe wissenschaftliche und politische Wert" der Arbeiten Ulbrichts könne auf die bisherige Weise „nicht seiner Bedeutung entsprechend gewürdigt" werden, lautete das Argument.[113] Man diskutierte über geeignete „Bearbeitungsrichtlinien" für Ulbricht-Texte. Ein älterer Vorschlag erlaubt einen gewissen Einblick in die Gepflogenheiten. Die Veröffentlichung sollte sowohl der Partei helfen, als auch dem Autor gerecht werden, d.h. es dürften „keine abweichenden Ausführungen stehenbleiben, die der Grundauffassung des Autors" widersprächen. Der Redakteur sollte prüfen, welche Manuskripte sich überhaupt für eine Publikation eigneten, problematische Stellen kennzeichnen und Änderungsvorschläge formulieren.[114]

Die endgültige Fassung der Richtlinien verlangte entsprechend den methodischen Prinzipien des Achtbänders, bei der Redaktion „konsequent von der historischen Entwicklung der Partei" auszugehen und keine späteren Erkenntnisse einzuarbeiten. Kleine Berichtigungen in bereits publizierten Arbeiten sollte der Redakteur durch Fußnoten kennzeichnen. „In dringenden Fällen", bei Wiederholungen und „detaillierten Darlegungen problematischer Fragen" konnte er „Streichungen ganzer Absätze und Teile einer Arbeit – nicht einzelner Wörter" dem Sektorleiter empfehlen. All diese Streichungen seien in der Publikation durch Auslassungspunkte zu kennzeichnen und in den Fußnoten allgemein zu begründen. Die nicht publizierbaren Arbeiten sollten der Forschung zugänglich gemacht werden.[115]

Obwohl es auffällig wenige Ulbricht-Manuskripte aus der kritischen Phase 1939 bis 1941 gab,[116] machten 35 Prozent der aus der Zeit vor 1945 erhaltenen Manuskripte „eine stärkere Bearbeitung notwendig". „Angesichts des vertraulichen Charakters der Arbeit" sollten dafür keine Abiturienten, sondern so zuverlässige Kollegen wie Bruno Löwel eingesetzt werden.[117] Beispielsweise wurden die unkorrigierten Stenogramme von Ulbrichts Rede vor der Politkommission des EKKI vom Januar 1935, die Reden auf der Brüsseler Konferenz und ein Bericht vor dem Sekretariat des EKKI vom Februar 1937 einer „weitgehenden Redaktion" unterzogen, auch wenn sie gar nicht zur Veröffentlichung vorgesehen waren, sondern nur „als Archivmaterial verbleiben" sollten.[118]

Lotte Ulbricht war die neue Herangehensweise suspekt, und sie bestand darauf, nicht nur die wichtigsten, sondern alle „neuen", d.h. die noch nicht publizierten bzw. autorisierten Manuskripte, „gedrucktes und nicht gedrucktes Material getrennt" vorgelegt zu bekom-

113 Ebd., Aktennotiz der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Roßmann), 25.10.1965.
114 Ebd., Arbeitsgruppe Walter Ulbricht, Richtlinien für die wissenschaftliche Bearbeitung ..., 20.9.1965.
115 Ebd., Arbeitsrichtlinie für die Vorbereitung der Autorisierung von Reden und Schriften Walter Ulbrichts, 11.6.1966.
116 BA DY 30, IV A 2/9.07/39, Diehl an Ulbricht, 4.3.1965.
117 BA DY 30, IV A 2/9.07/37, Anlage zum Schreiben vom 6.10.1965 (Benser).
118 BA DY 30, IV A 2/9.07/39, L. Berthold an Ulbricht, 19.10.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

men.[119] Auch ein Anlauf, das Schriftgut der Arbeitsgruppe dem Zentralen Parteiarchiv einzugliedern, wurde von ihr zurückgewiesen.[120]

Statt daß das Material der Arbeitsgruppe Ulbricht in das ZPA integriert worden wäre, breitete sich deren Geheimnistuerei wie eine Seuche aus. Sie bearbeitete jetzt in zunehmendem Maße Texte aus anderen Fonds des ZPA, aus dem EKKI-, Pieck- und Dimitroff-Bestand. Weil Walter bzw. Lotte in diesen Dokumenten z. T. im starken Ausmaß herumredigierten und nur die von Ulbricht bestätigte „Fassung des jeweiligen Manuskripts als autorisiert gelten" könne, sollte das ZPA jetzt „Sicherungen" treffen, „die die weitere Ausleihe der nicht autorisierten Fassungen an Dritte" ausschlossen.[121] Doch erst als Ulbricht sein Manuskript „Zur deutschen Außenpolitik von Versailles bis zum sowjetisch-deutschen Pakt" vom 28.2.1940 nebst dem dazugehörigen Anschreiben an Dimitroff aus dem Archiv der Arbeitsgruppe „herauslöste" und „in seine persönliche Verwahrung" übernahm, ließ Berthold alle von Ulbricht verfaßten Materialien im ZPA vorsichtshalber sperren.[122]

Da Ulbricht die Durchsicht derselben „zu umständlich" war, drohte dem Archiv eine dauerhafte Blockade.[123] Doch es kam noch schlimmer. Anfang November 1970 konstatierte die Arbeitsgruppe Walter Ulbricht, daß überall, nicht nur im ZPA, sondern auch in den Bezirksparteiarchiven, in den staatlichen Archiven und in Moskau vom Autor nicht abgezeichnete Fassungen seiner Reden lagerten. Das ZPA solle feststellen welche nicht genehmigten Fassungen in wie vielen Exemplaren existierten, diese bei der Arbeitsgruppe abliefern und gegen die autorisierte Version austauschen. Alle noch nicht autorisierten Ulbricht-Texte seien „listenmäßig zu erfassen", landesweit zu sperren und nach erfolgter Autorisierung ebenfalls gegen die gesäuberte Version auszuwechseln. Auch mit dem Moskauer Parteiarchiv sollte nach Möglichkeit so verfahren werden.[124]

Eine Vorlage des Zentralen Parteiarchivs machte drastisch auf die Folgen einer solchen Zumutung aufmerksam. Eben erst habe man „in sehr großzügiger Weise – wie bisher noch keine andere Bruderpartei" aus Moskau wertvolles Material aus dem „Historischen Länderarchiv" der KI bekommen, und ob man sich wenige Wochen nach einem solchen „Vertrauensbeweis" mit einer solchen Bitte an die KPdSU wenden könne, müsse „sehr gründlich überlegt werden". In der DDR seien konsequenterweise nicht nur die Partei- und Staatsarchive, sondern auch die Archive der Betriebe und gesellschaftlichen Organisationen zu erfassen. Außer den „abgeschlossenen Referaten ohne jeden direkten Vorgang" handele es sich um so unterschiedliche Schriftgutkategorien wie Ulbrichts Diskussionsbeiträge und Zwischenrufe auf Parteitagen, im Politbüro, Ministerrat usw., um die Kurzprotokolle mit zusammengefaßter Wiedergabe der Reden, die „umfangreichen Korrespondenzen" und Gespräche „mit den Vertretern der Parteien, Organisationen und den verschiedenen Bevölkerungskreisen", um „Entwürfe der verschiedensten Ausarbeitungsstadien" und „verabschiedete Dokumente", um die gemeinsam mit anderen herausgegebenen Aufrufe, jene im

119 BA DY 30, IV A 2/9.07/37, Arbeitsgruppe Walter Ulbricht (Ä. Anweiler), Besprechung mit Genossin Lotte Ulbricht am 12.10.1965.
120 Ebd., Arbeitsgruppe Walter Ulbricht (Ä. Anweiler) an Abteilungsleitung, 21.11.1966.
121 Ebd., 12.9.1966.
122 Ebd., Arbeitsgruppe Walter Ulbricht (Ä. Anweiler) an L. Berthold, 8.6.1968.
123 Ebd., L. Ulbricht an Ä. Anweiler, 24.9.1968.
124 Ebd., Arbeitsgruppe Walter Ulbricht, Vorlage für die Besprechung mit dem Zentralen Parteiarchiv, 5.11.1970.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

laufenden Geschäftsverkehr entstandenen Ausarbeitungen, die organische Bestandteile von Akteneinheiten bildeten und schließlich um all die Akten mit Ulbrichts persönlichen Vermerken. In allen Archiven würde „die Mehrheit der Mitarbeiter für einen längeren Zeitraum an diese Aufgabe gebunden." Im ZPA seien die wichtigsten Bestände langfristig zu sperren, zumal in KI-Protokollen die Namen durch noch immer nicht entschlüsselte Ziffern ersetzt worden seien. Das Auseinanderreißen geschlossener Akteneinheiten und organisch gewachsener Bestände „durch die Herausnahme einzelner Originaldokumente" würde allen bisherigen Arbeitsrichtlinien widersprechen. Die technische Ausrüstung reiche kaum aus, um „in größeren Dimensionen von autorisierten Arbeiten gleichwertige Kopien oder Abschriften herzustellen." Zudem ergebe sich zwangsläufig die Frage, ob die archivierten „Arbeiten anderer führender Persönlichkeiten" nicht auf ähnliche Weise zu behandeln seien.[125]

Das IML beschloß, Hager und Honecker zu informieren, die, soweit sie im Vorfeld von Ulbrichts Sturz für solche Nebendinge die Zeit fanden, den Vorgang vermutlich als weiteres Signal altersbedingten Größenwahns interpretierten.

Im April 1971 wurde eine pragmatische Regelung vereinbart, die vorsah, nur Ulbrichts grundlegende Ausarbeitungen, und zwar nicht in einer besonderen Aktion, sondern „im Prozeß der archivwissenschaftlichen Erschließung" zu erfassen. Die Originale sollten nicht mehr aus dem Bestand ausgesondert oder gar vernichtet, sondern „in der Originalakte gesondert aufbewahrt" und der Benutzerordnung entsprechend gesperrt werden. An die Benutzer würde fortan nur noch der autorisierte Text ausgeliehen.[126] So war es den Zensurvirtuosen des IML gelungen, einen monströsen politischen Willkürakt in ihr wissenschaftliches Regelsystem zu bannen.

Der ganze Vorgang trug in erheblichem Ausmaß dazu bei, daß Ulbricht so schnell aus der öffentlichen Wahrnehmung und aus den historischen Texten verschwinden konnte. Die damnatio memoriae war nicht nur auf die Böswilligkeit seines Nachfolgers zurückzuführen, sondern von den beiden Ulbrichts weitgehend selbst verschuldet. Die Archiv-Richtlinien markierten ein klares Tabu, das einen externen wissenschaftlichen Zugriff bis 1989 unmöglich machte. Wie schon bei Pieck und Grotewohl behalf man sich damit, daß die schließlich ja doch unumgängliche Ulbricht-Biographie intern verfaßt und vom Direktor des ZPA, Heinz Voßke, autorisiert wurde. Leider existiert noch immer keine quellenkritische Ulbricht-Biographie, die die geschilderte Fälschungspraxis berücksichtigt.[127]

Die spezifische Tragik des ganzen Vorgangs wird deutlich, wenn man an die großen Diskussionen des Autorenkollektivs erinnert. Wie entschieden hatte Ulbricht dort die Fahne der Wissenschaftlichkeit hochgehalten! Leider paßte die Quellenlage nicht ganz zu der Darstellung des „Geschichtswerks". Hätte sich Ulbricht das nicht vorher denken können? Viele der kompromittierenden Akten kamen erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre aus dem KI-Archiv nach Berlin. Zudem stellte sich heraus, daß die Stalin-Zeit mit dem „Achtbänder" noch keineswegs bereinigt war. In Polen und in der ČSSR fand die Thematik größere Aufmerksamkeit denn je, und das „Geschichtswerk" wurde dort entsprechend scharf kritisiert. Und allen Entsorgungsversuchen zum Trotz holte die stalinistische Vergangenheit Ulbricht

125 Ebd., ZPA (Lya Rothe), Vorlage für eine Beratung der Abteilungsleiter ..., 24.11.1970.

126 Ebd., ZPA (Voßke), Aktennotiz, 6.4.1971.

127 Mario Frank, Walter Ulbricht, Berlin 2001, stützt sich in 50 Fußnoten auf die Ulbricht-Biographie des IML-Archivars Heinz Voßke von 1984.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

schließlich ein. Im unmittelbaren Vorfeld seines Sturzes, im Dezember 1970 signalisierte eine boshaft ausgewählte Fotografie in der sechsbändigen „Geschichte der KPdSU" dem SED-Chef, daß seine Zeit abgelaufen war. Hager übersandte ihm die Mitteilung mit Durchschlag für Honecker, und Ulbricht markierte sie mit zwei Ausrufezeichen: „Der Band 5 enthält ein Bild Stalins während seiner Rede auf dem XIX. Parteitag der KPdSU; auf diesem Bild sind außer Stalin nur noch W. Pieck, O. Grotewohl und W. Ulbricht zu sehen."[128]

3. Der Turm zu Babel

3.1. Konflikte mit der polnischen, tschechischen und sowjetischen Parteigeschichtsschreibung

„ ... mich bearbeitete er in seinem heißen Zimmer – ich schwitzte – er ließ nicht nach ... so kann und darf man niemanden behandeln ..." Breshnew über W. U.[129]

Die schärfste Kritik am „Geschichtswerk" stammte nicht aus der Bundesrepublik, sondern aus Polen. Im 5. Band vermißte sie eine Analyse der faschistischen Rassenhetze. Bei der Schilderung des KPD-Widerstandes werde „jedes winzigste Symptom", selbst der Widerstand in Schlesien berücksichtigt. Die blutigen Verfolgungen in Deutschland seien eingehend beschrieben, der ungleich „massenhaftere, völkermordende Hitlerterror in den besetzten Ländern ... insbesondere in Polen" hingegen höchst vage. Was zu diesem Thema gesagt werde, sei „mit der Wirklichkeit unvergleichbar". „Über den Kampf gegen den Hitlerokkupanten in Polen (übrigens ähnlich wie auch in anderen Ländern Europas, darunter Jugoslawiens, Frankreichs usw.) wird im allgemeinen in einer Zeile gesprochen und mehr Platz lediglich der sowjetischen Partisanenbewegung gewidmet." Die Einschätzung der ersten Phase des zweiten Weltkriegs 1939–1941 durch die KI als beiderseitig imperialistischer Krieg werde gutgeheißen. Man spräche zwar von Stalins Repressionen gegen einige deutsche Kommunisten, die Tragödie der Kommunistischen Partei Polens werde dagegen außer acht gelassen. Der Rezensent erklärte diese Tendenz aus dem Bestreben, die nationale Rolle der KPD zu betonen. Deshalb würden Rosa Luxemburg, Marchlewski und Tyszka ausschließlich als Funktionäre der deutschen Sozialdemokratie untersucht und die Tätigkeit der PPS im „preußisch besetzten Gebiet" Polens ignoriert. „Der Versailler Vertrag wird dabei in traditioneller Weise ausschließlich im Aspekt seines antideutschen imperialistischen, räuberischen und antisowjetischen Charakters aufgefaßt, unter Außerachtlassung der Aspekte, die

128 BA NY 4182, 923, S. 275–284, Hager an Ulbricht, 18.12.1970 nebst Anlage (Information des IML über inhaltliche Probleme des Makets von Bd. 5, 2. Buch (1945–1958) und des Makets von Bd. 6 (1958–1970) der „Geschichte der KPdSU" ...).

129 Mario Frank, Walter Ulbricht, Berlin 2001, S. 387.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

dieser Vertrag für die Herausbildung einer Reihe von unabhängigen Staaten (Polen, Tschechoslowakei usw.) besaß."[130]

Auch mit den tschechoslowakischen Kollegen kam es über den Achtbänder zu vielsagenden Differenzen. Eine zweibändige Geschichte der KPČ war in Vorbereitung – das Manuskript sollte 1968 fertig sein –, doch würde diese, wie die IML-Historiker indigniert zur Kenntnis nehmen mußten, keinen parteioffiziellen Charakter tragen und nur den Standpunkt des Historikers zum Ausdruck bringen. Das „Geschichtswerk" hatten die Tschechen gar nicht gelesen, sie kannten aber genau die westdeutschen Rezensionen. So gab es in Prag eine „Reihe von Vorbehalten in grundsätzlichen Fragen" und „revisionistische Auffassungen", „z.B. zur Geschichte der KI 1939–1941". Spöttisch interessierten sie sich dort, „und zwar in bezug auf die Effektivität der Arbeit, die Freigabe von Dokumenten, die innerparteiliche Diskussion", für die Rolle Walter Ulbrichts an der Spitze des Autorenkollektivs. In der Tschechoslowakei habe sich die Lage gebessert, „da sich die Parteiführung nicht mehr politisch in die Geschichtswissenschaft einmische".[131] In der Rudé Právo vom 15. Mai 1968 „verleumdeten sie die KPČ in übelster Weise" und „behaupteten, daß die Partei von ihnen die Veröffentlichung gefälschter Dokumente gefordert habe und ständig bemüht gewesen sei, den Historikern ‚hineinzureden' und sie zu ‚dogmatischem' Vorgehen gezwungen habe." Auch den „DDR-Historikern wurde unterstellt, daß sie angeblich ihre Meinung anderen aufzwingen wollten."[132]

Im Umfeld des „Prager Frühlings" und der Durchsetzung der Breshnew-Doktrin gewann der Achtbänder bzw. die demselben zugrunde liegende „schöpferische Fortentwicklung" des Marxismus-Leninismus eine ganz ungewöhnliche, die Gegensätze im sozialistischen Lager verschärfende Brisanz. Es ist normal, daß eine so ambitionierte nationale „Meistererzählung" auf Widerspruch im befreundeten Ausland stoßen mußte. Besserwisserisch, „typisch deutsch" und geradezu beleidigend wirkte jedoch der hybride „wissenschaftliche" Geltungsanspruch, der zwanzig Jahre nach dem 2. Weltkrieg der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" auch im internationalen Rahmen zugemessen wurde.

Beim Verlag der Wissenschaften lag eine weitgehend von tschechischen Autoren verfaßte „Geschichte der Tschechoslowakei" des Leipziger „Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien" zum Druck, die infolge der Historiker-Differenzen im Vorfeld des „Prager Frühlings" angehalten und überprüft wurde. Die Parteihochschule verfaßte ein Gutachten, das drastisch den Geltungsanspruch des „Geschichtswerks" im internationalen Kontext belegt: auch ČSSR-Autoren sollten sich daran halten. Das Gutachten stellte fest, „daß der Herausgeber die prinzipiellen Einschätzungen unserer Partei zum XX. Parteitag entweder nicht kennt, nicht verarbeitet hat oder mit ihnen nicht einverstanden ist." Die ausgiebige Rückschau der tschechischen Autoren auf Dogmatismus und Personenkult bestätige die „gegen unser Geschichtswerk gerichteten Argumente" des Gegners und dürfe schon deshalb nicht erscheinen. Der Text werfe erneut „von unserer Partei prinzipiell geklärte"

130 Józef Kowalski, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Z Pola Walki, 4 (36)/1966, S. 150–157 (Übersetzung in: BA DY 30, IV A 2/9.07/346).

131 BA DY 30, IV A 2/9.04/261, Bericht über die Tagung der deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission vom 13. bis 15. Dezember 1966 in Prag.

132 BA DY 30, IV A 2/9.07/155, Gerhard Lozek, Einschätzung zur Lage in der Geschichtswissenschaft sowie unter den Historikern der ČSSR, 23.9.1968.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Probleme des Widerstandskampfes auf und zerre die Diskussion um diese Fragen zurück: „Die Art und Weise der Darlegung des Verhältnisses von ‚Auslandsleitung' und ‚illegalem ZK'" zeige, daß die Tschechen „aus von unserer und für unsere Partei geklärten Fragen keine Schlußfolgerungen für ihre Arbeit gezogen" und nicht überprüft hätten, „in welchem Sinne die prinzipielle Beantwortung durch unsere Partei auch angewandt werden kann und muß für die KPTsch."[133]

Dieses Gutachten stürzte das Leipziger „Institut für Geschichte der europäischen Volksdemokratien" in die finale Krise. Direktor Donnert und sein Stellvertreter Fuchs wurden abgelöst. Abteilungsleiter Gentzen erhielt eine Rüge wegen „Vernachlässigung seiner theoretischen Weiterbildung." Basil Spiru hatte „politisch unverantwortlich ein Gutachten über die Arbeit abgegeben, ohne sie gelesen zu haben." In den entsprechenden Parteiversammlungen wurde „ein größeres Verständnis für die politisch-ideologischen Wurzeln der in verschiedenen Manuskripten gegen wichtige Grundpositionen der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gerichteten revisionistischen Auffassungen" geschaffen. Sicherheitshalber schrieb Ulbricht noch ein paar Zeilen an Hager: „Wozu brauchen wir drei Institute Geschichte der Volksdemokratie? Wozu müssen wir Geschichte der ČSSR und Geschichte Polens schreiben? Auch die Geschichte der russischen Revolution schreiben die sowjetischen Genossen besser!"[134]

Handelte es sich in diesem Fall um eine Art ideologischer Importkontrolle, die das literaturpolitische Hoheitsgebiet der DDR bewachte, so findet sich auch ein Beispiel für die Überwachung des umgekehrten Weges, daß deutsche Genossen die Kontrollen unterlaufen und ihr apokryphes parteigeschichtliches Wissen hinausschmuggeln wollten.

Das IML in Sofia war an prominente SED-Veteranen herangetreten, um zu Dimitroffs Ehren einen Erinnerungsband zu schmücken. Dahlem und Ackermann wurden bei dem Ausbruchsversuch erwischt, unzensierte Erinnerungen auf Bulgarisch zu veröffentlichen. Gemäß einem Amtshilfe-Abkommen schickte das Bruderinstitut in Sofia dem IML in Berlin das Manuskript zur Prüfung zurück. Dem Gutachten des IML zufolge hatte Dahlem wichtige Spielregeln verletzt. Die Erinnerungen stimmten „nicht mit der in der achtbändigen ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' gegebenen Linie" überein. Die Fehler der KPD vor dem VII. Weltkongreß waren „einseitig hervorgehoben", die führende Rolle des ZK der KPD im Kampf gegen den Faschismus kaum erwähnt und statt dessen alle Verdienste Dimitroff zugeschrieben. „Einige Genossen" schrieben „außerdem ausführlich über Fragen der konspirativen Arbeit, über innere Probleme der Kommunistischen Internationale und über Verhaftungen in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren. Alle diese Fragen sind nach unserer Meinung für eine Veröffentlichung nicht geeignet", kommentierte das IML. Lothar Berthold schlug vor, mit Ackermann und Dahlem zu sprechen, „um sie zu bewegen, ihre Erinnerungen auf der Grundlage der achtbändigen ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' zu überarbeiten bzw. neu zu schreiben." Schließlich legte Ulbricht trotzdem sein

133 BA DR–1, 3680, Gertraud Teschner (PHS), Einschätzung des Manuskripts „Geschichte der Tschechoslowakei (1918–1964)".

134 BA DY 30, IV A 2/9.04/140, Dr. K. an H. Lauter, Sekretär der SED-Bezirksleitung, 23.12.1966; ebd., Entschließung der Grundorganisation Historische Institute der Karl-Marx-Universität vom 22.2.1967; ebd., Abt. Wissenschaften, Abteilung Parteiorgane, Überprüfung der aufgedeckten parteifeindlichen Gruppierung an der KMU Leipzig, 6.3.1967; ebd., W. Ulbricht an K. Hager, 27.2.1967.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Veto ein und plädierte im Politbüro für die Nichtverwendung der Manuskripte in Bulgarien.[135]

Der Geltung ihres Achtbänders zuliebe nahm die SED also internationale Spannungen mit den Bruderparteien in Kauf. Ulbricht witterte in solchen hauptsächlich um die Stalin-Interpretation geführten geschichtspolitischen Divergenzen ein Krisensymptom. Sie ließen den ideologischen Zustand der Bruderparteien in einem bedenklichen Licht erscheinen. Daher suchte Ulbricht den Schulterschluß mit Breshnew und bot sich ihm, gestützt auf sein weit überlegenes parteigeschichtliches Wissen und die Autorität eines wissenschaftlichen, ja gerade in Sachen Stalin von Moskau abgesegneten „Geschichtswerkes", als treuester Hüter des Leninismus an:

„... In der Diskussion mit Genossen der sozialistischen Länder wird uns vorgeworfen, daß wir die Komintern zu gut eingeschätzt hätten. Zum Beispiel gibt es bei ihnen eine Arbeit über die Tätigkeit der Komintern im Jahre 1923. Darin wird gesagt, daß die Fehler von 1923 an Stalin und Sinowjew gelegen hätten. Das stimmt nicht. Das ist keine Geschichte. 1923 gab es auch in Bulgarien einen Aufstand. Die Fehler waren auch dort die gleichen. Unseres Erachtens müssen wir über die Einschätzung der Politik der Komintern ... schreiben. Wir können die Fragen nicht so stellen, wie das die Rumänen tun ..." Breshnew zeigte sich überfordert und antwortete ausweichend: „Ich habe mit großer Aufmerksamkeit Ihre Darlegungen gehört, die ich sehr hoch einschätze. Alle von Ihnen dargelegten Fragen haben wirklich große Bedeutung für Sie und uns. Wir müssen die Kraft und Fähigkeit aufbringen, um für die komplizierten Fragen einen Lösungsweg zu finden ..."[136]

Es sei dahingestellt, inwieweit solche geschichtspolitischen Offensiven realen Einfluß auf den inneren Zustand des „Warschauer Paktes" gewinnen konnten. Hier kann es nur darum gehen, den Geltungsanspruch des Achtbänders im internationalen marxistisch-leninistischen Theoriehaushalt abzumessen. Seit dem Erscheinen des „Achtbänders" im Frühjahr 1966 behandelten DDR-Historiker auch sowjetische Publikationen mit aufreizendem Selbstbewußtsein. „Sehr häufig wurden Klagen sowjetischer Genossen laut, daß ihre Bücher oder Artikel trotz aller Versprechungen in der DDR nicht gedruckt" würden. „Sie werden jahrelang durch Briefe hingehalten, aber es erscheint nichts."[137]

„Maßstab der Wertung ist der mit der achtbändigen ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' erreichte Stand in der Geschichtsschreibung", begann Bruno Löwel sein Gutachten zu Daniil Melnikows Standardwerk über den 20. Juli 1944. Er fand es mit seinen „verschwommenen und unexakten" Einschätzungen „zum großen Teil veraltet". „Die Rollen der KPD als führende Partei" komme ungenügend zum Ausdruck, wenn man nur von „deutschen Kommunisten" und „kommunistischen Gruppen" spreche, die „umfassende Führungstätigkeit des ZK der KPD" werde nicht berücksichtigt und es fehle „der für die

135 BA NY 4182/1367, IML an Ulbricht, 2.8.1968; ebd., Ulbricht an das Politbüro des ZK der SED, 18.7.1969.

136 BA DY 30, 3294, Aufzeichnung über das Gespräch zwischen dem Genossen Walter Ulbricht und Genossen L. I. Breshnew im ZK der KPdSU in Moskau am 10. September 1966.

137 BA DY 30, IV A 2/9.07/138, IML (Hortzschansky), Bericht über meine Aussprache im IML Moskau, 31.10.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

spätere Vereinigung von KPD und SPD geleistete (!) selbständige Beitrag von Sozialdemokraten im Widerstandskampf".[138]

Auch in einem sowjetischen Buch über die Ruhrkrise 1923 war der Achtbänder „nicht genügend berücksichtigt worden" und der Gutachter tadelte: „Offenbar ist sich der Vf. nicht voll der Bedeutung dieser Arbeit bewußt." Das Werk werde zwar „global gepriesen", aber noch immer der „Grundriß" zitiert, obwohl doch bekannt sei, „daß die dort dargelegten Einschätzungen, gerade auch das Jahr 1923 und den 8. Parteitag der KPD betreffend, im 1966 erschienenen 3. Band der ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' wesentlich weiterentwickelt und sogar partiell korrigiert wurden."[139]

Differenzen zwischen ostdeutscher und sowjetischer Geschichtsschreibung blieben normalerweise verdeckt und wurden von Gutachtern, Redakteuren und Übersetzern im Vorfeld der Publikation behoben. Doch nach dem Erscheinen des Achtbänders drohten sie öffentlich zu werden, als das IML die Fertigstellung der zehnbändigen sowjetischen „Weltgeschichte" verhinderte und die Bände 9 und 10 per ZK-Beschluß stoppen ließ. Diese farbenprächtige „erste marxistisch-leninistische Darstellung der Geschichte der Menschheit"[140] und Zierde mancher Bücherwand, mußte dem Achtbänder schon rein optisch den Rang ablaufen.

Inhaltlich war sie längst überholt. Der 1957 in der Sowjetunion erschienene Band VII (1871–1917) wurde schon 1962 „als die Sowjetwissenschaft diskreditierend bezeichnet".[141] Die einseitig negative Bewertung der deutschen Sozialdemokratie „als bloße Agentur des Imperialismus" und die Herabsetzung der deutschen Linken um Rosa Luxemburg machte eine gründliche Überarbeitung erforderlich, und um Band VIII mit seiner veralteten Periodisierung der Novemberrevolution stand es eher noch schlimmer. Der Deutsche Verlag der Wissenschaften hielt eine dem „Grundriß" bzw. dem „Geschichtswerk" entsprechende Neufassung des Textes für unverzichtbar. „Das entspricht nicht dem neuesten Stand und bringt uns in große Schwierigkeiten", beschwerte sich Hager bei den „Freunden". Die sowjetischen Herausgeber lehnten eine solche Veränderung jedoch entschieden ab, weil „auch Vertreter anderer sozialistischer Länder auf eine Überarbeitung der sie betreffenden Kapitel gedrängt hätten. Die Herausgabe der ‚Weltgeschichte' in mehreren Varianten sei aber nicht möglich." Notgedrungen hatte sich der Verlag damit beholfen „in der Übersetzung einiges zu glätten."[142]

„Durch Streichungen und eine großzügigere Übersetzung" ließen sich „die grundlegenden Mängel der Bände 9 und 10 der ‚Weltgeschichte'" jedoch nicht mehr beheben. Es fehlten der „opfervolle Kampf" der KPD und das „ständige Ringen" ihres ZK. Die SPD-Politik war „einseitig als Verrat hingestellt" und die Rolle der KI „stark vereinfacht".[143] Die Aus-

138 BA DY 30, IV A 2/9.07/380, IML, Sektor III, Bruno Löwel, Bemerkungen zu Daniil Melnikow, 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit, 5.4.1966.

139 BA DY 30, IV A 2/9.07/380, Wolfgang Ruge, Gutachten zum Manuskript D. S. Davidovic, Die Ruhrkrise und der revolutionäre Kampf des deutschen Proletariats, Moskau 1969, 14.1.1970.

140 BA DY 30, IV A 2/9.07/377, IML, Vorlage für das Sekretariat des ZK, 26.4.1966.

141 BA DR–1, 3676, Deutscher Verlag der Wissenschaften an Ministerium für Kultur, 10.9.1962.

142 BA DY 30, IV A 2/9.04/479, Abt. Wissenschaften (Hörnig) an K. Hager, 3.12.1964. BA NY 4182, IML, Bemerkungen zur Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in „Weltgeschichte", Band 8, 8.4.1965; BA DY 30, IV A 2/9.04/153, Niederschrift über die Besprechung des Genossen Prof. Kurt Hager mit einer sowjetischen Historikerdelegation ..., 1.6.1965.

143 BA DY 30, IV A 2/9.07/377, IML, Vorlage für das Sekretariat des ZK, 26.4.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

wahl der Fakten wirkte zufällig, manches war „unzulässig verzerrt", anderes „unzulässig aufgebauscht".[144] „Ein großer Mangel besonders für den deutschsprachigen Leser" bestand „darin, daß der antifaschistische Widerstandskampf im faschistischen Deutschland überhaupt keine Erwähnung" fand.[145]

Lothar Berthold informierte die Zensurbehörde, daß man einen Band anhalten müsse, den „selbst sowjetische Historiker aus heutiger Sicht nicht mehr bringen würden", und daß das IML eine entsprechende Vorlage für das ZK vorbereite. Die Geschichtsreferentin der HV Verlage informierte daraufhin die Abteilung Wissenschaften, die sich für die Herausgabe aussprach, „würde doch das Nichterscheinen der weiteren Bände einem internationalen Skandal nahe kommen."[146] Dieser Weg sei „nicht gangbar". Bei den zahlreichen Käufern der bisherigen Bände würde man „eine berechtigte Unzufriedenheit, einen Strom von Beschwerden und zahlreiche Diskussionen" auslösen, zumal in der Weltgeschichte die deutsche Geschichte „nur einen kleinen Bruchteil" ausmache. „Die Gefahr, dabei ungewollt in einen Gegensatz zur sowjetischen Geschichtswissenschaft zu geraten, ließe sich wahrscheinlich nicht vermeiden."[147]

Da Hager sich monatelang nicht entscheiden konnte, geriet der Deutsche Verlag der Wissenschaften „in eine unmögliche Situation". Die sowjetischen Autoren, so beschwerte sich Verlagschef Beranek, würden weiterhin „an ihren Formulierungen festhalten und nicht einsehen, weshalb sie jetzt den bereits international bekannten Text ändern sollten", doch „unsere Historiker den jetzigen Wortlaut nicht für akzeptabel halten." Einerseits sollten die beiden Bände nicht erscheinen, „weil ihr Inhalt vom Achtbänder abweicht", andererseits müßten sie aber erscheinen, „weil das Werk (das wir mit den polnischen und tschechoslowakischen Parteiverlagen in Kooperation herausgeben) kein Torso bleiben darf, was ja einer offenen Brüskierung der sowjetischen Wissenschaft gleichkäme." Um „das Buch in vertretbarer Weise zu retten", wollte Beranek, die „ernsteren Widersprüche ... durch geschickte Redaktion bzw. gewisse Kürzungen bereinigen, ohne daß dem Werk Gewalt angetan wird." Auch die Polen und Tschechen hätten „bei den eigenen Nationalgeschichten weitgehende Veränderungen" vornehmen können. Für jeden Leser sei einleuchtend, daß ein zehn Jahre altes Werk nicht die neuesten Erkenntnisse enthalten könne. Beranek plädierte für ein entsprechendes Vorwort, „das ausdrücklich auf die Ergänzung durch den Achtbänder hinweist und damit eine Werbung für unsere Historiker darstellt." Ansonsten müsse endlich jemand die „Verantwortung für die ideellen und materiellen Konsequenzen" für die Einstellung eines Schwerpunkttitels übernehmen.[148]

Schließlich folgte das ZK dem vorgeschlagenen Ausweg und erteilte dem Verlag die paradoxe Weisung, die Bände 9 und 10 in „Eigenverantwortung" herauszugeben.[149] „Die

144 Ebd., Gutachten K. Haferkorn, 26.10.1965.
145 Ebd., Gutachten G. Jähn, Weltgeschichte Band X (o.D.).
146 BA DR-1, 3680 (Deutscher Verlag der Wissenschaften), HV Verlage und Buchhandel, Abt. Wissenschaftliche und Fachliteratur (Barz), Aktennotiz zum Band 9 der Weltgeschichte, 26.3.1966.
147 BA DY 30, IV A 2/9.04/496, Abt. Wissenschaften (Hörnig) an K. Hager, 4.5.1966.
148 BA DY 30, IV A 2/9.04/479, Deutscher Verlag der Wissenschaften (Beranek) an ZK, Abt. Wissenschaften (Hörnig), 27.9.1966.
149 BA DR-1, 3680, DG-Antrag Weltgeschichte Band 9, Aktennotiz Barz, 22.2.1967.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Abschnitte über die deutsche Widerstandsbewegung ... wurden in enger Anlehnung an die ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung', Band 5, redigiert."[150]

Um einen Überblick zu erhalten, welche weiteren Gefahren für das Geschichtsbild aus der Sowjetunion dräuten, verfertigte die HV Verlage und Buchhandel eine Liste, die alle für 1966 und 1967 von den Geschichtsverlagen der DDR geplanten Übersetzungen aus dem Russischen enthielt. Glücklicherweise handelte es sich hauptsächlich um so harmlose Titel wie „Die Philippinen gestern und heute", „Byzanz auf dem Weg nach Indien" oder „Die Handelsbücher des hansischen Kaufmanns Veckinchusen", die allenfalls entfernt etwas mit der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" zu tun haben konnten.[151]

Doch die Hauptgefahr rollte unerbittlich heran. Im Herbst 1966 beschloß der Dietz-Verlag „das russische Original der ‚Geschichte der KPdSU' auf Übereinstimmung der Einschätzungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit dem Geschichtswerk" zu prüfen.[152] Im Gegensatz zur „Weltgeschichte" war die sowjetische Parteigeschichte keineswegs veraltet, die ersten beiden Bände waren eben erst in der Sowjetunion erschienen. Doch auch sie enthielten die üblichen Abweichungen bei der Einschätzung der alten SPD und Rosa Luxemburgs. Der Leiter des Dietz-Verlages warnte Hager, daß die folgenden Bände in noch höherem Maße „unterschiedliche Auffassungen" enthalten könnten.

„Nach unserer Meinung entzieht es sich bei dieser Publikation den Befugnissen unseres Verlages, an dem Text der ‚Geschichte der KPdSU' Änderungen vorzunehmen. Es wäre also zu entscheiden,

ob der Dietz-Verlag ein Werk von solchem Gewicht in unserer Republik verbreiten soll, das in bezug auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verschiedene Probleme zum Teil beträchtlich anders darstellt, als wir sie sehen;

ob das Erscheinen des gesamten Werkes in russischer Sprache abgewartet werden soll, um einen vollständigen Überblick über die Problematik zu erhalten. Danach könnte über die Herausgabe in deutscher Sprache beraten werden. Nach der jetzigen Lage der Dinge wäre es nach unserer Ansicht zweckmäßig, so zu verfahren."[153]

Die „jetzige Lage" – der Dietz-Verleger spielte damit auf das aktuelle Schicksal der „Weltgeschichte" an – änderte sich jedoch bald. Kurt Hager hatte es schließlich satt, den Geltungsanspruch des „Geschichtswerks" bei den übermächtigen „Freunden" durchzusetzen, und teilte Lothar Berthold mit:

„Wir haben gegen die Geschichte der KPdSU und die dort getroffenen Einschätzungen keinerlei Einwände. Unsere Historiker sollen gefälligst von ihrem hohen Roß heruntersteigen. Wenn in der Geschichte der KPdSU solche Einschätzungen enthalten sind, werden sie von uns akzeptiert."[154]

Das war die Niederlage, der Anfang vom Ende der „Heiligen Schrift" der SED. Wenn westliche Historiographiehistoriker von einer „Meistererzählung" sprechen, ist das metaphorisch gemeint. Sie denken an verborgene sprachliche Strukturen und dominierende Motive,

150 BA DR–1, 3681, DG-Antrag Weltgeschichte Band 10 (Verlagsgutachten).

151 BA DY 30, IV A 2/9.04/496, HV Verlage und Buchhandel (Rentz) an ZK, Abt. Wissenschaften, 29.3.1966.

152 BA DY 30, IV A 2/9.13/1 Dietz-Verlag, Protokoll der Verlagsleitersitzung am 29.8.1966.

153 BA DY 30, IV A 2/9.03/35, Dietz-Verlag (Hennig) an K. Hager, 26.9.1966.

154 Ebd., Abteilung Propaganda (Puder), Aktennotiz über ein Gespräch mit Genossen Dr. Günter Hennig, Leiter des Dietz-Verlages, 27.10.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

die auf geheimnisvoll osmotische Weise den Diskurs einer Geschichtskultur prägen. Doch mit dem Achtbänder war eine solche „Meistererzählung" materialisiert und sichtbar als Buch den Menschen erschienen. Welcher andere historische Text wurde mit einem auch nur annähernd vergleichbaren Aufwand geschaffen, zur Geltung gebracht, propagiert und verbreitet? Die zehnjährige Arbeit von tausend Historikern, Archivaren, Redakteuren und Veteranen war in ihm zusammengeflossen, die Geschichtsliteratur eines ganzen Staates wurde von ihm geprägt, eine Millionenpartei verdankte ihm ihre Identität.

So ragte der Achtbänder, geschrieben, „damit wir uns einen Namen machen", hoch wie ein neuer Turm zu Babel. Doch die sozialistische Welt sprach nicht mehr mit „einerlei Zunge und Sprache".

Die deutsche Parteigeschichte reklamierte für die SED mit der Kontinuitätsthese eine 130 Jahre alte Tradition. Damit brüskierte die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" nicht nur die kleineren Bruderparteien in den Volksdemokratien. Was sollte aus der Vorherrschaft der KPdSU werden, wenn die Erben von Marx und Engels einst ihre große Industrienation regieren würden?

„Da fuhr der Herr hernieder, daß er sähe die Stadt und den Turm, die die Menschenkinder bauten. Und der Herr sprach: Siehe, es ist einerlei Volk und einerlei Sprache unter ihnen allen, und dies ist der Anfang ihres Tuns. Nun wird ihnen nichts mehr verwehrt werden können von allem, was sie sich vorgenommen haben zu tun. Wohlauf, laßt uns herniederfahren und dort ihre Sprache verwirren, daß keiner des anderen Sprache verstehe!" (1. Mose 11).

3.2. Der Achtbänder außer Kurs. Demontage und „Abriß"

„... nicht zuletzt die unerschütterliche Charakterfestigkeit, die sich nicht vor Tagesmoden beugt" (Rosa Luxemburg über unerläßliche Voraussetzungen für den Autor einer ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung').[155]

Man braucht nicht den lieben Gott und die Offenbarung zu bemühen, um von einer „Heiligen Schrift" zu sprechen. Max Weber hat daran erinnert, daß „nicht die heiligen Schriften die Wahrheit der Tradition und der Kirchenlehre, sondern umgekehrt die Heiligkeit der als Fideikommiß der Wahrheit von Gott gestifteten Kirche und ihrer Tradition die Echtheit der heiligen Schriften garantiere."[156]

Wenn der Achtbänder mit einem Schuß Ironie als „Heilige Schrift" der SED betrachtet werden kann,[157] so charakterisiert das ganz gut die Dignität des Kanonisierungsverfahrens und den Verbindlichkeitsgrad des Textes.[158] In einem Literatursystem, in dem durch die staatliche Druckgenehmigung jedem erschienenen Text ein Quantum offizieller Geltung zugemessen war, besetzte die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" den höchsten

155 Zitiert nach Annelies Laschitza, Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in BzG 4/1991, S. 435–452, S. 451.

156 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972 (zitiert nach der 5. revidierten Auflage 1976), S. 460.

157 Siegfried Lokatis, Ein „Heiliger Text" der SED? Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" Walter Ulbrichts, in: Karl E. Grözinger/Jörg Rüpke (Hg.), Literatur als religiöses Handeln?, Berlin 1999, S. 329–349.

158 Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis, München (2. Auflage) 1997, S. 123.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Rang. Sie diente anderen „Leittexten" als klassisches Muster und war der höchste Zensurmaßstab – im Wortsinn ein „Buch der Bücher". Es gehört zu den Kennzeichen eines eingeführten kanonischen Textes, daß sich ihm – siehe Bruno Löwel und Walter Ulbricht – logischerweise alle, auch die „Autoren" wie bloße Sachwalter der höheren Wahrheit zu unterwerfen hatten. „Heilige Texte" darf man nicht in Frage stellen. „Kanonische Texte sind nicht fortschreibbar", und die zunehmende „Distanz zwischen festgestelltem Text und wandelbarer Wirklichkeit" ist allein durch „Deutung zu überbrücken", durch Interpretationshilfen und Kommentare.[159] Der Achtbänder war augenscheinlich umfangreicher als Talmud, Koran und Bibel zusammengenommen und bot an sich Stoff genug, um noch ganze Generationen kommunistischer Schriftgelehrter in exegetische Arbeit zu stürzen. Aber er enthielt ja gar keine „Offenbarungswahrheit", sondern wollte als wissenschaftlicher Text gelten.

Ein unscheinbarer Satz im Vorwort des ersten Bandes der GdA verwies darauf, daß die Charakterisierung als „Heiliger Text" in einem wesentlichen Punkt danebengreift und nicht das wissenschaftliche Selbstverständnis der „Macher" trifft. Nur die „entscheidenden Probleme" seien „geklärt", war da zu lesen, sowie der ganz unsakrale, relativierende Hinweis, das „Geschichtswerk" fasse „bisherige Ergebnisse" zusammen und schaffe „einen neuen Ausgangspunkt für die weitere Forschung" (GdA, Bd. 1, S. 10).

Hierbei handelte es sich nicht etwa um eine der Kritik vorbeugende Floskel oder um eine Arbeitsbeschaffungsstrategie des IML, sondern um die Ankündigung eines konkreten Projektes, der Vorbereitung einer verbesserten zweiten Auflage. Man war sich der Vorläufigkeit der Ergebnisse des „Geschichtwerks" wohl bewußt. Dieter Fricke beispielsweise war schon eingespannt, um Vorschläge „für die verbesserte Behandlung der Rolle der bürgerlichen Parteien und Organisationen in den Bänden 1–5 des Geschichtswerkes" zu machen.[160]

Das 19. Jahrhundert würde diesmal ausführlicher in zwei Bänden behandelt werden, und zur Erforschung der Kommunistischen Internationale war eine spezielle Arbeitsgruppe geplant.[161]

Niemand sah deutlicher die Schwachstellen des Achtbänders als Ulbricht. Ihm ging es nicht um einige „Ergänzungen" und „Präzisierungen", sondern um eine komplette „zweite Tour der Durcharbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Die theoretischen Darlegungen des „Geschichtswerkes" seien zwar „exakt, aber ohne genügende Beweisführung". Er wünschte „überzeugendere Fakten" und eine „etwas glücklichere Behandlung einer Reihe von Problemen."[162] Man müsse begründen, warum 1919 „die Mehrheit der Arbeiterklasse dieser Sozialdemokratie gefolgt" sei („Hier ist unsere schwache Stelle ... "), und warum Kommunisten sich mit den Gewerkschaften schwergetan hätten: „Das ist genauso, als wenn jetzt jemand die Frage stellt: Warum werfen eigentlich heute Studenten Fensterscheiben ein? – Das ist ein Ausdruck ihrer Demokratie. In Westdeutschland haben sie augenblicklich keine anderen Formen. Doch in fünfzig Jahren werden manche das nicht mehr verstehen."[163]

159 Ebd., S. 94 und 96.

160 BA DY 30, IV A 2/9.07/90, IML Hausmitteilung (Diehl an Berthold), 3.3.1967.

161 BA DY 30, IV A 2/9.07/35, IML (L. Berthold), Beschluß über die Arbeit zur Herausgabe einer zweiten, überarbeiteten und erweiterten Auflage ... (Entwurf), 6.4.1967.

162 BA DY 30, IV 2/9.07/249, Stenographische Niederschrift der Sitzung des Autorenkollektivs ..., 9. 2.1968, S. 41.

163 Ebd., S. 53 und 61.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Wenn der Ulbricht der NÖS-Periode vergleichsweise tolerant und milde geworden war, so war diese Altersweisheit jedenfalls weitgehend auf die permanente Reflexion der eigenen Biographie und Parteigeschichte zurückzuführen. Wie gern er manche alten Sünden ausgelöscht hätte, erkennt man an der Leidenschaft, mit der er deren Spuren in den Archiven zu tilgen versuchte. Nun forderte er für die zweite Auflage, man müsse den Bürokratismus und die dogmatische Enge in der frühen DDR besser erklären – der harte Ulbricht der Frühzeit, der Herrnstadt und Zaisser, Harich und Janka, Oelßner und Schirdewan ausgeschaltet hatte, war Geschichte: „Selbstverständlich tritt in einer Situation, wo man sich abgrenzt, eine gewisse Enge ein. Das ist ganz automatisch. Da ist gar nichts zu machen ... War das richtig? Absolut! Nachdem jetzt der Boden genügend gesichert ist, formulieren wir das jetzt. Das ist ganz normal. Aber zuerst wird der Angriff des Gegners mit aller Schärfe abgewehrt. So war das immer in der Geschichte der Arbeiterbewegung." Die Abwehrmaßnahmen hätten zu linken oder rechten Abweichungen geführt. „Dann muß die Partei die Linie wieder zurechtbiegen. In der Hetze gegen uns wird das als irgendwelche besonderen Fehler dargestellt, als ‚Fehler im System' ... Sie stochern mit formalen Maßstäben in der Geschichte herum."[164]

Solche Korrekturen, so Ulbricht, erforderten nicht die Überarbeitung einzelner Kapitel und Abschnitte („Da kann nichts herauskommen, weil das Historiker sind"), sondern die systematische Behandlung der Probleme, eine interdisziplinäre Grundlagenforschung mit Staatsrechtlern, Ökonomen und Kulturwissenschaftlern, die zunächst den exakten Forschungsbedarf bestimmen müßten. „So wird nur 10 Prozent Papier beschrieben werden, aber es wird das sein, was wir wirklich für den betreffenden Band brauchen. Mehr wollen wir nicht haben."[165]

Zweimal, am 12.1.1967 und am 9.2.1968, tagte das Autorenkollektiv, um die zweite Auflage vorzubereiten. Am 5. September 1967 beschloß das Politbüro, sie fertigzustellen.[166] Diesmal war ein Neun- oder gar Zehnbänder geplant.[167] Wieso ist diese vielversprechende zweite Auflage des „Geschichtswerks" nicht erschienen?

Letztlich war Ulbrichts allzu langfristige Terminplanung schuld. Vor der Überarbeitung, so riet er weitblickend 1966, wollte er erst einmal die laufende Periode abwarten. Bis dahin sollte der Text des Achtbänders auch bei Nachauflagen unverändert bleiben. Was konnte sich bis 1971 nicht alles ändern![168]

Ende 1968 mußte der Motor und Organisator des ganzen Unternehmens, Lothar Berthold, das IML verlassen. Der IML-Direktor wurde dafür bestraft, daß seine Tochter auf spektakuläre Weise ausgerechnet mit dem Sohn Robert Havemanns gegen die Besetzung der ČSSR demonstriert hatte. Dieser „Tempoverlust" warf alle Termine über den Haufen, zumal

164 Ebd., S. 53f.
165 Ebd., S. 47f.
166 Ebd., Lothar Berthold, Referat für die konstituierende Sitzung des Autorenkollektivs der zweiten Auflage ..., 9.2.1968.
167 BA DY 30, IV A 2/9.07/91, IML (Direktion), Aktennotiz über eine Beratung mit dem Dietz-Verlag am 18.1.1967.
168 BA DY 30, IV A 2/9.07/223, IML (Diehl), Aktennotiz über eine Besprechung mit Walter Ulbricht am 17.8.1966.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

die Autoren des „Geschichtswerks" sich auch anderen Großprojekten, vor allem der Konzeption zur vielbändigen „Geschichte des deutschen Volkes" widmen mußten.[169]

Es gab eine ganze Reihe frischer Probleme, die eine Überarbeitung erforderlich gemacht hätten. Spätestens nachdem das „Biographische Lexikon" 1970 angehalten worden war, muß deutlich gewesen sein, daß die Auseinandersetzung mit den im GULAG verschwundenen „Sektierern" wie Leow, Schubert und Schulte entschieden zu breit ausgefallen war. In den siebziger Jahren vermied man nach Möglichkeit diese Namen zu nennen, und sicherte sich in unvermeidlichen Ausnahmefällen, z.B. bei der Thälmann-Biographie, bei Hager ab.[170] Kühnrichs „KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur" von 1983 kam ohne sektiererische Fehler aus. Die KPD hatte stets die Einheitsfront angestrebt, die „Sozialfaschismus"-These hatte es nie gegeben, und man fragte sich nur, wozu überhaupt die Wende der Brüsseler Konferenz notwendig gewesen war.[171]

Schon lange vor dem Erscheinen des „Achtbänders" hatte Hermann Weber auf den „Verrat" Wilhelm Knöchels hingewiesen. Knöchel schien jedoch unverzichtbar, um die „führende Rolle" des ZK der KPD im Widerstandskampf zu beweisen, und die Autoren des Achtbänders entschieden sich, Webers Vorwürfe zu ignorieren. 1970 wurden diese jedoch von der SED überprüft und die Akten im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv eingesehen. Die Kaderabteilung schlug deshalb vor, „bei der Überarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung den Namen des ehemaligen Mitgliedes des ZK der KPD, Wilhelm Knöchel, nicht mehr zu erwähnen", und Ulbricht betonte, daß „angesichts der ganzen Tragweite und verhängnisvollen Auswirkungen ... der Verrat nicht beschönigt werden" dürfe.[172] So hätte die 2. Auflage der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" harte Nüsse zu knacken gehabt. Mit Hilfe des Registers wäre jede Streichung schnell festzustellen gewesen. Doch die relativ große Auskunftsfreudigkeit und der Namensreichtum des Achtbänders boten nicht, wie geplant, den Ausgangspunkt für weitere Taten, sondern blieben ein einsamer Höhepunkt der SED-Parteigeschichtsschreibung. Denn das IML umging das Problem auf elegante Weise. Die einbändigen Nachfolgeprojekte wie „Tradition, Klassenkampf, Sozialismus" (2. Auflage, S. 475f.) und der „Abriß" der „Geschichte der SED" (S. 66f.) beschieden sich mit ausgedünnten Ehrenlisten und vernebelten alle Auskämmaktionen durch den Verzicht auf ein Namensregister. Ulbricht sollte es in dieser Hinsicht nicht viel besser als Wilhelm Knöchel ergehen. Keiner fiel so oft wie er dem (offenbar nicht für Honecker geltenden) Prinzip des Autorenkollektivs der „Geschichte der SED. Abriß" zum Opfer, „Namen nur sparsam" zu nennen und „bei Parteitagen, Parteikonferenzen, Tagungen des Zentralkomitees und anderen Konferenzen die Referenten nicht namentlich aufzuführen."[173]

Mit Ulbrichts Sturz war nicht nur die Nachauflage gestorben, sondern das gesamte „Geschichtswerk" passé. Die gesamtdeutsch orientierte „nationale Grundkonzeption" wurde

169 BA DY 30, IV A 2/9.07/38, IML (Heyden) an K. Hager, 5.3.1969. Vgl. Werner Tschannerl, Die SED-Führung und die „Geschichte des deutschen Volkes" ...

170 BA DY 30, IV B 2/2.2024/61, IML (Heyden) an K. Hager, 13.4.1978.

171 Heinz Kühnrich, Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur, Berlin 1983.

172 BA NY 4182, 1368, Abteilung für Kaderfragen (F. Müller) an W. Ulbricht, 8.10.1970; ebd., Büro Ulbricht an IML (Heyden), 8.4.1969 und 20.11.1970.

173 BA DY 30, IV B 2/2.024/45, IML (Roßmann), Zusammenfassung der Bemerkungen und Veränderungsvorschläge zum Entwurf der „Geschichte der SED. Kurzer Abriß", 10.9.1975, S. 28.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

durch die Lehre von der eigenständigen „sozialistischen Nation" abgelöst.[174] Schon 1970 hatte sich diese Tendenz angedeutet, als die „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung" umgetauft wurden. Doch erst unmittelbar nach dem VIII. Parteitag der SED änderten die Parteihistoriker die Konzeption zur „Geschichte des deutschen Volkes". Das Muster der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" war nicht mehr anwendbar.[175] Jetzt war es „notwendig, die Geschichte der DDR als Bestandteil der Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft und in ihrem engen Zusammenhang mit der Politik der Sowjetunion zu zeigen", als „Ausdruck der historischen Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche". Die „nationale Politik" wurde nur noch mit Anführungszeichen geschrieben und mußte „anders proportioniert" werden. Überschriften wie „Die nationalen Lebensfragen" mußten verschwinden, „das ‚sogenannte nationale Dokument' wurde nicht mehr breit behandelt", und mit dem Beitritt zum Warschauer Pakt begann fortan ein neuer Periodeneinschnitt.[176] Das IML plante ein entsprechendes neues „Studienmaterial" für das Parteilehrjahr, das sich vom „Geschichtswerk" vor allem darin unterscheiden sollte, daß es die DDR mehr als „Teil des sozialistischen Weltsystems" behandeln und die „fortschreitende Abgrenzung" von der „imperialistischen BRD" betonen würde. Das neue Studienmaterial, aus dem dann die „Geschichte der SED. Abriß" entstand, sollte die Kenntnis der sechsbändigen „Geschichte der KPdSU" voraussetzen.[177]

Bei der Demontage des „Geschichtswerks" handelte es sich keineswegs nur um die systemtypische, bei jedem Führungswechsel übliche symbolische Abstrafung. Dem „Geschichtswerk" war vielmehr jene Linie eingeschrieben, die Breshnews Mißtrauen erregt und der Ulbricht seinen Sturz – die ökonomische Gründe einmal außer acht gelassen – hauptsächlich zu verdanken hatte: der Sonderweg einer „nationalen Grundkonzeption" und die für den sowjetischen Geschmack allzu differenzierte Einschätzung der SPD, die ihn verdächtig gemacht hatte, einen von Moskau unabhängigen deutschlandpolitischen Kurs zu fahren. Die Differenzen waren ausgekämpft, die Grenzen einer eigenständigen SED-Geschichtsschreibung ausgetestet. Das „Geschichtswerk" fiel nicht nur, weil es für Ulbricht stand, sondern es war selbst ein Hauptärgernis gewesen, hatte schon lange im sozialistischen Lager für Unfrieden gesorgt und den Wahrheitsanspruch der KPdSU-Geschichtsschreibung provokativ in Zweifel gezogen. Breshnew nervte, wie Ulbricht sich als lebender Klassiker gerierte und er ärgerte sich über Ulbrichts oberlehrerhafte Besserwisserei.

Wolfgang Kießling hat das kuriose Detail aufgespießt, daß Ulbricht, zur selben Zeit, in der die Verräter die Messer wetzten, d.h. das Politbüro an Breshnew schrieb, sich arglos seinem „dritten Beruf" widmete.[178] Für einfacher gestrickte Apparatschiks waren Ulbrichts Auftritte als Historiker nicht viel mehr als eine „subjektivistische" Marotte. Die Crew um

174 Vgl. Ulrich Neuhäußer-Wespy, Aspekte und Probleme der Umorientierung in der Geschichtswissenschaft der DDR von 1971/1972, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Band 1, Berlin 1988, S. 77–102.

175 Vgl. Joachim Petzold, Parteinahme wofür?, S. 246.

176 BA DY 30, IV A 2/9.07/38, IML (G. Benser), Betr.: Kurze Geschichte der DDR von Stefan Doernberg, 17.9.1971.

177 BA DY 30, IV A 2/9.03/35, IML (Abteilung Geschichte ...), Betr. Einführung in die Geschichte der SED, 24.11.1971.

178 Wolfgang Kießling, In den Mühlen der großen Politik, S. 44ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Honecker konnte ihren alten Chef erfolgreich als selbsternannten „Klassiker" denunzieren, der auf anmaßende Weise die „schöpferische Fortentwicklung" des Leninismus betreibe.[179] Es ist nicht besonders kühn, solche Vorwürfe auf die Kreation des Achtbänders zu beziehen. Insofern wurde die Aura des „Geschichtswerks", dessen hybrider Geltungsanspruch Ulbricht schließlich zum Verhängnis. Hierbei handelte es sich jedoch weniger um eine altersbedingte subjektive Überspanntheit, als um die theoriebewußte Konsequenz aus dem wissenschaftlichen Geltungsanspruch des „Geschichtswerkes", wie er sich im Zensurverhalten materialisierte. Über zehn Jahre Arbeit hatte es die SED-Historiker gekostet, Stalins „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU" durch ein eigenes Werk zu ersetzen. Doch die DDR besaß nicht die Macht, die Wahrheit des Achtbänders bei den „Freunden" verbindlich zu machen, – umgekehrt ging es schon leichter. „Beginnend mit dem Parteilehrjahr 1971/1972 wurden nach vielen Jahren wieder Seminare zum Studium der Geschichte der KPdSU durchgeführt", vermeldete stolz der „Abriß" der „Geschichte der SED" von 1978, der seinem Namen alle Ehre machte.[180]

Die Demontage des Achtbänders erfolgte auf kaltem Wege, ohne größeres Aufsehen und spektakulären Beschluß. Verschwand er aus den Bibliotheken? Durfte er überhaupt noch zitiert werden? Hierzu gibt es widersprüchliche Angaben, auch änderte sich mit den Jahren die Handhabung. DDR-Historiker waren längst darauf konditioniert, sich nur auf aktuell geltende Dokumente zu stützen, und es gab unmißverständliche Signale. Wenn beispielsweise der „Abriß" der „Geschichte der SED" seinen Vorläufer nicht ein einziges Mal mehr erwähnte, war klar, daß ihm keinerlei parteioffizielle Bedeutung zugemessen werden konnte, und man besser nicht mehr darüber sprach. „Im Parteilehrjahr wurden seit 1966 umfassender die historischen Erfahrungen und Lehren der deutschen Arbeiterbewegung studiert", war statt dessen zu lesen.[181] Die 800seitige Thälmann-Biographie stützte sich natürlich weitgehend auf den Dokumententeil des Achtbänders, aber sie gab diese Quelle nur zweimal (5. Auflage 1982, S. 646 und 660) an. Diese Verweise waren unüblich und keineswegs vorgesehen, sondern vom Verfasser der betreffenden Seiten hineingeschmuggelt: Lothar Berthold erinnerte auf diese Weise diskret an sein aus der Parteiöffentlichkeit verbanntes Lebenswerk. Die „ideologischen Zentren", Wissenschaftler, Parteischulen, Verlage und Zeitschriftenredaktionen, besaßen einen gewissen Interpretationsspielraum beim Umgang mit solchen Signalen, doch der Trend war eindeutig.

Obwohl das „Geschichtswerk" mit seiner „nationalen Grundkonzeption" für die ganze Thematik „Erbe und Tradition" konstitutiv war, nahm in der einschlägigen Aufsatzsammlung keiner der 27 Beiträge darauf Bezug. Es entbehrt nicht der Komik, daß das Literaturverzeichnis eines Buches mit dem Titel „Erbe und Tradition in der DDR" beginnend mit 54 Honecker-Reden nur Texte erfaßte, die seit 1970 erschienen waren.[182] In dem Sammelwerk „Die DDR in der Übergangsperiode" schwangen sich immerhin zwei der zwölf Autoren zu jeweils einer Fußnote zum „Geschichtswerk" auf.[183] Klaus Kinners „Marxistische Deutsche

179 Mario Frank, Walter Ulbricht, Berlin 2001, S. 424.
180 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 576.
181 Ebd., S. 487.
182 Helmut Meier/Walter Schmidt (Hg.), Erbe und Tradition in der DDR, Berlin 1988.
183 Rolf Badstübner/Heinz Heitzer, Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin 1982, S. 23, FN 4 (G. Benser); S. 113, FN 71 und 72 (M. Hegemann).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Geschichtswissenschaft" hob die „wesentliche konzeptionelle Bedeutung" des „Abrisses" und der Thälmann-Biographie hervor, dem „Geschichtswerk" widmete er tapfer eine versteckte Fußnote.[184] Erst als der erste Band der „Geschichte der SED" 1988 erschienen war, konnte sich das IML wieder zu seiner verschütteten Tradition bekennen.[185]

Schon wegen des einmaligen Dokumententeils blieb das „Geschichtswerk" für die Schulungsarbeit unverzichtbar, und schließlich konnte man nicht gut acht Millionen Bücher aus dem Verkehr ziehen. Der eine Bibliothekar vernichtete die Dubletten, der andere stellte sie zwar in ein hinteres Regal, doch wohl kaum in den „Giftschrank". Man konnte fest damit rechnen, daß sich die Nachfrage des Lesepublikums in Grenzen halten würde. Die Nichtrezeption war bei einem solchen Werk der natürliche Zustand. Die Rezeption des Achtbänders hatte auf der massiven Unterstützung des Propaganda-Apparates beruht. Nun griff das Entropie-Gesetz und es war auf einmal ganz still darum. So schwer es war, ihn in Geltung zu bringen, so leicht ließ sich diese außer Kraft setzen.

Es entsprach dem Klimawechsel des VIII. Parteitags, daß die Preisgabe des Anspruchs auf eine eigenständige, durch eine wissenschaftliche Parteigeschichte ausgewiesene Identität als ideologische „Lockerung" interpretiert werden konnte. Die „nationale Grundkonzeption" war ein strenges Korsett gewesen, jetzt fiel eine ganze Reihe kontrafaktischer Festlegungen, die die Editionspolitik massiv behindert hatten. Tatsächlich war von den mit deutlicher Spitze gegen Ulbricht verfaßten Dahlem-Erinnerungen „Am Vorabend des zweiten Weltkriegs" bis zum heiß umstrittenen, erstmals ihre Kritik „Zur russischen Revolution" enthaltenden 4. Band der Luxemburg-Ausgabe auf einmal vieles möglich, was bislang undenkbar schien. Rosa stand nicht länger im Schatten Karls. Aus Ulbrichts „nationalem Helden" wurde in Heinz Wohlgemuths Karl Liebknecht-Biographie, entsprechend den Beschlüssen des VIII. Parteitags, ein proletarischer Internationalist und treuer Freund der Sowjetunion, der nach dem Vorbild der Oktoberrevolution die sozialistische Revolution angestrebt hatte.[186] Eine unkommentierte Auswahl von Texten Thälmanns präsentierte diesen auf Kosten Ulbrichts als Ahnvater und Gegenautorität der Parteigeschichtsschreibung. Die 1956 verordnete Zwangspause war zu Ende. Es machte nicht mehr viel aus, wenn Thälmann munter die Sozialdemokraten beschimpfte oder gar auf die proletarische Revolution orientierte. Doch natürlich mußte „gut ausgewählt werden, und in einem Vorwort und Anmerkungen" auf die „komplizierten Fragen klar und ausgewogen eingegangen werden."[187]

Eines der spektakulärsten Bücher, das jetzt erscheinen konnte, war Stefan Heyms „König David Bericht". Jeder wußte, wer gemeint war, wenn sich König Salomon auf der Treppe umdrehte und das für Ulbricht typische „Nu?" sächselte.

Der Redakteur des König David Berichts erörterte ausführlich „die Frage der Einbeziehung unbequemer Tatsachen in Werke der Geschichte" und spottete treffsicher: „Der Weiseste der Könige aber, Salomo, würde es vorziehen, wenn unsere Kommission ... auf subtilere Art vorginge, damit das Volk auch glaubt, was geschrieben steht; denn der König hofft

184 Klaus Kinner, Marxistische Deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933, S. 10 und 31.

185 Annelies Laschitza, Zum Erscheinen des 1. Bandes der „Geschichte der SED", in: BzG, 1/1989, S. 3–15.

186 Heinz Wohlgemuth, Karl Liebknecht. Eine Biographie, Berlin 1973.

187 Ernst Thälmann, Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933 (Redaktion: Erika Kücklich), Berlin 1973. BA DY 30,21976/2 (vorl. Signatur), Heyden/Ernst Diehl an Kurt Hager, 18.3.1972.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

stark, daß der *Eine und Einzig Wahre und Autoritative, Historisch Genaue und Amtlich Anerkannte Bericht über den Erstaunlichen Aufstieg* und so fort alle anderen Bücher seiner Art überdauern wird."

Heym verhöhnte jedoch nicht nur Ulbrichts „Geschichtswerk", sondern auch die parteioffizielle Geschichtsschreibung seines Nachfolgers:

„Sobald ein neuer König den Thron besteigt, befiehlt er, alles anders zu schreiben, wobei die Unperson des vorhergegangenen Königs wieder ausgegraben, seine Günstlinge aber entsprechend abgewertet werden, so daß die Geschichte eines Volkes davon abhängt, welche Ausgabe davon man liest."[188]

Die Glaubwürdigkeit der Parteiführung hatte entschieden gelitten. Viele tausend Propagandisten hatte man auf das „Geschichtswerk" und die „nationale Grundkonzeption" geeicht, jetzt verkündeten sie das Gegenteil. 1956 hatte die Arbeit an der Parteigeschichte begonnen, um nach dem Ausfall Stalins als „Klassiker" eine zuverlässige, wissenschaftlich abgesicherte ideologische Basis zu gewinnen. Die Kampagne zum Lenin-Jahr 1970 überdeckte vorübergehend das Scheitern dieser Konzeption, doch ein Kreis hatte sich geschlossen.

Desto lauter postulierte man fortan die „Kontinuität der Parteiführung". Man mußte sie dialektisch auffassen, sehen, daß sie „ständige Weiterentwicklung und Vervollkommnung im Rahmen der Generallinie und damit Neues" einschloß, dann gab es auch „keine Fehlerdiskussion" berichtete das IML über die Auswertung des VIII. Parteitags.[189]

Das IML verstand sich mehr denn je als wissenschaftliches Institut. Seit 1969 war es mit Promotionsrecht versehen, der republikweite Führungsanspruch als historiographisches Leitinstitut war durch den vom stellvertretenden Direktor Ernst Diehl geleiteten „Rat der Geschichtswissenschaft" gesichert. Die Detailforschung blühte, der attraktive Pieck-Nachlaß wurde zugänglich, und über Thälmann konnte man besser schreiben denn je. Doch diese Liberalisierung bedeutete nicht, daß nicht mehr zensiert werden mußte.

Es gebe keine Tabus, so hatte Honecker verkündet, solange ein Autor auf dem Boden des Sozialismus stünde. Demnach hatten jetzt außer Ulbricht auch Pieck und Grotewohl den sozialistischen Boden verlassen. Nach 1956 hatte man stillschweigend die neuen wissenschaftlichen Editionsprinzipien preisgeben müssen, um die Texte der Parteiführer systematisch zu entstalinisieren. Nach dem VIII. Parteitag stellte sich ein ähnlicher Zielkonflikt zwischen wissenschaftlichem Anspruch und Hagiographie. Doch diesmal war die Stellung der alten Parteiführer entschieden schwächer, die Werkausgaben wurden ausgedünnt und storniert.

In der Mehrzahl der Arbeiten Grotewohls fand sich nicht nur der „Name Stalins relativ häufig erwähnt", sondern „die Entwicklung in der BRD und das Problem der nationalen Frage" nahmen zuviel Raum ein, und „gerade auch bei der Behandlung der Politik und der Rolle der Sowjetunion" blieben „Bezüge auf Losungen wie ‚Wiedervereinigung', ‚einheitliches Deutschland' usw. häufig ..." Das IML hatte „bei der bisherigen Bearbeitung des Manuskripts versucht, durch Streichungen eine Häufung solcher Zitate zu vermeiden". Das wissenschaftlich gebotene Postulat, wenigstens „eine Anzahl solcher Zitate im Text zu

188 Stefan Heym, Der König David Bericht, S. 96, 156, 195.

189 BA DY 30, IV A 2/9.07/99, IML Abteilung Geschichte ..., Sektor III, 23.8.1971.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

belassen“[190], genügte, um Grotewohl in der Versenkung des Parteiarchivs verschwinden zu lassen, wo Heinz Voßke die Pflege der Penaten übernahm.

„Die Problematik der Pieck-Reihe“ warf „generell die Frage nach der Edition von Dokumenten, Reden und Schriften führender Funktionäre der KPD und der SED aus der Zeit nach 1917 auf.“ Das IML war „der Ansicht, daß Editionsvorhaben mit dem Anspruch auf weitgehende Vollständigkeit künftig nicht mehr begonnen werden sollten“ und favorisierte eine Selektion nach bestimmten thematischen Gesichtspunkten. „Dadurch könnten bei Wahrung wissenschaftlicher Editionsprinzipien die zu veröffentlichenden Dokumente und Materialien so ausgewählt werden, daß sie den gegenwärtigen ideologischen Kampf der Partei wirksam unterstützen.“ Hager und Honecker fanden den Vorschlag richtig und ließen die entsprechende Politbürovorlage vorbereiten.[191] Noch seltsamer berührt ein Sekretariatsbeschluß, der Parteiführern die Publikation ihrer Memoiren verbot.[192] Dahlem war hier die erste große Ausnahme, und bekanntlich hat sich schließlich keiner mehr daran gehalten.[193]

In den sechziger Jahren hatte die „nationale Grundkonzeption“ manche Verbiegung der Tradition notwendig gemacht. Doch auch das Gegenmodell von der „sozialistischen Nation“ war nur mit einigem Mut zur Lücke aufrechtzuhalten.

Vergleicht man die Herstellungs- und Genehmigungsprozeduren von Parteigeschichten unter Ulbricht mit der Honecker-Ära, so fällt unmittelbar auf, daß nicht nur die Bücher schrumpften, sondern auch die korrespondierenden Aktenvorgänge. Das ist kein Zufall, sondern Resultat einer anderen Methode. Beim Achtbänder gab es ein aktives, politisch hoch angebundenes Autorenkollektiv, mehrere Diskussionen im ZK-Plenum, eine Unzahl von Sitzungsprotokollen und eine enge Kommunikation zwischen Lothar Berthold und Walter Ulbricht. Bei den Nachfolgeprojekten hielt sich das Politbüro demgegenüber ostentativ aus der produktiven Arbeit heraus. Das IML faßte die dringlichsten „Entscheidungsfragen“ und „problematischen Stellen“ auf ein paar Seiten für Hager zusammen, der sie gegebenenfalls an Honecker weiterreichte. Das „Große Haus“ beschränkte sich auf die Verzögerungs- und Verhinderungskompetenz. Die „Verantwortlichkeit“ des IML war deutlich gewachsen. Eine nachhaltige Wirkung der Arbeit am „Geschichtswerk“ war natürlich die routinierte Professionalität, die sich das Team um Ernst Diehl, Günter Benser und Annelies Laschitza in den sechziger Jahren erworben hatte. Man konnte dem IML die Arbeit sehr gut überlassen. Und wenn wieder etwas schief ging, berührte das nicht gleich das Ansehen Hagers und Honeckers. Damit war von vornherein ausgeschlossen, daß die SED jemals wieder zu einem parteigeschichtlichen Entwurf von durchschlagendem Geltungsanspruch gelangen konnte. Ulbricht hatte aus der parteigeschichtlichen Reflexion eine eigenständige Politik abgeleitet, die nach dem Mauerbau eine deutschlandpolitische Perspektive erlaubte. Seine Parteigeschichte verstand sich als marxistisch-leninistische Revolutionstheorie und zeigte für Gesamtdeutschland einen prosaischen „Weg zur Macht“. Weil sie auch westdeutsche Zielgruppen erreichen sollte, wich man quälenden Wahrheiten nicht einfach aus, sondern prüfte in Moskau, wie weit man gehen könne. Von alldem konnte unter

190 BA DY 30, 21976/1, IML (Heyden) an Hager, 7.8.1972.

191 BA DY 30, IV B 2/2.024/59, IML (Heyden) an Kurt Hager, 18.8.1974.

192 Ulrich Pfeil, Zwischen Parteilichkeit und Geschichte, „wie ich sie tatsächlich erlebt habe“. Textgenese am Beispiel der Memoiren von Franz Dahlem, in: Deutschland Archiv, 1, 2002, S.81–89.

193 BA NY 4072/113, K. Hager an Franz Dahlem 12.11.1975 und 3.2.1977.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Honecker kaum noch die Rede sein. Das IML betonte, daß die SED-Geschichte von vornherein in enger Zusammenarbeit mit den sowjetischen „Freunden" verfaßt würde und stellte die rein propagandistische Zielsetzung klar.[194]

Paradoxerweise, weil niemand mehr von ihm sprach, blieb der Achtbänder heimlich weitgehend und dauerhaft in Geltung. Die Erzählführung des „Geschichtswerks" hatte sich in die Hirne eingefressen. Ganze Passagen pflanzten sich von Leittext zu Leittext fort.

Wer den knallharten „Kurzen Lehrgang", den phrasendurchsetzten „Grundriß", den nicht enden wollenden Achtbänder, den allzu abstrakten „Abriß" und die detailversessene Thälmann-Biographie durchgearbeitet hat, mag darüber urteilen, welcher dieser Texte dem Leser am ehesten zusagt, bzw. die niederschmetterndste Zumutung darstellt. So spröde und abschreckend jeder von ihnen für sich genommen wirken mag, so spannend und kurzweilig kann die Lektüre werden, wenn man die jeweilige Darstellung irgendeines Parteitages oder politischen Sachverhaltes Satz für Satz miteinander vergleicht: auch für die Glasperlenspieler im IML war jeder neue Text ein Kommentar des Vorläufers. Die exponierten Leitthesen über den „Charakter der Novemberrevolution", die „Brüsseler Konferenz" oder die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht wurden zwar geradezu auf den Kopf gestellt, aber gerade daraus wird deutlich, daß das „Geschichtswerk" den diskursiven Rahmen abgesteckt hatte. Intellektuelle Müßiggänger könnten endlos über mögliche politische Hintergründe der zahllosen kleinen Änderungen nachgrübeln. Was bedeutete es beispielsweise, wenn die sozialdemokratische Traditionslinie in der SED offenbar systematisch ausgeschaltet wurde? Lief die Aufwertung Thälmanns auf eine Abwertung der „Moskau-Fraktion" hinaus? Steckte hinter dem „sozialistischen Charakter" der Novemberrevolution etwa mehr als revolutionäre FDJ-Romantik? Manchmal drängt sich allerdings der Eindruck auf, daß es im IML eine Art Tätigkeitsnachweis war, hier ein schmückendes Adjektiv hinzuzufügen, dort eine Partizipialkonstruktion durch den Infinitiv zu ersetzen oder ein sinngleiches Verb zu finden, kurz den Text ohne ersichtlichen Grund irgendwie zu verändern. Dem Geduldigen winkt der Preis, einen jener seltenen Sätze zu finden, die sich unverändert vom „Kurzen Lehrgang" bis zum „Abriß" fortgepflanzt haben.

Von dem Ausfall der „nationalen Grundkonzeption" und der expliziten Kritik nach dem VIII. Parteitag waren, über den Daumen gepeilt, keine fünf Prozent der Textmasse betroffen. Selbst Honeckers neuen Leitbegriff der „sozialistischen Nation" hatte kein anderer als Ulbricht geprägt. Er war ursprünglich „dialektisch" aus der „nationalen Grundkonzeption" abgeleitet und hing jetzt theoretisch in der Luft. Das Scheitern der großen vierbändigen „Geschichte der SED", die nicht über den ersten Band und das Jahr 1917 hinauskam, belegt letztlich die konzeptionelle Hilflosigkeit der SED-Parteigeschichtsschreibung nach dem Ausfall der „nationalen Grundkonzeption", jenes Skeletts, das die einzelnen Teile über 140 Jahre verklammert hatte. Es blieb durchaus möglich, zu einer einzelnen, zumal politisch vergleichsweise harmlosen Periode einen attraktiven Band zu liefern, der die entsprechenden Teile des „Geschichtswerkes" in vieler Hinsicht übertraf und die Ernte von zwanzig Jahren empirischer Forschung einbrachte.[195] Es gelang aber nicht mehr, die Arbeit auf die-

194 BA DY 30, IV B 2/2.024/59, IML, Vorlage für das Politbüro, Konzeption und Erarbeitung einer mehrbändigen „Geschichte der SED", Oktober 1979.

195 Annelies Laschitza, Zum Erscheinen des 1. Bandes der „Geschichte der SED", in: BzG, 1/1989, S. 3–15.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

sem Niveau fortzusetzen[196] – die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus überforderte im Zeitalter Gorbatschows die Beteiligten. Seit 1965 hatte niemand mehr am Tabu des „Personenkultes" gerührt. Der „rote Faden" war längst gerissen.

196 Vgl. Joachim Petzold, Parteinahme wofür?, S. 333–356.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Rückblick

Dieses Buch über das achtbändige „Buch der Bücher" enthält eine ganze Reihe tragikomischer Geschichten über Zensoren und ihre Opfer, aus dem Institut für Marxismus-Leninismus wie aus dem ideologischen „inner circle" Walter Ulbrichts, die sich der Zusammenfassung entziehen. Ineinander verflochten, lassen sie die Erforschung, Festschreibung und öffentliche Durchsetzung von „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in der DDR als eine einzige große Diskurs-Bewegung erkennbar werden.

Wir reden von einer Gesellschaft, in der die Einschätzung Stalins, Lenins, Thälmanns und Rosa Luxemburgs die dominierende Rolle spielte, in der die formierte Erinnerung an die Novemberrevolution oder den antifaschistischen Widerstandskampf die Medien, das Erziehungssystem und die Massenorganisationen in Bewegung hielt. Die Bedeutung, die diesen Fragen zugesprochen wurde, scheint heute kaum nachvollziehbar. Man kann sie jedoch am Papieraufwand und an der Auflagenhöhe des Achtbänders messen. Bezogen auf die kleine Bevölkerungszahl, stellte Ulbrichts „Geschichtswerk" jeden Bestseller in den Schatten. Der Lektüre mußte man allerdings nachhelfen. Gut eine Million SED-Genossen wurde zwangsverpflichtet, die 5 000 Seiten unter Anleitung durchzukauen. Eine seltsame Diktatur! Was den Verschleiß an menschlicher Forschungsenergie und die wissenschaftliche Generalstabsplanung angeht, findet sich in den Geisteswissenschaften keine Parallele. Dem Organisator selbst, Lothar Berthold, standen damals Vorbilder aus der Raketen- und Kernforschung vor Augen. Doch für die Nachgeborenen bedarf es der Rechtfertigung, warum man sich mit einem einzigen Werk beschäftigt, das kein Mensch mehr kennt.

Der Achtbänder definierte die Identität einer inhomogenen Partei und begründete als eine Art Diktaturtheorie mit dem Herrschaftsanspruch der Parteiführung das Spannungsverhältnis zwischen Kaderpartei und Massenpartei. Die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" lieferte die Theorie zum Mauerbau, eine historisch begründete „nationale Grundkonzeption" schien Ulbricht einen Weg aus der Sackgasse, die richtige strategische „Perspektive" aufzuzeigen. Sie wurde zur Grundlage des SED-Parteiprogramms von 1963.

Als Antwort auf die „Orientierungskrise" von 1956 hatte sich Ulbricht gezwungen gesehen, nach einer neuen, von Schwankungen im sozialistischen Mutterland relativ unabhängigen ideologischen Fundierung zu suchen. Er wollte eine deutsche Parteigeschichte ohne Stalin schaffen. Die Rekonstruktion der Werkgeschichte des Achtbänders ist daher ein

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Seismograph für Ulbrichts diskreten Kampf um mehr Selbständigkeit von Moskau, um ein Stück souveräner Definitionsmacht und die Erweiterung seiner zensurpolitischen Handlungsspielräume.

Bis 1951 unterstanden die Publikationen der SED der sowjetischen Zensur, und wenn Ulbricht in der frühen DDR seine Meinung zu Spartakus durchsetzen wollte, publizierte er in der „Großen Sowjetenzyklopädie". In den sechziger Jahren wurden sowjetische Geschichtsbücher, die den acht Bänden widersprachen, von den deutschen Genossen ohne viel Federlesens aus dem Verkehr gezogen.

„Die Freunde" beharrten darauf, daß 1917 im Zentrum jeder Periodisierung stehen müsse, doch Ulbricht fixierte 1958 eine Interpretation der Novemberrevolution, die von sowjetischen Vorstellungen deutlich abwich. Er brauchte sie als archimedischen Punkt für die deutsche Parteigeschichte. Ein Machtvakuum nach Chruschtschows Sturz nutzte Ulbricht, um eine Stalin-Interpretation festzuklopfen, mit der man sich auch in Westdeutschland hätte sehen lassen können. Trotzdem genügte ein sowjetisches Veto gegen Ulbrichts neue Stalin-Interpretation, um in Berlin den Klimasturz des „Kahlschlagplenums" 1965 auszulösen. Es war nicht das erste und nicht das letzte Mal, daß ein sowjetischer Kurswechsel die in Berlin so kunstvoll erarbeitete und mit aller Macht durchgesetzte Linienführung ad absurdum führte.

Der Versuch, eine relativ eigenständige, von der sowjetischen Geschichtsauffassung emanzipierte deutsche KP-Geschichte zu entwerfen, war schon im Vorfeld von Ulbrichts Sturz gescheitert. Für ein theoretisch ambitioniertes Geschichtsbild mit einem unter Marxisten-Leninisten verbindlichen Wahrheitsanspruch fehlte der DDR schlechterdings die nötige Machtbasis.

Der Fall war tief, denn der Kreis um Ulbricht verwaltete stolz sein parteigeschichtliches Herrschaftswissen und hatte die Autorität der acht Bände turmhoch aufgerichtet. Mit großer Mühe hatte man die empirische Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung Mitte der fünfziger Jahre angekurbelt und mit Hilfe örtlicher Kommissionen Erinnerungen und Dokumente gesammelt. Seit der Durchsetzung der Thesen zur Novemberrevolution zählten solche empirischen Quellen nicht mehr. Sie wurden zugunsten der kollektiv diskutierten großen Linienführung niedergebügelt. 1958 wurde das Zensursystem umfassend restauriert. Nur verbockte Historikerveteranen wie Rudolf Lindau wagten danach noch offen zu widersprechen und wurden prompt abserviert. Die große Mehrzahl der Zensurfälle war darauf zurückzuführen, daß die von Ulbricht selbst regierte Diskussion noch in Fluß war, ein neuer Leittext den anderen ablöste und auch bereitwillige Autoren den Vorgaben nicht mehr folgen konnten. Einschlägige Romane und Kinderbücher mußten umgeschrieben werden. Es fällt auf, daß die Mühlen der IML-Zensur in den sechziger Jahren entschieden feiner mahlten, als dies zu Stalins Zeiten der Fall gewesen war. Wie die Entwicklung der Zensurpraxis im Rückblick auf die frühen fünfziger Jahre zu beurteilen ist, wurde eingehend dargestellt.

Das IML hatte 1956 mit der stalinistischen Fälschungspraxis zu brechen versucht, um fortan nach wissenschaftlichen Editionsprinzipien zu arbeiten und beispielsweise Auslassungen durch drei Punkte zu kennzeichnen. Das Chaos im Parteiarchiv und der Dilettantismus der wissenschaftsfremden Kader standen einer solchen Entwicklung im Wege, sie wurden jedoch erfolgreich „mit kollektiven Methoden" bekämpft. Als entscheidendes Handicap für die Verwissenschaftlichung des IML erwies sich der Wunsch der Parteiführer, aus ihren

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Werken alle irgendwie stalinistischen Passagen und überholten Parolen zu entfernen. Weil man sie nicht mehr fälschen wollte, erwiesen sich Werke von solchen Heroen wie Ernst Thälmann und Karl Liebknecht als unpublizierbar.

Die unbarmherzige Zensurpraxis der frühen sechziger Jahre war letztlich auf das Streben nach Konkordanz und theorieähnlicher wissenschaftlicher Eindeutigkeit zurückzuführen. Die Kriterien der tonangebenden Gruppe um Ulbricht waren indes für den „einfachen" Parteihistoriker schwer nachvollziehbar. Es gab von der Beförderung Rosa Luxemburgs zur Leninistin bis zur „führenden Rolle" des ZK im Widerstand eine ganze Reihe abstruser Festlegungen und Dogmen, die man leichter nachbeten als begründen und überprüfen konnte. Sie alle wurden mit einiger Mühe, nach endlosen Auseinandersetzungen und wissenschaftspolitischen Grabenkämpfen zu dem Konstrukt einer „nationalen Grundkonzeption" zusammengefügt, die für die Arbeit am achtbändigen Geschichtswerk den „roten Faden" abgab. Die innere Konsequenz ihrer über 130 Jahre hinweg schwebenden Linienführung steht außer Frage, als eine grandiose Kopfgeburt war sie jedoch auf die Ausblendung divergenter Fakten angewiesen. Deshalb bekamen nicht einmal Insider die Protokolle der „Brüsseler Konferenz" zu sehen, und schließlich mußte Ulbricht die Originale der eigenen Reden wegschließen und umschreiben lassen.

Aus dem Zwang, möglichst elegant um den heißen Brei herumzureden, entstand ein mit angelernten Phrasen gespickter hochtrabender Jargon der Eingeweihten. Die Zensoren sorgten dafür, daß entsprechende Versatzstücke in alle möglichen Texte hineinredigiert wurden. Später verlangten sie, von solcher „Flickschusterei" abzusehen. Die „nationale Grundkonzeption" sollte aus jeder Zeile atmen.

Texte zur Geschichte der Arbeiterbewegung mußten in den sechziger Jahren grundsätzlich kollektiv beraten werden, die Einbindung in ein Autorenkollektiv wurde für wichtige Texte zur Norm erhoben. Der individuelle Autor gehörte im Wissenschaftsverständnis des IML einer überwunden geglaubten bürgerlichen Vergangenheit an. Die Arbeitsweise der Herausgeber des Achtbänders galt in der DDR allerdings als unerreichbares Muster. Schon deshalb mag es sich gelohnt haben, diese einmal ausführlich darzustellen.

„Der rote Faden" in das Labyrinth kommunistischer Parteigeschichtsschreibung bietet dem Leser jedoch vor allem eine konkrete Geheimgeschichte der realsozialistischen SED-Ideologie unter Ulbricht. Marxistisch-leninistische Dogmen lassen sich schwerlich abstrakt in ihrer theoretischen Genese und zeitlichen Abfolge nachzeichnen, ohne den für sie konstitutiven Primat der Zensurherrschaft zu berücksichtigen.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Anhang

Quellen

1. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin
BA DY 30 (= SED-Bestand)

a) 1949–1962

J IV 2	Politbüro
IV/ 2/1	Tagungsprotokolle des ZK
IV 2/ 2.024	Büro Hager
IV 2/ 2.026	Büro Kurella
IV 2/ 9.02	Agitation und Propaganda
IV 2/ 9.04	Abteilung Wissenschaften
IV 2/ 9.06	Abteilung Kultur
IV 2/ 9.07	IML
IV 2/ 9.10	Einheit
IV 2/ 9.13	Dietz-Verlag
IV 2/ 22	Finanzen und Parteibetriebe

b) 1963–1971

IV A 2/ 2.024	Büro Hager
IV A 2/ 9.03	Propaganda
IV A 2/ 9.04	Abteilung Wissenschaften
IV A 2/ 9.06	Abteilung Kultur
IV A 2/ 9.07	IML
IV A 2/ 9.10	Einheit
IV A 2/ 9.13	Dietz-Verlag

c) nach 1971

IV B 2/ 2.024	Büro Hager

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

2. Nachlässe:

NY 4030	(Edwin Hoernle)
NY 4036	(Wilhelm Pieck)
NY 4072	(Franz Dahlem)
NY 4074	(Wilhelm Koenen)
NY 4102	(Paul Merker)
NY 4109	(Anton Ackermann)
NY 4182	(Walter Ulbricht)
NY 4198	(Albert Schreiner)
NY 4215	(Fred Oelßner)
NY 4505	(Richard Gladewitz)

Weitere Bestände:

DY 32	DSF
DY 63	ZENTRAG

3. Bundesarchiv Berlin

BA DR–1	Ministerium für Kultur, Druckgenehmigungsakten der HV Verlage und Buchhandel
BA DR–3	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Literaturverzeichnis

Abendroth, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1965.

Agde, Günter (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin (2.Auflage) 2000.

Altenhein, Hans, Christa Wolfs Kassandra. Eine Fallgeschichte, in: Mark Lehmstedt/Lothar Poethe (Hg.), Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 8 (1998), S. 275–294.

Arlt, Eberhard/Karlheinz Selle, Warum muß die Parteiarbeit in den Redaktionen der technischen Zeitschriften verbessert werden?, Einheit, 3/1958, S. 409–415.

Assmann, Jan, Das kulturelle Gedächtnis, München (2. Auflage) 1997.

Autorenkollektiv Günter Hortzschansky/Walter Wimmer/Lothar Berthold/Heinz Karl/Horst Naumann/Stefan Weber: Ernst Thälmann – Eine Biographie, Berlin 1979.

Azaryahu, Maoz, Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz: politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR, Gerlingen 1991.

Badstübner, Rolf/Heinz Heitzer, Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin 1982.

Badstübner, Rolf/Wilfried Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994.

Bahne, Siegfried, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt/Main 1976.

Ballon, Gabriele/Carsten Wurm, Der Greifenverlag zu Rodolstadt 1919–1993, Wiesbaden 2001.

Barck, Simone/Martina Langermann/Siegfried Lokatis, Jedes Buch ein Abenteuer. Zensursystem und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, Berlin (2. Auflage) 1998.

Barck, Simone, Das Dekadenz-Verdikt. Zur Konjunktur eines kulturpolitischen ‚Kampfkonzepts' Ende der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, Berlin 1993, S. 327–344.

Barck, Simone, Widerstands-Geschichten und Helden-Berichte, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 145–150.

Barck, Simone/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik" und „Einheit". Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999.

Barck, Simone/Silvia Schlenstedt/Tanja Bürgel/Volker Giel/Dieter Schiller (Hg.), Lexikon sozialistischer Literatur, Stuttgart/Weimar 1994.

Barck, Simone, Antifa-Geschichte(n). Eine Literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre, Köln/Weimar/Wien 2003.

Barclay, David E./Eric D. Weitz (Hg.), Between Reform and Revolution: German Socialism and Communism from 1840 to 1990, Oxford u.a. 1998.

Barth, Bernd-Rainer, Wer war Noel Field?, in: Anette Leo, Peter Reif-Spirek (Hg.), Vielstimmiges Schweigen, S. 197–221.

Bathrick, David, Language and Power, in: Michael Geyer (Hg.), The Power of Intellectuals in Contemporary Germany, Chicago 2001, S. 138–159.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Bauer, Roland, Über den Charakter der deutschen Novemberrevolution, in: ZfG 1958, 2, S. 133–169.

Benser, Günter, Bemerkungen zu Disposition und Thesen „Deutschland von der Befreiung vom faschistischen Joch bis zur Gründung der DDR (1945–1949)", in: ZfG 7/1959, S. 1774–1780.

Benser, Günter, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000.

Bentzien, Hans, Meine Sekretäre und ich, Berlin 1995.

Bergmann, Theodor, „Gegen den Strom". Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987.

Berthold, Lothar, Erfahrungen sozialistischer Gemeinschaftsarbeit am Beispiel der Ausarbeitung der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jahrgang 1967, Nr. 5).

Berthold, Lothar, Zur Geschichte der nationalen Konzeption der deutschen Arbeiterklasse, in: ZfG, 5, 1962, S. 1005–1016.

Berthold, Lothar/Ernst Diehl (Hg.), Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin 1964.

Berthold, Lothar/Ernst Diehl/Dieter Fricke/Hans Vieillard, Über einige theoretische Probleme unserer Geschichtsschreibung, BzG 3/1963, S. 407–420; Einheit, 8/1963, S. 116–127.

Berthold, Werner, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution. Zur Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR und zur Konzeption der Geschichte des deutschen Volkes, Berlin 1970.

Bleek, Wilhelm/Lothar Mertens, DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung im DDR-Staat, Opladen 1994.

Borchers, Andreas/Dieter Krause, Die Lebenslüge des Erich Honecker, in: Stern Magazin, Nr. 48, 22.11.1990, S. 28–34.

Brandt, Heinz, Ein Traum der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967.

Bräuer, Siegfried/Clemens Vollnhals, „In der DDR gibt es keine Zensur". Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954–1989, Leipzig 1995.

Brodersen, Ingke (Hg.), Der Prozeß gegen Walter Janka und andere, Reinbek 1990.

Brohm, Holger, Günter Kunert vor dem Gesetz. Gutachten als Kommentarform des Kanons, in: LiteraturGesellschaft DDR, S. 214–239.

Buber-Neumann, Margarete, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, München 1949.

Buxhoeveden, Christina von/Mechthild Lindemann, Das Problem der Periodisierung in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Berlin 1988/1990, S. 363–395.

Classen, Christoph, Faschismus und Antifaschismus. Geschichtsdiskurse im Hörfunk der SBZ/DDR 1945–1953. (Dissertation), Berlin 2002.

Dahlem, Franz, Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Erinnerungen (2 Bände), Berlin 1977.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Dahlem, Franz, Nachgelassenes, Ausgelassenes, in: 1/1990, S. 17–25 (Vorbemerkung Horst Blumberg).
Dahlke, Birgit/Martina Langermann/Thomas Taterka (Hg.), LiteraturGesellschaft DDR. Kanonkämpfe und ihre Geschichten, Stuttgart/Weimar 2000.
Dahne, Gerhard, Die ganz merkwürdigen Sichten und Gesichte des Hans Greifer, Halle 1975.
Darnton, Robert, Die Sicht des Zensors, in: Der letzte Tanz auf der Mauer, München/Wien 1991, S. 138–150.
Dehl, Oleg/Simone Barck/Natalia Mussienko/Ulla Plener (Hg.), Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren, Berlin 2000.
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Thesen anläßlich des 40. Jahrestags, in: ZfG 6, 1958, S. 1–27.
Diehl, Ernst, Geschichte und Geschichtsbewußtsein. Die Geschichte unserer Partei. Kraftquell unseres Kampfes, in: Helmut Meier/Walter Schmidt (Hg.), Erbe und Tradition in der DDR, Berlin 1988, S. 58–71.
Dietrich, Gerd, Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), Bern 1993.
Diskussionsbeiträge zum Entwurf „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Sonderheft der „Einheit", September 1962.
Dlubek, Rolf, Die Überwindung des Subjektivismus und Dogmatismus in der Geschichtswissenschaft der DDR – eine aktuelle Aufgabe der Historiker, in: Einheit, August 1956, S. 741–748.
Dorpalen, Andreas, SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/1983, S. 77–107.
Dutschke, Rudi, Zur Literatur des revolutionären Sozialismus von K. Marx bis in die Gegenwart" (sds-Korrepondenz), Berlin 1966.

Eco, Umberto, Der Name der Rose, Berlin (Volk und Welt) 1985.
Erler, Peter, „Mich haben die persönlichen Erlebnisse nicht zum nörgelnden Kleinbürger gemacht." Deutsche GULag-Häftlinge in der DDR, in: Anette Leo/Peter Reif-Spirek (Hg.), Vielstimmiges Schweigen, S. 173–196.
Eumann, Ulrich, „Kameraden vom roten Tuch". Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit 16, 2001, S. 97–164.

Faure, Ulrich, Im Knotenpunkt des Weltverkehrs. Herzfelde, Heartfield, Grosz und der Malik-Verlag 1916–1947, Berlin 1992.
Fischer, Alexander/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR (2 Bände), Berlin 1988, 1990.
Flacke Monika (Hg.), Auftragskunst der DDR. 1949–1990, München/Berlin 1995.
Flasch, Kurt, Das philosophische Denken im Mittelalter (2. Auflage), Stuttgart 2000.
Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1986.
Florath, Bernd, Historiographie der Arbeiterbewegung. Eine europäische Subkultur und ihre Geschichtswissenschaft, in: Wolfgang Küttler (Hg.), Das lange 19. Jahrhundert. Ernst En-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

gelberg zum 90. Geburtstag (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät, Band 1, 2. Halbband), Berlin 1999, S. 213–262.
Florath, Bernd, Von der historischen Mission der SED, in: Georg G. Iggers u.a., Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 205–225.
Foitzik Jan (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956, Paderborn 2001.
Frank, Mario, Walter Ulbricht, Berlin 2001.
Frank, Henning, Der Testamentsvollstrecker, in: Christ und Welt, 2.12.1966.
Fricke, Dieter, Die bürgerlichen Parteien und die Lebensfragen der deutschen Nation. Zur Erforschung und Darstellung der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: ZfG 1/1962, S. 28–77.
Fricke, Karl Wilhelm, Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen, Köln 1971.
Friedrich, Gerhard, Proletarische Literatur und politische Organisation. Die Literaturpolitik der KPD in der Weimarer Republik und die proletarisch-revolutionäre Literatur, Frankfurt/Main 1986.
Friedrich, Thomas/Christa Hübner/Herbert Mayer/Kerstin Wolf (Hg.), Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Berlin 1995.
Fuchs, Günther/Erwin Lewin/Elke Reuter/Stefan Weber (Hg.), Die Brüsseler Konferenz der KPD, CD-Rom, Berlin 2000.
Fuhrmann, Horst, Von der Wahrheit der Fälscher, in: MGH Schriften, Band 33, Fälschungen im Mittelalter, Internationaler Kongreß der Monumenta Germaniae München, 16.–19. September 1986.
Fuld, Werner, Das Lexikon der Fälschungen, Frankfurt/Main 1999.
Funiok, Rüdiger/Udo F. Schmälzle (Hg.), Medienethik – die Frage der Verantwortung, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1999.

Gansel, Carsten, Parlament des Geistes, Berlin 1996.
Garaudy, Roger, Für eine schöpferische Ausarbeitung der Geschichte der KPdSU, in: Einheit, 10/1956, S. 935–951.
Gast, Irina, Der Kongreß-Verlag und seine Literatur (1948–1962), Diplomarbeit, Berlin 1987.
Geschichte als Herrschaftsdiskurs ..., siehe: Martin Sabrow (Hg.).
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 8 Bände, Berlin 1966.
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin 1970.
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik (3 Bände), Berlin 1964–1967.
Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978.
Giovanopoulos, Anna-Christina, Die amerikanische Literatur in der DDR. Die Institutionalisierung von Sinn zwischen Affirmation und Subversion, Essen 2000.
Gniffke, Erich, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966.
Grafton, Anthony, Fälscher und Kritiker. Der Betrug in der Wissenschaft, Frankfurt/Main 1995.
Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966.
Gross, Babette/Willi Münzenberg, Stuttgart 1967.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Grotewohl, Otto, Skizzen, Zeichnungen, Aquarelle, Gemälde, zusammengestellt und eingeleitet von Heinz Voßke, Berlin 1984.
Grübel, Egon, Realsozialistische Schönschrift, S. 119, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, S. 118–127.
Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: ZfG 10, 1962, S. 1338–1514; Einheit, Sonderheft August 1962, S. 58–186; Berlin 1963.

Hädicke, Karl-Heinz, Der Parteiverlag der KPD und der Verlag der Kommunistischen Internationale in Deutschland von 1919 bis 1923, Dissertation, Berlin 1974.
Hadler, Frank/Georg G. Iggers, Überlegungen zum Vergleich der DDR-Geschichtswissenschaft mit den „gespaltenen" Historiographien Ostmitteleuropas nach 1945, in: Georg G. Iggers u.a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 433–444.
Hager, Kurt, Erinnerungen, Leipzig 1996.
Hartewig, Karin, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2000.
Haun, Horst, Der Geschichtsbeschluß der SED 1955, in: Berichte und Studien des Hannah Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 7, Dresden 1996.
Heimann, Thomas, DEFA, Künstler und SED-Kulturpolitik, Berlin 1994.
Heimann, Thomas, Erinnerung als Wandlung: Kriegsbilder im frühen DDR-Film, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 37–85.
Heimann, Thomas, Wahrheitstreue und Propaganda im DEFA-Dokumentarfilm, in: Martin Sabrow (Hg.), Verwaltete Vergangenheit, Leipzig 1997, S. 185–214.
Hempel-Küter, Christa, Die kommunistische Presse und die Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik. Das Beispiel der „Hamburger Volkszeitung", Frankfurt/Main 1989.
Hering, Sabine/Kurt Schilde, Kampfname Ruth Fischer, Frankfurt/Main 1995.
Herlemann, Beatrice, Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986.
Heydemann, Günther, Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland, Frankfurt/Main 1980.
Heydemann, Günther, Geschichtswissenschaft und Geschichtsverständnis in der DDR seit 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/1987, Beilage zum „Parlament", S. 15–26.
Heym, Stefan, Collin, München 1979.
Heym, Stefan, Der König David Bericht, Berlin (Buchverlag der Morgen) 1973.
Hoffmann, Ernst, Über die Leninsche Revolutionslehre und ihre Anwendung auf die revolutionären Vorgänge in Deutschland, in: Einheit, Oktober 1958, S. 1515–1532.
Höhle, Thomas, Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus, Berlin 1956.
Holzweißig, Gunter, „Verzerrende Beiträge zur Geschichte". Zehnter Jahrestag des „Sputnik"-Verbots, in: Deutschland Archiv, 31. Jahrgang (1998), Nr. 6, S. 976–980.
Holzweißig, Gunter, Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997.
Houben, Heinrich Hubert, Hier Zensur – wer dort? Der gefesselte Biedermeier, Leipzig 1990.
Hübner, Peter, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 1995.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Iggers, Georg G., Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt/Main 1991.
Iggers, Georg G./Konrad H. Jarausch/Matthias Middell/Martin Sabrow (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. Beiheft der Historischen Zeitschrift 27, 1998.
Institut für Denkmalpflege der DDR (Anna Dora Miethe), Gedenkstätten. Arbeiterbewegung, Antifaschistischer Widerstand, Aufbau des Sozialismus. Leipzig/Jena/Berlin 1974.
Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1949–1989, Berlin 1989.

Jarausch, Konrad H., Die DDR-Geschichtswissenschaft als Meta-Erzählung, in: Martin Sabrow (Hg.), Verwaltete Vergangenheit, Leipzig 1997, S. 19–34.
Jarausch, Konrad H., Historische Texte der DDR aus der Perspektive des linguistic turn, in: Georg G. Iggers u.a., Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 261–279.
Jarausch, Konrad H./Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/Main/New York 1997.
Jedes Buch ein Abenteuer ..., siehe: Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis.
Jesse Eckhard (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1999.

Kaiser, Monika, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Berlin 1997.
Kaufmann, Bernd/Eckhard Reisener/Dieter Schwips, Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993.
Kaul, Friedrich Karl, Imperialistische Gesinnungsverfolgung und Gesinnungsbegünstigung, Berlin 1981.
Keßler, Mario, Vom KPD-Apparat zum stillen Weggang aus der DDR. Der Wirtschaftswissenschaftler und Historiker Josef Winternitz (1896–1952), in: Manfred Weißgerber/Reinhard Kühnl (Hg.), Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. (K. Pätzold zum 70. Geburtstag), Köln 2000, S. 394–413.
Keßler, Mario, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln/Weimar/Wien 2001.
Kießling,Wolfgang, Die Jahre 1919–1933 im Museum für Deutsche Geschichte, in: BzG 1/1967, S. 131–143.
Kießling,Wolfgang, In den Mühlen der großen Politik. Heinrich Mann, Paul Merker und die SED. Berlin (hefte zur DDR-Geschichte 36) 1996.
Kinner, Klaus, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1, Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.
Kinner, Klaus, Marxistische Deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933, Berlin 1982.
Kirchenwitz, Lutz, Folk, Chanson und Liedermacher in der DDR. Chronisten, Kritiker, Kaisergeburtstagssänger, Berlin 1993.
Klein, Fritz, Dokumente aus den Anfangsjahren der ZfG (1953–1957), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42 (1994), S. 39–55.
Klein, Fritz, Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen. Frankfurt/Main 2000.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Klein, Thomas/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Frankfurt/Oder 1996.

Kleßmann, Christoph, Gegner des Nationalsozialismus. Zum Widerstand im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/79, S. 25–37.

Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten – eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988.

Klother, Eva-Maria, Denkmalsplastik nach 1945 bis 1989 in Ost- und West-Berlin, Münster 1998.

Kocka, Jürgen (Hg.), Historische DDR-Forschung (Zeithistorische Studien Bd. 1), Berlin 1993.

Kocka, Jürgen, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin/Bonn 1983.

Kocka, Jürgen, Parteilichkeit in der DDR-marxistischen Geschichtswissenschaft, in: Theorie der Geschichte, Band 1, Reinhard Koselleck,/Wolfgang J. Mommsen/Jörn Rüsen (Hg.), Objektivität und Parteilichkeit, München 1977, S. 263–269.

Kosing, Alfred, Die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes, Berlin 1962.

Kowalczuk, Ilko-Sascha, Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des MfS, in: JHK 1997, S. 167–215.

Kowalczuk, Ilko-Sascha, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front, Berlin 1997.

Krenzlin, Leonore, Vom Jugendkommuniqué zur Dichterschelte, in: Günter Agde (Hg.), Kahlschlag, S. 154–164.

Kuczynski, Jürgen, Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993.

Kugel, Anja, Die gesellschaftswissenschaftliche Buchproduktion in der DDR am Beispiel der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED, Magisterarbeit Universität Leipzig 2001.

Kühnrich, Heinz, Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur, Berlin 1983.

Labica, Georges, Der Marxismus-Leninismus, Berlin 1986.

Laboor, Ernst, Zum Abbruch der Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution im Jahre 1958, in: BzG 1/1995, S. 69–76.

Langenhahn, Sandra, Ursprünge und Ausformung des Thälmann-Kults. Die DEFA-Filme Sohn seiner Klasse und Führer seiner Klasse, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Leit- und Feindbilder in DDR-Medien, Bonn 1997, S. 55–65.

Langewiesche Dieter/Klaus Schönhoven, Arbeiterbibliotheken und Arbeiterlektüre im wilhelminischen Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte, XVI, 1978, S. 135–204.

Laschitza, Annelies, Im Lebensrausch trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996.

Laschitza, Annelies, Karl Liebknecht: eine Biographie in Dokumenten, Berlin 1982.

Laschitza, Annelies, Zum Erscheinen des 1. Bandes der „Geschichte der SED", in: BzG 1/1989, S. 3–15.

Laschitza, Annelies, Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in BzG 4/1991, S. 435–452.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Lehmstedt, Mark/Siegfried Lokatis (Hg.), Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaustausch, Wiesbaden 1997.

Lemke, Michael, Die Berlinkrise 1958 bis 1963, Berlin 1995.

Lenin, W. I., Ausgewählte Werke in drei Bänden, Berlin 1961.

Leo, Anette/Peter Reif-Spirek (Hg.), Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001.

Leonhard, Wolfgang, Der unbekannte Marx und Engels in der DDR. Wichtige Äußerungen von Marx und Engels, die in der DDR verdrängt wurden, in: JHK 1995, S. 173–188.

Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1990 (1955).

Lewerenz Elfriede/Elke Reuter (Hg.), Clara Zetkin an N. I. Bucharin, in: BzG 6/1991, S. 778–782.

Lindau, Rudolf, „Ideologische Verwirrung in prinzipiellen Fragen", Einheit, November 1956, S. 1124–1128.

Lindenberger, Thomas (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, Köln/Weimar/Wien 1999.

LiteraturGesellschaft DDR ... siehe: Birgit Dahlke/Martina Langermann/Thomas Taterka (Hg.).

Lokatis, Siegfried, Die Gründung des Akademie-Verlages, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 15, 1997, S. 81–98.

Lokatis, Siegfried, Die Zensur historischer Literatur in der DDR unter Ulbricht, in: Georg G. Iggers u.a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 281–293.

Lokatis, Siegfried, Dietz. Probleme der Ideologiewirtschaft im zentralen Parteiverlag der SED, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1995, S. 533–548.

Lokatis, Siegfried, Ein „Heiliger Text" der SED? Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" Walter Ulbrichts, in: Karl E. Grözinger/Jörg Rüpke (Hg.), Literatur als religiöses Handeln?, Berlin 1999, S. 329–349.

Lokatis, Siegfried, Einwirkungen des Verlagssystems auf die geschichtswissenschaftliche Forschung der DDR, in: Martin Sabrow/Peter Th. Walther, Historische Forschung und sozialistische Diktatur (Hg.), S. 180–192.

Lokatis, Siegfried, Falsche Fragen an das Orakel? Die „Einheit" der SED, in: Zwischen Mosaik und Einheit, S. 592–601.

Lokatis, Siegfried, Geschichtswerkstatt Zensur, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 175–225.

Lokatis, Siegfried, Verlagspolitik zwischen Plan und Zensur. Das „Amt für Literatur und Verlagswesen" oder die schwere Geburt des Literaturapparates der DDR, S. 303–325, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, Berlin 1993.

Lokatis, Siegfried, Wissenschaftler und Verleger in der DDR. Das Beispiel des Akademie-Verlages, in: Geschichte und Gesellschaft 1/1996, S. 46–61.

Lucius, Wulf D. von, Die Zusammenarbeit der Gustav Fischer Verlage in Stuttgart und Jena 1953 bis 1989, in: Mark Lehmstedt/Siegfried Lokatis (Hg.), Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaustausch, Wiesbaden 1997, S. 198–219.

Lüdtke, Alf, Wer handelt? Die Akteure der Geschichte, S. 374, in: Georg G. Iggers u.a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 369–410.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Luxemburg, Rosa, Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1951.

Maetzing, Heike Christina, Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus: Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR, Hannover 1999.

Maier, Charles S., Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/Main 1999.

Maier, Hans, „Totalitarismus" und „Politische Religion", in: Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1999, S. 118–134.

Major, Patrick, Das Verhältnis SED-KPD, 1948–1951, in: Elke Scherstjanoi (Hg.), „Provisorium für längstens ein Jahr". Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 155–162.

Major, Patrick, The Death of the KPD, Oxford 1997.

Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik, Darmstadt 1996.

Malycha,Andreas, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn/München/Wien/Zürich 2000.

Marx, Karl, Bemerkungen über die preußische Zensurinstruktion, S. 24, in: MEW, Band 1, Berlin 1956.

Mason, Tim, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975.

Mason, Tim, Der antifaschistische Widerstand der Arbeiterbewegung im Spiegel der SED-Historiographie, in: Das Argument, Juli 1967, Heft 2/3.

Maur, Hans, Bemerkungen zu einigen Publikationen der örtlichen Kommissionen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD, in: BzG 4/1963, S. 939–953.

Mayenburg, Ruth von, Hotel Lux, München 1978.

McLellan, Josie, Remembering Spain: the contested history of the International Brigades in the German Democratic Republic, Oxford (Dissertation) 2001.

Meier, Helmut/Walter Schmidt (Hg.), Erbe und Tradition in der DDR, Berlin 1988.

Meuschel, Sigrid, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, Frankfurt/Main 1993.

Middell, Matthias, Geschichtswissenschaft in der DDR – Strukturgefängnis oder individuelle Handlungsmöglichkeiten im Wandel von 45 Jahren, in: Georg G. Iggers u.a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 159–204.

Middell, Matthias, Wissenschaftliche Schulen in der Historiographie der DDR?, in: Martin Sabrow (Hg.), Verwaltete Vergangenheit, Leipzig 1997, S. 67–115.

Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf, Düsseldorf 1974.

Mittenzwei, Werner, Kunst und objektive Wahrheit, Berlin 1977.

Mommsen, Hans, Arbeiterbewegung und nationale Frage, Göttingen 1979.

Mommsen, Hans, Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12 (1964), S. 351–413.

Mommsen, Hans, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918–1933, Frankfurt/Main 1990.

Mommsen, Hans, Nationalsozialismus und Stalinismus. Diktaturen im Vergleich, in: Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1999, S. 505–515.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Müller, Hermann, Die Bedeutung der Gründung der IAH im Jahre 1921 für die Entwicklung der Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit Sowjetrußland, in: BZG 3/1962, S. 642–656.
Müller, Reinhard, Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, Reinbek 1994.
Müller, Reinhard, Menschenfalle Moskau – Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg 2001.

Neuhäußer-Wespy, Ulrich, Aspekte und Probleme der Umorientierung in der Geschichtswissenschaft der DDR von 1971/1972, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Berlin 1988/1990, S. 77–102.
Neuhäußer-Wespy, Ulrich, Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, Bonn 1996.
Niethammer, Lutz, Der „gesäuberte Antifaschismus". Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994.
Niethammer, Lutz/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, Die volkseigene Erfahrung, Berlin 1991.

Oelßner, Fred, Über den Bruderkampf in der Arbeiterbewegung, Einheit, Dezember 1956, S. 1258–1263.

Parteihochschule „Karl Marx", Theorie und Praxis, Heft 4, Juli 1958. Sondernummer zur wissenschaftlichen Beratung über Fragen der Novemberrevolution am 26./27. Juni 1958.
Peters, Jan, Unterwegs zwischen Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte, in: Georg G. Iggers u.a., Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 325–339.
Petry, Jürgen, Das Monopol. Die Geschichte des Leipziger Kommissions- und Großbuchhandels LKG, Leipzig 2001.
Petzold, Joachim, „Meinungsstreit" im Herrschaftsdiskurs, in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 287–314.
Petzold, Joachim, Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, Potsdam 2000.
Peukert, Detlev, Die KPD im Widerstand, Wuppertal 1980.
Peukert, Detlev, Zur Kritik der kommunistischen Parteigeschichtsschreibung. Thesen, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 17, 1978, S. 24–38.
Pfeil, Ulrich, Zwischen Parteilichkeit und Geschichte, „wie ich sie tatsächlich erlebt habe". Textgenese am Beispiel der Memoiren von Franz Dahlem, in: Deutschland Archiv, 1, 2002, S. 81–89.
Pfundt, Karen, Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte 1952 in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23/1994, S. 23–30.
Pike, David, The Politics of Culture in Soviet-Occupied Germany 1945–1949, Stanford 1992.
Podewin, Norbert, Walter Ulbricht, Berlin 1995.

Reichert, Steffen, Transformationsprozesse: Der Umbau der LVZ, Münster 2000.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Reulecke, Jürgen/Peter Friedemann, Die Historiographie der DDR und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, S. 519–554.

Riemann, Brigitte, Das Kabarett der DDR, Münster 2001.

Rohrwasser, Michael, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, Stuttgart 1991.

Sabrow, Martin (Hg.), Geschichte als Herrschaftsdiskurs, Köln/Weimar/Wien 2000.

Sabrow, Martin, Das Diktat des Konsenses, München 2001.

Sabrow, Martin, Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiegel seiner Gutachtenpraxis, in: ders. (Hg.), Verwaltete Vergangenheit, Leipzig 1997, S. 35–65.

Sabrow, Martin, Planprojekt Meistererzählung, S. 238f., in: Geschichte als Herrschaftsdiskurs, S. 227–284.

Sassning, Ronald, Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns, Berlin 1997.

Schälike, Fritz, Wie wir begannen, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel (Leipzig), 4.4.1961, S. 192.

Schatagin, N. I., Über das neu vorbereitete Lehrbuch „Geschichte der KPdSU, in: Einheit, 11/1959.

Scherstjanoi, Elke (Hg.), „Provisorium für längstens ein Jahr". Die Gründung der DDR, Berlin 1993.

Scherstjanoi, Elke Scherstjanoi, „Von der Sowjetunion lernen ...", in: Günter Agde (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin (2. Auflage) 2000, S. 37–62.

Schieder, Wolfgang, Karl Marx als Politiker, München 1991.

Schirdewan, Karl, Aufstand gegen Ulbricht, Berlin 1994.

Schmalfuß, Peter (Hg.), Vier Briefe Clara Zetkins über die innerparteilichen Auseinandersetzungen der KPD 1921, BzG 2/1991, S. 202–211.

Schmidt, Walter, Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern, in BzG 4/1996, S. 3–35.

Scholz, Michael F., Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997.

Schönhoven, Klaus, Reformismus und Radikalismus: Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989.

Schönhoven, Klaus, Sozialismus und Kommunismus im Wandel: Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993.

Schraepler, Ernst/Henryk Skrzypczak/Siegfried Bahne/Georg Kotowski, „Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Kritik einer Legende, in: Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschland, 1964, S. 268–347.

Schröder, Jürgen, Rudolf Lindau (1888–1977), in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1997, S. 271–293

Schumann, Wolfgang, Zur führenden Rolle unserer marxistisch-leninistischen Partei und ihres Zentralkomitees im Kampf gegen den Faschismus (1933–1945), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5, 1962, S. 1017–1045.

Schuster, Ulrike, Wissen ist Macht. FDJ, Studenten und die Zeitung FORUM in der SBZ/DDR, Berlin 1997.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Schütz, Rüdiger, Proletarischer Klassenkampf und bürgerliche Revolution. Zur Beurteilung der deutschen Novemberrevolution in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Berlin 1988/1990, S. 759–795.

So lachte man in der DDR. Witze und Karikaturen, Berlin (Eulenspiegel/Das Neue Berlin) 1999.

Speyer, Wolfgang, Die literarische Fälschung im heidnischen und christlichen Altertum, München 1971.

Stalin, J. W., Werke Bd. 6 und 13, Berlin 1955.

Stern, Carola, Doppelleben, Köln 2001.

Stock, Ernst/Karl Walcher, Jacob Walcher (1887–1970), Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York, Berlin 1998.

Strittmatter, Erwin, Die Lage in den Lüften. Aus Tagebüchern, Berlin 1990.

Studer, Brigitte, Verschleierungstaktik als Herrschaftspraxis. Über den Prozeß historischer Erkenntnis am Beispiel des Kominternarchivs, in: JHK 1995, S. 307–321.

Stulz-Herrnstadt, Nadja (Hg.), Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument, Reinbek 1990.

Sywotteck, Arnold, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971.

Tandler, Agnes, Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971, Freiberg 2000.

Tenfelde Klaus (Hg.), Sozialgeschichte des deutschen Kommunismus, Geschichte und Gesellschaft 21, 1995, Heft 1.

Thälmann, Ernst, Geschichte und Politik: Artikel und Reden 1925–1933, Redaktion: Erika Kücklich, Berlin 1973.

Thietz, Kirsten, Zwischen Auftrag und Eigensinn. Der Hinstorff-Verlag in den 60er und 70er Jahren, in: LiteraturGesellschaft DDR, S. 240–274.

Thron, Yvonne, Bolschewisierung gleich Stalinisierung? Zur Bolschewisierungskonzeption der Komintern in den Jahren 1924 und 1925, in BzG 5/1990, S. 579–589.

Tjaden, Karl-Heinz, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO), Meisenheim/Glan 1964.

Trotnow, Helmut, Karl Liebknecht, Köln 1980.

Tschannerl, Werner, Die SED-Führung und die „Geschichte des deutschen Volkes", in: Martin Sabrow/Peter Th. Walther (Hg.), Historische Forschung und sozialistische Diktatur, S. 110–116.

Ulbricht, Walter, Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution, Einheit, November 1950, S. 979–1003.

Ulbricht, Walter, Die Novemberrevolution und der nationale Kampf gegen den deutschen Imperialismus, in: BzG 1/1959, S. 8–25.

Ulbricht, Walter, Zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: Einheit, Sonderheft August 1962, S. 1–57.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Vierneisel, Beatrice, Das Erinnerungsarchiv. Lebenszeugnisse als Quellengruppe im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in: Martin Sabrow (Hg.), Verwaltete Vergangenheit, Leipzig 1997, S. 117–144.

Vollgraf Carl-Erich /Richard Sperl/Rolf Hecker (Hg. u. Red.), David Borisovic Rjazanov und die erste MEGA. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge, Sonderband 1, Hamburg 1997.

Wagner, Frank, „Von der Kitschfabrik zum sozialistischen Kunstverlag". Die Entwicklung des Verlages der Kunst, Dresden, in den fünfziger Jahren, in: Mark Lehmstedt/Lothar Poethe (Hg.), Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 1 (1998), S. 187–274.

Walther, Joachim, Sicherungsbereich Literatur, Berlin 1996.

Weber, Hermann in Zusammenarbeit mit Gerda Weber, Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule „Karl Marx" bis 1949, Berlin 2002, S. 320f.

Weber, Hermann, „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt/Main (2. Auflage) 1990.

Weber, Hermann, 16 Fragen an die SED, Vorwärts, 8.7.1964.

Weber, Hermann, Die Novemberrevolution und die SED, in: SBZ-Archiv, 1958/20, S.323.

Weber, Hermann, Die SED hat sich abermals gedrückt, Vorwärts, 5.10.1966.

Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (2 Bände), Frankfurt/Main 1969.

Weber, Hermann, Sechs neue Fragen an die SED. Zum Erscheinen des achtbändigen Geschichtswerkes ..., in Vorwärts, 10.8.1966.

Weber, Hermann, Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Köln 1964.

Weber, Hermann, Zwischen Stalinismus und Objektivität. Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: SBZ-Archiv 16 (August 1966), S. 249–253.

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen (5. Auflage) 1976.

Wehner, Herbert, Zeugnis, Köln 1982.

Weiss, Peter, Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt/Main 1975–1981.

Weiss, Peter, Notizbücher 1971–1980, Erster Band, Frankfurt/Main 1981.

Weitz, Eric D., Creating German Communism 1890–1990, Princeton 1997.

Welk, Ehm, Im Morgennebel, Berlin (Volk und Welt), 1953.

Welzel, Heinz, Zu einem Aufsatz von Walter Bartel über die deutsche Widerstandsbewegung und die Alliierten zur Zeit des zweiten Weltkrieges, in: BzG 1/1962, S. 65–76.

Wergin, Clemens, „Verantwortung für die DDR". In Berlin-Mitte erzählte Christa Wolf aus ihrem Leben, in: Der Tagesspiegel, 29.11.1999, S.30.

Westerbarkey, Joachim, Das Geheimnis. Die Faszination des Verborgenen, Leipzig 1998.

Wichner, Ernest/Herbert Wiesner (Hg.), „Literaturentwicklungsprozesse". Die Zensur der Literatur in der DDR, Frankfurt/Main 1993.

Winkler, Heinrich August, Autoreninterview, in: Börsenlatt 95, 28.11.1997.

Wirsching, Andreas, „Stalinisierung" oder entideologisierte „Nischengesellschaft". Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1997, S. 449–466.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Wohlgemuth, Heinz, Karl Liebknecht. Eine Biographie, Berlin 1973.
Wolf, Hubert/Wolfgang Schopf, Die Macht der Zensur. Heinrich Heine auf dem Index, Düsseldorf 1998.
Wolf, Karin, Die Wirtschaftspolitik der DDR bzw. SBZ in Bezug auf die Druckereibetriebe, Magisterarbeit am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, 2000.
Wolle, Stefan, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998.
Wurm, Carsten, Der frühe Aufbau-Verlag 1945–1961, Wiesbaden 1996.

Zimmermann, Fritz, 40 Jahre BzG, in BzG 4/1998, S. 3–17.
Zipser, Richard, Fragebogen: Zensur. Zur Literatur vor und nach dem Ende der DDR, Leipzig 1995.
Zur führenden Rolle der Kommunistischen Parte Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf, BzG 3/1961, S. 547–572.
Zwischen „Mosaik" und „Einheit". Zeitschriften in der DDR ... siehe: Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hg.).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Abkürzungsverzeichnis

A	Analyse
Abt.	Abteilung
Achtbänder	siehe GdA
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AG	Arbeitsgemeinschaft
A.T.	Altes Testament
BA	SAPMO-Barch (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv); Bundesarchiv
Bd.	Band
Betr.	betreff
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Brüssel	Brüsseler Konferenz in Moskau 1935
BVG	Berliner Verkehrs-Gesellschaft
BzG	Beiträge zur Geschichte der (deutschen) Arbeiterbewegung
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
CIA	Counter Intelligence Agency
ČSR, ČSSR	Tschechoslowakische Republik
C. Z.	Clara Zetkin
D	Dokumentation
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFF	Deutscher Fernsehfunk
DG	Druckgenehmigung
dgl.	dergleichen
d.i.	das ist
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DVK	Druckerei- und Verlagskontor
E	Einschätzung
„E“	Einheit
EKKI	Exekutivkomitee der KI
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
F. M.	Franz Mehring

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

GdA	Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Berlin 1966
Gen.	Genosse
Genn.	Genossin
Geschichtswerk	siehe GdA
Gewi	Gesellschaftswissenschaften, gesellschaftswissenschaftlich
Gewi-Institut	Institut für Gesellschaftswissenschaften
Grundriß	Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
GSE	Große Sowjetenzyklopädie
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GULAG	Glawnoje uprawlenije lagerej (1930–1950 Hauptverwaltung des Straflagersystems in der UdSSR)
Hochschullehrbuch	Hochschullehrbuch für deutsche Geschichte
Hg.	Herausgeber
HV	Hauptverwaltung (Verlagswesen bzw. Verlage und Buchhandel)
H. W.	Hanna Wolf
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
Imp.	Imperialismus
Imp. Kap.	Imperialistischer Kapitalismus
Inst.	Institut
Jan.	Januar
JHK	Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung
Kap.	Kapitel
KDW	Kaufhaus des Westens
KI	Kommunistische Internationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
K. L.	Karl Liebknecht
KMU	Karl-Marx-Universität
Komintern	siehe KI
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPDO	Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KPR	Kommunistische Partei Rußlands, Kommunistische Partei Rumäniens
KPTsch	siehe KPČ
Kulturbund	Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands, Kulturbund der DDR
KZ	Konzentrationslager

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

L. J.	Leo Jogiches
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
Lit (Litobmann, Litobleute)	Literatur
LKG	Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel GmbH
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MAS	Maschinenausleihstation
m.E.	meines Erachtens
MEL-Institut	Marx-Engels-Lenin-Institut (Name des IML 1949–1953)
MELS-Institut/ MELST/MELSt.	Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut (Name des IML 1953–1956)
M.Eur.i.e.S	Mitteleuropa im engeren Sinne
MfK	Ministerium für Kultur
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Mio.	Million
ML	Marxismus-Leninismus
Ms.	Manuskript
MSB Spartakus	Marxistischer Studentenbund
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
M. A.	Militärpolitischer Apparat (Nachrichtendienst der KPD)
MZ	Materialzusammenstellung
Nagruko	Nationale Grundkonzeption
NATO, Nato	Nordatlantik-Pakt
ND	Neues Deutschland
NDL	Neue Deutsche Literatur
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NJ-Brigade	Nazi-Justiz-Brigade
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKWD	Narodny kommisariat wnutrennych del (Volkskommissariat des Inneren der UdSSR)
NL	Nachlaß
NÖS	Neues ökonomisches System
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
o.D.	ohne Datum
OHL	Oberste Heeresleitung
Okt.	Oktober
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
o.V.	ohne Verfasser

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

PB	Politbüro
PC	Personalcomputer
PH	Pädagogische Hochschule
PHS	Parteihochschule
PLAMAG	Druckmaschinenfabrik in Plauen
PPS	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
Prop.	Propaganda
Probl.	Problem
RFB	Rote-Front-Kämpferbund
RGI	Revolutionäre Gewerkschaftsinternationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation
R.-Flucht	Republik-Flucht
R. L.	Rosa Luxemburg
S.	Seite
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA, SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
sog.	sogenannt
sozial.	sozialistisch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stasi	siehe MfS
SS	Schutzstaffel
SU	Sowjetunion
SWA-Verlag	Sowjetskaja Wojennaja Administratia (siehe SMA)
t.	Tonne
Tgb.	Tagebuch
TGL	Technische Normen, Gütevorschriften und Lieferbedingungen
u.M.	unserer Meinung
u.U.	unter Umständen
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VEB	Volkseigener Betrieb
VEGAAR	Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR
Vf.	Verfasser
VIVA	Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten GmbH
VKA	Vereinigte Kletterabteilung
VOB	Vereinigung Organistionseigener Betriebe
vormonop. Kapi.	vormonopolistischer Kapitalismus

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
W. P.	Wilhelm Pieck
W. U.	Walter Ulbricht
Z.	Zeichen
z. B.	zum Beispiel
ZENTRAG	Zentrale Druckerei-, Einkaufs- und Revisionsgenossenschaft m.b.H.
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv
z.Z.	zur Zeit

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Personenregister

Abshagen, Robert 157
Abusch, Alexander 117, 166f.
Ackermann, Anton 98, 165, 329, 342
Adenauer, Konrad 185, 211, 241ff., 248
Adler, Hans 154
Apitz, Bruno 25, 129
Aquino, Thomas von 173
Aristophanes 123
Arlt, Wolfgang 74, 187
Arnold, Willi 84
Aufhäuser, Siegfried 247
Augustus (Kaiser) 134
Axen, Hermann 304

Bahro, Rudolf 11
Barbusse, Henry 146
Bartel, Horst 179, 224f., 236, 247, 257f., 261, 317, 333
Bartel, Walter 67, 117, 129, 154, 171, 200–204, 233
Barthel, Karl 129
Barthel, Kurt 149
Bästlein, Bernhard 157, 167
Bauer, Roland 102f., 165, 208, 210
Baum, Bruno 154, 167
Bebel, August 13, 68, 85, 89, 147, 149, 170, 173, 186, 215, 229, 238, 242, 247, 254, 258f., 264, 320, 324, 330
Becher, Johannes R. 130, 242
Becker, Arthur 252
Behrens, Fritz 121f., 127
Benary, Arne 127
Benser, Günter 28, 74f., 176, 211, 224f., 234f., 288, 292, 296, 334, 355
Beranek, August 345
Berg, Lene 38, 171f.
Bergschicker, Heinz 300
Berija, Lawrentij P. 243, 291, 302, 309f.
Bernstein, Eduard 229, 247
Bersarin, Nikolai 292
Berthold, Lothar 28, 42, 45, 51, 162, 169f., 177f., 185, 189, 195, 197, 208, 212f., 224f., 227f., 232f., 236, 239, 246, 249, 253, 255f., 262, 268, 279, 297–302, 304, 308ff., 315, 317ff., 321f., 325, 327, 334, 338, 342, 345f., 349, 352, 355, 359
Berthold, Werner 28, 211, 233, 304
Beyer, Frank 313
Biermann, Wolf 11, 313
Bischoff, Charlotte 198
Bismarck, Otto von 160, 189, 242, 257
Bittel, Karl 209
Blagjeff, Dimiter 80
Blank, A.S. 218
Blanqui, Louis Auguste 260
Bloch, Ernst 134
Böchel, Karl 247
Böhm, Karl 127
Bölke, Milli 114
Böll, Heinrich 131
Bonaparte, Louis 13
Böttner, Wolfgang 320
Brandler, Georg 17, 243, 250, 265, 271, 291, 305
Brandler, Heinrich 185, 223, 229
Brandt, Willy (alias Frahm, Herbert) 57, 187, 218, 304
Brandweiner, Heinrich 125
Braun, Volker 11
Bräunig, Werner 313
Bredel, Willi 69, 146, 149
Breitscheid, Rudolf 247
Breshnew, Leonid 12, 308, 310, 340f., 343, 351
Brühl, Reinhard 304
Bucharin, Nikolai 275, 308
Buchheim, Walter 174, 180
Büchner, Georg 258
Büchner, Robert 94
Buchwitz, Otto 106, 329
Budich, Willi 254
Byrnes, James F. 303

Caballero, Francisco 52
Campesino, El 52
Canaris, Wilhelm 107
Chruschtschow, Nikita S. 12, 19, 25, 33, 42, 103, 181, 242, 247, 277, 289, 296, 300f., 308, 360
Churchill, Winston S. 303
Clay, Lucius D. 293
Coler, Christfried 130f.
Coppi, Hans 146
Creutzburg, August 253, 272
Cuno, Wilhelm 242
Czok, Karl 211

Dahlem, Franz 15, 25, 28, 35, 198, 209, 243, 252, 255, 276, 300, 305ff., 329, 342, 353, 355
Dahrendorf, Gustav 245, 249, 290
Daub, Philipp 252
David (König) 296, 353
Deichgräber, Karl 123

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Diedrich, Paul 252
Diehl, Ernst 45, 87, 180f., 189, 223ff., 236, 250f., 267, 278, 280, 317, 354f.
Dietz, Karl 147, 150
Dimitroff, Georgi 76, 80, 146, 215, 217, 242f., 279ff., 338, 342
Djacenko, Boris 126, 128
Dlubek, Rolf 225, 259f.
Döblin, Alfred 146
Doernberg, Stefan 176, 211, 225, 293, 296, 334
Dohm, Bernhard 67
Donnert, Erich 342
Dornemann, Luise 58f., 117, 265
Dostojewski, Fjodor 146
Drabkin, Jakob 102, 110f.
Drobisch, Günter 285, 335
Duncker, Hermann 85, 90, 106, 109, 316
Dünow, Hermann 45f.
Dutschke, Rudi 327
Dymschitz, Alexander 292

Eberlein, Hugo 250ff., 254, 268, 272, 276
Ebert, Friedrich 99, 108, 266,
Ebert, Friedrich (jun.) 101, 103, 224, 248, 282, 290, 299
Eco, Umberto 47
Eggerath, Werner 75
Ehrenburg, Ilja 34, 146
Eichler, Willi 173
Eildermann, Wilhelm 117
Einicke, Ludwig 45, 71, 73, 83, 89, 208, 245
Einig, Toni 149
Eisenhower, Dwight D. 244
Eisler, Gerhart 250
Eisner, Kurt 228
Elvert, G. 51
Engel, Gerhard 225
Engelberg, Ernst 44, 74, 170, 174, 180, 188f., 201f., 221, 257–260, 294, 333, 342
Engels, Friedrich 13, 35, 38, 42f., 54, 63, 74, 78, 87, 145, 147, 149, 159, 169f., 173, 180, 184f., 191, 210, 216, 227, 237, 242, 247, 254, 258, 260, 266, 297, 322, 324, 326, 334, 347
Engert, Otto 157
Erhard, Ludwig 288
Ersil, Wilhelm 225, 272
Erxleben, Charlotte 67, 89f.
Ethan 11, 72

Fallada, Hans 146
Fechner, Max 53, 245, 249
Fichte, Johann Gottlieb 258
Field, Noel 17, 305, 333
Fischer, Ernst 134
Fischer, Karl 252
Fischer, Martha 36
Fischer, Ruth 56, 65f., 185, 229, 235, 243, 250, 268, 271, 277, 326
Flieg, Leo 251–254
Florin, Peter 304
Florin, Wilhelm 50ff., 65, 68, 76, 85, 165, 241, 249, 307
Förder, Herwig 225, 257, 260
Foucault, Michel 29
Franziskus (Heiliger) 23
Frauendienst, Werner 87
Fricke, Dieter 160, 189, 224f., 229, 232, 236, 240, 242, 249, 262ff., 317, 348
Friedländer, Paul 130f.
Friedrich II. 88, 160
Frölich, Paul 250, 272
Fuchs, Gerhard 342
Fürnberg, Louis 149

Galen 123
Gärtner (Genn.) 89
Gärtner-Scholle, Carola 130, 132f.
Gaulle, Charles de 211
Gemkow, Heinrich 74, 84, 187, 224f.
Gerstner, Sybille 121
Girnus, Wilhelm 331
Gladewitz, Richard 89ff., 93f., 194
Glemnitz, Alfred 51
Globig, Fritz 65, 104, 224, 250, 264, 270, 272, 279f., 299
Globig, Martha 83, 181
Glondajewski, Gertrud 84, 157, 285
Gneisenau, August Graf Neidhardt von 304
Gniffke, Erich 157, 245
Goebbels, Joseph 22, 247
Goerdeler, Carl Friedrich 287, 303
Goethe, Johann Wolfgang von 25, 145
Golke, Arthur 252, 254
Gorbatschow, Michail S. 130, 310, 357
Göring, Hermann 247
Gorki, Maxim 146
Görlich, Günter 312
Gotsche, Otto 94
Graf, Rudolf 206
Grapow, Hermann 123
Graps (Genn.) 93
Grebing, Helga 327
Griep, Günter 225
Groehler, Olaf 165
Grotewohl, Johanna 50
Grotewohl, Otto 12, 53ff., 61, 63, 73, 101ff., 106, 109, 136, 144, 149, 151, 156, 242, 244, 247f., 339f., 354
Grube, Ernst 252
Gründgens, Gustav 132

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Guralski, A. I. (alias August Kleine) 253

Haase, Hugo 328
Habedank, Heinz 28, 175, 200
Hacks, Peter 313
Hädicke, Karl-Heinz 74
Haferkorn, Katharina 74
Hager, Kurt 19, 36, 39, 44, 92, 113, 121, 124, 174, 180, 192, 206f., 217, 220ff., 224, 235, 248, 255, 258f., 261, 266, 270, 272, 277ff., 281f., 284, 287, 293, 298, 303, 307, 312, 316, 321, 330, 339f., 342, 344ff., 350, 355
Hahne, Margarete 252
Haid, Bruno 331f.
Halle, Felix 253
Halle, Otto 129, 154
Harich, Wolfgang 34, 39, 113, 120f., 134, 166, 295, 349
Haun, Horst 234
Hauptmann, Helmut 312
Hauschke, Max 71, 73
Hausmann, Arno 130f.
Havemann, Robert 313, 349
Heartfield, John 146
Heckert, Fritz 50, 242, 249f.
Hein, Wilhelm 252
Heise, Werner 134
Heitzer, Heinz 210, 225, 293, 333
Hellfaier, Karl Alexander 125
Hennecke, Adolf 304
Henning, Günter 156ff.
Hensel, Fritz 89
Herholz, Kurt 51
Hermlin, Stephan 94, 313
Herrnstadt, Rudolf 40, 128, 185, 243, 249, 254, 307, 349
Herzfelde, Wieland 147
Heyden, Günter 57
Heym, Stefan 11, 18, 23, 26, 294, 313, 331f., 353f.
Himmler, Heinrich 132
Hitler, Adolf 17, 48, 80, 83, 99, 128, 163, 165f., 169, 182, 185, 247, 249, 275, 285f., 303, 308f., 336, 340
Hoelz, Max 90, 215, 254, 272
Hoernle (Hörnle), Edwin 50ff., 63, 65
Hoernle, Hedda 50f.
Hoffmann, Ernst 80, 101, 103, 174, 179, 181
Hoffmann, Heinz 233
Hoffmann, Oskar 22, 130, 331
Holzweißig, Gunter 20
Honecker, Erich 18, 27, 32, 160, 198, 248, 267, 283, 304, 339f., 350, 352, 354ff.
Hönig (Gen.) 125
Hood, Robin 90
Höpcke, Klaus 28, 113
Horn, Werner 224f., 234, 236, 285, 291, 293, 296, 298, 308, 317
Hortzschansky, Günter 219f., 225
Huchel, Peter 121
Huxol (Genn.) 89

Ibarruri, Dolores 52
Ilberg, Werner 108
Illing, Walter 126
Irmscher, Johannes 160
Ittershagen, Siegfried 187

Jacob, Franz 157
Janka, Walter 39, 123, 349
Jarausch, Konrad H. 27
Jewtuschenko, Jewgenij 275
Jogiches, Leo 229, 265f., 330, 340
Jonas, Wolfgang 94, 125, 128, 200

Kaganowitsch, Lasar 54
Kaiser, Bruno 45f., 228
Kaiser, Monika 14
Kant, Hermann 312
Kant, Immanuel 22, 258
Kantorowicz, Alfred 244
Kapp, Wolfgang 75, 110, 164, 184, 191, 196, 205, 232, 273
Karl, Heinz 74, 187, 246
Kasper, Wilhelm 252
Kaßner, Walter 252
Katz, Iwan 250, 272
Kaufmann, Hans 312
Kautsky, Karl 68, 102, 145f., 158, 174, 229, 247, 262, 264, 266, 268
Keiderling, Gerhard 202
Keller (Gen.) 250
Kellermann, Bernhard 140
Kennedy, John F. 244
Kerff, Willy 65, 117
Kessler, Heinz 233
Kießling, Wolfgang 220, 306, 351
Kinner, Klaus 12, 352
Kippenberger, Hans 252ff., 326
Kirow, Sergej 57
Kisch, Egon Erwin 146
Klein, Fritz 41, 79, 121, 335
Kleist, Heinrich von 149
Klemperer, Victor 131
Klingsor (Gen.) 172
Kloock, Ulrich 127
Knief, Johann 225
Knittel, Fritz 71, 73, 83, 92, 200, 206, 208, 219, 224
Knöchel, Wilhelm 166, 254, 287, 326, 350

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Knorin, Wilhelm 45
Köbis, Albin 73, 320
Koch, Hans 114
Kocka, Jürgen 18
Koenen, Bernhard 180, 224
Koenen, Wilhelm 28, 210, 224, 252
Koenig, Pierre 293
Köhler, Heinz 124f.
Kolbe, Helmut 103, 296
Königsmann (Gen.) 45f.
Korn, Vilmos 125
Korsunsky (Hauptmann) 148
Koska, Willi 252
Kowalczuk, Ilko-Sascha 28
Kraus, Karl 133
Kraus, Ota 154
Krause, Ilse 157
Kresse, Kurt 157
Kuczynski, Jürgen 94, 121, 124ff., 134, 190, 200
Kugelmann, Louis 266
Kühn, Kurt 219f.
Kühnrich, Heinz 350
Kulischer, Josef 126
Kulka, Erich 154
Kun, Béla 80
Kunert, Günter 24, 275, 313
Kuntz, Albert 92, 252
Kuranow (Gen.) 309
Kurella, Alfred 124, 147, 210, 248, 329
Kuusinen, Otto 45, 308

Laboor, Ernst 277
Lafargue, Paul 146
Lamprecht, Karl 188
Lange, Inge 304
Lange, Marianne 303f.
Lasalle, Ferdinand 102, 113f., 215, 237, 242, 246f., 259, 268, 331
Laschitza, Annelies 28, 49, 74, 161, 224f., 233, 263ff., 355
Laufenberg, Heinrich 65, 272
Lehfeld, Horst 296
Leibbrand, Robert 60, 95, 99f., 103, 171, 177, 193, 197, 224
Lem, Stanisław 133
Lenin, Wladimir Iljitsch 10, 12, 35f., 38, 42f., 53f., 58f., 63, 66, 71, 73f., 77f., 82, 87, 89, 94, 98, 103, 106f., 111f., 115f., 118, 120, 133, 144, 146, 148–151, 159, 164, 169, 180f., 183, 185, 187, 201, 205f., 210, 216, 224f., 233, 238, 242f., 246f., 262ff., 266, 269f., 275, 277f., 290, 297, 300, 305, 308, 311, 316, 318, 324, 326, 329, 341, 343f., 352, 354f., 359ff.
Lenzner, Paul 64, 89, 195
Leonhard, Wolfgang 48, 64, 307
Leow, Willi 252f., 326, 350
Lessing, Gotthold Ephraim 149
Leuschner, Bruno 288
Levi, Paul 59, 115, 185, 271
Levine, Eugen 268
Lewy, Hermann 127
Liebknecht, Karl 63, 65, 98, 104, 106, 109, 111ff., 115–118, 124, 161ff., 170, 180, 184, 186, 207f., 213, 215, 228f., 234, 238, 242, 247, 256, 259, 263–266, 269, 324, 328, 353, 361
Liebknecht, Sophie 50, 117, 229
Liebknecht, Wilhelm 113, 170, 247, 258f., 320, 329
Lindau, Rudolf 28f., 39, 58, 61–71, 73f., 85ff., 89, 99f., 104f., 149, 171, 173ff., 178–181, 184, 195, 197, 200, 204–209, 215, 224f., 250, 267ff., 360
Links, Roland 306
Lippmann (Genn.) 206
Lissagaray, Prosper 128
Löbe, Paul 60
Lollobrigida, Gina 33
Löwel, Bruno 225, 277, 285, 335ff., 343, 348
Ludwig, Otto 137
Lukács, Georg 113f. 243
Luther, Martin 160
Luxemburg, Rosa 11, 28, 32, 40, 59, 65, 83, 98, 104, 106, 109, 111–115, 117, 146, 170, 184, 208, 210, 232, 238, 242, 247, 256, 263–266, 268f., 271, 275, 300, 324, 326f., 340, 344, 346f., 353, 359, 361

Mader, Julius 154
Maetzig, Kurt 313
Majakowski, Wladimir 146
Malenkow, Georgij M. 34, 54
Mammach, Klaus 187, 283
Mann, Heinrich 146, 242, 281, 306
Manuilski, Dmitri 45, 279
Mao Tse-tung 57, 150
Marchlewski, Julian 83, 340
Markov, Walter 126
Marx, Jenny 214
Marx, Karl 13, 19, 35, 38, 42f., 54, 59, 63, 66, 74, 81, 87, 106f., 117, 140, 145, 147, 150, 159, 164, 169f., 173, 183, 185, 191, 205, 210, 213, 216, 224, 227, 229, 237, 242, 246f., 254, 256, 258ff., 266, 290, 297, 311, 316, 322, 324, 326f., 329, 341, 344, 347, 355, 359ff.
Maslow, Arkadi 56, 228, 243, 268, 272
Maslowski, Peter 69
Mason, Tim 327
Matern, Hermann 38, 56, 61, 215, 244, 248, 329

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Mehring, Franz 13, 112ff., 116, 145f., 170, 186, 233, 264ff., 328
Meister, Hugo 84
Melnikow, Daniil 343
Merker, Paul 15, 28, 157, 243, 252, 255, 300, 305ff.
Metternich, Klemens Wenzel Fürst von 15
Meusel, Alfred 221
Mewis, Karl 198, 283, 304
Meyer, Hans 114
Meyer, Helmut 108
Mielke, Erich 18, 273
Mittag, Günter 255, 303
Mittenzwei, Ingrid 93
Molotow, Wjatscheslaw M. 54, 277
Mommsen, Hans 284
Moses (A.T.) 37
Mückenberger, Erich 248
Müller, Heiner 11, 105, 313
Müntzer, Thomas 214
Münzenberg, Willi 13, 107, 147, 228, 243, 245, 250ff., 265, 330

Neubauer, Theodor 84, 157
Neuhäußer-Wespy, Ulrich 28
Neumann, Alfred 244, 248, 268
Neumann, Heinz 51, 165, 252ff., 272ff., 280, 305f.
Neutzsch, Erik 312
Nexö, Martin Andersen 146, 316
Niederkirchner, Michael 252
Niekisch, Ernst 73, 126, 128
Nietzsche, Friedrich 113
Nikolajewa, Galina 130, 275
Nilin, Pawel 125
Nimtz, Walter 103, 107, 181, 225, 251, 268f., 271, 278
Nitzsche, Gerhard 157, 285
Norden, Albert 209, 255
Noske, Gustav 108

Obermann, Karl 175
Obuch, Gerhard 253
Oehme, Walter 107, 110
Oelßner, Alfred (sen.) 142
Oelßner, Fred (alias Larew) 19f., 39.f., 61, 69, 71, 73, 88, 99f., 115, 122, 128, 244f., 249, 307, 349
Ollenhauer, Erich 303
Opitz, Max 252
Otto, Wilfriede 28, 211
Overlach, Helene 252
Ovid 134

Paterna, Erich 68, 175, 233
Paulus, Günter 28, 287, 334ff.
Pawlow, Iwan Petrowitsch 125
Peterson, Bruno 126, 149
Petzold, Hermann 89
Petzold, Joachim 18, 28, 162
Pfeiffer, Hans 152
Pieck, Wilhelm 19, 42, 44f., 47, 52f., 55–59, 63, 65, 67, 70, 73, 76, 98f., 102, 106, 112f., 115–118, 142, 144, 149, 165, 169f., 201, 204f., 207, 210, 228f., 231, 242, 244, 247–251, 254, 268, 273f., 279ff., 291, 338ff., 354f.
Pijet, Georg W. 126
Planck, Max 210
Plener, Ulla 28, 161, 188, 291, 296
Plesse, Werner 166, 200
Polak, Karl 106
Poser, Magnus 84, 157
Pospelow, P. N. 309
Puls, Ursula 157

Raddatz, Fritz J. 131
Radek, Karl 243, 250f., 265, 275, 331
Rädel, Siegfried 252
Rajk, László 307
Ranke-Graves, Robert 131
Rapps (Genn.) 90
Rau, Heinrich 61, 75, 248, 288
Reichpietsch, Max 320
Reimann, Max 255, 281, 291
Reisberg, Arnold 187
Rembrandt 137
Remmele, Hermann 51, 65, 250, 252ff., 273f., 280, 306, 326
Renn, Ludwig 109
Renner, Rudolf 252
Reuter, Ernst 58, 272
Richter, Werner 225
Robertson, Brian 293
Robespierre, Maximilien de 126
Rödel, Wolfgang 239
Rodenberg, Hans 329
Roggenbuck (Genn.) 335
Röhm, Ernst 279
Rolland, Romain 146
Rossmann, Gerhard 188
Ruben, Walter 22
Rubiner, Frida 146, 149
Ruge, Wolfgang 28, 111, 211, 277f., 334

Sabrow, Martin 18, 29
Sacco, Nikola 146
Sachse (Gen.) 51
Saefkow, Anton 157
Salomon (König) 11, 23, 72, 296, 353
Sandberg, Herbert 121

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

Schälicke, Fritz 29, 147–152, 155–158, 175
Scharnhorst, Gerhard Johann David von 304
Schaul, Hans 190
Schehr, John 50, 284
Scheidemann, Philipp 108, 272
Schiller, Friedrich von 145, 149, 210
Schirdewan, Karl 39, 61, 122, 166, 243, 245, 248f., 307, 349
Schlaffer, Joseph 252
Schlageter, Albert L. 251, 275, 326
Schleifstein, Josef 265f., 272
Schmid, Carlo 95
Schmidt (Archivar) 46
Schmidt, Heinz 121
Schmidt, Walter A. 154, 259, 329f.
Schmidt, Walter 225, 260
Schmückle, Karl 147
Schneller, Ernst 249
Scholem, Werner 254, 272
Schreier, Erich 130, 132
Schreiner, Albert 44, 99f., 102, 104, 171, 174f., 178–181, 200, 209, 224f., 240, 251, 265, 284f.
Schubert, Hermann 251–254, 280, 350
Schulte, Fritz 251–254, 280, 284, 350
Schumacher, Kurt 147, 245, 291, 325
Schumann, Georg 157, 219f.
Schumann, Heinz 157, 172
Schumann, Wolfgang 225
Schwab, Gustav 132
Schwab, Sepp 75
Seeckt, Hans von 242
Seidler (Gen.) 91, 93
Selbmann, Fritz 75, 166, 244
Selle, Karlheinz 28
Sellin, Wolfgang 126
Semjonow, Wladimir S. 59
Seydewitz, Ruth 186
Shakespeare, William 149
Shdanow, Andrej A. 292
Shukow, Georgi 293
Siebert, Hans 250
Simonow, Konstantin M. 275
Singer, Paul 229
Sinowjew, Grigorij 58, 274f., 308, 343
Slánský, Rudolf 307
Sokolowski, Wassilij D. 293
Solowjow (Gen.) 309
Solschenizyn, Aleksandr I. 275
Spiru, Basil 342
Stalin, Josef W. 11, 13f., 17, 23, 25, 31–37, 39, 41ff., 45, 48, 52, 54f., 57, 63–66, 68–71, 77, 79f., 82f., 87, 97ff., 102f., 113–116, 120, 128ff., 134, 144, 146, 148, 150f., 156f., 163, 166, 172, 176, 182, 184, 190, 197f., 211, 215, 217, 242f., 247, 249–252, 254, 263, 268, 274–279, 283, 285ff., 291f., 296–302, 304f., 308ff., 312, 325ff., 339f., 343, 352, 354, 357, 359f.
Stampfer, Friedrich 282
Stauffenberg, Klaus Schenk Graf von 287
Stenkewitz, Kurt 233
Stenzer, Franz 252
Stern, Leo 86f., 153, 200f.
Stier, Erika 178, 186
Stöcker, Friedrich W. 130, 136f.
Stöckigt, Rolf 296
Stoph, Willi 244
Streisand, Joachim 221
Stresemann, Gustav 242
Strittmatter, Erwin 24, 312
Stulz, Percy 202
Sumpf, Fredi 246, 308, 317
Süßkind, Heinrich 252

Tagore, Rabindranath 131
Taubenheim (Genn.) 106
Taylor, Frederick W. 185
Tegge (Gen.) 89
Teubner, Hans 304
Thalheimer, August 243, 250f., 272, 276, 305
Thälmann, Ernst (Teddy) 10, 12, 28, 45f., 48, 52f., 58–72, 76f., 84, 102, 106, 116, 137, 149, 158, 165, 169, 175, 179, 210, 215, 228, 231, 237, 241ff., 247, 250ff., 256, 267f., 273f., 276, 278–281, 284, 286, 300, 323, 326, 350, 352f., 356, 359, 361
Thälmann, Irma 50, 68
Thälmann, Rosa 67
Thomas, Siegfried 202
Tiedke, Kurt 162
Tito, Josip B. 57, 76, 291
Tobias, Fritz 284
Togliatti, Palmiro 279
Toller, Ernst 146
Traven, B. 132
Trotzki, Leo 275, 291, 327
Trümpler, Eckhardt 187
Tschesno-Hell, Michael 116
Tucholsky, Kurt 131, 146
Tulpanow, Sergej 292
Tyszka, Jan (= Leo Jogiches) 340

Ulbricht, Hans 89
Ulbricht, Lotte 50, 228, 336ff.
Ulbricht, Walter 9, 11–15, 17, 19f., 26, 28ff., 32f., 36–41, 45f., 48, 50f., 53ff., 62, 65–68, 71–79, 84, 89f., 95, 97–107, 110, 113–118, 120ff., 126, 129, 140, 144, 148f., 152, 156, 160, 162–167, 169–183, 185, 187, 189f., 192,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1033

195, 197–201, 203–210, 212, 220, 223f., 226, 229, 231f., 234, 236, 239, 242, 244, 247–252, 254–257, 259–266, 268–307, 310–313, 316f., 321f., 326ff., 332ff., 336–343, 348–356, 359ff.
Urbahns, Hugo 272
Uylenburgh, Saskia 137

Vahlteich, Julius 215
Vanzetti, Bartolomeo 146
Veckinchusen, Hildebrand 346
Verner, Paul 202, 204, 233, 248
Vieillard, Hans 189, 220
Vieweg, Kurt 51, 121f.
Villain, Jean 154
Voelkner, Benno 312
Voltaire, François M. 131
Voßke, Heinz 89, 195, 228f., 339, 355

Walcher, Jacob 197f., 255, 272, 305
Wandel, Paul 244, 307
Warnke, Herbert 248
Weber, Hermann 28, 30, 48, 65, 160, 212, 243, 249, 254, 283, 287, 297, 325f., 350
Weber, Jakob 108
Weber, Max 347
Wehler, Hans-Ulrich 18
Wehling, Wilhelm 172, 211, 233
Wehner, Herbert (alias Funk) 48, 68, 198, 250, 283f., 286f., 304, 320
Weinberger, Gerda 85
Weinert, Erich 117, 132, 214, 242
Weiss, Peter 41, 146, 198
Welk, Ehm 109
Wendt, Erich 37, 147, 244
Wetzel, Rudi 121
Wiatrek, Heinz 326
Wimmer, Walter 74f., 187, 211, 224f., 233, 274, 277f., 302, 320
Winkler, Gerhard 74
Winkler, Heinrich-August 18
Winter, Elly 50, 228
Winternitz, Josef 48, 64, 252
Wittorf, John 66, 252
Wittwer, Walter 225
Wohlgemuth, Heinz 265
Wohlgemuth, Joachim 312, 353
Wolf, Christa 10, 23, 310, 312
Wolf, Friedrich 242
Wolf, Hanna 26, 34, 64ff., 72, 95f., 101–104, 116, 166, 171f., 175, 177f., 206, 208, 224, 255, 259, 261, 263, 268, 272, 276–279, 283, 292, 295, 298f., 301
Wolf, Johann 89
Wollweber, Ernst 122, 243, 248
Wunderlich, Ernst 126

Zaisser, Wilhelm 37, 40, 71, 147, 243, 249, 254, 349
Zeisler, Kurt 157
Zetkin, Clara (Klara) 52f., 55, 58f., 63, 73, 76, 84, 106, 116, 136, 146, 170, 229, 241ff., 247, 264f., 320, 328
Zetkin-Milowidowa, Emilia 50
Ziller, Paul Gerhard 248, 254
Zimmering, Max 149
Zörgiebel, Karl Friedrich 273, 306
Zorn, Edith 285
Zweig, Arnold 146

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor